

# Leipziger Stadtgeschichte

Jahrbuch 2011



Im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins herausgegeben  
von Markus Cottin, Detlef Döring und Gerald Kolditz

Sax  Verlag

**Im Auftrag des Leipziger Geschichtsvereins e. V.  
herausgegeben von Markus Cottin, Detlef Döring und Gerald Kolditz**

Anschrift der Redaktion:

Leipziger Geschichtsverein e. V., Redaktion Stadtgeschichte  
Markt 1, 04109 Leipzig, e-mail: [vorstand@leipziger-geschichtsverein.de](mailto:vorstand@leipziger-geschichtsverein.de)

Beitragsmanuskripte, Leserzuschriften und Rezensionsexemplare senden Sie bitte an die Redaktion, für unverlangt eingesandte Manuskripte kann jedoch keine Haftung übernommen werden. Für den Inhalt der Beiträge sind die Autoren verantwortlich.

Die Jahrbücher Stadtgeschichte erscheinen jährlich.  
Einzelpreis: 15 €, Abonnementpreis incl. Versandkosten 13 €  
(für Mitglieder des Vereins frei).

Bildnachweis Umschlag:

Grundriss und Ansicht von Leipzig, kolorierter Kupferstich mit Radierungen,  
verlegt von Matthias Seuter um 1725, Stadtarchiv Leipzig

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation  
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten  
sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

ISSN 1437-8604

ISBN 978-3-86729-102-6

Alle Rechte vorbehalten

© Sax-Verlag, Beucha • Markkleeberg 2012

Umschlaggestaltung: Birgit Röhling, Markkleeberg

Herstellung: PögeDruck, Leipzig-Mölkau

Printed in Germany

[www.sax-verlag.de](http://www.sax-verlag.de)

# Inhalt

Tagungsbericht Leipzigs Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart (1500–2011) 4. Tag der Stadtgeschichte des Leipziger Geschichtsvereins 2011	5
---	---

## BEITRÄGE, BERICHTE UND MISZELLEN

<i>Beate Kusche</i> Leipziger Ratsprotokolle vom 17. bis in das 19. Jahrhundert – Interne Einblicke in die Tätigkeit des Stadtrates	9
<i>Cornelia Caroline Köhler</i> Gelehrte Frauen der Frühen Neuzeit in Leipzig	47
<i>Rüdiger Otto</i> Eberhard Heinrich Daniel Stoschs Aufzeichnungen über seinen Aufenthalt in Leipzig im Mai 1740	101
<i>Sebastian Nickel</i> »Auf, jagt sie von dannen, Despoten, Tyrannen!« Leipziger Männergesangsvereine als Teil der bürgerlichen Bewegung im Vormärz	117
<i>Dietulf Sander</i> Auf Spurensuche: Die Kunstsammlungen der Brüder Max und Paul von Bleichert	139
<i>Robert Giesel</i> Leipzigs nationalsozialistische Oberbürgermeister (1937–1945)	171
<i>Lore Liebscher</i> Zwischen Identitätsstiftung und Emigration – Der zionistische Turn- und Sportverein Bar Kochba Leipzig (1919–1939)	233

## PERSONALIA

<i>Manfred Unger</i> Ein Werk der Regional- und Landesgeschichte: Karl Czok zum 85. Geburtstag	271
---	-----

---

## REZENSIONEN

*Thomas Krzenck*

- Roland Enke und Bettina Probst (Hrsg.): *Via regia. 800 Jahre Bewegung und Begegnung* / Winfried Müller und Swen Steinberg (Hrsg.): *Menschen unterwegs. Die via regia und ihre Akteure* 279

*Katrin Löffler*

- Detlef Döring und Cecilie Hollberg (Hrsg.): *Erleuchtung der Welt. Sachsen und der Beginn der modernen Wissenschaften* 282

*Corinna Meinel*

- Detlef Döring und Jonas Flöter (Hrsg.): *Schule in Leipzig* 286

*Markus Cottin*

- Alexander Sembdner: *Stadt und Universität Leipzig im späten Mittelalter* 288

*Thomas Krzenck*

- Siegfried Hoyer: *Kleine Geschichte der Leipziger Studentenschaft 1409–1989* 290

*Gerald Kolditz*

- Leipziger Almanach 2009/2010. Informationen – Kalendarien – Aufsätze* 292

*Katrin Löffler*

- Klaus Sohl (Hrsg.): *Friedrich Gottlob Leonhardi: Leipzig um 1800* 295

*Siegfried Hoyer*

- Alexander Lange: *Meuten – Broadway-Cliquen – Junge Garde. Leipziger Jugendgruppen im Dritten Reich* 297

*Sebastian E. Richter*

- Bernd Sikora u.a. (Hrsg.): *Industriearchitektur in Sachsen. Erhalten durch neue Nutzung* 299

*Helé Meisterson*

- Thomas Höpel: *»Die Kunst dem Volke«. Städtische Kulturpolitik in Leipzig und Lyon 1945–1989* 301

- Autorenverzeichnis* 304

---

## Tagungsbericht

# Leipzigs Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart (1500–2011)

4. Tag der Stadtgeschichte des Leipziger Geschichtsvereins  
4. bis 6. November 2011

Vom 4. bis 6. November 2011 fand zum nunmehr vierten Mal ein »Tag der Stadtgeschichte« in Vorbereitung auf das 1000-jährige Stadtjubiläum Leipzigs 2015 statt. Die in der Plagwitzer Konsumzentrale ausgerichtete Veranstaltung widmete sich der Leipziger Wirtschaftsgeschichte und bestand erneut aus einer zweitägigen wissenschaftlichen Tagung und einem auf die interessierte Öffentlichkeit gerichteten Tag.

Das am 4. und 5. November abgehaltene und von Susanne Schötz (Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der TU Dresden und Mitglied im Herausbergremium für die vierbändige Stadtgeschichte Leipzigs 2015) inhaltlich und konzeptionell verantwortete wissenschaftliche Kolloquium stand unter der Überschrift »Leipzigs Wirtschaft in Vergangenheit und Gegenwart. Akteure, Handlungsspielräume, Wirkungen (1500–2011)«. In vier chronologisch gegliederten Sektionen widmeten sich 17 Referentinnen und Referenten den Komplexen »Handel und Gewerbe im spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Leipzig«, »Aufbruch ins Industriezeitalter«, »Wirtschaft und Unternehmen im 20. Jahrhundert« und »Wirtschaft Leipzigs nach der Wiedervereinigung«.

Den Tagungsaufakt bildete der Überblicksvortrag des Inhabers des Leipziger Lehrstuhls für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Markus A. Denzel. Dieser verortete die »Messestadt Leipzig« als »Marktplatz Europas« im Kontext vormoderner europäischer Wirtschaftsbeziehungen. Auch Enno Bünz, Ordinarius für Sächsische Landesgeschichte an der Universität Leipzig, griff mit seinem Referat über die »Fugger in Leipzig« eine europäische Perspektive auf und zeigte die vielfältigen Verbindungen des oberdeutschen Handelshauses in die Messestadt und zu den wettinischen Höfen. Nach dieser überregionalen Betrachtung richteten die folgenden Referenten den Blick zurück auf städtische Zusammenhänge. Carla Calov, Leitende Bestandsreferentin im Stadtarchiv Leipzig, berichtete über den »Leipziger Rat als Wirtschaftsfaktor« anhand der Ratsziegelscheunen vom 16. bis zum 19. Jahrhundert, während Marcel Korge, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin an der Universität Leipzig, mit den kollektiven Sicherungssystemen der Leipziger Handwerkerzünfte in der Frühen Neuzeit erste Ergebnisse seiner demnächst abgeschlossenen Dissertation vorstellte.

Der ausgewiesene Wirtschafts- und Sozialhistoriker Michael Schäfer (TU Dresden) hatte sich mit der Rolle der »Handelsmetropole« Leipzig in der »Industriellen Revolution in Sachsen« ein komplexes Thema vorgenommen, das ebenso den Blick auf technische Entwicklungen einschloss wie auch die Berücksichtigung überregionaler Handels- und Produktionsbeziehungen bis ins industrielle Mutterland England. Leipzigs Bedeutung als Buchhandels- und Buchgewerbestadt im 19. Jahrhundert führte Thomas Keiderling, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Bereich Buchwissenschaft des Instituts für Kommunikations- und Medienwissenschaft der Universität Leipzig, anhand der Innovationsfähigkeit dieses Wirtschaftszweiges plastisch vor Augen. Die Bestandsreferentin im Stadtarchiv Leipzig, Anett Müller, zeigte in ihrem Referat über den »Leipziger Rat als Wirtschaftsförderer« die Großstadtwerdung der Messestadt in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts anhand der städtebaulichen Veränderungen und Großprojekte zur Anpassung der kommunalen Infrastruktur auf. Den Abschluss der Sektion zum 19. Jahrhundert bildete der Vortrag des Geschäftsführers des Vereins Pro Leipzig Thomas Nabert. Der Historiker berichtete über seine Konzeption für eine sächsische Landesausstellung zur »Gründerzeit« in Leipzig. Seine These, die Epoche sei als »Aufbruch zur Bürgerlichkeit« nach der gescheiterten bürgerlichen Revolution von 1848 zu interpretieren, blieb während der anschließenden Diskussion unwidersprochen.

An die Referate des ersten Veranstaltungstages schloss sich die Vorstellung des Tagungsbandes des letztjährigen Tags der Stadtgeschichte an. Der von Detlef Döring und Jonas Flöter herausgegebene Band »Schule in Leipzig. Aspekte einer achthundertjährigen Beziehung« erscheint als zweiter Band der neuen stadtgeschichtlichen Publikationsreihe »Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig«. Er wurde von den Herausgebern und dem Verleger, Gerald Diesener (Universitätsverlag Leipzig), vorgestellt. Ein kurzer Festvortrag des Greifswalder Pädagogen Andreas Pehnke (Professor für Allgemeine Pädagogik) über Leipzig als Stadt der Schulformen am Beginn und Ende des 20. Jahrhunderts umrahmte die Buchpräsentation.

Die dritte Sektion am zweiten Kolloquiumstag eröffnete die Historikerin und Politikwissenschaftlerin Ramona Bräu (Berlin) mit einem Referat über »Zwangsarbeit – Rüstung – Volksgemeinschaft« anhand der Leipziger Rüstungsfirma Hugo Schneider AG im Nationalsozialismus. Ihrer Einschätzung, das Thema Zwangsarbeit sei für Leipzig noch nicht ausführlich dargestellt, wurde in der Diskussion zwar mit Hinweis auf (frühere) Sonderausstellungen, Publikationen und archivarisches Spezialinventare widersprochen; die Bemerkung dürfte dennoch darauf hinweisen, dass eine adäquate wissenschaftliche Bearbeitung des Themas, etwa in Form einer Monografie, zumindest außerhalb Leipzigs nach wie vor als Desiderat wahrgenommen wird. Einen zweiten Vortrag zur Zeit des Nationalsozialismus hielt der Magstrand am Leipziger Lehrstuhl für Neuere und Neueste Geschichte, Markus Kaufhold. Die »Handlungsspielräume«

der Leipziger Messe im Dritten Reich führte Kaufhold anhand der Auseinandersetzungen zwischen städtischen, Landes- und Reichsbehörden um den Einfluss auf das Leipziger Messeamt aus. Seine Detailschilderungen bestätigten das Zeithistorikern bekannte Kompetenzwirrwarr der nationalsozialistischen Institutionen.

Oliver Werner, wissenschaftlicher Mitarbeiter am DFG-Projekt »Die NS-Gaue als Mobilisierungsstrukturen im Krieg«, stellte unter den Schlagworten »Konsolidierung, Bedeutungsverlust und Stagnation« die Entwicklung Leipzigs in der Planwirtschaft der DDR dar. Er analysierte auf der Grundlage seiner eigenen Vorarbeiten zur Leipziger Maschinenbauindustrie (Promotion zu Bleichert/VTa an der Universität Leipzig) die wirtschaftspolitischen Planvorgaben, politische Entscheidungsstrukturen und makroökonomische Entwicklungen. Ein vergleichender Blick auch auf andere Wirtschaftsregionen der DDR zeigte, dass Leipzig unter den Bedingungen zentralstaatlicher Planwirtschaft zu diesen in Konkurrenz um Investitionen, Arbeitskräfte und politische Aufmerksamkeit trat. Einen anderen, den alltags- und mentalitätsgeschichtlichen Zugang wählte Francesca Weil, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Hannah-Arendt-Institut Dresden. Am Beispiel des VEB Leipziger Arzneimittelwerk stellte sie den Betriebsalltag von den 1970er- bis 1990er-Jahren dar und veranschaulichte damit das Durchschlagen makroökonomischer Lenkungsentscheidungen und politischer Vorgaben auf den Mikrokosmos des Arbeitsalltags. Auch in der anschließenden Diskussion fand sich die Interpretation eines weitgehend intakten »Betriebsklimas« unter den drückenden Bedingungen der DDR-Mangelwirtschaft bestätigt, wobei die politische Indienstnahme des Arbeitskollektives nur ansatzweise Berücksichtigung fand.

Der Transformation der Leipziger Wirtschaft nach 1990 widmete sich die letzte Sektion der Tagung. Der mitunter schmerzhafteste Prozess des Strukturwandels – immer wieder wurden die enormen Verluste an Industriearbeitsplätzen angesprochen – wurde aus kommunalpolitischer Sicht durch den Zeitzeugenbericht des ehemaligen Oberbürgermeisters Hinrich Lehmann-Grube (1990–1998) reflektiert. Der folgende Referent, Mario Gäbler (Hamburg), ging auf der Basis seiner Magisterarbeit der Frage nach, was von der Buchstadt Leipzig bleibt. Er beleuchtete dabei vor allem das Schicksal der DDR-Verlage in der Nachwendezeit. Die zahlreichen Neugründungen nach 1990 fanden dabei keine Berücksichtigung (diese prägten das Gesicht der Buchstadt freilich auch noch nicht so nachhaltig, da es sich zumeist um Kleinunternehmen handelt). Einen zu erwartenden nicht historischen, sondern vor allem statistischen Zugriff auf die Leipziger Wirtschaftsentwicklung nach 1990 wählten die beiden Vertreterinnen der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer zu Leipzig, Rita Fleischer und Kerstin Schultz. Eine knappe Zusammenfassung der Tagungsleiterin Susanne Schötz beschloss den wissenschaftlichen Teil des Tags der Stadtgeschichte.

Aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive fiel die Heterogenität der Referate bezüglich der Fokussierung auf Erkenntnis leitende Fragestellungen auf. Eine als Bonmot gekleidete geschichtsphilosophische Betrachtung, »Geschichte habe (früher) zu etwas geführt«, ließ das Publikum ebenso ratlos zurück wie das wohl auf die fehlende Gesamtperspektive zurückzuführende, bemerkenswerte Zuhörerurteil, »das größte Verbrechen des Kommunismus« sei die Vernachlässigung deutscher Ingenieurkunst gewesen. Ein Sammelband mit den Beiträgen dieser Tagung soll pünktlich zum nächsten Tag der Stadtgeschichte im November 2012 erscheinen.

Der zweite Teil des Tags der Stadtgeschichte 2011 am 6. November widmete sich schwerpunktmäßig der Industriegeschichte Leipzigs. Er stand unter der provokanten Frage »Einmal Industrialisierung und wieder zurück?« Neben zwei Lesungen sollten eine Projektvorstellung zur Geschichte des Unternehmens Bleichert/VTa, ein Podiumsgespräch von Zeitzeugen zur Transformation der Leipziger Wirtschaft nach 1990 sowie eine gemeinsam mit dem Verein für Industriekultur organisierte Podiumsdiskussion zur »Chance Industriekultur« einen Bogen der zweihundertjährigen Industriegeschichte Leipzigs schlagen. Im Rahmenprogramm wurde zudem eine kleine Fotoausstellung mit Leipziger Handwerkerporträts der 1980er- und 1990er-Jahre von Heidi Vogel-Hennig realisiert. Der dritte Veranstaltungstag stieß allerdings weder bei den eingeladenen historischen Vereinen und Unternehmen noch bei der Zuhörerschaft auf große Resonanz.

*Sebastian Kusche*



# BEITRÄGE · BERICHTE · MISZELLEN

---

## Leipziger Ratsprotokolle vom 17. bis in das 19. Jahrhundert – Interne Einblicke in die Tätigkeit des Stadtrates

*Beate Kusche*

### I. Einleitung

Am 13. April des Jahres 1687 beendete der Leipziger Oberstadtschreiber Gottfried Gräve seine seit knapp neun Jahren geführten und bereits über 705 Seiten umfassenden Aufzeichnungen zu den Sitzungen der Drei Räte mit den Worten: »Daß vorherstehendes Protocol a fol. 1 bis 705 über dasjenige was in Versammlung derer dreyen Rathsmittel vorgetragen und deliberiret worden, von mir endes benannten als dieser Zeit bestaltten OberStatschreiber, treulich gehalten, und mit eigener Hand geschrieben worden sey, solches hab ich mit dieser meiner unterschrifft pflichtmäßig bezeugen wollen. Leipzig, den 13. Aprilis Ao. 1687. Gottfried Gräve OberStatschreiber m[anu] p[ropria]«. <sup>1</sup> Erst drei Monate später, im Zusammenhang mit der nächsten Einberufung aller Leipziger Ratsherren, <sup>2</sup> legte Gräve ein neues Protokollbuch an. Dieses wurde dann über zwei Jahrzehnte lang für Niederschriften von Beratungen und Beschlüssen der Stadtoberigkeit genutzt. Als einleitende Formel stellte Gräve im neuen Protokoll den Eintragungen zu den einzelnen Sitzungen folgende Erklärung voran: »Dieses Protocol bey Versammlung aller dreyen Rathsmittel ist gehalten von mir

<sup>1</sup> Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden: StadtAL), Tit. VIII, Nr. 40 »Protocoll in den Drey Räthen vom 8. Sept. 1678 bis 13. April 1687«, fol. 356v. Der Protokollband enthält am Beginn einen Index (mit Folierung jüngerer Datums, fol. I–XXII). Daran schließen sich die Einträge zu den einzelnen Sitzungen an (mit alter Folierung, fol. 1–5, sowie mit alter Paginierung, S. 6–705. Die ursprüngliche Paginierung wurde durchgestrichen und mit Folierung jüngerer Datums ersetzt, fol. 6–356).

<sup>2</sup> Nach der Versammlung am 13. April 1687 fand die nächste Zusammenkunft aller Leipziger Ratsherren offenbar erst am 13. Juli 1687 statt. So lässt sich auch im parallel zum Protokoll des Oberstadtschreibers geführten Protokollbuch des Unterstadtschreibers kein Eintrag für eine Versammlung der Drei Räte im Zeitraum zwischen dem 13. April und dem 13. Juli 1687 finden; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 52 (1682–1704).

Gotfried Gräven, des Raths und OberStatschreiber alhier, auch darmit im Nahmen Gottes der anfang gemachet am 13 July ao. 1687. Gotfried Gräve OberStatschreiber.«<sup>3</sup>

Die beiden Protokolle Gräves ordnen sich in mehrere Ratsprotokollreihen mit dutzenden Bänden ein, die sich in den Beständen des Stadtarchivs Leipzig befinden.<sup>4</sup> Die internen Aufzeichnungen von den Sitzungen der Leipziger Ratsherren reichen vom 17. bis zum 19. Jahrhundert. Für diesen Zeitraum geben sie einzigartige Einblicke in die Arbeitsvorgänge und Tätigkeitsfelder des Leipziger Rates mit seinen verschiedenen Gremien. Die Niederschriften bieten reiche Informationen über das Leben in der Stadt Leipzig, über die Verfassung, Verwaltung, Wirtschaft, über Rechtsverhältnisse, Schul- und Kirchensachen sowie Berufs- und Sozialangelegenheiten. Sie geben zudem Auskunft zur Struktur, Arbeitsweise und zum Wirken des Stadtrates. Aufgrund ihres großen Wertes für die neuzeitliche Stadtgeschichtsschreibung sind die Ratsprotokolle für die wissenschaftlichen Recherchen im Vorfeld des tausendjährigen Jubiläums der ersten schriftlichen Erwähnung Leipzigs im Jahr 2015 als wichtige Quelle heranzuziehen.<sup>5</sup> Die Vorarbeiten zur geplanten neuen Leipziger Stadtgeschichte haben schnell gezeigt, dass die Ratsprotokolle, die bisher eher sporadisch genutzt wurden,<sup>6</sup> viel Potenzial für eine systematische Auswertung unter modernen

3 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 41 »Protocoll in den Drey Räthen vom 13. July 1687 bis 17. Juny 1709«, S. XLVI.

4 Vgl. Übersicht über die Bestände des Stadtarchivs Leipzig, hrsg. von der Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister. Stadtarchiv (Leipziger Kalender Sonderband 2002/1), Leipzig 2002, S. 21. Im Bestand Stadtverwaltung – Ratsstube – Titelakten [= Tit.] finden sich unter der Nummer VIII »Ratswahlen, -protokolle und -beschlüsse sowie andere generelle Angelegenheiten des Rates und der Stadtverordnetenwahlen (1536–1882)« auch die hier interessierenden Ratsprotokollreihen.

5 Vgl. zu den Aktivitäten und Projekten des Leipziger Geschichtsvereins sowie zu den aktuellen Forschungen im Vorfeld des 1000. Jubiläums der Ersterwähnung Leipzigs in der Chronik Thietmars von Merseburg 1015 die verschiedenen Berichte und Beiträge in den Jahrbüchern des Geschichtsvereins (Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e.V.) seit 2005.

6 In seinem Überblick zum Forschungsstand zur Leipziger Stadtgeschichte mit Blick auf die Frühe Neuzeit wies Detlef Döring im Jahr 2009 darauf hin »[...] dass es an Untersuchungen zum Leipziger Rat mangelt, d. h. zu seiner Zusammensetzung, zu seinem Funktionieren, zu seinem Wirken, zu seinem Verhältnis zur Bürgerschaft«. Detlef Döring, Leipzig in der Frühen Neuzeit. Forschungsbericht, in: Markus Cottin, Detlef Döring, Michael Schäfer, Cathrin Friedrich (Hrsg.), 1000 Jahre Leipzig. Forschungsstand zur Stadtgeschichte im Vorfeld des Jubiläums der Ersterwähnung von 1015 (Leipziger Hefte 17), Beucha 2009, S. 36–78, hier S. 47. Damit hängen nicht zuletzt die spürbaren Lücken in den Darstellungen zur Geschichte des Leipziger Rates und zum Funktionieren der einzelnen Ratsgremien im 17., 18. und frühen 19. Jahrhundert zusammen. Die älteren, verdienstvollen Abhandlungen von Gustav Wustmann und Walther Rachel zum Leipziger Rat sowie die neueren Arbeiten von Henning Steinführer und Thomas Weller beschäftigen sich entweder mit der Zeit des Mittelalters, mit dem 16. und beginnenden 17. Jahrhundert, enden also noch vor Beginn der Ratsprotokollreihen, oder sie behandeln Einzelaspekte, wie die Ratswahlen; vgl. u.a. Gustav Wustmann, Urkunden und Aktenstücke zur Geschichte des Leipziger Rats, in: Ders. (Hrsg.), Quellen zur Geschichte Leipzigs (Veröffentlichungen aus dem Archiv und der Bibliothek der Stadt Leipzig 2), Leipzig 1895, S. 59–262; Ders., Geschichte der Stadt Leipzig, Band 1, Leipzig 1905, speziell S. 68–94; Walther Rachel, Verwaltungsorganisation und Ämterwesen der Stadt Leipzig bis 1627 (Leipziger Studien aus dem Gebiet der Geschichte 8, 4), Leipzig 1902; Henning Steinführer, Die Leipziger Ratsbücher 1466–1500. Forschung und Edition,

wissenschaftlichen Fragestellungen enthalten.<sup>7</sup> So sollen die folgenden Ausführungen dazu dienen, die Leipziger Ratsprotokollreihen als zentrale Quelle der Stadtgeschichte vorzustellen, Forschungsmöglichkeiten aufzuzeigen und die Protokolle damit stärker in das Bewusstsein der Stadtgeschichtsforschung zu rücken.<sup>8</sup> Unter Berücksichtigung aktueller Forschungsfragen zur Gattung der Ratsprotokolle wird dabei auf grundlegende formale und inhaltliche Aspekte eingegangen. Zudem sollen erste aus den Protokollen gewonnene Erkenntnisse zur Tätigkeit des Leipziger Rates, zur Organisation und zu den Aufgabenbereichen einer städtischen Verwaltung in der Frühen Neuzeit vorgestellt werden.

## II. Ratsprotokolle und Ratsgremien

Im Zusammenhang mit der in jüngerer Zeit zu verzeichnenden intensiven Beschäftigung mit Geschäfts- und Amtsbüchern haben auch die Ratsprotokolle enorm an Forschungsinteresse gewonnen. In den letzten beiden Jahrzehnten wurden zahlreiche solcher Protokollbücher unterschiedlicher deutscher, österreichischer und schweizerischer Städte im Volltext oder in Auszügen ediert, in Regestenform veröffentlicht oder als Grundlage wissenschaftlicher Arbeiten genutzt.<sup>9</sup> Hinzu kommen städteüber-

---

2 Halbbände (Quellen und Materialien zur Geschichte der Stadt Leipzig 1), Leipzig 2003; Ders., *Der Leipziger Rat im Mittelalter. Die Ratsherren, Bürgermeister und Stadtrichter 1270–1539* (Bausteine aus dem Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde 3), Dresden 2005; Thomas Weller, *Theatrum Praecedentiae. Zeremonieller Rang und gesellschaftliche Ordnung in der frühneuzeitlichen Stadt: Leipzig 1500–1800*, Darmstadt 2006; Ders., *Ritual oder politisches Verfahren? Zum Status der Ratswahl im frühneuzeitlichen Leipzig*, in: *Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins* 2008, S. 13–35.

7 In diesem Zusammenhang sei für Anregungen und wertvolle Hinweise den Mitarbeitern des Stadtarchivs Leipzig herzlich gedankt, namentlich Frau Carla Calov und Frau Dr. Anett Müller. Zudem gebührt ein besonderer Dank sowohl Herrn Prof. Dr. Dr. Detlef Döring (Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig) als auch Frau Dr. Beate Berger (Direktorin des Stadtarchivs Leipzig) für ihre Unterstützung, die die Beschäftigung mit den Ratsprotokollen ermöglicht hat.

8 Die Leipziger Ratsprotokolle des 17. bis 19. Jahrhunderts sind nicht ediert. Erwähnt hat sie Gustav Wustmann: *Wustmann, Urkunden und Aktenstücke* (Anm. 6), S. 76 f.

9 Aus der Fülle sei nur auf einige Beispiele hingewiesen: Manfred Groten, Manfred Huiskes (Bearb.), *Beschlüsse des Rates der Stadt Köln* (Publikationen der Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde 65), 5 Bände, Düsseldorf 1989/90; Johann Jakob Manten (Bearb.), *Die Ratsprotokolle der Stadt Kempen 1623–1636*, mit einer rechtsgeschichtlichen Einleitung von Dieter Strauch (*Rechtsgeschichtliche Schriften* 1), Köln, Weimar, Wien 1992; Ernst Otto Bräunche (Hrsg.), *Die Karlsruher Ratsprotokolle des 18. Jahrhunderts, Teil 1: 1725–1763* (*Forschungen und Quellen zur Stadtgeschichte* 2), Karlsruhe 1995; Siegfried Schmieder (Bearb.), *Die Ratsprotokolle und Kämmererechnungen der Stadt Warendorf 1601–1618* (*Warendorfer Geschichtsquellen* 3), Warendorf 1995; Martin Dolch, Michael Münch (Hrsg.), *Ratsprotokolle der Stadt Kaiserslautern 1566–1571*, Kaiserslautern 2002; Gerhard Schmitt (Hrsg.), *Die Stadt- und Ratsprotokolle des Halterner Stadtsekretärs Johannes Schierle von 1637 bis 1659* (*Beiträge zur Geschichte der Stadt Haltern* 10), Haltern am See 2004; Christian Bartz, Köln im

greifende Abhandlungen mit methodischen und quellenkritischen Grundüberlegungen zur Quellengattung der Ratsprotokolle, die nicht zuletzt auf etliche Desiderate verweisen. Zu untersuchende Fragestellungen sind beispielsweise, zu welchem Zweck und für wen diese, insgesamt doch sehr arbeitsintensiven Niederschriften über Stadtratssitzungen angefertigt wurden. Welche Gründe veranlassten die Ratsgremien, die Beratungspunkte und Beschlüsse ihrer Versammlungen protokollieren zu lassen?

Vergleichende Untersuchungen haben gezeigt, dass es sich bei der Neuanlage und dem anschließenden lückenlosen Führen von Ratsprotokollen häufig um eine »späte Erscheinung«<sup>10</sup> handelt, die vielfach erst nach dem eigentlichen Prozess der Ausdifferenzierung der städtischen Schriftlichkeit in der Zeit des Übergangs vom späten Mittelalter zur Frühen Neuzeit begann. Viele Ratsprotokollreihen setzen erst nach der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts ein. So beginnt zum Beispiel das erste erhaltene Ratsprotokoll der Stadt Kaiserslautern im Jahr 1566<sup>11</sup>, das der Stadt Ahrweiler 1602<sup>12</sup>, das der Stadt Kempen 1623<sup>13</sup> und das der Stadt Wiedenbrück 1630.<sup>14</sup> Neben möglichen Überlieferungsverlusten an Protokollen sei darauf verwiesen, dass, bevor für die Niederschriften ein gebundener Protokollband genutzt wurde, es lose Einzelaufzeichnungen von Ratssitzungen gegeben haben könnte, die verstreut, nur lückenhaft oder auch gar nicht überliefert worden sind. Schließlich können auch einzelne Städte angeführt werden, bei denen die erhaltenen Aufzeichnungen zu den Sitzungen des Rates bis in das Spätmittelalter zurückreichen, so beginnt zum Beispiel die Protokollreihe der Reichsstadt Köln bereits im Jahr 1396 und die Würzburger Protokollserie setzt im Jahr 1432 ein.<sup>15</sup>

Der besondere Wert der hier interessierenden gebundenen Protokolle liegt vor allem darin, dass Aufzeichnungen von sämtlichen Ratssitzungen über mehrere Jahrzehnte hinweg in geschlossener Reihe vorliegen. Dies ist nicht zuletzt unter quel-

---

Dreißigjährigen Krieg. Die Politik des Rates der Stadt (1618–1635). Vorwiegend anhand der Ratsprotokolle im Historischen Archiv der Stadt Köln (Militärhistorische Untersuchungen 6), Frankfurt am Main 2005; sowie Hans-Georg Klein (Bearb.), *Die Ratsprotokolle der Stadt Ahrweiler von 1602–1702* (Quellen zur Geschichte der Stadt Ahrweiler 4), Bad Neuenahr-Ahrweiler 2008.

10 Martin Scheutz, Herwig Weigl, *Ratsprotokolle österreichischer Städte*, in: Josef Pauser, Martin Scheutz und Thomas Winkelbauer (Hrsg.), *Quellenkunde der Habsburgermonarchie (16.–18. Jahrhundert)*. Ein exemplarisches Handbuch (Mitteilungen des Instituts für Österreichische Geschichtsforschung, Ergänzungsband 44), Wien 2004, S. 590–610, hier S. 591 f., 595.

11 Dolch, *Ratsprotokolle der Stadt Kaiserslautern* (Anm. 9), S. 7.

12 Klein, *Die Ratsprotokolle der Stadt Ahrweiler von 1602–1702* (Anm. 9), S. 4, 10.

13 Mantel, *Die Ratsprotokolle der Stadt Kempen 1623–1636* (Anm. 9), S. XI.

14 Franz Xaver Flaskamp (Hrsg.), *Die Bürgerlisten der Stadt Wiedenbrück*, 2. Teil: *Ratsprotokolle 1630–1818* (Quellen und Forschungen zur Natur und Geschichte des Kreises Wiedenbrück 50), Gütersloh 1938, S. 15.

15 Bartz, *Köln* (Anm. 9), S. 5; Rolf Sprandel, *Das Würzburger Ratsprotokoll des 15. Jahrhunderts*. Eine historisch-systematische Analyse (Veröffentlichungen des Stadtarchivs Würzburg 11), Würzburg 2003, S. XI, 31 f.

lenkritischen Gesichtspunkten von großer Bedeutung, handelt es sich doch bei den Protokollen um interne Notizen, die allgemein zum Nachweis oder als Gedächtnisstütze in der Verwaltungsarbeit dienten und oft in knappster Form gehalten wurden. Sie waren nicht gedacht für die Unterrichtung einer größeren Öffentlichkeit oder für die umfassende Information späterer Generationen. So lautet zum Beispiel der elfte Punkt der Sitzung des Leipziger Engen Rates vom 3. Juli 1716: »Die Sache mit der Philosophischen Facultät sey bekant und conferenz gehalten worden, dabey Erklärung geschehen, dilat.«<sup>16</sup> Bei den protokollierten Angelegenheiten handelt es sich also um Interna und um Momentaufnahmen, deren Einbindung in den Zusammenhang nötig ist, um Bezüge und Inhalte verstehen zu können. Auch müssen frühere und spätere Entscheidungen des Rates mit in den Blick genommen werden. Dies umso mehr, da nicht selten fraglich ist, ob und wie einzelne Beschlüsse überhaupt in der Praxis umgesetzt wurden. Manche Verhandlungspunkte zogen sich über Monate, ja sogar Jahre hin.

Die Form, die Inhalte und Auswertungsmöglichkeiten der einzelnen Ratsprotokolle unterschiedlicher Städte sind abhängig von der Größe der jeweiligen Stadt, von der Ausdifferenzierung ihrer Schriftlichkeit, von den politischen innerstädtischen Verhältnissen sowie weiteren Faktoren, wie dem Verhältnis zum Stadtherrn, dem Wirtschaftsleben und der Sozialstruktur der Stadt. In Städten beispielsweise, in denen es nur einen Rat gab, wie in Ahrweiler und Karlsruhe<sup>17</sup>, wurden sämtliche Materien, die zur Verwaltungstätigkeit des Stadtrates gehörten, in den anberaumten Ratssitzungen besprochen und fanden so Eingang in das eine geführte Ratsprotokoll der Stadt. Solche Protokolle sind sehr facettenreich und es lässt sich alles darin finden, was direkt und indirekt in die Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche des Stadtrates fiel.

Um aber ein solch komplexes Bild für Leipzig zu gewinnen, ist es nötig, die verschiedenen überlieferten Ratsprotokollreihen in die Untersuchung einzubeziehen. Dass es mehrere Ratsprotokollreihen gibt, hängt mit der Struktur des »Leipziger Rates« in der Frühen Neuzeit zusammen. Verschiedene Gremien des Rates der Stadt Leipzig hielten jeweils eigene Sitzungen ab, die protokolliert wurden. Zu unterscheiden sind die Versammlungen der Drei Räte, die Versammlungen der Enge und die Arbeitssitzungen des Sitzenden Rates. Hinzu kommen parallele Protokollführungen durch unterschiedliche Schreiber sowie etliche Vorstufen der Protokollreinschriften.

Der Rat der Stadt Leipzig bestand aus drei gleichen Teilen von jeweils elf bis zwölf Ratsherren und je einem Bürgermeister.<sup>18</sup> Wer einmal in den Rat aufgenommen wur-

16 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 58, fol. 122r.

17 Klein, Die Ratsprotokolle der Stadt Ahrweiler von 1602–1702 (Anm. 9), S. 7 f.; Bräunche, Die Karlsruher Ratsprotokolle des 18. Jahrhunderts, Teil 1: 1725–1763 (Anm. 9), S. 1.

18 Zur Anzahl der Ratsherren in einem Ratsdrittel vgl. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 340 »Rathsherrenbuch« (1549–1824). Wurde der »gewöhnliche Numerus« (StadtAL, Tit. VIII, Nr. 340, fol. 184v) von 11 Rats-

de, hatte das Amt auf Lebenszeit inne. Eines der Ratsdrittel erledigte ein Jahr lang die Verwaltungsgeschäfte. Dieser amtierende oder auch regierende bzw. ausführende Rat wurde als Sitzender Rat bezeichnet. Die beiden anderen Ratsdrittel waren die zwei Ruhenden Räte.<sup>19</sup> In der Amtsführung wechselten sich die drei Ratsmittel der Reihe nach ab. Endete ein Amtsjahr, wurde der neue Sitzende Rat gewählt. Er setzte sich zusammen aus den alten Mitgliedern des Ratsdrittels, welches nun zu amtieren hatte. Waren alte Mitglieder ausgeschieden oder standen aus unterschiedlichen Gründen heraus für die Übernahme von Amtsgeschäften für eine gewisse Zeit nicht zur Verfügung, mussten für diese freien Stellen zusätzlich neue Personen hinzugezogen werden. In diesem Fall wurden bevorzugt Mitglieder des alten Sitzenden Rates in den neuen Sitzenden Rat übernommen. So sorgte man nicht zuletzt für Kontinuität bei der Tätigkeit der regierenden Ratsherren und ihren Entscheidungen. Aber auch Mitglieder aus dem zweiten ruhenden Ratsdrittel konnten fehlende Mitglieder des neuen Sitzenden Rates ersetzen. Die letzte, seltener angewandte Möglichkeit war die Neuwahl einer Person in den Rat. Die Ergänzung erfolgte durch Kooptation, also durch die Ratsmitglieder selbst und nicht durch die Stadtgemeinde.<sup>20</sup> Gewählt wurde im 17. und 18. Jahrhundert entweder ein Kaufmann oder ein Gelehrter, zumeist ein Jurist. Im Ergebnis dieser kurz skizzierten Praxis betrug die Gesamtzahl der Leipziger Ratsherren häufig um die 30 oder 32 und nicht 36, wie der Idealzustand gewesen wäre. Zur Klärung spezieller, wichtiger Angelegenheiten kamen alle Ratsherren zur Beratung zusammen. Es fanden also sogenannte Versammlungen der Drei Räte statt. Neben dem Sitzenden Rat und den Drei Räten ist schließlich noch ein weiteres Gremium vorzustellen, der Enge Rat. Die sogenannte Enge hatte sich seit dem 15. Jahrhundert herausgebildet. Ihre Mitglieder, die Seniores, also Ältesten, waren die Bürgermeister aller drei Ratsmittel, die Baumeister im Rat, Gelehrte im Rat sowie weitere Ratsherren, die wichtige Ratsämter innehatten. Dieser relativ kleine Personenkreis übernahm bald in der Frühen Neuzeit de facto die Regierungsgeschäfte, erledigte die meisten Gegenstände und traf wichtige politische Entscheidungen. Die Seniores brachten –

---

herren plus einem Bürgermeister überschritten, findet sich z. T. eine Erklärung, wie zum 27. August 1688: »Ob nun wohl sonst iederzeit nur 12 Personen des Raths erwehlet worden, Diweil aber an dem, daß eine Zeithero aus dem Raths-Collegio viel Personen gestorben, auch das neue Handelsgerichte, so mit 4 Personen zu besetzen, und andere sich täglich mehrender Verrichtungen eine größere Anzahl erfordert, Als sind vor dieses mahl 13 Personen denominiret, auch von Churfürstl. Durchl. zu Sachsen p. gnädigst confirmiret worden.« StadtAL, Tit. VIII, Nr. 340, fol. 208r–v.

19 Zu den einzelnen Gremien des Leipziger Rates, zur Zusammensetzung des Rates, zur Ratswahl, zum Ratswechsel sowie zu einzelnen Ratsämtern vgl. Wustmann, Urkunden und Aktenstücke (Anm. 6); Rachel, Verwaltungsorganisation (Anm. 6); Steinführer, Der Leipziger Rat im Mittelalter (Anm. 6), S. 15–24; sowie Weller, Ritual (Anm. 6).

20 An der Wahl des Leipziger Rates war natürlich auch der Landesherr als Stadtherr beteiligt, der das Bestätigungsrecht innehatte.

idealerweise – aufgrund ihres Alters, ihrer Bildung und Erfahrung Sachkompetenz ein und sorgten für Kontinuität und Stabilität.

Dem Leipziger Rat oblag im Allgemeinen die städtische Verwaltung und Gerichtsbarkeit, und zwar erstens in der Stadt selbst, also in dem Raum, der von der Stadtmauer umgeben war, zweitens in den Vorstädten, also im Gebiet außerhalb der Mauern, aber innerhalb des städtischen Weichbildes<sup>21</sup>, sowie drittens in den Dörfern und Gütern außerhalb des Weichbildes, die vom Rat erworben worden waren.<sup>22</sup>

Die Landstadt Leipzig gehörte im hier interessierenden Untersuchungszeitraum in der Frühen Neuzeit zu den Großstädten und wichtigsten Zentren des Kurfürstentums Sachsen.<sup>23</sup> Der Leipziger Rat – das oberste politische Gremium der Stadt – verfügte seit dem Spätmittelalter über weitgehende politische Autonomierechte, war aber dennoch als eine Unterobrigkeit von den Landesherren abhängig.<sup>24</sup> Die Einwohnerzahl Leipzigs wird zu Beginn des 17. Jahrhunderts mit rund 14 000<sup>25</sup> oder auch 17 000 angegeben.<sup>26</sup> Um 1700 verfügte die Stadt über rund 20 000 Einwohner, um 1800 lag die Zahl bei etwa 32 000.<sup>27</sup> Leipzig wurde unter anderem geprägt von den jährlich stattfindenden drei Messen und von der Universität, wobei allerdings die Universitätsangehörigen nicht der Gerichtsbarkeit des Stadtrates unterlagen, ebenso wie die in der Stadt ansässigen Adligen, die Geistlichen, die landesherrlichen Beamten und die in der Festung Pleißenburg stationierten Soldaten.

21 Unter Weichbild (rechtshistorisch) – städtischer Raum – wird auch der Außen- oder Randbezirk, also der Bezirk vor der Stadtmauer, verstanden, der dem Stadtrecht unterstand.

22 Vgl. Werner Emmerich, *Der ländliche Besitz des Leipziger Rates. Entwicklung, Bewirtschaftung und Verwaltung bis zum 18. Jahrhundert* (Aus Leipzigs Vergangenheit 3), Leipzig 1936.

23 Zur Städtelandschaft des Kurfürstentums Sachsen nach dem Dreißigjährigen Krieg vgl. Katrin Keller, *Kursachsen am Ende des 17. Jahrhunderts – Beobachtungen zur regionalen und wirtschaftlichen Struktur der sächsischen Städtelandschaft*, in: Uwe Schirmer (Hrsg.), *Sachsen im 17. Jahrhundert: Krise, Krieg und Neubeginn* (Schriften der Rudolf-Kötzschke-Gesellschaft 5), Beucha 1998, S. 131–160.

24 Zum Verhältnis zwischen der Stadt Leipzig und den sächsischen Kurfürsten im 17. und 18. Jahrhundert vgl. einführend Weller, *Theatrum Praecedentiae* (Anm. 6), S. 63–69.

25 Ulrich Rosseaux, *Städte in der Frühen Neuzeit*, Darmstadt 2006, S. 10. Vgl. zur Angabe von 14 000 Einwohnern im Jahr 1644 als Folge der Auswirkungen des Dreißigjährigen Krieges: Weller, *Theatrum Praecedentiae* (Anm. 6), S. 58 f.

26 Rachel, *Verwaltungsorganisation* (Anm. 6), S. 2; Weller, *Theatrum Praecedentiae* (Anm. 6), S. 58.

27 Rosseaux, *Städte* (Anm. 25), S. 10; vgl. zu den Einwohnerzahlen Leipzigs auch: Ernst Müller, *Leipzig*, in: Erich Keyser (Hrsg.), *Deutsches Städtebuch. Handbuch städtischer Geschichte, Band II: Mitteldeutschland*, Stuttgart, Berlin 1941, S. 123.



### III. Die Versammlungen und die Protokolle des Engen Rates

Über die Sitzungen der Enge informieren insgesamt 25 Protokolle. Das erste überlieferte, knapp 300 Blatt starke Protokoll enthält Aufzeichnungen aus den Jahren von 1664 bis 1672 und aus dem Jahr 1675.<sup>28</sup> Im Gegensatz zu den späteren Protokollen hat es keinen Index, keine Anfangs- oder Abschlussformel, in einigen Fällen fehlt in der Datumszeile zu einzelnen Sitzungen die Tagesangabe und es ist nicht fortlaufend geführt worden. In dieser Zeit war es offenbar Praxis, für jede Versammlung der Seniores eine neue Lage zu nutzen, um die Beratungspunkte und Beschlüsse aufzuschreiben. Nur bei zeitlich kurz aufeinander folgenden Sitzungen erfolgte in einigen Fällen eine Weiterbeschreibung derselben Lage. Die einzelnen, losen Lagen sind dann erst nachträglich zu dem Protokollband zusammengefügt worden. Dies erklärt auch weitere Auffälligkeiten des ältesten Protokolls des Engen Rates, wie Überlieferungslücken, Unterbrechungen der chronologischen Reihenfolge der einzelnen Sitzungseinträge, unterschiedliche Papierformate und zahlreiche leere Seiten nach einem Eintrag, bevor die Niederschrift der neuen Sitzung beginnt. Der einzige größere zusammenhängende Teil fängt am 27. Januar 1671 an und endet im Dezember 1672. In dieser Zeit wurden die Seiten fortlaufend beschrieben. Der Abbruch dieser Aufzeichnungen wird mit dem Tod des Schreibers zusammengehangen haben. Die Niederschriften wurden durch den Oberstadtschreiber vorgenommen, darauf weist zumindest das wiederholte »ego« hin, welches sich in den namentlichen Auflistungen der Engemitglieder und in der Wiedergabe ihrer Voten finden lässt. Das Amt des Oberstadtschreibers hatte seit 1650 Anton Günther Bösch inne, der 1658 in den Leipziger Rat aufgenommen worden war und seit 1663 als Syndikus fungierte. Im Jahr 1673 verstarb er in Dresden.<sup>29</sup>

Nach 1675 sind für fast zwei Jahrzehnte keine Aufzeichnungen von den Sitzungen der Seniores erhalten geblieben. Das zweite erhaltene Protokoll der Enge beginnt erst im Jahr 1694.<sup>30</sup> Seither liegt eine geschlossene Protokollreihe vor, die bis zum Jahr 1831 reicht. Zu Beginn der Reihe sind allerdings einige Lücken zu verzeichnen. Offenbar sind nicht alle Ratssitzungen protokolliert worden. Die Form und Anlage der Aufzeichnungen sowie einige Vermerke sprechen dafür, dass die nunmehr praktizierte Protokollführung zu den Sitzungen des Engen Rates Ende des 17. Jahrhunderts eine Neuerung darstellte und sich erst eine bestimmte Gewohnheit bei den Niederschriften durchsetzen musste. Der Beginn dieser Protokollführung fiel in eine Zeit der politischen und wirtschaftlichen Neuorientierung für die Stadt Leipzig, die ja be-

28 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 55 »Protocollum in die Enge von Januar 1664 bis den 8. Julii 1675«. Aus den Jahren 1673 und 1674 enthält das Protokoll keine Aufzeichnungen.

29 StadtAL, Bibl. 1188, fol. 59v; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 340, fol. 134r, 144r.

30 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 56 (1694–1709).



kanntlich von 1627 bis 1688 unter landesherrlicher Kontrolle gestanden hatte.<sup>31</sup> Das erste Protokoll der Reihe wurde seit dem 24. Oktober 1694 vom Oberstadtschreiber geführt. Die fortlaufenden Eintragungen erfolgten in ein bereits gebundenes Protokoll. Als im Sommer des Jahres 1702 der Oberstadtschreiber Gottfried Gräve an den Engesitzungen nicht teilnehmen konnte, übernahm das Protokollieren der damalige Unterstadtschreiber Johann Christian Lünig.<sup>32</sup> Dieser führte aber nicht einfach das bereits vorhandene Protokoll weiter, sondern legte ein neues Protokollbuch an.<sup>33</sup> Der Oberstadtschreiber verwies ausdrücklich darauf. Zwischen seinen Einträgen zu den Engesitzungen vom 21. Juni und 7. Juli 1702 fügte Gräve folgenden Querverweis ein: »Von denen am 26 und 28 Juny auch 2 July gepflogenen Consultation ist das in meinem abwesen von Herrn Statschreiber Lünigen gehaltene Protocol nachzusehen.«<sup>34</sup> Als Vorbild diente offenbar die seit Jahrzehnten bewährte Gepflogenheit der Protokollbuchführung für die Sitzungen der Drei Räte. Hier wurden schon spätestens seit der Mitte des 17. Jahrhunderts zwei getrennte Protokollreihen geführt, eine vom Oberstadtschreiber und die andere vom Unterstadtschreiber. So gab es auch seit Juni 1702 bis zum Sommer 1709 für die Sitzungen der Enge eine parallele Protokollführung.<sup>35</sup> Im Jahr 1709 schied Gottfried Gräve aus dem Amt des Oberstadtschreibers aus, welches er seit 1673 innegehabt hatte. In der Folgezeit war er mehrfach regierender Bürgermeister der Stadt Leipzig, so 1709/10, 1712/13, 1714/15 und 1717/18.<sup>36</sup> Sein Nachfolger als Oberstadtschreiber führte das Protokoll seines Amtsvorgängers nicht weiter. Daher folgen dem letzten Eintrag Gräves vom 18. Juni 1709 noch über 60 unbeschriebene Blätter. Der neue Oberstadtschreiber Carl Friedrich Menser führte nach seiner Wahl Anfang Oktober 1709 offiziell das Protokollbuch des Unterstadtschreibers weiter,<sup>37</sup> wodurch der Ansatz der Parallelreihe beseitigt wurde. In der Folge gab es dann nur noch eine Protokollreihe für die chronologisch fortlaufenden Aufzeichnungen über die Sitzungen der Enge. War der Oberstadtschreiber aufgrund von

31 In Reaktion auf die starke Verschuldung der Stadt Leipzig hatte der sächsische Kurfürst Johann Georg I. die Finanzverwaltung der Stadt im Jahr 1627 unter die Aufsicht einer kurfürstlichen Kommission gestellt, die erst 1688 beendet wurde. »Diese Aufhebung [der Kommission] hatte eins der wichtigsten Ereignisse in der Geschichte des Leipziger Rats zur Folge: der Rat gab sich selbst eine Art von Verfassung in dem umfänglichen Senatsconsult von 1689.« Wustmann, Urkunden und Aktenstücke (Anm. 6), S. 89–92 (speziell S. 91), 199–205 (15.02.1627), 237–246 (07.08.1689).

32 StadtAL, Bibl. 1188, fol. 59v, 61v.

33 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 57 (1702–1715).

34 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 56, fol. 102r.

35 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 56 (1694–1709) und 57 (1702–1714). Hinzu kommt noch ein dünnes Protokoll von insgesamt 13 Blatt, in dem vereinzelte Aufzeichnungen von Engesitzungen im Zeitraum von 1694 bis 1715 zusammengefasst worden sind; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 57a.

36 Zu Gottfried Gräve (geb. 1641, gest. 1719) vgl. Karin Kühling, Doris Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Eine Übersichtsdarstellung mit biographischen Skizzen, Beucha 2000, S. 40; StadtAL, Bibl. 1188, fol. 59v.

37 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 57, fol. 57r.

Abwesenheit, Krankheit oder gar Tod verhindert, führte der Unterstadtschreiber als sein Vertreter das Sitzungsprotokoll der Enge weiter und vermerkte dies in der Regel, zum Beispiel mit seiner Unterschrift unter den einzelnen Einträgen. Das Ende der Protokollführung im Februar 1831 hing mit dem Ende der alten Leipziger Ratsverfassung und den grundlegenden Veränderungen in der Struktur und in den Aufgaben der Stadtverwaltung zu Beginn der 1830er-Jahre zusammen.<sup>38</sup>

Die einzelnen Protokolle von 1714 bis 1829<sup>39</sup> sind in der Regel um die 200 bis 650 Blatt stark und umfassen jeweils mehrere Jahre. Die Protokolleinträge enden zu unterschiedlichen Zeiten mitten im Jahr und der folgende Protokollband setzt mit der nächsten Engesitzung an.<sup>40</sup> Der Beschreibstoff war Papier. Als Findhilfe dienten Indizes, die am Beginn eines Protokolls stehen. Diese Verzeichnisse beziehen sich auf alle Einträge eines Bandes und enthalten Namen, Berufsbezeichnungen, verschiedene Stichworte und Sachen nach den Anfangsbuchstaben geordnet (A bis Z).

Bei den Einträgen in die Leipziger Ratsprotokolle handelt es sich um Niederschriften, die erst nach den einzelnen Sitzungen erfolgt sind und vergleichsweise wenig förmlich waren. Dabei stützte sich der jeweilige Schreiber nicht nur auf seine Erinnerungen, sondern vor allem auf Notizen, die er während der Ratssitzungen gemacht hatte. In Ausnahmesituationen zog er auch Aufzeichnungen anderer Sitzungsteilnehmer heran, wie für das Jahr 1789. Nach dem Tod des Oberstadtschreibers Simon Friedrich Olbrecht übernahm der neue Oberstadtschreiber Johann Gottlieb Pernitzsch zu Beginn des Jahres 1790 die seit dem März 1789 noch ausstehenden Eintragungen in das Protokoll der Enge, wofür er die bei den Engesitzungen »nachgelassenen flüchtigen Aufsätze« seines verstorbenen Vorgängers und die »ebenfalls geführten Protokolle« des Oberhofgerichtsassessors und Syndikus August Friedrich Siegmund Green vergleichend und ergänzend nutzte.<sup>41</sup> Dass es sich um Reinschriften handelt, erklärt die geordnete und saubere Form der ohne größere Brüche fortlaufenden Eintragungen und die relativ wenigen Korrekturen, Streichungen oder Ergän-

38 Vgl. Wustmann, Urkunden und Aktenstücke (Anm. 6), S. 128.

39 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 58 (1714–1717), 59 (1717–1720), 60a (1720–1725), 60b (1725–1730), 61 (1730–1733), 62 (1733–1734), 63 (1735–1741), 64 (1741–1747), 65 (1747–1753), 66 (1754–1758), 66b (1756–1763), 67 (1760–1764), 68 (1764–1767), 69 (1767–1775), 70 (1775–1786), 71 (1786–1795), 85 (1795–1803), 86 (1804–1810), 87b (1811–1821), 87c (1821–1829). Das letzte Engeprotokoll beginnt am 29. August 1829 und endet am 8. Februar 1831. Es umfasst lediglich 127 Blatt. Eine extra Bemerkung zum Ende der Protokollbuchführung enthält es nicht; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 87d.

40 Einzelne Protokollbände weisen zeit- und umstandsbedingte Besonderheiten auf. So konnte zum Beispiel ein Wechsel in der Oberstadtschreiberstelle den Abbruch der Nutzung eines Protokollbuches und die Anlage eines neuen Protokolls nach sich ziehen, vgl. z. B. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 61 und 62. Auch die Ereignisse des Siebenjährigen Krieges führten zur Unterbrechung der üblichen Protokollbuchführung; vgl. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 66 und 66b. Letzteres Protokoll unterscheidet sich in Anlage, Form und Inhalt von den anderen Protokollen der Enge. Es enthält auch keinen Index.

41 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 63v–64r, 74r–v.

zungen. Vor dem Eintrag in das offizielle Protokoll wurden Vor- und Zwischenstufen hergestellt. Konzepte zu den Versammlungen der Enge liegen beispielsweise aus den Jahren 1777 bis 1823 vor.<sup>42</sup>

Der Vergleich der überlieferten Protokolle aus über 130 Jahren zeigt, dass Unterschiede in der Anlage und Form der Bände, im Aufbau sowie in der Ausführlichkeit der einzelnen Sitzungseinträge und bei der namentlichen Nennung der Anwesenden vor allem auf die verschiedenen Schreiber zurückzuführen sind. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts weisen etliche Niederschriften die Besonderheit auf, dass, bevor der Oberstadtschreiber die Beschlüsse eintrug, bereits eine andere Hand die Beratungspunkte der Engesitzung vorgetragen hatte.<sup>43</sup>

Für die Aufzeichnungen der einzelnen Sitzungen wurde zumeist die gesamte Breite einer Seite genutzt. Einige Oberstadtschreiber, insbesondere Christian Ludewig Mierisch (1733–1759)<sup>44</sup>, ließen einen breiteren Rand, der, abgesehen von den gelegentlichen Anwesenheitslisten, nur selten für Bemerkungen oder Korrekturen genutzt wurde.

Am Beginn des einzelnen Sitzungseintrages steht als Überschrift das Datum der Versammlung. Dann folgt in der Regel eine Anfangsbemerkung, die sowohl den Namen des regierenden Bürgermeisters enthalten kann als auch seinen Dank für die Anwesenheit der versammelten Herren, den Grund für die Zusammenkunft und die Angabe, welches Ratsgremium einberufen wurde. Darüber hinaus finden sich zum Teil der Ort, selten auch die Uhrzeit der Sitzung sowie häufig die Namen der Anwesenden, die aber auch am Ende des Sitzungseintrages stehen können. Nach der Einleitung folgen die in der Regel durchnummerierten Beratungspunkte und die getroffenen Beschlüsse. Nicht selten fehlt die Darstellung des Sachverhaltes oder ist sehr knapp formuliert. Mehrfach wurde nur der gemeinsame Beschluss (*conclusum*)<sup>45</sup> in einem Satz schriftlich festgehalten. Hintergründe und Diskussionen sind nicht oder nur selten überliefert. Auch die verschiedenen Voten der einzelnen Engemitglieder wurden nur von einigen Schreibern in unterschiedlicher Ausführlichkeit in das Protokoll aufgenommen. In einigen wenigen Fällen findet sich am Ende eines Sitzungseintrages eine Schlussformel, wie für den 23. Februar 1790: »Hiermit hat sich diese Sit-

42 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 77–80, 87–94.

43 Vgl. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 86.

44 StadtAL, Bibl. 1188, fol. 59v.

45 »Beschuß ist die durch Abstimmung zustande kommende kollegial-gremiale Willensentscheidung einer Mehrzahl von Personen im Bereiche der legislativen, exekutiven und richterlichen Gewalt, also in Parlamenten und parlamentarischen Ausschüssen, Regierungs- und Selbstverwaltungskollegien vom Ministerrat (Kabinettsbeschuß) bis zum Gemeinderat, »Spruchausschüssen« (Spruchkollegien) verschiedener Zusammensetzung, Justizkollegien usw. [...] Der älteste, lange gebrauchte Ausdruck für Beschuß war Conclusum.« Heinrich Otto Meisner, *Archivalienkunde vom 16. Jahrhundert bis 1918*, Göttingen 1969, S. 199 f.

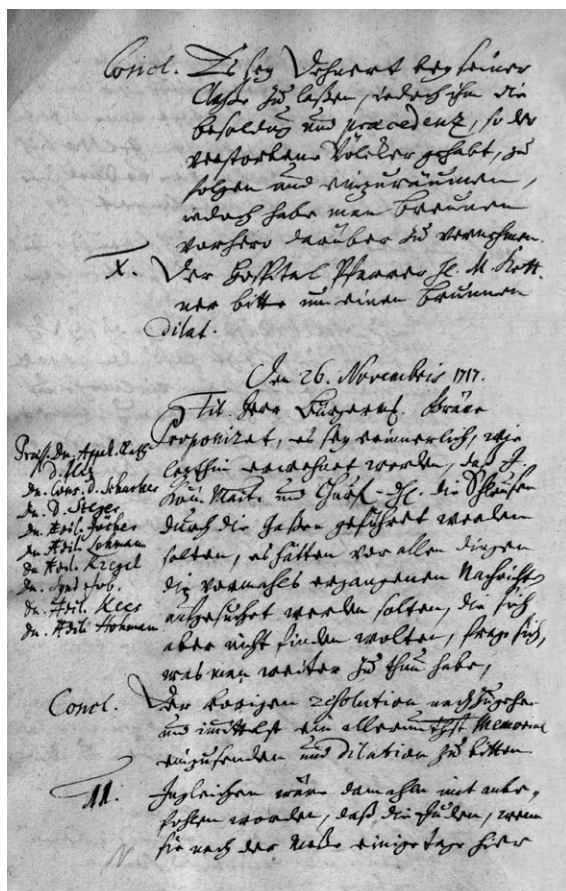


Abb. 1: Seite aus dem Protokoll der Enge, das von 1717 bis 1720 geführt wurde, mit dem Beginn des Sitzungseintrages vom 26. November 1717 [StadtAL, Tit. VIII, Nr. 59, fol. 10v].

zung geendiget. Act[um] uts[upra] Johann Gottlieb Pernizsch. Oberstadtschreiber<sup>46</sup>  
Die verwendete Sprache ist Deutsch, bis auf einzelne lateinische Wendungen und Ausdrücke.

Die Sitzungen der Enge fanden unregelmäßig statt. Der regierende Bürgermeister berief den Engen Rat bei Bedarf ein, also wenn »[...] verschiedene Gegenstände vorhanden sind, welche eine Zusammenkunft in der Enge nothwendig machen [...]«<sup>47</sup>  
Im Überlieferungszeitraum der Engeprotokolle von 1664 bis 1675 sowie von 1694 bis 1831 fanden im Durchschnitt 15 Versammlungen in einem Kalenderjahr statt. Die Anzahl schwankte in den einzelnen Jahren. Manchmal sind nur wenige Sitzungen

<sup>46</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 94r.

<sup>47</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 86, fol. 82r (15. März 1805).

protokolliert, wie vier Sitzungstage 1675, 1796, 1797, 1812 und 1814 oder auch nur ein Sitzungstag im Jahr 1701. Das andere Extrem stellt das Jahr 1745 mit den meisten Versammlungstagen dar. Insgesamt 52-mal trafen sich die Mitglieder des Engen Rates in diesem Jahr, in dem Ende November nicht zuletzt Leipzig während des 2. Schlesischen Krieges durch preußische Truppen unter der Führung des Fürsten Leopold von Anhalt-Dessau besetzt wurde.<sup>48</sup> Aber auch in den Jahren 1720, 1734 und 1744 fanden sich die Engemitglieder 38-, 42- und 40-mal offiziell zu Beratungen ein. Eine deutliche Veränderung in der Sitzungsfrequenz ist mit dem Jahr 1758 zu verzeichnen. Trafen sich die Seniores bis einschließlich 1757 durchschnittlich über 21-mal im Jahr – mehr als 30 Sitzungstage pro Jahr waren keine Seltenheit –, fanden Engeversammlungen im Durchschnitt danach nur noch rund 9-mal jährlich statt. Mehr als 22 Zusammenkünfte pro Jahr sind dann nicht mehr überliefert, dafür wurden allerdings in den einzelnen Sitzungen häufig mehr Beratungsgegenstände behandelt, als dies vorher der Regelfall war.<sup>49</sup> Eine Konzentration der Engesitzungen gab es generell in den Monaten Juli und August. Dies erklärt sich mit dem in dieser Zeit anstehenden Ratswechsel und dem Beginn des neuen Amts- und Geschäftsjahres.<sup>50</sup>

Mit Rücksicht auf die Kaufleute im Rat sollten die Versammlungen außerhalb der Markt- und Messezeiten stattfinden, was nicht immer eingehalten wurde. In einigen dieser Ausnahmefälle findet sich in den Einleitungsworten zur Sitzungsaufzeichnung sogar die Entschuldigung des einberufenden Bürgermeisters, der auf die Dringlichkeit und Unaufschiebbarkeit der zu beratenden Angelegenheiten verwies.<sup>51</sup>

48 Joachim Schlesinger, Leipzig. Geschichte und Kultur, Band 1: Von den Anfängen bis 1894, Leipzig 2003, S. 183.

49 Wurden beispielsweise im Jahr 1664 im Durchschnitt rund vier Beratungspunkte pro Engesitzung und im Jahr 1702 sieben Punkte abgehandelt, waren es im Jahr 1785 durchschnittlich 16 Beratungspunkte.

50 Der Zeitpunkt für die Wahl des neuen Leipziger Rates und für den Ratswechsel veränderte sich im Laufe der Jahrhunderte. Spätestens seit Beginn des 16. Jahrhunderts wurde der Ratswechsel am Montag nach Invocavit (erster Fastensonntag) vollzogen. Im 16. Jahrhundert kam es zu Unregelmäßigkeiten und Auseinandersetzungen um den Wahltermin. Der jährliche Ratswechsel fand nun im Sommer statt. Seit den 1630er-Jahren jedoch wurde die Ratswahl am Montag vor Bartholomäi (24. August) durchgeführt, der Ratswechsel fand in der Regel acht Tage später statt. Im 18. Jahrhundert kam es z. T. zu vorgezogenen Ratswahlen, während der Ratswechsel fest an Bartholomäi geknüpft blieb. Zum Zeitpunkt der Ratswahl und der Amtsübergabe vgl. Otto Günzel, Die Leipziger Ratswahlen von 1630–1830. Ein Beitrag zur Geschichte des Städtewesens im Zeitalter des Absolutismus, Diss. (masch.), Leipzig 1922; Rachel, Verwaltungsorganisation (Anm. 6); sowie Weller, *Theatrum Praecedentiae* (Anm. 6), speziell S. 169–174.

51 Vgl. z. B. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 86, fol. 133r: »Registratura. Leipzig den 5ten October 1805. Da verschiedene Gegenstände zusammen gekommen, welche den Seniorate vorzutragen, und nicht wohl bis nach der Meße zu verschieben gewesen: so haben sich heut, beym Schluß der so genannten Böttcherwoche auf vorhergehende Einladung, nachbenannte Herren Seniores, [...] in der Rathsstube eingefunden, und darauf in die Enge begeben [...]« Auch bei dem Einberufungstermin der Drei Räte waren die Messezeiten auszulassen, was aber in der Praxis nicht immer Berücksichtigung fand; vgl. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 54, fol. 55r–v: »Den 2. Octobr. 1759. Proponirten Magnif. Dn. Consul, Tit. Herr Appellation-

Die Sitzungen konnten an jedem Tag in der Woche stattfinden. Auch die Uhrzeiten variierten, zwischen vormittags halb 10 und nachmittags 5 Uhr begannen die Versammlungen.<sup>52</sup> Nach vorhergehender Einladung fanden sich die Engemitglieder zur festgesetzten Zeit am festgesetzten Ort ein. In seltenen Fällen findet sich ein Vermerk des Schreibers, dass ein bestimmtes Engemitglied verspätet zur Versammlung erschienen sei – sogar mit Angabe, ab welchem Beratungspunkt der Betreffende dann an der Sitzung teilgenommen hat.<sup>53</sup>

Zum Engen Rat zählten im 17./18. Jahrhundert die drei Bürgermeister, zwei Konsulenten (auch Prokonsule genannt), sechs Baumeister und der Syndikus. Zusätzlich zu diesen zwölf Personen wurden teilweise zu den Sitzungen oder zu den Beratungen einzelner Sachverhalte weitere Personen zugelassen, die aus unterschiedlichen Gründen heraus zur Klärung spezieller Angelegenheiten beitragen konnten. Unter den Sitzungsteilnehmern befand sich natürlich auch der Ober- oder Unterstadtschreiber als Protokollant. Im Protokolleintrag wurden neben den oft nur acht oder zehn Anwesenden manchmal auch die Abwesenden namentlich aufgeführt. Ihr Fehlen hatten diese in der Regel zuvor entschuldigt mit »einer unaubschieblichen Reise«, »wegen Krankheit« oder anderen wichtigen Geschäften, die sie zum Beispiel in der Landstube zu erledigen hätten.<sup>54</sup>

Der Versammlungsort war im Normalfall die Ratsstube.<sup>55</sup> Diese Stube befand sich im südlichen Teil des in den 1550er-Jahren unter der Leitung von Hieronymus Lotter gebauten Rathauses am Markt.<sup>56</sup> In den jüngeren Protokollen findet sich des Öfteren der Hinweis, dass sich die Einberufenen in oder bei der Ratsstube eingefunden und dann in die Enge begeben hätten.<sup>57</sup> Entweder sind hier nur der Personenkreis und die

---

Rath Born, in Versammlung derer 3 Raths-Mittel: Es wäre zwar nicht üblich, daß man in der Meße die sämtliche Hh. des Raths-Collegii zusammen berufen liese, weil zu besorgen, daß oder anderer in seinen Meßverrichtungen versäumet würde. Es wären aber verschiedene Stellen, welche jüngsthin in der Enge vorgewesen, erlediget und zu besetzen; [...]«

52 Vgl. u. a. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 87b, fol. 226v (vormittags halb 10 Uhr); StadtAL, Tit. VIII, Nr. 87b, fol. 235r (vormittags um 10 Uhr); StadtAL, Tit. VIII, Nr. 85, fol. 108r (halb 12 Uhr); StadtAL, Tit. VIII, Nr. 56, fol. 169v (mittags um 2 Uhr); StadtAL, Tit. VIII, Nr. 86, fol. 202r (nachmittags um 5 Uhr).

53 Vgl. z. B. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 86, fol. 313v.

54 Vgl. z. B. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 85, fol. 108r; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 86, fol. 207v; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 87b, fol. 1r.

55 In den Einleitungsteil zu einem Sitzungseintrag wurde gelegentlich auch der Ort der Versammlung des Engen Rates aufgenommen. In der Regel fanden die Sitzungen im Leipziger Rathaus, speziell in der Ratsstube statt, vgl. z. B.: »Den 1. Octobris 1720. Sind die Herren Seniores in der Rathstube beysammen gewesen und haben beschlossen [...]« StadtAL, Tit. VIII, Nr. 60a, fol. 35r.

56 Zum frühneuzeitlichen Leipziger Rathaus und seinen Räumlichkeiten sowie allgemein zu den Gebäuden am Markt vgl. Heinz Füßler, Heinrich Wichmann, Das Alte Rathaus zu Leipzig, Berlin 1958; Doris Mundus, Das Alte Rathaus in Leipzig, Leipzig 2003; Volker Rodekamp (Hrsg.), Das Alte Rathaus zu Leipzig, Altenburg 2004; sowie Waltraud Volk, Historische Straßen und Plätze heute – Leipzig, Berlin 1979, S. 96–134.

57 Vgl. u. a. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 85, fol. 108r, 194r–v.



eigentliche Sitzung gemeint oder tatsächlich ein anderer Raum. Als im Februar des Jahres 1684 die ersten Maßnahmen nach dem Tod des regierenden Bürgermeisters Christian Lorentz von Adlershelm beraten werden mussten, haben jedenfalls »[...] die anwesende[n] Herren Seniores im beystüblein zusammen geseßen, die sache zu überlegen, [...]«<sup>58</sup> In Ausnahmefällen, die dann auch begründet wurden, fanden Engesitzungen außerhalb des Rathauses statt, wie am 25. Januar 1816 »in der Behausung des Herrn Hofrath und Bürgermeister D. Einert, der Krankheits halber auszugehen behindert war [...]«<sup>59</sup> Am 18. Juli 1759 kamen die Seniores in dem Gartenhaus des ältesten Bürgermeisters Küstner zusammen, der »[...] wegen noch anhaltender Maladie bettlägerig [...]«<sup>60</sup> war. Der damals regierende Bürgermeister Trier führte aus, dass man ihn zwar gerne in der Stadt auf dem Rathaus gesehen hätte, um ihn nicht zu Hause beschweren zu müssen, da nun aber der Ratswechsel bevorstünde und einige Punkte zu überlegen wären, hielten sie die notwendige Versammlung in seiner Wohnung ab. Auch den Dank Küstners, dass die Seniores es für gut befunden hätten, die Enge bei ihm abzuhalten, hat der Schreiber mit in das Protokoll aufgenommen.<sup>61</sup>

Die Sitzungen des Engen Rates wurden durch den regierenden Bürgermeister geleitet. Er eröffnete und trug verschiedene Angelegenheiten zur gemeinsamen Überlegung und zum Beschluss vor. An einem Sitzungstag wurden zwischen einem und über 70 Beratungspunkten abgehandelt. Manchmal reichte die »Kürze der Zeit«<sup>62</sup> dafür nicht aus, so dass noch offene Punkte auf die nächste Versammlung verschoben wurden. Bis die nächste Sitzung stattfand, konnten mehrere Tage vergehen. Die Fortsetzung des Vortrages durch den regierenden Bürgermeister fand dann nicht selten vor einem leicht veränderten Personenkreis von Anwesenden statt.<sup>63</sup> Waren mehrere Sachverhalte zu klären, wurden inhaltlich ähnliche Fälle, wie Stellenbesetzungen, Bau- oder Pachtangelegenheiten, direkt aufeinanderfolgend behandelt. Die einzelnen Beratungsgegenstände waren bereits vor einer angesetzten Engesitzung aufgestellt und wohl auch den Seniores bekannt gemacht worden. So entschuldigte sich der regierende Bürgermeister Siegmann am 22. Dezember 1813, dass aufgrund fehlender Informationen und noch ausstehender Nachforschungen »[...] heute nicht alle bereits zu dem Enge-Vortrage bestimmten und eingetragenen Sachen vorgetragen werden [...]«<sup>64</sup> könnten. An den entsprechenden Stellen vermerkte dann der Schreiber, dass der Punkt ausgesetzt wurde.

58 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 40, fol. 267r.

59 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 87b, fol. 226v.

60 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 66b, fol. 47r.

61 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 66b, fol. 48r.

62 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 67, fol. 275r–v.

63 Vgl. u. a. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 70, fol. 59v–64v, 93v–100v, 112v–119v.

64 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 87b, fol. 135v.

Welche wichtigen Gegenstände machten nun aber eine Einberufung des Engen Rates notwendig? Was wurde auf den Sitzungen inhaltlich besprochen? In welchen Angelegenheiten entschieden die Seniores und über welche Kompetenzen verfügten sie? Aktiv wurde der Enge Rat, wenn obrigkeitliche Verordnungen und Befehle bekannt zu machen, zu beraten und umzusetzen waren. Zudem reagierte er, wenn Probleme, Anliegen und Bitten von Einzelpersonen, von Personengruppen oder Institutionen aus der Stadt oder auch außerhalb Leipzigs an den Rat herangetragen und zur Enge weitergeleitet wurden. Schließlich gab es auch noch die Möglichkeit, dass die Initiative zur Behandlung einer konkreten Angelegenheit von Engemitgliedern selbst ausging.

Die Beschlüsse zu den einzelnen Beratungspunkten enthielten häufig Handlungsanweisungen oder Befehle. Die Umsetzung von Entscheidungen wurde an die einzelnen Stuben, an spezielle Ratsmitglieder oder Ratsbedienstete weitergeleitet. Bittsteller sollten zum Beispiel von den Entscheidungen mündlich oder schriftlich unterrichtet und Bauvorhaben mit ihren Kosten zunächst geprüft werden. Wichtige Stellenbesetzungen wurden zur Bestätigung in die Versammlung der Drei Räte übergeben.

Die Beratungsgegenstände weisen eine enorme inhaltliche Bandbreite auf, so dass aufgrund der Fülle im Folgenden nur ein zusammenfassender Überblick über die wichtigsten thematischen Schwerpunkte gegeben werden kann.

Als Erstes beschäftigte sich der Enge Rat mit Stellenbesetzungen, insbesondere mit der Vergabe von Ratsämtern und der Anstellung von Ratsbediensteten. Ratsämter, wie das Amt des Baumeisters, des Stadtrichters, des Schenken oder Waagmeisters, wurden an Ratsherren vergeben. Die Bediensteten des Rates waren dagegen keine Ratsmitglieder, wie der Registrator in der Unterstadtschreiberei, die Stadtschreiber, Getreidemesser oder Stadtpfeifer. Zudem berieten die Seniores über Stellenvergaben im schulischen und kirchlichen Bereich. So wurden zum Beispiel Rektoren der Nikolai- und Thomasschule berufen sowie Lehrerposten vergeben. Teilweise finden sich in diesen Zusammenhängen sogar Einschätzungen der einzelnen Bewerber um die freien Stellen. So beginnt der zweite Punkt der Engesitzung vom 10. Oktober 1775 wie folgt: »Sei ein neuer Catecheta nach Paunßdorf, an statt des nach Liptitz beförderten David Klitschmüllers, zu erwählen. Hierzu hätten sich Claußnizer, Döring, Ritter und Ebermann angegeben. Ersterer habe einen besondern Accent, und spreche das o wie die das a aus, Gatt, anstatt Gott. Der andere wäre nur ein paar Jahre auf der Universität und könne noch werden. Ritter predige nicht sonderlich, solle auch nicht wohl hören. Ebermann habe ziemlich gut sich exhibiret, auch leiste derselbe H[errn] Kuhl in Baalsdorf Assistenz, solle aber den rechten Daumen nicht gnugsam brauchen können.«<sup>65</sup> Besonders aktiv war der Enge Rat im Zusammenhang mit dem jährlich anstehenden Ratswechsel zu Bartholomäi am 24. August. Im Vorfeld der eigentlichen

<sup>65</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 70, fol. 18v. Vor der Entscheidung hatten die Kandidaten Proben abzulegen.



Ratswahl einigten sich die Seniores über die Vorzuschlagenden und entschieden so in geheimer Beratung über die Besetzung des Sitzenden Rates im künftigen Amtsjahr.<sup>66</sup> Mit Beginn des neuen Amtsjahres waren dann auch die Stuben, Expeditionen und Deputationen zu besetzen, was ebenfalls in der Enge beschlossen wurde. Ab dem späten Mittelalter waren mit der Ausweitung der Kompetenzen des Leipziger Rates und der damit verbundenen Zunahme der Verwaltungsaufgaben sowie der stärkeren Differenzierung der städtischen Verwaltung zahlreiche Ratsämter neu geschaffen sowie zeitlich begrenzte oder ständige Kommissionen gebildet worden. Im Laufe der Zeit fanden dabei etliche Veränderungen statt. Die Stellen wurden mit Mitgliedern des Sitzenden Rates besetzt, aber auch Mitgliedern der beiden Ruhenden Räte konnten die Aufgaben übertragen werden. Für das Amtsjahr 1786/87 erfolgte zum Beispiel die Besetzung für folgende Stuben und Abordnungen: für die Stadtgerichte, für das Handelsgericht, für die Vormundschaftsstube, Landstube, Einnahmestube, Waage, Schossstube, Kontributionstube, Personensteuer und Wollwaage, für den Burgteller, zudem wurden unter anderem gewählt Holzherren, Turmherren, Deputierte zur Kreissteuereinnahme, zur Steuerekreditkasse und ein Deputierter zur Obersächsischen Reichs- und Kreiskasse.<sup>67</sup> Für die einzelnen Stuben, in denen spezielle Verwaltungsaufgaben von Ratsherren und ihren Bediensteten erledigt wurden und die auch räumlich im Rathaus voneinander getrennt waren,<sup>68</sup> gibt es im Stadtarchiv Leipzig jeweils eigene Bestände.<sup>69</sup> Ihre Tätigkeiten werden nicht in den hier vorzustellenden Ratsprotokollreihen verzeichnet, spiegeln sich allerdings dahingehend wider, dass von den Stuben Anliegen vor die Enge zur Beratung gebracht wurden. Beschlüsse des Engen Rates wurden dann wiederum zur Ausführung in die Stuben gegeben,<sup>70</sup> so konnte

66 Als Beispiel soll der Eintrag zur Sitzung der Enge am 17. Juli 1789 dienen: »Da sich die Zeit nähert bey welcher die Raths-Veränderung vorzugehen pflegt, so ist die Sache in Consessu vorernannter Herren Seniorum in Ueberlegung genommen, und folgendes beschlossen worden: A) in Absicht auf die erforderlichen neuen Mitglieder haben gesamte Herren Seniores auf H. Oberhofger. Ass. D. Kannen, H. D. Siegmann, H. Fr. Ludolph Hansen und H. Cammerrath Fregen Rücksicht genommen B) Was die Bestellung des sitzenden Rathes im künftigen Jahre anlange, so werde, wie des H. Geh. Kr. Rathes Müllers Magnificenz vortragen, der H. Hofrath Wendler Magnificenz das Regiment zu übernehmen sich gefallen lassen. Als Consulanten würden im sitzenden Rathe bleiben Herr Appellationsrath Trier und Herr Hofrath Richter, als Baumeister kämen hierzu Herr Ass. Herrmann und Herr Richter und zur Assistenz Herr Stadtr. D. Kind, Herr Cammerrath Richter, Herr Hofrath Apel, Herr Hauptmann Löhr, Herr Ass. D. Kanne, Herr D. Siegmann, Herr Hansen, Herr Cammerrath Frege, Consentit Dmni. Magnif. Cons. Wendler, et ita reliqui Dmni. Seniores.« StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 62v–63v.

67 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 6r–7r.

68 Vgl. die Abbildungen zur Raumverteilung im 1. Stock des Rathauses im 16. und im 17. Jahrhundert in: Füßler, Das Alte Rathaus (Anm. 56), S. 33, 49.

69 Vgl. Übersicht über die Bestände des Stadtarchivs Leipzig (Anm. 4), S. 14–31.

70 Vgl. z. B. den folgenden Protokolleintrag zur Sitzung des Engen Rates vom 28. Juni 1702: »II. Truge der Regierende Herr Bürgermeister vor, daß nachstehende Puncten aus der Landstube gegeben worden, worauf die Landherren die Resolution erwarteten [...]« StadtAL, Tit. VIII, Nr. 57, fol. 7r.

zum Beispiel der Enge Rat entscheiden, dass an die Einnahmestube eine Verordnung ergehen soll, einer bestimmten Person Geld für besondere Leistungen auszuzahlen.<sup>71</sup>

Als ein zweiter thematischer Schwerpunkt der Beratungsgegenstände sei benannt, dass sich die Enge mit Fragen der Rangordnung im Rat und mit Privilegien der Ratsherren beschäftigte, wie die Befreiung von der Einquartierung, was vor allem in Kriegszeiten mit Belagerungen Leipzigs und Einnahmen der Stadt auf der Tagesordnung stand. Außerdem behandelten viele Punkte die Entlohnung der Ratsangestellten. In typischer Mischfinanzierung umfasste die Entlohnung unter anderem: Kleidung, Dienstwohnung oder Mietgeld, Naturalien wie Wein, Fisch oder Martinsbrot, Gehalt, welches sich nach den erledigten Aufgaben richtete, sowie Sonderzuwendungen für besondere Verdienste.

Der dritte große Bereich war die Wirtschafts- und Finanzverwaltung der Stadt Leipzig. Rechnungsablegungen wurden angezeigt, Fragen in Bezug auf städtische Steuern und Abgaben – wie Schossgeld, Waagegeld, Zoll und Schlägeschatz – geregelt, Käufe und Verkäufe getätigt sowie die Aufnahme oder Verleihung von Geld geklärt. Etliche Punkte behandelten die Verpachtung des städtischen Grundbesitzes und der städtischen Gebäude, zum Beispiel Rittergüter, Vorwerke, Teiche, Ziegeleien des Rates, Mühlen der Stadt und Forst. Auch Angelegenheiten, die die Bereiche Gewerbe und Handel betrafen, wurden des Öfteren besprochen. So bat im November 1789 der Buchhändler Friedrich Weygand, dass ihm erlaubt würde, seine Verlagsbücher von Connewitz nach Leipzig ungehindert und ohne Entrichtung einer Abgabe einzuführen und dann auch wieder auszuführen, was allerdings abgeschlagen wurde.<sup>72</sup> Auch die Bitte eines Leipziger Bürgers und Papierhändlers im Jahr 1790 um das Recht des alleinigen Hadersammelns in Leipzig und in den Ratsdörfern (gegen die Abgabe einer Gebühr) wurde diskutiert.<sup>73</sup> Viele Beratungspunkte betrafen Bierangelegenheiten, das Brau- und Schankrecht sowie die Einfuhr fremden Bieres nach Leipzig.

Ein vierter großer Komplex war die Unterstützung Bedürftiger und Geschädigter. Besonders in Not- und Krisenzeiten erreichten den Leipziger Rat zahlreiche Bitten um milde Gaben und Schenkungen. Die meisten Unterstützungsanfragen wurden begründet mit dem hohen Alter, körperlichen Gebrechen, Krankheit, mit einer großen Teuerung besonders beim Getreide, erlittenen Schäden durch Brände, Unwetter oder große Hitze. Die vom Engen Rat zu bewilligenden Unterstützungsleistungen bestanden nicht nur aus Geldbeiträgen, sondern auch in der Zuweisung von Baumaterialien,

71 Z. B. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 106r–v (Engesitzung am 9. Juli 1790). Die Einnahmestube war im Jahr 1556 gebildet worden und hatte seitdem die Einnahmen und Ausgaben des Rates sowie seine Schulden zu verwalten; Übersicht über die Bestände des Stadtarchivs Leipzig (Anm. 4), S. 14 f.

72 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 80r.

73 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 93r–v (Punkt Nr. 28), 97r–v (Punkt Nr. 4).

zum Beispiel zum Wiederaufbau abgebrannter Häuser, in der Verminderung von Abgabelleistungen oder in der Vergabe von Brennholz.

Der fünfte Tätigkeitsbereich betraf das Bauwesen der Stadt und die Ausgaben dafür. In der Enge wurde beschlossen, Neubauten auszuführen, es ging um Instandhaltungsarbeiten und Umbaumaßnahmen an bereits bestehenden öffentlichen Gebäuden und Befestigungen, Mauern und Türmen, um den Neubau oder die Reparatur von Brücken, Wegen und Stegen, die dem Rat und der Stadt zustanden. Dazu gehörte auch die Verwaltung der städtischen Röhrwasserleitungen und Brunnen, hatte sich doch der Rat um die Zufuhr von Wasser wie auch um die Holzversorgung und die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln als öffentliche Angelegenheiten zu kümmern.

Des Weiteren beschäftigten sich sechstens die Engemitglieder häufig mit Angelegenheiten und Problemen im Bereich des Gesundheitswesens und der öffentlichen Hygiene. Es wurden beispielsweise Fragen beraten, wo und wie Ertrunkene geborgen und eine Zeit lang aufbewahrt werden sollten, Grabstellen wurden angekauft, Leichenfuhren geregelt, Hebammen verpflichtet sowie vor allem finanzielle Probleme der beiden Hospitäler der Stadt, also des Georgen- und Johannishospitals, geklärt.

Siebtens finden sich wiederholt auch Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit unter den Beratungsgegenständen der Enge. Hier ging es etwa um Feuer- und Brandschutzbekämpfung, um Fremde in der Stadt, um die Sicherheit zur Nachtzeit und deren Überwachung, um den schlechten Zustand der Gefängnisse, um die Unterbringungsorte von Gefangenen sowie allgemein um Fragen der Landes- und Stadtverteidigung.<sup>74</sup>

Unter einer achten Gruppe können verschiedenste Angelegenheiten des Schul- und Kirchenwesens zusammengefasst werden. Im Jahr 1702 wurde zum Beispiel mehrfach und ausführlich das Problem der Durchführung des reformierten Gottesdienstes behandelt, der laut landesherrlichem Dekret ein Jahr zuvor erlaubt worden war.<sup>75</sup> Am 25. Juli 1785 ging es um die Anschaffung einer neuen Orgel für die Nikolai-kirche.<sup>76</sup> Am 25. Oktober 1729 wurde dem Engen Rat durch Herrn Kehr das Ergebnis seiner Bestandsaufnahme der arabischen, persischen und vergleichbarer Manuskripte mitgeteilt, in der Ratsbibliothek waren über 300 solcher Schriften vorhanden.<sup>77</sup> Und am 28. November des Jahres 1795 wurde die Bitte von Leipziger Innungen um die

<sup>74</sup> Auch Rekrutierungen waren vom Rat zu regeln, wie zu Beginn des 18. Jahrhunderts vor dem Hintergrund des Nordischen Krieges; vgl. u. a. etliche Punkte der Sitzungseinträge im Jahr 1702 in: StadtAL, Tit. VIII, Nr. 56 und 57.

<sup>75</sup> Vgl. u. a. den dritten Punkt der Engesitzung am 10. März 1702 (StadtAL, Tit. VIII, Nr. 56, fol. 79r–82r); sowie die Engesitzung am 19. April 1702 (StadtAL, Tit. VIII, Nr. 56, fol. 88v–91v). Auch unter den Punkten der folgenden Engesitzungen findet sich diese Angelegenheit des Gottesdienstes der Reformierten.

<sup>76</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 70, fol. 319v–324r (Eintrag zur Sitzung der Enge am 25. Juli 1785).

<sup>77</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 60b, fol. 264r.

Errichtung und Finanzierung einer allgemeinen Bürgerschule für »tausende« Kinder behandelt.<sup>78</sup> Auf den Gemäuern der Moritzbastei errichtet, ist diese Bürgerschule dann letztlich 1804 eröffnet worden.

Abschließend soll neuntens noch auf die Vertretung der Stadt Leipzig nach außen hingewiesen werden. Es wurden zum Beispiel Deputierte für die allgemeinen Landtage bestimmt.<sup>79</sup>

#### IV. Die Versammlungen und die Protokolle der Drei Räte

Über die Versammlungen und die Beschlüsse sämtlicher Leipziger Ratsherren geben zwei Protokollreihen Auskunft, die insgesamt 20 Protokolle umfassen. Die überlieferten Niederschriften beginnen im Jahr 1630 und reichen bis zum Jahr 1823. Damit setzen die Protokolle der Drei Räte über drei Jahrzehnte vor den Protokollen der Enge ein. Bereits zuvor hat es allerdings Aufzeichnungen zu den Sitzungen des Leipziger Rates gegeben, die jedoch überwiegend nicht erhalten geblieben sind. Schon die auf landesherrliches Drängen hin erstellte Ratsordnung um 1500 enthält die Vorschrift, dass die Beschlüsse der Drei Räte durch den Stadtschreiber in einem Register schriftlich festgehalten werden müssen. Dies sollte nicht zuletzt dem Zweck dienen, dass zur Sitzung Abwesende nachträglich die getroffenen Entscheidungen nachlesen konnten.<sup>80</sup> Die erfolgten Niederschriften sind sehr lückenhaft überliefert worden, die ältesten Ratsprotokolle enthalten Aufzeichnungen aus dem Zeitraum von 1498 bis 1531 und der nächste Protokollband umfasst die Zeit von 1556 bis 1585.<sup>81</sup> Von den Protokollreihen des 17. bis 19. Jahrhunderts unterscheiden sich die Protokolle des 16. Jahrhunderts in Inhalt und Form, schon aufgrund der anderen Arbeitsweise und Struktur des Leipziger Rates, worauf Gustav Wustmann hingewiesen hat: »Weder die

78 Vgl. den Punkt Nr. 32 der Engesitzung am 28. November 1795; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 85, fol. 1r–12v (Eintrag zur Sitzung). Die Leipziger Schulgeschichte war das Thema des vom Leipziger Geschichtsverein veranstalteten Tages der Stadtgeschichte 2010. In den Vorträgen der Tagung ging es auch um die Schulgründungen um 1800; vgl. dazu den jüngst erschienenen Tagungsband Detlef Döring, Jonas Flöter (Hrsg.), *Schule in Leipzig. Aspekte einer achthundertjährigen Geschichte* (Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 2), Leipzig 2011.

79 »Leipzig nahm in politischer Hinsicht schon frühzeitig den zweiten Rang unter den kursächsischen Städten ein, was sich auch in seiner Stellung auf den Landtagen widerspiegelte.« Weller, *Theatrum Praecedentiae* (Anm. 6), S. 66; vgl. ebd., S. 66 Anm. 213 (Leipzig »[...] übte faktisch das Direktorium der Städtekurie aus [...]«).

80 Wustmann, *Urkunden und Aktenstücke* (Anm. 6), S. 140.

81 StadtAL, Tit. I, 25a/25b »Ratsbeschlüsse 1498–1531«; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 11b »Senatus conclusum 1556–1585«; vgl. zu den älteren Protokollen: Wustmann, *Urkunden und Aktenstücke* (Anm. 6), S. 75 f.

Engesitzungen des 17. und 18. Jahrhunderts, noch die Sitzungen aller drei Räte entsprechen den Ratssitzungen des 16. Jahrhunderts.«<sup>82</sup>

Der Beginn der Ratsprotokollreihen, also der fast lückenlosen Aufzeichnungen zu den Versammlungen der Drei Räte ab 1630, wird nicht nur einen Überlieferungszufall darstellen, sondern auf einen konkreten Anlass zurückzuführen sein, der Auswirkungen auf die Arbeitsweise, auf die Kompetenzen und auf die Schriftlichkeit des Leipziger Rates hatte. Ein solcher Einschnitt war die Unterstellung der Finanzverwaltung der stark verschuldeten Stadt Leipzig unter landesherrliche Kontrolle im Jahr 1627. Zu den am 15. Februar 1627 durch den sächsischen Kurfürsten Johann Georg I. getroffenen Maßnahmen zur Klärung der Situation und zur künftigen besseren Verwaltung der Stadt gehörte auch die Vorschrift zur Anlage, zum regelmäßigen Führen und zur Aufbewahrung von Ratsprotokollen: »[...] und damit keiner unter den Rathspersonen mit unwissenheit sich zu entschuldigen, bei ieder Consultation die Protocolla richtig zu halten, auf dem Rathhause zu lassen und sonderlich von dem Stadtschreiber die Vota und Conclusiones umbstendiglich zu registriren und solche ingesamt von ihnen zu unterschreiben, dergestalt, do einer oder der ander Leibsschwachheit halben oder sonsten zu erscheinen verhindert, derselbe nichts desto weniger darüber vernommen und von ihme der gemachte Schluß, wann er dorwieder nichts erheblichs zu erinnern, subscribirt werde.«<sup>83</sup> Das erste erhaltene Protokoll der Drei Räte beginnt dann mit einem Eintrag vom 15. Januar 1630, der sich auf die Diskussion über einen kurfürstlichen Befehl und die Ratsschuldenlast bezieht. Gefertigt wurde das Protokoll vom Syndikus Doktor Christoph Pincker, der es mit Einträgen bis zum Jahr 1633 füllte.<sup>84</sup> Bereits 1631 erfolgte die Anlage eines parallel geführten Protokolls, das bis zum 20. Oktober 1635 genutzt wurde.<sup>85</sup> Die Beratungen und Beschlüsse der Drei Räte im September und Oktober 1635 fanden zusätzlich Aufnahme in einem neuen Protokoll, geführt durch den Unterstadtschreiber.<sup>86</sup> Mit letzterem Protokoll beginnt die chronologisch fortlaufende Reihe der Protokolle des Unterstadtschreibers, die bis zum Jahr 1817 reicht.<sup>87</sup> Die Protokollreihe des Oberstadtschreibers fängt erst im Jahr 1650 an und endet bereits 1775.<sup>88</sup> Hinzu kommen noch unvollständige Aufzeichnungen des Oberstadtschreibers aus dem Zeitraum von 1803 bis 1823.<sup>89</sup> So ergibt sich das Bild,

82 Wustmann, Urkunden und Aktenstücke (Anm. 6), S. 77.

83 Ebd., S. 199–205, speziell S. 202.

84 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 37 (1630–1633).

85 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 37b (1631–1635).

86 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 46 (1635–1641).

87 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 47 (1641–1644), 48 (1644–1646), 49 (1646–1653), 50 (1653–1663), 51 (1663–1681), 52 (1682–1704), 53 (1704–1753), 54 (1752–1817).

88 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 38 (1650–1666), 39 (1666–1678), 40 (1678–1687), 41 (1687–1709), 42 (1709–1722), 43 (1722–1736), 44 (1736–1753), 45 (1754–1775).

89 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 82 (1803–1823).

dass nach einer Anfangszeit, die nach dem landesherrlichen Befehl zur Protokollierung der Ratsbeschlüsse beginnt, in die Wirren des Dreißigjährigen Krieges fällt und in der sich zunächst eine bestimmte Gewohnheit in der Protokollführung ausbilden musste, spätestens ab 1650 der Oberstadtschreiber die eine Reihe und der Unterstadtschreiber die andere Reihe führte. Oft nahmen beide Schreiber an den Sitzungen der Drei Räte teil und protokollierten parallel. Ein Vergleich der Aufzeichnungen ergibt, dass nicht nur andere Wörter und Formulierungen gewählt, sondern teilweise die Einträge auch verschieden gewichtet wurden, so dass sich inhaltliche Ergänzungen finden lassen. Es kam aber auch vor, dass nur einer der beiden Schreiber anwesend war und Aufzeichnungen zu einer Sitzung nur in die Protokollreihe des Anwesenden Eingang fand. Insbesondere über Sitzungstage, bei denen es um den Ratswechsel ging, informieren zumeist nur die Protokolle, die vom Oberstadtschreiber geführt wurden.

Einberufungen sämtlicher Leipziger Ratsherren fanden unregelmäßig statt. Sie kamen einmal bis 71-mal im Jahr vor.<sup>90</sup> Der Durchschnitt liegt bei 11 Versammlungstagen pro Jahr. Wie bei den Sitzungen der Enge ist eine Häufung im August festzustellen, resultierend aus dem in diesem Monat stattfindenden Ratswechsel. Die statistische Überprüfung der einzelnen Sitzungstage pro Kalenderjahr ergab des Weiteren einen signifikanten Rückgang der Versammlungstage Anfang der 1660er-Jahre. Während im Zeitraum von 1630 bis 1664 durchschnittlich 24 Einberufungen pro Jahr stattfanden, waren es von 1665 bis 1823 jährlich nur noch acht. Diese deutliche Verringerung der Sitzungstage der Drei Räte fällt in die Zeit des Beginns der Protokolle der Enge. Möglicherweise fanden Ende der 1650er-/Anfang der 1660er-Jahre eine Umstrukturierung des Leipziger Rates und eine Neuverteilung der Zuständigkeiten und Aufgaben statt, die sich sowohl in der Sitzungsfrequenz der einzelnen Ratsgremien als auch in der Protokollführung niederschlugen.<sup>91</sup>

Seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts fanden in der Regel die Versammlungen der Drei Räte baldmöglichst im Anschluss an Engesitzungen statt. Dazu wurde jeder Wochentag genutzt. Uhrzeiten finden sich in den Protokollen sehr selten. Am 20. September 1697 trafen sich die Drei Räte kurz vor 12 Uhr,<sup>92</sup> in einem anderen Fall

90 Nur einmal trafen sich die Drei Räte laut der Einträge in den Protokollen in den Jahren 1790 und 1799, wobei allerdings für diese Jahre Überlieferungslücken nicht auszuschließen sind, da jeweils nur das Protokoll des Unterstadtschreibers überliefert ist. Mit 71 Sitzungen trafen sich alle anwesenden Leipziger Ratsherren am häufigsten im Jahr 1643 – dem Jahr, welches der Eroberung der Stadt Leipzig im November 1642 durch die Schweden, die bekanntlich bis 1650 blieben, folgte. Auch 1644 versammelten sich die Drei Räte mit 67 Sitzungstagen sehr häufig. In den ereignisreichen Jahren 1632 und 1633 fanden 54 und 57 Einberufungen der Drei Räte statt.

91 Diesen Fragen ist in der weiteren stadthistorischen Forschung nicht zuletzt unter Berücksichtigung der Niederschriften in den einzelnen Ratsprotokollreihen nachzugehen.

92 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 52, fol. 265r.



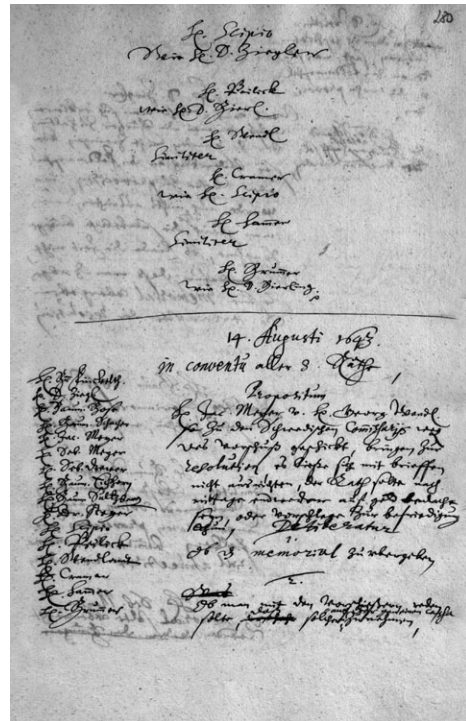
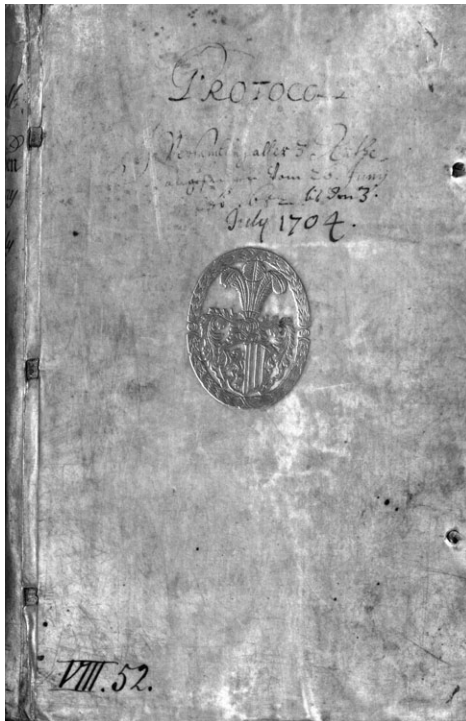


Abb. 2: Protokoll der Drei Räte (1682–1704), Ausfertigung des Unterstadtschreibers [StadtAL, Tit. VIII, Nr. 52]

Abb. 3: Seite aus dem Protokoll der Drei Räte, das von 1641 bis 1644 vom Unterstadtschreiber geführt wurde, mit dem Beginn des Sitzungseintrages vom 14. August 1643 [StadtAL, Tit. VIII, Nr. 47, fol. 280r]

wird 6 Uhr nachmittags als so ungewöhnlich aufgefasst, dass sich der Bürgermeister entschuldigt, er müsse sich schämen, die Herren zu dieser Zeit herzubemühen.<sup>93</sup> Als Versammlungsort aller Ratsherren diente die Ratsstube im Rathaus. Wie die Engeprotokolle wurden auch die Versammlungen der Drei Räte durch den regierenden Bürgermeister geleitet.

In den Protokollen der Drei Räte finden sich nach der Angabe des Datums und des Beratungsgegenstandes viel häufiger als in den Engeprotokollen auch die Voten der einzelnen Ratsmitglieder. Die Ratsherren äußerten nach der Aufforderung des regierenden Bürgermeisters der Reihe nach ihre eigenen Gedanken zu der anstehenden Angelegenheit oder schlossen sich ganz einfach mit »etiam« oder »similiter« der Meinungsäußerung ihres Vorgängers an.

<sup>93</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 52, fol. 200r (29. April 1693).

Vereinzelte lassen sich in den Aufzeichnungen Hinweise zur Benutzung der Protokolle der Drei Räte finden. So notierte der Oberstadtschreiber am 28. Juni 1685, dass der regierende Bürgermeister Paul Wagner bei der Durchsicht der Registratur einen Irrtum bei der Namensnennung im Zusammenhang mit einer Stellenbesetzung gefunden habe. Der Bürgermeister führte an, dass er sich wohl versprochen hätte und wünschte nun, dass der Name geändert und der Vorgang registriert werden sollte. Als Nachweis, dass der Mehrheitsbeschluss tatsächlich auf eine andere Person gefallen wäre, führte der Bürgermeister »alle protocolla« an.<sup>94</sup> Der Schreiber nahm daraufhin den Vermerk in das Protokoll auf, den entsprechenden Eintrag aber zur Versammlung der Drei Räte am 20. Juni 1685 korrigierte er nicht nachträglich. In der nächsten Versammlung, am 6. Juli 1685, ging es dann erneut um die Frage der Stellenbesetzung, nun ausdrücklich mit den Personen, die als Kandidaten von der Mehrheit festgelegt worden waren.<sup>95</sup> Die Protokolleinträge dokumentierten also die Sitzungen und Beschlüsse der Drei Räte als Gedächtnisstütze, zum Nachweis und zur Kontrolle für die Ratsherren. Sie wurden überprüft und gegebenenfalls durch einen neuen Eintrag ergänzt. Auf Streichungen der einmal aufgeschriebenen Beschlüsse, die später korrigiert oder abgeändert werden sollten, wurde in der Regel verzichtet. Solche, durch spätere Vermerke erfolgte Nachbesserungen bei einem Beschluss lassen sich auch in den Protokollen des Engen Rates finden. Die Protokollniederschriften sowohl der Drei Räte als auch der Enge dienten nachweislich der Unterrichtung von abwesenden Ratsmitgliedern über die in den Versammlungen behandelten Beratungsgegenstände und getroffenen Beschlüsse. Einige Engeprotokolle enthalten Aufzeichnungen darüber, dass nicht bei der Sitzung anwesende Ratsherren in das Protokollbuch Einblick genommen haben oder sich die Themen und Beschlüsse vom Oberstadtschreiber – auf Verordnung des regierenden Bürgermeisters – haben berichten lassen.<sup>96</sup> Sogar nachträgliche Meinungsäußerungen konnten die entsprechenden Ratsherren zu den behandelten Fällen abgeben. In einem Fall wurde sogar gezielt das Votum eines abwesenden Ratsherren eingeholt und als Nachtrag schriftlich festgehalten, da die Meinungen der Anwesenden zu verschieden gewesen waren.<sup>97</sup>

Welche städtischen Angelegenheiten machten nun eine Einberufung sämtlicher Leipziger Ratsherren nötig? Welche Beratungsgegenstände wurden behandelt? In den Versammlungen der Drei Räte ging es laut der Protokolle überwiegend um Stellenbesetzungen, insbesondere um die Vergabe von Ratsstellen, zum Teil um Anstellungen von Bediensteten des Rates sowie um die Anstellung von Lehrern und Geistlichen.

<sup>94</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 52, fol. 53v.

<sup>95</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 52, fol. 49r–58r.

<sup>96</sup> Vgl. u. a. StadtAL, Tit. VIII, Nr. 62, fol. 96r–v; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 63, fol. 214r.

<sup>97</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 59, fol. 88r.



Der Bürgermeister informierte über die vakante Stelle und stellte die Bewerber vor. Oft verwies er auch gleich auf die Meinung der Enge in dieser Angelegenheit. Im Beispieljahr 1789 ging es in den insgesamt sechs Versammlungen der Drei Räte ausschließlich um Stellenbesetzungen, die kurz zuvor in der Enge schon beraten worden waren. In allen Fällen bestätigten die Drei Räte das Votum des Engen Rates. Es ging hier also nicht um Entscheidungsfindungen, sondern um Information und um allgemeine Bestätigung. Bei bestimmten Stellenbesetzungen wurde dann der Beschluss der Drei Räte direkt an den Sitzenden Rat weitergeleitet, der letztlich für die praktische Umsetzung der Entscheidung Sorge tragen sollte.

Über Stellenbesetzungsfragen hinaus machten wichtige Finanzangelegenheiten, bei denen es um größere Summen ging, Angelegenheiten der Stadtverteidigung und der innerstädtischen Sicherheit sowie landesherrliche Anordnungen ebenfalls Versammlungen aller Ratsherren notwendig. Solche Themen finden sich häufig im Zusammenhang mit Kriegszeiten und Krisensituationen. So wurde Leipzig mehrfach belagert und besetzt, wie im Dreißigjährigen Krieg durch die Schweden oder im Siebenjährigen Krieg durch die Preußen. Aber auch ein Studententumult 1697 bewog den Sitzenden Rat, eine Versammlung der Drei Räte einzuberufen, damit von allen beraten würde, wie auf Gewalttätigkeiten zu reagieren sei. Besonders brisant war die Frage, ob von Gewehren Gebrauch gemacht werden solle und ob man diese »scharff« laden lasse. Einige Ratsherren waren der Meinung, dass die Wache nicht nur patrouillieren, sondern bei Vorkommnissen auch Gewalt anwenden sollte.<sup>98</sup> Im 17. Jahrhundert finden sich zudem vereinzelt unter den Beratungsgegenständen der Drei Räte auch Gerichtsangelegenheiten. So berieten 1666 die Ratsherren, ob in Bezug auf die Diebin Anna Maria Klugin von Dresden die Hinrichtungsart vom Strang in das Schwert zu verwandeln sei. Allerdings beließen sie es beim gesprochenen Urteil der Schöppen.<sup>99</sup>

Im Rahmen von Versammlungen der Drei Räte kam es schließlich auch vor, dass die gesamte Bürgerschaft in die Ratsstube einbestellt wurde, damit ihr landesherrliche Befehle oder andere Anordnungen bekannt gemacht werden konnten. Solche Verkündigungen bezogen sich oft auf Angelegenheiten der Landes- und Stadtverteidigung oder auf Kontributionsforderungen und Kontributionszahlungen.

98 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 52, fol. 265r–267v (20. September 1697).

99 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 51, fol. 95r–97r (9. März 1666).

## V. Die Tätigkeit und die Protokolle des Sitzenden Rates

Die zwölf oder auch dreizehn Mitglieder des einen Ratsdrittels, die ein Jahr lang die Amtsgeschäfte führten, gingen ihrer Arbeit in der Ratsstube im Leipziger Rathaus nach. Laut zweier Ratsbeschlüsse von 1642 und 1665 hatten sie sich täglich, außer sonnabends, in der Stube um 9 Uhr einzufinden und bis um 11 Uhr zu sitzen. Wer ohne Erlaubnis oder unangemeldet an einem Vormittag fehlen sollte, der musste sechs Groschen Strafe zahlen.<sup>100</sup> Über die Tätigkeit des Sitzenden Rates informieren über 90 Ratsstubenprotokolle, die mit einigen wenigen Lücken von 1607 bis zum Jahr 1814 reichen.<sup>101</sup> Fast täglich erfolgten Einträge, die der Unterstadtschreiber vornahm. Entsprechend umfangreich sind die jährlichen Notizen, so umfassen zum Beispiel die Aufzeichnungen zum Jahr 1789 fast 560 Seiten.<sup>102</sup> Dabei sind die einzelnen, täglichen Einträge in der Regel recht knapp gehalten. Nach dem Datum folgt die zu klärende Angelegenheit in wenigen Worten sowie deren Erledigung oder ein anderslautender Beschluss.

Der Sitzende Rat erledigte laufende Verwaltungsgeschäfte und Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Er bearbeitete Probleme, Bitten und Anliegen, die Einzelpersonen oder Personengruppen persönlich vor den Leipziger Rat gebracht hatten. Dies betraf Innungsangelegenheiten, wie die Bitte der Leipziger Perückenmacherinnung im Januar 1789, dass einem Johann Carl Gottlob Bauer das Meisterrecht von der Innung erteilt werden dürfe.<sup>103</sup> Dem Wunsch der Antragsteller nach obrigkeitlicher Bestätigung entsprechend, wurden auch Privatrechtsgeschäfte behandelt,

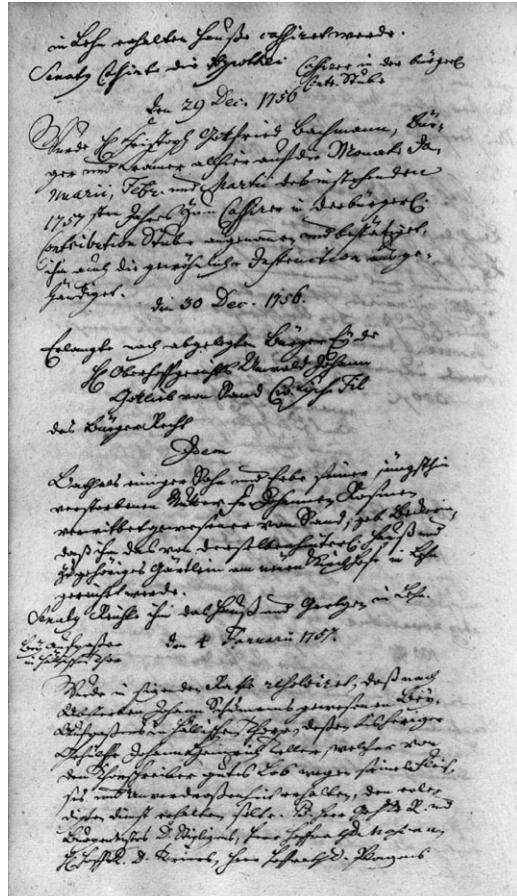
<sup>100</sup> Wustmann, Urkunden und Aktenstücke (Anm. 6), S. 217, 223.

<sup>101</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 243 (1607–1609); 243a (1612–1613); 243aa (1614–1615); 243b (1615–1616); 243bb (1616–1617); 243c (1617–1618); 243d (1618–1619); 243dd (1619–1620); 243ddd (1620–1621); 243e (1620–1622); 243f (1621–1622); 243g (1622–1623); 243h (1623–1624); 243i (1624–1625); 243k (1625–1626); 243l (1626–1628); 243m (1626–1628); 243n (1628–1630); 243o (1628–1630); 243p (1630–1632); 243q (1632–1633); 243r (1633–1635); 243s (1635–1638); 243t (1637–1639); 243u (1640–1642); 244 (1642–1645); 245 (1645–1648); 246 (1648–1651); 247 (1651–1652); 248 (1652–1654); 249 (1654–1657); 250 (1657–1661); 251 (1661–1665); 252 (1665–1667, dazu ein Beiheft); 253 (1667–1670); 254 (1670–1674); 255 (1674–1678); 256 (1678–1681); 257 (1681–1682); 258 (1684–1688); 259 (1689–1696); 260 (1696–1703); 261 (1703–1711); 262 (1711–1717); 263 (1717–1722); 264 (1722–1726); 265 (1726–1729); 266 (1729–1733); 267 (1733–1735); 268 (1735–1737); 269 (1737–1739); 270 (1739–1741); 271 (1741–1743); 272 (1743–1746); 273 (1746–1748); 274 (1748–1751); 275 (1751–1755); 276 (1755–1758); 277 (1758–1761); 278 (1761–1763); 279 (1764–1765); 280 (1766–1767); 281 (1767–1769); 282 (1770–1772); 283 (1772–1774); 284 (1774–1776); 285 (1776–1778); 286 (1778–1780); 286a (1781–1782); 287 (1782–1784); 288 (1784–1786); 289 (1786–1787); 290 (1787–1788); 291 (1788–1790); 292 (1790–1791); 293 (1791–1792); 293b (1792–1793); 294 (1793–1794); 295 (1794–1795); 296 (1803); 297 (1804); 297a (1805); 298 (1806); 298a (1807); 299 (1808); 299a (1809); 300 (1810); 301 (1811); 302 (1812); 303 (1813); 304 (1814).

<sup>102</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 291, fol. 19r–297r.

<sup>103</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 291, fol. 31v; vgl. die Transkription dieses Eintrages im Anhang des vorliegenden Beitrages.

Abb. 4: Seite aus dem Ratsstubenprotokoll, das von 1755 bis 1758 geführt wurde [StadtAL, Tit. VIII, Nr. 276, fol. 289v]



wie Vormundschafts-, Erbschafts- und Testamentsangelegenheiten sowie Kaufgeschäfte und Schulsachen. In ausführlicherer Form finden sich diese Angelegenheiten auch in den Ratsbüchern.<sup>104</sup> Des Weiteren betreffen etliche Einträge in den Ratsstubenprotokollen die Erlangung des Bürgerrechtes.

Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Sitzenden Rates waren Stellenbesetzungen. Die Vergabe von wichtigen Stellen, wie die Stelle des Stadthauptmanns, des Burgkeller-

<sup>104</sup> Ein stichprobenartiger Vergleich der Einträge zum Jahr 1789 im Ratsstubenprotokoll (StadtAL, Tit. VIII, Nr. 291) mit den Aufzeichnungen im Ratsbuch (StadtAL, Ratsbuch 1789, Vol. I und II) hat ergeben, dass sich die Angelegenheiten aus dem Ratsbuch in den Ratsstubenprotokollen wiederfinden lassen. Die Einträge im Ratsstubenprotokoll sind nur deutlich kürzer, enthalten dafür aber den jeweiligen Ratsbeschluss. In den sehr ausführlichen Aufzeichnungen im Ratsbuch finden sich neben den Darstellungen des Hintergrundes des vor den Rat gebrachten Anliegens unter anderem auch Abschriften zum Fall gehöriger Attestate, Registereintragungen, Quittungen, Testamente und Eidesleistungen.

schenken oder auch des Kopisten bei der Stadtschreiberei, war bereits im Vorfeld durch den Engen Rat und durch die Drei Räte beschlossen und dann jeweils weitergeleitet worden. Die Aufgaben des Sitzenden Rates bestanden nun darin, die Entscheidung für einen bestimmten Kandidaten mehr oder weniger öffentlich zu verkünden und ihn vorzustellen, das Amt der Person aufzutragen, sie zu instruieren und zu verpflichten.<sup>105</sup> Die Vergabe weniger wichtiger Stellen konnte auch gleich von der Enge an den Sitzenden Rat übergeben werden, ohne dass erst die Zustimmung der Drei Räte eingeholt werden musste, wie beim Hochzeit- und Leichenbitter.

## VI. Schlussbemerkung

Bei den frühneuzeitlichen Leipziger Ratsprotokollen handelt es sich in der Regel um Beschlussprotokolle. Die Aufzeichnungen über die Sitzungen des Engen Rates, der Drei Räte oder des Sitzenden Rates enthalten die Beratungsgegenstände und die Ergebnisse der jeweiligen Zusammenkunft in zusammenfassender Form mit einem gemeinsamen Beschluss des tagenden Ratsgremiums. Gelegentlich wurden auch die Voten der einzelnen, an der Versammlung teilnehmenden Ratsherren in die internen Aufzeichnungen der obersten städtischen Leitungs-, Beratungs- und Beschlussgremien aufgenommen, so dass zum Teil individuelle Meinungen und auch Meinungsverschiedenheiten greifbar werden. Die erhalten gebliebenen Protokollreihen des Sitzenden Rates und der Drei Räte beginnen in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Für die Tätigkeit des Engen Rates liegen erst seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts Sitzungsaufzeichnungen vor. Aus der Fülle der in den Leipziger Ratsprotokollen enthaltenen Informationen konnten nur einige ausgewählte, zentrale Aspekte hervorgehoben werden. Ziel der Ausführungen war es aber auch, die Ratsprotokolle vorzustellen und einen Einblick in die komplexen Nutzungs- und Auswertungsmöglichkeiten dieser frühneuzeitlichen Quellen als Anregung für weitere Forschungen zu verschiedenen Fragestellungen zu geben.

<sup>105</sup> So wurde z. B. auf der Versammlung der Drei Räte am 3. Juni 1761 in Bezug auf die Besetzung der vakanten Kopistenstelle bei der Stadtschreiberei entschieden, dass die Stelle an Daniel Flemming zu vergeben sei, den kurz zuvor die Seniores auf ihrer Sitzung bereits als Kandidaten präferiert hatten. Abschließend erfolgte die Weiterleitung der Angelegenheit an den Sitzenden Rat: »Magnif. Consul Regens: Der sitzende Rath würde das nöthige ferner besorgen, Flemmingen das Amt auftragen und ihn verpflichten.« StadtAL, Tit. VIII, Nr. 54, fol. 66r. Vgl. zu einer weiteren Stellenbesetzung die Transkription im Anhang des vorliegenden Beitrages (Eintrag im Ratsstubenprotokoll vom 18. Februar 1789; StadtAL, Tit. VIII, Nr. 291, fol. 292v).

## VII. Anhang

### 1. Protokoll der Enge

Die folgende Transkription des Protokolleintrages zur Sitzung des Engen Rates am 30. Januar 1789 im vollen Wortlaut (StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 49r–54v) soll dazu dienen, einen beispielhaften Eindruck von den Aufzeichnungen in den Engeprotokollen zu vermitteln. Die behandelten Beratungsgegenstände reichen von Stellenbesetzungen über Entlohnungsfragen und Unterstützungsleistungen, Pacht-, Bau- und Finanzangelegenheiten bis hin zu Wasserversorgungs-, Bier-, Gefängnis-, Kirchen- und Bibliotheksangelegenheiten.

fol. 49r

»Den 30. Jänner 1789.

[In Gegenwart Ihro Magnif. Herrn Geh. KriegsR. D. Müllers, Ihro Magnif. Herrn Hofrath D. Wendlers, H. Appell.R. Triers Procons., H. HofR. Richters Procons., H. Baumstr. H. Winklers, H. Baumstr. u. O.hofger.Ass. Hermanns, H. Baumstr. J. A. Richters, H. Synd. u. O.hofger. Ass. Green, H. Baumeister Martens.]<sup>106</sup>

Ihro Magnificenz Herr Geheimer KriegsRath D. Müller, als regierender Bürgermeister, stattet den versammelten Herren gewöhnlicher massen Dank ab, und trägt vor:

1.

Herr Baumeister Krappe suche an, ihn des Vorsteheramts über das willige Almosenamt, weil seine Cur nicht so von statten gegangen, daß er sich gnugsam thätig erweisen könne, zu entlassen. Herr Hauptmann Gottfried Winkler habe wegen seiner Schwächlichkeit diese Stelle depreciret, hingegen Herr Hauptmann Joh. Zacharias Schmidt solche anzunehmen sich erkläre. Concl. auf Herrn Hauptmann Schmidt.

fol. 49v

2.

Hätten die Herren Landstubendeputirte von den vier Subjectis, welche wegen der Schulmeister-Substitution zu Cleuden Proben abgelegt, Christian Gottfried Leigßneringen zum Substituten in Vorschlag gebracht.

Die Vota fallen auf Leigßneringen.

3.a

Herr M. Christian Samuel Forbiger, Pastor zu St. Johannis, bitte auch in diesem Jahre um gültigste Unterstützung in seiner Dürftigkeit.

Concl. Es sind ihm für diesmal, wegen harten 80 Thlr. von dem Herrn Vorsteher nach und nach zu zahlen, jedoch ohne Consequenz.

---

<sup>106</sup> Eintrag der Anwesenden steht am linken Rand.

3.b

Zur Stadthauptmannsstelle, wovon Herr Joh. Zacharias Schmidt abgehe, treffe die Reihe Herrn Eberhardt Heinrich Löhrn.

Concl. Herrn Senator Löhr ist die Hauptmannsstelle aufzutragen.

4.

Die Organisten und Calcanten in der Nicolai- Thomas- und neuen Kirche bäten um eine Zulage zu den 2 Thlr. 4 g. 6 d. so den erstern, und zu den – 13 g. 7 d. so den letztern vierteljährig, wegen des Orgelspielens und resp. Balkentretens bey der Communion, bey den Canzelliedern und in der Fastenzeit ausgesetzt worden.

Concl. Es sind den Organisten jährlich 10 Thlr., und den Calcanten 5 Th. statt der bisherigen

fol. 50r

resp. 10 und 5 Gulden, aus den Kirchen jedem zu zahlen, sie sollen aber nie um ein Mehreres bitten.

5.

H. Christian Wilhelm Trampeli, Orgelbauer zu Adorf, zeige an, daß er sich hier niederzulassen gesonnen sey, und suche an, ihm an des verstorbenen Göttlichs statt, die Reparatur und Stimmung der Orgeln in hiesigen Kirchen aufzutragen. Es stelle auch Johanne Christiane verwitwete Göttlichin vor, daß sie drey unerzogene Kinder, ohne Vermögen, zu ernähren, und, einen guten Gesellen zu bekommen, die gewisseste Hofnung habe, bitte also um eben dergleichen. Concl. Trampeli ist hierzu anzunehmen, die dürftige Göttlichin aber mag um eine Beyhülfe ansuchen.

6.

Herr Pastor Johann Christoph Förster und die Kirchenvorsteher zu Birnbaum, in Großpohlen, hätten um einen Beytrag zur Reparatur der dasigen evangelischen, sehr veralteten Kirche bittlich angesuchet, worzu die Herren Handlungsdeputirte und Cramermeister 50 Thlr. in die Rathsstube geliefert hätten, und es wäre der Rathsbeytrag zu bestimmen.

Concl. 25. Thlr. dazu zu legen.

7.

Das Almosenamt bitte, die vielen hiesigen Armen, bey zeitheriger großer Kälte und dringendem Holzbedürfnis, zu unterstützen.

Concl. die bereits dahin gezahlten 100 Thlr. wer-

fol. 50v

den genehmiget, und es sind noch 100 Thlr. aus der Einnahmestube eben dahin zu geben.

8. et 9.

Mit dem Thonbergspachter habe bis auf 250 Thlr., und mit dem Pächter zu Connewitz auf 360 Thlr. wegen erlittenen Wetterschadens gehandelt werden sollen. Die Herren Baumeister

hätten solches versucht, zeigten aber an, daß diese beyde Pachtere um ein Mehreres bäten, es stelle auch insonderheit der Thonbergspachter, Buder, den großen Schaden vor, den er auf dem Thonberge durch gefallene Schlooßen und Überschwemmung, auch ausserdem alhier durch Feuer erlitten habe.

Concl. ad 8., dem Thonbergspachter Buder sind noch 100 Thlr., also überhaupt 350 Thlr. zu erlassen, jedoch unter der Bedingung, daß er den verbleibenden Rest des Pachtgeldes sofort baar bezahle. ad 9., dem Pachter des Guths Connewitz, Schweflern, sind statt vorher verwilligter 360 Thlr., überhaupt 460 Thlr. zu remittiren, jedoch unter ebenmässiger Bedingung, wie bey Budern.

10.

Der Müller zu Zwenkau, Gottfried Böhne, stelle vor, daß ihn schon zweymal in den Jahren 1786 und 1787, und zum dritten male

fol. 51r

dopplt im 1788sten Jahre Wetterschaden, wovon letzterer total gewesen, betroffen, nicht weniger er im 1787sten Jahre Wassermangel, und im Jahr 1788 an den Wiesen Wasserschaden erlitten habe, dahero er um Erlaß an schuldigem Pachtgelde und Pachtkorne bitte.

Concl. Es sind ihm 80 Scheffel zu erlassen, unter der Bedingung, daß er das übrige schuldige Pachtgeld und Pachtkorn sofort auf einmal bezahle.

11.

Herr Oeconomie-Verwalter Oerttel zeige an, daß im Gasthofe zu Lindenau 20 neue Fenster, worunter 16 sechsflüchtige, unentbehrlich von nöthen, und zu deren Fertigung 64 Thlr. 16 gl. erforderlich wären.

Concl. Verordnung zu ertheilen.

12.

Eben derselbe schlage vor, daß statt der von dem Pachter zu Raschwitz gebetenen Verlängerung des dasigen Saales für die Gäste, eine Cammer zu einer Stube eingerichtet werden könne, auf deren Anlegung, wie auch auf die an demselben Gebäude ohnehin nöthigen Einziehung einer neuen Schwelle nebst Riegeln, zusammen 117 Thlr. 22 gl. zu verwenden wären. Der Pachter Nebrich habe sich erklärt 5 Thlr. jährlich mehr, als bishero, dieserhalb zum Pachtgelde zu geben, wodurch der Aufwand auf die neue Stube verinteressiret werde.

Concl. Die Stube und das übrige soll gefertigt, und das mehrere Pachtgeld der 5 Th. jährlich vom Pachter entrichtet werden.

fol. 51v

13.

Trage H. Baudirector Dauthe an, daß in den schadhafte steinernen Röhrtrog auf dem neuen Kirchhofe, zu Ersparung einer kostbaren Reparatur, zwey Bottiche von starkem eichenen Holze gesetzt, und mit einander verbunden werden möchten. Der Anschlag betrage 77 Thlr. 4 gl.

Concl. Detur Verordnung.

14.

Für den Gebrauch der drey Acker Feldes in Petscher Mark, welche Maria Justina verwitwete Großin verkaufen wollen, und die auf 243 Thlr. gerichtlich gewürdet worden, habe der Pächter Kurth zu Pfaffendorf 12 Thlr. jährliches Pachtgeld, neben dem Abtrag der darauf haftenden Onerum, gewilliget.

Concl. E. E. Hochw. Rath will den ihm zustehenden Vorkauf exerciren, u. diese drey Acker für die Taxe der 243 Thlr. übernehmen.

15.

Johann Gottfried Kunze wiederhole sein Anerbieten, daß er für die an sein Haus zum weißen Adler anstossenden Baracken 1400 Thlr., nebst 50 Thlrn. Beytrag zum Schleussenbaue, zahlen wolle, und bitte um beyfällige Entschliessung.

Concl. Für 1550 Thlr. incl. des Beytrags zum Schleussenbaue, in baarem Gelde, mögen ihm diese Baracken überlassen werden.

fol. 52r

16.

Berichteten die Herren Vormundschaftsdeputirten, daß Maria Elisabeth verwitwete Reiterin, für sich und ihre zwey Töchter, Julianen Wilhelminen, und Rosinen Amalien Marianen, bittlich ansuche, an 65 Thlr. Abzugsgelde, welches sie, die Witwe, von 12992 Thlr. 16 gl. Erbtheil, zu 72 Procent, und an 20 Thlr., so jede dieser Töchter von 3000 Thlr. Erbportion und 1000 Thlr. Prälegat zur Ausstattung, erleget hätten, ihnen einen Theil zu erlassen.

Concl. Das Abzugsgeld der Witwe ist auf 50 Thlr., und jeder Tochter ihres auf 10 Thlr. zu setzen.

17.

Frau Sabina Eleonora verwitwete D. Bosin stelle vor, daß ihr verstorbener Eheliebster, Herr D. Ernst Gottlob Bose, das Stadtphysicat sowohl, als die Aufsicht über das Lazareth, in die 30 Jahre treufleißig besorget habe, und bitte um ein ausserordentliches Geschenke, als einen Beweis der Zufriedenheit mit dessen geleisteten Diensten.

Concl. Es sind ihr 25 Thlr. aus der Einnahmestube zu zahlen.

18.

Frau Johanna Concordia verwitwete Hofräthin Hetzerin, als Universalerbin ihres verstorbenen Eheliebsten, Herrn Hofrath Johann Hieronymus Hetzers, bitte um Zuschreibung der Capelle in der Nicolaikirche, welche Herr Caspar Bose ao. 1706, Herrn Baumeister Caspar Richters Fr. Witwe ao. 1771

fol. 52v

und Herr Hofrath Hetzer ao. 1781, und zwar jedes der beyden letztern, gegen 200 Thlr. Lösegeld, zugeschrieben bekommen hätten.



Concl. Für der Frau Hofrätthin Hetzerin Person fiat die gebetene Zuschreibung ohne sonst gewöhnliche Lösung, wenn sie aber verlanget, daß die Zuschreibung mit auf ihre Nachkommen gerichtet werden solle, hat sie der Kirche 200 Thlr. zu entrichten.

19.

Eben dieselbe bitte auch um Zuschreibung derjenigen Capelle in der Peterskirche, welche ao. 1717 Herr Johann Martin Hemm, und ao. 1754 Herrn D. Johann Hieronymus Hetzern, Frau Christianen Reginen verehel. Hauptmannin Richterin, und Herrn Friedrich Wilhelm Ihmann zugeschrieben worden, und wegen welcher, wenn sie ad collaterales kommet, 100 Thlr. Lösegeld bezahlet werden solle.

Concl. Der Frau Hofrätthin Hetzerin kan nur der dritte Theil dieser Capelle, und zwar bloß für ihre Person, zugeschrieben werden, wenn aber die Zuschreibung mit auf ihre Nachkommen gerichtet werden soll, so ist das erforderliche Lösegeld zu entrichten. Dahingegen Herrn Ihmanns und der Frau Baumeister Richterin 2/3 der Kirche anheim gefallen sind.

fol. 53r

20.

Auf Herrn Acciscommissar Justus Heinrich Saals Ansuchen, daß 1 Thlr. Erbzinß und 1 Thlr. Hausgenossengeld von dem ehemaligen Kri[eg]<sup>107</sup>städtischen Hause zu Euteritzsch, nachdem er solches ao. 1784 sub hasta erstanden, aber dieses Haus abgetragen und zu einem Gartenfleck angeleget, abgeschrieben werden möge, erstatteten die Herren Landstubendeputirte Bericht, daß das Hausgenossengeld in die Gemeinde entrichtet werde, und daß den Erbzinß Michael Krickstädt ao. 1738 da er einen Gartenfleck von seinem Vater bekommen und ein Haus darauf erbauet, neuerlich und unbeschadet der onerum des Hauptguthes, übernommen habe, hiernächst nurgedachtes Haus ao. 1784 mit berührtem Erbzinße und Hausgenossengelde subhastirt worden sey.

Concl. Der Erbzinß ist bewandten Umständen nach auf 12 gl. zu setzen, wegen des Hausgenossengeldes hat H. Implorant die Gemeinde zum Erlaß zu vermögen.

21.

Herr Daniel Friedrich Kämpfe, Verwalter des Zucht- und Armenhauses zu Waldheim, trage auf Verlängerung des mit hiesigem St. Georgenhospitale getroffenen, ult. Martii a. c. zu Ende gehenden Personen-Umtauschungscontracts an. Der Herr Vorsteher des Georgenhospitals wünsche wieder auf das vormalige Beytragsquantum, nämlich 39 Thlr. 16 gl. 9 d. für einen Versorgten, und 34 Thlr. 12 gl. 4 d. für einen Züchtling zu kommen.

fol. 53v

Herrn Hofrath Wendlers Magnificenz:

Es wäre freylich hier alles theuer als in Waldheim, und das hiesige Haus fasse die Menge der anher gesendeten catholischen Gefangenen nicht, es könnten auch von den übrigen Gefan-

---

<sup>107</sup> Durchgestrichen, verändert in »ck«.

genen und Versorgten nicht eine hinlängliche Anzahl gegen die anher gebrachten nach Waldheim abgeschicket werden, wobey das Georgenhaus vieles zusetzen müsse.

Concl. Der Herr Vorsteher des Georgenhauses ist zu veranlassen, daß er es wieder auf den vorigen Beytrag zu bringen suchen möge, und er hat sein Schreiben mit darauf zu richten, daß die anher zu sendenden Personen auf eine gewisse leidliche Anzahl zu setzen.

22.

Herr Johann Christoph Richter bitte, ihn von der fernern Assessur bey dem Almosenamte zu dispensiren, weil die Besorgung seiner Rittergüter ihn die meiste Zeit von hier abrufe. An dessen Stelle wären Herr Otto, H. Sickel und H. Seidenschwanz in Vorschlag zu bringen.

Concl. Herrn Otto anzutragen.<sup>108</sup>

23.

Die Cymbelträger in der Thomaskirche bäten um einige Verbesserung ihres Gehalts, da ihre Arbeit durch Verlängerung der Stuhlreihen und das Gedränge in den Gängen

fol. 54r

erschweret und vermehret worden wäre.

Concl. Wegen jeder Früh- und Vesperpredigt sind einem jedem dieser Cymbelträger zu den bisherigen 6 gl. hinführo 2 gl. zuzulegen, was die Mittagspredigten betrifft, bleibt es bey den zeitherigen 2 gl.

24.

Herr Appellationsrath D. Heinrich Gottfried Bauer, als Präpositus des kleinern Fürsten-Collegii, suche an, daß den Herren Collegiaten von denjenigen 80 Faß Bier, welche sie schlägeschatzfrey ausschenken zu lassen befugt wären, dasjenige Quantum, so die Schenkwirthe nicht consumiren könnten, gleich den Herren Professoren, in baarem Gelde vergütet werden möchte.

Concl. Abgeschlagen.

25.

Der Glaser Christian Friedrich Bley sage sich von der erhaltenen Concession, einen Platz im Hällischen Zwinger mit Bretern zu verschlagen, und gegen 6 Thlr. jährlichen Canon zu benutzen, hinwieder los. Dahingegen der Tisch[]er, Johann Christian Wilhelm Wittig, nunmehr ihm sothanen Platz, zu Aufbewahrung seines Holzes, zu vergönnen, bitte.

Concl. Fiat gegen die bereits gesetzten 6 Th. und Revers.

26.

Der verstorbene Herr Protonotarius Reinhard habe ein gewisses Gedichte der Universitäts-Bibliothek, und zugleich 100 Thaler eben derselben zu dem Behuf

<sup>108</sup> Mit Bleistift geschrieben steht am linken Rand: »Herr Baumstr. Martens bittet ebenfalls um Entlassung.«

fol. 54v

vermachtet, daß dieses Gedichte jedem, der es zu sehen verlange, vorgezeigt werden solle, mit dem Zusatze, daß widrigenfalls das Vermächtniß der Rathsbibliothek zu fallen solle. Der Reinhardische Erbe, Herr Appellationsrath Bauer habe der Universitätsbibliothek 100 Thlr. gegeben, und Herr Prof. Reitz habe auf das Gedichte und dessen Vorzeigung renunciert. Der Rathsbibliothek habe gedachter Herr Appellationsrath Bauer, in Absicht auf ebenmässige Lossagung, 50 Thlr. angeboten, welche anzunehmen wohl kein Bedenken vorwalten werde. Concl. Fiat.«<sup>109</sup>

## 2. Protokoll der Drei Räte

Als Beispiel eines Eintrages in ein Protokoll der Drei Räte soll die Aufzeichnung des Unterstadtschreibers Christian Gottfried Meißner zur Sitzung aller Leipziger Ratsherren am 31. Januar 1789 dienen (StadtAL, Tit. VIII, Nr. 54, fol. 208r–209r). Diese Versammlung fand am Folgetag der oben transkribierten Engeversammlung statt. In der Zusammenkunft der Drei Räte ging es ausschließlich um Stellenbesetzungen, die zuvor schon in der Enge beraten worden waren. Es wurde ein direkter Bezug zu den Beratungen und Entscheidungen der vorhergehenden Engesitzung hergestellt. Alle Stellenbesetzungen fanden Bestätigung durch die Drei Räte.

fol. 208r

»Leipzig, den 31. Jänner 1789.

Magnificus Consul reg. Herr Geh. KriegsRath D. Müller proponirte in Versammlung dreyer Räthe: Es habe Herr Baumstr. Krappe zu erkennen gegeben, daß ihm wegen seiner herannahenden Jahre und schwächlichen Leibesbeschaffenheit das Vorsteher Amt im Lazareth, ingl. die Deputation bey dem hiesigen Almosenamt ferner zu verwalten sehr beschwerlich falle und dahero diese beyden Stellen in die Hände E. E. Hochw. Raths übergeben habe. In der Enge wären die Herren Seniores der Meinung gewesen, daß die Vorsteher Stelle im Lazareth dem Herrn Hauptmann Schmidt aufgetragen werden könnte. Weil nun gedachter Herr Hauptm. Schmidt ebenfalls

fol. 208v

sich erkläret, seine zeithero verwaltete Hauptmann Stelle nieder zu legen, So würde Herr Löhr hierzu der nächste seyn.

Hiernächst hätten die Herren Deputirten zur Landstube gemeldet, daß der zeitherige Schulmeister zu Cleuden, Avenarius, wegen seines Alters und schwächlichen Umstände um einen Substituten angesuchet habe. Unter denen, welche sich dieserwegen gemeldet, schiene Christian Gottfried Leigßnering der geschickteste hierzu zu seyn.

Sie wolten anjetzo erwarten, was sämmtliche gegenwärtige Herren hierauf zu resolviren belieben würden.

<sup>109</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 49r–54v.

Der regierende Herr Stadtrichter D. Schacher stattete S. Magnif. dem verbindlichsten Danck ab, daß Sie vor die Besetzung dieser Stellen sorgen wollten und gab sein Votum

1. Herr Hauptm. Schmidten, zum Vorsteheramt beym Lazareth,
2. Herr Löhren, zur StadthauptmannStelle
3. Leigßnering, zur Substitution des Schulmeister Avenarii zu Cleuden.

Herr Assess. und Baumstr. D. Hermann, etiam,

Herr Stadtrichter D. Kind, etiam,

Herr Baumstr. Martens, etiam,

Herr Baumstr. 110 Richter, Cammerrath, etiam,

Herr Hauptm. Winckler, etiam,

Herr Hauptm. Schmidt, stattete seinen Danck ab,

Herr Hofr. Apel, etiam,

Herr D. Einert, etiam,

Herr Hauptm. Hansen, etiam,

fol. 209r

Herr Löhr – danckte,

Herr D. Neumann, etiam,

Herr Hofr. u. Proc. D. Richter, etiam,

Herr Baumstr. Winckler, etiam,

Herr Baumstr. Richter, etiam,

Herr Assess. D. Green, etiam,

Herr Stadtr. D. Gaudlitz, etiam,

Herr D. Koch, etiam,

Herr Assess. D. Gehler, etiam,

Herr D. Pohl, etiam,

Herr D. Küstner, etiam,

Herr Sattler, etiam.

Magnificus Dn. Cons. reg. danckte vor gehabte Bemühung, das übrige solte besorgt werden.  
Christian Gottfried Meißner, Stadtschr.«<sup>111</sup>

### 3. Ratsstubenprotokoll

Die folgenden drei transkribierten Einträge sind dem Ratsstubenprotokoll entnommen, das vom Dezember 1788 bis Juli 1790 geführt wurde. Alle, fast täglich erfolgten Einträge zum Jahr 1789 reichen von Blatt 19 bis Blatt 297 (StadtAL, Tit. VIII, Nr. 291, fol. 19r–297r). Als Beispiele für die Niederschriften der Tätigkeit des Sitzenden Rates sollen eine Innungssache, eine Stellenbesetzungsangelegenheit und eine Bürgerrechtsangelegenheit dienen.

<sup>110</sup> Das Wort »Baumstr.« ist mit einer unterbrochenen Linie unterstrichen.

<sup>111</sup> StadtAL, Tit. VIII, Nr. 54, fol. 208r–209r.

»Den 22. Jänner 1789.

Die Oberältesten und Beysitzer der hiesigen Perückenmacher Innung, Namens: Johann Friedrich Fischer, Johann Friedrich Dietrich und Christian Conrad Höfler, zeigten an, daß Johann Carl Gottlob Bauer, zeither Bürger und Stärckenhändler, welcher ihre Profeßion gehörig erlernet, seine Meisterstücken verfertigt und bey der Innung damit bestanden sey. Sie suchten dahero an, E. E. Hochw. Rath wolle verstatten, daß ihm nunmehr das Meisterrecht von der Innung ertheilet werden möchte.

Ampliss. Senat. verstattete, daß Bauern das Meisterrecht ertheilet werden könnte, wobey an- noch anzumercken, daß Bauer, zu denen bereits bezahlten 20 rt. Bürgergeld 10 rt. Nachschuß erleget hat, davon er auf sein Bitten 5 rt. zurück erhalten.«<sup>112</sup>

»Den 18. Febr. 1789.

Vor dem sitzenden Rath erschienen auf Erfordern die sämmtlichen bürgerlichen H. Ober und Unter Officiers im Peters Viertel, nebst dem H. Capitain Lieutenant, Lieutenant, SousLieutenant und Wachtmeister bey hiesiger Stadt Milice und wurden von des regierenden Bürgermeisters Herrn Geheimen Kriegs Rath D. Müllers Magnific. denen selben zu erkenen gegeben, daß Herr Johann Zacharias Schmidt seine zeithero rühmlich verwaltete StadtHauptmann Stelle aus bewegenden Ursachen niedergeleget, welche wieder zu besetzen wäre. Hierzu folgte in der Ordnung Herr Eberhard Heinrich Löhr, welcher diese Hauptmann Stelle erhalten hätte. Derselbe würde also sämmtlichen gegenwärtigen Herren Ober und Unter-Officiers hiermit als Hauptmann vorgestellt, mit dem Bedeuten, ihn, als ihren Vorgesetzten zu erkennen und ihm in allen das Commando betreffende Sachen gehörige Folge zuleisten. Es hätte sich nunmehr der neuerwählte Herr Hauptmann Löhr bey dem Herrn General Major von Reizenstein, welchem das Interims Commando bey den Gouvernement alhier gnädigst übertragen worden, zumelden und weitere Verfügung zu gewarten.«<sup>113</sup>

»Den 22. Decbr. 1789.

Erlangte Christiana Charlotte, Johann Christian Friedrich Trinksens, gewesenen Briefträgers bey dem Löbl. Oberpostamt alhier, nachgel. Wittib, nach abgelegten Bürgereyd, das hiesige Bürgerrecht.«<sup>114</sup>

112 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 291, »Protocoll vom 1sten December 1788 bis 31sten Julii 1790«, fol. 31v.

113 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 291, »Protocoll vom 1sten December 1788 bis 31sten Julii 1790«, fol. 47v–48r. Die Nachfolge in der Stadthauptmannsstelle ist bereits in der Engesitzung am 30. Januar 1789 (StadtAL, Tit. VIII, Nr. 71, fol. 49v) geklärt und am 31. Januar 1789 in der Versammlung der Drei Räte (StadtAL, Tit. VIII, Nr. 54, fol. 208r–209r) bestätigt worden; s. die obigen Transkriptionen.

114 StadtAL, Tit. VIII, Nr. 291, fol. 292v.

## Industrie- und Gewerbeausstellungen in Sachsen 1824–1914

von Enrico Hochmuth  
Sächsisches Wirtschaftsarchiv (Hrsg.)

ISBN: 978-3-86729-089-0

Gebundene Ausgabe, 17 x 24 cm  
216 Seiten, 40 schwarz-weiße Abbildungen  
24,80 €, 1. Auflage 2012



Sie waren als Feste von Gewerbe und Industrie kulturelle Höhepunkte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Gegenstand dieser Publikation ist die kulturelle Praxis des Ausstellens von innovativen handwerklichen und industriellen Produkten im Königreich Sachsen zwischen 1824 und 1914. In diesen knapp einhundert Jahren entwickelte sich aus ersten vereinzelt stattfindenden Expositionen eines der wichtigsten merkantilen Instrumente der modernen Konsumgesellschaft, das auch als Medium für politische und kulturelle Inhalte an Bedeutung gewann. Den frühen Ausstellungen in Dresden folgten bald Veranstaltungen in allen sächsischen Großstädten sowie in vielen Klein- und Mittelstädten. An ihrem Beispiel wird deutlich, wie sie sich alsbald zu Volksfesten und Publikumsmagneten entwickelten und dabei einen gewichtigen Beitrag zur Wirtschaftsförderung, Standortbildung und Formung des sächsischen Wirtschaftsraumes im 19. und frühen 20. Jahrhundert leisteten. Wie kaum ein anderes Medium führten sie Fortschritte, aber auch Defizite vor Augen und ermöglichten dabei den Vergleich zwischen Unternehmen, Städten, Wirtschaftsregionen und Staaten.

Zum Autor:

Enrico Hochmuth ist Jahrgang 1971, von 1995–1999 Studium der Museologie an der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig, 1999–2001 Studium der Kunstgeschichte und Kulturwissenschaften an der Universität Leipzig, 2003–2006 Promotionsstudium »Transnationalisierung und Regionalisierung vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart« am Zentrum für Höhere Studien der Universität Leipzig, 2007 Promotion zum Dr. phil. im Fach »Vergleichende Kultur- und Gesellschaftsgeschichte« an der Universität Leipzig, 2007–2011 als freiberuflicher Wissenschaftler und Publizist zahlreiche Lehraufträge und Veröffentlichungen sowie kuratorische Tätigkeit, seit 2011 Kurator im Schulze-Delitzsch-Haus – Deutsches Genossenschaftsmuseum Delitzsch.

## Gelehrte Frauen der Frühen Neuzeit in Leipzig

*Cornelia Caroline Köhler*

Im Folgenden soll in Anlehnung an die zahlreichen »Frauenzimmerlexika« des späten 17. und des 18. Jahrhunderts versucht werden, ein Verzeichnis der gelehrten Frauen in Leipzig und Sachsen, mit dem Schwerpunkt vom 16. bis 18. Jahrhundert und einem Ausblick ins 19. Jahrhundert, zusammenzustellen. Der Ausgangspunkt der Auswahl ist die Stadt Leipzig als ein Zentrum der Gelehrsamkeit in Sachsen, das für Frauen so intensiv Gelegenheit zum Umgang mit Gelehrsamkeit bot, dass es während der Frühaufklärung auf dem Gebiet des Alten Reiches einmalig war. Deshalb wird in der Einführung zum Verzeichnis herausgearbeitet, welche speziellen Bedingungen diese Blüte weiblicher Gelehrsamkeit ermöglichten.

### Der Begriff der »gelehrten Frau«

Um die Aufnahme der einzelnen Frauen zu rechtfertigen, ist es notwendig, den zur jeweiligen Zeit gültigen Begriff der Gelehrsamkeit bzw. Gelehrtheit und später der Wissenschaft darzustellen und die Arbeit der Frauen an diesem Maßstab zu prüfen. Bei einer Beschäftigung mit diesem Thema zeigt sich schnell, dass es jederzeit Frauen gab, die Wissen suchten und auch Möglichkeiten, es zu erwerben, gefunden haben, auch wenn der Begriff des gelehrten Wissens sich wandelt und in den verschiedenen sozialen Schichten unterschiedliche Funktionen hatte.

Ein Begriff der Gelehrsamkeit, der für mehr als 200 Jahre gültig sein sollte, wurde durch den Renaissance-Humanismus bestimmt. Obenan in dessen Wertschätzung stand, bedingt durch die Hinwendung zum Vorbild der Antike, die Kenntnis der klassischen Sprachen – Gelehrtheit ohne fundierte Kenntnis des klassischen Lateins, einschließlich der Regeln für Poesie und Rhetorik, ist in diesem Gelehrsamkeitsideal nicht denkbar. Das drückt sich in der Stellung der Sprachen allgemein (*verba*) über dem Sachwissen (*res*) aus; letzteres ist nur eine Art Materialsammlung für die Verarbeitung durch die sprachliche Kunst. In diesem Sinne werden Realien gesammelt, um sie verfügbar zu halten. Um den Status eines Gelehrten zu erhalten, reicht die Kenntnis der antiken Sprachen und, damit verbunden, der antiken Autoren aus. Die Arbeitstechnik der Gelehrsamkeit besteht in Bezug auf die Realien im Lernen aus Kompendien, in der Kompilation und eventuell der Kommentierung des überliefer-



ten Wissens. Bezüglich der verba, der Poesie als Krone der Wissenschaften, gilt es, die gesammelten res sprachlich zu verarbeiten, indem junge Dichter nach dem Erwerb der Realien- (doctrina) und Regelkenntnisse (ars poetica) sich zuerst am Vorbild der anerkannten Dichter üben, bevor sie zu eigenen Schöpfungen gelangen können.

Für Frauen ist der Gelehrtenstatus durch die sprachliche Barriere schwer zu erreichen. Der institutionelle Zugang zum Latein über den Weg des Klosters wird im 16. Jahrhundert durch die Kirche versperrt, so dass Mädchen und Frauen nur durch persönliche, meist familiäre Beziehungen Lateinkenntnisse erwerben können. Ist ihnen dies aber gelungen, so ist ihnen eine gewisse Berühmtheit als *virgo docta* oder *femina erudita* recht sicher. In Sachsen finden sich solche Frauen in der 1. Hälfte des 16. Jahrhunderts im unmittelbaren Umkreis der Humanisten.<sup>1</sup>

Zwischen 1680 und 1730 setzte sich ein neues, vom humanistischen Gelehrsamkeitsbegriff stark abweichendes Modell, nämlich das der politischen Gelehrsamkeit an den Universitäten durch.<sup>2</sup> Aus der Aufwertung des vernunftgeleiteten Denkens (v. a. durch Christian Thomasius) folgt die Abwertung des autoritätenverhafteten Realien sammelns, es kommt eine Polemik gegen das Lateinische als Wissenschaftssprache auf, der die Forderung nach modernen Fremdsprachen gegenübersteht. Die Erfahrung als Erkenntnisweg erfährt eine starke Aufwertung, was mit einer höheren Wertschätzung der res gegenüber den verba einhergeht, d. h. mathematisch-naturwissenschaftlicher Disziplinen gegenüber den sprachlich-literarischen. In den letzteren etabliert sich nun die Natürlichkeit als Kriterium.<sup>3</sup> In zahlreichen Hodegetiken wird das neue Gelehrsamkeitsideal vorbereitet, nach dem die Einzelwissenschaften einen unmittelbar einsehbaren Nutzwert für die Gesellschaft haben sollen, was eine Aufwertung der Realdisziplinen sowie eine Abwertung der Verbaldisziplinen mit sich bringt. Der Wissenschaftsbegriff wird mit den Klugheitsvorstellungen verknüpft, was auf die Forderung für den einzelnen Gelehrten hinausläuft, das erworbene Wissen in einem gesellschaftlich nützlichen Beruf anzuwenden und gesellschaftstaugliche Umgangsformen zu beherrschen.

Für die zunehmende Bedeutung von Frauengelehrsamkeit bietet der politische Gelehrsamkeitsbegriff einige Anhaltspunkte. Die Verdrängung des Lateins als Wissenschaftssprache ermöglicht Frauen aus einem breiteren sozialen Spektrum den Zugang zu gelehrtem Wissen; allerdings verlieren damit auch diejenigen Frauen den Gelehrtenstatus, die ihn bisher allein auf Grund ihrer Sprachkenntnisse erhalten hatten. Einen Vorteil für Frauen bietet die Darstellungsform des Gesprächs, die im Zusam-

1 Anna Melanchthon, Elisabeth Creutziger, später Catharina Agricola, Justina Bachmann.

2 Zu den folgenden Ausführungen vgl. Gunter E. Grimm, *Literatur und Gelehrtentum in Deutschland. Untersuchungen zum Wandel ihres Verhältnisses vom Humanismus bis zur Frühaufklärung*, Tübingen 1983.

3 Ebd., S. 236.

menhang mit dem politisch-galanten Gelehrsamkeitsbegriff bevorzugt wird. Es wird deshalb geschätzt, weil es durch seine Dialogform das Fortschreiten der Gedanken sichtbar und nachvollziehbar macht, so dass es zugleich die Aufgabe der Belehrung des Lesers erfüllen kann. Frauen nun wurde eine Fertigkeit in der Gesprächsführung traditionell zugestanden; besonders die französischen Salons des 17. Jahrhunderts, obgleich sie nicht ungeteilten männlichen Beifall fanden, wurden von der Partei der »Frauenfreunde« durchaus geschätzt.

Da Erfahrung und Weltkenntnis Frauen als Erkenntnisweg nicht abgesprochen wurden, bot deren steigende Bedeutung auch für Frauen eine breitere Basis zum Erlangen anerkannten Wissens als bisher, da sie zum Erfahrungswissen in den meisten Fällen einen leichteren Zugang hatten als zu den durch Studium zu erwerbenden Kenntnissen. Die Anwendung des Wissens in der Praxis gesteht der Frauenrolle einerseits mehr Möglichkeiten zu, dem Idealbild zu entsprechen, indem sie im hauswirtschaftlichen und pädagogischen Rahmen praktische Anwendungsmöglichkeiten hat, andererseits wird sie sogleich wieder begrenzt, weil die Wissensanwendung der Realdisziplinen in öffentlichen Ämtern traditionell für sie ausgeschlossen wird. Insgesamt aber bot die Phase des politischen Gelehrsamkeitsbegriffs mehr Möglichkeiten für Frauen, was sich in der Zahl der als Gelehrte anerkannten Frauen widerspiegelt.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts vollzieht sich der Wandel des Begriffs der Gelehrsamkeit für Frauen weiter, nun mit einschneidenden Folgen. Während Gegner der Frauengelehrsamkeit bisher behauptet hatten, Frauen seien gar nicht fähig, gelehrtes Wissen zu erwerben und anzuwenden, wird nun erstmals eine andere Art von Gelehrsamkeit bei Frauen postuliert: Bei Georg Friedrich Meier wird sie als schöne Gelehrsamkeit beschrieben. Hintergrund dieses Wechsels vom quantitativen zum qualitativen Unterschied sind zwei Entwicklungen: Die zunehmende Akzeptanz des influxus physicus einerseits und der Fokus der Betrachtung in Physiologie und Anatomie andererseits.<sup>4</sup> In letzterer gewinnt die Annahme immer mehr Raum, dass Frauen sich im gesamten Körperbau von Männern unterscheiden; besonders oft hervorgehoben werden dabei die geringeren Körperkräfte und die zarteren Nerven. Wenn zu dieser Auffassung nun noch die Annahme eines influxus physicus, also der Einwirkung der körperlichen Beschaffenheit auf die seelischen und geistigen Fähigkeiten kommt, dann ist der Schluss auf eine andersartige Bildungsfähigkeit bei Frauen leicht zu ziehen. In Georg Friedrich Meiers *Moralischer Wochenschrift »Der Gesellige«* wird der influxus physicus zwar nicht bestätigt, aber wegen der Annahme einer spezifisch weiblichen Seele ebenfalls eine spezifisch weibliche Bildung gefordert. Zwar steht diese Art der Gelehrsamkeit in Meiers Augen durchaus nicht niedriger als die der Männer,

4 Im Halle Georg Friedrich Meiers waren hier besonders die Ärzte Georg Ernst Stahl und Friedrich Hoffmann wirkungsmächtig (vgl. Katrin Löffler, *Anthropologische Konzeptionen in der Literatur der Aufklärung*. Autoren in Leipzig 1730–1760, Leipzig 2005, S. 173–185).

im Gegenteil, für die gesamte Gesellschaft schätzt er die Wirkung der schönen Gelehrsamkeit durchaus höher.<sup>5</sup> Zum 19. Jahrhundert hin hat sein Gelehrsamkeitsideal allerdings die für Frauen fatale Wirkung, dass die schönen Wissenschaften gegenüber den ernsthaften an Wert verlieren. Dadurch, dass die Frauen laut vorherrschendem Frauenbild aber keine andere als die schöne Gelehrsamkeit erwerben sollen, werden sie nun gänzlich von der eigentlichen Wissenschaft ausgeschlossen. Erst die Frauenbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts beginnt sich nachdrücklich für eine Teilhabe der Frauen an der gesellschaftlich anerkannten Wissenschaft einzusetzen, ein Prozess, der mit der allgemeinen Durchsetzung der Studierlaubnis für Frauen (in Sachsen 1906) zu Anfang des 20. Jahrhunderts einen ersten Höhepunkt erlebte, jedoch bis heute nicht abgeschlossen ist.

### Leipzig als Zentrum der Frauengelehrsamkeit

Bei der Betrachtung der Vielzahl von gelehrten Frauen, die nach diesen Maßstäben im Verzeichnis aufgeführt werden können, fällt auf, dass die Anzahl dieser Frauen bis etwa 1750 stark zunimmt: Während wir aus dem 16. und der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts nur vereinzelt sächsische gelehrte Frauen kennen, finden sich in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts fast 20 mit Leipzig verbundene Frauen, die dem damaligen Begriff der Gelehrsamkeit entsprochen haben, und bis 1750 dann noch einmal 22. Für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts können sieben gelehrte Frauen benannt werden, die über Herkunft, Wohnort oder Verlag an Leipzig gebunden sind. Weitere sieben Frauen haben sich innerhalb des gesamten 19. Jahrhunderts als Pädagoginnen einen Namen gemacht. Im Verlauf des 20. Jahrhunderts steigt die Zahl wissenschaftlich tätiger Frauen bekanntermaßen wieder.

Die starke Zunahme zwischen 1650 und 1750 hat verschiedene Ursachen. Wie oben ausgeführt, begann man im Zusammenhang mit dem neuen politischen Gelehrsamkeitsbegriff Frauen mit gelehrtem Wissen zu schätzen und zu fördern. In direkter Verbindung damit stehen die zahlreichen Verzeichnisse gelehrter Frauen, die ihre Aufmerksamkeit auf bereits vorhandenes Potential richteten und für die Gegenwart viel mehr Namen und Daten überliefern konnten als in der Vergangenheit. Zugleich dürfte das neue Rollenvorbild der gelehrten Frau aber auch als Ansporn gewirkt haben, so dass es nun tatsächlich mehr hoch gebildete Frauen gab.

<sup>5</sup> Vgl. Cornelia Caroline Köhler, *Das Frauenzimmer und die schönen Wissenschaften. Georg Friedrich Meiers Ideal der Frauengelehrsamkeit im Geselligen (1748–50)*, in: *Poetische Welt(en)*. Ludwig Stockinger zum 65. Geburtstag zugeeignet, Leipzig 2011, S. 119–129.

Es gibt aber nicht nur die quantitative, sondern auch qualitative Veränderungen: Zum einen fällt auf, dass bis etwa 1700 alle Frauen, deren Ausbildungsgang bekannt ist, ihre Gelehrsamkeit (und die damit einhergehende Berühmtheit) noch im Elternhaus, zumindest aber vor der Verheiratung erworben haben und dass sie als Ehefrauen sich kaum weitergebildet und nur in wenigen Fällen etwas veröffentlicht haben. Sie sind im Typus der gelehrten Tochter zusammenzufassen. Nach 1700 beginnt sich ein anderer Typ der Gelehrten herauszubilden: Die Gehilfinnen wurden zu großen Teilen von ihren Männern ausgebildet und verrichteten ihre gelehrte Arbeit, ob mit oder ohne Publikationen, im Stand als Ehefrau. Gerade diese letzteren Frauen sind es, deren gelehrte Tätigkeit schon auf eine wissenschaftliche Arbeit nach heutigen Standards verweist, auch wenn die Anerkennung der Zeitgenossen in einzelnen Fällen anders urteilte (z. B. Conradin vs. Wincklerin) – während die humanistische Gelehrsamkeit den gelehrten Frauen und ihren oft adligen Familien zur Zierde gereichte, wird die politische der bürgerlichen Gehilfin zunehmend zur Arbeitsgrundlage.

Im Vergleich zu anderen Zentren der Gelehrsamkeit auf dem Gebiet des Alten Reiches wird deutlich, dass es vor allem die Zeit der Frühaufklärung ist, in der Leipzig als Ort der Frauengelehrsamkeit hervorsticht, wohingegen z. B. die Zeit der Hochaufklärung in dieser Hinsicht vom Raum Göttingen mit seiner Universität dominiert wird. Deshalb gilt es nun herauszufinden, welche besonderen Bedingungen Leipzig in dieser Zeit bot.

## **Spezifisch Leipziger Bedingungen**

### **1. Enge Verknüpfung von Universität, Stadtbürgertum und landesherrlichen Institutionen**

Die Universität besaß genügend Anziehungskraft, um immer neue Studenten einerseits und Gelehrte andererseits anzulocken.

In mehreren neueren Arbeiten wurde inzwischen die enge Verknüpfung zwischen dem Leipziger Stadtbürgertum und den Universitätsgelehrten nachgewiesen.<sup>6</sup> Diese Verflechtung spiegelt sich auf mehreren Ebenen wider: auf der politischen, die am

6 Detlef Döring, Das gelehrte Leipzig der Frühaufklärung am Rande und im Umfeld der Universität, in: Hanspeter Marti und Detlef Döring (Hrsg.), *Die Universität Leipzig und ihr gelehrtes Umfeld 1680–1780*, Basel 2004, S. 55–109; Detlef Döring, Anfänge der modernen Wissenschaften. Die Universität Leipzig vom Zeitalter der Aufklärung bis zur Universitätsreform. 1650–1830/31, in: *Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009*, Bd. 1: Enno Bünz, Manfred Rudersdorf und Detlef Döring (Hrsg.), *Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit 1409–1830/31*, Leipzig 2009, S. 521–771; Theresa Schmotz, *Die Leipziger Professorenfamilien im 17. und 18. Jahrhundert – eine Studie über Herkunft, Vernetzung*

augenfälligsten im Stadtrat wird, auf der intellektuellen, die im Praktizieren von Gelehrsamkeit inner- und außerhalb der Universität sichtbar wird, und auf der privaten Ebene bei Heiraten und Patenschaften.

Der Stadtrat setzte sich bereits seit dem Spätmittelalter aus Stadt- und Universitätsangehörigen zusammen, wobei anfangs Mediziner, später (und anhaltend) jedoch die Juristen dominierten.<sup>7</sup> Auch nach dem Dreißigjährigen Krieg blieben die Leipziger Ratsherren »fast durchweg Kaufleute oder Juristen«.<sup>8</sup> Erst im 19. Jahrhundert löste sich die enge personelle Verflechtung von Gerichten, Universität und Stadtregierung langsam auf, wobei die beiden Verwaltungsreformen von 1831 und 1835 einen deutlichen Einschnitt bewirkten. Während in den Jahrzehnten zuvor meist drei oder vier Mitglieder des Stadtmagistrats zugleich Beisitzer der Juristenfakultät waren,<sup>9</sup> ist diese Verbindung bereits 1840 nicht mehr nachzuweisen. Immer weniger Stadtratsmitglieder besaßen noch einen Doktorgrad, dafür kamen immer mehr Vertreter des Handwerks in den Stadtrat, die im 18. Jahrhundert noch ganz gefehlt hatten.

Neben der Anwesenheit von Gelehrten in den eigentlichen städtischen Institutionen existierten ebenso personelle Verflechtungen zwischen der Universität und landesherrlichen Einrichtungen, deren Angehörige ebenfalls zur städtischen Führungsschicht zu zählen sind. Zu diesen Institutionen gehört neben den Verwaltungseinrichtungen vor allem eine Vielzahl von bedeutenden Gerichten, die bis zur Gerichtsreform von 1835 in Leipzig angesiedelt waren. Dementsprechend groß war die Zahl hochrangiger Juristen in der Stadt, die neben Kaufleuten und Medizinern die städtische Führungsschicht ausmachten.

So bestanden personelle Verflechtungen über Juristen (Gerichte), Theologen (Konsistorien) und auch Mediziner in großer Vielfalt. Aber auch in diesem Fall macht sich die Zäsur der sächsischen Verwaltungsreformen im 19. Jahrhundert bemerkbar: Danach sind personelle Überschneidungen zwischen der Universität und landesherrlichen Institutionen nur noch in wenigen Persönlichkeiten wie dem Theologieprofessor C. G. L. Großmann aufzufinden, der als Professor Universitätsverwandter und sogar Mitglied des akademischen Senats war, zugleich aber auch im Landeskonsistorium der Kreisdirektion und im Apellationsgericht saß.

---

und Alltagsleben, Leipzig 2009; Detlef Döring (Hrsg.), Stadt und Universität Leipzig. Beiträge zu einer 600-jährigen wechselvollen Geschichte, Leipzig 2010.

7 Alexander Sembdner, Kooperation statt Konflikt – Aspekte des städtisch-universitären Verhältnisses im spätmittelalterlichen Leipzig (1409–1539), in: Döring, Stadt und Universität Leipzig (Anm. 6), S. 51–85.

8 Döring, Anfänge (Anm. 6), S. 534.

9 1800: C. G. Einert und C. G. Kanne; 1810: C. T. Koch, C. F. Pohl und C. A. Brehm; 1820: C. T. Koch, C. F. Pohl, C. A. Brehm, H. G. Kind und C. Einert; 1830: K. A. Brehm, H. G. Kind und K. Einert. Darüber hinaus gibt das Leipziger Adressbuch von 1830 weitere Gelehrte im Stadtrat an mit C. G. Frege, der als Stadthauptmann zugleich Mitglied der Deutschen und der naturforschenden Gesellschaft war, und mit K. H. Haase, der Beisitzer des Schöppenstuhls und Mitglied der Deutschen Gesellschaft war.

Über die Auswirkungen dieser ungewöhnlich engen Verbindung zwischen Universität und Stadt auf die Bildungsmöglichkeiten von Frauen können nur Vermutungen angestellt werden. Fest steht, dass in der Zeit um 1700 eine Vielzahl von Verzeichnissen gelehrter Frauen veröffentlicht wurde, die u. a. im Wettstreit zwischen den Nationen als *Trumpf* eingesetzt wurden. Des Weiteren wurden in den Jahren zwischen 1670 und 1730 zahlreiche Dissertationen verteidigt, die sich mit dem Bild der gelehrten Frau beschäftigten; zumeist bewerteten die Autoren die Bestrebungen von Frauen, gelehrtes Wissen zu erwerben, positiv.<sup>10</sup>

Daher wurden Frauen mit gelehrtem Wissen durchaus bewundert (ob nun ernsthaft oder als kurioses Wundertier) und dürften zum Prestigegewinn einer Familie gedient haben. Darüber hinaus werden gut ausgebildete Frauen bei der Menge an Gelehrten in der Stadt auch im Hinblick auf ihre Verheiratung bessere Chancen gehabt haben, zumal auch außerhalb der Universität Gelehrsamkeit hoch angesehen war und von vielen Privatleuten gepflegt wurde.

Sieht man sich die Verflechtungen zwischen Universitätsverwandten und Stadtbürgern genauer an, so ergibt sich für das 17. und 18. Jahrhundert folgendes Bild: Von acht Frauen aus dem städtischen Umfeld, die in ihren Elternhäusern gelehrte Bildung vermittelt bekommen hatten, haben sechs in ihrem eigenen Milieu geheiratet und zwei ins Universitätsumfeld hinein. Hingegen blieben von sieben gelehrten Töchtern aus dem Universitätsbereich drei in ihrem Umfeld, während vier Ehen mit Angehörigen des Stadtbürgertums geschlossen haben. Vier Frauen (je zwei aus jedem Bereich) blieben unverheiratet. Die Heiratspolitik lässt also in beiden Richtungen gern Vermischung zu, wenn auch das Bleiben im Herkunftsumfeld insgesamt wahrscheinlich häufiger vorkam.

## 2. Handelsstadt und Messplatz

In der Außenwahrnehmung war Leipzig vor allem Handelsstadt. Die drei Messen pro Jahr (zu Neujahr, zu Ostern und zu Michaelis, jeweils drei Wochen lang) zogen neben weltläufiger Kaufmannschaft nicht nur den kursächsischen Hof, sondern auch eine Menge anderer hochstehender, auch ausländischer Gäste an: Man bemühte sich zu den Messezeiten Leipzig aufzusuchen, da die Wahrscheinlichkeit, einflussreiche Persönlichkeiten oder Bekannte, auch von außerhalb, zu treffen, besonders hoch war.<sup>11</sup>

<sup>10</sup> Vgl. Cornelia Caroline Köhler, *Frauengelehrsamkeit im Leipzig der Frühaufklärung. Möglichkeiten und Grenzen am Fallbeispiel des Schmähschriftenprozesses im Zusammenhang mit der Dichterkrönung Christiana Mariana von Zieglers*, Leipzig 2007, S. 23–42.

<sup>11</sup> Schmotz, *Die Leipziger Professorenfamilien* (Anm. 6), S. 21.

Es kamen nicht nur besonders viele gelehrte Gäste in die Stadt, sondern auch die ortsansässigen Gelehrten nahmen zahlreiche Besucher an, worin auch ihre Familien involviert wurden. Sobald Gäste im Haus aufgenommen oder zumindest zum Essen eingeladen wurden, hatten die Frauen sich nicht nur im Hintergrund um ihre Versorgung zu kümmern, sondern sie standen beim Essen wie auch bei Gesellschaften in unmittelbarem Kontakt zu den Besuchern. Ein Beispiel für den Kontakt zu auswärtigen Gelehrten bietet der Bericht Christian Gabriel Fischers, der von einer Einladung der Zieglerin erzählt, bei der er auf Empfehlung Gottscheds zu einer kleinen Gesellschaft geladen war. Drei gelehrte Frauen (übrigens ohne ihre Ehemänner anwesend) trafen sich hier mit vier ebenfalls gelehrten Männern zu Kartenspiel, gemeinsamem Essen und poetischem Gesellschaftsspiel.<sup>12</sup>

Daneben bestand aber auch die Möglichkeit, sich an den Handelsständen mit Gegenständen aus fernen Ländern vertraut zu machen; so dürfte Regina Lorentz von Adlershelm die Erweiterung der väterlichen Sammlung durch etliche Stücke aus Russland und Fernost über die zu Messzeiten anwesenden Händler von dort zusammengetragen haben.

Während es jedoch für die Beherbergung von Gästen in Kaufmannskreisen kaum Zeugnisse gibt, ist der gesellschaftliche Kontakt von Frauen aus den Haushalten von Universitätsverwandten besser nachzuweisen. Aus den Briefen der Zieglerin an den Hallenser Professor für Beredsamkeit, Johann Ernst Philippi, geht hervor, dass nicht nur Freunde und Bekannte beiderlei Geschlechts sich zu gemeinsamem Essen trafen,<sup>13</sup> sondern dass es auch nicht unüblich war, wenn ein Professor in der Privatwohnung einer Witwe verkehrte.<sup>14</sup> Die Gottschedin schreibt in einem Brief an H. D. von Runckell, dass sie den sich in Leipzig aufhaltenden Voltaire zu sich zum Essen gebeten habe;<sup>15</sup> an anderer Stelle berichtet sie aber auch von einer persönlichen Unterhaltung mit der Fürstin Johanna Elisabeth von Anhalt-Zerbst (1712–1760)<sup>16</sup> und von einem Besuch der Gräfin Sophie Charlotte von Bentinck (1715–1800), bei

12 Andrew Talle, Leipzig um 1730 in den Tagebüchern des Königsberger Professors Christian Gabriel Fischer, in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e. V., Jahrbuch 2008, Beucha 2009, S. 55–138, hier S. 103 f.

13 Katherine R. Goodman (Hrsg.), »Ich bin die deutsche Redlichkeit«. Letters of Christiane Mariane von Ziegler to Johann Ernst Philippi, in: Daphne. ZS für Mittlere Deutsche Literatur und Kultur in der Frühen Neuzeit (1400–1750), 29 (2000) 1–2, S. 307–354, hier im Brief vom 15. Februar 1732, S. 335.

14 Mehrmals erwähnt die Zieglerin die Anwesenheit Gottscheds bei ihr (Briefe vom 19. und vom 29. Oktober 1731 und 16. November 1732; ebd. S. 329, 330 und 348) und sie lädt Philippi ein (Brief vom 19. Oktober 1731 sowie zu einer arrangierten Gesellschaft im Brief vom 12. März 1732; ebd. S. 328 f. und 337 f.).

15 Inka Kording (Hrsg.), Louise Gottsched – »mit der Feder in der Hand«. Briefe aus den Jahren 1730 bis 1762, Brief vom 18. April 1753, S. 175.

16 Vgl. ebd.: L. A. V. Gottsched, Brief vom 28. Juli 1756, S. 261: »Den 18. hatte ich die Ehre, die Durchl. Frau Mutter in meinem Hause drey Stunden lang tete à tete zu sehen und zu sprechen, da unterdessen mein Mann ihren Durchl. Kindern einige der hiesigen Gärten zeigte.«



dem explizit die wissenschaftlichen Sehenswürdigkeiten Leipzigs gezeigt wurden.<sup>17</sup> Besucher in Professorenhaushalten, ob Studenten oder bereits angesehene Gelehrte, wurden auch den Damen vorgestellt. Während in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts die Universitätsangehörigen in Göttingen einen eher exklusiven Kreis ausmachten,<sup>18</sup> kann in Leipzig wegen der bereits dargelegten engen Verknüpfungen von Universität und Stadtbürgertum von der Einbeziehung beider auch in die geselligen Zusammenkünfte ausgegangen werden, was sich ja bereits durch die Verwandtschaftsverhältnisse ergibt.

Diese Kontakte machten eine höhere Bildung der Ehefrauen und Töchter erstrebenswert, damit sie der repräsentativen Funktion in den Haushalten der höheren Schicht genügen konnten; zugleich beförderten die Gespräche wiederum die im Ideal der Zeit erwünschte Konversationsfähigkeit der Frauen.

### 3. Bibliotheken und Museen

Die Museen gingen aus privaten Sammlungen hervor, teilweise auch die Bibliotheken. Es gab in der Geschichte des gelehrten Leipzigs immer wieder große Privatbibliotheken, die allerdings beim Tod ihrer Besitzer meist in Auktionen veräußert und damit als Sammlungen zerstört wurden, es sei denn, sie kamen als Stiftungen in den Besitz einer Institution. Hierzu gehören zum einen die Sammlungen der Professoren, die von denjenigen Studenten, die während ihres Studiums in den Professorenhaushalten zur Miete lebten, genutzt werden konnten: die Bibliotheken von Johann Benedikt Carpzov, Johann Andreas Bose, Adrian Steger, Jakob Thomasius,<sup>19</sup> Johann Burkhard Mencke, Johann Christoph Gottsched, Johann Joachim Schwabe und Johann Gottlob Böhme.<sup>20</sup> Zum anderen sind die Sammlungen von Privatleuten bedeutsam, beginnend mit der des Oberhofgerichtsfiskals Huldreich Groß, aus der die Leipziger Ratsbibliothek hervorging und die Werke aus den Gebieten Philosophie und Naturwissenschaften enthielt. Weiterhin zu nennen ist die Bibliothek des Arztes und Philologen Thomas Reinesius, die er dem Juristen Friedrich Brummer vererbte, der sie noch wesentlich vergrößerte.<sup>21</sup>

17 Vgl. ebd.: L. A. V. Gottsched, Brief vom 18. November 1754, S. 219: »[...] da wir sie in den hiesigen Gärten, Cabinetten, Bibliotheken ec. herumgeführt [...]«

18 Vgl. Birgit Panke-Kochinke, *Göttinger Professorenfamilien. Strukturmerkmale weiblichen Lebenszusammenhangs im 18. und 19. Jahrhundert*, Pfaffenweiler 1993.

19 Detlef Döring, *Der junge Leibniz und Leipzig*, Berlin 1996, S. 34.

20 Thomas Döring, *Leipzigs Bibliotheken*, in: Detlef Döring und Cecilie Hollberg, *Erleuchtung der Welt. Sachsen und der Beginn der modernen Wissenschaften*, Dresden 2009 (Essayband), S. 130–137.

21 Döring, *Der junge Leibniz* (Anm. 19), S. 35.

Im 18. Jahrhundert entstanden dann einige private Leihbibliotheken; die größte wurde 1795 als »Museum für Freunde der Wissenschaften, der schönen Künste und Lectüre« eröffnet. Für 12 Taler Jahresbeitrag gewährte das Beygangsche Museum zwischen 1795 und 1811 freien Zugang zu den ca. 70 000 Büchern, Musikalien und Kupferstichen; 1810 hatte der Umfang seines Buchbestandes übrigens alle anderen Leipziger Bibliotheken überflügelt. Frauen hatten tagsüber keinen Zugang (nur bei den abendlichen Konzerten in männlicher Begleitung), sie durften sich jedoch nach Katalog Bücher ins Haus liefern lassen.

Die Universitätsbibliothek wurde als Bibliotheca Paulina 1543 gegründet; Caspar Borner als erster Bibliothekar legte mit einer umfassenden Sammlung von Schriften aus den umliegenden Klöstern den Grundstock, der später ständig erweitert werden sollte. Ein weiterer wichtiger Bibliothekar war Joachim Feller, der u. a. die Handschriften katalogisierte und den Katalog gedruckt herausgab. Christian Gottlieb Jöcher erstellte einen Gesamtkatalog der Sammlung.

Die Ratsbibliothek wurde 1677 durch eine Stiftung des Juristen Huldreich Groß begründet. Der erste Bibliothekar, der Oberstadtschreiber Gottfried Gräve, erwarb sich Verdienste um die Unterbringung, die Ordnung und die Finanzierung der Sammlung. Weitere wichtige Bibliothekare waren Gottfried Christian Götze, der sich besonders um die Erhaltung des Bestandes und seine öffentliche Zugänglichkeit kümmerte, und Johann Jacob Mascov, der die Sammlung katalogisierte und systematisch ausbauen ließ.

Ein anderes Feld privater Sammlungen waren die Naturalienkabinette, von denen es in Leipzig besonders viele gab; auch hier zeigt sich das Zusammenwirken »der Universität als Zentrum der Gelehrsamkeit [und] der den Zugang zu weiten Teilen der Welt erschließende Handelsverkehr«<sup>22</sup>. Die laut Döring früheste bekannte Sammlung war die des Bürgermeisters Christian Lorenz von Adlershelm, die Tierpräparate, Pflanzen, ethnologisch interessante Stücke und Werke der Bildenden Kunst enthielt. Das bedeutendste Kabinett unterhielt die Apothekerfamilie Linck, deren Mitglied Johann Heinrich Linck d. Ä. selbst Naturwissenschaftler (allerdings ohne Universitätsausbildung) war. Die Lincksche Hölzersammlung war vom Studenten Christian Clodius geordnet worden, der erst Rektor der Lateinschule in Annaberg und später Gymnasialrektor in Zwickau wurde.<sup>23</sup> Weitere Sammlungsbesitzer waren der Arzt Christian Wolff und der Oberschöppengerichtsschreiber Gottlob Friedrich Mylius, die beide mit Scheuchzer in Zürich in Verbindung standen.

Auffällig ist, dass in einer großen Zahl der Familien der eben benannten Sammler gelehrte Frauen lebten. Möglicherweise bewirkte die Interessiertheit der Väter eine

22 Detlef Döring, Naturalienkabinette, in: *Erleuchtung der Welt* (Anm. 20), Essayband, S. 138–145, hier S. 140.

23 Die ebenfalls als gelehrt berühmte Julie Stölzel heiratete später seinen Sohn.

Offenheit für gute Ausbildung auch der Frauen; vielleicht wurden aber auch nur die Namen der Töchter aufgrund der Berühmtheit der Väter sicherer überliefert als andere. Inwiefern die Frauen in den Familien der Sammler mit den Sammlungen selbst zu tun bekamen, ist schwer zu sagen.

Ein Fall jedoch ist bekannt, in dem die Töchter Besucher durch das Naturalienkabinett des Vaters führten:<sup>24</sup> Es handelt sich um die Familie des Bürgermeisters Christian Lorenz von Adlershelm. Alle Töchter wurden in einem Erziehungsinstitut in Leiden unterrichtet, wo sie u. a. eine gründliche Sprachausbildung erhielten. Die wichtigste der Töchter in diesem Zusammenhang ist Christina Regina, da sie nach dem Tod der Mutter 1673 den Haushalt des Vaters versorgte und nach seinem Tod 1684 als letzter Nachkomme sein Erbe antrat und damit auch die Naturalienkammer übernahm. Die Zeugnisse über ihren Umgang mit diesem Erbe geben ein etwas widersprüchliches Bild. Gottfried Lange legt in Christina Reginas »Letzte[m] Ehrengedächtniß«<sup>25</sup> viel mehr Wert auf ihre Wohltätigkeit und Frömmigkeit als auf ihre Gelehrsamkeit: Lange unterstreicht die Aussage, Christina Regina habe Gott mehr dienen wollen als den Menschen, mit dem Argument, dass sie das väterliche Erbe vollständig (»alles was sie hatte«)<sup>26</sup> verkaufte und den Erlös zu wohltätigen Zwecken einsetzte (hierin folgte sie dem Vorbild ihres Vaters, der u. a. ein hohes Kapital für die Thomaskirche gestiftet hatte). Weiter heißt es: »Bey der wahren Frömmigkeit war ihr kein Hauß vonnöthen/ [...] auch kein Garten / [...] auch keine Raritäten-Kammer [...]«. Nun ist es einerseits wahrscheinlich, dass in Leichenpredigten besonderer Wert auf die allgemein anerkannten weiblichen Tugenden gelegt wurde, wozu die Wohltätigkeit besonders zählt. Andererseits rühmt Gottfried Lange aber auch innerhalb dieses Textes herausragende Fähigkeiten von Frauen, darunter auch Christina Reginas Gelehrsamkeit<sup>27</sup>, so dass hier kein Grund für ein Verschweigen der Sammlung in der Hand der Tochter zu suchen ist. Möglicherweise verkaufte sie die väterliche Sammlung nicht unmittelbar nach Lorentz' Tod, sondern entweder nach und nach oder erst sehr viel später, da sie ihren Vater um 20 Jahre überlebte. Dass sie selbst sich mit dem Kabinett intensiv beschäftigt hat, dafür sprechen alle anderen Zeugnisse: Paullini meldet noch 1712 (acht Jahre nach ihrem Tod), dass Christina Regina »auch sonst eine curieuse verständige Liebhaberin natürlicher Dinge ist/ so ein eigen Zimmer voll allerhand Raritäten hat/ welches die Fremdem [!] nicht ohne Verwunderung und Lust/ offtmahls besichtigen«<sup>28</sup>.

24 Detlef Döring, Naturalienkabinette, in: *Erleuchtung der Welt* (Anm. 20), Essayband, S. 138–145, hier S. 143.

25 Gottfried Lange, Einleitung zur Oratorie, Leipzig<sup>2</sup> 1713, S. 137–149.

26 Ebd., S. 144.

27 Ebd., S. 139.

28 Christian Franz Paullini, Hoch- und Wohl-gelahrtes Teutsches FrauenZimmer [...], Franckfurth und Leipzig 1712, S. 16.

Der Zedler übernimmt dieses Zitat noch 1732.<sup>29</sup> Eine weitere Quelle ist die Reisebeschreibung Johann Limbergs von 1690, der neben 389 Stücken in der Sammlung des Vaters noch 73 weitere benennt, »mit welchen die Naturalien-Cammer nach des sel. Herrn Vaters Tode/ ist vermehret worden«,<sup>30</sup> darunter ebenso Stücke aus dem Bereich der Biologie wie aus dem der heutigen Ethnologie. Da das Kabinett in den Händen des Vaters bereits vor dem Tod der Mutter Johanna einen Umfang erreicht hatte, der eines Kataloges würdig war,<sup>31</sup> kann eine solche Beschäftigung Christina Reginas über 30 Jahre hinweg, bis kurz vor ihrem Tod im Jahre 1704, angedauert haben.

Aber auch in den Familien der Bibliotheksbesitzer finden sich gelehrte Frauen: So sind Christiana Eleonora und Johanna Margaretha Bose Nichten des Historikers Johann Andreas Bose. Adrian Stegers Tochter aus erster Ehe, Rahel, besaß Kenntnisse in der Theologie; ihre Stiefschwester aus zweiter Ehe, Elisabeth, war wegen ihrer Sprachkenntnisse berühmt. Über die Heirat ihrer Tochter Regina Elisabeth mit Gottfried Conrad Lehmann war sie schließlich auch mit dessen Schwester Maria Barbara verwandt. Die mit vielen wissenschaftlichen Gebieten vertraute und zu ihrer Zeit sehr gerühmte Johanna Albertina Conrad war Großnichte Adrian Stegers. Aus Jakob Thomasius' Familie ist keine gelehrte Frau bekannt, jedoch hat er selbst sich ebenso wohl mit den Möglichkeiten gelehrter Bildung für Frauen auseinandergesetzt wie sein Sohn Christian Thomasius.<sup>32</sup> Aber auch Frauen, die selbst Bibliotheken besaßen, finden sich in Leipzig: Bibliotheken von religiösen Werken und Ratgeberliteratur um 1730 im Besitz der Kaufmannswitwe Maria Frentzel (mehr als 440 Bücher), der Barbierswitwe Johanna Elisabeth Gieße (60 Bücher) und Johanna Regina Auerbachs (150 Bücher).<sup>33</sup> Von Anna Maria Pflaume berichtet Michael Maul, dass sich ihre Vormünder nach dem Tod ihres Mannes Johann Caspar Pflaume (1689) bemühten, »dessen umfangreiche Bibliothek aus der Veräußerungsmasse herauszuhalten – sicherlich, um sie der Witwe zu erhalten«. <sup>34</sup> Demnach konnte sie sie noch ca. drei Jahre, bis zur endgültigen Auktion 1692, nutzen. Weiterhin ist die eigene Sammlung der unverheirateten Rahel Kunigunde Bretschneider, die außerdem für ihre umfassenden Hebräischkenntnisse

29 Zedler, Supplementband 1, Sp. 546.

30 Johann Limberg, Denckwürdige Reisebeschreibung Durch Teutschland/Italien/Spanien [...], Leipzig 1690, 984–986.

31 Vgl. Ralf Schuster, Johanna Lorentz von Adlershelm und Sigmund von Birken. Ergänzendes zur Biographie der *Stratonica*-Übersetzerin, in: Informationen aus dem Ralf-Schuster-Verlag, 1 (2008), S. 29–46, hier S. 40, Anm. 51. Der Katalog von Johann Philipp Beckstein ist nicht nachweisbar.

32 Vgl. Köhler, Frauengelehrsamkeit (Anm. 10), S. 28 f. und 31–34.

33 Theresa Schmotz, Familiäre Verbindungen zwischen den Universitätsprofessoren und dem Stadtbürgertum in der Frühen Neuzeit, in: Döring, Stadt und Universität Leipzig (Anm. 6), S. 129–144, hier S. 131.

34 Michael Maul, Barockoper in Leipzig (1693–1720), Freiburg i. Br. u. a. 2009, Bd. 1, S. 567.

berühmt war,<sup>35</sup> mit 95 Titeln zu nennen und ab 1735 die Bibliothek Luise Adelgunde Victoria Gottscheds, welche schließlich ca. 1000 Bücher ihr eigen nannte.<sup>36</sup>

Von der Nutzung der Bibliotheken durch Frauen ist wenig bekannt. Die Gottschedin schreibt gleich nach ihrer Verheiratung 1735 von ihrer indirekten Nutzung fremder Privatsammlungen:

Mein Freund hat selbst einen guten Vorrath der besten Bücher, und alle große Büchersammlungen sind zu seinem Gebrauch offen. Bedenken Sie einmal, wie viel ich Zeit und Gelegenheit zum Lesen habe; ich will mir auch gewiss alle diese Vortheile zum Nutzen machen.<sup>37</sup>

Schließlich zählen auch die Ehefrauen des ersten Ratsbibliothekars Gottfried Gräve (1641–1719), Dorothea Magdalena, und Magdalena Sibylla Baudis (1695–1752), Ehefrau des Verwalters der Universitätsbibliothek, Gottfried Leonhard Baudis (1683–1739), zu den Frauen, die als Gelehrte in zeitgenössischen Berichten oder Verzeichnissen Erwähnung gefunden haben.

#### 4. Verlagstätigkeit

Unter den günstigen Bedingungen Leipzigs mit seiner Verknüpfung von Messe- und Universitätsstadt entwickelte sich der »Leipziger Platz« als Buchhandelszentrum, das auch für Frauen wesentlich umfangreichere Möglichkeiten zur Veröffentlichung gelehrter Werke bot als andere Städte. Bereits zu Anfang des 17. Jahrhunderts erreichte der Buchhandel in Leipzig eine größere Bedeutung als der in Frankfurt/M.; 1750 nennt das Leipziger Adressbuch 25 Buchhändler. Da eine Auflistung sämtlicher bedeutender in Leipzig ansässiger Verlage nicht sinnvoll erscheint, soll von vornherein nur eine Charakterisierung derjenigen vorgenommen werden, die Werke von im vorliegenden Verzeichnis erfassten Frauen in ihrem Programm hatten.

Der spätere Verlag Breitkopf und Härtel wurde 1719 von Bernhard Christoph Breitkopf (1695–1777) begründet. Sein Sohn Gottlob Immanuel Breitkopf (1719–1794) war in seiner Studentenzeit an der Universität Leipzig ein Schüler Johann Christoph Gottscheds, der die Verbindung zu Breitkopf als Verleger nutzte. Zudem bewohnte er mit seiner Frau eine Wohnung im Breitkopfschen Haus, dem Goldenen Bären. Die Möglichkeit für die Gottschedin, bei Breitkopf ebenfalls zu publizieren, wurde sicher durch Gottsched vermittelt. Auch die Publikationen der Zieglerin dürf-

<sup>35</sup> Schmotz, *Familiäre Verbindungen* (Anm. 6), S. 130 f.

<sup>36</sup> *Erleuchtung der Welt* (Anm. 20), Katalogband, S. 255.

<sup>37</sup> L. A. V. Gottsched an Charlotta Margaretha von Frensdorff vom 25. Juli 1735, in: Detlef Döring, Rüdiger Otto und Michael Schlott (Hrsg.), *Johann Christoph Gottsched: Briefwechsel unter Einschluss des Briefwechsels von Luise Adelgunde Victorie Gottsched*, Bd. 3 (1734–1735), S. 386.

ten auf ihre gute Bekanntschaft mit Gottsched und dessen Vermittlung zurückzuführen sein.

In der neu gegründeten Musikabteilung publizierte Maria Antonia Walpurgis, Tochter Kaiser Karls VII. und durch die Ehe mit Friedrich Christian Kurprinzessin von Sachsen, die Opern *Il trionfo de fedelta* und *Talestri*.

Der Verleger, der die meisten Titel Benedikte Nauberts (zwischen 1786 und 1814) veröffentlichte, ist Johann Friedrich Weygand (geb. 1743).<sup>38</sup> Dieser hatte 1764 die Buchhandlung seines Vaters in Helmstedt übernommen und bald darauf nach Leipzig verlegt. Er brachte ab 1774 die Jugendwerke Goethes heraus, Werke von Jakob Michael Reinhold Lenz, Friedrich Maximilian Klinger, Johann Anton Leisewitz, Johann Gottfried Herders Volkslieder-Sammlung, Ludwig Hölty, Johann Heinrich Voß und zahlreiche andere. Weygand genoss freilich unter den Verlegern wie den Autoren einen schlechten Ruf als »Fabrikbuchhändler«, der nur aus reinem Geschäftssinn handle.<sup>39</sup>

Johann Gottfried Dyck (1750–1813) übernahm 1778 die von seinem Vater gegründete Buchhandlung, die sich unter seiner Leitung sehr erfolgreich den schönen Wissenschaften (u. a. Dramentexten), aber auch pädagogischer und geschichtlicher Literatur widmete. Er veröffentlichte 1783 *Elisa von der Reckes frühe »Geistliche Lieder«*.<sup>40</sup>

Johann Gottfried Beygang (1755–1823) wurde schon einmal im Zusammenhang mit den Leipziger Bibliotheken genannt. Er begründete das »Leipziger Tageblatt« (1807) und die »Leipziger Literatur-Zeitung«. Durch die Krise des Buchhandels während der Napoleonischen Herrschaft musste er im Jahre 1811 Konkurs anmelden. Seine Frau führte das Museum und das Tageblatt zwar weiter, allerdings auf Dauer ebenfalls nicht erfolgreich.<sup>41</sup> Beygang veröffentlichte u. a. 1802 »Joseph Mendez Pinto. Eine jüdische Geschichte« von Benedikte Naubert.

Die Hinrichssche Buchhandlung wurde 1791 von August Leberecht Reinicke gegründet und ab 1801 von Johann Conrad Hinrichs (1763–1813) geleitet. Nach dessen Tod übernahm seine Witwe Christiane Hinrichs die Leitung des Verlags, bis sie 1816 an ihren Neffen Christian Friedrich Adolf Rost abgab. Das Verlagsprogramm wurde anfangs von Orientalistik und Theologie bestimmt und unter Rost auf Staats-

38 Walter von Montbarry, 1786; Herrmann von Unna, 1788; Geschichte der Gräfin Thekla von Thurn, 1788; Neue Volksmärchen der Deutschen, 1789–92; Wallfahrten, 1793; Die Gräfin von Frondsberg, 1810; Azaria, 1814.

39 Reinhard Wittmann, Weygand – der Fabrikbuchhändler, in: Das literarische Leipzig. Kulturhistorisches Mosaik einer Buchstadt, Leipzig 1995, S. 126 f.

40 Elisens Geistliche Lieder, nebst einem Oratorium und einer Hymne von C. F. Neander, herausgegeben durch Johann Adam Hiller, Leipzig, Dyck, 1783.

41 Vgl. Hans-Christian Mannschatz, Beygangs Museum – Bibliothek und Konversationsclub, in: Das literarische Leipzig. Kulturhistorisches Mosaik einer Buchstadt, Leipzig 1995, S. 116 f.

wesen, Recht, Geschichte und Erziehungswesen ausgeweitet. Hier erschien 1818 Benedikte Nauberts »Rosalba«.<sup>42</sup>

Benedictus Gotthelf Teubner (1784–1856) übernahm nach einigen Jahren als Schriftsetzer ab 1811 die Leitung der Weinedelschen Buchdruckerei, der er 1823 einen Verlag angliederte. Hier verlegte er zahlreiche Schulausgaben von griechischen und lateinischen Klassikern sowie später wissenschaftliche Texte aus allen Gebieten der Natur- und Geisteswissenschaften (v. a. Mathematik, Philosophie, Kulturgeschichte und Kunst). Die zu diesem Zeitpunkt schon sehr bekannte Elisa von der Recke publizierte bei ihm 1833 als letztes ihrer Bücher Geistliche Lieder, Gebete und religiöse Betrachtungen.<sup>43</sup>

Festzuhalten ist, dass bei jeder einzelnen Verlagsentscheidung, das Werk einer Frau zu drucken, andere Gründe auszumachen sind als die besondere Offenheit für die Autorschaft von Frauen. Ausschlaggebend waren wohl entweder die Vermittlung (so im Falle Gottscheds bei Breitkopf) oder aber die guten Verkaufsaussichten (bei Naubert oder Reiske). Andererseits ist eine völlige Ablehnung der Texte von Autorinnen naturgemäß auszuschließen. Vermutlich bot schlicht die große Zahl der in Leipzig ansässigen Verleger schreibenden Frauen eine gute Chance, einen Verlag für ihre Werke zu finden.

## 5. Gelehrte Gesellschaften

Gelehrte Gesellschaften traten im mitteldeutschen Raum in besonders großer Zahl hervor. Die direkte Mitgliedschaft von Frauen in einer gelehrten Gesellschaft ist jedoch nur in zwei Fällen überliefert: Christiana Mariana von Ziegler in der Deutschen Gesellschaft und Luise Adelgunde Victorie Gottsched in der Societas Alethophilorum (die Aufnahme in die Deutsche Gesellschaft hatte die Gottschedin abgelehnt). Zusammenhänge sind aber über die Mitgliedschaft von Vätern oder Ehemännern denkbar. Da bereits zahlreiche Einzeluntersuchungen und auch Überblicksdarstellungen zu diesem Thema vorhanden sind, verweise ich auf die Literatur und betrachte nur diejenigen Gesellschaften näher, zu denen es direkte oder – zumeist – indirekte Verbindungen zu gelehrten Frauen gibt.<sup>44</sup>

Die chronologisch erste Gesellschaft nach diesem Kriterium ist die Teutschübende poetische Gesellschaft, deren Präses 1717 Johann Burkhard Mencke wurde. Er wurde

42 Benedikte Naubert, *Rosalba*, Leipzig, Hinrichs, 1818.

43 Elisa von der Recke, *Geistliche Lieder, Gebete und religiöse Betrachtungen*, Leipzig, Teubner, 1833.

44 Holger Zaunstöck, *Sozietätslandschaft und Mitgliederstrukturen. Die mitteldeutschen Aufklärungsgesellschaften im 18. Jahrhundert*, Tübingen 1999; Detlef Döring und Kurt Nowak (Hrsg.), *Gelehrte Gesellschaften im mitteldeutschen Raum (1650–1820)*, Stuttgart, Leipzig 2000; Riccarda Henkel, *Sozietätswesen im 18. Jahrhundert*, in: Döring, Stadt und Universität Leipzig (Anm. 6), S. 185–220.



von Christian Clodius unterstützt; beide legten den künftigen Schwerpunkt auf die Beschäftigung mit Sprache und Literatur. Nach dem Eintritt Gottscheds wurde sie zur Deutschen Gesellschaft umgestaltet, bekam feste Statuten und führte eine regelmäßige Preisvergabe ein. 1730 wurde Christiana Mariana von Ziegler mit dem üblichen *Procedere* von Wahl, Halten einer Antrittsrede und deren Beantwortung durch ein Mitglied (Baron von Sehr-Thoß) in die Gesellschaft aufgenommen.<sup>45</sup> Die Zieglerin beteiligte sich gleichermaßen an der Arbeit der Gesellschaft, hielt Vorträge, publizierte und erwarb zweimal (1732 und 1734) den ausgesetzten Preis der Gesellschaft.<sup>46</sup>

Die Societas Alethophilorum wurde 1736 von Ernst Christoph von Manteuffel in Berlin gegründet, mit dem Ziel der Verbreitung der Leibniz-Wolffschen Philosophie und dementsprechend der Bekämpfung der Antiwolffianer.<sup>47</sup> Nach der Ausweisung Manteuffels aus Preußen durch Friedrich den Großen zog sich Manteuffel auf das im Besitz seiner Frau befindliche Rittergut Lauer in der Nähe Leipzigs zurück und verlegte den Sitz der Societas nach Leipzig. Hier änderte sich die Mitgliederstruktur stark: nun

[...] dominiert eindeutig die Professorenschaft. Ihr gehören außer Manteuffel mit seiner Frau und seinen Töchtern sowie der Gottschedin alle Alethophilen an. Dabei handelt es sich ausschließlich um Mitglieder der Philosophischen Fakultät.<sup>48</sup>

Zu den hier interessierenden Mitgliedern gehören Johann Christoph Gottsched und seine Frau sowie Johann Heinrich Winkler. Die Gottschedin wurde auf Vorschlag Manteuffels bereits 1738 in die Gesellschaft aufgenommen, wegen ihrer ausgezeichneten Bildung und ihrer guten Kenntnis der Wolffschen Philosophie, die sie in ihren anonymen satirischen Streitschriften<sup>49</sup> bereits hinreichend zum Ausdruck gebracht hatte. Döring hebt den geselligen Charakter der Societas hervor, nach dessen Selbstverständnis die Beteiligung von Frauen erwünscht war. Der gelegentliche Besuch der Versammlungen durch Frauen war erlaubt.<sup>50</sup> Dies und die Tatsache, dass bei den Gesellschaftstreffen auch physikalische Experimente durch Johann Heinrich Winkler durchgeführt wurden,<sup>51</sup> macht es wahrscheinlich, dass auch dessen Frau zeitweilig in

45 Vgl. die Beschreibung des Vorgangs in den NZvGS XCII, Nov. 1730, S. 816.

46 Vgl. Köhler, Frauengelehrsamkeit (Anm. 10), S. 90.

47 Vgl. Detlef Döring, Beiträge zu einer Geschichte der Alethophilen in Leipzig, in: Gelehrte Gesellschaften (Anm. 6), S. 95–150. Johannes Bronisch: Der Mäzen der Aufklärung. Ernst Christoph von Manteuffel und das Netzwerk des Wolfianismus, Berlin, New York 2010, hier S. 124–170.

48 Ebd., S. 109.

49 *Responsum theologicum auf die Bittschrift der Wolffischen Philosophie an die Universität zu R...ke*, in: Detlef Döring, Die Philosophie Gottfried Wilhelm Leibniz' und die Leipziger Aufklärung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, Leipzig 1999, S. 154–157 (entstanden 1738) und *Horatii Als eines wohlverfahrnen Schiffers, treu-meynender Zuruf an alle Wolfianer; Entworfen von X. Y. Z. dem Jüngern*. o. O. 1740.

50 Döring, Geschichte der Alethophilen (Anm. 47), S. 111.

51 Ebd., S. 107.

der Gesellschaft zugegen war, da sie ihn regelmäßig bei diesen Experimenten unterstützte.<sup>52</sup>

Die Fürstlich Jablonowskischen Gesellschaft wurde 1774 von Joseph Alexander Jablonowski als Preisstiftungsgesellschaft ins Leben gerufen mit dem Ziel, »Fragen zur Lösung aufzugeben, die eingereichten Arbeiten zu begutachten und der jeweils besten den Preis zuzuerkennen« und damit eine kleine finanzielle Unterstützung für Gelehrte zu leisten.<sup>53</sup> Zum Präses wurde 1774 Johann August Ernesti berufen; zum Sekretär hingegen der Sohn des im Zusammenhang mit der Teutschübenden poetischen Gesellschaft erwähnten Christian Clodius, Christian August. Zu Preisrichtern wurden der Jurist Jacob Heinrich Born, der Mathematiker Georg Heinrich Borz, der Herausgeber der *Acta Eruditorum* Karl Andreas Bel, der Ordinarius der Juristenfakultät Karl Ferdinand Hommel, der Jurist Johann Gottlieb Seger und der Ethik-Professor Heinrich Gottlob Francke ernannt. Der Präses Johann August Ernesti war der Vater der zu diesem Zeitpunkt 29-jährigen Sophie Friederike Ernesti, der Sekretär Christian August Clodius der Ehemann von Julie Clodius.

Einen direkten Zugang zu gelehrten Gesellschaften hatten Frauen also nur bei den Alethophilen und in der Deutschen Gesellschaft. Ein Kontakt mit gelehrten Kreisen war darüber hinaus jedoch in den Geselligkeitsformen des Salons und des Kaffeehausbesuchs möglich.

In Leipzig entsprach die gesellige Form des Salons noch insoweit dem französischen Vorbild, dass sie ausschließlich von adligen Damen geführt wurden, wenngleich Bürgerliche Zutritt hatten. Die früheste Vertreterin ist Christiana Mariana von Ziegler, über deren Kreis u. a. Gabriel Fischer in seinem Tagebuch berichtet.<sup>54</sup> Für die zweite Hälfte des 18. Jahrhunderts stehen die Salons von Herzogin Johanna Magdalena von Kurland, Gräfin Charlotte Sophie von Bentinck und Henriette von Crayen.<sup>55</sup> Die Kaffeehäuser spielten im gesamten 18. Jahrhundert eine wichtige Rolle als Kommunikationsort, auch für Frauen. Als zwei wichtige sind hier ab den zwanziger Jahren des 18. Jahrhunderts der »Coffee-Baum« und zwischen 1772 und 1794 »Richters Kaffeehaus« im Romanushaus zu nennen. Im 19. Jahrhundert schwand die Bedeutung des Kaffeehauses als Möglichkeit für Frauen, an gelehrter Kommunikation teilzunehmen, weil sich die Formen der Geselligkeit teilweise nach Geschlechtern dif-

52 Schriftliches Denkmaal, Welches Seiner Eheliabsten, Frauen Johannen Christinen Beerbauminn, Das Jahr nach ihrem Tode 1749 den 25. Julii aus Schuldigkeit und Liebe stiftet Johann Heinrich Winkler, Leipzig 1749.

53 Eduard Merian, Die Gründung der Fürstlich Jablonowskischen Gesellschaft, in: *Gelehrte Gesellschaften* (Anm. 44), S. 167–190, hier S. 178.

54 Andrew Talle, Leipzig um 1730 in den Tagebüchern des Königsberger Professors Christian Gabriel Fischer, in: *Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e. V.*, Jahrbuch 2008, Beucha 2009, S. 55–138, hier S. 102–104.

55 Vgl. Döring, *Anfänge* (Anm. 6), S. 669 f.

ferenzierten und das Kaffeetrinken zum »Kaffeekränzchen« für Frauen in der heute noch geläufigen Bedeutung wandelte, während die Männer sich zu »Herrenabenden« versammelten.

## 6. Musik und Theater

Unter der Leitung des Dresdner Hofkapellmeisters Nicolaus Adam Strungk wurde 1693 mit kurfürstlicher Erlaubnis in Leipzig ein Opernhaus eröffnet. Strungk ließ v. a. heitere Opern aufführen, wobei Georg Philipp Telemann der wichtigste Komponist der Leipziger Barockoper ist. Das Haus wurde jedoch nur bis zum Jahre 1720 bespielt und schließlich 1729 an das Georgenhospital verkauft.<sup>56</sup> Erst 1744 wurde dann eine Spielstätte für italienische Opern im Reithaus am Ranstädter Tor eingerichtet, wo zahlreiche italienische Theatertruppen gastierten. Hier traten Frauen in erster Linie als Sängerinnen in Erscheinung; es sind aber auch einige Texte von Frauen wie Regina Maria Pfitzer oder Christina Dorothea Lachs überliefert, die vertont und aufgeführt wurden. Es handelt sich hier in den meisten Fällen nicht um gelehrte, sondern um galante Poesie.<sup>57</sup>

Ab 1743 begann die Reihe des Großen Concertes, das auf Initiative des Buchhändlers Johann Friedrich Gleditsch von Leipziger Bürgern (insbesondere den Kaufleuten) in Subskription finanziert wurde. Die Konzerte fanden anfangs in Privaträumen, später in Gasthaussälen statt (Drey Schwanen am Brühl), wo unter Leitern wie Johann Friedrich Doles, Johann Georg Häser und Johann Adam Hiller neben zeitgenössischer Instrumentalmusik auch Oratorien und Opern in konzertanter Form gespielt wurden. Unter anderem wegen der zunehmenden Konkurrenz durch die Oper wurde das Unternehmen 1778 eingestellt.

Ein stehendes Theater im Sinne eines Schauspielhauses gab es in Leipzig ab 1766, und zwar das Comödienhaus auf der Rannischen Bastei. Es wurde auf Betreiben des Leipziger Bürgertums, wobei besonders der Kaufmann Gottlieb Benedict Zehmisch als Kapitalgeber zu nennen ist, unter der Leitung des Theaterprinzipals Heinrich Gottfried Koch eingerichtet. Zuvor hatte die Neubersche Truppe mehrfach Versuche unternommen, in einem festen Gebäude regelmäßig Schauspiele aufzuführen (Saal über den Fleischbänken um 1730, Zotens Hof 1748 und das Haus am Großen Blumenberg 1750), war jedoch durch Konkurrenten immer wieder vertrieben worden. Außer dem fehlenden festen Ort gereichte dem Theater auch die beschränkte Spiel-

<sup>56</sup> Zur Geschichte der Leipziger Oper vgl. Maul, *Barockoper in Leipzig* (Anm. 34).

<sup>57</sup> Als Textdichterin ist auch Christiana Mariana von Ziegler zu nennen, deren neun im Jahre 1729 veröffentlichte geistliche Kantaten Johann Sebastian Bach vertonte (BWV 103, 108, 87, 128, 183, 74, 68, 175, 176).

zeit zum Nachteil, da Aufführungen nur mit kurfürstlichem Privileg und bis zur Eröffnung des Comödienhauses nur während der drei jährlichen Messen erlaubt waren.

### **Gruppen von gelehrten Frauen und ihr jeweiliges Umfeld**

Für Dichterinnen geistlicher Lieder, von denen es in der 2. Hälfte des 17. Jahrhunderts in Sachsen eine größere Zahl gab,<sup>58</sup> gilt, dass die Frauen sich nicht als eigentliche Gelehrte verstanden wissen wollten, obwohl ihre Tätigkeit ein hohes Maß an gelehrten Kenntnissen erforderte. Leider ist die Quellenlage hier sehr schlecht (trotz genauer bibliographischer Angaben sind die meisten Werke nicht nachweisbar), wodurch eine genauere Analyse der Texte unmöglich wird. Die Poesie galt zwar zu dieser Zeit noch unangefochten als die Krone der Wissenschaften, doch muss religiöse Poesie nicht sogleich auch gelehrte Dichtung, d. h. nach den jeweils geltenden akademischen poetischen Regeln verfertigt sein. Trotzdem wurden einige von ihnen in die Verzeichnisse gelehrter Frauen aufgenommen, wobei sich hier fast nur bürgerliche Frauen finden: Anna Maria Schwendendörffer, Barbara Elisabeth Schubart, Anna Maria Pflaume und Sophia Regina Gräf. Leider ist von ihren Lebensumständen sehr wenig bekannt; dieses Wenige weist aber große Ähnlichkeiten auf: Die Väter wie auch die Ehegatten sind angesehene Bürger (Pfarrer, Amtsschösser, Stadtrichter, Ratsmitglied oder Bürgermeister); die Dichterinnen haben ein oder zwei Bücher veröffentlicht, die teilweise auch mehrfach wiederaufgelegt wurden. Das Verfassen geistlicher Poesie ist jedenfalls die bei den Zeitgenossen am wenigsten umstrittene Form weiblicher Gelehrsamkeit bzw. Publikationstätigkeit, da sie mit besonders tiefer Frömmigkeit begründet werden kann und damit auch dem tradierten weiblichen Rollenbild entspricht.

Eine relativ scharf zu umreißende Gruppe über zwei Generationen seit der Mitte des 17. Jahrhunderts bilden die gelehrten Töchter angesehener Bürger aus Leipzig, Dresden oder Zittau; gemeint sind damit junge Frauen, die den Ruf der Gelehrsamkeit bereits vor der Eheschließung erworben haben. Die Väter sind Geistliche, Gelehrte (zumeist Universitätsprofessoren), Kaufleute und Ratsherren. Die jungen Frauen (außer Johanna Lorentz) erlangten ihre Berühmtheit in Gelehrtenkreisen nicht durch Publikationen, sondern allein durch den Ruf ihrer Kenntnisse, die sie möglicherweise im späteren Leben kaum noch angewandt haben: Johanna und Christina Regina Lorentz von Adlershelm, Anna Dorothea Feller, Maria Barbara Lehmann, Elisabeth und Rahel Steger, Johanna Margaretha Bose und Christiana Eleonora Bose,

<sup>58</sup> Die geistliche Lieddichtung von Frauen war zu dieser Zeit allgemein erwünscht; vgl. Linda Maria Kol-dau, *Frauen – Musik – Kultur. Ein Handbuch zum deutschen Sprachgebiet der Frühen Neuzeit*, Köln u. a. 2005, S. 386–389 und 390–418.

Johanna Albertina Conrad, Gottliebe Susanna und Clara Elisabeth Rivinus, Rahel Sophia Marschall sowie Regina Maria Pfitzer.

Die Gründe für die besonders gute Ausbildung der Töchter dürften von Fall zu Fall variieren. Von den sechs um die Mitte des 17. Jahrhunderts geborenen Frauen sind vier Töchter von Bürgermeistern. Hier dürfte der Wunsch nach Repräsentation und Anpassung an adlige Wertmaßstäbe ausschlaggebend gewesen sein. Indem z. B. der Kaufmann Christian Lorentz seinen Adel vom Kaiser bestätigen ließ, zeigte er zugleich, dass er Wert auf diesen Status legte. Die Ausbildung seiner Töchter kann so als Versuch gewertet werden, dem Bildungsideal des Adels nachzustreben und damit den eigenen Status zu betonen (eine Erklärung für die Wahl der Niederlande als Ausbildungsort seiner Töchter mag die Tatsache sein, dass seine Schwiegermutter von dort stammte). Das Amt des Geheimen Kammerherrn des Vaters und die persönliche Anwesenheit des Landesherrn bei der Hochzeit der Tochter Johanne Margarethe zeigen überdies, dass eine Verbindung zum höchsten sächsischen Adel gegeben war. Ähnliches mag auch von Adrian Steger (1623–1700) gelten, der aus zwei Ehen dreizehn Kinder hatte, von denen jedoch nur drei Mädchen und ein Sohn überlebten. Bei zwei der drei Mädchen ist die Anerkennung als »gelehrte Frauenzimmer« überliefert. Die Enkelin des Bruders von Adrian, Thomas Steger (1628–1674, Theologie-Lizentiat) ist Johanna Albertina, verh. Conrad.

Die Töchter der Professoren Lehmann und Rappolt sind für Kenntnisse auf den Gebieten gerühmt worden, die ihre Väter an der Universität vertraten. Der Grund für die gute Ausbildung der beiden Töchter ist zumindest nicht in der Tatsache zu sehen, dass Lehmann und Rappolt keine Söhne hatten, an die sie ihre Kenntnisse weitergeben konnten. Warum jedoch von den jeweils zwei Töchtern nur eine bekannt wurde, ist nicht mit Sicherheit zu sagen; möglicherweise haben ihre Schwestern die gleiche Ausbildung erhalten, ohne dass davon etwas überliefert ist. Friedrich Rappolt muss aber der weiblichen Gelehrsamkeit freundlich gesonnen gewesen sein, da er einen Gedichtband Henrietta Catharina von Friesen widmete.<sup>59</sup> Ein Sohn Georg Lehmanns und Bruder Maria Barbaras, Gottfried Conrad, wechselte aus dem universitären in den städtischen Bereich über (er wurde Ratsherr) und heiratete mit Regina Elisabeth Jäger die Tochter einer gelehrten Frau, wobei ein höherer Bildungsstand Regina Elisabeths zwar nicht bekannt, aber auch nicht auszuschließen ist. Bei den nach 1670 geborenen Frauen beginnt bereits das politische Gelehrsamkeitsideal der Frühaufklärung zu wirken.

Am Ende des 17. Jahrhunderts gab es eine Gruppe von Adligen, die unstreitig nach den Maßstäben der Zeit als gelehrte Frauen einzuordnen sind. Sie zeichneten sich durch eine hohe Bildung aus, die sich auf im Prinzip alle Wissensgebiete er-

59 Frid. Rappolti Poematum varii generis Libellus, Leipzig 1679.

streckte, veröffentlichten jedoch nicht. Ihre Einordnung als Gelehrte ist mit ihrer sicheren Kenntnis der antiken Sprachen zu begründen, mit Kenntnissen in den Gebieten der universitären Fakultäten und mit der Anerkennung als Gelehrte durch die männlichen Mitglieder der *Res publica litteraria*. Diese Anerkennung drückt sich auf einfache Weise durch die Aufnahme in einen Katalog »gelehrter Frauenzimmer« aus, in verstärkter Form aber in gegenseitigen Lobreden und Widmungen gelehrter Werke männlicher Autoren: Ursula Regina von Callenberg, Henrietta Catharina von Friesen, Charlotta Justina von Gersdorff, Johanna Magdalena von Geusau, Margaretha Sibylla von Löser und Erdmuth Dorothea von Zinzendorff.

Bis auf die Löserin (die aber als Gelehrte immer mit der Friesin zusammen genannt wird), sind alle miteinander verwandt; die zentrale Person ist dabei Henrietta Catharina von Friesen, die zwei der jüngeren Frauen selbst ausgebildet hat (ihre Tochter Charlotta Justina von Gersdorff und ihre Großnichte Johanna Magdalena von Geusau). Dass eine so tiefgehende weibliche Gelehrsamkeit jedoch nicht als eine Ausnahme anzusehen ist, die nur in der Tradition der Familie Friesen liegt, wird deutlich, wenn man über den unmittelbaren Bezug zu Leipzig hinausgehend andere sächsische Familien, besonders des hohen Adels, einbezieht (hier aufgeführt Erdmuth Sophia von Sachsen).

Im Zusammenhang mit der Leipziger Barockoper gibt es eine Reihe von Frauen, die sich hauptsächlich als Musikerinnen einen Namen gemacht haben. Ihre Aufnahme in die Reihe der gelehrten Frauen steht nicht außer Zweifel, da die Musik zwar im Quadrivium der Freien Künste enthalten ist und an mittelalterlichen Universitäten regelmäßig gelehrt wurde. Gemeint ist hier aber die Musiktheorie, wohingegen die Musik als praktische Musikausübung eher, mehr oder weniger zum Zweck des Broterwerbs, den Mechanischen Künsten zuzurechnen ist, die üblicherweise aus dem Kanon der Gelehrtheit ausgeschlossen wurden. Daher ist eine Zurechnung der betreffenden Frauen zu den Gelehrten nur dann gerechtfertigt, wenn sie noch andere Fähigkeiten besaßen wie z. B. das Verfassen gelehrter Poesie. Tatsächlich haben sich die in den Frauenlexika genannten sächsischen Frauen zumeist auch mit der Poesie befasst, wenngleich z. B. Lehms den Fokus auf die galante Poesie richtet. Durch die geringe Zahl der überlieferten Texte ist eine zweifelsfreie Entscheidung, ob die Frauen nach den Regeln der gelehrten Poesie zu dichten verstanden, allerdings kaum möglich. Mit der zunehmenden Ausdifferenzierung der Künste und Wissenschaften konnten Musikerinnen immer weniger zu den gelehrten Frauen gezählt werden, so dass trotz der wachsenden Bedeutung Leipzigs als Musikstadt bald keine Gelehrten in diesem Bereich mehr zu finden sind. In Verzeichnisse aufgenommene Frauen sind: Christina Dorothea Lachs, Regina Maria Pfitzer, Johanna Magdalena Zehm und Maria Antonia Walburgis von Sachsen. Die Lachsins hatte unmittelbaren familiären Zugang zur Musik, die Pfitzerin vermittelt durch Patenschaften und Bekanntschaft (da ihr

neben [galanten] poetischen auch Kenntnisse der Theologie und der Moral attestiert werden, wäre sie auch als gelehrte Kaufmannstochter einzuordnen). Über den Zugang der Zehmin zur Musik ist nichts bekannt. Interessant ist jedoch, dass mit Pfitzerin, Zehmin und Zieglerin drei Frauen dem Umkreis der Familie Brummer entstammen. Maria Antonia Walburgis nimmt als Kaisertochter natürlich eine Sonderstellung ein.

Schließlich gab es eine Gruppe von Frauen, die an der Seite ihrer gelehrten Ehemänner zweifellos wissenschaftlich gearbeitet haben. Sie sind einem Modell zuzuordnen, das die frühneuzeitliche Forschung ursprünglich nur auf den Stand der Handwerker bezogen hatte, das aber nach neueren Erkenntnissen auch wissenschaftliche und künstlerische Arbeit einschließt: das Arbeitssystem Haushalt<sup>60</sup>, in dem die Arbeitssphären beider Geschlechter nicht strikt getrennt sind, sondern sich aufeinander beziehen. Diese Frauen erhielten zumindest eine Vervollständigung ihrer Ausbildung durch ihre Männer, und alle arbeiteten bereits nach den Kriterien des politischen Gelehrsamkeitsbegriffes, wenngleich ihr Status als Gelehrte nicht gleichermaßen sicher ist.

Zählt man die Frauen mit hinzu, von denen zuwenig überliefert ist, um die Tiefe ihrer gelehrten Kenntnisse und Tätigkeiten einschätzen zu können, dann ergibt sich eine Gruppe von Frauen einer Generation, von denen vier mit Universitätsprofessoren verheiratet waren: Magdalena (Marie?) Sibylla Baudis, Catherina Louisa Gleditsch, Luise Adelgunde Victoria Gottsched, Friederica Carolina Neuber, Christina Mariana von Ziegler, Augusta Gertrud Richter und Johanna Christina Winckler. Bei Ziegler, Baudis und Gleditsch ist eine persönliche Bekanntschaft untereinander überliefert, bei Gottsched, Ziegler und Winckler ist sie als sehr wahrscheinlich anzunehmen. Über die Verbindung des geselligen Lebens im Umfeld der Universität darf man annehmen, dass sowohl die Professoren selbst als auch ihre Gattinnen miteinander bekannt waren.

Dazwischen steht die Person von Ernestine Christine Reiske, die zwar jünger ist als die eben genannten Frauen und erst 1764 nach Leipzig kam, als von diesen nur noch Gleditsch und evtl. Richter am Leben waren. Ihr Ehemann Johann Jacob Reiske gehört jedoch in die Generation Gottscheds, ebenso wie die Väter der nächsten kleinen Gruppe von etwa gleichaltrigen Frauen um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Hierzu gehören: Sophie Friederike Ernesti, Christiana Benedicta Hebenstreit, Julie Clodius und Anna Catherina Elisabeth Heinicke.

Johann Christoph Gottsched (1700–1766) erhielt die Professur für Poesie und Beredsamkeit 1734. Johann August Ernesti (1707–1781) hatte ab 1742 eine Profes-

60 Eine Auflistung von Literatur, die die frauen- bzw. geschlechtergeschichtliche Perspektive mit der Betrachtung dieses Arbeitssystems verknüpft, ist zu finden bei: Monika Mommertz, Schattenökonomie der Wissenschaft, in: Theresa Wobbe (Hrsg.), *Frauen in Akademie und Wissenschaft. Arbeitsorte und Forschungspraktiken 1700–2000*, Berlin 2002, S. 31–63, hier S. 35, Anm. 8.



sur für antike Literatur und Beredsamkeit und wurde 1759 Professor der Theologie. Johann Jacob Reiske (1714–1774) erhielt 1747 eine ao. Professur (die er nie ausübte) und 1758 das Rektorat der Nikolaischule, wurde aber von Ernesti mit einer »intriganten Freundlichkeit« und insgesamt mit einer »Wand der Ablehnung und des Desinteresses«<sup>61</sup> konfrontiert. Johann August Dathe (1731–1791) als Reiskes Schüler erhielt 1762 eine Professur der arabischen Philologie. Ernesti heiratete 1744 Dathes Schwester Amalie. Dathe ist damit Sophie Friederike Ernestis Onkel und könnte möglicherweise eine spätere Verbindung zwischen ihr und Ernestine Christine Reiske nach 1764 hergestellt haben.

Johann Ernst Hebenstreit (1702–1757) gehört ebenfalls zur Generation Gottscheds. Christiana Benedicta Hebenstreit wurde erst im 50. Lebensjahr ihres Vaters geboren und ist dadurch eine Altersgenossin von Sophie Ernesti und Julie Clodius. Sie lebte bis zu einem Alter von 41 Jahren bei ihrem jüngeren Bruder, dem Mediziner Ernst Benjamin Gottlieb Hebenstreit. Der Vater von Sophie Ernesti, Johann August Ernesti, und der Ehemann von Julie Clodius, Christian August Clodius, übten beide ab 1774 hohe Funktionen (Präses und Sekretär) in der Fürstlich Jablonowskischen Gesellschaft aus, so dass auch hier eine persönliche Bekanntschaft der Männer nachgewiesen und von geselligem Umgang ihrer Familien auszugehen ist.

Aus diesem gemeinsamen Umfeld ergibt sich ein kleiner Kreis von Aufklärern, deren Aufgeschlossenheit gegenüber einer gelehrten Bildung von Frauen bis gegen Ende des 18. Jahrhunderts fortwirkte. Leider gibt die Quellenlage keine Hinweise darauf, ob möglicherweise auch die Frauen von Ernesti und Hebenstreit eine ähnliche Bildung besaßen bzw. durch ihre Männer erhielten.

Eine sich über das gesamte 18. Jahrhundert erstreckende Gruppe bilden die Salonièren: Christiana Mariana von Ziegler, Johanna Magdalena von Kurland, Charlotte Sophie von Bentinck und Henriette von Crayen. Dem französischen Vorbild entsprechend gehören sie, im Gegensatz zu den späteren Berliner Salonièren, alle dem Adel an. Obwohl keine dieser vier Frauen ihr gesamtes Leben in Leipzig verbrachte, wählten sie diesen Ort als kulturellen Lebensmittelpunkt (erst ab 1805 ging Crayen nach Berlin).

Im 19. Jahrhundert gibt es eine Gruppe von sechs Frauen, die innerhalb einer Generationsspanne geboren wurden und die sich alle mit pädagogischen Fragen, theoretisch oder praktisch, beschäftigt haben: Ottilie von Steyber, Louise Otto-Peters, Auguste Herz, Henriette Goldschmidt, Angelika Hartmann und Auguste Schmidt. Nur Henriette Goldschmidt musste mit ihrer Tätigkeit nicht den eigenen Lebensunterhalt verdienen. Zwar waren außer ihr auch Auguste Herz und Louise Otto-Peters

61 Marcus Deufert, Kurt Sier, Griechische und lateinische Philologie, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Band 4: Ulrich von Hehl, Uwe John und Manfred Rudersdorf (Hrsg.), Fakultäten, Institute, Zentrale Einrichtungen, Leipzig 2009.

verheiratet, letztere jedoch erst mit 39 Jahren; ihr Mann verstarb bereits nach sechs Ehejahren infolge seines Gefängnisaufenthaltes nach 1848. Auch Heinrich Herz war im Zusammenhang mit dem Dresdner Maiaufstand verhaftete worden, so dass seine Frau die Familie in dieser Zeit allein ernähren musste. Die anderen drei waren grundsätzlich gezwungen, sich selbst zu versorgen – daher die Hinwendung zur Pädagogik, da eine Berufstätigkeit als Erzieherin oder Lehrerin um die Mitte des 19. Jahrhunderts die einzige Möglichkeit für eine unverheiratete Frau aus einer höheren Schicht darstellte. Als eigentliche Gelehrte oder Wissenschaftlerinnen dürfen diese Frauen nicht betrachtet werden, da durch die zunehmende Ausdifferenzierung des Wissenschaftssystems eine Anerkennung wissenschaftlicher Tätigkeit ohne vorausgehendes Studium kaum noch möglich war. Den Zugang zur Hochschulbildung und selbst zur Hochschulreife musste die genannte Generation von Frauen gerade erst erkämpfen. Interessant ist nun, dass alle sechs Frauen nicht in Leipzig aufgewachsen sind, sondern bis auf Goldschmidt, die ihrem Mann folgte, Leipzig als Lebensort auswählten, um gerade hier pädagogisch bzw. journalistisch tätig zu sein. Hierbei mag Steyber noch durch private Vermittlung in das Haus des Verlegers Brockhaus gekommen sein, Otto-Peters, Hartmann und Schmidt jedoch wählten Leipzig bewusst als kulturelles Zentrum mit einer beruflichen Perspektive für sich.

## Abschluss

Bei der Suche nach gelehrten bzw. wissenschaftlich ausgebildeten Frauen in der Region Leipzig zeigt sich, dass die Stadt über die Jahrhunderte hinweg große Anziehungskraft besaß. Eine besondere Position nahm die Stadt im 17. und frühen 18. Jahrhundert ein, da in diesem Zeitraum weibliche Gelehrsamkeit hier eine so wichtige Rolle spielte wie nirgendwo sonst im Alten Reich. Diese Position verlor Leipzig in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Erst mit der Ersten Frauenbewegung bekam die Stadt wieder eine besondere Stellung, allerdings weniger im wissenschaftlichen Bereich als vielmehr im politischen, da die sächsische Regierung die Erlaubnis für eine höhere Frauenbildung (von Gymnasialkursen bis zum eigentlichen Studium) erst relativ spät erteilte.

So stellte sich die Frage nach den besonderen Bedingungen in der Stadt Leipzig, die im 17. und 18. Jahrhundert dazu führten, dass hier eine so große Zahl gelehrter Frauen zu finden war. Während es einzelne Beispiele gelehrter Frauen in zahlreichen Städten gegeben hat, ist das Besondere an der Leipziger Situation ihr gehäuftes Auftreten ab der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts. Als besonders wichtig zeichnet sich dabei die einmalige Verknüpfung von Handelszentrum und Universitätsstandort

ab. Sie äußert sich nicht nur darin, dass die Stadt durch beide Bereiche wirtschaftlich und intellektuell bestimmt wird, sondern dass ihre Angehörigen auf vielfältige Weise miteinander in Kontakt stehen, sowohl beruflich als auch familiär. Die ersten Frauen, die den Auftakt zu einer größeren Gruppe bilden, sind dann auch einerseits die Töchter des Handelsherrn und Bürgermeisters Christian Lorentz von Adlershelm und andererseits die Tochter des Universitätsprofessors Friedrich Rappolt. Die naturgemäß höhere Wertschätzung der Gelehrsamkeit in einer Universitätsstadt dürfte sich auf das Repräsentationsbedürfnis der wirtschaftlich potenten Kaufmannschaft ausgewirkt haben, zumal bei den familiären Verflechtungen zwischen beiden Bereichen die höher gebildeten Töchter einen größeren Wert in den Augen potentieller Bewerber erlangt haben dürften. Gegen Ende des 17. Jahrhunderts trägt dann auch das Gedankengut der Frühaufklärung dazu bei, den Zugang von Frauen zu höherer Bildung zu erleichtern. Es stellt sich nun aber die Frage, ob nicht auch umgekehrt die zahlreichen Beispiele von Frauen, die trotz ihres gelehrten Wissens dem Rollenbild der guten Hausmutter entsprachen, die Offenheit der Frühaufklärer in Leipzig für weibliche Gelehrsamkeit unterstützt haben.

Das folgende Verzeichnis gelehrter Frauen mit Beziehung zu Leipzig erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Im Gegenteil – zu hoffen ist, dass durch weitere Forschungen noch zahlreiche bisher unentdeckte Zeugnisse weiblicher Gelehrsamkeit zu Tage gefördert werden.

## Verzeichnis

Das folgende Verzeichnis berücksichtigt zumeist sächsische gelehrte Frauen, die mit Leipzig in Verbindung standen. In fast allen Fällen wird ihre Gelehrsamkeit mit dem Hinweis auf die speziellen Kenntnisgebiete einerseits und die Anerkennung durch die Aufnahme in zeitgenössische »Kataloge« andererseits bestätigt. Nicht möglich ist das bei denjenigen Frauen, die sich durch das Führen eines Salons einen Namen gemacht haben, von denen aber keine konkreten Kenntnisse überliefert sind.

Leider konnten nicht alle Quellen geprüft werden; daher versteht sich das Verzeichnis als Anregung zu weiterer Forschung. Kurztitel werden am Ende des Beitrags aufgelöst.

**BAUDIS, MAGDALENA SIBYLLA, geb. Winckler** (1695–1752)

**Kenntnisgebiete:** Poesie

**Biographische Daten:** *Vater:* Christoph Georg Winckler (1658–1709), Ratsmitglied und Handelsherr in Leipzig

*Ehe:* 1711 mit Gottfried Leonhard Baudis (1683–1739), Ratsmitglied, Verwalter der Ratsbibliothek, Assessor der Juristenfakultät und 1736 Rektor der Universität Leipzig

**Literatur:** Andrew Talle, Leipzig um 1730 in den Tagebüchern des Königsberger Professors Christian Gabriel Fischer, in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e. V., Jahrbuch 2008, Beucha 2009, S. 55–138, hier S. 103.

**BENTINCK, CHARLOTTE SOPHIE VON** (1715–1800)

**Biographische Daten:** *Vater:* Anton II. von Aldenburg (1681–1738). *Mutter:* Wilhelmine Marie von Hessen-Homburg (1678–1779)

*Ehe:* 1733 mit Willem Bentinck (1704–1774), niederländischer Reichsgraf

**Kurzbiographie:** Sophie Charlotte von Aldenburg wuchs zumeist auf dem elterlichen Schloss in Varel auf und erhielt eine standesgemäße Erziehung. Als nach fünfjähriger Konvenienzehe Charlotte Sophies Vater verstorben war, setzte sie schließlich die Trennung von ihrem Mann durch und begann eine inoffizielle Beziehung zu Albrecht Wolfgang zu Schaumburg-Lippe auf Schloss Bückeburg, wo sie auch die Bekanntschaft Voltaires machte. Durch den Tod Albrecht Wolfgangs 1748 war sie gezwungen, den Hof zu verlassen und ging nach Berlin, wo sie im Umkreis Friedrichs II. von Preußen lebte und wiederum intensiven Kontakt mit Voltaire pflegte. Unter anderem wegen ihrer Einmischung in höfische Belange sah sie sich jedoch gezwungen, Preußen zu verlassen und lernte dann während eines Aufenthaltes in Leipzig das Ehepaar Gottsched kennen, mit dem sie in einen engen, auch politisch brisanten, Briefwechsel trat. Sie versuchte sich in Wien niederzulassen, wurde jedoch auch hier 1761 und danach aus ihrem nächsten Aufenthaltsort Jever ausgewiesen. Von 1768 bis zu ihrem Tode lebte sie in Hamburg, wo sie einen gesuchten Salon führte.

**Literatur:** Antje Koolman, Die Bentincks. Eine niederländische Adelsfamilie in Nordwestdeutschland im 18. Jahrhundert (Oldenburger Forschungen N. F., Band 18), Oldenburg 2003. Katherine Goodman (Hrsg.), *Adieu divine Comtesse. Luise Gottsched, Charlotte Sophie Gräfin*

Bentinck und Johann Christoph Gottsched in ihren Briefen, Würzburg 2009 (weiterführende Literaturangaben).

**BOSE, CHRISTIANA ELEONORA** (gest. 1715)

**Kenntnisgebiete:** Mathematik, Musik; Sprachen: Griechisch, Latein, Französisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Paul Bose, Archidiakon der Dresdner Kreuzkirche (1630–1694).

*Mutter:* Anna Maria Bulaeus

**Familienverbindungen:** Schwester von Johanna Margaretha Bose; Nichte von Johann Andreas Bose, Enkelin von Christoph Bulaeus

**Kurzbiographie:** Da über die Schwestern selbst kaum etwas in Erfahrung zu bringen ist, seien zur Verdeutlichung der Lebensumstände zumindest die familiären Hintergründe dargestellt: Der Vater Paul Bose wurde 1630 als Sohn des Juweliers Paul Bose und jüngerer Bruder von Johann Andreas Bose (der später Professor der Geschichte in Jena wurde) in Leipzig geboren und studierte u. a. auch in seiner Heimatstadt. 1661 wurde er Sonnabendprediger in Leipzig und ging 1669 als Diakon nach Dresden.<sup>62</sup> Zuvor heiratete er Anna Maria Bulaeus, die noch in Leipzig die beiden Töchter Christiana Eleonora und Johanna Margaretha gebär. Großvater der Schwestern mütterlicherseits ist der Theologe Christoph Bulaeus (1602–1677), der nach dem Studium in Leipzig und Wittenberg Professor für Poesie in Leipzig war, nachdem er sich einen Namen als Dichter und Musiker gemacht hatte und zum *poeta laureatus* gekrönt worden war. Nach Zwischenstationen in Mutzschen und Würzen wurde er in Dresden Oberkonsistorialrat, Pastor und Superintendent, aus welcher Position heraus er seinem Schwiegersohn das Diakonat in Dresden verschafft haben könnte.

**Verzeichnisse:** Juncker, S. 20 f., Paullini, S. 34 f., Eberti, S. 60, Corvinus, S. 245, Lehms, Vorrede.

**Quellen:** Christian Schlegel, Lebens-Beschreibung Hn. Christophori Bulaei [...], Dresden 1698.

**Literatur:** Linda Maria Koldau, Frauen – Musik – Kultur. Ein Handbuch zum deutschen Sprachgebiet der Frühen Neuzeit, Köln u. a. 2005, S. 1009 f.

**BOSE, JOHANNA MARGARETHA** (1668–1690)

**Kenntnisgebiete:** Sprachen: Griechisch, Latein, Französisch, Theologie, Geschichte, Musik

**Biographische Daten:** *Vater:* Paul Bose, Archidiakon der Dresdner Kreuzkirche (1630–1694).

*Mutter:* Anna Maria Bulaeus

*Ehe:* mit Christian Hofkuntz, Superintendent zu Torgau

**Familienverbindungen:** Schwester von Christiana Eleonora Bose, Nichte von Johann Andreas Bose, Enkelin von Christoph Bulaeus

**Verzeichnisse:** Pasch/Planer, Juncker, S. 20, Paullini, S. 34, Eberti, S. 59 f., Corvinus, S. 245 f., Lehms, Vorrede.

**Quellen:** Alß der Hoch-Ehrwürdige/ Groß-Achtbare und Hochgelahrte Herr Christian Hoffkuntz [...] Seine Hochwertheste Ehe-Liebste/ Die [...] Frau Johanna Margareta/ gebohrne Bosin ... Ihr zeitliches Leben frühzeitig ideoch seeliglich mit dem ewigen verwechselt [...] Solte [...] Die letzte Auffwartung und gebührende Schuldigkeit in Eyl abstaten Gabriel Wim-

<sup>62</sup> Zedler, Suppl. 4, 149.

mer, Dresden 1690 [i. e. Sieben Leichenpredigten und Trauergedichte auf Johanna Margarete Hoffkuntz, geb. Bose].

**Literatur:** Linda Maria Koldau, *Frauen – Musik – Kultur. Ein Handbuch zum deutschen Sprachgebiet der Frühen Neuzeit*, Köln u. a. 2005, S. 1009 f.

**BRETSCHNEIDER, RAHEL KUNIGUNDE** (um 1722)

**Kenntnisgebiet:** hebräische Sprache

**Kurzbiographie:** Die Tatsache, dass Rahel Kunigunde Bretschneider unter Vormundschaft stand, weist darauf hin, dass sie früh verwaist war. Von ihr ist überliefert, dass sie eine eigene Bibliothek mit 95 Titeln besaß und auf eigenes Verlangen hin bei Carl Friedrich Oppenheimer sehr gute Hebräischkenntnisse erwarb.

**Quellen:** StadtAL, Vormundschaftsstube, Akte Nr. 106, 1722.

**Literatur:** Theresa Schmotz, *Familiäre Verbindungen zwischen den Universitätsprofessoren und dem Stadtbürgertum in der Frühen Neuzeit*, in: Detlef Döring, *Stadt und Universität Leipzig. Beiträge zu einer 600-jährigen wechsellvollen Geschichte*, Leipzig 2010, S. 129–144, hier S. 130 f.

**CALLENBERG(IA), URSULA REGINA, geb. von Friesen** (1658–1714)

**Kenntnisgebiete:** Theologie, Latein, Französisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Heinrich von Friesen auf Schönfeld, sächsischer Geheimer Rat (1610–1680). *Mutter:* Maria Margaretha von Lützelburg

*Ehe:* mit Curt Reinicke von Callenberg, sächsischer Geheimer Rat und Kammerherr (vor 1670–1709), ein Kind (1678)

**Familienverbindungen:** Sie hatte mit Henrietta Catharina von Friesen die Großeltern Heinrich von Friesen auf Rötha und Catharina von Einsiedel aus Schweinsburg gemeinsam.

**Verzeichnisse:** Juncker, S. 30 f., Paullini, S. 37 sowie S. 85 f., Eberti, S. 70, Corvinus, S. 286 f.

**Quellen:** Zedler 9, Sp. 1086 und 9, Sp. 2121.

**CLODIUS, JULIE, geb. Stöltzel** (1755–1805)

**Kenntnisgebiete:** Literatur, Übersetzerin aus dem Englischen

**Werke:** Christian August Clodius: *Neue vermischte Schriften*, Band 6. Nach des Verfassers Tode mit einer Nachricht von dessen Lebensumständen hrsg. von Julie Clodius geb. Stöltzel, Leipzig, Beer 1787

**Biographische Daten:** *Ehe:* mit Christian August Clodius (1738–1784), Professor für Dichtkunst

**Kurzbiographie:** Mit der Heirat wurde sie die Schwiegertochter des Gymnysialrektors Christian Clodius in Zwickau, der als Student mit der Apothekerfamilie Linck in Leipzig bekannt und Mitglied in der Teutschübenden poetischen Gesellschaft gewesen war. Julie Stöltzel gab nach dem Tode ihres Mannes seinen Lebenslauf und den 6. Teil seiner Schriften heraus. Sie war mit Klopstock und Gleim sowie Götschen bekannt.

**Quellen:** Clodius, Julie (Hrsg.), *Christian August Clodius neue vermischte Schriften*, 6. Teil, Leipzig 1787.

**Literatur:** Schmotz, S. 99–101.

CONRAD, JOHANNA ALBERTINA, geb. Fleischer (1680–1698)

**Kenntnisgebiete:** Geschichte, Jurisprudenz, Genealogie, Geographie, Musik, Mathematik, Buchhaltung, Theologie, Latein, Französisch, Italienisch

**Werke:** ungedruckte Übersetzungen

**Biographische Daten:** *Vater:* David Fleischer, Erbherr auf Wiederau, Ratsherr und Stadthauptmann in Leipzig. *Mutter:* Johanna Susanna Steger (Tochter von Thomas Steger und Johanna Magdalena Welsch). Sie stammt aus einem Leipziger Juristengeschlecht und war vielleicht auch selbst nicht ungebildet. Thomas Steger war Theologe, studierte in Leipzig Straßburg und Basel, wurde Archidiakon an der Thomaskirche und Lizentiat der Theologie.

*Ehe:* 1695 mit Johann Conrad (1672–1699), Kaufmann in Leipzig

**Familienverbindungen:** Rahel Jäger, geb. Steger, ebenfalls ein *gelehrtes Frauenzimmer*, ist die Cousine von Johanna Susanna Steger.

**Kurzbiographie:** Die Mutter des Mädchens, Johanna Susanna geb. Steger, ist die Tochter des Theologen Thomas Steger und Johanna Magdalena Welschs (1628–1674), also zugleich Nichte von Adrian Steger (1623–1700) und stammt damit aus einer der Universität verbundenen Familie ab. Johanna Albertina nun erhielt in ihrem Elternhaus eine umfassende Ausbildung, die vom Spracherwerb (einschließlich Latein) über Musik, Staatslehre, Recht und Geschichte bis hin zu Mathematik und Buchhaltung reichte. Ihre Sprachkenntnisse waren so umfangreich, dass sie Übersetzungen anfertigen konnte, die sie jedoch (aus Bescheidenheit, wie die Lexica vermerken) nicht veröffentlichte. Das junge Mädchen heiratete im Alter von 15 Jahren den Leipziger Kaufmann Johann Conrad, blieb aber bis zu ihrem Tod drei Jahre später kinderlos. Auf die von Johann Benedict Carpzov gehaltene Leichenpredigt folgt eine bemerkenswerte Menge an *Casualcarmina*, die ihren Tod betrauern, und darunter finden sich auch Lobpreisungen ihrer Gelehrsamkeit. Diesen Gedichten und den zahlreichen Einträgen ihrer Person in Verzeichnissen gelehrter Frauen zufolge muss die Conradin trotz (oder gerade wegen) ihres jugendlichen Alters eine Leipziger Berühmtheit gewesen sein.

**Verzeichnisse:** Corvinus, S. 369, Zedler 6, Sp. 991, Finauer, S. 70.

**Quellen:** Johann Benedict Carpzov, Das Wort des Heyls/ Bey Christlicher Leichbestattung der Edlen/ Hoch- Ehr- und Tugendreichen Frauen Johanna Albertina gebohrner Fleischerin/ Des Edlen/ Großachtbaren und Wohlfürnehmen Hrn. Johann Conrads [...] Ehe liebste [...], Leipzig 1698.

CRAYEN, HENRIETTE (1755–1832), geb. Leveaux

**Biographische Daten:** *Ehe:* 1777 mit August Wilhelm Crayen (1751–1803), Bankier und preußischer Konsul in Leipzig

**Kurzbiographie:** In Berlin geboren, ging sie mit der Heirat mit Crayen nach Leipzig und führte hier ein Haus, in dem zahlreiche berühmte Persönlichkeiten ihrer Zeit verkehrten, sowohl des politischen als auch des intellektuellen und künstlerischen Lebens: Herzog Karl August von Weimar, Herzog von Richelieu, Johann Wolfgang Goethe, Jean Paul, Johann Friedrich Reichardt, Hermann von Pückler-Muskau. Nach dem Tod ihres Mannes kehrte sie 1805 nach Berlin zurück und begründete hier nochmals einen Salon.

**Literatur:** Joachim Kühn, Die schöne Frau von Crayen und die Ihren. Ein Nachwort zu Fontanes »Schach von Wuthenow«, in: Der Bär von Berlin, Band 21, 1972, S. 89–109.



**ERNESTI, SOPHIE FRIEDERIKE** (1745–1781)

**Kenntnisgebiete:** Latein, Griechisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann August Ernesti (1707–1781), Rektor der Thomasschule, ao. Prof. der Poesie und Beredsamkeit, Professor der Theologie. *Mutter:* Rahel Friederike Amalie Dathe (gest. 1745)

**Kurzbiographie:** Johann Christian Gottlieb Ernesti (1756–1802), Verfasser der wichtigsten Quelle zu Sophie Friederike E., ist ein Neffe ihres Vaters und ihr Cousin. Er hebt in seiner Schrift Sophie Friederikes gelehrte Erziehung hervor, betont jedoch, dass diese nicht gegen das Rollenbild der Frau und den mittlerweile veränderten Begriff der weiblichen Gelehrsamkeit in der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts verstieß: »In dieser Absicht wählte [Ernesti] die geschicktesten Lehrer, welche ihr sowohl Kenntnisse von Natur, Geschichte, und Alterthum beybringen, als auch in der französischen und lateinischen Sprache Unterricht geben mussten [...] Der Unterricht in der letztern [Sprache] würde vielleicht zweckwidrig scheinen können, wenn er nicht von einem Vater wäre veranstaltet worden, der die Bestimmung des andern Geschlechts zu gut kannte, als dass es ihm hätte einfallen können, seine Tochter zu einer Gelehrten zu bilden. Die engen Grenzen, die diesem Unterricht gesetzt wurden [...] rechtfertigen die Absichten des grossen Mannes gewiß [...] In der lateinischen [Sprache war sie] im Stande [...], den Sinn einzelner leichten Sätze zu finden: und man hat also immer das Maaß ihrer Kenntnisse in dieser Sprache größer gemacht, als es war [...]«<sup>63</sup>

**Quellen:** Johann Christian Gottlieb Ernesti, *Leben Soph. Frieder. Ernesti*, Leipzig, Breitkopf, 1782. August Wilhelm Ernesti: *Leipziger Universitäts-Programm auf den Wohlseiligen Herrn D. Ernesti: Nebst einem vollständigen Verzeichniß der sämtlichen Ernestinischen Schriften*. Uebersetzt von M. Carl Gottfried Küttner. Frankfurt, Leipzig 1782.

**Literatur:** Döring, S. 521–771, hier S. 646. Schmotz, S. 167 f.

**FELLER, ANNA DOROTHEA** (1653–1676)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Musik

**Biographische Daten:** *Vater:* Friedrich Rappolt (1615–1676), Professor der Dialektik, Poesie und Theologie in Leipzig, Kanonikus des Stifts in Zeitz; ist zugewandert. *Mutter:* Maria Elisabeth Franckenstein (1630–1691). Sie stammt aus einer Familie, zu der die Historiker Christian Friedrich (1621–1679) und Christian Gottfried Franckenstein (1661–1717) gehören; sie selbst war Tochter des Stadtrichters Paul Franckenstein.

*Ehe:* 1670 mit Joachim Feller (1638–1691), Professor der Poesie in Leipzig, Leiter der Universitätsbibliothek, zwei Söhne

**Verzeichnisse:** Neumeister, S. 31, Paullini, S. 59 f., Eberti, S. 155, Corvinus, S. 532, Lehms, S. 34 f., Zedler 9, Sp. 514.

**Quellen:** Georg Lehmann, *Das verlassene/ aber in der That keines weges verlassene Weiblein* [...] *Bey Christlicher Volckreicher Leich-Bestattung* [...] *Annen Dorotheen/ gebohrner Rappol-*

63 Johann Christoph Gottlieb Ernesti, *Leben Sophie Friederike Ernesti*, Leipzig 1782, S. 15–17.

tin [...] Joachim Fellers [...] Hertzgeliebten Hauß-Ehre [...] In der Pauliner-Kirchen am II. April fürgestellt von D. Georg Lehmann, Leipzig 1677.<sup>64</sup>

**Literatur:** Maul 1, S. 566 f. Schmotz, S. 457.

**FRIESEN, HENRIETTA CATHARINA VON** (1648–1726)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Alchimie, Pharmazie, Latein, Griechisch, Hebräisch, Chaldäisch, Syrisch, Französisch, Italienisch

**Werke:** Paulus Antonius (Hrsg.), Geistreiche Lieder und Poetische Betrachtungen/Der Sel Fr. Geh. Rahts-Directorin und Land-Voigtin, Weil. Frauen Henrietten Catharinen/Frey-Frauen von Gersdorf/geb. Freyin von Friesen, Halle, Gedruckt und zu finden im Wäysen-Hause, 1729

**Biographische Daten:** *Vater:* Carl von Friesen auf Rötha (1619–1686). *Mutter:* Justina Sophia von Raben

*Ehe:* 1672 mit Nicolaus von Gersdorff (1629–1702), Mitglied des sächsischen Geheimen Rats, Landvogt des Markgraftums Oberlausitz, Appellationsrat und Gesandter an verschiedenen Höfen

**Kurzbiographie:** Henrietta Catharina von Friesen wurde am 6. Oktober 1648 in Sulzbach geboren; 1665 zog die Familie auf ihr Stammgut Rötha bei Leipzig. 1672 heiratete Henrietta Catharina den bereits zweifach verwitweten Nicolaus von Gersdorff (1629–1702), Mitglied des sächsischen Geheimen Rats, Landvogt des Markgraftums Oberlausitz, Appellationsrat und Gesandter an verschiedenen Höfen, was ihr Gelegenheit gab, als Begleiterin ihres Mannes selbst mehrere auswärtige Höfe kennen zu lernen. Sie gebar in 30 Ehejahren 13 Kinder, von denen sechs das Erwachsenenalter erreichten. Auch ihre Kinder erhielten eine sorgfältige Erziehung; berühmt wurde unter ihnen Charlotta Justina, die bereits mit 16 Jahren griechisch, lateinisch und französisch sprach sowie Kenntnisse in der Theologie und der Kunst besaß.<sup>65</sup> Nach dem Tod ihres Gatten zog die Friesin 1703 auf ihren Witwensitz Großhennersdorf bei Zittau. Sie starb am 5. März 1726.

Die Friesin wurde dafür gerühmt, dass sie die Bibel in den Originalsprachen lesen konnte (sie wurde in Latein, griechisch, hebräisch, chaldäisch und syrisch unterrichtet). Henrietta Catharina von Friesen begleitete ihren Vater und später auch ihren Gatten auf deren Reisen. Sie verfertigte auch galante und lateinische Poesie, vor allem aber geistliche, die in einer Sammlung nach ihrem Tod veröffentlicht wurde.<sup>66</sup> Bekannt ist ihr Einsatz für den Pietismus von der persönlichen Unterstützung Speners über die Teilnahme an Franckes Waisenhausprojekt in Halle bis zur Gründung eines Mädchenstifts in Altenburg. In diesem Zusammenhang beschäftigte sie sich mit dem Bildungsprogramm der höheren Mädchenschule, das nach ihren Vorschlägen neben den schönen Künsten und neuen Sprachen auch die antiken Sprachen beinhaltete. Sie erhielt vielfach und

64 Lehmann nennt als Ausbildung zwar die Unterweisung im Christentum und in allen weiblichen Tätigkeiten, spricht aber nicht von Gelehrsamkeit. Der Anhang stellt mit 100 Seiten Text eine große Ehrung für die Fellerin dar, enthält aber ebenfalls keine Hinweise auf ihr Können. Einzig die Publikation ihres »Schwanengesangs«, der von Sebastian Knüpfer vertont wurde, lässt hier einen Einblick in ihre geistliche Poesie zu.

65 Diese ist die Mutter Nikolaus Ludwigs von Zinzendorf, der nach dem Tode seines Vaters auf dem Gut seiner Großmutter aufwuchs.

66 Lehms druckt einige dieser Texte ab, darunter auch ein Carmen zum Herrscherwechsel, das gelehrte Anspielungen enthält und eine scharfe Schelte der schlechten Ratgeber und Maitressen (Georg Christian Lehms, Teutschlands Galante Poetinnen Mit Ihren sinnreichen und netten Proben, Frkf./M. 1745, S. 42–51).

nachdrücklich die Anerkennung der gelehrten Welt: Neben der bereits erwähnten Widmung und dem Eintrag in der »Diatriben«<sup>67</sup> ist das Lob ihrer Gelehrsamkeit durch zeitgenössische Gelehrte zahlreich. Mit angesehenen Gelehrten, darunter Leibniz, stand sie in lateinischem Briefwechsel. Von ihrem Onkel übernahm die Friesin ein Laboratorium, in dem Alchimie und Arzneikunde betrieben wurden.

**Familienverbindungen:** Tochter: Charlotta Justina von Gersdorff. Enkel: Nikolaus Ludwig von Zinzendorf

**Verzeichnisse:** Omeis/Haendel, Gössmann 2, S. 134, Weise, Anhang S. 330, Neumeister, S. 37, Paullini, S. 61 f., Eberti, erwähnt S. 161, Lehms, S. 38–55, Zedler 9, Sp. 2121, Jöcher 2, Sp. 299, Finauer, S. 101–103.

**Quellen:** Gottlob Adolph Budißin, Letztes Schuldigstes Ehren-Gedächtnis, welches Der Weyland Hoch-Wohlgebohrnen Frauen, Frauen Henrietten Catharinen, Frey-Frauen von Gerßdorff, gebohrner Freyin von Friesen [...] wehmütigst aufrichtete M. Gottlob Adolph. Budißin [1726]. Nikolaus Ludwig von Zinzendorf, Das Opfer der Liebe und der Danckbarkeit, Welches der Weyland Hoch-Wohlgebohrnen Frauen, Frn. Henrietten Catharinen, Verwitbtben [...] Frey-Frauen von Gersdorf [...] abstattete Der Hochseligen hinterlassener ältester Enckel Nicol Ludwig, Graff und Herr von Zinzendorff und Pottendorf.

**Literatur:** Erich Beyreuther, Der junge Zinzendorf, Marburg an der Lahn 1957. Robert Langer, Pallas und ihre Waffen. Wirkungskreise der Henriette Catharina von Gersdorff, Dresden 2008.

**GARVE, ANNA KATHARINA, geb. Förster** (1716–1792)

**Kenntnisgebiete:** gelehrte Korrespondenz, Griechisch, Latein, Französisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Christian Siegmund Förster, Advokat und Notar in Breslau (Juristenfamilie). *Mutter:* aus Schönfärberfamilie stammend

*Ehe:* 1733 mit Nathanael Garve (1696–1747), Schönfärber

**Kurzbiographie:** Das in wohlhabenden Verhältnissen aufgewachsene Mädchen heiratete im Alter von 17 Jahren den verwitweten Schönfärber Nathanael Garve. Da ihr Ehemann im 6. Lebensjahr ihres Sohnes Christian verstarb, sorgte sie für seine Erziehung durch angemessene Hauslehrer. Als Christian Garve nach Beendigung seines Studiums eine außerordentliche Philosophieprofessur erhielt, kam sie nach Leipzig, wo sie Bekanntschaft mit dessen Freundeskreis schließen konnte, zu dem Christian Fürchtegott Gellert, Christian Felix Weiße, Friedrich Wolfgang Reiz, Ernst Platner und Johann August Ernesti gehörten. Mit einigen Leipziger Gelehrten führte sie nach ihrer Rückkehr nach Breslau Korrespondenz. Nachdem ihr unverheirateter Sohn 1772 die Professur aus gesundheitlichen Gründen niedergelegt hatte und ebenfalls nach Breslau zurückgekehrt war, »füllte seine Mutter die Stelle der wissenschaftlichen »Gehülfin« oder Partnerin [...] aus«.<sup>68</sup>

**Literatur:** Leonie Koch-Schwarzer, Populäre Moralphilosophie und Volkskunde. Christian Garve (1742–1798) – Reflexionen zur Fachgeschichte (Schriftenreihe der Kommission für Deutsche und Osteuropäische Volkskunde in der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde e.V., Band 77), Marburg 1998. Schmotz, S. 99–101.

67 »[...] extra ordinem est erudita« (Johann Sauerbrey, Diatribe Academica de Foeminarum eruditione, Leipzig 1671, Thesis II, § 6).

68 Schmotz, S. 100.

**GERSDORFF, CHARLOTTA JUSTINA** (1675–1763)

**Kenntnisgebiete:** Theologie, Kunst, Griechisch, Latein, Französisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Nicolaus von Gersdorff (1629–1702), Mitglied des sächsischen Geheimen Rats, Landvogt des Markgraftums Oberlausitz, Appellationsrat. *Mutter:* Henrietta Catharina von Friesen

*Eben:* 1. 1699 mit Georg Ludwig von Zinzendorf (1662–1700), ein Kind; 2. 1704 mit Dubislav Gneomar von Natzmer, brandenburgisch-preußischer Feldmarschall

**Verzeichnisse:** Pasch/Planer, Gössmann 2, S. 109, Juncker, S. 134, Paullini, S. 62, Eberti, S. 157, Corvinus, S. 584, als Friesin, Lehms, S. 55–57.

**Quellen:** George Gottfried Hoffmann, An Dem Hoch-Gräfl. Beylager/ So [...] George Ludewig [...] Mit [...] Charlotten Justinen, Des [...] Freyherrn von Gersdorff [...] Fräulein Tochter den 9. Julii MDCXCIX hielte / solte seine unterthänig-gehorsamste Pflicht durch nachstehende Zeilen abstaten George Gottfried Hoffmann, Dresden 1699.

**GEUSAU, JOHANNA MAGDALENA VON** (1706–1744)

**Kenntnisgebiete:** alte und neue Sprachen: Latein, Griechisch, Poesie

**Werke:** Kirchenlied »So ruh ich dann getrost, mein Heil, in deinen Wunden«, Wernigeröder Gesangbuch von 1738; weitere Lieder in: Finauer, »Gesammelte Frauenzimmer Gedichte«, 1764

**Biographische Daten:** *Ebe:* 1742 mit Rudolph von Geusau aus Saalfeld

**Familienverbindungen:** Großnichte Henrietta Catharinas von Friesen (von ihr erzogen)

**Quellen:** Benjamin Lindner, Die Offenbarung der Herrlichkeit Gottes [...], Saalfeld 1745. Karl Heinrich von Bogazky, Die Merkmale der göttlichen Güte und Treue [...], [o. O.] 1744.

**Literatur:** ADB, Bd. 9, 1879, S. 129. Linda Maria Koldau, Frauen – Musik – Kultur. Ein Handbuch zum deutschen Sprachgebiet der Frühen Neuzeit, Köln u. a. 2005, S. 290.

**GLEDITSCH, CATHERINA LOUISA, geb. Lange** (um 1700–1779)

**Kenntnisgebiete:** deutsche Poesie, Latein, Französisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann Hübner<sup>69</sup> (1668–1731), 1691–1794 als Magister an der Universität Leipzig lehrend, danach Rektor des Gymnasiums in Merseburg

*Ebe:* mit Johann Gottlieb Gleditsch (1688–1738), Buchhändler und Verleger

**Literatur:** Andrew Talle, Leipzig um 1730 in den Tagebüchern des Königsberger Professors Christian Gabriel Fischer, in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e. V., Jahrbuch 2008, Beucha 2009, S. 55–138, hier S. 103.

**GOLDSCHMIDT, HENRIETTE** (1825–1920)

**Kenntnisgebiet:** Pädagogik

**Biographische Daten:** *Ebe:* mit Abraham Meier Goldschmidt (1819–1889), Rabbiner der Israelitischen Gemeinde zu Leipzig; drei Söhne

**Kurzbiographie:** Die in der Provinz Posen geborene Tochter eines jüdischen Kaufmanns ging 1858 mit ihrem Mann nach Leipzig, wo sie sich nach der Bekanntschaft mit Louise Otto-Peters

69 Bei Talle fälschlich als »Lange« angegeben: vgl. Adalbert J. Brauer, »Gleditsch, Johann Gottlieb«, in: Neue Deutsche Biographie 6 (1964), S. 440 f. [Onlinefassung].

und Auguste Schmidt mit der rechtlichen Stellung der Frauen zu beschäftigen begann, und gehörte 1865 zu den Begründerinnen des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins. 1871 gründete sie den Verein für Familien- und Volkserziehung, durch dessen Arbeit ein Kindergarten, ein Seminar für Kindergärtnerinnen und ein Lyzeum als Ausbildungsstätte im Sinne der Fröbelschen Pädagogik eröffnet wurden. 1911 schließlich begann eine Hochschule für Frauen unter ihrer Leitung, Studentinnen aufzunehmen.

**Literatur:** Annerose Kemp, Henriette Goldschmidt – Frauenrechtlerin und Pädagogin (1825–1920), in: Gerlinde Kämmerer und Anett Pilz (Hrsg.), *Leipziger Frauengeschichten. Ein historischer Stadtrundgang*, Leipzig 1995, S. 121–123. Henriette-Goldschmidt-Schule Leipzig (Hrsg.), *Henriette-Goldschmidt-Schule 1911–2001*, Leipzig 2001.

### GOTTSCHED, LUISE ADELGUNDE VICTORIA (1713–1762)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Philosophie, Musik; Sprachen: Französisch, Englisch, Latein

**Werke:** 12 Komödien für die »Deutsche Schaubühne«, »Horatii Als eines wohlerfahrenen Schiffers, treu-meynender Zuruf an alle Wolfianer; Entworfen von X. Y. Z. dem Jüngern« o. O. 1740, »Responsum theologicum auf die Bittschrift der Wolffischen Philosophie an die Universität zu R...k«, in: Detlef Döring, *Die Philosophie Gottfried Wilhelm Leibniz' und die Leipziger Aufklärung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts*, Leipzig 1999, S. 154–57; zahlreiche Übersetzungen aus dem Englischen und Französischen, *Geschichte der lyrischen Dichtkunst* (verloren)

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann George Kulmus, königlich-polnischer Leibarzt in Danzig. *Mutter:* Katharina Dorothea Schwenkin

*Ehe:* 1735 mit Johann Christoph Gottsched, Professor der Logik und Metaphysik in Leipzig

**Kurzbiographie:** Luise Adelgunde Victoria Gottsched erhielt eine sehr gute Ausbildung durch ihre Familie. Einige ihrer poetischen Werke waren bereits bekannt, als Johann Christoph Gottsched sie 1729 auf einer Reise nach Danzig aufsuchte und anschließend um die Erlaubnis zu einem Briefwechsel bat. Nachdem Gottsched 1735 in Leipzig endlich die angestrebte Professur erhalten hatte, konnte er seine langjährige Braut heiraten und zu sich holen. Sie erhielt in Leipzig weiteren Unterricht in Latein, Komposition und Rhetorik und Gottsched bereitete sich »eine Gehülfinn aus ihr«.<sup>70</sup> Die Technik des Zusammenarbeitens beschreibt Gottsched in der Biographie seiner Frau anhand der Übersetzung des Bayleschen Wörterbuchs: »Sie las dieselbe [die Schreibart des ersten Übersetzers] nämlich allemal vorher durch, und brachte seine [...] Ausdrücke in ein besseres Geschick; ehe sie mir dieselben laut vorlas, indem ich den Grundtext vor Augen hatte, um von der Richtigkeit der Dollmetschung urtheilen zu können; und ergänzte eigenhändig alles, was etwa versehen oder ausgelassen war. Wenn ich hingegen den zweyten Probefbogen im Drucke selber durchgieng, und laut herlas, sah sie auch den französischen Text, sonderlich alle lateinische und griechische Stellen, Namen und Jahrszahlen allemal sorgfältig nach, um mir die vorgegangenen Druckfehler aufs schärfste anzuzeigen.« (ebd.). Die Gottschedin bearbeitete 12 Komödien für die »Deutsche Schaubühne«, schrieb eine Satire (die allerdings anonym veröffentlicht wurde) gegen die philosophischen Gegner, Artikel für Zeitschriften und eine Geschichte der deutschen Lyrik, die sie angeblich (so die zu bezweifelnde Mitteilung ihres Man-

<sup>70</sup> Leben der weil. hochedelgebohrnen, nunmehr sel. Frau, Luise Adelgunde Victoria Gottschedinn, geb. Kulmus, aus Danzig, in: *Der Frau Luise Adelgunde Victoria Gottschedinn, geb. Kulmus, sämtliche Kleinere Gedichte [...]*, hrsg. v. Ihrem hinterbliebenen Ehegatten, Leipzig 1763, unpag.

nes) schließlich wieder vernichtete. Dazu übersetzte sie zahlreiche Texte aus dem Französischen und dem Englischen ins Deutsche. In ihren letzten Lebensjahren vermochte sie sich aber nicht mehr über die Möglichkeit ihrer gelehrten Arbeit zu freuen, sondern litt unter Enttäuschung über die »gelehrte Galeere«.

**Verzeichnisse:** Finauer, S. 105–110, Harless, S. 223 f.

**Quellen:** Leben der weil. Hochedelgebohrnen, nunmehr sel. Frau Luise Adelgunde Victoria Gottschedin, geb. Kulmus, aus Danzig, in: Der Frau Luise Adelgunde Victoria Gottschedin, geb. Kulmus, sämtliche Kleinere Gedichte, [...] hrsg. v. Ihrem hinterbliebenen Ehegatten, Leipzig 1763. Briefwechsel enthalten in: Detlef Döring, Rüdiger Otto und Michael Schlott (Hrsg.), Johann Christoph Gottsched: Briefwechsel unter Einschluss des Briefwechsels von Luise Adelgunde Victorie Gottsched, Berlin u. a. 2007 ff. (bisher 5 Bände, 1722 bis Juni 1739).

**Literatur:** Magdalene Heuser, Louise Adelgunde Victorie Gottsched, in: Deutsche Frauen der Frühen Neuzeit. Dichterinnen, Malerinnen, Mäzeninnen, Kerstin Merkel und Heide Wunder (Hrsg.), Darmstadt 2000, S. 169–182 (darin Verzeichnis weiterer Literatur). Detlef Döring: Luise Adelgunde Victorie Gottsched (1713–1762), in: Sächsische Lebensbilder. Band 5. Hrsg. von Gerald Wiemers. Stuttgart/Leipzig 2003, S. 213–246 (weiterführende Literatur). Gabriele Ball u. a. (Hrsg.), Diskurse der Aufklärung. Luise Adelgunde Victorie und Johann Christoph Gottsched, (Wolfenbütteler Forschungen, 112), Wiesbaden 2006. Katherine Goodman (Hrsg.), Adieu divine Comtesse. Luise Gottsched, Charlotte Sophie Gräfin Bentinck und Johann Christoph Gottsched in ihren Briefen, Würzburg 2009.

**GRÄF, SOPHIA REGINA** (um 1715)

**Kenntnisgebiet:** Poesie

**Werke:** Eines andächtigen Frauenzimmers S. R. G. Ihrem Jesu im Glauben dargebrachte Liebesopffer, Leipzig, Martini, 1715

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann Rudolph Gräf, Pfarrer in Weltewitz bei Eilenburg  
*Ehe:* mit Christian Gotthold Laurentius, Pfarrer in Wehlen

**Literatur:** Gottfried Lebrecht Richter, Allgemeines biographisches Lexicon alter und neuer geistlicher Liederdichter, Leipzig 1804.

**GRÄVE, DOROTHEA MAGDALENA, geb. Brummer** (gest. 1691)

**Kenntnisgebiete:** Botanik, Malerei

**Biographische Daten:** *Eben:* 1. mit Johann George Horn, Handelsherr in Leipzig, 2. 1687 mit Gottfried Gräve (1641–1719), Oberschreiber und später Bürgermeister in Leipzig, Assessor am Schöppenstuhl, Ratsbibliothekar

**Verzeichnisse:** Zedler 11, Sp. 513

**Quellen:** Johann Gottlob Carpzov, Das Gnaden-Licht des Göttl. Wortes [...] Ehren-Gedächtnüß [...] Herrn Gottfried Grävens [...], Leipzig 1719.

**Literatur:** Detlef Döring, Das gelehrte Leipzig der Frühaufklärung am Rande und im Umfeld der Universität, in: Hanspeter Marti und Detlef Döring (Hrsg.), Die Universität Leipzig und ihr gelehrtes Umfeld 1680–1780, Basel 2004, S. 55–109, hier S. 20 f. (zu Gottfried Gräve).



**HARTMANN, ANGELIKA** (1829–1917)

**Kenntnisgebiet:** Pädagogik

**Kurzbiographie:** Die Pfarrerstochter, die sich intensiv mit der Fröbelschen Pädagogik beschäftigte, während sie ihren Lebensunterhalt durch Privatstunden in Köthen und Dessau verdiente, kam 1875 nach Leipzig, um hier ein Kindergärtnerinnen- und Lehrerinnen-Seminar zu gründen. Dem von ihr 1877 gegründeten Fröbelverein übergab sie 1895 ihr Seminar, leitete aber weiterhin dessen Veranstaltungen. Eine Verbindung zu den zeitgleichen und inhaltlich ähnlichen Bestrebungen des ADF scheint durch Hartmanns konservativere Haltung in Bezug auf das weibliche Rollenbild nicht zustande gekommen zu sein.

**Literatur:** Doris Mundus, Angelika Hartmann (1829–1917), in: Gerlinde Kämmerer und Anett Pilz (Hrsg.), *Leipziger Frauengeschichten. Ein historischer Stadtrundgang*, Leipzig 1995, S. 131–133.

**HASSERT, GOTTLIEBE SUSANNA, geb. Rivinus** (1683–?)

**Kenntnisgebiet:** Hebräisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Tilemann Andreas Rivinus (1654–1692), Professor der hebräischen Sprache. *Mutter:* Susanna Salome Creusel (1665–1684)

*Ehe:* mit Wilhelm Hassert, Pfarrer

**Literatur:** Schmotz, S. 174.

**HEBENSTREIT, CHRISTIANA BENEDICTA** (1752–1819)

**Kenntnisgebiete:** Philosophie, Geschichte, Latein, Griechisch, Englisch, Französisch, Italienisch

**Werke:** Erzählungen, Romane (vorw. historische)

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann Ernst Hebenstreit (1702–1757), Professor der Medizin in Leipzig. *Mutter:* Christiane Eugenie Boßbeck (Vater: Assessor des Schöppenstuhls Benjamin Gottlieb Boßbeck). *Brüder:* Georg Ernst (1739–1781), Heinrich Michael (1745–1786) und Ernst Benjamin Gottlieb Hebenstreit (1758–1803)

*Ehen:* 1797 mit Lorenz Wilhelm Holdenrieder, Kaufmann aus Naumburg; 1802 mit Johann Georg Naubert, Kaufmann aus Naumburg

**Kurzbiographie:** Ihre fundierte Ausbildung erhielt sie durch ihre ältesten Brüder Georg Ernst und Heinrich Michael; bis zu ihrer Heirat im Alter von 40 Jahren lebte sie im Haushalt ihres Bruders Ernst Benjamin Gottlob Hebenstreit, zu dessen Lebensunterhalt sie mit ihren (anonym veröffentlichten) literarischen Arbeiten beitrug. Ihre Mutter fungierte als ihre erste Kritikerin. Der erste Roman erschien 1785, danach noch über 50 weitere. Sie übte damit großen Einfluss auf die Gattung des historischen Romans in deutscher Sprache und, vermittelt durch Übersetzungen ihrer Werke, u. a. auf Walter Scott aus. Im Alter von 40 Jahren heiratete sie den Kaufmann Lorenz Wilhelm Holdenrieder und ging mit ihm nach Naumburg; als Ehegattin publizierte sie nicht. Nach dem baldigen Tod ihres Mannes heiratete sie noch einmal: den Naumburger Kaufmann Johann Georg Naumann. Diesmal brach sie ihre schriftstellerische Tätigkeit nicht ab. Der Schwerpunkt ihres Schaffens verlagerte sich von den Romanen hin zu Erzählungen, die sie zunehmend in literarischen Zeitschriften veröffentlichte. Dadurch entstanden Beziehungen zu Friedrich Rochlitz, Johann Gottfried Seume und Christoph Martin Wieland.



**Literatur:** Nikolaus Dorsch, »Sich rettend aus der kalten Wirklichkeit« – Die Briefe Benedikte Nauberts (Marburger Germanistische Studien 6), Frankfurt/M. 1986.

**HEINICKE, ANNA CATHERINA ELISABETH, geb. Kludt** (1757–1840)

**Kenntnisgebiet:** Pädagogik

**Biographische Daten:** *Ehe:* 1. mit Morin (?), 2. mit Samuel Heinicke (1727–1790)

**Kurzbiographie:** Sie unterstützte ihren Mann bei der Arbeit in dessen 1778 gegründeter Taubstummten-Lehranstalt und leitete sie nach seinem Tod, seinen Prinzipien folgend, fast fünfzig Jahre lang.

**HERZ, AUGUSTE, geb. Bauer** (1824–1880)

**Kenntnisgebiete:** Pädagogik, Orthopädie

**Werke:** Hauserziehung und Kindergarten. Vorträge für Frauen und Jungfrauen, welche für die Familie oder den Kindergarten sich zu Erzieherinnen bilden wollen. Leipzig 1851

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann Christian Kachler, Musiklehrer. *Mutter:* Johanna Marie Hofmann (Tochter eines Markthelfers)

*Ehe:* 1843 mit Heinrich Herz, Philosoph und Mitarbeiter im Magnetischen Institut in Dresden, neun Kinder

**Kurzbiographie:** Auguste Kachler wurde in Leipzig geboren, zog aber bereits zwei Jahre später mit ihrer Familie nach Friedrichstadt bei Dresden. Wegen der Armut der Eltern erhielt das Mädchen nur unregelmäßigen Unterricht. Bald nach der Heirat mit Heinrich Herz und der Geburt des ersten Kindes beteiligte sich das Paar an der Gründung des Erziehungsvereins in Dresden. 1849 trat Auguste Herz eine pädagogische Studienreise nach Gotha, Homburg, Frankfurt/M. und Darmstadt an, um danach einen eigenen Kindergarten zu gründen, der allerdings infolge der Verhaftung ihres Mannes während des Maiaufstandes in Dresden in finanzielle Schwierigkeiten geriet. 1852 gründete Herz in Buschbad bei Meißen, nachdem ihr die Tätigkeit als Heilpädagogin durch die sächsische Regierung gestattet worden war, eine Heilanstalt für geistig behinderte Kinder. Am 14. Dezember 1865 legte sie nach Privatstudien bei dem Leipziger Universitätsprofessor Carl Ernst Bock ein Examen zur »beschränkte[n] Ausübung des ärztlichen Berufes«<sup>71</sup> ab. Durch den Krieg von 1866 und eine damit einhergehende Choleraepidemie musste die Heilanstalt Buschbad aufgelöst werden und das Ehepaar ging nach Altenburg. Herz verlegte ihren medizinischen Schwerpunkt auf »Verhütung und Behandlung von Rückgratsverkrümmungen und mit diesem zusammenhängenden Körpergebrechen bei Kindern und der erwachsenen weiblichen Jugend«. Als Fachkraft für Gymnastik und Orthopädie am herzoglichen Josephinenstift konnte sie einen eigenen Kursaal einrichten, wobei sie von einer Tochter und weiteren Helferinnen unterstützt wurde.

**Literatur:** Johanna Ludwig, Auguste Herz (1824–1880). Fröbelpädagogin, erste ärztlich tätige Frau Sachsens und Mutter von 9 Kindern, in: Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V. (Hrsg.), Leipziger Lerchen. Frauen erinnern, 2. Folge, Beucha 2000, S. 8–15.

<sup>71</sup> Johanna Ludwig, Auguste Herz (1824–1880). Fröbelpädagogin, erste ärztlich tätige Frau Sachsens und Mutter von 9 Kindern, in: Leipziger Lerchen. Frauen erinnern. Hrsg. v. der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e. V., 2. Folge, Beucha 2000, S. 8.

**JÄGER, RAHEL, geb. Steger** (um 1671)

**Kenntnisgebiete:** Theologie, Französisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Adrian Steger (1623–1700), Leipziger Ratsherr, Vorsteher der Thomaskirche. *Mutter:* Rahel Schmied (gest. 1660)

*Ehe:* 1671 mit Friedrich Conrad Jäger, Kaufmann, zwei Töchter

**Quellen:** Jeremias Friederici, *Historisches Lexicon derer Jubel-Regenten*, das ist solcher hohen Personen, welche funffzig und mehrere Jahre im Regimente über Reiche, Länder und Städte gelebet: in einem kurzen Entwurf, mit welchem [...] Adrian Steger [...] zu Leipzig [...] den 28. August des 1741. Jahres [...] ein immerwährendes Denckmahl aufrichten wolte/ Jeremias Friderici, Leipzig 1741.

**Literatur:** Schmotz, S. 172 und 556.

**JOHANNA MAGDALENA VON KURLAND** (1708–1760)

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann Georg I. von Sachsen-Weißenfels. *Mutter:* Friederike von Sachsen-Eisenach

*Ehe:* 1730 mit Ferdinand von Kurland und Semgallen

**Kurzbiographie:** Nach dem Tod ihres Mannes 1737 kehrte sie nach Weißenfels zurück. Kurze Zeit später nahm sie ihren Wohnsitz alternierend in Leipzig und auf Schloss Dahme im heutigen Brandenburg.

**KIRCH, MARIA MARGARETHA** (1670–1720)

**Kenntnisgebiet:** Astronomie

**Werke:** Entdeckung eines neuen Kometen 1702, zahlreiche astronomische Kalender, 2 Schriften über Planetenkonjunktionen

**Biographische Daten:** *Vater:* Mathäus Winckelmann, Pfarrer in Panitzsch bei Leipzig

*Ehe:* 1692 mit Gottfried Kirch (1639–1710)

**Kurzbiographie:** Maria Margaretha Winckelmann erhielt in ihrem Vaterhaus eine gute Grundbildung bis hin zum Erlernen von Mathematik und Latein. Nach dem frühen Tod ihrer Eltern wurde sie vom Amtsnachfolger ihres Vaters, Justinus Toellner, aufgenommen und kam schließlich in das Haus des sogenannten »Bauernastronomen« Christoph Arnold in Sommerfeld bei Leipzig, möglicherweise als Dienstmädchen. Hier erwarb sie Kenntnisse in der praktischen Observationstätigkeit, in der Wetterbeobachtung und Meteorologie, von denen sie Aufzeichnungen machte. Vermutlich im Umfeld pietistischer Kreise oder über Christoph Arnold lernte sie den Astronomen Gottfried Kirch kennen, dessen erste Ehefrau im Juni 1690 gestorben war. Sie heirateten im Mai 1692. Beide Ehepartner observierten gemeinsam; Gottfried Kirch hielt Maria Margarethas Ergebnisse in seinen Observationstagebüchern namentlich fest. Des weiteren fertigte Maria Margaretha Kirch Berechnungen für die astronomischen Kalender an. 1702 gelang ihr die Entdeckung eines neuen Kometen. 1700 wurde Gottfried Kirch als Astronom an die neu gegründete »Königliche Societät der Wissenschaften« zu Berlin berufen, wohin ihm die Familie folgte. Nach dem Wegfall der offiziellen Verbindung zur Akademie durch Kirchs Tod versuchte Maria Margaretha Kirch, als Witwe die Arbeit ihres Mannes fortzusetzen, was ihr jedoch verweigert wurde; schließlich wurde sogar ihre Anwesenheit auf dem Observatoriumsgelände unerwünscht. Daraufhin arbeitete Kirch am privaten Observatorium des Freiherrn von

Krosick weiter und ging nach dessen Tod, einem Angebot folgend, 1714 nach Danzig. Sie starb am 29.12.1720. Sie hat zwei Schriften über Planetenkonjunktionen und eine Vielzahl an astronomischen Beobachtungen hinterlassen. Ausdrückliche Anerkennung als Gelehrte erfuhr sie u. a. durch Gottfried Wilhelm Leibniz und Alphonse Des Vignoles.

**Verzeichnisse:** Corvinus, S. 1047, Finauer, S. 126 f., Jöcher 2, Sp. 2094.

**Quellen:** Des Vignoles, Alphonse, *Eloge de Madame Kirch à l'occasion de laquelle on parle de quelques autres Femmes et des un Paisan Astronome*, in: *Bibliothèque Germanique ou Histoire Littéraire de L'Allemagne, de la Suisse, et des Pays du Nord*, Anné MDCCXXI, Tome Troisième, Amsterdam 1722.

**Literatur:** Detlef Döring, *Der Briefwechsel zwischen Gottfried Kirch und Adam A. Kochanski 1680–1694. Ein Beitrag zur Astronomiegeschichte in Leipzig und zu den deutsch-polnischen Wissenschaftsbeziehungen*. Monika Mommertz, *Schattenökonomie der Wissenschaft. Geschlechterordnung und Arbeitssysteme in der Astronomie der Akademie der Wissenschaften im 18. Jahrhundert*, in: Theresa Wobbe (Hrsg.), *Frauen in Akademie und Wissenschaft. Arbeitsorte und Forschungspraktiken 1700–2000*, Berlin 2002, S. 31–63. Klaus Dieter Herbst, *Wer half dem Astronomen Gottfried Kirch?*, in: Klaus Hentschel (Hrsg.), *Unsichtbare Hände. Zur Rolle von Laborassistenten, Mechanikern, Zeichnern u. a. Amanuenses in der physikalischen Forschungs- und Entwicklungsarbeit*, Diepholz u. a. 2008, S. 51–68. Klaus Dieter Herbst, *Die Korrespondenz des Astronomen und Kalendermachers Gottfried Kirch (1639–1710) in drei Bänden*, Jena 2006.

**LACHS, CHRISTINA DOROTHEA, geb. Strungk** (1672– nach 1716)

**Kenntnisgebiete:** Musik, Poesie, moderne Fremdsprachen

**Werke:** Übersetzung mind. dreier italienischer Operntexte ins Deutsche (vertont von Telemann); galante Poesie

**Biographische Daten:** *Vater:* Nikolaus Adam Strungk (1640–1700), kursächsischer Hofkapellmeister in Dresden. *Mutter:* Christine Thren (gest. vor 1706)

*Ehe:* 1701 mit Johann David Lachs (1673–1709), Pfarrer in Weistropp bei Dresden, ein Kind

**Kurzbiographie:** Als Tochter des Hofkapellmeisters Strungk erhielt sie, ebenso wie ihre fünf Geschwister, eine fundierte musikalische Ausbildung. Als Sängerin am Dresdner Opernhaus trat sie jedoch wahrscheinlich nicht in Erscheinung, mit Sicherheit aber nicht mehr nach ihrer Heirat mit dem Pfarrer Johann David Lachs im August 1701, mit dem sie nach Weistropp bei Dresden ging. Nach seinem Tod 1709 musste sie Weistropp verlassen und ist möglicherweise nach Leipzig gezogen, da sie im Umfeld des Opernhauses bis 1715 tätig war. Bekannt geworden ist sie durch ihre Opernlibretti (versgebundene Übersetzungen aus dem Italienischen und Bearbeitungen weiterer Stoffe), die von Telemann vertont wurden.

**Verzeichnisse:** Corvinus, S. 1115, Lehms, S. 89–96.

**Literatur:** Maul 1, S. 629–645.

**LEHMANN, MARIA BARBARA** (nach 1655– vor 1692)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Sprachen: Latein, Hebräisch, Italienisch, Französisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Georg Lehmann (1616–1699), Superintendent und Professor der Theologie in Leipzig, Canonicus in Zeitz und Meißen. *Mutter:* Barbara Wendlandin (1623–1692; verh. seit 1655), Tochter des Senators Georg Wendland

*Ehe:* Hans Friedrich von Römer in Schneckengrün, Kanonikus, Domdechante in Merseburg.<sup>72</sup>

**Familienverbindungen:** Ihr Bruder Gottfried Conrad Lehmann heiratete Regina Elisabeth Jäger, Tochter Rahel Jägers

**Verzeichnisse:** Pasch/Planer, S. 44, Gössmann 2, S. 114 f., Omeis/Haendel, Gössmann 2, S. 136, Paullini, S. 92 f., Eberti, S. 216 f., Corvinus, S. 1145, Zedler 16, Sp. 1429.

**Quellen:** Hans Friedrich Römer, Schuldige Thränen/ Welche Bey dem Grabe Des ... Herrn George Lehmanns/ Der Heil. Schrifft weitberühmten Doctoris und Prof. Publ. Primarii, der Theol. Facultät/ und der Meißnischen Nation Senioris [...], Leipzig 1699.

**LÖSER, MARGARETHA SYBILLA, geb. von Einsiedel (1642–1690)**

**Kenntnisgebiete:** Theologie, Jurisprudenz, Mathematik, Geschichte, Kirchengeschichte, Literatur; Sprachen: Hebräisch, Griechisch, Latein, Italienisch

**Werke:** *Politica christiana*<sup>73</sup>

**Biographische Daten:** *Vater:* Innocentius auf Syra, Hopffgarten und Rüdigsdorff, kursächs. Justiten- und Appellationsrat (1609–1652). *Mutter:* Dorothea aus dem Winckel (Wettin)

*Ehen:* 1. Ehe mit Rudolph von Büнау, 2. Ehe 1664 mit Erbmarschall und Kammerherr Conrad (Curt) von Löser zu Salitz (1623–1670), 2 Söhne (Heinrich 1665, Magnus 1670)

**Familienverbindungen:** *Enkel:* Hans von Löser auf Reinharz (1704–1763): sächsischer Kammerherr und Erbmarschall, Besitzer einer optisch-mechanischen Werkstatt auf Schloss Reinharz

**Kurzbiographie:** Margaretha Sybilla von Einsiedel wurde am 3. September 1642 geboren als Tochter des kursächsischen Justiten- und Appellationsrats Innocentius von Einsiedel (1609–1652) und Dorotheas aus dem Winckel auf Wettin. In erster Ehe war sie verheiratet mit Rudolph von Büнау; 1664 heiratete sie ihren Cousin, den Erbmarschall und Kammerherrn Conrad (Curt) von Löser (1623–1670),<sup>74</sup> dem sie die Kinder Heinrich (1665) und Magnus (1670)<sup>75</sup> gebar. Besondere Berühmtheit erlangte sie jedoch für ihre Kenntnisse in der Arzneikunde, da sie zusammen mit dem Sächsisch-Gothaischen Leibarzt Jacob Jodocus Raabe (1629–1708, Leibarzt in Friedenstein und Altenburg) Experimente mit Arzneimitteln durchführte und ihre Wirkungen beobachtete. Als Gelehrte wurde sie auch vom Probst und Superintendenten zu Clöden Christoph Nicolai und vom Wittenberger Konrektor David Winter im »Clödischen Altarspiegel« geehrt. Als Herrin auf Clöden<sup>76</sup> hatte sie im Jahr 1684 für die frisch renovierte Dorfkirche einen Predigtstuhl und einen Altar gestiftet, auf dessen Rückseite ein Gedicht von ihr zu finden ist. Darin spricht sie von ihrer Einsamkeit und der ihr nur kurz vergönnten Zeit der Freude:<sup>77</sup> Durch

<sup>72</sup> Bestätigt für 1738 durch Zedler, 32/183

<sup>73</sup> Angabe in mehreren Verzeichnissen, sie habe theologische Betrachtungen unter diesem Titel herausgegeben, aber bereits nach Harless ist ein solcher nicht nachweisbar.

<sup>74</sup> Einzig überlebender Sohn ihrer Tante Margarete Löser, geb. von Einsiedel.

<sup>75</sup> Die Angabe im Zedler im Eintrag zu Curt von Löser, der 2. Sohn habe Hanns geheißen, ist falsch (18/204); richtig Sp. 206.

<sup>76</sup> Ihr Sohn Magnus hatte das aus dem Familienbesitz verkaufte Gut Clöden wieder zurück erworben, so dass die Löserin zur Herrschaft dieses Gutes gehörte; vgl. Zedler Bd. 18/Sp. 206.

<sup>77</sup> »Einsam war mein meistes Leben;/ Denn was mir kont Freude geben/ Hat des HOECHSTEN hoher Wille/ Mir nur kurtze Zeit vergönn't/ Und bald traurig abgetrenn't.«

den frühen Tod auch ihres zweiten Ehegatten war sie gezwungen, ihre Söhne allein aufzuziehen. Nach Lehms starb sie wenige Jahre später, 1690.<sup>78</sup>

**Verzeichnisse:** Pasch/Planer, S. 45, Gössmann 2, S. 115, Omeis/Haendel, Gössmann 2, S. 134, Weise, Anhang S. 330, Paullini, S. 50 f. sowie S. 94 f., Eberti, S. 221 f., Corvinus, S. 1166 f., Lehms, S. 27–29, Jöcher 2, Sp. 299, Harless, S. 174 f.

**Quellen:** Christoph Nicolai, Die überaus grosse und reiche Barmhertzigkeit Gottes/ Wie Sie uns an den Neu-erbaueten Clödnischen Altar Sinn-reich erwiesen und dargestellt ist [...], Wittenberg 1686. Jacob Thomasius, Johannes Sauerbrei, Diatriben academicam de foeminarum eruditione priorem consensu inclutae facultatis philosophicae in alma Lipsiensi / sub praesidio viri [...] Jacobi Thomasii [...] d. XIV. Januar. A. O. R. MDCLXXI [...] proponit Johannes Sauerbrei, Leipzig 1676. Henning Witte, Diarium Biographicum T. II., S. 179. Christoph Grosch, Zwo Christliche Leichpredigten/ Bey ansehnlicher Hoch Adelicher Bestattung Des [...] Herrn Hansen Löser/ Uff Pretsch/ Saalitz/ Hainichen/ und Nenckersdorff [...] Und der [...] Frawen Margreten Löserin/ Gebornen von Einsiedel aus dem Hause Syra [...], Altenburg 1645.

**LORENTZ VON ADLERSHELM, JOHANNA** (1640?–1680/81?)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Niederländisch, Französisch, Latein, Italienisch

**Werke:** Übersetzung des Romans »Stratonica« von Luca Assarino (frz.-dt.) 1666

**Biographische Daten:** *Vater:* Christian Lorentz von Adlershelm (1608–1684), Bürgermeister von Leipzig, Assessor des Schöppenstuhls, Geheimer Kammerrat Johann Georgs II. von Sachsen, Rat Kaiser Ferdinands III. *Mutter:* Johanna Becker von Rosenfeld (1611–1673)

*Ehe:* 1699 mit Wenzel Weichard von Oppersdorf

**Kurzbiographie:** Johanna Lorentz erhielt ebenso wie ihre Schwestern eine sehr gute Ausbildung in einer Schule für Frauen in Leyden bei Marie le Febre, wo sie u. a. in Niederländisch, Französisch, Italienisch und Latein unterrichtet wurden. Als Johannas größte Leistung wird die Übersetzung des ursprünglich italienischen Barockromans »Stratonica« von Luca Assarino aus dem Französischen ins Deutsche anerkannt, der 1666 anonym erschien (weitere Ausgaben folgten 1668 und 1675). Anerkennung für diese gelehrte Arbeit erhielt sie von Henning Witte<sup>79</sup> sowie durch die Aufnahme in die Verzeichnisse gelehrter Frauen von Peter Paul Finauer und Gottlieb Siegmund Corvinus. Sie heiratete am 16. März 1669 den österreichischen Grafen Wenzel Weichard von Oppersdorf (Freiherr zu Aych, Friedstein und Herr auf Gößkewitz und Lödnitz) und verbrachte mit ihm einige Zeit in Amsterdam. Finauer berichtet, sie sei von ihrem Mann verstoßen worden;<sup>80</sup> die Gründe dafür sind nicht bekannt. Sie ging schließlich als Witwe nach Erfurt, wo sie, unterschiedlichen Quellen zufolge, entweder am 14. Juli 1680 oder am 24. Mai 1681 starb.

**Familienverbindungen:** Schwester von Christina Regina Lorentz von Adlershelm

**Verzeichnisse:** Weise, Anhang 330, Zedler, Supplement 1, Sp. 545 f., Jöcher 2, Sp. 98, Finauer, S. 158.

78 Georg Christian Lehms, Teutschlands Galante Poetinnen Mit Ihren sinnreichen und netten Proben, Frankfurt/M. 1745, S. 29.

79 Henning Witte, Diarium Biographicum, Bd. II, 1688, S. 123.

80 Peter Paul Finauer, Allgemeines Historisches Verzeichnis gelehrter Frauenzimmer, München 1761, S. 158.

**Quellen:** Henning Witte, *Diarium Biographicum*, Bd. II, 1688, S. 124. Johanna Lorentz von Adlershelm [?], *Traurendes Trost- und Lob-Gedichte [...]* Der [...] Fr. Johanna Lorentzin von Adlershelm [...] *Am Tage Ihrer in Leipzig Beerdigung*, Meißen [1673].

**Literatur:** Stina Rahel Schwarzenbach, *Stratonica und Demetrius. Zwei Barockromane. Italienisch und Deutsch. Eine vergleichende Untersuchung der Assarino-Übersetzungen von Veit Daniel Colewaldt (1652), Johann Wilhelm von Stubenberg (1653) und Johanna Laurentia von Adlershelm (1663)*, Bern u. a. 2002. Ralf Schuster, *Johanna Lorentz von Adlershelm und Sigmund von Birken. Ergänzendes zur Biographie der Stratonica-Übersetzerin*, in: *Informationen aus dem Ralf-Schuster-Verlag*, 1 (2008) 1, S. 29–46.

#### LORENTZ VON ADLERSHELM, CHRISTINA REGINA (nach 1642–1704)

**Kenntnisgebiete:** Naturwissenschaften, Niederländisch, Französisch, Latein, Italienisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Christian Lorentz von Adlershelm (1608–1684), Bürgermeister von Leipzig, Assessor des Schöppenstuhls, Geheimer Kammerrat Johann Georgs II. von Sachsen, Rat Kaiser Ferdinands III. *Mutter:* Johanna Becker von Rosenfeld (1611–1673)

**Kurzbiographie:** Christina Regina Lorentz wurde nach 1642 geboren und verbrachte wie ihre Schwestern einige Zeit an der Leydener Schule Marie le Febres, wo sie in niederländisch, französisch, italienisch und Latein unterrichtet wurde. Da Gottfried Lange in der Leichenpredigt für sie nur von »einer Person/ so ihr zur Gesellschaft gegeben«<sup>81</sup> spricht, scheint sie ihre Ausbildungszeit ohne ihre Schwestern absolviert zu haben (möglicherweise war sie ein Nachzüglerkind und viel jünger als diese). Nach dem Tod ihrer Mutter 1673, also seit höchstens ihrem 30. Lebensjahr, führte sie den Haushalt ihres Vaters bis zu dessen Tod 1684. Lange erwähnt einen Aufenthalt in Prag, macht jedoch keine Angaben über Zweck und Dauer dieses Aufenthalts.<sup>82</sup> Christina Regina war zweimal verlobt, beide Male aber starb der Bräutigam, so dass sie auf eine Ehe verzichtete. Da sie der letzte unmittelbare Nachkomme der Familie Lorentz von Adlershelm war (alle ihre Geschwister waren bereits vor dem Vater verstorben), erbte sie das Vermögen ihres Vaters, darunter auch dessen Naturalienkabinett. Wahrscheinlich führte sie es noch etliche Jahre lang weiter, bis kurz vor ihrem Tod am 5. September 1704.

**Familienverbindungen:** Schwester von Johanna Lorentz von Adlershelm

**Verzeichnisse:** Pasch/Planer, Gössmann 2, S. 114, Omeis/Haendel, Gössmann 2, S. 136, Weise, Anhang S. 330, Paullini, S. 16, Corvinus S. 32 f.

**Quellen:** Gottfried Lange, *Einleitung zur üblichen und nützlichen Oratorie/ durch Regeln und Exempel bey dieser andern Edition vermehret und verbessert*, Leipzig<sup>2</sup> 1713, S. 137–149.

**Literatur:** Ralf Schuster, *Johanna Lorentz von Adlershelm und Sigmund von Birken. Ergänzendes zur Biographie der Stratonica-Übersetzerin*, in: *Informationen aus dem Ralf-Schuster-Verlag*, 1(2008)1, S. 29–46.

#### MARIA ANTONIA WALBURGIS VON SACHSEN (1724–1780)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Musik, Malerei, Geographie, Staatenkunde, Geschichte, Beredsamkeit; Sprachen: Französisch, Italienisch, Englisch, Latein

81 Gottfried Lange, *Einleitung zur Oratorie*, Leipzig<sup>2</sup> 1713, S. 137–149, hier S. 140.

82 »Unsre Seelige hatte in Leyden/ in Prage/ und in Leipzig zu unterschiedenen malen grosse Gefährlichkeiten überwunden.« (Ebd., S. 147).



**Werke:** Namenstagkantate auf August III., Kantatentexte, Libretti zu »La conversione di Sant' Agostino« (Oratorium), »Il trionfo della Fedeltà«, Leipzig, Breitkopf, 1756 (Pastorale), »Talestri, Regina delle Amazzoni«, Leipzig, Breitkopf 1765 (Oper), Dramenübersetzungen.

**Biographische Daten:** *Vater:* Kaiser Karl VII. (1697–1745). *Mutter:* Erzherzogin Maria Amalia (1701–1756)

*Ehe:* 1747 mit Friedrich Christian, Kurfürst von Sachsen (1722–1763), sieben Kinder

**Kurzbiographie:** Sie wurde 1724 in München als Tochter des späteren Kaisers Karl VII. geboren und im Alter von 23 Jahren mit dem Kurprinzen von Sachsen Friedrich Christian verheiratet, dem sie sieben Kinder gebar. Sie betätigte sich in ihrer Zeit als Kurprinzessin als Dichterin, Komponistin und Malerin; während des Siebenjährigen Krieges übernahm sie auch bereits Regierungsgeschäfte. In der kurzen Regierungszeit Friedrich Christians bekam sie die Aufsicht über die Staatsfinanzen. Nach dieser Zeit verfolgte sie ihre künstlerischen Neigungen weiter, betätigte sich aber auch diplomatisch für ihren Sohn Friedrich August und bewies ihre ökonomische Einsicht mit der Gründung von Betrieben in Sachsen. Sie starb am 23. April 1780 in Dresden. Ihr Status als gelehrte Frau gründet sich zuvörderst auf ihre Aufnahme in die römische »Accademia dell'Arcadia« aus Anlass einer von ihr geschaffenen Namenstagkantate für August III. (1747). Als Malerin wurde sie zudem in die »Accademia di San Luca« aufgenommen. Peter Paul Finauer widmete ihr sein »Allgemeines Historisches Verzeichnis gelehrter Frauenzimmer«, wo er sie als »vollkommenes Muster einer ausserordentlichen Gelehrsamkeit« würdigt.

**Verzeichnisse:** Finauer, S. 15–17.

**Quellen:** Verzeichnis bei Christine Fischer 2007, S. 428–430.

Literatur: Christine Fischer, Instrumentierte Visionen weiblicher Macht – Maria Antonia Walpurgis' Werke als Bühne politischer Selbstinszenierung, Kassel 2007.

**MARSCHALL, RAHEL SOPHIA VON** (1694 oder 1686–1763)

**Kenntnisgebiete:** Geographie, Geschichte, Sittenlehre, Genealogie, Heraldik; Sprachen: Französisch, Italienisch, Latein

**Werke:** unveröffentlichte Übersetzungen

**Biographische Daten:** *Vater:* David von Fletscher (1646–1716), Kaufmann und Mitglied des Leipziger Rates, 1703 Erneuerung des Adelstitels durch Kaiser Leopold I. *Mutter:* Johanna Susanna Steger (gest. 1710)

*Ehe:* Heinrich Christoph von Marschall (1672–1737), mit dem sie vor November 1731 nach Dänemark ging, vier Söhne

**Verzeichnisse:** Corvinus (1237 f.)

**Quellen:** Zedler 19, Sp. 1715. Jörg Katerndahl, Die Wand- und Deckengemälde in den Schlössern Wiederau und Crossen. Rudolstadt 1998 (ausführliche Mitteilungen zur Familiengeschichte Fletscher). Katherine R. Goodman (Hrsg.), »Ich bin die deutsche Redlichkeit«. Letters of Christiane Mariane von Ziegler to Johann Ernst Philippi, in: Daphne. Zeitschrift für Mittlere Deutsche Literatur und Kultur der Frühen Neuzeit (1400–1750), 29 (2000) 1–2, S. 307–354, hier S. 331.



**NEUBER, FRIEDERICA CAROLINA** (1697–1760)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Französisch

**Werke:** Dramen: Ein deutsches Vorspiel. 1734. Die von der Weisheit wider die Unwissenheit beschützte Schauspielkunst. 1736. Die Verehrung der Vollkommenheit durch die gebesserten deutschen Schauspiele. 1737. Der alte und der neue Geschmack. 1737 (nicht überliefert). Der allerkostbarste Schatz. 1741 (nicht überliefert). Die Herbst-freude/ ein erdichtetes Teutsches Lustspiel an dem glorreichen allerhöchsten Namens-Feste Maria Theresia, Ihro Römisch-kaiserl. [...] Majestät etc. Wien 1753

**Biographische Daten:** *Vater:* Daniel Weißenborn, Advokat in Reichenbach/Vogtland. *Mutter:* Anna Rosine Wilhelm

**Kurzbiographie:** Friederica Carolina Weißenborn erhielt durch ihren Vater eine fundierte Ausbildung, wurde allerdings auch so von ihm misshandelt, dass sie als Jugendliche drei Fluchtversuche unternahm, deren letzter glückte und in die Heirat mit Johann Neuber mündete. Nach einigen Jahren in verschiedenen Komödiantengesellschaften gründet das Paar eine eigene Truppe, die ab 1727 beginnt, in Leipzig mit Johann Christoph Gottsched zusammenzuarbeiten. Auf der Bühne der Neuberin werden klassizistische und Stücke der Leipziger Aufklärer aufgeführt, daneben auch eigene, aufklärerischen Intentionen entsprechende Stücke der Neuberin (die »Vertreibung des Hanswursts« in »Der alte und neue Geschmack«, 1737). Als Prinzipalin versuchte sie mehrfach, sich feste Bühnen einzurichten, wurde aber immer wieder von Konkurrenten (früheren Mitgliedern ihrer eigenen Truppe) verdrängt. Darüber hinaus geriet sie über aufführungstechnische Fragen mit Gottsched in Streit. Diese Umstände in ihrer Gesamtheit führten schließlich 1750 zur Auflösung der Neuberschen Gesellschaft. Die Neuberin selbst starb verarmt während des Siebenjährigen Krieges in Laubegast bei Dresden.

**Quellen:** Zedler 24, Sp. 18–20. Friedrich Siegmund Meyer: Probe eines Helden-Gedichts in acht Büchern, Welches künftigt alle 14 Tage Gesang-weise herausgegeben werden soll, und welches den Titel führet: Leben und Thaten Der Weltberüchtigten und besten Comödiantin unsrer Zeit, nemlich Der Hoch-Edlen und Tugend-begabten Frauen, Frauen Friderica Carolina Neuberin [...]. Zwickau 1743–1744.

**Literatur:** Bärbel Rudin und Marion Schulz (Hrsg.), Friederike Caroline Neuber. Das Lebenswerk der Bühnenreformerin. Poetische Urkunden. 1. und 2. Teil (Schriften des Neuberin-Museums, 1 + 8), Reichenbach i. V., 1997, 2002.

**OTTO-PETERS, LOUISE** (1819–1895)

**Kenntnisgebiete:** Pädagogik, Recht

**Werke:** 1849–1852 Herausgabe der »Frauenzeitung für höhere weibliche Interessen«, ab 1855 Herausgabe der Frauenzeitschrift »Neue Bahnen«

**Biographische Daten:** *Ehe:* 1858 mit August Peters, Journalist und Schriftsteller in Leipzig

**Kurzbiographie:** Nach einem ersten Gedichtband und dem 1846 erschienenen Roman »Schloss und Fabrik« widmete sie sich vorwiegend der publizistischen Arbeit, in der sie sich vor allem mit der rechtlichen und politischen Stellung der Frauen in ihrer Zeit auseinandersetzte. Sie war mit Auguste Schmidt und Henriette Goldschmidt Begründerin des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins, dessen Präsidentin sie 1875–1892 war.

**Literatur:** Gerlinde Kämmerer, Louise Otto-Peters (1819–1895), in: Gerlinde Kämmerer und Anett Pilz (Hrsg.), *Leipziger Frauengeschichten. Ein historischer Stadtrundgang*, Leipzig 1995, S. 112–114. Johanna Ludwig (Hrsg.), *George Sand und Louise Otto-Peters. Reden und Vorträge zur Tagung am 23./24. April 2004 anlässlich des 200. Geburtstages von George Sand*, Leipzig 2005. Johanna Ludwig und Gerlinde Kämmerer (Hrsg. im Auftrag der Louise-Otto-Peters-Gesellschaft e.V. Leipzig), *Louise Ottos Frauen-Zeitung im Kontext von Frauenpresse und Frauenbewegung. Berichte vom 17. Louise-Otto-Peters Tag 2009*, Leipzig 2010. *Louise-Otto-Peters-Jahrbuch III/2009*, Beucha 2010.

**PFITZER, REGINA MARIA** (1687– nach 1724)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Historie, Moral, Theologie

**Werke:** geistliche Kantaten (vertont von Melchior Hoffmann), galante Poesie. Heldenbrief in: [Georg Christian Lehms], *Helden-Liebe der Schrifft Alten und Neuen Testaments Zweyter Teil* [...] ausgearbeitet nach der Art Hrn. Heinr[ich] Anselm von Ziegler und Kliphausen, Leipzig 1721, S. 168–170 (im Text nicht kenntlich, aber verifiziert in der Vorrede)

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann Jacob Pfitzer (geb. 1659), Leipziger Kaufmann. *Mutter:* Anna Barbara, geb. Brummer

*Ehe:* 1719 mit Augustus Stockmann, Pfarrer

**Kurzbiographie:** Die Pfitzerin war die Tochter des wohlhabenden Leipziger Kaufmanns Johann Jacob Pfitzer (geb. 1659); sie war mütterlicherseits weitläufig verwandt mit Christiana Mariana von Ziegler. Durch ihre Familie war sie über Patenschaften mit der Leipziger Führungsschicht ebenso verbunden wie mit mitteldeutschen Musikern, so dass neben dem von Lehms erwähnten Melchior Hoffmann auch andere Komponisten Texte von ihr vertont haben könnten. 1719 heiratete die 22-Jährige den Pfarrer und Schulinspektor August Stockmann, der bereits 1723 starb. Einem Aktenfund zufolge scheint sie danach nach Eisenach verzogen zu sein. Ihre Bekanntheit als Dichterin erlangte sie bereits vor ihrer Ehe in Leipzig. Die durch Lehms zugänglich gemachten Texte im Lexikon ebenso wie die Heldenbriefe sind zur galanten Poesie zu rechnen; die von Melchior Hoffmann vertonten Kantaten gehören zur geistlichen Dichtung; Merkmale der gelehrten Dichtung tragen diese Texte nicht.

**Quellen:** Corvinus, S. 1375 f., Lehms, S. 145–155, Zedler 27, Sp. 1444.

**Literatur:** Maul 1, S. 568–570 und S. 572–574.

**PFLAUME, ANNA MARIA, geb. Marci** (um 1690)

**Kenntnisgebiet:** Poesie

**Werke:** Thränen- und Trost-Quelle bestehend in geistlichen Liedern/ andächtigen Seuffzern/ und Biblischen Sprüchen etc., 1689 (nicht nachweisbar)

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann Christoph Marci (gest. 1672), Appellationsrat und Assessor am Schöppenstuhl, Jurist

*Ehe:* 1671 mit Johann Caspar Pflaume, Stadtrichter in Leipzig<sup>83</sup>, Jurist (gest. 1689)

**Verzeichnisse:** Juncker, S. 59, Neumeister, S. 80, Paullini, S. 118 f., Eberti, S. 280, Corvinus, 1478, Lehms, S. 156, Zedler 28, Sp. 1584 f., Jöcher 3, Sp. 1497, Finauer, S. 166.

**Literatur:** Maul 1, S. 567.

83 Zur überlieferten Angabe, der Name ihres Ehemannes sei Christoph Pflaume, s. Maul, S. 567.

**PLITZ, JOHANNA MARIA** (geb. 1684) oder **Johanna Magdalena** (geb. 1677)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Musik

**Biographische Daten:** *Vater:* Stephan Plitz. *Mutter:* geb. Egger

**Quellen:** Lehms, S. 156 f.

**Literatur:** Maul 1, S. 569 f.

**RECHENBERG, SUSANNA CATHARINA**

**Kenntnisgebiete:** Religion, Geschichte, Mathematik

**Biographische Daten:** *Vater:* Philipp Jacob Spener (1635–1705), Theologe

*Ehe:* mit Adam Rechenberg (1642–1721), Leipziger Theologieprofessor; zwei Söhne; Carl Otto Rechenberg (1689–1751), Leipziger Jurist, den sie unterrichtete

**Kurzbiographie:** Zedler (30, Sp. 1292) führt folgendes aus: »[Carl Otto Rechenbergs] Mutter, Susanne Catharine, eine Tochter des hocherleuchteten Gottesgelehrten, Philipp Jacob Speners, war eine der gottseligsten, vernünftigsten und gelehrtesten Frauenzimmer ihrer Zeit [...] Sie trug eine ganz ausserordentliche Sorgfalt vor seine Erziehung, und unterrichtete ihn in denen ersten Grundsätzen des Christenthums, der Geschichte, des Schreibens und Rechnens.«

**Literatur:** Döring, S. 646.

**RECKE, ELISABETH CHARLOTTE CONSTANTIA VON DER** (1754–1833)

**Kenntnisgebiete:** geistliche Poesie, Schriftstellerin

**Werke:** Nachricht von des berühmigten Cagliostro Aufenthalte in Mitau im Jahre 1779 und dessen dortigen magischen Operationen, Berlin, Nicolai, 1787. Etwas über des Herrn Oberhofpredigers Johann August Stark Vertheidigungsschrift |nebst einigen andern nöthigen Erläuterungen, Berlin, Nicolai, 1788. Elisens und Sophiens Gedichte, Berlin, Vieweg 1790. Tagebuch einer Reise durch einen Theil Deutschlands und durch Italien, in den Jahren 1804 bis 1806, Berlin, Nicolai. Geistliche Lieder, Gebete und religiöse Betrachtungen, Leipzig, Teubner 1833

**Biographische Daten:** *Vater:* Friedrich von Medem. *Mutter:* Louise Dorothea von Korff

*Ehe:* 1771 mit Georg von der Recke (1781 geschieden)

**Kurzbiographie:** Sie erhielt nach dem frühen Tod ihrer Mutter im Haushalt ihrer Großmutter kaum Bildung, da ihr sogar das Lesen verboten wurde. Mit 17 Jahren ging sie eine Konvenienzehe mit Georg von der Recke ein, die nach zehn Jahren geschieden wurde. Durch ihre Cagliostro-Schrift erwarb sie sich das Wohlwollen Katharinas II. von Russland, die sie mit einer Rente finanziell unabhängig machte. Diese Unabhängigkeit nutzte von der Recke, um durch Europa zu reisen und mit dessen intellektueller Elite persönliche Bekanntschaft zu schließen. Geographischer Mittelpunkt ihres Lebens wurde ab etwa 1800 Dresden.

**Literatur:** Adelheid Müller, »Die Frau Kammerherrin von Recke wird Berlin passieren und wünscht Sie zu kennen« oder: Preußen sind Menschen. In: Iwan-Michelangelo D'Aprile (Hrsg.), Europäische Ansichten. Brandenburg-Preußen um 1800 in der Wahrnehmung europäischer Reisender und Zuwanderer (Aufklärung und Europa. Schriftenreihe des Forschungszentrums Europäische Aufklärung e.V. Bd. 17), Berlin 2004, S. 113–140. Gerhart Söhn, Frauen der Aufklärung und Romantik, Gruppello, Düsseldorf 1998, S. 64–71.

**REISKE, ERNESTINE CHRISTINE** (1735–1798)

**Kenntnisgebiete:** Philologie; Sprachen: Latein, Griechisch, Französisch, Englisch

**Werke:** selbstständige Editionen und Ausgaben aus dem Nachlass J. J. Reiskes, Übersetzungen und psychologische Artikel. Eine Rede des Libanius, Zum erstenmale aus einer Handschrift der Churfl. Bibliothek zu München abgedruckt, Leipzig, bey Wilhelm Gottlob Sommer, 1775. Hellas, Mitau, Hinz, 1778. Zur Moral. Aus dem Griech. übers. von Ernestine Christine Reiske, Leipzig, Buchh. der Gelehrten, 1782. An das Publicum [Ehrenrettung ihres Gatten Johann Jacob Reiske gegen Johann David Michaelis], [Jena, Leipzig 1786].

**Biographische Daten:** *Vater:* August Müller, Probst und Superintendent der Diözese Kemberg. *Mutter:* Eleonore Christine von Nitzsch

*Ehe:* 1764 mit Johann Jacob Reiske, Altphilologe und Arabist in Leipzig

**Kurzbiographie:** Ernestine Christine Müller wurde durch beide Eltern und den Bruder in verschiedenen Wissenschaften (Geographie, Geschichte, Philosophie) unterrichtet. 1755 begleitete sie ihren Bruder Gottlieb nach Leipzig, der hier in die Gesellschaft der freien Künste und Wissenschaften aufgenommen wurde. Bei dieser Gelegenheit lernte sie Johann Jacob Reiske kennen, der ihre Neigung zu den Wissenschaften schätzte. Den daraufhin begonnenen Briefwechsel brach Ernestine Christine Müller nach einem Heiratsantrag Reiskes ab, da sie ihre Selbstständigkeit nicht aufgeben wollte. Seit dem Tod ihres Vaters 1749 verdiente sie gemeinsam mit ihrer Mutter ihren Lebensunterhalt durch Näharbeiten; erst nach zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten durch den Siebenjährigen Krieg nahm sie einen zweiten Antrag Reiskes 1764 an. Auch sie wurde zur gelehrten »Gehilfin« ihres Mannes: Sie lernte alte und neue Sprachen, fertigte Abschriften und Übersetzungen an, half ihm bei Druckvorbereitungen. Die Reiskin schildert ihre Zusammenarbeit mit ihrem Mann in ihrer Fortsetzung seiner »Lebensgeschichte« detailliert: »Wir collationierten also diesen Codex [des Demosthenes, d. V.], und alle, die wir nachher zur Ausgabe der griechischen Redner erhielten, auf diese Weise, dass ich ihm das gedruckte Werk vorlas. Die aus allen gesammelten Varianten brachte ich hernach, nebst meines Freundes Anmerkungen, in gehörige Ordnung. Auch las ich ihm, wenn er nachher den Correcturbogen vor sich hatte, allzeit das dazu gehörige Stück, aus der Edition, vor, von welcher es abgedruckt ward, damit kein Wort im Drucke wegbleiben konnte.« (ebd., S. 93, Anm.). Reiske würdigte ihre Arbeit in der Gelehrtenrepublik öffentlich, indem er sich in der Vorrede seiner Ausgabe griechischer Redner öffentlich ausdrücklich bei ihr bedankte.<sup>84</sup> Reiske sorgte für die finanzielle Versorgung seiner Frau nach seinem Tode; als er 1774 starb, konnte sie so selbstständig seine begonnenen Buchausgaben weiterführen und besorgte weitere philologische Ausgaben aus dem Nachlass, die sie mit wissenschaftlichen Anforderungen genügenden Vorworten versah.<sup>85</sup> Schließlich agierte sie erfolgreich als Geschäftsfrau mit dem Verlag seiner Werke. Die Unerfülltheit ihrer Liebe zu Gotthold Ephraim Lessing stürzte sie nach dem Tod ihres Mannes in eine schwere Lebenskrise; sie ging 1780 nach Dresden, lernte dort den Studenten Christoph Moritz von Egidy kennen, mit dem sie für einige Jahre auf einem Klostergut bei Braunschweig lebte und sich dort mit Landwirtschaft und Seidenraupenzucht beschäftigte, ohne ihre Verlegertätigkeit aufzugeben. Nach Egidys Heirat mit einer anderen Frau blieb sie noch einige Jahre in Braunschweig und kehrte schließlich zurück in ihre Heimatstadt Kemberg, wo sie 1798 starb.

<sup>84</sup> Johann Jacob Reiske, *Oratores Graeci*, Leipzig 1770–75, Vorrede, unpag.

<sup>85</sup> Vgl. ebd., S. 165–167.

**Quellen:** D. Johann Jacob Reiskens von ihm selbst aufgesetzte Lebensbeschreibung. Leipzig 1783.

**Verzeichnisse:** Meusel 11, S. 189–192), Harless, S. 224 f.

**Literatur:** Anke Bennholdt-Thomsen, Alfredo Guzzoni (Hrsg.), Ernestine Christine Reiske, Ausgewählte Briefe, St. Ingbert 1992. Anke Bennholdt-Thomsen, Alfredo Guzzoni, Gelehrsamkeit und Leidenschaft. Das Leben der Ernestine Christine Reiske 1735–1798, München 1992.

**RICHTER, AUGUSTA GETRUD, geb. Leidenfrost**

**Kenntnisgebiete:** Poesie, gelehrte Schriften

**Biographische Daten:** *Vater:* August Leidenfrost, kursächsischer Hof- und Justizrat (1671?–1733). *Mutter:* Maria Gertraude Leidenfrost

*Ehe:* 1740 mit George Friedrich Richter (1691–1742), Prof. ao. der Mathematik, Professor der Moral und Politik, ein Sohn

**Quellen:** Zedler 31, Sp. 1336.

**Literatur:** Döring, S. 646.

**RIVINUS, CLARA ELISABETH, geb. Rivinus** (1686– nach 1704)

**Kenntnisgebiet:** Hebräisch

**Biographische Daten:** *Vater:* Tilemann Andreas Rivinus (1654–1692), Professor der hebräischen Sprache. *Mutter:* Clara Elisabeth Packbusch (1668–1700), Tochter des Assessors am Konsistorium Christian Packbusch

*Ehe:* 1704 mit Johann Florens Rivinus, Jurist

**SCHMIDT, AUGUSTE** (1833–1902)

**Kenntnisgebiete:** Pädagogik, Literatur, Geschichte

**Kurzbiographie:** Nach ihrem Examen als Lehrerin für Literatur und Geschichte zog die gebürtige Breslauerin 1863 nach Leipzig, wo sie an verschiedenen Mädchenbildungsinstituten unterrichtete, bis sie schließlich die Leitung des Steyberschen Erziehungsinstituts übernahm. Sie gründete mit Henriette Goldschmidt und Louise Otto-Peters 1865 den Allgemeinen Deutschen Frauenverein, für den sie zahlreiche Petitionen verfasste, in denen sie sich vor allem für die bessere Ausbildung von Mädchen und Frauen einsetzte.

**Literatur:** Manfred Leyh, Das Auguste-Schmidt-Haus, in: Gerlinde Kämmerer und Anett Pilz (Hrsg.), Leipziger Frauengeschichten. Ein historischer Stadtrundgang, Leipzig 1995, S. 140 f. Johanna Ludwig (Hrsg.), Leben ist Streben – das erste Auguste-Schmidt-Buch. Reden, Vorträge und Dokumente der Ehrungen zum 100. Todestag der Pädagogin, Publizistin und Frauenrechtlerin Auguste Schmidt am 10./11. Juni 2002 in Leipzig, Leipzig 2003.

**SCHUBART, BARBARA ELISABETH** (um 1674–1695)

**Kenntnisgebiet:** Poesie

**Werke:** Jesum liebender Tugend-Seelen geistliche Hertzens-Zufriedenheit, Leipzig 1674 und Nürnberg 1687, 1699 und 1716. Die Höchst-nützliche Creutzes-Probe der Gläubigen Kinder Gottes in allerhand Zufällen vor ein jedes Anliegen in Geist-eifferigen Gebeten, Hertz-brechen-

den Schluß-Reimen und Andachtvollen Liedern, wie auch heilsamen Betrachtungen bestehend, Nürnberg 1695

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann Schubart, sächsischer Amts-Schösser zu Düben

**Verzeichnisse:** Juncker, S. 68, Paullini, S. 133, Eberti, S. 314 f., Corvinus, S. 1777, Zedler 35, Sp. 1291.

**SCHWENDENDOERFFER, ANNA MARIA** (nach 1608– gest. 1637)<sup>86</sup>

**Kenntnisgebiet:** Poesie

**Werke:** Annen Marien geborner Schwendendorfferin Andächtige Hertzen Seuffzer/ Durch die gantze Bibel ausgezeichnet: Nebenst andern andächtigen Gebetlein und Christlichen Liedern / zu ihrer täglichen Übung wahrer Gottesfurcht/ in ein schmeidiges Büchlein zusammen bracht/ Leipzig, Ritzsch, 1637 [drei Auflagen]

**Biographische Daten:** *Vater:* Leonhard Schwendendorffer (1585–1652), Bürgermeister in Leipzig, sächsischer Rat, Assessor des Schöppenstuhls und Vorsteher von St. Nicolai. *Mutter:* Rosina Lebzelter (gest. 1618)

**Verzeichnisse:** Paullini, S. 143, Eberti, S. 327, Corvinus, S. 1826, Zedler 36, Sp. 394, Jöcher 4, Sp. 415, Will.

**Quellen:** Henning Witte, *Diarium Biographicum* 2 (1673), S. 106. Johann Hülsemann, *Regenten Angst / und Regenten Trost / Bey Ansehnlicher / Christlichen Leichenbestattung [...] Leonhardi Schwendendorffers [...]*, Leipzig 1652.

**STEGER, ELISABETH** (1665–1686)

**Kenntnisgebiet:** Sprachen

**Biographische Daten:** *Vater:* Adrian Steger (1623–1700). *Mutter:* Elisabeth Meyer (gest. 1676)

**Literatur:** Schmotz, S. 173.

**STEYBER, OTTILIE VON** (1804–1870)

**Kenntnisgebiet:** Pädagogik

**Biographische Daten:** *Vater:* von Steyber, sächsischer Offizier in Luckau (Niederlausitz)

**Kurzbiographie:** Durch den frühen Tod des Vaters in Existenznot geraten, gab Ottilies Mutter das Mädchen zu einer befreundeten, wohlhabenden Familie in Wurzen, wo es bis zum Tod der Pflegeeltern blieb. 1842 kam sie als Erzieherin der Töchter in die Familie des Leipziger Verlegers Friedrich Brockhaus. Aus dieser Erfahrung heraus gründete sie 1848 das Steybersche Erziehungsinstitut als Höhere Mädchenschule (bis zur 10. Klasse) und Pensionat, dem ein Seminar für die Ausbildung als Lehrerin angegliedert war und blieb 23 Jahre lang Schulvorsteherin. 1865 war sie an der Gründung des Frauenbildungsvereins beteiligt und arbeitete mit Louise Otto-Peters zusammen. Seit 1862 war auch Auguste Schmidt Lehrerin am Steyberschen Institut, die das Amt der Schulvorsteherin nach Ottilie von Steybers Tod 1870 übernahm.

86 Die Verzeichnisse geben zumeist das Todesjahr mit vertauschten Ziffern an; richtig ist 1637, wie die Leichenpredigt für den Vater angibt (Johann Hülsemann, *Regentenangst und Regententrost Bey Ansehnlicher Christlichen Leichenbestattung [...] Leonhardi Schwendendorffers ...* Leipzig 1652; vgl. auch Georg Andr. Will, *Nürnbergisches Gelehrtenlexicon*, 1757). Die Tatsache, daß Anna Maria die Tochter Leonhard Schwendendorffers und nicht etwa Georg Tobias', wie die ADB vermerkt, ist, wird durch die Leichenpredigt bestätigt.



**Literatur:** Astrid Franzke, Otilie von Steyber (1804–1870). Erzieherin in der Familie Brockhaus und Schulpflegerin, in: Louise-Otto-Peters-Gesellschaft (Hrsg.), Leipziger Lerchen. Frauen erinnern, Folge 1, Beucha 1999, S. 10–14.

**VOLCKMANN, ANNE HELENE, geb. Wolffermann** (1695– nach 1768)

**Kenntnisgebiet:** Poesie

**Werke:** Die Erstlinge Unvollkommener Gedichte, Durch welche Hohen Personen ihre Unterthänigkeit, Freunden und Freundinnen ihre Ergebenheit, vergnügten Seelen ihre Freude, und Betrübnis ihr Mitleiden gezeigt, sich selbst aber Bey ihren Wirthschafts-Nebenstunden eine Gemüths-Ergötzung gemacht, Leipzig, bey Christoph Gottlieb Nicolai, 1736. Die Erstlinge Geistlicher und Moralischer Gedichte, Oder Die Sprüche Salomonis in gebundenen Worten. Breslau 1751. Verschiedene Gedancken über die ungegründete Hoffnung vieler Eltern, welche sie bey der Geburth ihrer Kinder hegen, 1751. Lob der guten, schönen und nützlichen Bücher, 1751. Lob der ergötzenden und preißwürdigen Kunst der Malerey, 1751. Die wollüstigen Gemähle und verliebten Bücher, als eine Ursache vieler im Schwange gehenden Sünden, 1751. Gedancken über den Laster-vollen und viel Böses würckenden Müßiggang, 1751. Die Liebe zu Gottes Wort und seinem heiligen Tempel, als etwas Seelen-erspüßliches, und die Verachtung desselben, als was Schändliches und Strafbares, 1751. Die rechte Sterbe-Kunst, und tägliche Todes-Erinnerung, als das gröste und Seelen-nützlichste Werck eines vernünftigen und wahren Christen, 1751

**Biographische Daten:** *Vater:* Melchior Wolffermann (gest. 1716), Hutmacher aus Leipzig

*Ehe:* 1725 mit Gottlob Israel Volckmann, Dr. med., Physicus in Wohlau, Schlesien

**Kurzbiographie:** Nach dem frühen Tod ihres Vaters wurde sie zusammen mit einer Schwester zu ihrem Paten, dem Pfarrer Melle in Selben bei Delitzsch, gegeben, der sie in der christlichen Religion unterwies und sie mit dem klassischen Altertum bekannt macht. Später ging sie für einige Zeit als Hoffräulein an den Hof der Fürstin Hedwig Eleonore, verh. von Sachsen-Zörbig (1666–1735), die seit 1715 verwitwet war, und ihrer Tochter Karoline Auguste (1691–1743). Nach ihrer Heirat mit G. I. Volckmann folgte sie ihm nach Schlesien, wo sie neben ihrer Mithilfe in der Arztpraxis ihres Mannes einige Zeit fand, sich ihrer Dichtung zu widmen. Sie starb kinderlos nach mehrjähriger Witwenschaft.

**Quellen:** Zedler 50, Sp. 395 f. Gelehrte Neuigkeiten Schlesiens, (Schweidnitz) 1736, S. 74–76. Gelehrte Neuigkeiten Schlesiens, (Schweidnitz) 1738, S. 129–131. Gelehrte Neuigkeiten Schlesiens, (Schweidnitz) 1740, S. 328–331, 423–426. Gelehrte Neuigkeiten Schlesiens, (Schweidnitz) 1741, S. 34–41, 93, 551, 553.

**Literatur:** Gustav Wustmann: Eine Leipzigerin unter den deutschen Dichtern, in: ders.: Aus Leipzigs Vergangenheit. N.F. Leipzig 1898, S. 157–176. Friderun Bodeit, Anna Helena Volckmann geborene Wolffermann (1695– nach 1768), in: Gerlinde Kämmerer und Anett Pilz (Hrsg.), Leipziger Frauengeschichten. Ein historischer Stadtrundgang, Leipzig 1995, S. 91–95.

**WINCKLER, JOHANNA CHRISTINA** (vor 1706–1749)

**Kenntnisgebiet:** Experimentalphysik

**Biographische Daten:** *Vater:* Christoph Beerbaum (gest. 1706), Schneider in Leipzig. *Mutter:* Johanne Christine Hartung (gest. 1723)



*Ehe*: 1731 mit Johann Heinrich Winckler (1703–1770), mehrfacher Rektor der Universität Leipzig sowie Dekan der Philologischen Fakultät

**Kurzbiographie:** Nach dem frühen Tod der Eltern übernahm Johanna Christina Hartung die Haushaltung ihres Großvaters August Hartung, bis dieser 1730 ebenfalls starb. Durch die Erfahrung dieser aufeinander folgenden Schicksalsschläge mit der damit verbundenen Unsicherheit ihres Lebensunterhalts erwuchs in dem Mädchen eine bleibende Sorge um ihre finanzielle Absicherung. Diese wurde ihr erst durch ihre Heirat mit Johann Heinrich Winckler (1703–1770) 1731 genommen, der Professor der griechischen und lateinischen Sprache an der Leipziger Universität wurde. Auch wenn sie im Zedler nicht als Gelehrte oder Assistentin ihres Mannes erwähnt wird, sondern nur in ihrer Eigenschaft als Ehefrau (Winckler habe sie geheiratet, damit ihn die Sorgen der Haushaltung nicht vom Studieren abhielten<sup>87</sup>), ist sie ein interessantes Beispiel für wissenschaftliche Arbeit einer Frau. In der Lebensbeschreibung seiner Gattin, die er nach ihrem Tode drucken ließ, schreibt er, sie sei in seinem Spezialgebiet, der Elektrizitätsforschung, »zu einer völligen Erkenntniß derselben gekommen. Wollte manchmal eine electricische Wirkung nicht erfolgen: so merkte sie leicht, was entweder bey der Veranstaltung fehlte, oder hinderlich war. Hiernächst war sie darinnen glücklich, daß öfters ein Versuch, welchen ich, nach einer erhaltenen Beschreibung, nachmachen wollte, ihr eher gelang, als mir selber.«<sup>88</sup> In der Lebensbeschreibung hob er ihren Status als seine wertgeschätzte Gehilfin sowie ihre Wissbegierde und ihre Kenntnisse in den Wissenschaften hervor. Zwar ist die Wincklerin wohl nicht als gelehrte Frau zu bezeichnen, da sie die entsprechenden Kriterien allein der Sprachenkenntnis, aber auch eigener Veröffentlichungen und vor allem der Anerkennung als Gelehrte durch andere Mitglieder der *Res publica litteraria* nicht erfüllt und sie in Verzeichnissen gelehrter Frauen nicht vorkommt, doch betont Winckler ihren Verstand und ihre Wissbegier: »Sie war von Natur munter und vergnügt; und besaß die Fähigkeit, Sachen des Verstandes leicht zu begreifen; und ward von einer beständigen Begierde getrieben, von denen Dingen, die entweder zum Nutzen des Lebens, oder zum Vergnügen der Seele gereichen, eine gehörige Kenntniß zu erlangen.«<sup>89</sup>

**Quellen:** Schriftliches Denkmaal, Welches Seiner Eheliubsten, Frauen Johannen Christinen Berberbauminn, Das Jahr nach ihrem Tode 1749 den 25. Julii aus Schuldigkeit und Liebe stiftet Johann Heinrich Winkler, Leipzig.

**ZEHM, JOHANNA MAGDALENA** (1678– nach 1731)

**Kenntnisgebiete:** Musik, Poesie

**Werke:** galante Poesie

**Biographische Daten:** *Vater:* Johann Zehm, Advokat und Notar in Leipzig. *Mutter:* Anna Catharina, geb. Fischer

**Kurzbiographie:** Vor 1706 trat sie in den Dienst Christiana Sibyllas von Dieskau, Ehefrau Carl Hildebrands von Dieskau auf Knauthain, die sie so sehr schätzte, dass sie sie in ihrem Testament mit einer umfangreichen Gabe bedachte. Außerdem stellt Lehms ihre Beliebtheit am Dresdner Hof, vermutlich als Sängerin, heraus (besonders bei Aurora von Königsmarck). Darüber hinaus wurde sie als Arien- und Kantatendichterin bekannt.

<sup>87</sup> Zedler, Band 57/Sp. 568 f.

<sup>88</sup> Winckler, Schriftliches Denkmaal, unpag.

<sup>89</sup> Ebd.

**Quellen:** Lehms, S. 282–285.

**Literatur:** Maul 1, S. 570–572 und 575–577.

**ZIEGLER, CHRISTIANA MARIANA** (1695–1760)

**Kenntnisgebiete:** Poesie, Moralphilosophie, Französisch; Salonière

**Werke:** Versuch in gebundener Schreib-Art, Leipzig, Braun, 1728. Versuch in gebundener Schreib-Art. Anderer und letzter Theil, Leipzig, Braun, 1729. Moralische und Vermischte Send-Schreiben, Leipzig 1731. Der Mad. Scudéry Scharfsinnige Unterredungen, Leipzig 1735. Vermischete Schriften in gebundener und ungebundener Rede, Göttingen 1739. Einzelpublikationen in den »Schriften der Deutschen Gesellschaft«

**Biographische Daten:** *Vater:* Franz Conrad Romanus (1671–1746), kurfürstlich-sächsischer Appellationsrat, Bürgermeister in Leipzig. *Mutter:* Christiana Maria Brummer (1674–1739)

*Ehen:* 1. 1711 mit Heinrich Levin von Könitz (1687–1712), 2. 1715 mit Georg Christoph von Ziegler (gest. 1722), 3. 1741 mit Wolf Balthasar Adolph von Steinwehr (1704–1771)

**Kurzbiographie:** Christiana Mariana Romanus wurde am 29. Juni 1695 (die Taufe fand am 30. Juni statt) in Leipzig als erste Tochter Franz Conrad Romanus' (1671–1746) und Christiana Maria Brummers (1674–1739) geboren. Christiana Mariana Romanus' Vater wurde 1701 zum »kurfürstlich-sächsischen Appellationsrat ernannt und im selben Jahr auf Anordnung des Kurfürsten zum Bürgermeister der Stadt Leipzig gewählt«<sup>90</sup>; er verlor dieses Amt jedoch 1705 unter dem Vorwurf der »Veruntreuung von Geldern«. Er blieb bis zu seinem Tode in der Festung Königsstein inhaftiert.<sup>91</sup> Trotzdem blieb nach Schneider das Ansehen der Familie in Leipzig gewahrt; auch den ehrlichen Ruf Christiana Mariana Romanus' kann ihrer Meinung nach der Vorfall nicht geschädigt haben, da die Ehe mit dem Niederadligen Heinrich Levin von Könitz zustande kam.<sup>92</sup> 1712 wurde die erste Tochter, Johanna Mariana Henrietta, geboren. Im gleichen Jahr starb Könitz jedoch. Eine erneute Heirat schloss sich 1715 an, mit Georg Christoph von Ziegler; auch er stammte aus dem niederen Adel. Auf dem Gut Eckartsleben wurde die zweite Tochter Carolina Augusta Louisa 1716 geboren. Aufgrund einer Arretierung ihres Ehemannes kehrte die Zieglerin nach Leipzig zurück ins Elternhaus. Unter ungeklärten Umständen starben 1722 sowohl Georg Christoph von Ziegler als auch die beiden Kinder. Der Witwenstand und ihre finanzielle Absicherung erlaubten der Zieglerin nun das Führen eines Salons, in dessen Rahmen ihr der Umgang mit Gelehrten leicht möglich war.

Nach den ersten Publikationen wurde sie 1730 in die Deutsche Gesellschaft aufgenommen, 1733 erfolgte die Dichterkrönung. 1741 heiratete von Ziegler ein drittes Mal, nun Wolf Balthasar Adolph von Steinwehr (1704–1771), der einen »Ruf als Professor der Geschichte und des Natur- und Völkerrechts«<sup>93</sup> an die »Viadrina« erhalten hatte, und ging mit ihm nach Frankfurt/Oder. Hier veröffentlichte sie nur noch eine Übersetzung, obwohl sie noch fast 20 Jahre, bis zum 1. Mai 1760, lebte. Die Veröffentlichungen der Zieglerin entsprachen den Regeln der gelehrten Dichtkunst ihrer Zeit. Auch durch ihre Korrespondenz mit anderen Gelehrten und durch ihre

90 Susanne Schneider: Lebensgeschichte und literarisches Werk als Wechselbeziehung. Zur Frage des Geschlechts in den Texten der Dichterin Christiana Mariana von Ziegler (Magisterarbeit, unveröffentlicht), 1997, S. 141.

91 Ebd., S. 73–77.

92 Ebd., S. 79.

93 Ebd., S. 142.

Mitgliedschaft in der gelehrten »Deutschen Gesellschaft in Leipzig« wies sie sich als gelehrte Frau aus. Die höchste Anerkennung ihrer Gelehrsamkeit erhielt sie mit der Krönung zum *poeta laureatus* 1733 durch die Universität Wittenberg. Das Besondere ihrer sozialen Stellung ist während der Zeit ihrer gelehrten Tätigkeit ihr Status als Witwe, jenseits der Vormundschaft durch Vater oder Ehemann. Somit ähnelt ihr Fall weder dem der gelehrten Töchter, die als Jugendliche und meist vor der Ehe Berühmtheit erlangten und zumeist keine eigenen Werke verfassten, noch dem der »Gehilfinnen« ihrer Männer, deren Ausbildung durch diese erst vervollkommen wurde. Durch die Führung eines Salons hebt sie sich auch von der bürgerlichen Gelehrsamkeit ihrer Zeit ab.

**Quellen:** Lamprecht, Jacob Friedrich, Sammlung der Schriften und Gedichte welche auf die Poetische Krönung Der Hochwohlgebohrnen Frauen, Frauen Christianen Marianen von Ziegler gebohrnen Romanus, verfertigt worden, Leipzig, Breitkopf 1734. Gelehrte Neuigkeiten Schlesiens, 1740, S. 371 f. ([?] Lindener aus Hirschberg, Lobgedicht »Auf das Bildniß der Zieglerin«.

**Verzeichnisse:** Finauer, S. 225.

**Literatur:** Susanne Schneider, Christiana Mariana von Ziegler, in: Kerstin Merkel und Heide Wunder (Hrsg.), Deutsche Frauen der Frühen Neuzeit. Dichterinnen, Malerinnen, Mäzeninnen, Darmstadt 2000, S. 139–152 (darin Verzeichnis weiterer Literatur). Theresa Schmotz, Ein Leipziger Ehekonflikt um 1718 – die Poetin Christiana Mariana von Ziegler gegen den Hauptmann Georg Friedrich von Ziegler, in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e. V., Jahrbuch 2006, Beucha 2006, S. 125–156. Cornelia Caroline Köhler, Frauengelehrsamkeit im Leipzig der Frühaufklärung. Möglichkeiten und Grenzen am Fallbeispiel des Schmähschriftenprozesses im Zusammenhang mit der Dichterkrönung Christiana Mariana von Ziegler, Leipzig 2007.

**ZINZENDORFF, ERDMUTHE DOROTHEA VON (1700–1756)**

**Kenntnisgebiet:** Poesie

**Werke:** Geistliche Lieder in: »Christliches Gesang-Buch, der Evangelischen Brüdergemeinen, Herrnhut« (1735)

**Biographische Daten:** *Vater:* Heinrich der XXVIII. von Reuß-Ebersdorf (Vogtland)

*Ehe:* 1722 mit Nikolaus Ludwig von Zinzendorff

**Quelle:** Als Der Hoch-Gebohrne Graf und Herr, Herr Nicolaus Ludewig Graf und Herr von Zinzendorff und Pottendorff [...] Und [...] Gräfin Erdmuth Dorothea Reußen [...] Den 7. Septembr. 1722 Ihr Hohes Beylager vollzogen, Sollte Seine Wunsch- und Freuden-volle Gedanken [...] offeriren [...] Anton Henrich Walbaum, [o. O.] 1722.

## Kurztitelverzeichnis

CORVINUS: [Gottlieb Siegmund Corvinus], Nutzbares, galantes und curiöses Frauenzimmer-Lexicon [...], Leipzig 1715.

DÖRING: Detlef Döring, Anfänge der modernen Wissenschaften. Die Universität Leipzig vom Zeitalter der Aufklärung bis zur Universitätsreform. 1650–1830/31, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Bd. 1: Enno Bünz, Manfred Rudersdorf und Detlef Döring (Hrsg.), Spätes Mittelalter und Frühe Neuzeit 1409–1830/31, Leipzig 2009.

- EBERTI: Johann Caspar Eberti, *Eröffnetes Cabinet Deß Gelehrten Frauen-Zimmers*. Unveränderter Nachdruck der Ausgabe Frankfurt und Leipzig 1706, München 1986.
- FINAUER: Peter Paul Finauer, *Allgemeines Historisches Verzeichnis gelehrter Frauenzimmer*, München 1761.
- FRAWENLOB: Johann Frawenlob, *Die Lobwürdige Gesellschaft der Gelehrten Weiber/ Das ist: Kurtze/ Historische Beschreibung/ der fürnembsten gelehrten/ verständigen und Kunsterfahren Weibspersonen/ die in der Welt biß auff diese Zeit gelebet haben*, [o.O.] 1631.
- HARLESS: Christian Friedrich Harless, *Die Verdienste der Frauen um Naturwissenschaft, Gesundheits- und Heilkunde, so wie auch um Länder-, Völker- und Menschenkunde, von der ältesten Zeit bis auf die neueste*, Göttingen 1830.
- JÖCHER: Christian Gottlieb Jöcher, *Allgemeines Gelehrten-Lexicon*, Leipzig 1750/51.
- JUNCKER: Christian Juncker, *Centuria Foeminarum Eruditione & Scriptis illustrium [...]*, Leipzig 1692.
- LEHMS: Georg Christian Lehms, *Teuschlands Galante Poetinnen Mit Ihren sinnreichen und netten Proben*, Frkf./M. 1745.
- MAUL: Michael Maul, *Barockoper in Leipzig (1693–1720)*, 2 Bände, Freiburg i. Br. u. a. 2009.
- MEUSEL: Johann Georg Meusel, *Lexicon der vom Jahr 1750 bis 1800 verstorbenen Schriftsteller*, Leipzig 1811.
- NEUMEISTER: Erdmann Neumeister, *In Disputatione de Poetis & Poetricis Germanicis*, Leipzig 1695.
- OMEIS/HAENDEL: Magnus Daniel Omeis/Christoph Christian Haendel, *Dissertatio de eruditio Germaniae mulieribus*, Altdorf 1688.
- PASCH/PLANER: Johannes Pasch/Johann Andeas Planer, *Gynaeceum Doctum sive Dissertatio historico-literaria/ Vom gelehrten Frauenzimmer*, Wittenberg 1686.
- PAULLINI: Christian Franz Paullini, *Hoch- und Wohl-gelahrtes Teutsches FrauenZimmer, Abermahl durch Hinzusetzung unterschiedlicher Gelehrter/ Wie auch/ Etlicher Ausländischer Damen hin und wieder um ein merckliches vermehret*, Franckfurth und Leipzig 1712.
- SCHMOTZ: Theresa Schmotz, *Die Leipziger Professorenfamilien im 17. und 18. Jahrhundert – eine Studie über Herkunft, Vernetzung und Alltagsleben*, Leipzig 2009 (Manuskript, erscheint 2012 im Druck).
- WEISE: [Christian Weise], *Neu-vermehrter Politischer Nachtisch [...]/ Auch ist der/ Curiöse Anhang continuieret [...]*, Dresden 1690.
- WILL: Georg Andreas Will, *Nürnbergisches Gelehrten-Lexicon oder Beschreibung aller Nürnbergischen Gelehrten beyderley Geschlechtes nach Ihrem Leben, Verdiensten und Schrifftten zur Erweiterung der gelehrten Geschichtskunde und Verbesserung vieler darinnen vorgefallenen Fehler aus den besten Quellen in alphabetischer Ordnung verfasst*, Nürnberg und Altdorf 1755–1808.
- ZEDLER: *Grosses vollständiges Universal-Lexicon Aller Wissenschaften und Künste [...]*, Halle und Leipzig 1732–1754.

## Eberhard Heinrich Daniel Stoschs Aufzeichnungen über seinen Aufenthalt in Leipzig im Mai 1740

*Rüdiger Otto*

### Vorbemerkung

Eberhard Heinrich Daniel Stosch (1716–1781) entstammte einer namhaften brandenburgischen Gelehrten- und Pastorenfamilie. Sein Großvater Adolph Christoph (†1688) war Prediger und Inspektor der reformierten Kirchen in Berlin und Umgebung, sein Vater Ferdinand Stosch (1688–1727) brachte es zum preußischen Hofprediger in Potsdam, 1722 wurde er zum Mitglied der Berlinischen Sozietät der Wissenschaften gewählt. Die Orientierung an wissenschaftlicher Schulung war für die Erziehung von Eberhard Heinrich Daniel Stosch maßgeblich. Zunächst wurde er vom Vater, später von Hauslehrern unterrichtet. 1729 kam er nach dem Tod des Vaters mit zwei Brüdern auf das Joachimsthalsche Gymnasium in Berlin, wo er dank seiner vorzüglichen Begabung bald auch in das theologische Seminar, das mit dem Gymnasium verbunden war,<sup>1</sup> aufgenommen wurde. 1733 ließ er sich in Frankfurt an der Oder immatrikulieren. Ende 1736 übernahm er eine Hauslehrerstelle in Berlin. 1738 wurde er zur Unterstützung des alten Predigers nach Jerichau gesandt. Am 13. Mai 1740 trat er von Berlin aus »auf Befehl des hochlöbl. Kirchen=Directorii, die Reise in fremde Länder<sup>2</sup> an, die ihn gemeinsam mit Carl Ludolph Hünefeld (1713–1792), später Pfarrer in Neuruppin und Ehemann von Stoschs Schwester Charlotte Luise, durch Deutschland, Holland und die Schweiz führte. Anfang 1743 kehrten sie über Bremen und Hamburg in ihre Heimat zurück. Der Eintrag im Reisejournal vom 23. Januar 1743 lautet: »um 4 Uhr Nachmittags, langten wir endl. Gott lob! glücklich wieder zu Berlin an«.<sup>3</sup> Die folgenden Monate brachte Stosch in Berlin zu und führte in dieser Zeit sein Tagebuch, wenn auch in unterschiedlicher Dichte, weiter. Es endet mit Aufzeichnungen über den Antritt seiner Pfarrstelle im September 1744 in Soldin in der Neumark. 1748 wurde er zum Professor der Theologie an der preußischen Universität Duisburg berufen, schon ein Jahr später wechselte er an die Universität Frankfurt an der Oder, an der er bis zu seinem Lebensende verblieb. Die wenigen

1 Erich Wetzel, Die Geschichte des Königl. Joachimsthalschen Gymnasiums 1607–1907, Halle 1907, S. 274 f.

2 Stosch, Reisejournal, Frankfurt (Oder), Stadtarchiv, V 52, 1, S. 1.

3 Stosch, Reisejournal, Frankfurt (Oder), Stadtarchiv, V 52, 3, S. 42.

Veröffentlichungen Stoschs sind dem neutestamentlichen Kanon gewidmet oder befassen sich mit den Christenverfolgungen der ersten Jahrhunderte.

Zum Ertrag seiner großen Studienreise gehören nicht nur die Belebung seiner geistigen Verfassung<sup>4</sup> und eine Vielzahl von Kontakten. Es entstand auch das schon erwähnte Reisejournal, drei Bände, in denen Stosch zahlreiche Begegnungen und Gespräche, Ortsbesichtigungen und Beobachtungen während der Reise fixiert hat. Das Tagebuch, das lange Zeit in der Bibliothek des Frankfurter Friedrichsgymnasiums aufbewahrt wurde, ist nicht gänzlich unbekannt. Ein kleiner Abschnitt, der über Stoschs Aufenthalt in Marburg, wurde sogar schon veröffentlicht. Der Herausgeber der Marburger Aufzeichnungen scheint aber bereits Jahrzehnte vor dem Druck im Jahr 1971 seine Abschrift genommen zu haben, denn er notierte: »Das Original der Handschrift befand sich vor dem 2. Weltkrieg in der Bibliothek des Friedrichsgymnasiums zu Frankfurt/Oder; ob es die Kriegswirren überstanden hat, ist unbekannt.«<sup>5</sup> Glücklicherweise ist das Tagebuch unversehrt im Stadtarchiv Frankfurt (Oder) erhalten geblieben, das Bestände des Friedrichsgymnasiums nach dem Krieg übernommen und so vor dem Schicksal manch bedeutender Gymnasialbibliothek bewahrt hat, in alle Winde verstreut zu werden.

Stoschs Aufzeichnungen über den Besuch in Leipzig, nach Potsdam und Wittenberg die dritte Station seiner Reise, gewinnen ihren Reiz nicht zuletzt aus dem Vergleich mit den Aufzeichnungen Gabriel Hürners, der exakt zwei Jahre zuvor, im Mai 1738, Leipzig besuchte.<sup>6</sup> Wie Stosch gehörte Hürner der reformierten Konfession an. Beide hatten ihr Studium schon absolviert und traten als kenntnisreiche und selbstbewusste Personen in Erscheinung. Für beide war Leipzig Station auf einer längeren Reise durch verschiedene Studienorte. Hürner hielt sich in der letzten Phase seiner Reise einen ganzen Monat lang, Stosch am Beginn seiner peregrinatio academica nur wenige Tage in Leipzig auf. Entsprechend umfangreicher und in mancher Hinsicht persönlicher sind Hürners Unterredungen und die darüber geführten Aufzeichnungen. Dennoch gibt es eine ganze Reihe von Überschneidungen. Es werden teilweise dieselben Personen besucht, und was interessant ist: Die Themen gleichen sich zum Teil aufs Haar. Das könnte man auf der Suche nach neuen Informationen bedauerlich finden. Es gibt aber andererseits einen Einblick in die Art und Weise, wie die Professoren durchreisende akademische Besucher mit Standardauskünften zufriedenstellten

4 Vgl. Friedrich Carl Gottlob Hirsching, *Historisch-litterarisches Handbuch berühmter und denkwürdiger Personen, welche in dem achtzehnten Jahrhundert gelebt haben*, Band 13, 2, Leipzig 1809, S. 4.

5 Erich Köppe, In Marburg anno 1740. Aus dem Reise-Journal des Kandidaten der Theologie ... Eberhard Heinrich Daniel Stosch, in: *Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde* 82 (1971), S. 61–85, hier S. 62.

6 Vgl. Rüdiger Otto, *Gesprächsprotokolle. Die Tagebuchaufzeichnungen des Schweizer Theologen Gabriel Hürner während seines Aufenthaltes in Leipzig im Mai 1738*, in: *Leipziger Stadtgeschichte. Jahrbuch* 2010, Beucha 2011, S. 75–188.

oder, anders betrachtet, welche Themen ihnen besonders erzählens- oder wissenschaftlich erschienen. Gleichwohl enthalten Stoschs Aufzeichnungen auch Bemerkungen singulärer Art wie etwa den Hinweis darauf, dass Artikel des Zedlerschen Lexikons durch »verschiedene wenig geschickte Studenten« gegen ein geringes Entgelt angefertigt wurden. Auf Stoschs Agenda steht auch der Besuch des ehemaligen Oberkatecheten an der Peterskirche Adam Bernd, dessen Autobiographie, ein faszinierender Text über Begabung, schwere seelische Störungen und ihre reflexive Objektivierung, 1738 erschienen war und die Neugierde des Leipzigbesuchers Stosch geweckt hatte. Stosch ist an einem Diskurs interessiert, muss aber erfahren, dass Bernd sich konsequent entzieht, was Stosch auf die »wunderliche Beschaffenheit seines Gemüths« zurückführt.

Wenn Stoschs Besuch in Leipzig auch vergleichsweise kurz ausfällt, so liegt doch nach den in den vergangenen Jahren veröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen von Johann Christian Müller, Christian Gabriel Fischer<sup>7</sup> und Gabriel Hürner erneut ein Text vor, der auf unmittelbare und individuelle Weise das Erlebnis der Stadt Leipzig im zweiten Viertel des 18. Jahrhunderts zum Ausdruck bringt.

Stoschs Reisetagebuch besteht aus drei Bänden im Blattformat 20 x 31 cm (Bd. 1) bzw. 20 x 33, 5 cm (Bde. 2 und 3). Der erste Band umfasst 164 von Stosch paginierte Seiten, auf denen die Reiseaufzeichnungen vorgenommen wurden. Ein nicht paginiertes Blatt vor den Reiseaufzeichnungen enthält Aufstellungen über die verwendeten Münzsorten, die Entfernungen zwischen den besuchten Orten und über die Reisekosten. Das Register der Orte und Personen und Notate über Manuskripte und seltene Bücher, die Stosch in den verschiedenen Bibliotheken gesehen hat, sind auf den von fremder Hand paginierten Seiten 165–176 enthalten. Umfangreichere Aufzeichnungen gibt es, von Leipzig abgesehen, über Potsdam, Wittenberg, Jena, Weimar, Gotha, Kassel, Göttingen, Marburg, Gießen, Wetzlar, Frankfurt, Hanau, Mainz, Worms, Mannheim und Heidelberg. Der zweite Band ist nach dem gleichem Schema gestaltet. Die 270 mit Paginierung versehenen Seiten enthalten Aufzeichnungen wiederum über Heidelberg, darüber hinaus sind ausführliche Einträge zu Tübingen, Zürich, Basel, Straßburg, Köln, Duisburg und vor allem auch über den Aufenthalt in Holland zu finden. Der dritte Band enthält auf den beschriebenen 64 Seiten Berichte über die Aufenthalte in Bremen und Hamburg und die Monate nach der Rückkunft in Berlin bis zum Stellenantritt in Soldin. Die restlichen ca. 100 Blatt bzw. 200 Seiten des Bandes sind mit Ausnahme einiger Notizen auf der viertletzten und letzten Seite nicht beschrieben, ein Register existiert für diesen dritten Band nicht. Die Gestaltung

<sup>7</sup> Johann Christian Müller, *Meines Lebens Vorfälle und Neben-Umstände*, Teil 1: Kindheit und Studienjahre (1720–1746), hrsg. von Katrin Löffler, Nadine Sobirai, Leipzig 2007, S. 194–265; Andrew Talle, Ein Ort zu studieren, der seines gleichen nicht hat – Leipzig um 1730 in den Tagebüchern des Königsberger Professors Christian Gabriel Fischer, in: *Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e. V.*, Jahrbuch 2008, Beucha 2009, S. 55–138.



der Seiten ist in allen Bänden identisch. Durch vorgezogene senkrechte Linien ist auf jeder Seite ein äußerer Rand von 4–5 cm und ein innerer Rand von 1–1 ½ cm vorgegeben. Der äußere Rand ist zumeist nicht beschrieben, zuweilen sind Ergänzungen eingetragen, gelegentlich die Namen von Orten, die während der Reise passiert werden. Auf dem inneren Rand ist durchgehend das jeweilige Tagesdatum vermerkt. Die senkrechten Linien unterteilen auch den ca. 1 ½ cm breiten mit einer durchgehenden Linie abgetrennten oberen Rand, in dessen Mitte der jeweilige Aufenthaltsort notiert ist, während der breite äußere Rand die Seitenzahl und der innere die Jahres- und Monatsangabe enthält. Auf den Seiten 12–21 des ersten Bandes, die die Aufzeichnungen über den Aufenthalt in Leipzig enthalten, lautet der Eintrag jeweils: 1740 Maj.

Das Tagesdatum wird in der Textwiedergabe in eckige Klammern gesetzt. Die Seitenzahlen sind in senkrechte Striche gesetzt. Gängige Abkürzungen wie das mit einem Querbalken im Unterstrich versehene p für per,<sup>8</sup> der Geminationsstrich über dem Buchstaben m, ein o mit darüber gesetztem Punkt und Querstrich für nicht,<sup>9</sup> Stoschs Zeichen für Gott u. a. m. werden stillschweigend aufgelöst.

Mein Dank gilt dem Leiter des Stadtarchivs Frankfurt (Oder), Herrn Ralf-Rüdiger Targiel, der in zuvorkommender Weise den Text zur Verfügung gestellt und die Erlaubnis zum Abdruck erteilt hat.

## Literatur

- Erich Köppe, In Marburg anno 1740. Aus dem Reise-Journal des Kandidaten der Theologie ... Eberhard Heinrich Daniel Stosch, in: *Zeitschrift des Vereins für hessische Geschichte und Landeskunde* 82 (1971), S. 61–85.
- Rasmus, Die Familie Stosch im 17ten und 18ten Jahrhundert, in: *Jahresberichte und Mittheilungen des Historisch-Statistischen Vereins zu Frankfurt an der Oder* 6/7 (1867), S. 104–110.
- Rudolf Schwarze, Aus dem Reisejournal des weil. Candidaten der Theologie, spätern Professors und Predigers an der reformirten Kirche zu Frankfurt a. O. Eberhard Heinrich Daniel Stosch, geführt in den Jahren 1740–1742, in: *Jahresberichte und Mittheilungen des Historisch-Statistischen Vereins zu Frankfurt an der Oder* 6/7 (1867), S. 111–120.
- J. Spee, Aus dem Reisejournal des Eberhard Heinrich Daniel Stosch, in: *Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins* 15 (1879), S. 191–226.
- Rudolf Schwarze, Die alten Drucke und Handschriften der Bibliothek des Königlichen Friedrich-Gymnasiums Frankfurt/O., Frankfurt 1877.

8 Vgl. Adriano Cappelli, *Lexicon Abbreviaturarum*, Leipzig <sup>2</sup>1928, S. 256 f.

9 Paul Arnold Grun, *Schlüssel zu alten und neuen Abkürzungen*, Limburg 1966, S. 307.

Johann Christoph Strodtmann, Geschichte des Herrn Eberh. Heinr. Daniel Stosch, in: Strodtmann, Das Neue Gelehrte Europa 9 (1756), Wolfenbüttel, S. 30–60 und 17 (1763), S. 244–246.

Rudolf von Thadden, Die Brandenburgisch-Preußischen Hofprediger im 17. und 18. Jahrhundert. Ein Beitrag zur Geschichte der absolutistischen Staatsgesellschaft in Brandenburg-Preußen, Berlin 1959.

## Text des Tagebuchs

[S. 12] [*am Rand*: 23.] Nachdem wir uns um 4 Tage zu Wittenberg aufgehalten hatten, sind wir den 23ten Maj. Morgens um 7. Uhr, mit der ordinären Post nach Leipzig abgegangen, und daselbst Abends um 9 Uhr angelanget, woselbst wir unser Logis in dem blauen Engel, bey H.n Witman<sup>10</sup> in der Peters Straße genommen haben[.]

[*am Rand*: 24] Den Tag darauff nahmen wir vor allen Dingen einen Lohn Lacquayen an, welcher uns ohngefahr 2 Stunden vor der Mahlzeit, durch die vornemste Straßen führen und uns die besten häuser zeigen muste, damit wir einigermaßen in der Stadt bekannt werden möchten. Nach der Mahlzeit ließen wir uns bey einigen derer Herren Professorum melden, welche unsere Visiten anzunehmen bereit waren. Unser erster gang war zu dem H.n D. u Prof: Theol: Ordi: Klausing,<sup>11</sup> welcher im Paulino wohnet. Er nahm uns mit vieler höfflichkeit auf, und haben wir uns fast 2 Stunden bey ihm aufgehalten, indem wir keine Gelegenheit finden konnten, den Discours mit ihm abzubrechen, den er gleich auf die Wolffsche Philosophie brachte, wovon er ein starker Feind ist, und viele gefährliche Suiten, die aus selbiger entstehen werden versehen will. Er wollte sonderl. die Wolffsche Definition von Gott tadeln,<sup>12</sup> worin, seiner Meinung nach, fanaticismus und Spinosismus sollte verborgen liegen. Er meinte daß die Wolffianer keinen rechten concept vom infinito hätten, sondern solches mit dem indefinito vermischten. Er kam dabey auf H.n Carphoffs<sup>13</sup> Tractat worin er das Mysterium S. S. Trinitatis demonstrirt hat,<sup>14</sup> und fällete davon das Urtheil, daß H. Carphoff einen gantz irrigen Concept

10 Johann Conrad Wittmann (†1757), 1724 Verleihung des Bürgerrechts; vgl. Ernst Müller, Alte Leipziger Weinstuben, in: Leipziger Jahrbuch 1939, S. 76–78, hier S. 76, und Ernst Müller, Häuserbuch zum Nienborgschen Atlas (Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte 11), Berlin 1997, Nr. 116 und 118 f.

11 Heinrich Klausing (1675–1745), 1704 außerordentlicher Professor der Mathematik in Wittenberg, 1707 Professor der Moral, 1712 der Logik und Metaphysik in Wittenberg, 1719 Professor der Theologie in Leipzig.

12 Vgl. Otto, Hürner (Anm. 6), S. 105, Erl. 52. Zur Auseinandersetzung um die Philosophie Christian Wolffs in Leipzig vgl. Detlef Döring, Die Philosophie Gottfried Wilhelm Leibniz' und die Leipziger Aufklärung in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts (Abhandlungen der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-historische Klasse 75,4), Stuttgart, Leipzig 1999.

13 Jakob Carpov (1699–1768), 1738 Rektor des Gymnasiums in Weimar. Als Magister der Philosophie hielt Carpov seit 1725 Vorlesungen über die Wolffsche Philosophie an der Universität Jena, die einen starken studentischen Zuspruch erfuhren, zugleich aber wegen der Anwendung der demonstrativen Methode auf theologische Sachverhalte umstritten waren; vgl. Max Wundt, Die Philosophie an der Universität Jena nach ihrem geschichtlichen Verlaufe dargestellt, Jena 1932, S. 94 f.

14 Jakob Carpov, Revelatum Sacro-Sanctae Trinitatis Mysterium Methodo Demonstrativa Propositum Et Ab Obiectionibus Dissentientium Variis Indice Simul Adiecto Vindicatum. Jena 1735, <sup>2</sup>1737; vgl. auch Carl Günther Ludovici, Ausführlicher Entwurf einer vollständigen Historie der Wolffschen Philosophie, Teil 2, Leipzig 1737, S. 385–387.

de Trinitate hätte, nebst allen denenjenigen die diß dogma myſterii plenum, demonſtriren wollten. Seine haupt=Klage aber betraff die Rüdigeriſche Philoſophie,<sup>15</sup> die vor dieſem ſehr ſtarck auf der Leipziger Uniuerſität getrieben worden, und die noch ſolche bittere früchte hinterlaſſen hätte, daß der gröſte Theil der Vornehmen und ſelbſt auch einiger der Docenten, keine Spiritus die entia Simplicia wären glaubten, ſondern alles der materie zuſchrieben.<sup>16</sup> Er erzählte uns dabey von dem H.n Rüdiger, daß er ihn einmahls ſo weit getrieben, daß Rüdiger erkannt habe, er hätte Unrecht. Als nun H. D. Klausing ihm zugeſetzt, daß er ſeine | S. 13 | [*am Rand: 24.*] Irrthümer, durch ein publicques Scriptum revociren möchte, ſo habe H. Rüdiger ſolches nicht thun wollen, weil ſeine gantze reputation dadurch fallen würde. Er habe ihn darauſſ gefragt, wie er denn eigentl. zu ſeinen beſondern Philoſophiſchen Lehr=Sätzen gekommen? worauſſ ihm H. Rüdiger geantwortet habe: Er ſey dazu durch den H.n Thomasium<sup>17</sup> aus Halle gebracht worden. Denn als er, den Anfang gemacht collegia zu leſen, ſo habe er keine Auditores gehabt, worauſſ er ſolches dem H.n Thomasio geklagt, der ihm den Rath gegeben, er ſolle nur von denen bekannteſten und von allen bißher angenommenen philoſophiſchen Wahrheiten das Gegentheil lehren, ſo würde er ſich dadurch in der Welt bekannt machen, und bald reputation erlangen. Dieſem Rath ſey er gefolget, und ſey ſolches die erſte Urſache geweſen, warum er Spiritum per materiam definirt habe. Von dem discours des H.n Klausing mein iudicium zu fällen, ſo ſchien er wohl die Wolffſche Philoſophie nicht recht begriffen zu haben. Sonſten haben wir von ihm manches von dem Zuſtand der Uniuerſität erfahren, wovon unten Nachricht wird gegeben werden.

Nach genommenen Abſchied von H.n D. Klausing haben wir die Ehre gehabt, den H.n Profeſſor Hebenſtreit<sup>18</sup> zu beſuchen, einen ſehr freundl. u. affablen Mann. Er wohnt ebenfals in dem Paulino. Unſer Discours mit ihm betraff hauptſächlich die Umſtände der Uniuerſität. Er klagte daß die Studenten ſehr unfleißig diſputirten, und mochte wohl dieſe Klage daher rühren, weil er einige Diſ�ertationen über den Propheten Maleachi fertig hat, die er gerne in öffentl. Diſſertationen zum Druk befördern will, deren er in dem Catalogo lectionum Meldung thut.<sup>19</sup> Er erzählte uns daß das hieſige Miniſterium<sup>20</sup> viele Mühe gehabt habe, es zu erhalten, daß ihnen frey ſtünde das Jubiläum der Reformation in Sachſen zu feyern,<sup>21</sup> und daß alles was vor dem König komt erſt durch Papiſtiſchen hände gehe, da denn ſelbſt ſchon Prediger, ſolche unverantwortl. defaults begangen hätten, ſich in ſolchen Sachen, die ſie beÿ

15 Andreas Rüdiger (1673–1731), 1692 Studium in Halle, Hauslehrer bei Christian Thomasius, 1700 Magiſter der Philoſophie und Lehrtätigkeit in Leipzig, 1707 Lehrtätigkeit in Halle, ſeit 1712 Lehrtätigkeit und mediziniſche Praxis in Leipzig; vgl. auch Otto, Hürner (Anm. 6), S. 154. Rüdiger war ein Gegner der Philoſophie Christian Wolffs.

16 Nach Rüdiger »ſind alle von Gott geſchaffenen Weſen, auch die Geiſter, aus und mit der *materia prima* oder Ausdehnung geſchaffene«. Johann Eduard Erdmann, Grundriß der Geſchichte der Philoſophie, Band 2, Berlin <sup>3</sup>1878, S. 209; vgl. auch Johann Eduard Erdmann, Von Cartesius biſs Kant, Band 4, Stuttgart 1932, S. 457.

17 Christian Thomasius (1655–1728), 1694 Profeſſor der Rechte in Halle.

18 Johann Christian Hebenſtreit (1686–1756), 1731 Profeſſor der hebräiſchen Sprache, 1746 Profeſſor der Theologie in Leipzig.

19 Im Leipziger Vorleſungsverzeichnis von 1740 läßt Hebenſtreit mittheilen: »Profundiſſis etiam doctrinae exegeticae ſtudioſos ... ad officium reſpondentium, vt eorum ſtudio paucae diſputationes, quae ſuper Malachiam reſtant, denique prodeant, inuitat.« Rector Academiae Lipſienſis Profeſſorum ... Lectiones Pvblicas ... Indicit, Leipzig 1740.

20 Die Pfarrer und Prediger der Stadt.

21 In Anlehnung an die erſte evangeliſche Abendmahlsfeier in Leipzig am Pfingſtſonntag 1539 wurde das Jubiläum zur Einführung der Reformation im albertiniſchen Sachſen zu Pfingſten begangen. Da das kurfürſtliche Herrſcherhaus ſeit dem Übertritt Auguſts des Starken im Jahr 1697 der römisch-katholiſchen Kirche angehörte, während die Untertanen evangeliſch-lutheriſch blieben, waren die verſchiedenen Gedenktage reformatoriſcher Ereigniſſe problembeladen. Über den Verlauf der Leipziger Jubiläumsfeierlichkeiten vgl. Acta hiſtorico-eccleſiaſtica 3/18 (1739), S. 921–929.

hofs zu suchen haben, hinter Catholische Pfaffen zu stechen;<sup>22</sup> so daß die Lutherische Kirche fast *Ecclesia pressa* würde, Es breiteten sich auch die Papisten allenthalben, und auch zu Leipzig aus, sonderl. seit dem die Neue Catholische |S. 14| [*am Rand: 24.*] Kirche in dem hiesigen Schloße aufgebaut worden.<sup>23</sup>

Nahe beÿ dem Paulino wohnt H. Professor Gottsched,<sup>24</sup> in dem goldenen bären,<sup>25</sup> deswegen wir von H.n Hebenstreit unsern Besuch beÿ ihm ablegten. Unser Discours mit ihm betraff insbesondere die Wolffsche Philosophie, welche er am ersten auf der hiesigen Universität gelesen. Als er den Anfang machen wollen, über des Thümmigii Philosophiam Wolffianam<sup>26</sup> zu lesen, so hat der damahlige Decanus der Philosophischen Facultät,<sup>27</sup> welcher allemahl den Zettel derer Magistrorum, wodurch sie ihre collegia anzeigen, unterschreiben muß, ehe selbiger am schwartzen bret angeschlagen wird, seinen bezeugungs zettel nicht eher unterschreiben wollen, biß er, anstatt Thümmigii Philosophiam Wolffianam darauff zu nennen, nur bloß eines Collegii Philosophici darauff Meldung gethan; wiewohl er jetzo, nebst den H.n Magister Winckler<sup>28</sup> ungehindert die Wolffsche Philosophie, über sein eigen Edirtes Sÿsthema<sup>29</sup> liebt.

Von H.n Gottsched haben wir den H.n Boerner Profess: Theol: Primar:<sup>30</sup> besucht, einen sehr gelehrten, und liebeichen Mann. Wir haben durch ihn verschiedenes von dem Zustand der hiesigen Universität erfahren, wiewohl unser Discours mit ihm hauptsächl. in die Historiam litterariam lieff. Er besitzt eine auserlesene Bibliothecque,<sup>31</sup> welche er uns, wenn die Zeit nicht zu kurtz gewesen wäre, gezeigt hätte. In selbiger findet sich unter andern, ein codex Manuscriptus Epistolarum Pauli,<sup>32</sup> dem brieff an die hebräer ausgenommen, welcher vor 6 oder 700 Jahren geschrieben ist. Er erzählte uns von diesem codice, daß er selbigen vor einiger

22 stecken; vgl. Klaus-Dieter Gansleweit, Joachim Wiese, Teodolius Witkowski, Brandenburg-Berlinisches Wörterbuch, Band 4, Berlin 2001, Sp. 240–243.

23 1710 erhielten die Leipziger Katholiken einen Gottesdienstraum in der Pleißenburg, die im Besitz des katholischen Königs August des Starken und damit der Zuständigkeit der Stadt entzogen war.

24 Johann Christoph Gottsched (1700–1766), 1729 außerordentlicher Professor der Poesie, 1734 Professor der Logik und Metaphysik in Leipzig.

25 Das Haus mit dem Namen Goldener Bär (Universitätsstraße 11) gehörte dem Verleger Bernhard Christoph Breitkopf (1695–1777).

26 Ludwig Philipp Thümmig, *Institutiones philosophiae Wolfianae, in usus academicos adornatae*, 2 Bände, Frankfurt, Leipzig 1725–1726. Über Gottscheds Vorlesungen nach Thümmigs Lehrbuch vgl. Johann Christoph Gottsched, Briefwechsel, Band 1: 1722–1730, hrsg. und bearb. von Detlef Döring, Rüdiger Otto, Michael Schlott unter Mitarbeit von Franziska Menzel, Berlin, New York 2007, S. 265.

27 Gottsched hat nach eigenen Angaben 1725 zum ersten Mal über Thümmigs Buch gelesen; vgl. Gottsched, Briefwechsel 1 (Anm. 26), S. 265. Allerdings bleibt offen, ob im Sommersemester 1725, in dem Georg Philipp Olearius (1681–1741, 1713 Professor der griechischen und der lateinischen Sprache in Leipzig) Dekan war, oder im Wintersemester 1725/26 unter dem Dekan Christian Ludovici (1663–1732), 1700 ordentlicher Professor des *Organum aristotelicum* in Leipzig (unter dem Titel des *Organon* bzw. *Organum* wurden die aristotelischen Schriften zur Logik zusammengefasst).

28 Johann Heinrich Winkler (1703–1770), 1739 außerordentlicher Professor der Philosophie, 1742 ordentlicher Professor der lateinischen und griechischen Sprache, 1750 der Physik; vgl. auch Otto, Hürner (Anm. 6), S. 115.

29 Johann Christoph Gottsched, *Erste Gründe Der Gesamten Weltweisheit*, Leipzig, Theoretischer Theil 1733, Practischer Theil 1734. Zu Gottscheds Lebzeiten erschienen 7 Auflagen, zuletzt 1762. Auch nach seinem Tod wurde das Werk, z. T. in bearbeiteter Form, weiterhin veröffentlicht.

30 Christian Friedrich Börner (1683–1753), 1707 Professor der Moral, 1708 der griechischen Sprache, 1710 außerordentlicher, 1713 ordentlicher Professor der Theologie in Leipzig.

31 Zu Börners Bibliothek vgl. die Angaben bei Otto, Hürner (Anm. 6), S. 175–177.

32 Über den Codex Boernerianus und die Probleme bei der Ausleihe an den englischen Theologen Richard Bentley vgl. Otto, Hürner (Anm. 6), S. 176.

Zeit, dem D. Bentley in England<sup>33</sup> geliehen, welcher ein *Novum Testamentum Græcum* hat herausgeben und den Griechischen Text, nach denen besten Manuscripten corrigiren wollen, welches vornehmen des Bentley doch nicht zu Stande gekommen ist, indem man die Edition seines N. T. wegen der großen freyheit, die er sich in Corrigirung des Griechischen Textes herausgenommen, nicht hat erlauben wollen.<sup>34</sup> Es<sup>35</sup> hat D. Bentley den *Codicem Græcum* N. T. nach der Lateinischen Version des Hieronými<sup>36</sup> corrigiren wollen, und ist der Meynung gewesen, daß die Manuscripta die am meisten mit des Hieronými Version übereinkommen, die besten wären, weil Hieron: ausdrückl. bezeuge, er habe seine Version *ad litteram* nach dem Griechischen Text gemacht. Wie wenig Grund diese Meynung Bentley habe, siehet ein jeder, da nicht nur ungewiß welches eigentl. die *Versio Hieronými* sey, sondern auch die worte *ad litteram* nicht eben in *strictiss: sensu* genommen werden dürfen.

Der D. Bentley hat diesen *Codicem* einige Jahre |S. 15| [*am Rand: 24.*] behalten, und nicht ohne Zwang wieder zurückgeschickt, wovon die vornemste Ursache gewesen, weil er aus der Schweiz einen *Codicem Manuscriptum* der *quatuor Evangeliorum* und *Actorum Apostolicorum* bekommen, der diesem *Codici* des H.n D. Börners in allen gleich gewesen und sich vortreffl. zu selbigem geschickt hat.<sup>37</sup>

Nach abgelegtem besuch bey H.n D. Boerner, sind wir, weil es schon über 7 war, vor das Thor gegangen, um die Leipziger Vorstadt, und angenehme Spazier=Gänge zu besuchen.

[*am Rand: 25.*] folgenden Tages den 25ten Maj haben wir des Morgens um halb 9, H.n D. u. Superintendenten Deyling<sup>38</sup> besucht, bey welchem wir uns aber nicht lange aufgehalten haben, weil er um 9 Uhr ins Consistorium<sup>39</sup> gehen muste. Wir hatten drum nicht eben Gelegenheit mit ihm von rebus Theologicis zu discouriren, sondern da wir uns bey ihm erkundigten, was vor neue Schrifften in dieser Meße zum Vorschein gekommen wären; so bezeugte er sich sehr übel zufrieden, mit denen Buchführern zu Leipzig, die zur *Correctur* der bücher, so sie heraus gäben, nicht geschickte leute, sondern verdorbene Studenten gebrauchten, denen sie davor ein geringes bezahlten. Er sagt von dem *Lexico Universali*,<sup>40</sup> daß dazu verschiedene wenig

33 Richard Bentley (1662–1742), 1694 königlicher Bibliothekar, 1700 Vorsteher des Trinity College in Cambridge, 1716 Professor der Theologie.

34 Bentley hatte in den *Proposals for printing a new Edition of the Greek Testament* 1717 seinen Plan der Edition einer auf der Basis älterer Textzeugen verbesserten Ausgabe des Neuen Testaments vorgestellt. Nach scharfen Angriffen, in denen seine fachliche Kompetenz und die Qualität seiner Handschriften in Zweifel gezogen wurden, gab er das Editions-vorhaben auf; vgl. Jean Pierre Nicéron, *Nachrichten von den Begebenheiten und Schriften berühmter Gelehrten* mit einigen Zusätzen hrsg. von Siegmund Jacob Baumgarten, 4. Teil, Halle, 1751, S. 391–500, 429–442.

35 Es ... dürfen. *Am Rand ergänzt.*

36 Hieronymus (um 347–420), Kirchenvater; zur folgenden Passage vgl. Otto, Hürner (Anm. 6), S. 176 mit Erl. 778.

37 Es handelt sich um den in St. Gallen überlieferten Codex Sangallensis Delta, der auffällige Übereinstimmungen mit dem Codex Boernerianus aufweist; vgl. die Einleitung in Alexander Reichardt (Hrsg.), *Der Codex Boernerianus der Briefe des Apostels Paulus* (Msc. Dresd. A 145 b), Leipzig 1909, S. 2 23, 10 f.; dort wird auch auf die Faksimile-Ausgabe des Codex Sangallensis von Heinrich Christian Michael Rettig aus dem Jahr 1836 hingewiesen; vgl. auch die Abbildung in: Karl Schmuki, Peter Ochsenbein, Cornel Dora, *Cimelia Sangallensia*, Hundert Kostbarkeiten aus der Stiftsbibliothek St. Gallen, St. Gallen 1998, Nr. 29.

38 Salomon Deyling (1677–1755), 1710 Doktor der Theologie in Leipzig, 1721 Superintendent und außerordentlicher, 1722 ordentlicher Professor der Theologie in Leipzig.

39 Dem Konsistorium gehörten zwei Juristen und zwei geistliche Beisitzer an, zu letzteren zählte der Leipziger Superintendent. Über die Gebiete, den Personenkreis und die Delikte, für die das Leipziger Konsistorium als geistliches Gericht zuständig war, vgl. Friedrich Gottlob Leonhardi, Leipzig um 1800, Leipzig, 2010, S. 222–225.

40 Grosses vollständiges Universal Lexicon aller Wissenschaften und Künste, 64 Bände, Halle, Leipzig 1732–1754 (Nachdruck Graz 1993–1999 u. ö., <http://www.zedler-lexikon.de/>). Das Lexikon wird zumeist nach seinem Verleger Johann Heinrich Zedler bezeichnet.

geschickte Studenten gebraucht würden, die einen Bogen vor 4 d<sup>41</sup> zusammen schrieben etc. Sonsten war in dieser Oster Meße eine neue edition einer Hebr: Bibel zum Vorschein gekommen, da in margine Erasmi Schmidii<sup>42</sup> version beygefüget ist.<sup>43</sup> Wir haben selbige in dem buchladen des buchführer Deers<sup>44</sup>, so selbige verlegt gesehen, aber nicht sonderl. gefunden, indem selbst die buchstaben sehr ungrade gesetzt sind.

Nach diesem sind wir zu H.n D. Oleario<sup>45</sup> gegangen, welcher Professor Græcæ linguæ und Antiqt: ist. Unser discours mit ihm fiel anfängl. auf die Wolffsche Philosophie, welche er gar nicht loben wollte, sondern sie vor sehr gefährlich hielt, insbesondere weil dadurch das absolute Decretum der Reformirten<sup>46</sup> empor gebracht würde, daher auch die Wolffianer sich sehr gut mit denen Reformirten vertragen.<sup>47</sup> Als er nun bey dieser gelegenheit etwas hart von der Lehre der Particularisten<sup>48</sup> in Ansehung der Prädestination zu sprechen anfieng, so sahen wir uns genöthiget ihm seinen Unfug zu zeigen. Er sagte |S. 16| [*am Rand*: 25] bey dem Schluß unsres Discourses von dieser Materie, daß er gar keinen haß gegen Reformatos hege. Er sey gar nicht tenax verborum Lutheri, sondern untersuche die Wahrheit unpartheijisch, und folge demjenigen wovon er Überzeugung habe. Er klagte übrigens, daß das Griechische von den Studenten sehr negligirt würde, wovon er die Schuld denen Philosophis Wolffianis gab, die Philosophie allein als genugsam anpriesen, um einen jungen Menschen empor zu bringen.

Wir besuchten hierauff den frantzösischen Prediger Mons: Coste,<sup>49</sup> von welchen wir, von dem Zustand der frantzösischen Colonie Nachricht einzogen. Außer dem betraff unser discours Philosophica, und die neu herausgekommene Schrifften. Er zeigte uns derselben 3. Eine von dem jungen Baratier,<sup>50</sup> de Successione Episcoporum Rom: a Petro ad Victorem<sup>51</sup> 1. und zwey von einem sich zu Leipzig aufhaltenden besonders Kenner der alten Münzten, deren eins rem numismaticam betraff, [*am Rand*: Titulus hujus libri est: Wachteri Archæologia Num-

41 Das deutsche d mit nach unten gezogenem Abführungsstrich wird als Abkürzung für Pfennig (Denar) verwendet; vgl. Fritz Verdenhalven, Alte Meß- und Währungssysteme aus dem deutschen Sprachgebiet, Neustadt an der Aisch 21998, S. 118.

42 Sebastian Schmid (1617–1696), Professor der Theologie in Straßburg, Autor einer lateinischen Übersetzung des Alten Testaments, die die Diktion des hebräischen Textes genau wiedergeben soll; vgl. Ludwig Diestel, Geschichte des Alten Testaments in der christlichen Kirche, Jena 1869 (Nachdruck: Leipzig 1981), S. 400 f.

43 Biblia Hebraica Secundum Editionem Belgicam Everardi van der Hooght collatis aliis bonae notae Codicibus una cum Versione Latina Sebastiani Schmidii, Leipzig 1740.

44 Wolfgang Deer (1679–1753), 1723–1752 Verleger in Leipzig, 1736–1744 in Rudolstadt.

45 Georg Philipp Olearius (1681–1741), 1713 Professor der griechischen und lateinischen Sprache.

46 Nach der strengen Fassung der reformierten Prädestinationslehre ist im göttlichen Ratschluß schon vor Erschaffung der Welt bestimmt, wer zu den Erwählten und wer zu den Verdammten gehört.

47 Nach dem für die Wolffsche Philosophie zentralen Prinzip des zureichenden Grundes existiert nichts ohne Grund. Man hat ihr deshalb vorgeworfen, die menschliche Entscheidungsfreiheit zu negieren. In der Sicht ihrer Gegner stimmen Reformierte und Wolffsche Philosophie in diesem Punkt überein.

48 Bezeichnung für die Anhänger der strengen Fassung der reformierten Prädestinationslehre (vgl. Anm. 46), die im Gegensatz zu den Universalisten behaupten, daß nur eine begrenzte Anzahl von Menschen zum Heil erwählt ist.

49 Pierre Coste (1697–1751), 1721 Pfarrer der französisch-reformierten Gemeinde in Leipzig.

50 Jean Philippe Baratier (1721–5. Oktober 1740); der Sohn des hugenottischen Predigers François Baratier (1682–1751, 1735 Prediger an der französischen reformierten Gemeinde in Halle an der Saale) galt als Wunderkind. Schon mit 7 Jahren beherrschte er neben modernen Sprachen Latein, Griechisch und Hebräisch. Er veröffentlichte Arbeiten zur (Kirchen-)Geschichte und Mathematik, wurde 1735 in die Berliner Akademie der Wissenschaften und 1738 in Académie des sciences in Paris aufgenommen.

51 Jean Philippe Baratier, Disquisitio Chronologica De Successione Antiquissima Episcoporum Romanorum Inde A Petro Usque Ad Victorem, Utrecht 1740.



maria<sup>52</sup>] und insbesondere einige medaillen des Leipzigerischen Medaillen Cabinets erläutert; das andere war ein Glossarium Latino Germanicum in fol.<sup>53</sup> Der Autor dieser beyden Schrifften heißt Wachter.<sup>54</sup> Er erwehnte auch eine neulich in Engelland circa S. Coenam entstandene controversie, bey Gelegenheit eines Tractats so Hudley<sup>55</sup> de S. Coena geschrieben,<sup>56</sup> worin er der Meynung der Socinianer sehr gleich gekommen; welcher Controversie Ausgang wir aber nicht von ihm erfahren.

Nachmittags wollten wir den H.n D. Siber<sup>57</sup> besuchen, weil er aber zur beichte gieng, ließ er unsere visite depreciren, deswegen wir noch den H.n Joecher<sup>58</sup> Profess: Histor: besuchten, welcher eben nichts sonderl. von gelehrten Sachen mit uns gesprochen. Er urtheilte von dem Voltaire<sup>59</sup> daß er ein sehr elender Philosophus sey, und meritirten seine Schrifften nicht, daß große Philosophi selbige refutirten.

Unter denen die Philosophica lesen, hat zu Leipzig ein gewißer Magister Winckler, der ein Wolffianer ist, den grösten Applausum, welchen zu besuchen, unsere Zeit nicht zulaßen wollte. Nur trieb uns unsere Curiosité den M. Bärnd<sup>60</sup> zu suchen. Es ist dieser Mann wegen seines herausgegeben Lebenslauffs, worin viel wunderbahre Sachen vorkommen,<sup>61</sup> [S. 17] [am Rand: 25.] und einer andern Schrifft, so er unter dem nomine ficto Melodii, herausgegeben,<sup>62</sup> worin er behaupten wollen, daß ein jeder in seiner Religion, sie sey was sie vor eine wolle, seelig werden könne, bekannt. Er ist so wohl, wegen dieser Schrifften, als auch wegen seines wunderbahren humeurs von seinem Predigt=Amt, abgesetzt worden, doch bekommt er noch jährl. 200 thl. Gleich bey unserm Eintritt in seiner Stube verrieth er die wunderbahre Beschaffenheit seines Gemüths, indem er uns sagte, daß er nicht Zeit hätte mit uns zu discouriren, indem er sich an einem gewißen Ort versagt<sup>63</sup> hätte. Er eröffnete uns unterdeßen, daß er an einem Tractat arbeite, worin er sein judicium von der Vereinigung der Seelen mit dem leibe, und denen bißher hievon, von denen Philosophis angenommenen Systhematibus, geben wolle.<sup>64</sup> Als wir

52 Johann Georg Wachter, *Archæologia Nummaria, Continens Præcognita Nobilissimæ Artis, Quæ Nummos Antiquos Interpretatur*, Leipzig 1740.

53 Johann Georg Wachter, *Glossarium Germanicum, Continens Origines & Antiquitates Totius Linguae Germanicæ Opus Bipartitum*, Leipzig 1737 (Nachdruck: Hildesheim, New York 1975).

54 Johann Georg Wachter (1673–1757), 1702–1723 Verfasser von Devisen und Inskriptionen am Berliner Hof, 1726 Besoldung durch den Leipziger Rat, zuständig für die Münzsammlung der Ratsbibliothek, Verfasser sprachgeschichtlicher Werke; vgl. Otto, Hürner (Anm. 6), S. 139, Erl. 386 u. ö.

55 Benjamin Hoadley (1676–1761), 1715 Bischof von Bangor, 1723 von Salisbury, 1724 von Winchester. 1735 veröffentlichte Hoadley eine Schrift über das Abendmahl als Erinnerungsmahl an Christus, die in England heftige Auseinandersetzungen hervorrief; Oxford Dictionary 27, S. 340–348, hier S. 346.

56 Benjamin Hoadly, *A plain Account of the Nature and End of the Sacrament of the Lord's-Supper*, London 31735.

57 Urban Gottfried Sieber (1669–1741), 1708 Archidiakon in Leipzig, 1714 außerordentlicher Professor für kirchliche Altertümer an der philosophischen Fakultät, 1739 Pfarrer an der Thomaskirche.

58 Christian Gottlieb Jöcher (1694–1758), 1732 ordentlicher Professor für Geschichte in Leipzig.

59 Voltaire (François Marie Arouet) (1694–1778), französischer Dichter und Philosoph.

60 Adam Bernd (1676–1748), 1711 Prediger an der Leipziger Peterskirche; angesichts drohender Verfahren (vgl. Anm. 62) verzichtete er 1728 auf sein Amt.

61 Adam Bernd, *Eigene Lebens=Beschreibung*, Leipzig 1738 (Neuauflage: München 1973).

62 [Adam Bernd], *Christiani Melodii ... Einfluß Der Göttlichen Wahrheiten in den Willen/ und in das ganze Leben des Menschen*, Helmstedt, Leipzig 1728. Wegen dogmatischer Abweichungen wurde das Buch konfisziert und Bernd mit einem Predigtverbot belegt; er trat von seinem Amt zurück.

63 Im Brandenburg-Berlinischen Wörterbuch (Anm. 22), das wegen Stoschs Herkunft zunächst zu konsultieren ist, ist der Begriff nicht belegt. Im vorliegenden Kontext scheint sich versagen sich verabreden zu bedeuten.

64 Adam Bernd, *Abhandlung von Gott, und der Menschlichen Seele, und derselben natürlichen, und sittlichen Verbindung mit dem Leibe; wobey zugleich einige Sätze der heutigen Weltweisen untersucht werden, ob, und wiefern*



nun darüber noch etwas mit ihm discouriren wollten, erinnerte er uns wieder, daß er ausgehen wolle, und sahen wir uns drum genöthiget unsern Abschied von ihm zu nehmen.

[Am Rand: 26] Des folgenden Tages, ward das fest der himmelfarth unsers H.n J. C. gefeiert, da ich denn des Vormittags dem Gottesdienst in der Nicolai Kirche beýgewohnt habe. Es predigte der H. Superintendens Deyling über das Evangelium, und hat dieser sonst berühmte Mann, eben keine sonderbahre Geschicklichkeit in dieser Predigt bewiesen. Es ward fast nichts Solide ausgeführt, und machten viele tautologien, den Vortrag unangenehm. Das Exterieur war ebenfals nicht sonderl. Die Ordnung des Gottesdienstes habe nicht von Anfang observirt, weil ich erst kurtz vor Ablesung des Textes in die Kirche kam. Nach der Predigt ward das Kirchen=Gebet abgelesen, wobeý ich bemerkte daß die Leute, da sie sonst das Gesicht nach der Cantzel hatten, sich umkehrten, und dem Prediger, der das Gebet ablaß, den Rücken zukehrten, und ihre Angesichte gegen den Altar richteten, zu welchem Ende sie doppelte bäncke in ihren Stühlen hatten. Nach dem Gebet ward Lateinisch | vielleicht zu mehrerer Erbauung der gemeinen Leute | von einem der Prediger vor dem Altar abgesungen, worauff musiciret, nachgehends gesungen und so der Gottesdienst beschloßen wurde.

Nachmittags habe den Gottesdienst in der Thomas- | S. 18 | [Am Rand: 26] Kirche beýgewohnt. Es predigte ein Vespertinus, Magister Schleisner<sup>65</sup> über die Epistel Act: 1. 1–11. worauß er vorstellte. Die himmelfarth J. C. als ein Geheimniß der Gottseeligkeit. Er hatte verschiedene gute Sachen, und schien einen Trieb zu haben, etwas zur Ermunterung der Christen in der Gottseeligkeit beýzutragen. Er tractirete aber vieles zu Superficiell. Ehe der Gottesdienst anfieng, ward ohngefähr, einer halben Stunden lang musicirt, hernach ein lied gesungen worauff der Prediger die Cantzel bestieg. Zwischen und nach der Predigt ward oratio Dom: stille gebetet, hernach gesungen, und der Gottesdienst, unter Musicquen beschloßen.

Was nun Leipzig an und vor sich selbst betrifft, so ist selbige ohne Zweifel eine der reichsten und prächtigsten Städte. Sie liegt in einer angenehmen Gegend, an der Pleisse und ist gantz mit schönen Gärten umringet, worunter der Groß=Bosensche, und Apelsche die vornehmsten sind. Der Ort ist auch etwas befestiget, und stößt das Schloß Pleissenburg an selbigem an. Die handlung florirt allhier ungemein, deswegen man ungemein prächtige häuser der Kauf=Leute antrifft, unter welchen, das Kochsche,<sup>66</sup> u Homannsche,<sup>67</sup> nebst des bürgermeisters Romani hause<sup>68</sup> wie auch das Königl. hauß<sup>69</sup> verdienen gesehen zu werden. Außer diesen kann man an publicquen Gebäuden besehen.

dieselbigen mit der Heiligen Schrift streiten; samt angehängter Fortsetzung seiner eigenen Lebens=Beschreibung, Leipzig 1742.

65 Friedrich Wilhelm Schleußner (1709–1764), 1736 Nachmittagsprediger an der Universitätskirche St. Pauli, später weitere Stellen an Leipziger Kirchen.

66 Der Gebäudekomplex des Handelsherrn Michael Koch (1677–1741), Kochs Hof, wurde 1736–1740 errichtet; vgl. Müller, Häuserbuch (Anm. 10), Nr. 401 f. und 416–418, Abbildungen bei Nikolaus Pevsner, Leipziger Barock, Dresden 1928 (Nachdruck: Leipzig 1990), Nr. 74–76.

67 Der Handelsmann und Bankier Peter Hohmann (1663–1732) besaß in Leipzig drei Häuser, am Markt, in der Petersstraße und in der Katharinenstraße; vgl. Müller, Häuserbuch (Anm. 10), Nr. 132, 144, 182 und 426; Abbildungen bei Pevsner, Barock (Anm. 66), Abb. 36–39 und S. 61 (Markt); Abb. 43 und S. 73 (Katharinenstraße), Abb. 71, 72 und S. 106 (Petersstraße).

68 Über das in den Jahren 1701–1704 erbaute Haus des Leipziger Bürgermeisters Franz Conrad Romanus (1671–1746), der sein Leben seit 1705 als Häftling auf der Festung Königstein verbrachte, vgl. Müller, Häuserbuch (Anm. 10), Nr. 229–231; Abbildungen bei Pevsner, Barock (Anm. 66), Abb. 23–28.

69 Der Kurfürst und König wohnte während seiner Leipzigbesuche in dem auch als Königshaus bezeichneten Gebäude am Markt. Das Haus wurde 1705 von dem Kaufmann Andreas Dietrich Apel (1662–1718) erworben und vollständig umgebaut; vgl. Müller, Häuserbuch (Anm. 10), Nr. 151. Abbildung bei Pevsner, Barock (Anm. 66), Abb. 32 und Wolfgang Schneider, Leipzig. Streifzüge durch die Kulturgeschichte, Leipzig<sup>2</sup>1995, S. 189.

- 1.) Das Pauliner Collegium, welches sehr weitläufftig ist. Es sind in selbigem die publicquen Auditoria worin die Professores ihre collegia zu halten verbunden sind, und logiren daselbst einige Professores und über 300 Studenten. In eben diesem Pauliner Collegio ist auch die Communität,<sup>70</sup> und Academische, oder Pauliner Kirche.
- 2.) Das Zucht=hauß, so sehr magnificque gebauet ist.
- 3.) Das Zeug=hauß, in welchem zugleich, in der 2ten Etage die Magistrats Bibliothecque stehet.
- 4.) Das Rath=hauß
- 5.) Die Börse
- 6.) Die Nicolai Kirche, in welcher eine gute Bibliothecque zu finden,<sup>71</sup> die noch immer vermehrt wird; indem jährl. dazu von denen Kirchen=Geldern 10 Gulden gegeben werden, und ein jeder Prediger beÿ seiner ordination 12 g. zur Bibliothecque bezahlen muß.
- 7.) Die Thomas Kirche. 8.) Die Petri Kirche. Von<sup>72</sup> der Petri Kirche ist zu merken, daß außer denen ordentl. Predigern, an selbiger 8 Catecheten stehen. Es sind selbige Candidati Theologiae,<sup>73</sup> die des Nachmittags öffentl. Catechisationen, in der Peters=Kirche, auch zuweilen in andern Kirchen halten müssen, wovor sie jährl. 30 thl. bekommen. Sie sind zwar nicht ordinirt, tragen aber doch Mantel und Kragen. |S. 19| [*Am Rand: 26*] 9.) Die frantzösische Kirche, welche seit ohngefehr 40 Jahren zu Leipzig ist angeleget worden.<sup>74</sup> Sie bestehet anjetzo aus 260 biß 300 Communicanten, worunter sich doch verschiedene Teutsche befinden, die, weil sie sonst keine Gelegenheit haben, mit denen Frantzosen communiciren. 10.) Vor einiger Zeit ist auch denen Papisten auf dem Schloß Pleissenburg eine Kirche erbauet worden;<sup>75</sup> die doch nur von außen die form eines hauses hat, indem sie nur die höhe eines Stockwercks hat, und über selbiger noch 2 Stock gebauet sind, in welchen der Gouverneur des Schloßes seine Wohnung hat.

In Leipzig selbst liegt keine ordentl. Garnison außer 2 Compagnien Stadt=Soldaten die der Magistrat zu halten verbunden ist. In denen Vorstädten aber, und dem Schloß Pleissenburg ist Guarnison.

In denen Wirths häusern wird man sehr gut bewirthet, und haben wir in dem blauen Engel am H.n Wittman einen sehr raisonnablen wirth gehabt.

Sonsten ist auch noch zu remarquiren das die Uhren zu Leipzig, nicht von selbstn die Stunden schlagen, sondern es muß solches ein dazu bestellter Mensch, verrichten.

Die Universitæt zu Leipzig ist jetzo in gutem flor. Man schätzt die Anzahl der Studenten auf 2000, wie wohl nach dem Calculo des H.n D. Börners selbige wenig über 1500 austragen könnte, und wird die artige Conduite derselben von allen Professoribus gerühmt. Es sind auch die Professoren allhier, sehr geschickte und zum Theil berühmte Leute. Diejenige so wir beÿ unserm Auffenthalt zu Leipzig, daselbst gefunden, sind: In facultate Theologica: Sal: Deÿling, Christ: Frid: Börner, Henr: Klausing, Urbanus Gottfr: Siberus, Joh. Christ: He-

<sup>70</sup> Der Speisesaal.

<sup>71</sup> Vgl. Katalog der Leipziger Kirchenbibliotheken, Leipzig 1912. Die Bibliothek befindet sich heute als Depositum in der Universitätsbibliothek Leipzig.

<sup>72</sup> Von ... Kragen. *Am Rand ergänzt*.

<sup>73</sup> Kandidaten sind Absolventen der Theologie, die auf die Übernahme eines Pfarramts warten.

<sup>74</sup> Über die Anfänge der Leipziger reformierten Gemeinde vgl. Hans-Jürgen Sievers (Hrsg.), In der Mitte der Stadt. Die Evangelisch-reformierte Kirche zu Leipzig von der Einwanderung der Hugenotten bis zur Friedlichen Revolution, Leipzig 2000, S. 15 f.

<sup>75</sup> Vgl. Anm. 23.

benstreit. In facultate Juridica: Carolus Otto Rechenberg,<sup>76</sup> Joh: Florens Rivinus,<sup>77</sup> Joh. Godofr: Bauer,<sup>78</sup> Ferd: Aug: Hommel,<sup>79</sup> Frid: Alex: Kühnhold,<sup>80</sup> Gottl: Wilhelm Dinckler,<sup>81</sup> Joh. Frid: Hoeckner,<sup>82</sup> Joh: Gottlieb Siegel.<sup>83</sup> In facultate Medica: Aug: Frid: Walther,<sup>84</sup> Joh: Zach: Platner,<sup>85</sup> Sam: Theod: Quellmaltz,<sup>86</sup> Joh: Ern: Hebenstreit,<sup>87</sup> Adam. Frid: Pezoldt.<sup>88</sup> In Facultate Philosophica: Joh: Christ: Gottsched, Joh: Frid: Christ,<sup>89</sup> Frid: Menzius,<sup>90</sup> Joh: Erhardus Kappius,<sup>91</sup> Christ: Aug: Hausen,<sup>92</sup> Aug: Frid: Müller,<sup>93</sup> Georg: Frid: Richter,<sup>94</sup> Georg Philipp |S. 20| Olearius,<sup>95</sup> Christ: Gottl: Joecher,<sup>96</sup> Carolus Günther Ludovici.<sup>97</sup> Außer diesen, sind noch viele Professores Extraordinarii, und Magistri legentes, unter welchen M. Winckler der Philosophica liebt, den grösten Applausum hat.

Die Professores haben durchgehends gute Salaria. Es kommen selbige theils aus denen Einkünfften, derer, der Universität gehörenden Dörffer, deren sie 8 hat,<sup>98</sup> theils aus einigen zu

- 
- 76 Carl Otto Rechenberg (1689–1751), 1711 Professur an der Juristenfakultät, 1735 Hof- und Justizrat.
  - 77 Johann Florens Rivinus (1681–1755), 1701 Doktor beider Rechte, 1723 ordentlicher Professor der Rechtswissenschaften in Leipzig.
  - 78 Johann Gottfried Bauer (1695–1763), 1718 Doktor der Rechte in Altdorf, 1739 ordentlicher Professor der Rechte in Leipzig.
  - 79 Ferdinand August Hommel (1697–1765), 1719 Doktor der Rechte in Halle, seit 1734 verschiedene Professuren an der Juristenfakultät der Universität Leipzig.
  - 80 Friedrich Alexander Kühnhold (1693–1767), 1722 Professur des Natur- und Völkerrecht, später weitere Professuren an der Leipziger Juristenfakultät.
  - 81 Gottlieb Wilhelm Dinckler (1691–1751), 1721 ordentlicher Professor der Rechte in Leipzig.
  - 82 Johann Friedrich Höckner (†1745), 1722 Professor des Natur- und Völkerrechts in Leipzig.
  - 83 Johann Gottlieb Siegel (1699–1755), 1720 Doktor der Rechte, 1734 ordentlicher Professor des Lehnrechts in Leipzig.
  - 84 Augustin Friedrich Walther (1688–1746), seit 1723 Inhaber verschiedener medizinischer Professuren an der Universität Leipzig.
  - 85 Johann Zacharias Platner (1694–1747), 1721 außerordentlicher Professor der Anatomie und Chirurgie, 1724 ordentlicher Professor der Physiologie in Leipzig.
  - 86 Samuel Theodor Quellmalz (1696–1758), 1726 außerordentlicher Professor der Anatomie und Chirurgie, 1737 ordentlicher Professor der Physiologie, später weitere Professuren an der Leipziger medizinischen Fakultät.
  - 87 Johann Ernst Hebenstreit (1703–1757), 1729 Doktor der Medizin, 1731–1733 Leiter der von August dem Starken finanzierten Afrikaexpedition, 1733 Antritt der schon zuvor verliehenen ordentlichen Professur der Medizin in Leipzig.
  - 88 Adam Friedrich Petzold (1679–1761), 1722 ordentlicher Professor der Chemie in Leipzig.
  - 89 Johann Friedrich Christ (1700–1756), 1731 außerordentlicher Professor der Geschichte, 1739 ordentlicher Professor der Dichtkunst in Leipzig.
  - 90 Friedrich Menz (1673–1749), 1729 ordentlicher Professor der Poesie, 1739 Professor der Physik in Leipzig.
  - 91 Johann Erhard Kapp (1696–1756), 1731 Professor der Beredsamkeit in Leipzig.
  - 92 Christian August Hausen (1693–1743), 1714 außerordentlicher, 1726 ordentlicher Professor der Mathematik in Leipzig.
  - 93 August Friedrich Müller (1684–1761), 1714 Doktor der Rechte in Erfurt, 1731 außerordentlicher Professor der Philosophie, 1732 ordentlicher Professor des Organum aristotelicum in Leipzig.
  - 94 Georg Friedrich Richter (1691–1742), 1735 Professor der Moral und der Politik.
  - 95 Georg Philipp Olearius (1681–1741), 1713 Professor der griechischen und der lateinischen Sprache in Leipzig, 1724 Doktor der Theologie.
  - 96 Christian Gottlieb Jöcher (1694–1758), 1730 ordentlicher Professor für Philosophie, 1732 ordentlicher Professor für Geschichte.
  - 97 Carl Günther Ludovici (1707–1778), 1734 ordentlicher Professor der Philosophie, 1761 Professor des Organum aristotelicum in Leipzig.
  - 98 Über die Universitätsdörfer vgl. Otto, Hürner (Anm. 6), S. 140, Anm. 405.

Leipzig stehenden häusern, worunter das Pauliner Collegium eines der vornehmsten ist, indem davon so viel Miethe einkommt, daß ein jeder Professor davon jährlich 104 thl. einnimmt.

Denen armen Studenten kann durch die viele Stipendia ziemlich geholfen werden. Es hat die Universität 200 Stipendia, so electoralia genannt werden, zu vergeben, jedes a 30 Gulden. Außer diesen sind 9 Silberbecksche Stipendia, beÿ jeder facultät 3, eins a 150 thl, eins a 80, eins a 50 thl, so per Sortem ausgetheilt werden.<sup>99</sup> Hernach sind die Procuratur Stipendia, wozu die Einkünfte, derer vor der Reformation in Meißen gewesen Klöster, gewiedmet sind, deren Anzahl aber nicht gewiß ist, indem die determination derselben von der Sächsischen Regierung abhängt.

In der Communität sind 16 Tische, und an jedem 12 Personen. Sieben Tische sind gantz freÿ, und beÿ Achten, muß ein jeder Student, wöchentl. 6 g. zugeben, da hingegen beÿ einem Tisch ein jeder Student jährl. 15 thl. bekommt. Von dem H.n Professore Clausing vernahmen wir, daß anjetzo ein gewißer Mann, den er uns aber nicht genennet hat, der Universität 7000 thl. geschenkt, welche sie beÿ seinen und seiner frauen Lebzeiten, ihnen verinteressiren, nach beÿder tode aber, zur Aufrichtung eines Neuen Tisches in der Communität, gebrauchen soll.<sup>100</sup>

Die Collegia werden von denen Professoribus in denen publ. Auditoriis, in dem Pauliner Collegio gelesen, wozu sie durch ausdrückl. Königl. Befehl verbunden sind, wiewohl solches | S. 21 | von ihnen im Winter nicht observiret wird.

Die Bibliothecque der Universität, so auf dem Pauliner Collegio steht, ist sonderl. wegen der vielen Manuscripten berühmt. Es erzählte uns der H. D. Börner, daß anjetzo ein Manuscript Theodori Studitæ, nach Paris geliehen seÿ, weil die benedictiner Mönche des Studitæ opera ediren, und derowegen diß Manuscript, mit denen andern conferiren wollen.<sup>101</sup> Es hat zwar die Universität, diß Manuscript, sehr ungerne nach Paris abfolgen laßen; Allein sie sind, durch königl. befehl beÿ welchen der Cardinal Fleury<sup>102</sup> wegen dieses Mscpts Ansuchung gethan, dazu genöthiget worden. Es enthält diß Manuscript des Studitæ, welcher Sæculo 8 oder 9 Abt zu Constantinopel gewesen, lauter Predigten auf alle Sonn und fest= Tage in sich, die meisten theils Moralschen Inhalts sind. H. D. Börner hat in einem gedruckten Programme, von diesem Manuscript umständlich Nachricht gegeben.<sup>103</sup>

99 Gemeint sind die Sylversteinschen Stipendien, die von Rudolph Ferdinand Freiherr von Sylverstein und Pilnickau (1628–1720) ausgesetzt wurden. Die Modalitäten ihrer Vergabe entsprechen der Beschreibung Stoschs; vgl. Johann Daniel Schulze, Stipendien-Lexikon von und für Deutschland, 1. Teil, Leipzig 1805, S. 196 f.

100 Das Ehepaar Jakob Friedrich Amthor (1671–1743) und Magdalene Barbara, geb. Göring (1685–1751) hatte 1730 und 1737 Geld für Stipendien und Freitische in Höhe von fast 5800 Talern und 1739 erneut 2560 Taler für Freitische im Konvikt zur Verfügung gestellt. Von dem Geld sollten dem Ehepaar zu Lebzeiten 5 % Zinsen im Jahr überwiesen werden. Universitätsarchiv Leipzig, Rep. II/I Litt.A II 13 »Acta Die von H. Jacob Friedrich Amthorn, Hochfürstl. Brandenburg. Culmbach. Cammer=Commissario und deßen Ehe=Genoßin Fr. Magdalenen Barborn geborhner Göringin beÿ dem Convictorio zu Leipzig gestifteten Freÿ=Stellen betr.«. Über das Ehepaar und seine Stiftungen vgl. auch Friedrich Wilhelm Anton Layritz, Ausführliche Geschichte der öffentlichen und Privatstipendien für bayreuthische Landeskinder, Band 1, Hof 1804, S. 123–132.

101 Für ihre unvollendete und nicht erschienene Gesamtausgabe der Werke des Theodoros Studites (759–826) benutzten die Mauriner René-Prospere Tassin (1697–1777) und Charles-François Toustain (1700–1754) auch ein Leipziger Manuskript; vgl. zum Kontext Detlef Döring, Die Leipziger öffentlichen Bibliotheken des 18. Jahrhunderts als Faktoren des wissenschaftlichen Lebens, in: Leipziger Jahrbuch zur Buchgeschichte 13 (2004), S. 39–79, hier S. 61.

102 André Hercule de Fleury (1653–1743), 1698 Bischof von Fréjus, 1715 Lehrer des Königs Ludwig XV. (1710–1774), 1726 Premierminister und Kardinal.

103 Christian Friedrich Börner, Recitatio I De Theodoro Studita Eiusque Catechesium Codice Ms. Bibliothecae Acad. Lips. D. XV Maii A. MDCCXLIII, in: ders., Orationes et recitationes, Leipzig 1751, S. 231–242. Eine frühere Ver-

Es hat auch der Magistrat eine schöne Bibliothecque, die zwar, was die Manuscripte betrifft, von der Universitäts Bibliothecque übertroffen wird, aber einen desto größeren Vorrath von büchern hat, indem auch noch immer die vornemsten neuen Bücher auf selbiger angeschaffet werden

Auch ist das Medaillen Cabinet des Magistrats berühmt, wovon man einige Nachricht in dem, in der letzten Oster:Meße herausgegebenen Tractat Wachteri, *Archæologia nummaria* findet.

[*am Rand: 27*] Von Leipzig, haben wir den 27ten Maj: unsere Reise, weiter nach Halle fortgesetzt.

## Personenverzeichnis

Amthor, Jakob Friedrich (1671–1743) und Magdalene Barbara, geb. Göring (1685–1751),  
Stifter S. 114

Apel, Andreas Dietrich (1662–1718), Kaufmann S. 111

Baratier, François (1682–1751), Prediger S. 109

Baratier, Jean Philippe (1721–1740), Historiker S. 109

Bauer, Johann Gottfried (1695–1763), Professor der Rechtswissenschaften S. 113

Bentley, Richard (1662–1742), Professor der Theologie S. 108

Bernd, Adam (1676–1748), Pfarrer S. 110

Börner, Christian Friedrich (1683–1753), Professor der Theologie S. 107 f., 112, 114

Breitkopf, Bernhard Christoph (1695–1777), Verleger S. 107, Anm. 25

Carpov, Jakob (1699–1768), Rektor S. 105

Christ, Johann Friedrich (1700–1756), Professor der Dichtkunst S. 113

Coste, Pierre (1697–1751), Pfarrer S. 109

Deer, Wolfgang (1679–1753), Verleger S. 109

Deyling, Salomon (1677–1755), Superintendent, Theologieprofessor S. 108, 111 f.

Dinckler, Gottlieb Wilhelm (1691–1751), Professor der Rechtswissenschaften S. 113

Fleury, André Hercule de (1653–1743), Politiker und Kardinal S. 114

Gottsched, Johann Christoph (1700–1766), Professor der Philosophie S. 107, 113

Hausen, Christian August (1693–1743), Professor der Mathematik S. 113

Hebenstreit, Johann Christian (1686–1756), Professor der Theologie S. 106, 112 f.

Hebenstreit, Johann Ernst (1703–1757), Professor der Medizin S. 113

Hieronymus (um 347–420), Kirchenvater S. 108

Hoadley, Benjamin (1676–1761), Bischof S. 110

Höckner, Johann Friedrich (1745), 1722 Professor der Rechtswissenschaften S. 113

Hohmann, Peter (1663–1732), Bankier und Kaufmann S. 111

Hommel, Ferdinand August (1697–1765), Professor der Rechtswissenschaften S. 113

---

öffentlichung Börners zum Thema konnte nicht ermittelt werden, der Text von 1743 enthält auch keinen entsprechenden Verweis. Möglicherweise hat Börner das Programm gegenüber Stosch lediglich in Aussicht gestellt.

- Jöcher, Christian Gottlieb (1694–1758), Professor der Philosophie S. 110, 113
- Kapp, Johann Erhard (1696–1756), Professor der Beredsamkeit S. 113
- Klausing, Heinrich (1675–1745), Professor der Theologie S. 105, 106, 112, 114
- Koch, Michael (1677–1741), Kaufmann S. 111
- Künhold, Friedrich Alexander (1693–1767), Professor der Rechtswissenschaften S. 113
- Ludovici, Carl Günther (1707–1778), Professor der Philosophie S. 113
- Ludovici, Christian (1663–1732), Professor der Philosophie S. 107
- Luther, Martin (1483–1546) S. 109
- Menz, Friedrich (1673–1749), Professor der Dichtkunst, Professor der Physik S. 113
- Müller, August Friedrich (1684–1761), Professor der Philosophie S. 113
- Olearius, Georg Philipp (1681–1741), Professor der griechischen  
und der lateinischen Sprache S. 107, 109, 113
- Petzold, Adam Friedrich (1679–1761), Professor der Chemie S. 113
- Platner, Johann Zacharias (1694–1747), Professor der Medizin S. 113
- Quellmalz, Samuel Theodor (1696–1758), Professor der Medizin S. 113
- Rechenberg, Carl Otto (1689–1751), Professor der Rechtswissenschaften S. 113
- Richter, Georg Friedrich (1691–1742), Professor der Moral und der Politik S. 113
- Rivinus, Johann Florens (1681–1755), Professor der Rechtswissenschaften S. 113
- Romanus, Franz Conrad (1671–1746), Bürgermeister S. 111
- Rüdiger, Andreas (1673–1731), Mediziner und Dozent der Philosophie S. 106
- Schleußner, Friedrich Wilhelm (1709–1764), Pfarrer S. 111
- Schmid, Sebastian (1617–1696), Professor der Theologie S. 109
- Sieber, Urban Gottfried (1669–1741), Pfarrer, Professor S. 110, 112
- Siegel, Johann Gottlieb (1699–1755), Professor der Rechtswissenschaften S. 113
- Silverstein und Pilnickau, Rudolph Ferdinand von (1628–1720), Stifter S. 114, Anm. 99
- Tassin, René-Prospere OSB (1697–1777), Historiker S. 114
- Theodoros Studites (759–826), Abt S. 114
- Thomasius, Christian (1655–1728), Professor der Rechtswissenschaften S. 106
- Thümmig, Ludwig Philipp (1697–1728), Professor der Philosophie S. 107
- Toussaint, Charles-François OSB (1700–1754), Historiker S. 114
- Voltaire (François Marie Arouet) (1694–1778), Schriftsteller S. 110
- Wachter, Johann Georg (1673–1757), Philosoph, Sprachforscher S. 109 f., 115
- Walther, Augustin Friedrich (1688–1746), Professor der Medizin S. 113
- Winkler, Johann Heinrich (1703–1770), Professor der Philosophie S. 107, 110, 113
- Wittmann, Johann Conrad (1757), Gastwirt S. 105, 112
- Wolff, Christian (1697–1754), Professor der Philosophie S. 105, 107, 109
- Zedler, Johann Heinrich (1706–1751), Verleger S. 108 f.

## »Auf, jagt sie von dannen, Despoten, Tyrannen!« Leipziger Männergesangsvereine als Teil der bürgerlichen Bewegung im Vormärz

*Sebastian Nickel*

### Einleitung

Der deutschen Männerchorgesangsbewegung kam in der Zeit des Vormärz (1815–1848) innerhalb der Auseinandersetzung zwischen dem aufstrebenden liberalen Bürgertum und dem noch ständisch geprägten Staat eine wesentliche Rolle zu.<sup>1</sup> Da die angestrebte bürgerliche Lebensart mit ihren Wert- und Moralvorstellungen in der restaurativen und noch ständisch geprägten Gesellschaft kaum offen umgesetzt werden konnte, nutzte das liberale Bürgertum dafür das Vereinswesen, welches in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine große Blütezeit erlebte. Neben dem wichtigen Geselligkeitscharakter, der oft als Tarnung genutzt wurde, spielte die Politik dort eine zunehmende Rolle. Das fing bei den Vereinen der Turner an und setzte sich bald in denen der Sänger fort. Der Verein als bürgerlich-liberales Lebensmodell und Übungsfeld stellte somit das Verbindungsglied zwischen Musik und Liberalismus bzw. bürgerlicher Bewegung dar. Die Männergesangsbewegung war neben den Turnern und den Burschenschaften ein integraler Bestandteil der bürgerlichen Bewegung.

Männergesangsvereine haben ihre Ursprünge in der Aufklärung, im Freimaurertum, in der Romantik und nicht zuletzt in den Befreiungskriegen, die das Selbstverständnis und das Liedrepertoire der Sänger prägten.<sup>2</sup> Gerade im mitteldeutschen Gebiet<sup>3</sup> entwickelte sich nach 1815 eine bis in den ländlichen Raum hinein verbreitete

- 1 Spätestens seit der Habilitationsschrift des Historikers Dieter Düding, *Organisierter gesellschaftlicher Nationalismus in Deutschland (1808–1847). Bedeutung und Funktion der Turner- und Sängervereine für die deutsche Nationalbewegung* (Studien zur Geschichte des 19. Jahrhunderts 13), München 1984 setzte sich diese Erkenntnis zunächst in der Geschichtswissenschaft und dann durch Forschungen der Musikwissenschaftler Friedhelm Brusniak und Dietmar Klenke auch in der Musikwissenschaft durch.
- 2 Siehe dazu Dietmar Klenke, *Der singende »deutsche Mann«. Gesangsvereine und deutsches Nationalbewusstsein von Napoleon bis Hitler*, Münster, New York, München, Berlin 1998, S. 21–31.
- 3 Weder historisch-geographisch, sprachgeschichtlich noch wirtschaftshistorisch kann von einem homogenen Gebilde »Mitteldeutschland« die Rede sein. Nach Karlheinz Blaschke ist dies jedoch aus kulturhistorischer Sicht der Fall. Er spricht bezüglich des mitteldeutschen Raumes von einer konfessionellen Geschlossenheit, die weit bis in das 19. Jahrhundert bestehen blieb und die öffentliche Mentalität, Grundsätze in Schul- und Bildungspolitik, die weltliche Obrigkeit und das ganze moralische Wertssystem nachhaltig prägte. Siehe dazu Karlheinz Blaschke: *Kirche, Kultur und Bildung als Faktoren mitteleuropäischer Einheit*, in: Jürgen John (Hrsg.): »Mitteldeutschland«. Begriff – Geschichte – Konstrukt, Rudolstadt, Jena 2001, S. 217–228. Wenn in diesem Aufsatz von »Mitteldeutschland« die Rede ist, sind



und zunehmend vernetzte Männergesangsbewegung, die sich im Verlauf des Vormärz neben dem vorherrschend geselligen und künstlerischen Charakter zunehmend auch politisch artikuliert.<sup>4</sup> Ein Zentrum dieser Bewegung war Leipzig.

### Der Männerchorgesang in Leipzig bis 1848

Von Berlin (1809 Gründung der ersten deutschen Liedertafel unter Carl Friedrich Zelter) und der Schweiz (1810 in Zürich Gründung des ersten Schweizer Männergesangsvereins unter Hans Georg Nägeli) ausgehend,<sup>5</sup> erreichte die Sängerbewegung über Süddeutschland vom Süden und Berlin sowie der preußischen Provinz Sachsen vom Norden – abgesehen von der frühen Gründung der ersten Leipziger Liedertafel 1815 – am Ende der 1820er-Jahre Sachsen, wo sich nun verstärkt Männergesangsvereine bildeten.

Mit der Gründung der Leipziger Liedertafel im Jahr 1815 begann die Geschichte der Männergesangsbewegung in Leipzig.<sup>6</sup> Es folgte am 4. Juli 1822 die Gründung der Universitäts-Sängerschaft St. Pauli durch den Universitätsorganisten Traugott Wagner.<sup>7</sup> Dem akademischen Gesangsverein gehörten größtenteils Studenten der theologischen Fakultät an. Als nächster Männergesangsverein in Leipzig folgte der »Orpheus«, der am 9. September 1829 gegründet wurde.<sup>8</sup> Am 17. März 1833 gründete Carl Friedrich Zöllner<sup>9</sup> den »Ersten Zöllnerverein«. Im Zuge dieser Gründung und »Zöllners unermüdlicher Tätigkeit wuchs in allen Kreisen die Lust und Liebe zum Männergesang«<sup>10</sup>, und viele neue Gesangsvereine wie der »Arion«, der »Kurzweilly'sche« Verein und der »Ossian« konnten entstehen. Im Jahr 1840 konstituierte sich unabhängig vom ersten

damit die preußische Provinz Sachsen, die Anhaltischen Herzogtümer, das Königreich Sachsen und die Thüringischen Herzog- und Fürstentümer zwischen 1815 und 1848 gemeint.

4 Siehe dazu Sebastian Nickel, Männerchorgesang und die bürgerliche Bewegung 1815–1848 in Mitteldeutschland, Diss. (masch.), Universität Halle-Wittenberg, 2010.

5 Zu den Ursprüngen der deutschen Männergesangsbewegung in Berlin und Zürich siehe ebd., S. 59–61.

6 Zuvor bildeten sich nach dem Vorbild der Berliner Singakademie (gegr. 1791) mit der Leipziger Singakademie 1802 und der »Dreyssigschen Singakademie« in Dresden 1807 große gemischte Chorvereinigungen heraus. Zur Geschichte der Leipziger Liedertafel siehe ausführlich Eduard Mangner, Die erste Leipziger Liedertafel, in: Schriften des Vereins für die Geschichte Leipzigs 7 (1904), S. 55–123.

7 Die »Universitäts-Sängerschaft St. Pauli« in Leipzig gilt als die erste studentische Sängerschaft in Deutschland. Durch öffentliche Auftritte gewann der Männerchor hohes Ansehen und durfte sich seit 1840 an den Gewandhauskonzerten beteiligen. Siehe dazu ausführlich Richard Kötzschke, Die Universitätssängerschaft zu St. Pauli, Leipzig 1922.

8 Siehe Mangner, Leipziger Liedertafel (Anm. 6), S. 102. Der »Orpheus« wandelte sich aber schon im Jahr seiner Gründung in einen gemischten Chor um. Siehe Barthold Senff, Führer durch die musikalische Welt. Adressbuch, Chronik und Statistik aller Städte von Bedeutung, Leipzig 1868, S. 56.

9 Zu Zöllner siehe S. 127 f.

10 Mangner, Leipziger Liedertafel (Anm. 6), S. 102.

der »Zweite Zöllnerverein«.<sup>11</sup> Auch gründete Zöllner 1845 den »Gesellen-Gesangverein«, dem hauptsächlich Schumacher Gesellen angehörten.<sup>12</sup> Mit der »Jüngeren Liedertafel« spaltete sich 1838 eine eigenständige Vereinigung von der 1815 gegründeten Liedertafel ab. Am 13. Januar 1843 wurde der »Leipziger Männergesangsverein« unter der Leitung des Juristen Hermann Theobald Petschke mit insgesamt 25 Mitgliedern begründet.<sup>13</sup> Zu den zahlreichen sich lose privat zusammenfindenden Gesangsvereinigungen gehörten auch der »Schoch'sche Verein« und der »Quartettverein«, deren Geschichte ins Jahr 1842 zurückgeht. Beide verschmolzen 1845 zum »Odeon«, aus dem wiederum im Jahre 1848 die neue Leipziger Liedertafel hervorging.<sup>14</sup>

Name des Gesangsvereins	Gründungsdatum/-jahr
Leipziger Liedertafel	24.10.1815
Universitäts-Sängerschaft St. Pauli	4.7.1822
Männergesangsverein »Orpheus«	9.9.1829
»Erster Zöllnerverein«	17.3.1833
Jüngere Liedertafel	1838
»Zweiter Zöllnerverein«	17.3.1840
»Schoch'scher Verein« (sp. »Leipziger Liedertafel«)	1842
»Quartettverein«	1842
Leipziger Männergesangsverein	13.1.1843
Gesellen-Gesangsverein	1845
»Odeon« (sp. »Leipziger Liedertafel«)	1845 (1848)

#### *Männergesangsvereine in Leipzig bis 1848*

Neben einem reichen Vereinsleben konnte Leipzig auch für sich in Anspruch nehmen, dass hier der Boden für eine gesamtsächsische Männergesangsbewegung bereitet wurde. Auslöser dafür war die Aufführung von Felix Mendelssohn Bartholdys »Gutenberg-Kantate« unter dessen Leitung zur Gutenbergfeier 1840 in Leipzig.<sup>15</sup> Über

11 Rudolf Hänsch, Der Liedermeister Carl Friedrich Zöllner (1800–1860). Eine Darstellung seines Lebens und Wirkens nach Briefen und zeitgenössischen Quellen, Dresden [1926], S. 68.

12 Ebd.

13 Die musikalische Leitung hatte der promovierte Jurist und Komponist Petschke (1806–1888) bis zum 1. Juni 1855 inne. Im Jahr 1847 hatte dieser Gesangsverein 82 Mitglieder. Siehe Senff, Führer durch die musikalische Welt (Anm. 8), S. 64 f.

14 Zu diesen Vereinen siehe S. 133 ff.

15 So wurde in einem Bericht der »Sächsischen Vaterlandsblätter« vom 18. August 1842 anlässlich des 1. Sächsischen Männergesangsfestes in Dresden bedauert, dass zwar »unter Mendelssohn's Leitung beim Gutenbergfeste in Leipzig [durch] das »Vaterland, in deinen Gauen brach der Tag des Lichtes an« [die vereinende Kraft des Männergesanges zwar] schon kräftig hinaus[getragen wurde], aber das erste ge-

300 Sänger von mehreren Leipziger Männergesangsvereinen nahmen an der Aufführung teil, in der u. a. die Forderung nach Pressefreiheit gestellt wurde.<sup>16</sup>

## Die Leipziger Liedertafel von 1815

Die 1815 gegründete Leipziger Liedertafel gab als älteste Männergesangsvereinigung in Leipzig Orientierung für nachfolgende Gesangsvereine im mitteldeutschen Raum.

### Gründung, Geschichte und Mitglieder

Die Leipziger Liedertafel wurde am 24. Oktober 1815 in der Wohnung ihres Stifters Jacob Bernhard Limburger (1770–1847) ins Leben gerufen.<sup>17</sup>

Mit einer herausgehobenen gesellschaftlichen Stellung und einer zahlenmäßigen Beschränkung der Mitglieder folgte die Leipziger Liedertafel dem Berliner Vorbild Zelters. Bei der Anzahl der Mitglieder, die in Berlin 25 betrug, beschränkte sich Limburgers Sängerverein von Anfang bis zum Ende seines Bestehens auf den Kernbestand von zwölf Personen, den sogenannten »Zwölfen auf Lebenszeit«.<sup>18</sup> Dadurch unterschied sich die Leipziger Liedertafel von anderen Liedertafeln, die früher oder später die Anzahl der Mitglieder erweiterten oder die Begrenzung ganz abschafften. Daher ist zu konstatieren, dass die Liedertafel im Laufe ihres über 30-jährigen Bestehens insgesamt nur 23 aktive und mit Felix Mendelssohn Bartholdy<sup>19</sup> nur ein Ehrenmitglied aufwies.<sup>20</sup> Diese Selbstbeschränkung sollte dem Gedeihen des Vereins besonders zuträglich sein und dem Anspruch genügen, eigene Liedtexte und Vertonungen zu schaffen. Dazu bedurfte es laut Mangner eines »traulich freundschaftlichen Verhältnisses«, in dem jeder Standesunterschied vorübergehend außer Kraft gesetzt wird, damit jeder im vertrauten intimen Kreis eigene poetische oder kompositorische

---

meinsame sächsische Gesangsfest bis 1842 auf sich warten ließ. Siehe Sächsische Vaterlandsblätter, Nr. 99 vom 18. August 1842, S. 403.

16 Zur Gutenbergfeier 1840 in Leipzig, die die größte ihrer Art in Deutschland war, siehe Sebastian Nickel, Mendelssohns »Festgesang für Männerchor und Orchester« als Beitrag zum Gutenbergfest 1840 in Leipzig, Magisterarbeit (masch.), Universität Halle-Wittenberg, 2003.

17 Mangner, Leipziger Liedertafel (Anm. 6), S. 68.

18 Siehe § 2 der Statuten vom August 1820 in: Gesetze der am 24. October 1815 gestifteten Liedertafel in Leipzig, Leipzig o.J., S. 5 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Musik- und Theatersammlung [MK 170]). Erst wenn ein »Zwölfer« durch Wegzug, Abwahl oder Tod aus der Liedertafel ausschied, konnte ein weiteres Mitglied, je nach der Reihenfolge ihres Eintritts, in diesen erlauchten Kreis nachrücken. Siehe ebd.

19 Zu Mendelssohn und der Leipziger Liedertafel siehe Nickel, Männerchorgesang in Mitteldeutschland (Anm. 4), S. 252–254.

20 Siehe dazu Gesänge der Liedertafel zu Leipzig. Als Manuscript für die Mitglieder, Leipzig [1838], S. 1.

Werke ohne falsche Bescheidenheit einbringen konnte.<sup>21</sup> Dieses Kalkül scheint mit 163 bis 1836 aus dem Kreis der Liedertafel gedichteten bzw. komponierten Liedern<sup>22</sup> durchaus aufgegangen zu sein. Jedoch hat diese Abgeschlossenheit zum einen auch dazu beigetragen, dass die »Zöllnerschen Vereine« einen regen Zulauf erhielten. Zum anderen dürfte darin auch die Ursache zu finden sein, dass sich 1838 die »Jüngere Liedertafel« abzweigte und das Vereinsleben der älteren Vereinigung seit 1836 sukzessive erlahmte. Am 28. März 1842 fand die 292. und letzte offizielle Versammlung der Liedertafel statt. Danach trafen sich die Mitglieder nur noch sporadisch, bis mit dem Tod Limburgers am 26. Februar 1847 die Tätigkeit der alten Leipziger Liedertafel endgültig erlosch.

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten neben Limburger der Kaufmann und Wachstuchfabrikant sowie Chronist der Leipziger Liedertafel Wilhelm Friedrich Kunze (1785–1862), der Philosophieprofessor und Musikkritiker Johann Amadeus Wendt (1783–1836), der Dichter und Musikschriftsteller Johann Friedrich Rochlitz, der Komponist Friedrich Schneider (1786–1853),<sup>23</sup> der Komponist, Musiktheoretiker und Theologe Gottfried Wilhelm Fink (1783–1846), der Gewandhauskapellmeister Johann Christian Schulz (1773–1827), der Bankier Wilhelm Gotthelf Ernst Seyfferth (1774–1832), der Jurist und königliche Regierungsrat Heinrich Dörrien (1787–1858), der Medizinprofessor Christian Adolf Wendler (1783–1862), der Arzt Carl Friedrich Gustav Klug (1774–1821) und der Kaufmann Adolph Schlesinger (gest. 1830).<sup>24</sup>

Bei der Betrachtung der Mitglieder fällt auf, dass es sich um einen exklusiven Zirkel handelte, dessen Kristallisationskern in der Direktion der Gewandhauskonzerte lag – sieben der »Urzwölfer« gehörten ihr an. Mit Friedrich Schneider hatte die Liedertafel einen bedeutenden Komponisten in ihren Reihen. Friedrich Rochlitz und Gottfried Wilhelm Fink waren Chefredakteure der *Allgemeinen Musikalischen Zeitung*,

21 Mangner, Leipziger Liedertafel (Anm. 6), S. 62. Diese anvisierte Unbefangenheit fand jedoch mit dem Eintritt Felix Mendelssohn Bartholdys 1835 ein jähes Ende. Siehe Erinnerungs-Blätter an die erste Liedertafel in Leipzig, gestiftet 1815 von Jacob Bernhard Limburger, gesammelt 1861 von W[ilhelm] F[riedrich] Kunze, Ms., S. 104 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Musik- und Theatersammlung [MK 170]).

22 Siehe Gesänge der Liedertafel (Anm. 20).

23 Zu Schneider in Leipzig siehe Gernot M. Mohs, Friedrich Schneider und seine Beziehungen zu Leipzig, in: Mitteilungen des Vereins für Anhaltische Landeskunde 18 (2009), S. 159–181.

24 Zu den »Urzwölfen« siehe Nickel, Männerchorgesang in Mitteldeutschland (Anm. 4), S. 107–110. Die weiteren nachrückenden Mitglieder der Liedertafel bis 1838 waren der Verleger Karl Friedrich Ennoch Richter (1816), der Musikverleger Wilhelm Härtel (1817), der Jurist Theodor Alexander Platzmann (1824), der Generalkonsul Gustav Moritz Clauß (1824), Carl Albert Hering (1826), der Justizrat und Mitglied der Gewandhausdirektion Heinrich Conrad Schleinitz (1826), der Mediziner und Leipziger Theaterdirektor (1845–1848) Carl Christian Schmidt (1827), der Musikverleger Carl Friedrich Kistner (1830), der Chirurg Prof. Ernst August Carus (1832), der Kaufmann und Mitglied der Gewandhausdirektion Gustav Ludwig Preußner (1834), der Jurist und Landwirt Heinrich Wilhelm Ernst Crusius (1835) und der Jurist Adolf Emil Wendler (1838).

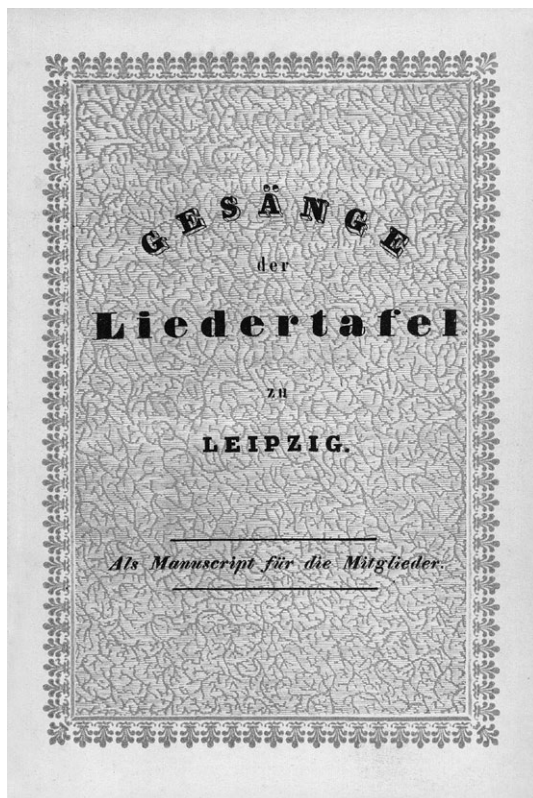


Abb. 1: Liederbuch der Leipziger Liedertafel (TbI.) (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Musik- und Theatersammlung [MK 170])

des führenden Fachmagazins für Musik in Deutschland, und setzten auch mit musiktheoretischen und musikhistorischen Veröffentlichungen wissenschaftliche Maßstäbe. Neben diese musikalischen Autoritäten traten drei Mediziner und drei Kaufmänner als musikalische Dilettanten in die Liedertafel ein.

#### Lieder und Liedtexte

Nach den Statuten war jedes Mitglied verpflichtet, neu aufgenommene Lieder in seine Stimmbücher einzutragen. Diese Verfahrensweise wurde auch weitergeführt, nachdem bis 1819 vier Hefte mit Gesängen der Leipziger Liedertafel bei Peters gedruckt wurden. Der letzte nachweisbare Druck von Liedern, die von eigenen Liedertaflern komponiert wurden, erschien im Jahr 1838.<sup>25</sup> Darin gibt es für alle 163 Lieder jeweils eine Angabe zum Komponisten und zum Textdichter.

<sup>25</sup> Gesänge der Liedertafel (Anm. 20).

Der Charakter der in diesem Liederbuch enthaltenen Lieder gibt einen Querschnitt allgemeiner Männerchorliteratur wieder. So machen die geselligen Lieder den Großteil der Gesänge aus. In den Wein-, Trink-, Tisch- und Scherzliedern werden die Liebe und die Freundschaft, die Natur und der Wein besungen. Daneben sind auch ernste Gesänge enthalten, in denen Tod und Abschied, Schmerz und Leid, Glauben und Hoffnung thematisiert werden. Auch Vaterlandslieder dürfen nicht fehlen, obgleich diese mehr der sächsischen Heimat als dem ersehnten einigen deutschen Vaterland gewidmet sind.<sup>26</sup>

Insgesamt gesehen, stellen Lieder, die für unser Thema von Bedeutung sind, einen geringen Prozentsatz dar. Die meisten zeichnen sich durch einen geselligen, den heiteren, edlen Lebensgenuss preisenden Inhalt aus. Von den Liedern, die über den geselligen Rahmen hinaus politische Aspekte ansprechen, sollen nun zwei Lieder exemplarisch herausgegriffen werden.

Eines davon trägt den Titel »Je länger je lieber«, welches von Kunze komponiert und von Karl Friedrich Burdach gedichtet wurde.<sup>27</sup> In diesem Gesang werden verschiedene Toasts auf die Säulen der Männergesangsbewegung ausgebracht. So steht hier an erster Stelle die in der zweiten Strophe besungene Freundschaft. Sie ist das Band, das den Gesangsverein zusammenhält. Der nächste Toast in der dritten Strophe widmet sich der Liebe, verbunden mit dem Lob der hinter den Liedertaflern stehenden Frauen. In der vierten Strophe wird die Wahrheit besungen:

»4. Zum dritten der Wahrheit, die rein wie das Licht  
der Sonne die Nebel zerstreuet!  
Wer wandelt die Pfade des Rechts und der Pflicht,  
den schützen die Götter, er fürchtet sich nicht,  
wenn zürnend das Schicksal ihn dräuet.  
[Refr.] Uns leitet die Wahrheit mit weiserem Sinn,  
je länger je lieber durchs Leben dahin.«<sup>28</sup>

Die Wahrheit wird hier als Richtschnur für das Leben angesehen. Auch wenn äußere Umstände, seien diese privater oder politischer Natur, das Streben nach Wahrheit behindern, sollte dieser Weg nicht verlassen werden. Wer seine Rechte und Pflichten

26 Siehe dazu in: *Gesänge der Liedertafel* (Anm. 20), Nr. 121: »Der Sachsen Vaterland« von Heinrich Dörrien und Siegfried August Mahlmann und Nr. 64: »Unserm Könige, dem Jubelgreis« von Dörrien und Christian Adolf Wendler.

27 Siehe Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Musik- und Theatersammlung (MK 172), [3 Stimmbücher], jeweils Nr. 37. Der Textdichter war vermutlich der Anatom und Physiologe Karl Friedrich Burdach, der in Leipzig Medizin studierte und dort 1808 in die Loge »Minerva zu den drei Palmen« eintrat. Zu Burdach siehe Carl Voigt, Burdach, Karl Friedrich, in: *Allgemeine Deutsche Biographie* 3 (1876), S. 578–580 und Karl Friedrich Burdach, *Rückblick auf mein Leben. Selbstbiographie*, Leipzig 1848.

28 Siehe Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Musik- und Theatersammlung (MK 172), [3 Stimmbücher], jeweils Nr. 37 (Hervorhebung im Original).



achtet, den können keine Schicksalsschläge aus der Bahn werfen. Dass dies nicht nur für die Untertanen, sondern auch für die Herrschenden gilt, zeigt die nächste Strophe, in der der Freiheit ein Hoch ausgebracht wird:

»5. Zum vierten der Freiheit, was frommt und was nützt,  
zu denken, zu reden, zu schreiben!  
Hoch lebe die Freiheit!, sie schirmt und schützt  
der Mächtigen Thronen, wenn's stürmt und blitzt,  
die Bösen nur mögen nicht bleiben.

[Refr.] Hoch lebe je länger je lieber der Mann,  
der frei sich die Herzen durch Liebe gewann!«<sup>29</sup>

Am Anfang dieser Strophe wird eindeutig der Meinungs- und Pressefreiheit das Wort geredet. Wirklich frei ist nur der, der die Möglichkeit hat, alles, was er denkt, auch frei auszusprechen, aufzuschreiben und auch verbreiten zu können. Nur wenn diese Freiheiten gegeben sind, sind »der Mächtigen Throne« sicher, auch »wenn's stürmt und blitzt«. An dieser Stelle spielt der Textdichter auf die allgemeine Revolutionsangst der Fürstenhäuser seit der Französischen Revolution von 1789 an, die bei jeglicher freiheitlichen Regung von neuem aufflackerte. Der mutmaßliche Textdichter Burdach, der 1814 einem Ruf als Professor für Anatomie nach Königsberg folgte, beteiligte sich 1841 an der Subskription von Johann Jacobys »Vier Fragen«<sup>30</sup>, um diese Schrift mit einer Petition um Beantragung von Reichsständen dem Landtag zu übergeben. Mit der Unterstützung dieser radikalen Schrift versprach sich Burdach eine Beschränkung der persönlichen Willkür in der Staatsverwaltung und eine Kontrolle der Beamten. Für ihn hatte jeder gebildete Staatsbürger das Recht, »sein Urtheil und seine Wünsche in Betreff der Einrichtungen des Staats öffentlich aussprechen«.<sup>31</sup> Diese Haltung findet in diesem Lied ihren deutlichen Ausdruck.

<sup>29</sup> Ebd. (Hervorhebung im Original).

<sup>30</sup> Johann Jacoby, *Vier Fragen* beantwortet von einem Ostpreußen. Mannheim 1841. Der Arzt und preußische Politiker Jacoby (1805–1877) setzte sich als Jude seit 1833 für die Judenemanzipation ein und artikuliert in dieser folgenreichen Schrift offen die Forderungen der bürgerlichen Oppositionsbewegung, an politischen Entscheidungen teilhaben zu können. Dabei forderte er die Einführung einer Verfassung in Preußen und beruft sich dabei auf das Versprechen von Friedrich Wilhelm III. vom 22. Mai 1815. Dafür wurde er wegen Hochverrats verurteilt, aber danach freigesprochen. Zu Jacobys politischer Tätigkeit siehe Walter Grab, *Der deutsch-jüdische Freiheitskämpfer Johann Jacoby*, in: Walter Grab, Julius H. Schoeps (Hrsg.), *Juden im Vormärz und in der Revolution von 1848* (Studien zur Geistesgeschichte 3), Stuttgart, Bonn 1983, S. 352–374.

<sup>31</sup> Burdach, *Rückblick auf mein Leben* (Anm. 27), S. 451.





Abb. 2: »Die Maikäfer« von Johann Karl Friedrich Rex und Friedrich Förster (Hochschule für Musik und Theater »Felix Mendelssohn Bartholdy« Leipzig, Bibliothek/Archiv, MS 24, Bl. 21r)

Der Chorgesang »Die Maikäfer« von Johann Karl Friedrich Rex<sup>32</sup> auf einen Text von Friedrich Förster<sup>33</sup> wurde in der Liedertafel im März 1821 zum ersten Mal gesungen und beim dritten Mal Ende Mai 1821 einstimmig ins Fremdenbuch aufgenommen.<sup>34</sup>

32 Der königliche Musikdirektor Johann Karl Friedrich Rex (geb. 1780) war seit 1813 Kantor an der Dreifaltigkeitskirche und Gesangslehrer am Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Berlin. Siehe Robert Eitner, Biographisch-bibliographisches Quellen-Lexikon der Musiker und Musikgelehrten der christlichen Zeitrechnung bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts 8 (1903), S. 200 f.

33 Der Schriftsteller und Historiker Christoph Friedrich Förster (1791–1868) trat zusammen mit Theodor Körner Mitte März 1813 in das Lützowsche Freikorps ein. Nach den »Befreiungskriegen« ließ er sich in Berlin nieder und stand dort über Jahrzehnte im Mittelpunkt bedeutender literarischer und gesellschaftlicher Kreise, so u. a. auch als Mitglied der jüngeren Berliner Liedertafel. Nach einem Aufsatz mit dem Titel »Über die geschichtliche Entwicklung der Verfassung Preußens« für Heinrich Ludens Zeitschrift »Nemesis« im Jahr 1817 wurde Förster vor ein Kriegsgericht gestellt und 1819 aus dem königlichen Dienst entlassen. Zu Förster siehe Klaus Peterlein, Dem Dichter der Befreiungskriege, dem Schriftsteller und Historiker Dr. Friedrich Förster (1791–1868) zum 210. Geburtstag, Eckolstädt 2001.

34 Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Musik- und Theatersammlung (MK 171), Protokoll der Liedertafel, Band II, S. [47] und [49].

Die Maikäfer werden hier als Metapher für das Volk verwendet, das sich in seinem Freiheitsdrang nicht einschränken lassen will.<sup>35</sup> Wie sich Maikäfer im Frühling – hier ist der ersehnte politische Frühling gemeint – nicht vorschreiben lassen, was sie zu tun und zu lassen haben, möchte auch das deutsche Bürgertum seine gesellschaftlichen und politischen Ziele ohne staatliche Einschränkung verfolgen dürfen. Die Maikäfer können sich mit ihren Lieben in der Natur frei bewegen und sich überall zu ihrem Tun niederlassen: »Und ist's ihm hier nicht recht, / wird anderswo gezecht.« (Str. 4). Diesem Vorbild eines freien, unbeschränkten Lebens wollen die Sänger auch gern frönen: »So auch nach Käfern Art / Wir halten unsre Fahrt! / Wir loben uns ein Liebchen / Und was im Oberstübchen.« (Str. 5) Das ist aber in der Lebenswirklichkeit der Reaktionszeit nach den Karlsbader Beschlüssen nicht realisierbar und nur im geschlossenen Rahmen eines Männergesangvereins in gewissem Umfang möglich. Daher findet in der sechsten und letzten Strophe unvermittelt ein politischer Gegenwartsbezug statt, in dem fehlende Freiheit im öffentlichen Leben angeprangert und die Gewährung von vollgültigen Freiheitsrechten vom König eingefordert wird:

»Werd ich Geheimer Rath  
Ich sag's dem König grad  
Das Volk will Freiheit üben,  
bei vollem Becher lieben.«<sup>36</sup>

Mit diesen Worten spielt der Textautor auf das in den »Befreiungskriegen« gegebene Versprechen der Fürsten, die Bevölkerung an den öffentlichen Angelegenheiten des Staates zukünftig partizipieren zu lassen, an. Förster möchte sich dabei nicht mit halberherzigen Kompromissen abgespeist wissen. Die gewährten bürgerlichen Freiheiten sollten vollständig sein: »Das Volk will Freiheit üben, / bei vollem Becher lieben.« (Str. 6) Auch in Sachsen war man am Anfang der 1820er-Jahre noch weit von einem Verfassungs- und Rechtsstaat entfernt. Erst in der Folge der Julirevolution von 1830 wurde im Jahre 1831 die erste sächsische Verfassung eingeführt.<sup>37</sup> Die Mitglieder der Leipziger Liedertafel hatten also allen Grund, gemeinsam in dieses Lied einzustimmen.

35 Zur Verwendung von politisch motivierten Tiermetaphern im Vormärz siehe Hans-Wolf Jäger, *Politische Metaphorik im Jakobinismus und im Vormärz* (Texte Metzler 20), Stuttgart 1971, S. 41–43.

36 Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, Musik- und Theatersammlung (MK 173), [Liederbuch Basso I], Nr. 21.

37 Siehe dazu Karlheinz Blaschke, *Die sächsische Verfassung von 1831 als Epochengrenze*, in: ders., *Beiträge zur Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte Sachsens* (Schriften zur sächsischen Geschichte und Volkskunde 5), hrsg. von Uwe Schirmer, André Thieme, Leipzig 2002, S. 575–587.

## Die Zöllnerschen Gesangsvereine

Wie kaum ein anderer hat der Gesangslehrer, Komponist und Chorleiter Carl Friedrich Zöllner<sup>38</sup> die Entwicklung des Männerchorgesanges in Sachsen und darüber hinaus beeinflusst und maßgeblich mitbestimmt. Durch ihn wurde die Tradition des weltlichen Männerchorgesanges in Sachsen zwar nicht begründet, aber auf eine breitere gesellschaftliche Basis gestellt. Während die alte Leipziger Liedertafel auf wenige, der Leipziger Honoratiorenschicht zugehörige Personen beschränkt blieb, öffnete Zöllner den Männerchorgesang für mittel- und kleinbürgerliche Schichten der Bevölkerung. Er popularisierte den Männerchorgesang unter folgendem Anspruch: »Die Tonkunst sollte nicht mehr für einen kleinen Kreis Bevorzugter sein, sie sollte in das Volk dringen und Gemeingut aller werden!«<sup>39</sup>

### Carl Friedrich Zöllner

Carl Friedrich Zöllner wurde als Sohn eines Schulrektors 1800 in Mittelhausen (bei Sangerhausen) geboren. Er war Schüler an der Leipziger Thomasschule und studierte Theologie, bevor er sich 1822 ganz der Musik widmete. Nach kurzzeitiger kompositorischer Arbeit auf dem Gebiet der Kirchenmusik unter dem Einfluss Schichts wendete sich Zöllner seit der Zeit um 1830 ausschließlich dem Männerchorgesang zu. Die Herausgabe seines »Ersten Liederheftes für Männerstimmen« Anfang 1833 bei Kistner in Leipzig war die Initialzündung zur Gründung des ersten »Zöllnervereins«, dem 1840 ein weiterer folgte.<sup>40</sup> Weitere Männerchorgründungen in Leipzig kamen hinzu. Nach seinem Tod 1860 konstituierte sich 1861 der »Zöllnerbund« in Leipzig, dessen Zweck das Gedächtnis Zöllners und die Pflege des vierstimmigen Männergesanges war.<sup>41</sup> Zöllner war nicht nur als Komponist, sondern auch als Herausgeber von Männerchorgesängen tätig. Von 1842 bis 1853 gab er insgesamt fünf Bände des »Orpheus« – der ersten und bedeutendsten Sammlung von mehrstimmigen Männerchorliedern in Mitteldeutschland – heraus.<sup>42</sup> Neben Friedrich Schneider, mit dem er

38 Zu Zöllners Leben und Werk siehe Hänsch, Zöllner (Anm. 11); Richard Kötzschke, Carl Zöllner, in: *Sächsische Lebensbilder* 2 (1928), S. 416–423 und Hans Rectanus, Zöllner, Carl Friedrich, in: *Musik in Geschichte und Gegenwart* 2, Personenteil 17, 2007, Sp. 1548 f.

39 Zitiert nach Friedrich Schmidt, *Das Musikleben der bürgerlichen Gesellschaft Leipzigs im Vormärz (1815–1848)*, Langensalza 1912, S. 155.

40 Zu den »Zöllnervereinen« siehe Senff, *Führer durch die musikalische Welt* (Anm. 8), S. 66–68.

41 Ebd., S. 70–72.

42 Hänsch, Zöllner (Anm. 11), S. 84. In 14 Folgen wurden seit Mitte der 1830er-Jahre 485 Kompositionen verschiedener Komponisten veröffentlicht. Diese Sammlung wurde über Mitteldeutschland hinaus bekannt und geschätzt und so über einen Zeitraum von 15 Jahren zum »Spiegelbild der verfügbaren Literatur«. Siehe Gerhard Schmidt, *Der deutsche Männerchorgesang im 19. Jahrhundert. Ziele, Organisation und gesellschaftliche Auswirkung, insbesondere auf die musikalische Laienbildung*, Dissertation (masch.), Universität Halle-Wittenberg, 1962, S. 123.

freundschaftlich verkehrte, kann Zöllner als die führende Persönlichkeit auf dem Gebiet des Männerchorwesens in Mitteldeutschland im 2. Drittel des 19. Jahrhunderts bezeichnet werden. Er wirkte nicht nur als Komponist, sondern auch als geschätzter und gefeierter Dirigent und Organisator von Musik- und Gesangfesten im mitteldeutschen Raum.<sup>43</sup> Seine Kompositionen für den vierstimmigen Männerchor blieben meist überwiegend der einfachen strophischen Liedform verhaftet. Thematisch umfassten Zöllners Männerchorgesänge neben einem Großteil an gesellig-heiteren Liedern auch weihvoll-ernste, religiöse und vaterländisch-nationale Inhalte.

#### Das Lied »Die deutschen Bundesstaaten« (op. 11)

Ein Lied, welches politische Bezüge zur Zeit des Vormärz aufweist und einen größeren Bekanntheits- und Verbreitungsgrad erlangt hat, ist der Gesang »Die deutschen Bundesstaaten«.<sup>44</sup> Dieser vierstimmige Männerchorgesang spielte auf die Zersplitterung Deutschlands in 39 Bundesstaaten an. Erstmals öffentlich erklang dieser Gesang am 3. Juli 1847 bei der Versammlung der »Zöllnervereine« im Leipziger Tivoli. Dort wurde er »mit dem durch die Rücksicht auf die Censur gebotenen veränderten Schluß bereits von gedruckten, aber noch nicht durch das Feuer der Censur gegangenen Exemplaren gesungen«.<sup>45</sup> Die Zensur erkannte also schnell die inhaltliche Brisanz dieses Liedes.

Auf dem Titelblatt ist unter dem Titel der Zusatz »Cantus memorialis« zu finden. Dieser Gesang sollte also ausdrücklich noch einmal die Zersplitterung Deutschlands vor Augen führen. Nach einem eröffnenden Teil im »Andante maestoso«, in dem gefragt wird, wie das deutsche Vaterland heißt, werden ab Takt 17 alle 1847 bestehenden deutschen Bundesstaaten aufgezählt. Dies geschieht in erster Linie nach der jeweiligen Landesgröße. So stehen im ersten Block Österreich und Preußen am Anfang, die beiden Mecklenburger Großherzogtümer bilden den Schluss. Im zweiten Block finden die thüringischen und anhaltischen Kleinstaaten, das Großherzogtum Oldenburg sowie das Herzogtum Holstein Erwähnung. Im dritten Abschnitt werden die kleinsten Territorien wie Braunschweig-Wolfenbüttel und Schaumburg-Lippe genannt. Am Schluss der Aufzählung stehen die freien Städte Frankfurt, Bremen, Hamburg und Lübeck.

43 Die große Wertschätzung des Komponisten, die weit über den mitteldeutschen Raum hinausreichte, lässt sich anhand von 23 Ehrendiplomen, so u. a. durch die Gesangsvereine in Würzburg und Heidelberg (1843), Mainz (1847) und Wien (1849), ablesen. Siehe dazu A[ugust] Schumann, Zöllners Tagebuchaufzeichnungen, Briefe und Zeugnisse, Leipzig o. J., Ms., Bl. 152r–156r.

44 Die Komposition wurde 1847 bei Stoll in Leipzig gedruckt.

45 Schumann, Zöllners Tagebuchaufzeichnungen (Anm. 43), S. 211. Mit der angesprochenen Veränderung am Schluss ist wahrscheinlich die Annotation »Osterferien 1847« zu verstehen, die sich auf das vorletzte Wort »Ferien« bezieht.

Abb. 4: »Die deutschen Bundesstaaten« (op. 11) von Carl Friedrich Zöllner (Vogtlandmuseum Plauen, Musiksammlung, Sammelmappe 3.20)

<sup>46</sup> Kurprinz Friedrich Wilhelm I. von Hessen-Kassel (1802–1875) wurde am 30. September 1831 von seinem Vater, dem Kurfürst Wilhelm II., zum Mitregenten ernannt. Von 1847 bis zur preußischen Okkupation Kurhessens im Jahr 1866 war er Kurfürst von Hessen. De facto übte er jedoch schon vorher die Amtsgeschäfte aus. Zu Friedrich Wilhelm I. siehe Karl Wippermann, Friedrich Wilhelm I., in: Allgemeine Deutsche Biographie 7 (1878), S. 528–535.

47 Carl Friedrich Zöllner, *Die deutschen Bundesstaaten*, Leipzig 1847, S. 3 (Takt 81–103).



Erwähnung des kurhessischen Kurprinzen plastisch vor Augen und so seine Kritik daran auf die Spitze.

Als letztes kommt Zöllner in seiner Komposition auf Frankfurt/M. als Sitz des Deutschen Bundes zu sprechen: »Und Frankfurt heißt die freie Stadt, / worin der Bund jetzt Ferien hat.« (T. 108–115) Das Wort »Ferien« wird in einer Anmerkung mit »Osterferien 1847« erläutert. Diese Annotation war eine Reaktion auf die Zensur. Der Zensor hatte die wirkliche Bedeutung des Wortes erkannt. Mit »Ferien« in Bezug auf den Deutschen Bund ist gemeint, dass der Deutsche Bund seinen wirklichen Aufgaben nicht nachkommt. Diese sollten nach Zöllner in erster Linie in der Aufhebung der aberwitzigen Zersplitterung Deutschlands und in der Herstellung eines einheitlichen deutschen Staates liegen. Weiterhin dürfte sich der Vorwurf der Untätigkeit des Bundes nicht zuletzt auf die fehlende Gewährung von politischer Mitbestimmung und bürgerlichen Rechten bezogen haben.

Die Komposition traf den Nerv der Zeit, wie sein Freund und Biograph August Schumann in seinen Notizen über Zöllner bemerkte. Auch wenn sich die Anzahl der deutschen Staaten im Laufe der Zeit verringerte, »so behielt doch die frei sarkastische Composition ihr Interesse und ward von den Sängern gern gesungen, vom Publikum gern gehört, namentlich in der vormärzlichen Zeit.«<sup>48</sup>

Die »Zöllnervereine« während und nach der Revolution 1848/49  
Während der Revolution 1848/49 wurden auch die »Zöllnervereine« von einer starken Politisierung erfasst, die ein geregeltes Vereinsleben unmöglich machte. Dieser Umstand überrascht nicht, da die Vereinstätigkeit »stets von echt liberaler Gesinnung erfüllt war«.<sup>49</sup> Nach Schumann »überflügelte [die Politik] die Musik und im schwachbesuchten Vereine wurde über die damals sich drängenden Ereignisse politisiert [...]«.<sup>50</sup> Ein Zeichen dafür war ein Hut mit einem schwarz-rot-goldenem Band, den die Sänger ihrem Dirigenten zu dessen 48. Geburtstag am 17. März 1848 schenk-

48 Siehe Schumann, Zöllners Tagebuchaufzeichnungen (Anm. 43), S. 211. Auch andere Leipziger Männergesangsvereine nahmen die »Bundesstaaten« in ihr Repertoire auf, wie z. B. der »Odeon« und die 1842 gegründete Leipziger Liedertafel. Letztere führte den Gesang am 15. Dezember 1847 bei einem Kränzchen im Saal der Europäischen Börsenhalle in der Katharinenstraße auf. Siehe Guido Reusche, Franz Hartung (Hrsg.), Chronik der Leipziger Liedertafel. Zur Feier ihres fünfzigjährigen Jubiläums 25.–27. März 1892 für die Mitglieder und Freunde derselben zusammengestellt von G. Reusche und F. Hartung, Leipzig 1892, S. 14. Auch in Dresden erklangen »Die Bundesstaaten« mehrmals, so am 29. November 1847 bei einem Konzert des Dresdner »Orpheus« im Saal des Hôtel de Pologne. Siehe [Johann] G[ottlob] Müller, Der Dresdner Männergesangsverein Orpheus nach seinem 30-jährigen Bestehen. Andeutungen in chronologischer Folge über Gründung und Fortschreiten, Zweck, Wirksamkeit, Beziehungen und Erinnerungen des Vereins, während des Zeitraumes vom 7. Mai 1834 bis mit 7. Mai 1864, Dresden 1864, S. 71.

49 Hänsch, Zöllner (Anm. 11), S. 90.

50 Schumann, Zöllners Tagebuchaufzeichnungen (Anm. 43), Bl. 142v.

ten.<sup>51</sup> Er symbolisierte die in Zöllners Chören herrschende freiheitliche und die nationale Einigung ersennende Gesinnung, deren Erfüllung zu diesem Zeitpunkt im Zuge der sich in ganz Deutschland ausbreitenden Märzrevolution greifbar nahe schien. In den meisten der deutschen Klein- und Mittelstaaten bildeten sich unter dem Druck der Straße liberale Märzministerien, und das Frankfurter Vorparlament stand kurz vor seiner Konstitution. In Sachsen kursierte zur Zeit von Zöllners Geburtstag die überall plakatierte Bekanntmachung »An das sächsische Volk«, welche von der neuen Regierung unter Karl Braun sofort nach ihrer Einsetzung am 16. März 1848<sup>52</sup> in Umlauf gebracht wurde. Es handelt sich dabei um Hauptgrundsätze und Maßregeln, über die sich die neue Regierung mit Zustimmung des sächsischen Königs geeinigt hatte und die wesentliche bürgerliche Freiheitsforderungen enthält, wie u. a. die Verteidigung des Militärs auf die Verfassung, Pressefreiheit, die Mündlichkeit und Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren und ein neues Wahlrecht.

Diese öffentliche Bekanntmachung löste eine »frohe Stimmung [...] auf Zöllners Stube« aus, so dass die Vereinsmitglieder sogleich »eine Adresse unterzeichneten, und [...] Zöllner einmal über das andere seine Freude über die Auszeichnung äußerte, die seinem 48. Geburtstage durch politische richtige Thatsache zu Theil werde«.<sup>53</sup> Für Zöllner stellte diese Proklamation der liberalen Regierung sein schönstes Geburtstagsgeschenk dar, weil sich darin für ihn und auch für seine Sangesgenossen lang gehegte politische Wünsche zu erfüllen schienen. Um ihrer Begeisterung für die liberalen Errungenschaften der Märzrevolution öffentlich Ausdruck zu verleihen, wirkten die »Zöllnervereine« singend an der Gedächtnisfeier anlässlich der Eröffnung des Frankfurter Parlamentes am 20. Mai 1848 im Tivoli mit. Sie konnten sich »der Aufforderung« zur aktiven Teilnahme »nicht entziehen«.<sup>54</sup> Zu Lasten eines geregelten Vereinslebens nahmen die Mitglieder der »Zöllnervereine« sehr aktiv am politischen Geschehen der Revolution teil. Zum Geburtstag Zöllners am 18. März 1849 erklang ein weiteres revolutionäres Lied, welches von August Schumann komponiert wurde. Darin heißt es am Anfang:

»Auf, jagt sie von dannen, Despoten, Tyrannen!  
Verbannet die Throne und brecht entzwei,  
den Scepter, die Krone, und werdet frei,  
und gründet ein Reich, wo alles gleich!«<sup>55</sup>

In dieser ersten Strophe, in der radikaldemokratisch eine Republik mit gleichen Rechten für alle Bürger ohne Monarchie proklamiert wird, klingt noch einmal der

51 Hänsch, Zöllner (Anm. 11), S. 90 und Schumann, Zöllners Tagebuchaufzeichnungen (Anm. 43), S. 216.

52 Siehe Heinrich Theodor Flathe, Braun, Karl, in: Allgemeine Deutsche Biographie 3 (1876), S. 269.

53 Schumann, Zöllners Tagebuchaufzeichnungen (Anm. 43), S. 216.

54 Ebd.

55 Ebd., S. 217.



revolutionäre Aufbruch vom März 1848 an, der auch die »Zöllnervereine« erfasst hatte und begeisterte. In der letzten Strophe macht sich aber auch die zunehmende Enttäuschung über den realen Verlauf der Revolution breit, über deren Umsetzung sich im Frankfurter Parlament immer mehr Parteien und Gruppierungen zunehmend unversöhnlich zerstritten. Der daraus resultierenden heftigen öffentlichen Kontroversen überdrüssig, favorisierte man den Rückzug ins harmonische Vereinsleben, wo anscheinend demokratische Vorstellungen in nuce eher umzusetzen sind:

»Doch wo ein Herz, ein edles schlägt,  
das Kraft und Muth im Innern trägt,  
da lasset uns weilen, den Helden umringen,  
uns sonnen an seinem Feuerblick;  
da lasset das Lied der Freiheit erklingen  
und feiern die kleine Republik,  
wo Eintracht und Liebe die Herzen regiert,  
weil unser Zöllner präsidiert,  
wo Lieb und Freundschaft rufen aus:  
Es blüh des Präsidenten Haus!«<sup>56</sup>

Trotzdem zogen sich die Sänger um Zöllner nicht einfach in die biedermeierliche Idylle des harmlosen Vereinslebens zurück. Dies schlägt sich auch in dem Spottlied »Wrangelmarsch« nieder, das Zöllner als Reaktion auf den Einfall der preußischen Truppen in Sachsen unter General Friedrich von Wrangel<sup>57</sup> im Spätsommer 1849 komponierte.<sup>58</sup> Darin geißelte Zöllner die konterrevolutionäre Rolle des preußischen Militärs unter General von Wrangel während der Revolution 1848/49. Das Lied wurde von den »Zöllnervereinen« noch in späteren Jahren gesungen. Auch in dem Lied »Wo ist die Freiheit geblieben, mein armes Vaterland?« kommt die Enttäuschung des Männerchorkomponisten über die niedergeschlagene Revolution und die sich nun durchsetzende Reaktion zum Ausdruck.<sup>59</sup> Darin heißt es unter anderem:

<sup>56</sup> Schumann, Zöllners Tagebuchaufzeichnungen (Anm. 43).

<sup>57</sup> Zu Wrangel siehe Bernhard von Poten, Wrangel, Friedrich von, in: Allgemeine Deutsche Biographie 44 (1898), S. 226–232. Wrangel war es auch, der am 5. Mai 1849 »das Füsilier- und 1. Grenadier-Bataillon des Kaiser Alexander Grenadierregiments zum Marsche nach Dresden« in Gang setzen ließ. Siehe Alban von Montbé, Der Maiaufstand in Dresden. Auszugsweise bearbeitet nach officiellen Quellen, Dresden 1850, S. 88.

<sup>58</sup> Schmidt, Männerchorgesang (Anm. 42), S. 82. Nach Schumann ließ Zöllner beim Singen dieses Liedes die Sprengung einer »stürmischen Versammlung der Communisten und Republikaner, der Socialisten und Demokraten« durch Wrangel von den Sängern darstellen. Siehe Schumann, Zöllners Tagebuchaufzeichnungen (Anm. 43), S. 215.

<sup>59</sup> Hänsch, Zöllner (Anm. 11), S. 90.

»Wo ist die Freiheit geblieben,  
 mein armes Vaterland,  
 die flammend dir geschrieben  
 in tiefster Seele stand?  
 Wo weht dein Reichspanier,  
 so kühn errungen?  
 Wo wird dein Schwarzrotgold  
 noch frei geschwungen?«<sup>60</sup>

In den hier gestellten rhetorischen Fragen kommt die Resignation angesichts der endgültig gescheiterten Revolution zum Ausdruck. Alle dabei errungenen bürgerlichen Freiheitsrechte sind inzwischen größtenteils rückgängig gemacht worden. So bleibt den enttäuschten Sängern nichts weiter übrig, als das Schicksal der deutschen Nation allein in Gottes Hand zu legen:

»O Vaterland! O Vaterland!  
 O du, mein Vaterland,  
 mein theures Vaterland!  
 Mit seiner starken Hand  
 beschütze dich der Herr.«<sup>61</sup>

### Der Leipziger »Odeon«

Ein weiterer Leipziger Männergesangsverein, in dem sich oppositionelles Gedanken-  
 gut artikulierte, war der »Odeon«, der 1845 aus dem Zusammenschluss zweier sich  
 lose in privaten Wohnungen zusammenfindenden Gesangsvereinigungen hervorging  
 – dem »Schoch'schen Verein«<sup>62</sup> und dem »Quartettverein«<sup>63</sup>. Während dem »Quar-

<sup>60</sup> Schmidt, Männerchorgesang (Anm. 42), S. 82.

<sup>61</sup> Siehe Schumann, Zöllners Tagebuchaufzeichnungen (Anm. 43), S. 215. Aber noch zwei Jahre später, am 17. März 1851, wieder zum Geburtstag Zöllners, war die demokratische Gesinnung in den »Zöllnervereinen« ungebrochen, wie ein sarkastisches Heldengedicht mit überzeichneten Gegenwartsbezügen zeigt. In einem Zöllner überreichten Gedicht wird die reale politische Situation der Reaktionszeit ins Gegenteil verkehrt, was die eigenen demokratischen Anschauungen umso stärker hervortreten ließ. Siehe zum Gedicht, das sich auf die vom 23. Dezember 1850 bis zum 15. Mai 1851 in Dresden tagende Ministerialkonferenz bezog, Nickel, Männerchorgesang in Mitteldeutschland (Anm. 4), Anhang, S. 318.

<sup>62</sup> Die nicht dokumentierten Ursprünge der ohne offiziellen Namen existierenden Gesangsvereinigung liegen im Jahr 1842. Zusammengehalten wurde sie durch den Schweizer Kaufmann Ehregott Leberecht Schoch, der einfache vierstimmige Männerchöre komponierte. Reusche, Hartung (Hrsg.), Chronik der Leipziger Liedertafel (Anm. 48), S. 2.

<sup>63</sup> Der »Quartettverein« wurde von Robert Franke, einem Beamten der Leipzig-Dresdner Eisenbahn, ins Leben gerufen. Ebd., S. 5.

tettverein« angehende Beamte, Künstler und auch Handwerker angehörten, waren im »Schoch'schen Verein« hauptsächlich Kaufleute organisiert.

Im »Schoch'schen Verein« wurde kaum geistlicher Chorgesang gepflegt. Der Schwerpunkt lag eindeutig auf dem volkstümlichen Gesang, der vor allem in spontanen Ständchen auf den Straßen der Stadt zu Gehör gebracht wurde. Dabei beschränkten sich die Sänger aber nicht nur auf harmlose persönliche Gesangsdarbietungen:

»An warmen Frühlingsabenden gings auch wohl im Chor um die Promenade, und man dünkte sich nicht wenig, wenn der Polizei zum Hohne: »Die Presse frei, sonst ist's mit unsrer Ehr' vorbei« erschallte und ganze Schaaren theilnehmender Zuhörer sich anschlossen.«<sup>64</sup>

Auf diese Art und Weise brachten die Sänger ihren Wunsch nach Pressefreiheit, einer wesentlichen bürgerlichen Freiheitsförderung, zum Ausdruck. Das geschieht hier nicht im geschützten Kreis der Vereinsmitglieder, sondern in aller Öffentlichkeit. Es ist von »ganze[n] Schaaren theilnehmender Zuhörer« die Rede, die sich diese Forderung zu Eigen machten, indem sie sich den Sängern anschlossen. Diese Episode des Chronisten und vermutlichen Zeitgenossen Guido Reusche<sup>65</sup> zeigt, dass die durch die Vereinsmitglieder artikulierte Forderung nach Pressefreiheit auf breite Resonanz in der Leipziger Bevölkerung stieß.

In Anbetracht dieses Ereignisses ist es nicht erstaunlich, dass im Jahr 1848 die Politik das Vereinsleben dominierte. Am 28. Februar traf die Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Paris in Leipzig ein:

»An diesem und den meisten folgenden Abenden drängte das gesellige Element (vielleicht richtiger das politisirende) das musikalische fast in den Hintergrund; Alles wollte belehren und bekehren, und wenn ja einmal flott gesungen wurde, so waren es Vaterlandslieder.«<sup>66</sup>

Das verstärkte Singen von alten und neuen Vaterlandsliedern, welches schon seit Anbeginn in der Männergesangsbewegung eine wesentliche Rolle gespielt hat, spiegelt die durch die Ereignisse gestiegene Hoffnung, dass die staatliche Einheit Deutschlands zum Greifen nahe ist, wider. Dabei wollten die Vereinsmitglieder aber nicht unter sich bleiben. Sie suchten, wie oben beim Straßensingen gezeigt, bewusst die Öffentlichkeit auf. Nach den Chorproben gingen sie in Lokalitäten, wo man »die Würze kräftiger deutscher Volksreden in den Kauf erhielt«, und brachten dort ihren »Enthusiasmus durch frisch gelernte Vaterlandslieder« zum Ausdruck.<sup>67</sup>

Höhepunkt der politischen Wirksamkeit des zu dieser Zeit unter dem Namen »Odeon« firmierenden Männergesangsvereins war für den Vereinschronisten der Abend des

<sup>64</sup> Reusche, Hartung (Hrsg.), *Chronik der Leipziger Liedertafel* (Anm. 48).

<sup>65</sup> Der Buchhändler Reusche trat am 15. Juli 1847 in den »Odeon« ein. Siehe ebd., S. 243.

<sup>66</sup> Ebd., S. 15.

<sup>67</sup> Ebd.

27. März 1848. Im Schützenhaus brachten die Sänger den am folgenden Tag nach Frankfurt/M. zum am 31. März öffnenden Vorparlament abreisenden Parlamentsabgeordneten, zumeist der demokratischen Linken angehörend, ein Abschiedsständchen dar. Vor Robert Blum,<sup>68</sup> Adolf Ernst Hensel,<sup>69</sup> Wilhelm Michael Schaffrath,<sup>70</sup> Julius Otto Heinrich von Dieskau<sup>71</sup> und Carl Gotthelf Todt<sup>72</sup> sang der »Odeon« u. a. »Das deutsche Lied« von Johann Wenzel Kalliwoda, »Was ist der Deutschen Vaterland« von Gustav Reichardt und »Abschied vom Walde« von Mendelssohn Bartholdy. Nach dem zweiten Lied richtete Schaffrath einige Worte über die Aufgaben der zukünftigen Parlamentsabgeordneten an den Gesangsverein und »brachte schließlich den Männergesangsvereinen Deutschlands, welche durch ihre kräftigen »Gesangsdemonstrationen« keinen unerheblichen Theil an den Errungenschaften der Neuzeit hätten, ein Hoch aus [...]«.»<sup>73</sup>

68 Zum demokratischen Politiker und Revolutionär Robert Blum siehe u. a. Martina Jesse, Wolfgang Michalka, »Für Freiheit und Fortschritt gab ich alles hin.« Robert Blum (1807–1848) – Visionär, Demokrat, Revolutionär, Berlin 2006 und Peter Reichel, Robert Blum. Ein deutscher Revolutionär 1807–1848, Göttingen 2007.

69 Der demokratische Politiker und Jurist Hensel (1811–1862) stand seit Ende 1848 der zweiten sächsischen Kammer als Landtagspräsident vor, die den sächsischen König Friedrich August II. zur Anerkennung der Paulskirchenverfassung zwingen wollte. Nach der Niederschlagung des Dresdner Maiaufstandes wurde Hensel verhaftet, aus Mangel an Beweisen aber freigesprochen. Zu Hensel siehe Joseph Matzerath, Hensel, Adolph Ernst, in: Sächsische Biografie, hrsg. vom Institut für Sächsische Geschichte und Volkskunde e. V., bearb. von Martina Schattkowsky, Online-Ausgabe: <http://www.isgv.de/sacbi> (27.7.2009).

70 Der Jurist und demokratische Politiker Schaffrath (1814–1893) gehörte zusammen mit Robert Blum zum deutschlandweiten Oppositionellenkreis, der sich seit 1839 regelmäßig auf dem Weingut Hallgarten am Rhein (»Hallgarten-Kreis«) des Mannheimer Hofgerichtsrates Johann Adam von Itzstein (1775–1855) zu einem politischen Meinungsaustausch traf. Als Angehöriger des sächsischen Landtags profilierte er sich seit 1845 als radikaler Oppositionspolitiker, später in der Frankfurter Nationalversammlung als Mitglied der linksradikalen »Donnersberg-Fraktion«. Schaffraths politisches Wirken stand unter der Maßgabe, die Freiheit nicht in der Einheit, sondern die Einheit in der Freiheit zu verwirklichen. Zu Schaffrath siehe Henning Frank, Der Kampf um die freie Advokatur und die Gleichschaltung der Anwaltschaft im Dritten Reich. Zur Geschichte der Anwaltschaft Sachsens von 1831–1945, in: Justiz, Juristen und politische Polizei in Sachsen 1933–1945 (Sächsische Justizgeschichte 6), Dresden 1996, S. 7–13.

71 Der aus Plauen stammende Jurist von Dieskau (1798–1872) gehörte schon vor Schaffrath der zweiten sächsischen Kammer an und bestimmte dort mit anderen liberal gesinnten Advokaten weitgehend die Debatten. In der Sitzung der zweiten Kammer des sächsischen Landtags vom 22. Juni 1837 stellte er die zum liberalen Grundrechte-Katalog gehörende Forderung nach der Pressefreiheit. Siehe Jörg Ludwig, Andreas Neemann, Revolution in Sachsen 1848/49. Darstellung und Dokumente, hrsg. von der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung, Sächsisches Hauptstaatsarchiv Dresden, Dresden 1999, S. 45.

72 Zum Juristen und Politiker Todt (1803–1852), der während des Dresdner Maiaufstandes der »Provisorischen Regierung« angehörte siehe Karl Wippermann, Todt, Carl Gotthelf, in: Allgemeine Deutsche Biographie 38 (1894), S. 408–410 und Nickel, Männergesang in Mitteldeutschland (Anm. 4), S. 217 f.

73 Reusche, Hartung (Hrsg.), Chronik der Leipziger Liedertafel (Anm. 48), S. 15.

An dieser Stelle wird der nicht zu gering veranschlagende Anteil der Männergesangvereinsbewegung an der bürgerlichen Freiheitsbewegung, die in die Revolution von 1848/49 mündete, öffentlich gewürdigt. Daraufhin ließ der Vorsteher des »Odeon«, Ernst Pietsch, nach dem dritten Lied »die wackern Vertreter des gesammten deutschen Volkes drei Mal hoch leben«, was für Reusche wiederum »die größte politische That des Vereines« darstellte.<sup>74</sup> Anschließend wurde der Gesangverein zur geselligen Unterhaltung eingeladen.

Das gesellige Vereinsleben des »Odeon« litt zwar unter den politischen Ereignissen, lief aber ohne Erliegen des gemeinschaftlichen Gesanges weiter. Bei der Generalversammlung am 18. Dezember 1848 konnte das Erlernen vieler neuer Lieder, insgesamt 26 Mitglieder und eine gut gefüllte Vereinskasse vermeldet werden. Der Chronist zog daher folgendes Fazit: »Das Jahr 1848 [ist] für den Verein viel besser als für manchen Potentaten [gewesen]«. <sup>75</sup> Die einschneidenden Ereignisse der Revolution 1848/49 brachten also im Gegensatz zu zahllosen anderen Männergesangvereinen in Deutschland das Gesangsvereinsleben in Leipzig im Allgemeinen und das des »Odeon« im Besonderen nicht zum Erliegen, sondern belebten es sogar.

### Zusammenfassung

Die Männergesangsvereine in Leipzig, von denen sich zeitgenössische Dokumente und Festschriften erhalten haben, wiesen einige bedeutsame Beziehungslinien zur bürgerlichen Bewegung in Mitteldeutschland auf.

Schon in der ersten Leipziger Liedertafel, die sich bald nach der Beendigung des Wiener Kongresses konstituierte, machte sich das im deutschen Bürgertum verstärkt erwachende politische Bewusstsein bemerkbar. Es bezog sich nicht – wie in anderen deutschen Staaten – auf in den »Befreiungskriegen« fußendem Nationalismus mit dem obersten Ziel der nationalstaatlichen Einheit, sondern mehr auf die Umsetzung von Bürgerrechten bis hin zur politischen Partizipation. In der Leipziger Liedertafel machte sich dieser Umstand vor allem in verschiedenen Gesängen, wie u. a. im näher beschriebenen »Je länger, je lieber« und in »Die Maikäfer«, bemerkbar. In ihnen spiegelt sich das Sehnen nach Freiheitsrechten, wie der Einführung der versprochenen konstitutionellen Verfassung und der Presse- und Meinungsfreiheit.

Öffentliche politische Wirkung konnte die alte Leipziger Liedertafel jedoch aufgrund ihrer Exklusivität nicht entfalten. Diese blieb anderen Männergesangsvereinen wie den »Zöllnervereinen« und dem »Odeon« vorbehalten. Mit dem Gesang »Die

<sup>74</sup> Reusche, Hartung (Hrsg.), *Chronik der Leipziger Liedertafel* (Anm. 48).

<sup>75</sup> Ebd., S. 17.

Presse frei, sonst ist's mit unsrer Ehr' vorbei« durch den »Schoch'schen Verein« scheute man dabei auch nicht davor zurück, wichtige Anliegen der bürgerlichen Bewegung öffentlich zu artikulieren. Kennzeichnend für die jüngeren Männergesangsvereine in Leipzig – wie den »Odeon« und die »Zöllnervereine« – war, dass sie die Nähe von Demokraten und Liberalen suchten, oder auch umgekehrt von jenen eingeladen wurden. Bei diesen Zusammentreffen wurde aber nicht nur gesungen, sondern auch politische Konversation betrieben. So nahm am 27. März 1848 der »Odeon« im Schützenhaus an einer Festveranstaltung anlässlich der bevorstehenden Abreise sächsischer Parlamentsabgeordneter nach Frankfurt/M. zum Vorparlament teil. Die Durchführung von Festmahlen und anderweitigen öffentlichen Zusammenkünften mit Parlamentsabgeordneten ist im mitteldeutschen Raum eher selten anzutreffen und in Leipzig neu.<sup>76</sup> Während sich bis in den späten Vormärz hinein die politische Gesinnung überwiegend in den eigenen Reihen offenbarte, stellten sich Männergesangsvereine aus Leipzig 1848/49 öffentlich hinter die Zielsetzungen der Revolution bzw. hinter deren parlamentarische Vertreter. Das durch die Verfolgung oppositioneller Bestrebungen in der Restaurationszeit gehemmte und verborgen vorhandene politische Interesse und der gesellschaftliche Veränderungswille in den Männergesangsvereinen konnten sich nun in Leipzig in aller Öffentlichkeit entfalten.

---

<sup>76</sup> Derartige Veranstaltungen hatten beispielsweise in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, wo es im Vergleich zu anderen Staaten bis zum Sommer 1846 ein großzügiges Versammlungsrecht gab, schon seit 1840 Tradition. Dabei wurden einzelne Abgeordnete von Wählern begrüßt oder informative Veranstaltungen mit denselben durchgeführt und somit die interessierte Öffentlichkeit mit politischen Themen konfrontiert. Siehe dazu Henning Unverhau, *Gesang, Feste, Politik. Deutsche Liedertafeln, Sängerfeste, Volksfeste und Festmähler und ihre Bedeutung für das Entstehen eines nationalen und politischen Bewusstseins in Schleswig-Holstein 1840–1848* (Kieler Werkstücke A 25), Frankfurt am Main, Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Wien 2000, S. 18.

## Die Leipziger Passagen und Höfe Architektur von europäischem Rang

von Wolfgang Hocquél

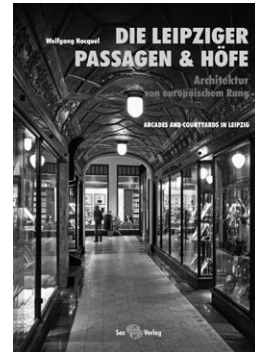
ISBN: 978-3-86729-087-6

Fadengeheftete Klappenbroschur, 19,5 x 27 cm

160 Seiten, 210 Farbabbildungen

90 Duplex-Abbildungen

29,80 €, 1. Auflage 2011



Wie ein zweites, privates Wegesystem, das ausschließlich dem Fußgänger vorbehalten ist, durchziehen Leipzigs Passagen und Durchgangshöfe die Altstadtquartiere parallel zum gewachsenen Netz der Straßen und Gassen. In ihren besten Beispielen verkörpern sie Architektur von europäischem Rang.

Das »Flaggschiff« unter ihnen, die Mädlerpassage, darf als die Nummer 1 unter den erhaltenen deutschen Passagen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg angesehen werden.

Neben den 26 Passagen und Höfen, die heute die City prägen, wird auch die städtebauliche Situation vor dem Zweiten Weltkrieg dargestellt. Viele, geradezu legendäre Höfe wie Aeckerleins Hof, Hohmanns Hof oder Kochs Hof gingen im Bombenhagel der Nacht vom 3. zum 4. Dezember 1943 unter und sind heute nur noch durch historische Abbildungen erfahrbar.

Mit den Sanierungen der letzten Jahre offenbaren die Passagen und Höfe des Leipziger Stadtzentrums, z. B. Barthels Hof, Specks Hof, Steibs Hof oder aber das Städtische Kaufhaus, wieder ihren ganzen historischen Charme. Neue Bauten wie die Strohsack-Passage, die Brühl-Arkade, das Bauwenshaus, der Petersbogen, die Marktgalerie und die Höfe am Brühl schreiben die Leipziger Passagentradition weiter.

Die Leipziger Durchgangshöfe und Passagen haben eine einmalige architektonische Nutzungsqualität. Sie machen die gesamte Innenstadt zu einer besonders vielseitigen, attraktiven Fußgängerzone, wie sie in dieser urbanen Ausprägung ihresgleichen sucht. Auf vielschichtige Art und Weise mischen sich hier Einflüsse überregionaler Architektur mit den lokalen Traditionen der Handels- und Messestadt.

Erstmals widmet sich eine repräsentative Publikation mit reichem Bildfundus und zusätzlichen englischen Kurztexten diesem Leipziger Phänomen.



## Auf Spurensuche: Die Kunstsammlungen der Brüder Max und Paul von Bleichert

*Dietulf Sander*

Es gab durchaus einige gute Voraussetzungen, dass sich die Bildende Kunst in Leipzig seit dem 18. Jahrhundert neben der Musik und dem Buchgewerbe hätte auf einem gleich hohen Niveau entwickeln können. 1764 wurde die »Zeichnungs-, Mahlerey- und Architekturakademie« gegründet, die zwar eher an einer engen Verbindung von Kunst und Handwerk interessiert war, als an einer Ausbildung freischaffender Künstler. Gottfried Winkler oder Johann Zacharias Richter und sein Sohn Johann Thomas setzten damals bereits Qualitätsmaßstäbe für privates Kunstsammeln, dass frühzeitig mit dem Bestreben verbunden war, das persönliche Interesse öffentlich zu machen und sich im Kreis gleichgesinnter Bürger über Kunst zu verständigen. 1763 kam es zu einem ersten Zusammenschluss von Kunstfreunden in der »Sozietät von Gelehrten, schönen Geistern, Künstlern und Kunstförderern«. Seit November 1828 traf man sich in der »Sonnabend-Gesellschaft«, die ab Winter 1829 als »Verein der hiesigen Kunstfreunde« weitergeführt wurde. Seit 1837 engagierte sich der Leipziger Kunstverein, ab 1858 bot das Städtische Museum den öffentlichen Zugang zu einer rasch wachsenden Sammlung europäischer Kunst vom 15. Jahrhundert bis zur unmittelbaren Gegenwart. Darüber hinaus entwickelte sich mit den Jahren ein sensibles Geflecht von privaten Kunstsammeln, Kunsthändlern, Kunstkritikern, Kunstwissenschaftlern, Kunstverlagen, Museen und natürlich Künstlern. Neben dem höfisch geprägten Dresden war Leipzig in Sachsen zwar das Zentrum bürgerlicher Kunstpflege, aber auf dem Gebiet der Bildenden Kunst konnte sich die bedeutende Messe- und Handelsstadt mit anderen deutschen Städten wohl kaum wirklich messen. Ein gewisses lokal geprägtes konservatives Niveau wurde um 1900 zunehmend seltener überschritten. Das Urteil Max Schwimmers, dass die Bildende Kunst in Leipzig »bestimmt von allen Musen am stiefmütterlichsten behandelt und – wie die Praxis lehrt – am wenigsten begriffen und geliebt«<sup>1</sup> wird, traf den Kern. Ähnlich äußerten sich auch andere Kritiker anlässlich einer Reihe von Kunstvereins-Ausstellungen mit Werken aus privatem Besitz: »Die Bedeutung eines solchen Unternehmens liegt auf der Hand, gerade weil es als Anregung für die Zukunft wirken und ein Kunstsammeln in Leipzig begründen könnte. Denn immer wieder zeigt es sich, dass Leipzig nicht zu den Städten gehört, in denen die Pflege der Kunst die Rolle spielt,

1 Max Schwimmer, Leipziger Kunstsammler. Neuere Meister aus Privatbesitz im Kunstverein, in: Leipziger Volkszeitung vom 17.10.1931.

die ihr zukommt! Wirkliche Sammler hat es hier immer nur wenige gegeben. Wohl hat es den oder jenen wohlhabenden Bürger gelegentlich gereizt, sich auch einmal ein Gemälde von Rang in seine Räume zu hängen und eine wertvolle Skulptur aufzustellen. Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, hat aber oftmals der Mut gefehlt, für wirklich Gutes die nun einmal nötigen Summen anzulegen, auch wenn der Käufer an sich dazu in der Lage gewesen wäre. So zeigt gerade diese Ausstellung von Werken der Meister des späten 19. Jahrhunderts, daß manche sich damit begnügt haben, für eine mittlere Summe eben auch ein »mittleres« Werk zu erwerben.«<sup>2</sup>

### Die Ausstellung »Neuere Meister aus Leipziger Privatbesitz« von 1931

Unmittelbarer Anlass für solcherart Resümee war die Ausstellung des Leipziger Kunstvereins und des Museums der bildenden Künste »Neuere Meister aus Leipziger Privatbesitz«<sup>3</sup>. Sie stand in einer Reihe mit der »Ausstellung Alter Meister aus Leipziger Privatbesitz« sowie der »Ausstellung moderner Kunst aus Privatbesitz«<sup>4</sup> des Leipziger Kunstvereins, deren Kataloge uns einen gültigen Einblick in das private Kunstsammeln in Leipzig geben. Betrachtet man sich die Namen der Leihgeber dieser Ausstellung zur Kunst des 19. Jahrhunderts, so begegnet man sowohl noch heute klangvollen als auch einigen weniger in Erinnerung gebliebenen Sammlern. Ihnen voran gingen in dieser Ausstellung als Hauptleihgeber mit 17 Leihgaben Kommerzienrat Dr. h.c. Max von Bleichert<sup>5</sup> und vor allem Dr. jur. Hermann Halberstam, der sogar 24 von den insgesamt 139 Leihgaben beisteuerte. Wie auch immer das Urteil einzelner Kritiker über die Qualität der ausgestellten Gemälde und die der privaten Leipziger Sammlungen ausfiel, unter den positiv hervorgehobenen Kunstwerken waren stets mehrere aus dem Besitz von Max von Bleichert. Dazu zählten Werke von Lovis Corinth, Wilhelm Leibl, Max Liebermann, Carl Schuch, Carl Spitzweg, Hans Thoma, Wilhelm Trübner und Fritz von Uhde.

Bereits im Eingangssaal der Ausstellung hingen als ein erster Höhepunkt der Schau die Werke von Lovis Corinth und Max Liebermann und damit zugleich Werke aus Bleichertschem Besitz: »Corinth ist gleichsam der Angelpunkt einer neuen malerischen

2 Hans Nachod, Kunstsammler in Leipzig. Neuere Meister aus Privatbesitz, in: Neue Leipziger Zeitung vom 25.3.1931.

3 Ausstellungskatalog: Neuere Meister aus Leipziger Privatbesitz, I. Abteilung: Malerische Realisten und Impressionisten, Leipzig, Museum der bildenden Künste 22.3.–22.4.1931.

4 Museum der bildenden Künste, Januar–Februar 1920; Museum der bildenden Künste, April–Mai 1922.

5 Die jeweils gültige Namensform richtet sich nach dem Zeitpunkt vor oder nach der Verleihung des Adelsprädikats an die Gebrüder Bleichert im Jahre 1918. In allgemeinen Zusammenhängen wird der Zusatz »von« benutzt.

Welt. Die ›Tändelei‹<sup>6</sup> von 1907, in der der malerische Fleck noch nicht die Form auflöst, ist ein Standardwerk nicht allein in der Entwicklung eines Künstlers, sondern in der Kunstgeschichte schlechthin.<sup>7</sup> Mit vier Gemälden von Max Liebermann, darunter die viel erwähnte »Brabanter Spitzenklöpplerin« von 1881, war Max von Bleichert innerhalb der 13-teiligen Gemäldekollektion des Künstlers in dieser Ausstellung hervorragend vertreten.

Als ein Spitzenwerk der Leipziger Ausstellung galt einhellig Wilhelm Leibls »Mädchenkopf«, das Bildnis seiner Nichte Lina Kirchdorffer, welches im Oberlichtsaal des Museums platziert worden war: »An der Spitze der neueren Münchner Tonmaler erhebt sich der Riese Leibl. Von seiner Hand kann die Ausstellung zwei Kostbarkeiten ersten Ranges präsentieren: das Porträt des Malers Herterich und den berühmten Mädchenkopf von Leibls Nichte. Der Tonschönheit dieser Bilder und dem geheimen Leben, das in ihnen vibriert, andachtsvoll nachzugehen, gehört zu den größten Erlebnissen der Kunst ...«<sup>8</sup> Als museumswürdige Werke wurden die beiden Max von Bleichert gehörenden Stilleben von Carl Schuch gelobt und »von Spitzweg die pastos hingestrichene und ganz malerisch empfundene ›Erinnerung‹.«<sup>9</sup> Unter den Ausstellungsexponaten fiel einem anderen Berichterstatter »ferner eine ganze Reihe von Bildern Hans Thomas, darunter die ›Gerbermühle bei Frankfurt‹ und, mir besonders lieb in seiner Strenge und Zartheit: das Stilleben ›Rosen‹<sup>10</sup> auf, welche beide der Bleichertschen Sammlung entstammten. Knapp notierte Max Schwimmer letztendlich: »Trübner und Uhde sind noch

6 Das Gemälde ist bei Charlotte Berend-Corinth, Lovis Corinth. Die Gemälde, neu bearbeitet von Béatrice Hernad, 2. neu bearbeitete Auflage, München 1992, fälschlich als Nr. 459 auf S. 124, Abb. 459 auf S. 561 angeführt; heute Privatbesitz. Wie durch die Abbildung und die Werkangaben im Versteigerungskatalog: Sammlung Max v. Bleichert. Leipzig, Erster Teil. Gemälde neuerer Meister/Zeichnungen/Graphik/Bildwerke (Katalog 2048, Versteigerung: 8.12.1931), Rudolph Lepke's Kunst-Auctions-Haus, Berlin 1931, zu belegen ist, war aber die zweite Fassung von 1917/18 in Bleicherts Besitz, die bei Berend-Corinth unter der Nr. 702 auf S. 159, Abb. 702 auf S. 704 verzeichnet ist; heute Privatbesitz. Im Katalog Leipzig 1931 (Anm. 3) ist das Gemälde hingegen auf 1907 datiert.

7 Hans Kornfeld, Ausstellung im Leipziger Kunstverein. Neuere Meister aus Leipziger Privatbesitz: Malerische Realisten und Impressionisten, in: Leipzig. Eine Monatsschrift, März/April 1931, S. 231.

8 Egbert Delpy, Neuere Meister aus Leipziger Privatbesitz. Malerische Realisten und Impressionisten im Kunstverein, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 26.3.1931. Das »Bildnis des Malers Johann Herterich« (1868) befand sich damals im Besitz von Geheimrat Henri Hinrichsen, aus dessen Sammlung es 1939 »als jüdischer Besitz« beschlagnahmt und dem Museum der bildenden Künste übergeben wurde. 2002 wurde es restituiert; heute Privatbesitz.

9 Herbert Hofmann, Neuere Meister aus Leipziger Privatbesitz. Malerische Realisten und Impressionisten im Kunstverein, in: Leipziger Abendpost vom 28.3.1931. Siegfried Wichmann, Carl Spitzweg. Verzeichnis der Werke. Gemälde und Aquarelle, Stuttgart 2002, Nr. 344 auf S. 213 mit Abb. 344; heute Privatbesitz.

10 -ael, Kunst aus Leipziger Privatbesitz. Ausstellung des Kunstvereins, in: Leipziger Konzert-, Theater- und Verkehrsblatt (1926) 7 vom 29.3.1931, mit Abbildung des Stillebens.



*Abb. 1: Max von Bleichert  
(Sammlung Rolf A. von Bleichert, Chatham/NJ USA)*

zu vermerken«<sup>11</sup>, womit er u. a. wohl auch die »Gigantenschlacht II«<sup>12</sup> von Wilhelm Trübner bzw. das reizvolle Gemälde »Kartoffelschälerin«<sup>13</sup> von Fritz von Uhde meinte.

Besonders hervorgehoben wurde jedoch meistens die Katalognummer 80. Die Kritik war sich einig: Hans von Marées' Gemälde »Lob der Bescheidenheit« war eine der Attraktionen. Für Egbert Delpy führte die »große Tafel (...) mitten hinein in die Zaubervelt des Einsamen. Um diese schönen nackten Menschen in idealer Landschaft, eingehüllt in den Samtmantel einer dunkelglühenden Farbigkeit, schwebt die große Erfüllung, der Marées ein ganzes Leben lang nachgejagt ist! Dies Bild zu betrachten ist ein Fest für sich ...«<sup>14</sup> »Von Hans von Marées ist neben einem eigentümlichen Herrenbildnis und der hübschen Skizze eines Pinschers eine prachtvolle Figurenkomposition ausge-

<sup>11</sup> Schwimmer, Leipziger Kunstsammler (Anm. 1).

<sup>12</sup> Klaus Rohrandt, Wilhelm Trübner (1851–1917). Kritischer und beschreibender Katalog sämtlicher Gemälde, Zeichnungen und Druckgraphik. Biographie und Studien zum Werk, Band 2, Teil 1–2, Diss. Philosophische Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Kiel 1972, aktualisiert 2010, hier Teil 2, Nr. G 415; Verbleib unbekannt. Das Gemälde ist eine stark veränderte Variante der »Gigantenschlacht Ia« von 1877 in der Staatlichen Kunsthalle, Karlsruhe; Rohrandt Nr. G 411. Das Karlsruher Gemälde ist das Hauptbild des in fünf Fassungen bekannten Sujets, von der sich die »Gigantenschlacht Ic« von 1877 seit 1911 im Museum der bildenden Künste in Leipzig befindet; Rohrandt Nr. G 413.

<sup>13</sup> Ausstellungskatalog: Dorothee Hansen (Hrsg.), Fritz von Uhde. Vom Realismus zum Impressionismus. Kunsthalle Bremen in Zusammenarbeit mit dem Museum der bildenden Künste Leipzig, Kunsthalle Bremen 29.11.1998–28.2.1999/Museum der bildenden Künste Leipzig 24.3.–30.5.1999, Bremen 1998, Nr. 19 auf S. 98, Abb. S. 99. Das Gemälde befindet sich seit 1936 im Besitz des Wallraf-Richartz-Museums Köln.

<sup>14</sup> Delpy, Neuere Meister (Anm. 8).

*Abb. 2: Max Liebermann,  
Brabanter Spitzenklöpplerin,  
1881, verschollen*



stellt. Das Lob der Bescheidenheit ist eines der reifsten Bilder dieses in übermenschlichem Kampfe um große Form und bedeutenden Ausdruck ringenden Meisters, ein erschütterndes Denkmal deutscher Kunst aus den schweren Zeiten, als gerade die vom Publikum vergötterten Künstler sich nicht mehr zu der eisernen Selbstzucht aufrufen konnten, die Voraussetzung für wahres künstlerisches Schaffen ist.«<sup>15</sup>

Allen gezeigten Kunstwerken aus der Sammlung Max von Bleicherts begegnete man ein knappes halbes Jahr nach der Leipziger Kunstvereinsausstellung unter völlig anderen Bedingungen wieder. Zuvor aber stellt sich die Frage nach den beiden Sammlern.

15 Nachod, Kunstsammler (Anm. 2), mit Abb. Das Gemälde ist eine von Karl von Pidoll begonnene und von Marées überarbeitete Wiederholung der Erstfassung von 1879/85 in der Neuen Pinakothek, München.

## Unternehmer und Kunstsammler: Die Gebrüder Max und Paul von Bleichert

Adolf Max und Max Paul Bleichert waren die beiden erstgeborenen Söhne des Industriellen Adolf Bleichert<sup>16</sup>, des Schöpfers der deutschen Drahtseilbahnindustrie, der 1874 in Neuschönefeld bei Leipzig (seit 1890 eingemeindet) die größte und älteste deutsche Fabrik für den Bau von Drahtseilbahnen gründete. Seit 1881 befand sich das Hauptwerk in Leipzig-Gohlis. Durch ihren Vater wurden Max und Paul Bleichert langfristig auf die gemeinsame Führung des Familienunternehmens vorbereitet: »Max von Bleichert war die Seele des Unternehmens, vor allem in technischer und unternehmerischer Hinsicht, Paul von Bleichert das finanzielle Gewissen.«<sup>17</sup>

Max Bleichert, am 28. Mai 1875 in Schkeuditz bei Leipzig geboren und am 24. Januar 1947 in Bad Sachsa verstorben, studierte ab 1895 Maschinenbau, zunächst für ein Semester an der Technischen Hochschule Karlsruhe, 1896 bis 1899 dann an der Technischen Hochschule Dresden. Sein Studium beschloss er mit einem Diplom als Ingenieur für Maschinenbau. Praktische Ingenieurskenntnisse erwarb er sich danach auf dem Gebiet der Eisenkonstruktionen in französischen und belgischen Industriebetrieben bzw. bei einer Probeanstellung als Ingenieur in Trenton/New Jersey (USA).

Sein Bruder Paul, am 14. Mai 1877 in Leipzig geboren und am 18. September 1938 in Zürich verstorben, hatte eine dreijährige Lehre im Exporthaus H. Schütte in Bremen absolviert und als Kaufmann für nord- und südamerikanische Unternehmen in New York, Brüssel und Paris gearbeitet. Nach dem Tod des Vaters leiteten sie die väterliche Firma von Oktober 1901 an gemeinsam mit ihrer Mutter, ab Mai 1915 als alleinige Eigentümer. In Zusammenarbeit mit bewährten Fachkräften führten sie »A. Bleichert & Co.« bis zum Ersten Weltkrieg zur eigentlichen Blüte und entwickelten das Unternehmen zu einem der größten Produzenten von Transportanlagen weltweit. Unter ihrer Leitung erhielt das Gohliser Werk seine endgültige bauliche Gestalt. Max oblagen maßgeblich die technischen Weiterentwicklungen, er war der Praktiker, Erfinder und technische Leiter, zuständig für die gesamte Produktion und Lieferung. Paul übernahm den kaufmännischen und organisatorischen Teil, er »war der tüchtige, gründliche Kaufmann, der mehr innerhalb der Firma wirkte« und er »war innerbetrieblich außerdem für Tarif- und Sozialpolitik zuständig«<sup>18</sup>. »Unter dieser arbeitsteiligen Leitung setzte sich die erfolgreiche Entwicklung der Firma fort. Durch Erweiterung der Produktion,

16 Manfred Hötzel, Biographisches zu Adolf Bleichert (1845–1901), in: Adolf Bleichert und sein Werk (Gohliser Historische Hefte 8), Beucha 2002, S. 17–51.

17 Manfred Hötzel, Max und Paul von Bleichert. Versuch einer Doppelbiographie der Söhne Adolf Bleicherts, in: Stefan W. Krieg (Hrsg.), Max und Paul von Bleichert. Unternehmer und ihre Villen (Gohliser Historische Hefte 9), Beucha 2004, S. 9–62, hier S. 51 f. Auf diese ausführlichen biographischen Forschungen von Dr. Manfred Hötzel, Leipzig, stützt sich der Autor im Folgenden, dem er auch für viele weiterreichende Informationen und Dokumente zu großem Dank verpflichtet ist.

18 Ebd., S. 24.



Abb. 3: Paul von Bleichert, Aufnahme um 1924  
(Sammlung Rolf A. von Bleichert, Chatham/NJ USA)



Produktinnovation und innere Rationalisierung wurden *A. Bleichert & Co.* zu einem Großbetrieb und zu der weltbekannten Firma, die sich mit Recht mit dem Titel »Älteste und größte Drahtseilbahnfabrik der Welt« schmückte. Sie ergänzten das Geschäft mit Drahtseilbahnen um verwandte Felder wie die von Max neu entwickelten Elektrogerätebahnen, Kabelkräne, Verladeanlagen etc. Mit Hilfe mehrerer Betriebsstiftungen im Sinne bürgerlicher Wohltätigkeit versuchten Max und Paul Bleichert die soziale Lage der Beschäftigten zu verbessern.«<sup>19</sup>

Mitgliedschaften in wirtschaftlichen und berufsständischen Organisationen und Institutionen wurden nur von Max von Bleichert ausgeübt, seit 1917 übernahm er »Funktionen und Ehrenämter in mehreren Vereinen. 1918 betätigte er sich, wenn auch nur kurzzeitig, auch politisch.«<sup>20</sup> 1902 war Paul Bleichert zum Konsul der Republik Paraguay mit Sitz in Leipzig ernannt worden, ein Amt, das er im September 1926 niederlegte. Max Bleichert war 1912 und Paul 1916 der Titel »Königlich Sächsischer Kommerzienrat« verliehen worden. Max und Paul Bleichert wurden für ihre Verdienste am 24. März 1918 gleichzeitig vom sächsischen König Friedrich August III. in den erblichen Adelstand erhoben. Ab November 1921 bzw. ab März 1922 waren Max und Paul von Bleichert Mitglieder der Gesellschaft Harmonie; Max zählte außerdem 1929 zu den

<sup>19</sup> Ebd., S. 11.

<sup>20</sup> Ebd., S. 25.



Gründungsmitgliedern des Rotary Clubs Leipzig. Selbstverständlich gehörten beide zu den Freunden des Kunstgewerbemuseums e.V. Leipzig, Max war zudem Mitglied des Kunstgewerbevereins. Sie gehörten dem Ehrenausschuss der LIA und dem Leipziger Kunstverein an, in dessen Vorstand Max von Bleichert zumindest zwischen Januar 1926 und September 1931 mitwirkte.<sup>21</sup> Ab 1901 sind als Kunstvereinsmitglieder lediglich Hildegard Bleichert und Paul Bleichert nachweisbar, ab 1903 auch Max.<sup>22</sup> Max und Paul von Bleichert zählten 1918 auch zu den 63 Leipziger Kunstfreunden, die sich für den Ankauf von Max Klingers Gemälde »Die Kreuzigung Christi« (1890) für das Museum der bildenden Künste einsetzten. Beide zeichneten jeweils 5000 Mark.<sup>23</sup>

Hatte sich Paul von Bleichert aus gesundheitlichen Gründen bereits 1920 allmählich aus der Unternehmensleitung zurückgezogen, so schied er 1926 ganz aus. »1926 erfolgte auf Initiative Max von Bleicherts die Umwandlung der *Firma Adolf Bleichert & Co.* von einer OHG in eine Aktiengesellschaft. Das Aktienkapital von 4 Millionen Reichsmark teilten sich die Brüder zu gleichen Teilen. Max wurde Generaldirektor des Werkes und Mitglied des Vorstandes der *Adolf Bleichert & Co. A.-G.*«<sup>24</sup>. Durch die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise, aber auch »auf Grund von Fehleinschätzungen durch die Firmenleitung und von hohen Regreßzahlungen bei der Einführung eines Kabelbaggers«<sup>25</sup> geriet die Firma in Zahlungsschwierigkeiten, die Max von Bleichert in der Hoffnung auf Gesundung des Marktes mit Finanztransaktionen zu überstehen suchte. Das Bemühen, die drohende Insolvenz durch Einsatz seines persönlichen Vermögens abzuwenden, schlug fehl. Ende 1931 musste er aus der Leitung des Unternehmens ausscheiden, 1932 kam es zur Liquidation der Firma. Damit endete die persönliche Verbindung der Familie Bleichert zur Firma, die mit der Neugründung der Nachfolgefirma »Bleichert Transportanlagen GmbH« den Namen des Gründers bis 1959 weiterführte.

Max von Bleichert verlor durch den Zusammenbruch der Firma seine gesellschaftliche Stellung, gab Mitgliedschaften auf und zog sich ins Privatleben zurück. Nicht gänzlich mittellos lebte er auf seinem Gut Seehof bei Splau in der Nähe von Bad Schmiedeberg (Dübner Heide) und in Bad Sachsa im Harz. Paul von Bleichert war durch den

21 Leipziger Kunstverein. Vierundvierzigster Bericht über die Vereinsjahre 1925–1927, Leipzig 1928, S. 3; Leipziger Kunstverein. Fünfundvierzigster Bericht über die Vereinsjahre 1927–1929, Leipzig 1930, S. 3; Leipziger Kunstverein. Sechsendvierzigster Bericht über die Vereinsjahre 1929–1931, Leipzig 1932, S. 3.

22 Zweiunddreißigster Bericht des Leipziger Kunstvereins, Leipzig 1903, S. 21; Dreiunddreißigster Bericht des Leipziger Kunstvereins, Leipzig 1905, S. 21. Seit 1905 wurden in den gedruckten Kunstvereinsberichten keine Mitgliederverzeichnisse mehr veröffentlicht. In den als Sonderdrucke herausgegebenen Mitgliederverzeichnissen sind die Genannten noch bis März 1914 nachweisbar.

23 Vgl. undatierte Liste, Nr. 10 (Max von Bleichert) und Nr. 11 (Paul von Bleichert), in: Museum der bildenden Künste (im Folgenden: MdbK), Archiv, Klinger Kreuzigung (Klinger-Akte 12), Bl. 156, auch Bl. 107.

24 Hötzel, Max und Paul von Bleichert (Anm. 17), S. 12.

25 Ebd., S. 13.

Verkauf seines Aktienanteils von der Liquidation der Firma nicht direkt betroffen. Als Rentier widmete er sich gänzlich seinen vielfältigen Interessen. Seit 1923 wohnte er in seinem neuerbauten Herrenhaus in Klinga bei Naunhof, das er 1929 der Stadt Leipzig verkaufte, die darin ein Kindererholungsheim einrichtete. Nach dem Unfalltod seiner Frau ließ er sich ab 1927 eine neue Villa in Zürich bauen, wohin er 1929 übersiedelte.

### Die Versteigerung der Sammlung Max von Bleichert 1931

Die Berichtersteller waren überzeugt: Die Versteigerung der »Sammlung Max v. Bleichert, Leipzig« sei ein schwarzer Tag für das private und öffentliche Kunstsammeln in Leipzig gewesen.<sup>26</sup> »Die Sammlung Max v. Bleichert versteigert!« titelte die Neue Leipziger Zeitung am 9. Dezember 1931 einen Auktionsbericht von Erhard Göpel: »Schon am Besichtigungstag drängten sich in den Räumen Sammler, Händler und Museumsleute aus dem Reich, die am Versteigerungstag, verstärkt durch zahlreichen Zuwachs von Leipziger Liebhabern und Händlern, den Versteigerungssaal bis auf den letzten Platz füllen.

Noch vor einem halben Jahre hatte man in den Räumen des Leipziger Kunstvereins die schönsten Bilder der Sammlung Bleichert gesehen mit der leisen Hoffnung, das eine oder andere dieser Hauptwerke deutscher Malerei möchte in Leipzig und vielleicht im Leipziger Museum bleiben. Was aber Leipziger Sammler jetzt auf der Versteigerung haben zurückkaufen können, ist keines der Hauptwerke. Für 5 200 Mark geht nach Leipzig zurück der Lovis Corinth, »Tändelei« (Dr. Findel), ein kleiner Greiner (520 Mark, Franke), Thoma, Gerbermühle bei Frankfurt (3 000 Mark), Spitzweg, Erinnerung (5 400 Mark, Dr. Findel), dazu zu sehr niedrigen Preisen einige schöne Greiner- und Klinger-Zeichnungen.

Das bedeutendste Bild der Sammlung, ein Frauenkopf von Leibl, wurde hoch mit 23 000 Mark einem Münchener Händler zugeschlagen, der wahrscheinlich für einen Schweizer Sammler das Bild erwarb. Der Gesamtertrag für die Gemälde und Zeichnungen der Sammlung Bleichert überschreitet, den Auktionsaufschlag von 15 v. H. eingerechnet, 200 000 Mark. Am morgigen Tage wird die Versteigerung mit dem Kunstgewerbe der Sammlung Bleichert fortgesetzt.«

26 Versteigerungskatalog: Sammlung Max v. Bleichert. Leipzig, Erster Teil. Gemälde neuerer Meister, Rudolph Lepke's Kunst-Auctions-Haus, Berlin 1931 (Katalog 2048; Versteigerung: 8.12.1931). Da in diesem Beitrag nur den Gemälden neuerer Meister in den Sammlungen der Gebrüder von Bleichert nachgegangen wird, vgl. auch Versteigerungskatalog: Sammlung Max v. Bleichert. Leipzig, Zweiter Teil. Kunstgewerbe/Gemälde Alter Meister, Rudolph Lepke's Kunst-Auctions-Haus, Berlin 1931 (Katalog 2049; Versteigerung: 9./10.12.1931).

»So wenig einheitlich die Sammlung Max von Bleichert als Ganzes war, auktionsmäßig ist die Versteigerung als ein Erfolg zu verzeichnen, der der Stadt Leipzig eine ihrer wenigen großen Sammlungen neuerer Kunst genommen hat.«<sup>27</sup> Tatsächlich befanden sich alle 17 in der Leipziger Kunstvereinsausstellung präsentierten Werke nun unter den zur Auktion angebotenen Werken. Insgesamt umfasste die Auktion 65 Gemälde, 31 Aquarelle und Zeichnungen sowie 57 Graphiken und sechs Bildwerke. »Es bleibt sehr zu bedauern, dass diese Leipziger Privatsammlung, rasch entstanden, so schnell bereits wieder aufgelöst wird, ohne dass es möglich war, das eine oder andere führende Werk für unser Leipziger Museum zu gewinnen!«<sup>28</sup> In welchem Zeitraum tatsächlich diese Sammlung – wie auch die von Paul von Bleichert – zusammengetragen worden war, lässt sich derzeit vor allem durch vereinzelte Nachweise in Werkverzeichnissen oder anderweitigen Publikationen grob schätzen: Für einige Liebermann-Gemälde gibt es Hinweise auf Erwerbungen ab 1913, für den Marées auf das Jahr 1919, mehrere dann in den 1920er-Jahren. Als eine der wohl frühesten Erwerbungen ist Carl Spitzwegs »Schmetterlingsfänger«<sup>29</sup> zu nennen, der sich bereits ab 1906 im Besitz von Max Bleichert befunden haben soll. Man kann also davon ausgehen, dass das Sammeln erst nach 1901, also nach der Übernahme der Firmenleitung begann und dass die Werke über die verschiedenen Villenbauten der Brüder verteilt waren.

Mehrere der versteigerten Werke werden auch heute noch sehr geschätzt, einige von ihnen fanden sogleich oder später in namhaften öffentlichen Kunstsammlungen ihren endgültigen Standort. So Arnold Böcklins erste, 1859 in München entstandene Fassung des »Panischen Schreckens«<sup>30</sup>, deren malerisch-skizzenhafter Charakter sie wie eine Ölskizze zu der veränderten Fassung in München<sup>31</sup> erscheinen lässt. Max von Bleichert hatte das Bild, in dem der Künstler die Stimmung glutvoll durchleuchteter südlicher Landschaften zur Mittagszeit einfing, wie er sie im Sommer 1853 während seiner Hochzeitsreise bei Palestrina erlebte, 1924 von der Kunsthandlung Galerie Heinemann in München erworben.

Jenem »kleinen Porträt von gebieterischem Reiz, einem vollkommenen malerischen Organismus aus Grau und Rot«<sup>32</sup>, »eine der schönsten Menschenschilderungen aus die-

27 Erhard Göpel, Die Sammlung Max v. Bleichert versteigert! 23 000 Mark für ein Porträt von Leibl, in: Neue Leipziger Zeitung vom 9.12.1931.

28 -y, Die Sammlung Max von Bleichert, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 29.11.1931.

29 Wichmann, Carl Spitzweg (Anm. 9), Nr. 378 auf S. 225, Abb. 378 auf S. 226.

30 1931 wurde das Gemälde aus der Lepke-Auktion mit einem Sonderkredit der Basler Regierung für das Kunstmuseum Basel erworben.

31 München, Schack-Galerie. Rolf Andree, Arnold Böcklin. Die Gemälde (Schweizerisches Institut für Kunstwissenschaft, *Euvrekataloge Schweizer Künstler* 6), Basel, München 1998, Nr. 120 (Basel) auf S. 244 mit Abb. 120, Farbtafel 8 auf S. 137, bzw. Nr. 121 (München) auf S. 244–246 mit Abb. 121 auf S. 245.

32 E., Die neue Schlichtheit im Kunsthandel, in: Kunst und Künstler 31 (1932), S. 60 f., hier S. 61.

ser Münchener Zeit«<sup>33</sup>, war schon in der Leipziger Kunstvereinsausstellung höchstes Lob gezollt worden: »Die flüssige Primamalerei ist schlechthin souverän. Jeder Pinselstrich modelliert; es ist eines jener Bildnisse, die wie »mit dem Pinsel geschnitzt« sind. Und das Seelische ist in dieser guten Malerei »ohnehin dabei«. Der Kopf ist wunderbar gezeichnet, ohne daß die Zeichnung aufdringlich wird, mit einem Sinn für Form, Formzusammenhänge und lebendig modellierende Valeurs, der in der deutschen Malerei des neunzehnten Jahrhunderts einzig ist«, schwärmte Karl Scheffler.<sup>34</sup> Für dieses heute in der berühmten Stiftung Oskar Reinhart in Winterthur befindliche Porträt wurde der Höchstpreis unter den versteigerten Gemälden aus dem Besitz von Max von Bleichert gezahlt, der es nach 1914 erworben haben muss.<sup>35</sup> Bis heute gehört das Porträt der Lina Kirchdorffer zu den herausragendsten Porträtschöpfungen Wilhelm Leibls: »Die Dargestellte, Karoline Kirchdorffer (1854–1927), Tochter von Leibls Schwester Katharina Maria Augusta und seit 1877 mit dem Maler Fritz Schider verheiratet, wurde von ihrem Onkel zweimal porträtiert (...) Die Annahme, daß das Winterthurer Brustbild nicht etwa eine Vorarbeit zu dem etwa gleichzeitigen Münchner Kniestück<sup>36</sup> ist, sondern eine später ausgeführte, veränderte Zweitfassung, hat manches für sich (...) Beide Bilder verraten auf etwas unterschiedliche Weise, welch tiefen Eindruck Edouard Manet nicht erst in Paris, sondern schon vorher, nämlich 1869 in München, auf Leibl gemacht hat. (...) Die fließende Pinselschrift der Münchner »Lina Kirchdorffer« hat sich bei der Winterthurer Version zu jenem eckigen Farbauftrag verfestigt, der in der Folge von Trübner oder – in Frankreich – von Cézanne mehr als von Leibl selbst verwendet worden ist.«<sup>37</sup>

Max Liebermanns Gemälde standen oftmals im Mittelpunkt der publizistischen Betrachtungen, wenn es um die Bleichertsche Sammlung ging.<sup>38</sup> So schrieb Karl Scheffler im Vorwort: »Unter den sechs Bildern von Max Liebermann ist ein Hauptwerk des Œuvres und der Sammlung: »Die Brabanter Spitzenklöpplerin«<sup>39</sup>, die 1881 in Dongen gemalt worden ist, zur selben Zeit, als die »Näherin«<sup>40</sup> der Dresdener Galerie und eine

33 Kunstauktionen. Berlin, in: Der Kunstwanderer, September 1931–August 1932, S. 87.

34 Karl Scheffler, Vorwort, in: Lepke Katalog 2048 (Anm. 26), o. S.

35 Emil Waldmann, Wilhelm Leibl. Eine Darstellung seiner Kunst. Gesamtverzeichnis seiner Gemälde, Berlin 1914, Nr. 103 auf S. 162, Abb. 84; als Besitzer ist »Regierungsrat Dr. W. v. Burchard, Berlin« genannt.

36 »Leibls Nichte Lina Kirchdorffer«, 1871, München, Neue Pinakothek.

37 Eberhard Ruhmer, Der Leibl-Kreis und die Reine Malerei, Rosenheim 1984, Nr. 53 auf S. 360 f., Abb. 53 auf S. 168.

38 In der Lepke-Auktion von 1931 war Liebermann weiterhin mit einer Kreidezeichnung und 34 Graphiken vertreten.

39 Matthias Eberle, Max Liebermann. 1847–1935. Werkverzeichnis der Gemälde und Ölstudien, Band I: 1865–1899, München 1995, Nr. 1881/27 auf S. 212, Abb. 1881/27 auf S. 213. Max von Bleichert besaß das Gemälde wohl seit 1923.

40 Verschollen; Eberle, Max Liebermann I (Anm. 39), Nr. 1881/30 auf S. 216, Abb. 1881/20 auf S. 214.

ähnliche, etwas kleinere, Schwarz gekleidete »Spitzenklöpplerin«<sup>41</sup>, die sich in der Hamburger Kunsthalle befindet, entstanden. Diese Zeit bezeichnet einen der Höhepunkte im Schaffen Liebermanns; es ist die Zeit des »Altmännerhauses« und der »Freistunde im Waisenhaus«. Das Bild der Sammlung Max von Bleichert ist eine der stillen, tendenzlosen Apotheosen der Arbeit; es ist unendlich leicht, durchsichtig und sicher gemalt, ist erfüllt von einer tiefen, männlich verhaltenen Empfindung und nicht nur der menschlichen Auffassung, der liebevollen Zeichnung und der altmeisterlich sicheren Komposition nach, sondern auch koloristisch ein Meisterwerk. Das Blau der Schürze, das Weiß des Kleides, das Grün der Fensterläden und Pflanzen, das Rot der Blumentöpfe und das Gelbrot der Ziegelmauer: das ergibt eine klingende, unvergessliche Harmonie.«<sup>42</sup> Nur eines dieser Werke befindet sich heute in musealem Besitz: »Die Tochter des Künstlers zu Pferde«<sup>43</sup> (1913) im Kunstmuseum in Düsseldorf. »Das ländliche Paar beim Mahle«<sup>44</sup> (1880) und »Kindermädchen und Bonnen im Tiergarten – Kinderspielplatz im Tiergarten«<sup>45</sup> (1898) gehören heute privaten Kunstsammlern.

Ebenso bedauerlich ist, dass die beiden zur Versteigerung angebotenen Gemälde von Carl Spitzweg nicht für Leipzig erhalten werden konnten. Siegfried Wichmann charakterisierte ihre Besonderheiten: So belegt der 1835 gemalte und heute zu den Schätzen des Museums Georg Schäfer, Schweinfurt, gehörende »Naturforscher in den Tropen« »den Einsatz der lasierenden Technik und beweist, daß Spitzweg bereits in der Frühzeit diese Malstruktur beherrschte. Die Farben sind aufeinander abgestimmt und entsprechen dem Intensitätswert.«<sup>46</sup> Beim Gemälde »Erinnerung«, entstanden um 1851, »handelt es sich um eine schnelle Komposition, die Spitzweg als Erinnerung an seine Reise nach Paris 1851 ausführte. Dort machte er sich in verschiedenen Ausstellungen mit Monticelli vertraut und notierte in sein Pariser Tagebuch »Monticelli gesehen«. Adolphe Joseph Thomas Monticelli (1824–1886) bildete schon zu Beginn der 50er-Jahre einen Malstil heraus, der in einem flachen Pinselduktus aus Farbflecken die »schönsten abstrakten Farbharmonien« schuf. Das rasche Erlebnis wird hier mit schnellem Pinselduktus festgehalten. Diese Skizzentechnik hat Spitzweg von Anbeginn gepflegt. (...) Es waren insgesamt Erinnerungen an das flüchtige Naturempfinden, die der Maler kurzfristig in schneller Technik mit dem Pinsel festhielt. Der ältere Mann, der dem Liebespaar

41 »Holländische Klöpplerin«, 1881/82; Eberle, Max Liebermann I (Anm. 39), Nr. 1881/28 auf S. 213, Abb. 1881/28 auf S. 215.

42 Scheffler, Vorwort (Anm. 34).

43 Matthias Eberle, Max Liebermann. 1847–1935. Werkverzeichnis der Gemälde und Ölstudien, Band II: 1900–1935, München 1995, Nr. 1913/8 auf S. 861 mit Abb. 1913/8.

44 Eberle, Max Liebermann I (Anm. 39), Nr. 1880/7 auf S. 184 mit Abb. 1880/7.

45 Ebd., Nr. 1898/21 auf S. 494, Abb. 1898/21 auf S. 495.

46 Wichmann, Carl Spitzweg (Anm. 9), Nr. 170 auf S. 156 mit Abb. 170.



Abb. 4: Franz von Stuck, *Die Welle* (*Spiel in den Wellen*), 1916, verschollen

nachschaut, ist dabei ein oft gestelltes Thema, das hier durch helle Lichter und dunkle Schatten wiedergegeben wird.<sup>47</sup>

Mit zehn Gemälden und zwei bemalten Gipsreliefs dominierte Franz von Stuck das Bleichertsche Auktionsangebot. Es sind zwischen 1900 und ca. 1920 entstandene, thematisch und stilistisch durchaus charakteristische Werke, die Max von Bleichert besessen hatte, »darunter besonders reizvolle wie »Das Spiel der Wellen«, »Die Familie«<sup>48</sup>. »Der Mensch als sinnliches und triebhaftes Wesen ist das weitaus am häufigsten behandelte Thema im Werk von Stuck. Der Sexualtrieb hat dabei den Primat gegenüber allen anderen menschlichen Trieben, Bedürfnissen und Wünschen«<sup>49</sup>, schrieb Heinrich Voss und führte dafür als Beleg ein ehemaliges Bleichert-Gemälde »Frühling«<sup>50</sup> von 1917 an. Die

47 Ebd., Nr. 344 auf S. 213 mit Abb. 344; heute Privatbesitz.

48 Kunstauktionen. Berlin (Anm. 33), S. 87. Vgl. Heinrich Voss, Franz von Stuck. Werkkatalog der Gemälde mit einer Einführung in seinen Symbolismus (Materialien zur Kunst des 19. Jahrhunderts 1), München 1973, Nr. 477/208 auf S. 305, Abb. 477/208 auf S. 205 bzw. Nr. 401/249 auf S. 299, Abb. 401/249 auf S. 189.

49 Voss, Franz von Stuck (Anm. 48), S. 21.

50 Ebd., Nr. 486/15 auf S. 305, Abb. 486/15 auf S. 207





Abb. 5: Hans Thoma, *Friedliches Tal*, 1892 (Kunsthaus Böhle, Stuttgart)

Gründe für die größere Werkanzahl in den Bleichertschen Sammlungen sind schwer einzuschätzen, denn etwa zu der Zeit, als die Bleichert-Brüder zu sammeln anfangen, begann nach anfänglicher Beliebtheit ab 1905 »jedoch ein großer Teil des Publikums negativ auf Stuck zu reagieren. Die Ablehnung kam hauptsächlich von den Verfechtern des *l'art pour l'art*, von denen Stuck als unkünstlerisch abgetan wurde, weil er sich »nicht ausschließlich malerischer Mittel bedient«, – eine Kritik, die in erster Linie die Art der Darstellung des (erotischen) Sujets betraf.«<sup>51</sup> Diese Ansicht scheinen die Brüder nicht geteilt zu haben. Das »Selbstbildnis des Meisters mit seiner Gattin«<sup>52</sup> (1900) befindet sich seit 1966 in der Städtischen Galerie im Lenbachhaus in München.

<sup>51</sup> Ebd., S. 55 f.

<sup>52</sup> Voss, Franz von Stuck (Anm. 48), Nr. 211/607 auf S. 282, Abb. 211/607 auf S. 145. Für das mit einem Originalrahmen versehene Gemälde gibt Voss keinerlei Nachweis zum ehemaligen Bleichert-Besitz. Wenn auch die Werkmaße gegenüber dem Lepke Katalog 2048 (Anm. 26) leicht abweichen, so kann das bei Voss als »Franz und Mary Stuck« verzeichnete Gemälde anhand der identischen Schrifttafel im Bild »KVENSTLERFEST MVENCHEN MDCCCIIIC« dennoch als das versteigerte Werk identifiziert werden.



Ebenso charakteristisch für sein Gesamtwerk waren die angebotenen sieben Gemälde von Hans Thoma. Von diesen Gemälden sind heute nur die »Gerbermühle« (Privatbesitz)<sup>53</sup> und das »Friedliche Tal« (1892; Kunsthaus Bühler, Stuttgart), nachweisbar, das sich durch feinste Nuancierung der Farbtöne und poetisch-lyrische Grundstimmung auszeichnet, »eine kontemplative Betrachtung der Natur, in deren Zyklus sich der Mensch eingebunden fühlen kann und vor deren Schönheit er staunend steht«<sup>54</sup>.

Zu erwähnen blieben von den in öffentliche Sammlungen gelangten Gemälden noch Wilhelm Trübners »Tilly reitet während der Schlacht bei Wimpfen in die Dominikanerkirche« (1882), heute im Besitz des Kurpfälzischen Museums der Stadt Heidelberg<sup>55</sup>, oder seinen »Kastanienwald bei Heidelberg II«, der, heute in Privatbesitz, nach Klaus Rohrandt ein im Spätherbst 1889 entstandener, ungewöhnlicher Naturausschnitt und im Œuvre des Künstlers singulär ist.<sup>56</sup>

Zum Ergebnis der gesamten Versteigerung der Sammlung Max von Bleichert gehört aber auch dies: »Der zweite und dritte Tag dieser Versteigerung (bei Lepke in Berlin) zeigte ein wesentlich anderes Bild als der erste. Der Andrang war geringer, die Kauflust desgleichen. (...) Das Gesamtergebnis der drei Tage mit 272 000 Reichsmark dürfte kaum den Erwartungen voll entsprochen haben.«<sup>57</sup>

Damit war der augenscheinliche Versuch Max von Bleicherts, durch Versteigerung eines Großteils seines privaten Kunstbesitzes Geldmittel flüssig zu machen, um eventuell die Insolvenz der Firma noch aufhalten zu können, gescheitert.

### Ein Marées für das Leipziger Museum

Wie aber kam das Marées-Gemälde unversteigert ins Museum der bildenden Künste in Leipzig? Das Prozedere wurde durch einen privaten Wunsch in Gang gesetzt: »Herr Ossip Kofmann, Berlin, Lützowufer 20, der vor längerer Zeit bereits einmal einige magazinierte Bilder des Museums erworben hat, ist erneut an das Museum herangetreten mit der Bitte, das im Besitz des Museums befindliche Gemälde von Anders Zorn »Das

53 Den Hinweis verdanke ich Dr. Alexander Eiling, Staatliche Kunsthalle Karlsruhe, ebenso wie die Information, dass bisher letztmalig »Der Seemann bei Nacht« bei Weinmüller, München (Auktion 100, 22.–24.6.1966, Nr. 1333), »Der Rhein bei Säckingen« bei Günter Hausmann, Düsseldorf (Auktion 18.3.1972) und »Adam und Eva« bei Karl & Faber, München (Auktion 193, 4.6.1997) versteigert wurden.

54 Ausstellungskatalog: Hans Thoma. Lebensbilder. Gemäldeausstellung zum 150. Geburtstag, Augustinermuseum Freiburg im Breisgau 2.10.–3.12.1989, Nr. 92 auf S. 274, Abb. 92 auf S. 275.

55 Rohrandt, Wilhelm Trübner (Anm. 12), hier Teil 1, Nr. G 371.

56 Ebd., hier Teil 2, Nr. G 588. Für entsprechende Hinweise sei Klaus Rohrandt ganz herzlich gedankt.

57 Dr. F.S.-s., Versteigerung der Sammlung Bleichert: Der Gesamtertrag 272 000 Mark, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 11.12.1931.



*Abb. 6: Hans von Marées/  
Karl von Pidoll, Lob der Be-  
scheidenheit, 1885 (Museum  
der bildenden Künste Leipzig)*

Mädchen von Raettvik<sup>58</sup> zum Preise von 7000.- M zu überlassen. Das Gemälde ist im Jahre 1919 von Herrn Paul von Bleichert dem Museum geschenkt worden. Wie mir nun Herr von Bleichert mitteilt, wäre er völlig damit einverstanden, wenn dieses Bild vom Museum veräußert würde, um ein anderes vollgültigeres Werk für das Museum zu erwerben. Ich bitte um Entscheidung, ob seitens der Museumsdirektion in dieser Angelegenheit weitere Schritte getan werden können.«<sup>59</sup> Mit dieser Anfrage wandte sich Museumsdirektor Dr. Werner Teupser am 19. November 1931 an das Leipziger Museumsamt. Es stimmt, bereits 1930 hatte das Museum vier Werke skandinavischer Künstler an diesen Privatmann verkauft.

Teupser's Vorschlag nahm der gemischte Verwaltungsausschuss für das Museum der bildenden Künste in seiner Sitzung vom 20. November 1931 einstimmig an. Teupser wurde bereits am 25. November mit einem interessanten Vorschlag erneut vorstellig: »Nachdem mir die Limiten der Auktion Max von Bleichert, die am Dienstag,

58 Über die Provenienz des Gemäldes bis zu Paul von Bleichert und nachfolgend vgl. die Forschungen von Cecilia Lengefeld, Anders Zorn, Eine Künstlerkarriere in Deutschland, Berlin 2004, S. 50 bzw. S. 283.

59 Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden: StadtAL), Kap. 31 Nr. 51 Bd. 3 »Akten, das Museum der bildenden Künste, Ankäufe und Geschenke betr. Ergangen vor dem Rate der Stadt Leipzig 1923«, Bl. 154.

den 8.12.31 stattfinden soll, bekannt geworden sind, möchte ich nach Maßgabe der vorhandenen Mittel den Vorschlag machen, das in der Sammlung Max von Bleichert befindliche Gemälde von Lovis Corinth »Tänzelei, Frau und Amor, signiert und datiert Lovis Corinth 1917/18 aus einem Teil des Erlöses des Zorn-Gemäldes zu erwerben. (...) Da gerade in der letzten Zeit nach den Spätwerken des Künstlers im Handel außerordentlich gefragt worden ist, halte ich es für eine günstige Gelegenheit, diese für eine moderne Galerie außerordentlich empfindliche Lücke auszufüllen. Das Bild selbst ist mit 3000.- M limitiert, wird aber wohl einen wesentlich höheren Preis bringen. Bemerken möchte ich noch, daß das Bild bei seiner Ausstellung im Kunstverein im April ds. Js. eine ganz besonders gute Figur machte.«<sup>60</sup> Zum Erwerb des Corinths kam es nicht, da der erzielte Erlös höher lag als der Teupser genehmigte Ankaufpreis. Am 15. Dezember 1931 verkündete Teupser dem Museumsamt deshalb das überraschende Angebot, »daß Herr von Bleichert nicht abgeneigt wäre, die in seiner Sammlung befindliche große Komposition von Hans von Marées »Lob der Bescheidenheit« (...) dem Museum zu einem ganz besonderen Ausnahmepreis von 7000.- M zu überlassen. Das Bild ist auf der Versteigerung von Lepke bis 18000.- M getrieben worden, hat aber die von Herrn von Bleichert festgesetzte Limite nicht erreicht, unter der er es auf keinen Fall weggeben wollte, da er es selbst mit 60000.- M erwerben mußte. Da Herr v. Bleichert infolge der gegenwärtigen Verhältnisse nicht in der Lage ist, wie er es ursprünglich wohl beabsichtigt hatte, dem Museum eine namhafte Schenkung zu überweisen, so will er sich wenigstens mit der ganz außerordentlich niedrigen Summe zufrieden geben und dadurch zum Ausdruck bringen, daß er auch seinerseits dem Museum die Erwerbung dieses wesentlichen Stückes, das während der Sommermonate lange Zeit als Leihgabe im Museum gehangen hat und das schon wegen seines Formates und Inhaltes eben nur in ein deutsches Museum gehört, in weitgehendstem Maße zu erleichtern. Herr v. Bleichert hat allerdings die Bedingung gestellt, daß die Entscheidung in dieser Frage möglichst umgehend, spätestens bis Sonnabend Mittag dieser Woche gefällt werden müßte. Ich bitte daher mich zu ermächtigen, den aus dem Verkauf des Zorn-Bildes erzielten Betrag von 7000.- M. Herrn v. Bleichert sofort überweisen zu dürfen.«<sup>61</sup> Die Zustimmung der Ausschussmitglieder erfolgte umgehend, so dass der Ankauf des Marées-Gemäldes »Lob der Bescheidenheit« am 18. Dezember 1931 vollzogen wurde.

Umgehend wurde das Werk in die Schausammlung integriert und noch einmal wird es pressenmäßig besonders herausgestellt, als man im Januar 1932 die Neuerwerbungen des Museums präsentierte. Damals hatte das Gemälde seinen Platz im ersten Stock mit dem großen Saal der deutschen Nazarener und Romantiker, und zwar »in der schmalen Seitenloggia dieses Längstraktes« gefunden, wo »jetzt an der rechten Schmalwand ganz

<sup>60</sup> Ebd., Bl. 156.

<sup>61</sup> Ebd., Bl. 158.

für sich ein Marées!« hängt. »Nicht Leihgabe, sondern Eigentum des Museums, wodurch die stille Hoffnung, die wir an dieser Stelle kürzlich aussprachen, rascher als gedacht in Erfüllung gegangen ist! (...) Mit diesem zugleich rassigen und feierlich-dekorativen Bilde ist eine der empfindlichsten Lücken unserer Galerie ausgefüllt. Die interessante und zugleich problematischste aller Erscheinungen deutscher Malerei des vergangenen Jahrhunderts tritt damit bei uns endlich in Erscheinung!«<sup>62</sup>

### Max Klinger in den Sammlungen der Brüder von Bleichert

Nach Lepkes Versteigerungskatalog von 1931 waren von den einheimischen Leipziger Künstlern nur Max Klinger und Otto Greiner mit einigen Werken in der Sammlung Max von Bleichert vertreten: »Die beiden Leipziger Meister Klinger und Greiner wurden nicht besonders hoch bewertet. Klingers ›Salome Büste‹<sup>63</sup>, weißer griechischer Marmor, ging für 1500 Mark weg; seine Zeichnungen durchschnittlich mit 150 Mark.«<sup>64</sup> Der als »Salome« verauktionierte weibliche Halbakt war auch Gegenstand der Korrespondenz zwischen Paul von Bleichert und dem Künstler gewesen: »Sehr gern überlasse ich Ihnen die begonnene Mädchenbüste, Marmor. Der Preis wäre 12000. M. (...).«<sup>65</sup> Unter den versteigerten fünf zeichnerischen Werken Klingers befand sich das Aquarell »Sitzende Japanerin« vom 21. Juni 1912, das heute als Übernahme aus der Sammlung Hermann-Pottkämper, Leipzig, zum wertvollen Bestand an Klinger-Werken im Museum der bildenden Künste in Leipzig gehört.<sup>66</sup>

Aber Max Klinger spielte im Zusammenhang mit den Brüdern von Bleichert eine weitaus größere Rolle, als es anhand der Lepke-Auktion von 1931 zu vermuten ist. Dies gilt jedoch vor allem für Paul von Bleichert, der sich 1919 von Klinger ein eigenes Exlibris, »zwei sich umarmende nackte Frauen vor einem Ruhebett stehend«<sup>67</sup>, anfertigen ließ.

62 Egbert Delpy, Kulturarbeit trotz Notzeit. Neuerwerbungen des Museums der bildenden Künste, in: Leipziger Neueste Nachrichten vom 14.1.1932.

63 Besitz des Von der Heydt-Museums, Wuppertal.

64 F.S., Versteigerung der Sammlung Bleichert in Berlin, in: Leipziger Neueste Nachrichten und Handelszeitung vom 9.12.1931, S. 3. Den Hinweis verdanke ich Dr. Manfred Hötzel, Leipzig.

65 Stadtarchiv Naumburg, Briefe Klingers, Nr. 497: Schreiben von Max Klinger an Herrn von Bleichert vom 25.6.1919, S. 1 und 2; bzw. Briefe Klingers, Nr. 498: Schreiben von Max Klinger an Herrn von Bleichert vom 16.6.1919.

66 Ausstellungskatalog: Herwig Guratzsch (Hrsg.), Max Klinger. Bestandskatalog der Bildwerke, Gemälde und Zeichnungen im Museum der bildenden Künste Leipzig, anlässlich der Ausstellung zum 75. Todestag von Max Klinger, Museum der bildenden Künste Leipzig 3.5.–23.7.1995, Leipzig 1995, Kat.-Nr. C 664 auf S. 261 f., Abb. C 664 auf S. 262.

67 Carl Beyer, Max Klingers graphisches Werk von 1909 bis 1919. Eine vorläufige Zusammenstellung im Anschluß an den Œuvre-Katalog von Hans W. Singer, Leipzig 1930, Nr. 450. Stadtarchiv Naumburg,

Abb. 7: Max Klinger, *Die Badende*, 1919/20  
(Museum der bildenden Künste Leipzig)



Wann Paul von Bleichert begonnen hatte, Werke von Max Klinger zu erwerben, ist derzeit nicht eindeutig zu belegen. Vom 22. November 1917 gibt es ein sehr aufschlussreiches Schreiben von ihm, in dem er dem Künstler versicherte: »Lediglich der Ordnung halber bestätige ich Ihnen noch den gestern zwischen uns abgeschlossenen Kauf, wonach ich für Mk. 145.000.--, das im Atelier im Grassimuseum befindliche komplette von Ihnen gemalte Zimmer übernehme, nachdem Sie dasselbe verabredungsgemäss vollständig wieder hergestellt und teilweise neu übermalt haben. Die einzelnen Bilder versprochen Sie mir zu monogrammmieren. –

Ausserdem kaufte ich von Ihnen die zu dem Zimmer gehörige Statue, die sich noch in Arbeit befindet, zu dem Preise von MK. 35.000.--, die ich auch abnehmen und bezahlen werde, sobald das Kunstwerk vollendet ist. In obigen Preisen soll dann noch der in das Zimmer gehörende Ofen eingeschlossen sein, welchen Sie mir im Entwurf zeigten und welcher später fertiggestellt werden soll, sobald es die Verhältnisse nach dem Friedensschluss erlauben.«<sup>68</sup> In der Helbing-Versteigerung »Sammlung v. B.«<sup>69</sup> wurde

Briefe Klingers, Nr. 498: Schreiben von Max Klinger an Herrn von Bleichert vom 16.6.1919 bzw. Briefe Klingers, Nr. 497: Schreiben von Max Klinger an Herrn von Bleichert vom 25.6.1919.

68 Stadtarchiv Naumburg, Briefe an Klinger, Nr. 222: Schreiben von Paul Bleichert an Max Klinger vom 22.11.1917.

69 Versteigerungskatalog: Sammlung v. B. Ölgemälde moderner Meister des 19. und 20. Jahrhunderts, Galerie Hugo Helbing, München 1929 (Versteigerung: 23.4.1929).

1929 neben dem »Bildnis einer Dame« (1915) mit dem Hinweis: »Vorstehende Folge von 14 Gemälden hat Max Klinger s. Zt. für die Ausstellung in Dresden als Raumausstattung geschaffen«<sup>70</sup> anscheinend nur ein Teilkonvolut angeboten. Klinger hatte in Anlehnung an seine Vestibülausstattung der Villa Albers in Berlin-Steglitz aus den Jahren 1884/85, die damals bereits aufgelöst und in ihren Einzelteilen verkauft war und deshalb 1912 für die »Große Kunstausstellung Dresden«<sup>71</sup> nicht zur Verfügung stand, dieses neue Ensemble geschaffen. Von den versteigerten Gemälden sind nur wenige derzeit nachweisbar: Angeboten als »Saalelandschaft/Landhaus Klinger« wurde jenes Gemälde, welches drei Frauenfiguren vor Klingers Radierhäuschen auf seinem Weinberg in Großjena vereinigt und unter dem Titel »Drei Frauen im Weinberg in Großjena« (1911/12) sich heute in der Privatsammlung von Siegfried Unterberger in Meran/Leipzig befindet.<sup>72</sup> Möglicherweise ist außerdem das kleinformatige Gemälde »Junge Liebe« identisch mit dem Gemälde »Umarmung« in der Sammlung des Leipziger Museums der bildenden Künste.<sup>73</sup>

Für die Leipziger Museumssammlung ist die bedeutendste Klinger-Arbeit aus dem ehemaligen Besitz von Paul von Bleichert allerdings »Die Badende«<sup>74</sup>, 1919/20 als letztes plastisches Werk des Meisters entstanden. Diese zweite, etwas überlebensgroße Figur einer Badenden, für die Gertrud Bock Modell stand, basiert auf dem »Weiblichen Halbakt«<sup>75</sup> von 1915, der wohl um 1916 zur Ganzfigur ergänzt wurde.<sup>76</sup> Sie wurde in noch unvollendetem Zustand am 22. November 1917 von Paul von Bleichert erworben.<sup>77</sup> Der langwierige Erwerbungsverfahren der nach Klingers Tod an den Unterarmen, Händen und Füßen vom Bildhauer Georg Wrba etwas bearbeiteten Figur ist in einer eigenen Akte dokumentiert. Am Beginn steht im April 1929 das Angebot von Paul

70 Ebd., Nrn. 36–49 auf S. 12–14, Abb. Tafel 30 und 32.

71 Ausstellungskatalog: Grosse Kunstausstellung Dresden 1912. Offizieller Katalog, Zweite Auflage ausgegeben im Mai 1912, unter »Abteilung für Monumental-dekorative Malerei«, Saal 42, S. 142. Dort werden u. a. »1 Doppelzimmer mit ca. 60 Malereien« und »Mädchen, Marmorfigur, unvollendet« verzeichnet.

72 Von 1946 bis 1991 als Leihgabe aus der Sammlung Ahlswede im Museum der bildenden Künste.

73 Das Leipziger Gemälde gelangte 1953 als Vermächtnis des Rechtsanwaltes Albert Wagner jun., Freiberg, vormals im Besitz des Gärtnermeisters Albert Wagner sen., Leipzig-Gohlis, in den Leipziger Museumsbestand. Guratzsch, Max Klinger (Anm. 66), Nr. B 41 auf S. 115 f. mit Abb. B 41 auf S. 115.

74 Der Inventareintrag vom 30.7.1930 lautet: Durch Vermittlung des Herrn A. Brost von Herrn Konsul Paul v. Bleichert-Zürich (früher Klinga bei Leipzig), der die Figur für seinen Landsitz Klinga bei dem Künstler bestellt hatte. 10500.-, darunter 4500.- aus Stiftungen Leipziger Kunstfreunde 1930 sowie aus verschiedenen Stiftungserträgen. Beschluß des gem. Verwaltungsausschusses vom 2.7.1930.

75 Die Marmorfassung des »Weiblichen Halbakt« befindet sich seit 1926 im Museum der bildenden Künste in Leipzig. Der dazu gehörige Gips gelangte damals als Geschenk von Gertrud Hartmann verw. Klinger aus dem Nachlass Max Klingers in die Leipziger Museumssammlung. Guratzsch, Max Klinger (Anm. 66), Nr. A 46 auf S. 85 mit Abb., bzw. A 46a auf S. 85.

76 Guratzsch, Max Klinger (Anm. 66), Nr. A 66 auf S. 87.

77 Vgl. Anm. 68



von Bleichert aus Klinga, die Klinger-Statue dem Museum als Leihgabe zu überlassen, da er nach Zürich übersiedeln will. Zahlungsschwierigkeiten erzwingen ein jahrelanges Taktieren auf beiden Seiten, bis im August 1932 die Bezahlung abgeschlossen werden konnte.

Im Zusammenhang mit dem Verkauf des Herrenhauses in Klinga steht eine weitere Klinger-Erwerbung aus dem Besitz von Paul von Bleichert: Ein Kamin, dessen Kacheln der Meister eigenhändig geformt hatte. »Es empfiehlt sich festzustellen, ob der Kachelkamin mit der beabsichtigten Erwerbung ins Eigentum der Stadt mit übergeht. In diesem Falle würde es ratsam sein, den Kamin noch vor Beginn der Umbauarbeiten fachmännisch abzunehmen und zur Bereicherung der Klingersammlung ins Museum zu bringen. Sollte Herr von Bleichert die Absicht haben den Kamin zu behalten, so würde der Versuch angezeigt erscheinen, Herrn Konsul von Bleichert zur Überlassung des Kamins für das Museum zu bewegen.«<sup>78</sup> Der Kamin wurde in das Leipziger Museum für Kunsthandwerk überführt, wo er im Zweiten Weltkrieg teilweise zerstört wurde.<sup>79</sup>

Paul von Bleichert war es auch, dem der in Deutschland lebende Shintoist Hanzo Tanahashi, der Klinger im Jahre 1911 kennenlernte, wohl vor seiner Rückkehr nach Japan jene Akt-Porträtbüste<sup>80</sup> seiner Frau überließ, die er bei ihm am 14. März 1913 von Berlin aus bestellt hatte.

Paul von Bleichert schenkte dem Museum der bildenden Künste in Leipzig 1931 den Porträtkopf »Max Klinger«<sup>81</sup>, den Georg Wrba 1918 geschaffen hatte.

Hinzuweisen bliebe im Zusammenhang mit Max Klinger darauf, dass Max von Bleichert »sich außerdem bereit erklärt hat, (...) den überlebensgroßen Athleten, der nur in drei Exemplaren existiert (in einem auf dem Grabe von Max Klinger in Groß-Jena), der Stadt zur öffentlichen Aufstellung ebenfalls überweisen möchte«<sup>82</sup>.

78 Notiz von Bauer [?] vom 23.4.1929; MdbK, Archiv, »Klinger-Akte 1«: Ankauf Badende 1919/20, Bl. 126.

79 Zu den Entwurfszeichnungen vgl. Guratzsch, Max Klinger (Anm. 66), Nr. C 816 bis C 820 auf S. 283 mit Abb. C 816 und C 817.

80 Die Marmorfigur befand sich 1937 in Dresdener Privatbesitz und ist seither verschollen.

81 Herwig Guratzsch (Hrsg.), Museum der bildenden Künste Leipzig. Katalog der Bildwerke, Köln 1999, Kat.-Nr. 855 auf S. 322 mit Abb. 855. Nach dem Helbing-Katalog 1929 (Anm. 69), Nr. 108 auf S. 28, Abb. auf Tafel 20, ist das in ehemaligem Bleichertschen Besitz befindliche Exemplar der einzige Abguss. Das Werk scheint demnach nicht versteigert worden zu sein.

82 StadtAL, Kap. 31 Nr. 51 Bd. 3, Schreiben von Werner Teupser an das Leipziger Museumsamt vom 15.12.1931, Bl. 158. 1901 entstanden, wurde die Figur 1908 in drei Exemplaren gegossen, deren zweites Max von Bleichert erwarb. Dieses gelangte nach dem Zusammenbruch der Firma Adolf Bleichert & Co. AG 1932 in den Besitz des Zoologischen Gartens in Leipzig.



## Die Versteigerung der Sammlung Paul von Bleichert, München 1929

Klingers Raumausstattung von 1912 verwies ja bereits auf die Versteigerung der »Sammlung v. B.« im April 1929 in der Galerie Hugo Helbing in München. Mit insgesamt 114 Positionen, darunter 90 Gemälde, 16 Zeichnungen und acht Plastiken, war sie dem entsprechenden Teil der Versteigerung der Sammlung seines Bruders im Jahre 1931 ziemlich gleichrangig. Für den Katalog schrieb der Münchner Germanist und Kunsthistoriker Hermann Uhde-Bernays, der sich besonders mit der Münchner Kunst des 19. Jahrhunderts beschäftigte, eine Einführung. Ihr verdanken wir einen gewissen Einblick in die Sammeltätigkeit Paul von Bleicherts: »Die Anfänge dieser Sammlung gehen auf die beschauliche und stimmungsvolle Ruhe der Vorkriegszeit zurück. In ihren Grundzügen war sie bereits damals festgelegt. Die Möglichkeit der Erweiterung und Vervollständigung während der Kriegszeit durch die großen Auktionen, die von 1915 bis 1918 stattfanden, hat bei ihrer Vergrößerung ihr Aussehen im Ganzen nicht wesentlich betroffen, von der Bedeutung einer Reihe von Bildern Max Klingers abgesehen, welche für die Ausschmückung des Festsalles in einem auf sächsischem Boden befindlichen Landsitze bestimmt waren.

Wenn wir zunächst die Gemälde im Ganzen betrachten, so wird auffällig werden, wie stark sich da ein persönlicher Geschmack an Werken einer in reicher Farbenpracht schwelgenden Malerei gesättigt hat, die dunkle und tiefe, von schwerem Gold umschimmernde Töne besonders bevorzugt. Der repräsentative, auf die Pflege der Farbenwahl im Atelier bedachte Sinn der deutschen Malerei, der in der Zeit von 1870 bis gegen 1900 mit einer immer mehr gesteigerten Kultur der Palettenkunst auch zu einer immer mehr gesteigerten technischen Virtuosität führte, ist also von einer verwandten Natur schön erkannt worden. Ein persönliches Verhältnis zwischen dem Besitzer und den Gemälden, die er in prunkvollen Wohnräumen bewahrte, hatte sich gebildet, das bei neuen Erwerbungen entschied. Es gibt nur mehr wenige Sammlungen solcher Art, diese freilich meist in der Schweiz, wo der Wunsch nach der Vereinigung von Wohlhabenheit, Behaglichkeit und Ruhe unter individuellen Voraussetzungen noch heute in hohem Maße vorhanden ist. Münchens außerordentlich großer Anteil an der Entstehung und Entwicklung einer Malerei, deren Wesen aus dem Bestand einer nunmehr zur Auflösung bestimmten Sammlung zu deuten versucht wurde, ist nicht minder auffällig, als die Fähigkeit dieser Malerei, einen eigenen Kreis von Sammlern zu bilden. Muther hat einstens geschrieben, daß es keinen hervorragenden deutschen Maler gebe, der nicht irgendwie der Münchner Schule verpflichtet sei. Das ist hier abermals festzustellen, auch bei jenen Bildern, die nur mehr in einem losen Zusammenhange mit der Münchner Tradition stehen. So gruppieren sich um Leibl, Trübner und Schuch, um

Defregger<sup>83</sup> und Diez, um Zügel, Keller und Uhde, um Lier und Stadler eine Anzahl von Bildern Max Liebermanns. Von den zwei Werken des Lovis Corinth zeigt eines den Weg, den er von München aus beschritten hat. Carl Spitzweg bezeichnet die Verbindung heiterer Gegenständlichkeit mit vortrefflicher Malerei in München, als der eine Grundpfeiler der Sammlung, während etwa Feuerbachs majestätisches Damenbildnis<sup>84</sup> zum andern Grundpfeiler auf der entgegengesetzten Seite erhoben werden dürfte.«<sup>85</sup> Vieles von dem Gesagten kann man sicherlich auch auf die Sammlung von Max von Bleichert übertragen, zumindest findet man in beiden Sammlungen Gemälde von Corinth, Defregger, Dill, Hengeler, von zwei Vertretern der Kaulbach-Malerfamilie, Keller, Leibl, Spitzweg, Stadler, Stuck, Uhde sowie Zügel und damit ein Schwergewicht auf der Münchner Schule, zu der Hagemeyer, Liebermann, Schönleber, Schuch, Thoma und Trübner Kontakt hatten. Zahlreiche heute kaum bekannte Künstler verstärkten noch diesen Aspekt. Greiner und Klinger sind darunter zwei lokale Außenseiter in beiden Sammlungen, denen in der Sammlung von Paul von Bleichert noch die Sachsen Walter Georgi, Ludwig von Hofmann und Gotthard Kuehl zur Seite stehen.

Zur näheren Charakteristik der Paul von Bleichertschen Sammlung seien nur einige der Gemälde herausgehoben, die damals zur Versteigerung gelangten. Als eines der Hauptwerke wurde von Hermann Uhde-Bernays Carl Spitzwegs Gemälde »Der Spaziergang« überschwänglich gelobt, auf dem »alle Vorzüge der Kunst des Meisters auf glücklichste vereinigt« seien, denn »der köstliche Humor des Novellisten hält der Feinheit der koloristischen Ausführung das Gleichgewicht, und zu der ausgezeichnet im mittelgroßen Format erreichten bildmäßigen Geschlossenheit des künstlerischen Vorwurfs tritt als Ergänzung noch die delikate Unterstreichung der Stimmung in der atmosphärischen Weichheit der sommerlichen Landschaft. Dieses Werk gehört zu den Kabinettsstücken Spitzweg'scher Malerei auch in dem tiefen Sinne ihrer Zugehörigkeit zu der Münchner Genremalerei, deren höchste und höchstmögliche Vollendung sie anzeigt.«<sup>86</sup>

Auch Paul von Bleichert besaß ein Meisterwerk Wilhelm Leibls. Das »Bildnis der Frau Apotheker Rieder« gehört heute zu den Glanzstücken der Malerei des 19. Jahr-

83 Interessant ist unter dem Aspekt des Familienbesitzes der Gebrüder von Bleichert, dass nach Ausstellungskatalog: Franz von Defregger. 1835–1921. Ehrengedächtnisausstellung anlässlich seines 100. Geburtstages, im Sommer 1935 im Münchner Kunstverein, München 1935, das Defregger-Gemälde »Der hilfsbereite Vater« (1896) unter der Nr. 157 ausgestellt war, welches Adolf Bleichert, Nürnberg, gehörte. Der Ingenieur Adolf Georg Bleichert, geb. 1883, war der jüngste Sohn Adolf Bleicherts und damit der jüngste Bruder von Max und Paul. Er leitete ein Ingenieurbüro der Firma Bleichert in Nürnberg. Diesen Hinweis verdanke ich Dr. Manfred Hötzel, Leipzig.

84 Jürgen Ecker, Anselm Feuerbach. Leben und Werk. Kritischer Katalog der Gemälde, Ölskizzen und Ölstudien, München 1991, Nr. 330 auf S. 203 f., Abb. 330 auf S. 203; heute verschollen.

85 Hermann Uhde-Bernays, in: Helbing-Katalog 1929 (Anm. 69), o. S.

86 Ebd. Wichmann, Carl Spitzweg (Anm. 9), Nr. 950 auf S. 300 mit Abb. 950; heute Privatbesitz.

hunderts im Museum der bildenden Künste in Leipzig.<sup>87</sup> Bleichert hatte es 1916 auch schon bei Hugo Helbing ersteigert. »Die intime Stimmung, die durch den direkten, fragenden Blick der Dargestellten erzeugt wird, macht dieses Bild bemerkenswert. (...) Leibl scheint von dieser nachdenklichen und nicht ganz glücklich wirkenden Frau sehr angezogen gewesen zu sein. Die lockere Malweise, mit der er insbesondere Haare und Mantel wiedergibt, stellt eine der sinnlichsten Passagen in seinem Werk dar. Die Farbigeit ist ebenfalls ungewöhnlich lebhaft, die feinen Schattierungen von Rosa, Ocker und Grau sind nicht weit von den Werken eines Degas und Manet entfernt.«<sup>88</sup> Auch Uhde-Bernays schwelgte über das Gemälde, welches bis dahin im Salon des Landhauses in Klinga hing: »Dieses Zusammenspiel der dunkleren Töne des Kleides und des Hutes und der lichten Töne an den Gesichtspartien, die in elfenbein hellem Schmelz an die klare malerische Form der Frauen des Vermeer gemahnen, stellt das »Bildnis der Frau Rieder«, das historisch an der Spitze der letzten Arbeitsperiode Leibl's steht, auch seiner Qualität nach an die Spitze aller Gemälde, die in ihr geschaffen worden sind.«<sup>89</sup>

Um Leibl gruppierten sich in der Paul von Bleichertschen Sammlung viele Vertreter der Münchner Malerei. Karl Haiders Gemälde »Im Frühling« hing im Elternschlafzimmer des Landhauses in Klinga.<sup>90</sup> Hermann Uhde-Bernays nennt es »das populärste Gemälde des Meisters. (...) Hier kommt Haider der Reinheit des Empfindens dem Werk Thoma's sehr nahe.«<sup>91</sup> Die Eheleute empfanden sicherlich ähnlich.

Von den versteigerten Gemälden des Berliners Karl Hagemeister lassen sich derzeit nur zwei Werke identifizieren: Das »Stilleben mit Kanne und Früchten« (1877) ist jedoch ebenso wie die »Landschaft mit Windmühle – Herbst« (um 1880) verschollen.<sup>92</sup> Wilhelm Trübners »Badehütte«<sup>93</sup> (um 1876) und »Am Mondsee«<sup>94</sup> (1880er-Jahre) sind

87 Es wurde auf Beschluss des gemischten Verwaltungsausschusses vom 20.4.1929 auf der Helbing-Auktion 1929 ersteigert.

88 HKA [Helga Kessler Aurisch], in: Ausstellungskatalog: Edgar Peters Bowron (Hrsg.), *Romantiker Realisten Revolutionäre. Meisterwerke des 19. Jahrhunderts aus dem Museum der bildenden Künste Leipzig*, Museum der bildenden Künste Leipzig 29.6.–20.8.2000/Houston, The Museum of Fine Arts 22.10.2000–4.2.2001, Leipzig 2000, Kat.-Nr. 76 auf S. 182, Abb. S. 183.

89 Uhde-Bernays, *Helbing-Katalog* (Anm. 85). Das Foto befindet sich in Wiener Privatbesitz.

90 Stefan Krieg, *Das Landhaus für Paul von Bleichert in Klinga*, in: Krieg, Max und Paul von Bleichert (Anm. 17), S. 141–166, hier Foto auf S. 158.

91 Uhde-Bernays, *Helbing-Katalog* (Anm. 85).

92 Die Informationen zu allen Hagemeister-Gemälden aus dem Besitz der Gebrüder von Bleichert verdanke ich Hendrikje Wärmt, die das Werkverzeichnis des Künstlers erarbeitet. Danach hatte Paul von Bleichert das Stilleben 1918 erworben und die Landschaft bereits 1917.

93 Museum Georg Schäfer, Schweinfurt. Rohrandt, Wilhelm Trübner (Anm. 12), hier Teil 1, Nr. G 345.

94 Das Gemälde wurde direkt aus der Helbing-Auktion 1929 von der Staatlichen Kunsthalle Karlsruhe angekauft. Rohrandt, Wilhelm Trübner (Anm. 12), hier Teil 2, Nr. G 571.



Abb. 8: Das Elternschlafzimmer im Landhaus in Klinga mit dem Gemälde »Im Frühling« von Karl Haider, vor 1929 (Sammlung Rolf A. von Bleichert, Chatham/NJ USA)

nach Klaus Rohrandt für den Künstler »koloristisch und maltechnisch« bezeichnende Werke, »ohne zu den herausragenden Werken zu gehören«<sup>95</sup>.

Unter den vier Gemälden Hans Thomas dominierte das »Stilleben mit Blumen und Früchten« von 1875: »Die Plastizität der Form, das raffinierte Spiel von Farbkontrasten und das Gegeneinander von Licht und Schatten sind in diesem Stilleben virtuos gemeistert (...) Die bestechende malerischer Qualität zeigt sich zudem in der farblichen Abstufung der Grünwerte (...). So machen die sorgfältig herausgearbeiteten Gegensätze von Farb- und Lichtwerten die malerische Schönheit dieses Stillebens aus.«<sup>96</sup>

Fritz von Uhde war mit zwei religiösen Werken vertreten, wobei vor allem die »Ruhe auf der Flucht« (1895) das biblische Ereignis »ins Einfach-Menschliche und damit in die

95 Für diese Einschätzung und den Einblick in sein Werkverzeichnis sei ganz herzlich Klaus Rohrandt, Kiel, gedankt.

96 Das Gemälde befindet sich heute in der Stiftung Moritzburg, Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt, Halle (Saale). M.Z. [Margret Zimmermann], in: Ausstellungskatalog Hans Thoma (Anm. 54), Kat.-Nr. 34 auf S. 181, Abb. 34 auf S. 182.

Lebensumgebung des zeitgenössischen Beschauers« verlegte. »Sobald wir die religiöse, historische, gegenständliche Reminiszenz ausschalten, entdecken wir die lichterfüllte Bewegung einer Malerei, die von der impressionistischen Lehre nicht nur die äußerlichen Bereicherungen der Technik übernommen hat.«<sup>97</sup>

Mit sechs Gemälden<sup>98</sup> war Heinrich von Zügel überaus repräsentativ vertreten, zu denen Uhde-Bernays bemerkte: »Zügel ist kaum jemals so abwechslungsreich und in solcher Einheitlichkeit der Qualität aus verschiedenen Perioden seines Schaffens auf eine Auktion gelangt wie hier. (...) Wir können an ihnen die ganze Entwicklung der Kunst Zügel's von seiner Frühzeit, in der er seine Arbeiten in koloristischer Lebendigkeit bis ins kleinste ausführt, bis zur letzten Steigerung seiner impressionistischen Absichten verfolgen. (...) Die eigenartige Begabung Zügel's, der als Autodidakt begonnen hat, ist wohl vor allem in dem »Stall mit Kälbern«<sup>99</sup> zu erkennen, wo schöne Interieurmalerie und treue Beobachtungsgabe ineinandergreifen. Fast alle Bilder sind in kleinerem Format gehalten und daher mit großem Geschick gewählt worden. Denn gerade auf ihnen ist das Talent Zügel's in seiner uneingeschränkten Sicherheit zu erkennen.«<sup>100</sup> Von Franz von Stuck hatte Paul von Bleichert neben der weitverbreiteten Bronze »Athlet (Kugelstoßender Athlet)« und einer zweiten Bronzefigur »Tänzerin« die Gemälde »Fangspiel« (1915) und die an Böcklin erinnernde »Pest«<sup>101</sup> (1913) zur Versteigerung eingereicht.

Ebenso wie sein Bruder besaß Paul von Bleichert gleich mehrere Werke des führenden deutschen Impressionisten Max Liebermann, von dem allein sieben Gemälde und eine Kohlezeichnung zur Versteigerung gelangten, die zwischen 1879 und 1916 entstanden waren. Zu den drei Frühwerken gehörte beispielsweise der 1917 bei Paul Cassirer in Berlin erworbene »Biergarten in Etzenhausen«<sup>102</sup> (1879), eine in braunem Grundton

97 M.E. [Matthias Eberle], in: Museum Georg Schäfer Schweinfurt. Erläuterungen zu den ausgestellten Werken, Schweinfurt 2000, S. 262 mit Abb.

98 Derzeit sind bei Eugen Diem, Heinrich von Zügel. Leben. Schaffen. Werk, Recklinghausen 1975, nur wenige dieser Werke nachzuweisen: Nr. 154 (»Stallinterieur, Junge füttert drei Kälbchen«, Murrhardt 1875), Nr. 227 (»Ein Straßenraub«, München 1881) und Nr. 360 (»Vor dem Schafstall«), die auf Grund der Abbildungen identifiziert werden können.

99 Vgl. Diem, Heinrich von Zügel (Anm. 98).

100 Uhde-Bernays, Helbing-Katalog (Anm. 85).

101 Vgl. zu den Gemälden Voss, Franz von Stuck (Anm. 48), Nr. 457/52 auf S. 303, Abb. 457/52 auf S. 201 bzw. Nr. 435/191 auf S. 302, Abb. 435/191 auf S. 196; beide ohne Besitznachweis.

102 Eberle, Max Liebermann I (Anm. 39), Nr. 1879/11 auf S. 166 f., Abb. 1879/11 auf S. 167; heute Privatbesitz. Eberle führt u. a. einen rückseitigen Klebezettel an: »Unterzeichneter, Besitzer dieses Bildes, Herr Dr. G. A. von Bleichert bestätigt hiermit, daß dieses Bild Liebermanns mit mehr als 25 Jahren Familienbesitz ist, Bern, den 29. Mai 1946«. Dr. Gaston Adolf von Bleichert, geb. 1912 in Leipzig-Gohlis, war der zweite (jüngste) Sohn von Paul von Bleichert. Er promovierte zum Dr. rer. pol. an der Universität Bern und war als volkswirtschaftlicher Bankinformant tätig. Freundlicher Hinweis von Dr. Manfred Hötzel, Leipzig.





Abb. 9: Das Wohnzimmer im Klingaer Landhaus mit dem Gemälde »Das homerische Gelächter« von Lovis Corinth, vor 1929 (Sammlung Rolf A. von Bleichert, Chatham/NJ USA)

gemalte Studie. Aus der Versteigerung heraus wurde das Gemälde »Erntefeld«<sup>103</sup> (1912) für die Staatliche Kunsthalle Karlsruhe erworben.

Den deutschen Impressionismus repräsentierten in der Sammlung Paul von Bleichert darüber hinaus noch Werke von Max Slevogt und Lovis Corinth. Beachtenswert ist Max Slevogts »Landungsbrücke in Uhlenhorst (Nachmittag)« (1905): »Die kurze Zeit seines Aufenthaltes in Hamburg, das er wegen eines Porträtauftrags (...) aufsucht, gestaltet sich für Slevogt als fruchtbringend. Es entstehen neben dem Bildnis Landschaften – vornehmlich Hafen- und Alstermotive –, die er mit einer gänzlich neuen Frische ausbreitet. Die Landungsbrücke in Uhlenhorst entwickelt er in zwei Versionen, einmal vormittags und einmal nachmittags, um sich auf die Lichtatmosphäre einzustellen.«<sup>104</sup>

<sup>103</sup> Eberle, Max Liebermann II (Anm. 43), Nr. 1912/19 auf S. 840, Abb. 1912/19 auf S. 838.

<sup>104</sup> Hans-Jürgen Imiela, in: Ausstellungskatalog: Ernst-Gerhard Güse, Hans-Jürgen Imiela, Berthold Roland (Hrsg.), Max Slevogt. Gemälde Aquarelle Zeichnungen, Saarland Museum Saarbrücken, Werke 1876–1914: 29.5.–12.7.1992, Werke 1914–1932: 26.7.–20.9.1992/Landesmuseum Mainz, Werke



Von Lovis Corinth war es vor allem das 1909 in Berlin gemalte »Homerische Gelächter I«<sup>105</sup>. Zur Parodie wird hier »schlicht alles, was auf der Bildfläche erscheint: von den idealischen Gestalten à la Feuerbach bis zu dem heraldisch verkümmerten Preußenadler. Es ist ein Abgesang auf den Mythos, der das nicht mehr Geglaubte nur noch durch die Karikatur hindurch erinnern kann.«<sup>106</sup> Dieses herausragende Gemälde hing einst im Wohnzimmer des Herrenhauses in Klinga.<sup>107</sup>

### Die Brüder Bleichert als Kunstsammler

Wir wissen heute viel über die Firma Bleichert, wir kennen Max und Paul von Bleichert als erfolgreiche Unternehmer, aber wir wissen kaum etwas über die Beweggründe sowie die Art und Weise der Brüder, Kunst zu sammeln und in anscheinend kurzer Zeit jeweils umfangreiche Kunstsammlungen zusammenzutragen. Sicherlich war das Sammeln von Kunst ein wesentlicher Teil ihres persönlichen Lebensstils, der ihrer gesellschaftlichen Stellung entsprach und öffentlich wohl auch erwartet wurde. Aber wurden sie dabei beraten oder richteten sie sich bei ihren Erwerbungen ausschließlich nach ihrem eigenen Geschmack? Welchen Einfluss hatte das kulturelle Klima Leipzigs, die Leipziger Kunsthändler, das Leipziger Museum? Wo kauften sie vor allem? – Bis heute beinahe alles unbeantwortete Fragen, die offenbaren, welch dringender Forschungsbedarf auf dem Gebiet der Bildenden Kunst, des Sammelwesens und des Kunsthandels in Leipzig während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts insgesamt noch besteht.

Noch einmal sei an das damalige Sammelwesen in Leipzig erinnert: Auch wenn es »heute fast schon unmöglich [ist] – das beweist sogar die Sammlung Thyssen – ausschließlich Kunstwerke edelster Qualität mit einwandfreier Provenienz zu kaufen, wenn man nicht über amerikanische Mittel gebietet«, so gab es auch Grund, auf eine gute Tradition zu verweisen: »Letzten Endes verdankt ja das Museum am Augustusplatz seine Existenz lediglich solchen Persönlichkeiten. Das, was Leipzig heute wie jeder anderen

1914–1932: 31.5.–12.7.1992, Werke 1876–1914: 26.7.–20.9.1992, Saarbrücken, Mainz 1992, Nr. 64 auf S. 442; heute Nationalgalerie Prag.

105 Neue Pinakothek, München. Berend-Corinth, Lovis Corinth (Anm. 6), Nr. 390 auf S. 113, Abb. 390 auf S. 521.

106 AB [Andrea Bärnreuther], in: Ausstellungskatalog: Peter-Klaus Schuster, Christoph Vitali, Barbara Butts (Hrsg.), Lovis Corinth, Haus der Kunst München 4.5.–21.7.1996/Nationalgalerie, Staatliche Museen zu Berlin 2.8.–20.10.1996/The Saint Louis Art Museum, Saint Louis 14.11.1996–26.1.1997/Tate Gallery, London 20.2.–4.5.1997, München, New York 1996, Nr. 72 auf S. 176, Abb. 72 auf S. 177. Als Leihgabe Paul von Bleicherts wurde das Gemälde in der Berliner Ausstellung »Lovis Corinth. Ausstellung von Gemälden und Aquarellen zu seinem Gedächtnis« 1926 in der Nationalgalerie gezeigt; Ausstellungskatalog Nr. 159 auf S. 47. Jörn Grabowski, Berlin, ist die Mitteilung zu verdanken, dass das Gemälde nach Ende der Ausstellung noch als Leihgabe in der Nationalgalerie verblieb.

107 Krieg, Das Landhaus (Anm. 90), Foto auf S. 152.

Stadt im Reich fehlt, sind neu entstandene große Sammlungen. Auch der vermögendste Mitbürger kann in der heutigen Zeit nicht so souverän seine Liebhabereien pflegen, wie das vor der großen Katastrophe möglich war. Es liegt nicht am guten Willen, nicht an mangelndem Verständnis, wenn das Niveau der deutschen Privatsammlungen wesentlich herabgedrückt wurde.

Diese Ausstellung – und das ist symptomatisch – beweist, daß der Leipziger Privatsammler als solcher sich wohl bemüht, immer noch zu kaufen und gut zu kaufen, daß aber auf der anderen Seite, wie auch früher schon, der ewige Snobismus – der Namen um jeden Preis – nicht gestorben ist. (...) Und das legt dem Sammler Leipzigs eine große Verpflichtung auf.<sup>108</sup> Keiner der Leipziger konnte sich damals auch nur im entferntesten mit der Sammelqualität und dem Mäzenatentum beispielsweise eines August oder Eduard Freiherrn von der Heydt in Wuppertal vergleichen. Der Zerfall vieler privater Sammlungen ist in jener Zeit vieler Orts zu beklagen, wobei mit bedacht werden muss, dass nur wenige Jahre später die Nationalsozialisten die reichen Sammlungen jüdischer Mitbürger nahezu vollständig ausrauben und zerstören werden.

Wenn Uhde-Bernays bemerkt, dass die Anfänge der Sammlung von Paul von Bleichert in der Vorkriegszeit liegen, dann wird dies auch für die Sammlung seines Bruders zutreffen. Unbekannt ist, ob ihr Vater bereits einige Kunstwerke erworben hatte, oder ob sie von Grund auf neu begannen. Die Sammlungen sollen in den Kriegsjahren vergrößert worden sein, wobei man nach Uhde-Bernays auf großen Auktionen kaufte, ohne »ihr Aussehen im Ganzen nicht wesentlich« zu verändern. Das bedeutet, dass die beiden privaten Kunstsammlungen, einschließlich der Vielzahl kunstgewerblicher Gegenstände, erworben wurden, nachdem die Brüder die Firmenleitung übernommen hatten und wuchsen, als sich auch die Firma rasant zu einer Firma von Weltruf entwickelte. Wirtschaftlicher Aufschwung trug den Aufbau der Kunstsammlungen. Andererseits veräußerten anscheinend die Brüder auch immer wieder einige Kunstwerke, beteiligten sich in verhaltenerer Weise als andere Leipziger Sammler mit Schenkungen oder gezielten Verkäufen am Ausbau der öffentlichen Kunstsammlungen in ihrer Stadt. Ein schönes Beispiel wieder aufgegriffenen familiären Mäzenatentums ist die Schenkung des Gemäldes »Modell 258913« des zur sogenannten »Neuen Leipziger Schule« zählenden Künstlers Uwe Kowski, welches dem Museum 2001 von einer Urenkelin Adolf Bleicherts, Kristin von Bleichert-Krüger, und ihrem Mann übergeben wurde.

Kürzlich aufgefundene Briefe von Max und Paul von Bleichert verweisen auf mehrfache Kontakte der Sammler mit dem Museumsdirektor Julius Vogel. So erkundigte sich Paul von Bleichert, da »Mir (...) die Leipziger Künstlerverhältnisse ziemlich unbekannt« sind, beispielsweise »welche Künstler in Leipzig den besten Namen als Portraitisten haben«, nach einem »guten Aktmaler« und »wer nach Klinger die besten Bild-

108 Hellmut Richter, Leipziger Sammlerwesen, in: Das neue Leipzig, Mai 1931.

hauer hier in Leipzig sind, die für Büsten und ganze Kinderfiguren in Marmor in Frage kommen«<sup>109</sup>. Sie informieren stichpunktartig über geplante Auftragserteilungen, über Leihgaben zu Museumsausstellungen (Otto Greiner) und über den Gedankenaustausch zu Kunstwerken im Zusammenhang mit eventuellen Erwerbungen (Walter Georgi, Wilhelm Steinhausen, Hans Thoma). Gleichzeitig äußern die Brüder am 31. März 1919 bemerkenswerte Statements in getrennten Schreiben an die damalige Museumsassistentin Hildegard Heyne: »... dass ich unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen nicht an irgendwelche Neuerwerbungen denken und daher auch Ihrer Anregung nicht Folge geben kann« (Max von Bleichert) bzw. »Ich habe auch kein Interesse daran, unter den heutigen unübersichtlichen Verhältnissen irgendwelche neuen Bilder zu kaufen, um so weniger, als mir gar nichts daran liegt, eine moderne Bildergalerie zu besitzen, sondern die Bilder, die ich besitze, lediglich als Wandschmuck zu meiner persönlichen Befriedigung gekauft habe.« (Paul von Bleichert)<sup>110</sup>

Die Überschau der beiden Sammlungen, wie sie die beiden Versteigerungskataloge von 1929 und 1931 bieten, zeigt, dass beide im wesentlichen traditionsgebundene Sammlungen waren, die sich nicht grundlegend von anderen Leipziger Sammlungen der Zeit unterschieden und sich nicht der Klassischen Moderne öffneten. Auch wenn Max von Bleichert vier Graphiken von Edvard Munch versteigern ließ, es waren thematisch und stilistisch Arbeiten, die noch kaum etwas von seiner expressionistischen Entwicklung erkennen ließen. Wenn Klaus Rohrandt im Hinblick auf die Werke Wilhelm Trübners in beiden Sammlungen feststellt, dass es sich »eher um bürgerlich bestimmte Sammlungen handelte, die weder durch kunsthistorische noch besonders kennerschaftliche Aspekte gekennzeichnet sind«<sup>111</sup>, so kann man dies, ohne die Sammlungen abzuwerten, zu großen Teilen auch für die übrigen Sammlungsbestände übernehmen. Auf den wenigen Fotos von Innenräumen der verschiedenen Villen der Brüder ist zu sehen, dass man mit den Kunstwerken wirklich lebte, dass man sich mit einer überbordenden Fülle unterschiedlichster Kunstgegenstände umgab, die den gegensätzlichsten Stilepochen entstammten. Kaum etwas ist bekannt über Porträtaufträge, denn zahlreiche solcher Bildnisse sind auf alten Fotoaufnahmen zu erkennen, und kaum bekannt ist, was sich an Kunstwerken und Kunstgegenständen eventuell noch in Familienbesitz erhalten hat.

Die Brüder sammelten häufig Werke der gleichen Künstler, die überwiegend dem Münchner Kunstkreis entstammten. Neben auch heute noch bekannten Namen stehen viele Autoren, deren Bekanntheit eher dem damaligen Zeitgeschmack entsprach. Wenig wissen wir darüber, weshalb in beiden Sammlungen vereinzelte Werke französischer Künstler, wenn auch des 19. Jahrhunderts bis zum Impressionismus, vorhanden

109 MdbK, Archiv, Originalbriefe B 1916–1919, Brief von Paul von Bleichert an Julius Vogel vom 22.8.1916.

110 Ebd.

111 Email von Klaus Rohrandt an den Autor vom 28.12.2010.

waren: Bei Max von Bleichert waren es beispielsweise Gemälde und/oder Graphiken von Camille Corot, Edouard Manet, Jean François Millet und Auguste Renoir oder des Holländers Jozef Israels, des Norwegers Edvard Munch und des Schweden Anders Zorn. Sehr vereinzelte Werke belgischer und französischer Künstler oder eine Arbeit von Giovanni Segantini finden sich im Versteigerungsgut von Paul von Bleichert. Des- sen kapitalstes Stück in diesem Zusammenhang allerdings wurde anderweitig veräußert: Edouard Manets Gemälde »Kinderbildnis (Le petit Lange)«<sup>112</sup> (1861/62) gehört heute der Staatlichen Kunsthalle in Karlsruhe.<sup>113</sup> Immerhin gab es in Leipzig im 19. Jahrhun- dert einige wichtige Privatsammler, die sich sehr auf die französische und belgische Kunst konzentriert hatten. Aber die Bleicherts besaßen eben auch einige wirklich her- ausragende Kunstwerke wie die beiden Leibl-Gemälde, dazu manches charakteristische Stück beispielsweise von Böcklin, Corinth, Feuerbach, Klinger, Liebermann, Schuch, Slevogt, Spitzweg, Stuck, Thoma, Trübner, von Uhde oder Zorn. Insofern spiegelt sich der künstlerisch-kulturelle Zeitgeist der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts auf ganz subjektive Weise in den privaten Sammlungen der Brüder Max und Paul von Bleichert und macht sie zu aufschlussreichen Forschungsobjekten.

---

<sup>112</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Le\\_petit\\_Lange](http://de.wikipedia.org/wiki/Le_petit_Lange) (10.10.2011).

<sup>113</sup> Jan Lauts, Werner Zimmermann (Bearb.), Katalog neuere Meister. 19. und 20. Jahrhundert, Karlsruhe 1971, Textband, Nr. 2482 auf S. 165, Bildband, Abb. Nr. 2482 auf S. 285.

## Der Fall Mutschmann

Sachsens Gauleiter vor Stalins Tribunal

von Mike Schmeitzner

ISBN: 978-3-86729-090-6

Broschur, 15 x 23 cm

176 Seiten, 41 Abbildungen

14,80 €, 2. Auflage 2011



Im Kreis der 43 Gauleiter des »Großdeutschen Reiches« zählte Martin Mutschmann zu den mächtigsten: Es gab nur wenige regionale Parteiführer, die neben der politischen Leitung des Gaus auch die entscheidenden staatlichen Führungspositionen in den Händen hielten und überdies zu Hitlers frühesten Gefolgsleuten zählten. Seit 1925 war er Gauleiter der sächsischen NSDAP, seit 1933 Reichsstatthalter und seit 1935 Ministerpräsident in Sachsen. 1939 kam der einflussreiche Posten eines Reichsverteidigungskommissars hinzu. Noch Anfang 1945, aus Anlass seines 20-jährigen Gauleiter-Jubiläums, ließ er sich von der eigenen Presse als einen der »tatkraftigsten und fanatischsten Gefolgsleute des Führers« feiern. Nach Kriegsende versuchte Mutschmann Richtung Westen zu fliehen. Doch er kam nicht weit: Am 16. Mai 1945 wurde er in Tellerhäuser (Erzgebirge) von deutscher »Antifa« verhaftet und einen Tag später der sowjetischen Besatzungsmacht übergeben. Seitdem verlor sich seine Spur im Dunkel der Geschichte.

Die hier erstmals ausgewerteten sowjetischen Akten zum »Fall Mutschmann« fördern brisante Details und Zusammenhänge zutage: Mutschmanns frühe Überstellung nach Moskau, die interne Suche nach einem angemessenen Tribunal, schließlich das sowjetische Geheimverfahren und Mutschmanns Exekution Anfang 1947. Die Akten bieten aber auch neue Einblicke in Mutschmanns »Vorleben« als Unternehmer und Gauleiter. Und sie lassen deutlich werden, was es im Konkreten hieß, wenn Stalins Justiz nationalsozialistische Verbrechen ahndete. Darüber hinaus werden Fragen geklärt, die sich aus dem sowjetischen Verfahren ergeben: Wie ist dieser Moskauer Prozess im Vergleich zu anderen alliierten und (west-)deutschen Gauleiter-Prozessen einzuordnen? Welche Rolle spielten Mutschmanns Belastungszeugen aus der Führungsriege der sächsischen NSDAP? Welches Ende erwartete sie? Und schließlich: Was passierte mit seiner Ehefrau Minna Mutschmann? Welche Bedeutung hatten die »Waldheimer Prozesse« für sie?

# Leipzigs nationalsozialistische Oberbürgermeister (1937–1945)

*Robert Giesel*

## Einleitung

Die Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus nimmt schon lange einen großen Raum in der wissenschaftlichen Forschung ein. Besonders in den letzten Jahren wurden regionale Einzelstudien veröffentlicht, die anhand von ausgewählten Beispielen die Personalpolitik in den Stadtverwaltungen während der NS-Zeit thematisieren.<sup>1</sup> Für die neuen Bundesländer und insbesondere für Sachsen stellt Clemens Vollnhals fest, dass die Zahl an regional- und lokalgeschichtliche Studien für die Zeit des Nationalsozialismus sehr gering ausfällt.<sup>2</sup> Auch die Geschichte der nationalsozialistischen Oberbürgermeister von Leipzig wurde bisher nur wenig von der wissenschaftlichen Forschung berücksichtigt.<sup>3</sup> Zwar gibt es einige Publikationen, die sich mit der Geschichte Leipzigs in der NS-Zeit beschäftigen, allerdings beinhalten sie meist nur kurz zusammengefasste biographische Daten der Oberbürgermeister ab dem Jahr 1937.<sup>4</sup>

Der vorliegende Aufsatz thematisiert die politischen Umstände der Einsetzung und Absetzung sowie die ausgetragenen Auseinandersetzungen der einzelnen natio-

1 Vgl. u. a. Rüdiger Fleiter, *Stadtverwaltung im Dritten Reich. Verfolgungspolitik auf kommunaler Ebene am Beispiel Hannovers* (Hannoversche Studien 10), Hannover 2006; Sabine Mecking, Andreas Wirsching (Hrsg.), *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft* (Forschungen zur Regionalgeschichte 53), Paderborn, München, Wien, Zürich 2005.

2 Clemens Vollnhals (Hrsg.), *Sachsen in der NS-Zeit*, Leipzig 2002, S. 7.

3 Eine Ausnahme stellt der Aufsatz von Andreas Peschel dar. Er beschreibt den Aufstieg von Rudolf Haake, der zweimal als kommissarischer Oberbürgermeister von Leipzig fungierte. Vgl. dazu Andreas Peschel, *Rudolf Haake und die Leipziger NSDAP*, in: *Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins e. V.*, Jahrbuch 2009, Beucha 2010, S. 133–152.

4 Vgl. u. a. Karin Kühling, Doris Mundus, *Leipzigs regierende Bürgermeister vom 13. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Eine Übersichtsdarstellung mit biographischen Skizzen*, Beucha 2000, S. 70–72; Monika Gibas, Cornelia Briel, Petra Knöller, Steffen Held, *»Arisierung« in Leipzig. Verdrängt. Beraubt. Ermordet. Begleitbuch zur Wanderausstellung*, Leipzig 2007, S. 17 f.; Bernd Gerhard Ulbrich, *Nationalsozialismus und Antisemitismus in Anhalt. Skizzen zu den Jahren 1932 bis 1942*, Dessau 2005, S. 47–53; Ders., *Antisemitismus in Dessau. Eine Spurensuche in den Jahren 1924 bis 1939*, Dessau 2004, S. 33–37, 39–42; Zu den bisher erschienenen Publikationen zur Stadtgeschichte Leipzigs in der NS-Zeit vgl. Michael Schäfer, *Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig 1830–1990: Literaturbericht*, in: Markus Cottin, Detlef Döring, Michael Schäfer, Cathrin Friedrich (Hrsg.), *1000 Jahre Leipzig. Forschungsstand zur Stadtgeschichte im Vorfeld des Jubiläums der Ersterwähnung von 1015* (Leipziger Hefte 17), Beucha 2009, S. 79–119, hier S. 105–106.



nalsozialistischen Oberbürgermeister von Leipzig mit höheren Partei- und Reichsinstanzen. Somit stellt dieser Beitrag einen Versuch dar, ein bisher von der Forschung vernachlässigtes Themengebiet der Leipziger Stadtgeschichte aufzuarbeiten.<sup>5</sup>

## Prolog

Mit dem Untergang der Weimarer Republik übernahmen die Nationalsozialisten schrittweise die Macht in der Leipziger Stadtverwaltung. Allerdings sollte es noch bis 1937 andauern, bevor erstmals ein überzeugter Nationalsozialist, Rudolf Haake, das Amt des Oberbürgermeisters von Leipzig kommissarisch bekleidete. In der Reihe der nationalsozialistischen Oberbürgermeister von Leipzig nimmt Haake eine Sonderstellung ein. Im Gegensatz zu Walter Dönicke und Alfred Freyberg wurde Haake nie offiziell zum Oberbürgermeister von Leipzig ernannt. Er fungierte von 1935 bis 1943 als 2. Bürgermeister und Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Leipzig. Dennoch reiht er sich in die Riege der nationalsozialistischen Oberbürgermeister von Leipzig ein, da er in zwei Interimsphasen, in der die Stelle des Oberbürgermeisters vakant war, das Amt kommissarisch ausführte und die Geschichte der Stadt Leipzig im Nationalsozialismus maßgeblich prägte.<sup>6</sup> Im Gegensatz zu Haake konnte sich Dönicke innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung nicht behaupten. Als ehemaliger Tischler und Kreishauptmann von Leipzig besaß er nicht die nötige Kompetenz und Autorität, um den Anforderungen als Oberhaupt einer Großstadt gerecht zu werden.<sup>7</sup> Der dritte nationalsozialistische Oberbürgermeister von Leipzig, Alfred Freyberg, war hingegen ein hervorragender Verwaltungsfachmann. Als promovierter Jurist und ehemaliger Ministerpräsident von Anhalt verfügte er über ausreichend Kompetenz und Erfahrung, um die Verwaltung einer großen Stadt wie Leipzig zu führen.<sup>8</sup>

5 Dieser Aufsatz ist eine gekürzte Version der Magisterarbeit des Verfassers. Vgl. dazu Robert Giesel, *Leipzigs nationalsozialistische Oberbürgermeister*, Magisterarbeit, Ms. (masch.), Leipzig 2010.

6 Nach dem Rücktritt von Carl Friedrich Goerdeler (Leipziger Oberbürgermeister von 1930–1937) übernahm Haake am 1. Januar 1937 bis zur Ernennung von Walter Dönicke am 12. Oktober 1937 als 2. Bürgermeister das Oberbürgermeisteramt von Leipzig kommissarisch. Seine zweite Amtszeit als kommissarischer Oberbürgermeister begann am 12. Oktober 1938 und endete mit der Ernennung von Alfred Freyberg am 21. August 1939. Vgl. Kühling, *Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister* (Anm. 4), S. 70–72; Zu Carl Friedrich Goerdeler vgl. ebd., S. 68 f. und Ines Reich, *Carl Friedrich Goerdeler. Ein Oberbürgermeister gegen den NS-Staat*, Köln, Weimar, Wien 1997.

7 Walter Dönicke war vom 12. Oktober 1937 bis 11. Oktober 1938 der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig. Nach dem Ablauf der einjährigen Probezeit schied er auf Anweisung Hitlers wieder aus dem Amt aus. Vgl. Kühling, *Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister* (Anm. 4), S. 71; Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: BArchB), Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 573, Bl. 97.

8 Alfred Freyberg bekleidete das Amt des Oberbürgermeisters von Leipzig vom 21. August 1939 bis zu seinem Freitod am 18. April 1945. Vgl. Kühling, *Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister* (Anm. 4), S. 72.

## RUDOLF HANS HAAKE (1903–1945)

## Ausbildung und politisches Engagement bis 1933

Rudolf Hans Haake wurde am 17. Oktober 1903 als Sohn des selbstständigen Kaufmanns August Hermann Gustav Haake in Leipzig geboren. Er besuchte die öffentliche Höhere Handelslehranstalt in Leipzig und legte dort 1921 seine Reifeprüfung ab.<sup>9</sup> Die darauf folgenden zwei Jahre war Haake als kaufmännischer Lehrling bei der Leipziger Bäckereibedarfsartikel-Großhandlung Theodor Bader angestellt. Ein weiteres halbes Jahr arbeitete er in dem gleichen Unternehmen als Kontorist. Nach dem Abschluss seiner Lehre war Haake bis zum August des Jahres 1924 als Lagerist bei der Leipziger Lebensmittel-Großhandlung Günther Stöckert beschäftigt.<sup>10</sup>

Als sich am 22. November 1922 eine Ortsgruppe der NSDAP in Leipzig gründete, schloss sich Haake dieser Gruppierung an und wurde Mitglied.<sup>11</sup> Mit der Machtübernahme der Linksregierung unter Erich Zeigner (1886–1945)<sup>12</sup> im Frühjahr des Jahres 1923 in Sachsen wurde die Partei der NSDAP am 23. März 1923 verboten. Erst am 4. Dezember 1924 hob die sächsische Regierung das Verbot für den Freistaat Sachsen wieder auf. Kurze Zeit später, am 10. Dezember 1924, wurde die Leipziger Ortsgruppe der NSDAP als erste in Sachsen wieder neu gegründet.<sup>13</sup> Auch

9 Vgl. BArchB, ehemals Berlin Document Center (im Folgenden: BDC), Parteikorrespondenz (im Folgenden: PK), D 0261, Bl. 2036.

10 Vgl. Stadtarchiv Leipzig (im Folgenden: StadtAL), Kap. 10 H, Nr. 1362, Personalakte von Rudolf Haake, Bl. 2.

11 Vgl. BArchB, ehemals BDC, PK, D 0261, Bl. 2036.

12 Richard Moritz Erich Zeigner wurde im Frühjahr 1923 zum Ministerpräsidenten von Sachsen gewählt. Noch im gleichen Jahr geriet er in Konflikt mit der Reichsregierung, die ihn und sein Kabinett daraufhin absetzen ließ. Nach dem Krieg fungierte er vom 16. Juli 1945 bis zu seinem Tod am 5. April 1949 als Oberbürgermeister von Leipzig. Vgl. Kühling, *Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister* (Anm. 4), S. 73.

13 Bereits am 23. Dezember 1922 wurde ein Versammlungsverbot für die NSDAP in Sachsen erlassen. Allerdings hielt dieses Verbot die Leipziger Ortsgruppe nicht davon ab, zahlreiche Versammlungen unter dem Decknamen »Deutsche Arbeitsgemeinschaft« abzuhalten. Die Zusammenkünfte wurden als »Sprechabende« bezeichnet und fanden in wechselnden Lokalitäten statt. Somit konnte ein polizeiliches Eingreifen oftmals verhindert werden. Als am 23. März 1923 die Partei der NSDAP von der sächsischen Linksregierung verboten wurde, zählte die Polizeibehörde des Freistaates Sachsen für die Ortsgruppe Leipzig eine Mitgliederzahl von 145 Personen. Die Auswirkungen des Parteiverbotes auf die Leipziger Ortsgruppe der NSDAP lassen sich nur schwer erschließen. Allerdings ist belegt, dass die Parteistrukturen in Leipzig vorerst unter dem Decknamen »Nationalsozialistische Deutsche Arbeitsgemeinschaft« bestehen blieben, bevor im August 1923 eine Nachfolgeorganisation unter der unauffälligeren Bezeichnung »Verein Deutscher Flagge« gegründet wurde. Vgl. Andreas Wagner, »Machtergreifung« in Sachsen. NSDAP und staatliche Verwaltung 1930–1935 (Geschichte und Politik in Sachsen 22), Köln, Weimar, Wien 2004, S. 36–45; Rudolf Klingemann, Der Kampf um die Macht in Leipzig, in: Leipziger Kalender 1938, S. 31–41; Zum Aufstieg der Leipziger NSDAP bis 1933 vgl. auch Peschel, Rudolf Haake (Anm. 3), S. 134–137.



*Abb. 1: Rudolf Haake (1903–1945)*

Rudolf Haake trat am 1. April 1925 erneut in die Partei unter der Mitgliedsnummer 1181 ein.<sup>14</sup>

Ab August 1924 arbeitete Haake in einem Leipziger Unternehmen seines Vaters. Zur selben Zeit war er maßgeblich am Aufbau der Leipziger Hitler-Jugend beteiligt.<sup>15</sup> Nachdem die sächsische Regierung das Verbot der NSDAP in Sachsen wieder aufhob, besuchte Haake die neu gegründete Rednerschule der NSDAP, in der die Parteigenossen für den politischen Kampf geschult wurden.<sup>16</sup> Seit dem Jahr 1926 war er als Versammlungsredner tätig und wurde 1930 zum Reichsredner ernannt.<sup>17</sup>

In dem Zeitraum von 1926 bis 1928 lebte Haake in Kelbra am Kyffhäuser, wo er wiederum in einem Geschäft seines Vaters angestellt war.<sup>18</sup> Dort gründete er eine

<sup>14</sup> Vgl. BArchB, ehemals BDC, NSDAP Gaukartei, Rudolf Haake.

<sup>15</sup> Vgl. Klingemann, *Der Kampf um die Macht* (Anm. 13), S. 36.

<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 35.

<sup>17</sup> Mit der Erlangung des Reichsrednerausweises gehörte Haake zu den durch die Reichsleitung zu vermittelnden Rednern. In der Folgezeit wurde er als Redner in vielen verschiedenen Gauen eingesetzt. Seinen Schwerpunkt legte er dabei auf die Gaue Halle-Merseburg, Sachsen und Thüringen. Vgl. Stadt-AL., Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 3.

<sup>18</sup> Vgl. BArchB, ehemals BDC, PK, D 0261, Bl. 2036.

Ortsgruppe der NSDAP und übernahm deren Leitung.<sup>19</sup> Des Weiteren war er von Anfang 1927 bis Ende 1928 als Bezirksleiter für den Bezirk Kyffhäuser im Gau Halle-Merseburg verantwortlich.<sup>20</sup>

Nachdem Haake Ende des Jahres 1928 nach Leipzig zurückgekehrt war, studierte er zwei Semester an der Handelshochschule zu Leipzig.<sup>21</sup> Gleichzeitig übernahm er bis zum Oktober 1930 die Leitung der Ortsgruppe in Borna.<sup>22</sup> Als die NSDAP bei den Stadtverordnetenwahlen vom 17. November 1929 drei Mandate in Leipzig erhielt<sup>23</sup>, gab Haake sein Studium auf und zog mit zwei weiteren Parteigenossen im Januar 1930 als Stadtverordneter in das Neue Rathaus ein. Weiterhin übertrug man ihm die Geschäftsführung der Leipziger NSDAP.<sup>24</sup> Am Ende des Jahres 1930 wurde Haake Bezirksführer in der Amtshauptmannschaft Borna.<sup>25</sup> Ebenso bekleidete er seit 1931 das Parteiamt des Kreisamtsleiters für Gemeindepolitik. Diese Tätigkeit übte er bis zum 18. Oktober 1937 aus.<sup>26</sup>

Da die Person Rudolf Haake schon im Vorfeld der Stadtverordnetenwahl und während seiner Zeit als Stadtverordneter mehrfach wegen Beamtenbeleidigung verurteilt wurde, lässt darauf schließen, dass er gegenüber seinen politischen Gegnern sehr aggressiv und feindselig auftrat.<sup>27</sup> Dieses Verhalten kam besonders durch seine Tätigkeit als Schriftsteller und Redner für die NSDAP zum Tragen. Von Juni 1931 bis Ende März 1932 war er Schriftleiter der parteiamtlichen Zeitung »Der Freiheitskampf«<sup>28</sup> und veröffentlichte die Schrift »Der Versammlungsleiter« und das Buch »Kämpfer unter dem Hakenkreuz«.<sup>29</sup>

19 Die Ortsgruppe in Kelbra wurde 1926 gegründet. Die Leitung übernahm Haake bis zu seinem Weggang am Ende des Jahres 1928. Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 3.

20 Vgl. ebd., Bl. 108.

21 Vgl. Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden (im Folgenden: StA D), NS-Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit (im Folgenden: MfS), ZA VI, Nr. 2402, Akte 04, Bl. 2.

22 Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 108.

23 Bei den Leipziger Stadtverordnetenwahlen vom 17. November 1929 konnten die drei Mandatsträger Haake, Kaergel und Dr. Schnauß 17707 Stimmen auf sich vereinen. Vgl. Klingemann, Der Kampf um die Macht (Anm. 13), S. 38.

24 Gibas, Briel, Knöller, Held, »Arisierung« in Leipzig (Anm. 4), S. 17.

25 Diesen Posten gab er bereits ein Jahr später wegen Überlastung wieder auf. Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 3.

26 Neben dem Parteiamt des Kreisleiters für Gemeindepolitik wurde Haake von 1932 bis 1933 für den Kreis Leipzig als Kreisschulungsleiter eingesetzt. Vgl. ebd., Bl. 108; BArchB, ehemals BDC, Oberstes Parteigericht der NSDAP (im Folgenden: OPG), D 0088, Bl. 444.

27 Dreimal wurde Haake vom Schöffengericht Nordhausen verurteilt. Am 10. Juli 1929 musste er zum Schutze der Republik 30 Tage ins Gefängnis und eine Strafe von 210 RM bezahlen. Der Grund für diese Strafe lässt sich aus den Akten nicht erschließen. Weiterhin wurde er am 21. Februar und am 17. Juni des Jahres 1930 wegen Beamtenbeleidigung zu 50 RM oder 5 Tagen Gefängnis bzw. zu 30 RM oder 6 Tagen Gefängnis verurteilt. Vgl. BArchB, ehemals BDC, PK, D 0261, Bl. 2034.

28 Vgl. ebd., Bl. 2036.

29 Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 2.

Durch die Gemeindewahlen des Jahres 1932 konnte die Leipziger NSDAP 18 Abgeordnete stellen und war somit die zweitstärkste Fraktion nach der SPD, aber noch vor der KPD. Einer der Abgeordneten war Rudolf Haake, der am 1. Januar 1933 zum Geschäftsführer der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion und zum Vizevorsteher der Stadtverordneten in Leipzig ernannt wurde.<sup>30</sup>

### Der Aufstieg Haakes innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung

Mit den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 wurde der »Sieg der nationalen Revolution« in vielen deutschen Städten von einem symbolisch-propagandistischen Akt begleitet. Durch das Hissen von Hakenkreuzfahnen auf öffentlichen Gebäuden sollte die Herrschaft des Nationalsozialismus und der Umsturz der Verhältnisse aufgezeigt werden.<sup>31</sup>

In der Stadt Leipzig begannen Nationalsozialisten am 7. März willkürlich Hakenkreuzfahnen auf Gerichtsgebäuden, auf dem Untergrundmessehaus und an einigen anderen Stellen aufzuziehen. Um möglichem Widerstand vorzubeugen, verfügte der Kreishauptmann von Leipzig, Richard Marcus (1883–1933), einen Tag später, dass das Hissen der Hakenkreuzfahne auf öffentlichen Gebäuden geduldet werden soll.<sup>32</sup> Daraufhin wurde am 8. März die Hakenkreuzfahne auf der Universität, dem Neuen Theater und vor dem Neuen Rathaus aufgezogen. Die Aktion wurde begleitet von Aufmärschen der SA, SS und der Polizei.<sup>33</sup> Als Haake und der SA-Führer Hauptmann Heinrich Gerlach am frühen Morgen des 8. März bei dem Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler (1884–1944)<sup>34</sup> vorstellig wurden, versuchte dieser das Vorhaben noch zu verhindern. Allerdings konnte er trotz einiger Anrufe bei den Reichsministerien in Berlin die Flaggenhissungen und die Aufmärsche nicht mehr abwenden.<sup>35</sup> Angetrieben von den bisherigen Erfolgen versuchte Haake mit einem Parteigenossen am Nachmittag des gleichen Tages die Hakenkreuzfahne auf dem Rathhausturm aufzuziehen. Jedoch wurden sie auf Anweisung von Goerdeler durch die Wohlfahrtspolizei daran gehindert. Erst nachdem der sächsische Reichskommissar Manfred von Killin-

30 Vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 104; BArchB, ehemals BDC, PK, D 0261, Bl. 2035 f.; StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 2, 108.

31 Vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 110.

32 Vgl. StadtAL, Kap. 72, Kriege, Denkwürdigkeiten (1875–1947), Nr. 103, Bd. 1, Die nationale Revolution (1933), Bl. 33.

33 Vgl. StadtAL, Kap. 72, Kriege, Denkwürdigkeiten (1875–1947), Nr. 103, Beiheft 1, Bd. 1, Zeitungsausschnitte (1933), Bl. 3, 15.

34 Carl Friedrich Goerdeler war von 1930 bis 1937 Oberbürgermeister von Leipzig. Er gehörte nicht der NSDAP an, sondern war parteilos und vertrat konservativ-rechtsbürgerliche Ansichten. Vgl. Kühling, Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister (Anm. 4), S. 68.

35 Vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 111.

ger (1886–1944) sein Einverständnis gab, wehte die Hakenkreuzfahne am 11. März 1933 auf dem Turm des Neuen Rathauses der Stadt Leipzig.<sup>36</sup> Die durch die Flaggenhissung hervorgerufene Krise zwischen Teilen der Leipziger Stadtverwaltung wurde durch einen Erlass des Reichspräsidenten Paul von Hindenburg (1847–1934) vom 12. März 1933 weitestgehend entschärft. Dieser sah vor, dass bis zu einer endgültigen Regelung der Reichsfarben die schwarz-weiß-rote Fahne neben der Hakenkreuzfahne zu hissen sei.<sup>37</sup>

Haake hatte sich in dem Flaggenkonflikt gegenüber dem Oberbürgermeister Goerdeler behaupten können. Auch wenn es letztendlich der Reichskommissar Manfred von Killinger war, der das Hissen der Hakenkreuzflagge auf dem Turm des Neuen Rathauses anordnete, so muss es für Haake dennoch eine Genugtuung gewesen sein, dass die Flagge, wie von ihm gewünscht, auf dem Turm aufgezogen wurde. Es sollte nicht das letzte Mal sein, dass sich Haake gegen den Willen seines Vorgesetzten durchsetzte.

Noch bevor die Flaggenkrise in Leipzig ein Ende fand, wurde Haake am 10. März 1933 vom Staatskommissar zur besonderen Verwendung bei der Kreishauptmannschaft Leipzig, Walter Dönicke, zur »Wahrung der Interessen der NSDAP« in der Stadtverwaltung Leipzig eingesetzt.<sup>38</sup> Mit diesem neuen Posten war er jetzt in der Lage, erheblichen Einfluss auf die Verwaltungsarbeit der Stadt Leipzig auszuüben.

Einige Tage später verfasste Haake einen Artikel in der Leipziger Tageszeitung, in dem er die Bevölkerung dazu aufrief, ihn bei der Bekämpfung von Marxisten zu unterstützen. Die Leipziger Bürger sollten unter genauen Angaben Einzelfälle anzeigen, um die »Säuberungsarbeit« in der städtischen Verwaltung und in den städtischen Mietshäusern voranzutreiben.<sup>39</sup> Daraufhin folgte eine große Anzahl von Eingaben, die Haake mit Hilfe einiger Parteigenossen in einem zusätzlich geschaffenen Referat des Personalamtes bearbeiten ließ. Außerdem mobilisierte er aus den Reihen der Stadtverordneten und Stadträte weitere Parteigenossen, die in den neu eingerichteten nationalsozialistischen Dienststellen für Personalangelegenheiten, Wohnungs-, Siedlungs- und Baufragen sowie für Fürsorgeangelegenheiten arbeiteten.<sup>40</sup> Mit dieser

36 Vgl. ebd., S. 112.

37 Vgl. ebd.

38 Ines Reich schreibt in ihrem Buch über Carl Friedrich Goerdeler, dass Haake erst am 16. März 1933 als Vertrauensmann der NSDAP in der Leipziger Stadtverwaltung eingesetzt wurde. Allerdings gibt Haake selbst in einem Zeitungsartikel an, dass die Ernennung schon am 10. März 1933 stattgefunden hat. Vgl. dazu StadtAL, Kap. 72, Kriege, Denkwürdigkeiten (1875–1947), Nr. 103, Bd. 2, Die nationale Revolution (1933), Bl. 114; Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 117.

39 Vgl. dazu den Zeitungsartikel der Leipziger Tageszeitung vom 14. März 1933. StadtAL, Kap. 72, Nr. 103, Beiheft 1, Bd. 1, Bl. 38.

40 Vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 117.



neuen Verwaltungsstruktur sicherte sich die NSDAP ihren Einfluss auf verschiedene Ressorts der Stadtverwaltung.

Der Einfluss der NSDAP war besonders in Personalangelegenheiten spürbar. Zwischen 1933 und 1936 tauschte man in Leipzig über 1600 bewährte Kräfte gegen so genannte »alte Kämpfer« der NSDAP aus.<sup>41</sup> Nachdem die Gleichschaltung in der Stadtverordnetenversammlung und dem Stadtrat im Frühjahr 1933 verstärkt vorangerieben wurde,<sup>42</sup> stellte die NSDAP-Fraktion in der Gesamtsitzung der Stadtverordneten vom 10. Mai 1933 einen Dringlichkeitsantrag mit folgendem Inhalt: »Der Rat wird ersucht das Verfahren auf Entlassung der bereits beurlaubten Herren Bürgermeister Schulze, und Stadtrat Freytag auf Grund des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums<sup>43</sup> vom 07.04.1933 einzuleiten, da die bisherige politische Einstellung dieser Beamten und ihre Betätigung nicht die Gewähr für ein rückhaltloses Eintreten für die Belange des nationalen Staates erwarten lässt.«<sup>44</sup>

Gleichzeitig wurde beschlossen, dass die 3. berufsmäßige Bürgermeisterstelle in eine ehrenamtliche Stelle umgewandelt werden soll. Durch diese Veränderung war es dem ehrenamtlichen Stadtverordneten Haake nun gestattet, selbst das Amt des 3. Bürgermeisters einzunehmen. Noch in der gleichen Stadtverordnetenversammlung ließ er sich zum ehrenamtlichen 3. Bürgermeister der Stadt Leipzig wählen.<sup>45</sup> Allerdings musste sich Haake noch vom Sächsischen Ministerium des Innern die Son-

41 Mit »alten Kämpfern« sind diejenigen Parteigenossen gemeint, die schon während der Kampfzeit, also vor den Reichstagswahlen vom 14. September 1930, Mitglieder der NSDAP waren. Später wurden auch Personen dazu gezählt, die bis zum 30. Januar 1933 in die Partei eingetreten sind und aktiv bei der Machtübernahme in der NSDAP tätig waren. Nach der Anweisung des sächsischen Gauleiters Martin Mutschmann im Jahr 1934 sollten die »alten Kämpfer« bei der Wiederbesetzung von freien Stellen bevorzugt behandelt werden. Vgl. StA D, Ministerium des Inneren, Sektion 1, Nr. 09424, Bevorzugte Unterbringung »alter Kämpfer« der nationalsozialistischen Bewegung im Staatsdienst (1934–1941), Bl. 17 f.; StA D, Ministerium des Inneren, Sektion 1, Nr. 09473a, Allgemeine Personal und Beamtenangelegenheit (1934–1937), Bl. 30; Marianne Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler – Mut zum Widerstand. Eine Tochter erinnert sich, durchgesehene und erweiterte Neuausgabe, Leipzig 1998, S. 116.

42 Zur Gleichschaltung der Leipziger Stadtverwaltung vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 119–124.

43 Das »Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« erlaubte es den nationalsozialistischen Machthabern, politisch missliebige und jüdische Beamte aus dem Staatsdienst zu entfernen. Vgl. Ulrich von Hehl, Nationalsozialistische Herrschaft (Enzyklopädie deutscher Geschichte 39), München 2001, S. 7.

44 Friedrich Oskar Schulze wurde am 22. Mai 1882 in Dresden geboren. Er war Mitglied der SPD und seit dem 12. April 1929 der 3. Bürgermeister von Leipzig. Vgl. StadtAL, Kap. 10 S, Nr. 1703, Personalakte von Oskar Schulze, Bl. 1–3, 58, 81.

45 Die Stadtverordneten wählten Haake mit 31 von 52 abgegebenen Stimmen bei einer Stimmenenthaltung zum ehrenamtlichen 3. Bürgermeister von Leipzig. Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 10–12.

dererlaubnis einholen, dass er auch als nicht berufsmäßiges Gemeindemitglied die Amtsbezeichnung »Bürgermeister« führen durfte.<sup>46</sup>

Am 23. Juli 1933 schrieb der Sächsische Minister des Innern, Karl Fritsch (1901–1944)<sup>47</sup>, dem 3. Bürgermeister von Leipzig, Schulze, dass dieser aufgrund des »Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums« entlassen sei.<sup>48</sup> Kurze Zeit später erhielt Haake die Ausnahmegenehmigung des Sächsischen Ministeriums des Innern und wurde am 8. September vom Oberbürgermeister Goerdeler in sein neues Amt als ehrenamtlicher 3. Bürgermeister von Leipzig eingeführt.<sup>49</sup> Durch die Ernennung von 12 weiteren Nationalsozialisten zu ehrenamtlichen Stadträten hatte Haake eine Mehrheit im Stadtrat.<sup>50</sup> Mit dieser neuen Machtfülle versuchte er nun auch den 2. Bürgermeister von Leipzig, Dr. Ewald Löser (1888–1970)<sup>51</sup>, aus seinem Amt zu verdrängen.<sup>52</sup>

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten in der Leipziger Stadtverwaltung war es für den Oberbürgermeister Goerdeler sehr schwer, seine bisher vertrauten Mitarbeiter weiterhin zu beschäftigen. Besonders seinen Stellvertreter Löser, den er wegen seiner politischen Kompetenz und Grundhaltung sehr schätzte, versuchte

46 Nach § 80 der Gemeindeordnung durfte nur ein berufsmäßiges Gemeindemitglied die Amtsbezeichnung »Bürgermeister« führen. Vgl. ebd., Bl. 16.

47 Karl Fritsch war von 1933–1943 der Minister des Innern im Freistaat Sachsen. Im Jahr 1943 fiel er gegenüber dem Gauleiter und Reichsstatthalter Martin Mutschmann in Ungnade und wurde beurlaubt. Am 22. April 1944 nahm er sich das Leben. Vgl. Ernst Klee, *Das Personenlexikon zum Dritten Reich. Wer war was vor und nach 1945*, Frankfurt am Main 2003, S. 168.

48 Eine Begründung lieferte Fritsch in einem weiteren Brief vom 28. Juli 1933, in dem er schrieb, dass Schulze »bei Eintritt in das Beamtenverhältnis weder die übliche Vorbildung noch sonstige Eignung für das Amt eines berufsmäßigen Bürgermeisters besessen« habe. Vgl. StadtAL, Kap. 10 S, Nr. 1703, Bl. 89 f.

49 Die Ausnahmegenehmigung war allerdings an eine Bedingung geknüpft. Es wurde vereinbart, dass nach dem Ausscheiden von Haake aus diesem Amt die 3. Bürgermeisterstelle wegfällt und in eine ehrenamtliche Stadtratsstelle umgewandelt wird. Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 13–17.

50 Beschrieben in einem Zeitungsartikel von Haake über die Machtverhältnisse im Rathaus in der Leipziger Tageszeitung vom 10. Mai 1934. Vgl. StadtAL, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 2, Bl. 114.

51 Dr. jur. Ewald Löser war seit dem 12. Dezember 1930 der 2. Bürgermeister von Leipzig. Vgl. StadtAL, Kap. 10 L, Nr. 688, Personalakte von Ewald Löser, Bl. 3, 41.

52 Nach der Gleichschaltung innerhalb der Stadtverwaltung erhielt Haake noch weitere Posten, die seinen Einfluss festigten. So übernahm er im Dezember 1933 die Dezernate des Wirtschaftsamtes, des Statistischen Amtes, des Verkehrsamtes und des Vermietungsamtes. Des Weiteren wurde er im Mai 1934 in die Aufsichtsräte der Verlagsanstalt des Leipziger Messeamts GmbH, des Zweckverbands für Stadt- und Girobank, des Hypothekenvereins, der Leipziger Außenbahn AG und des Gemeindeverbandes für das Elektrizitätswerk Leipzig-Land gewählt. Vgl. StadtAL, Kap. 6, Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950), Nr. 107, Bd. 1, Persönliche Mitteilungen und Niederschriften über Besprechungen, Handakten des Bürgermeisters Haake (1933–Ende Mai 1938), Bl. 305 f., 394; StadtAL, Kap. 6, Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950), Nr. 107, Bd. 2, Persönliche Mitteilungen und Niederschriften über Besprechungen, Handakten des Bürgermeisters Haake (Juni 1938–November 1942), Bl. 155.

er so lange wie möglich im Amt zu halten.<sup>53</sup> Allerdings war Löser schon mehrfach dadurch aufgefallen, dass er kein Verständnis für die »Säuberungsaktionen« der Nationalsozialisten innerhalb der Stadtverwaltung zeigte.<sup>54</sup> Vorerst konnte er seine Position jedoch dadurch retten, dass er Ende des Jahres 1933 als Hospitant der NSDAP-Fraktion beitrug.<sup>55</sup> Als Löser Ende Februar 1934 den Fraktionszwang bei der Abstimmung zur Tarifierform der Großen Leipziger Straßenbahn missachtete, schloss ihn der Stimmführer Haake kurzerhand wegen des Verstoßes gegen die Fraktionsdisziplin aus der nationalsozialistischen Stadtverordneten- und Stadtratsfraktion aus.<sup>56</sup> Löser erfuhr von seinem Ausschluss aus der Zeitung und sah als Konsequenz nur noch den Ausweg, um seine Versetzung in den Ruhestand zu bitten.<sup>57</sup>

Haake hatte somit sein Ziel erreicht. Auch der 2. Bürgermeister von Leipzig wurde aus seinem Amt verdrängt. Damit war der Weg für ihn frei, um in der Stadtverwaltung weiter aufzusteigen. Schon auf der Stadtverordnetenversammlung, in der über die Zukunft Löasers entschieden wurde, stellte der Vorsitzende und Stadtrat-Älteste, Otto Wolf, gegenüber dem Oberbürgermeister Goerdeler den Antrag, »Bürgermeister Haake zum besoldeten Ratsmitglied und zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters zu wählen«.<sup>58</sup> Goerdeler konnte diesem Anliegen nichts entgegenzusetzen. Der aufstrebende Haake hatte die Mehrheit der Stadtverordneten hinter sich geschart und machte sich somit berechnete Hoffnung auf das Amt des 2. Bürgermeisters von Leipzig.

Am 11. Juli 1934 wurde Haake von der Stadtverordnetenversammlung zum befristeten Bürgermeister gewählt. Nachdem die Gauleitung von Sachsen und die Kreishauptmannschaft von Leipzig seine Wahl bestätigt hatten, wurde er durch

53 Vgl. Meyer-Krahmer, Carl Goerdeler (Anm. 41), S. 117.

54 »Bezeichnenderweise fand der für uns besonders glatte Fall der SPD-Stadtverordneten Stohe und Bauer bei Bürgermeister Löser kein Verständnis! Er wollte die Marxistenführer im Rathaus halten, weil sie eben »tüchtig« waren«. Ausschnitt aus dem Zeitungsartikel von Haake in der Leipziger Tageszeitung vom 10. Mai 1934. Vgl. StadtAL, Kap. 72, Nr. 103, Bd. 2, Bl. 114.

55 Nachdem die NSDAP das Verbot anderer Parteien im Sommer 1933 durchgesetzt hatte, konnten die ehemaligen Abgeordneten der rechtsgerichteten Partei DNVP als Hospitanten in die NSDAP eintreten. Dieses machte sich Löser zunutze und trat zwischen dem 19. Dezember 1933 und dem 9. Februar 1934 als Hospitant in die NSDAP ein. Somit verschaffte er sich ein wenig Zeit und blieb vorerst der 2. Bürgermeister von Leipzig. Aus den Akten lässt sich der genaue Zeitpunkt von Löasers Eintritt nicht ermitteln. Vgl. StadtAL, Kap. 10 L, Nr. 688, Bl. 90–92.

56 Löser rechtfertigte sein Abstimmungsverhalten mit der angespannten finanziellen Lage der Stadt Leipzig. Die neue Tarifierform hätte sich seiner Meinung nach schlecht auf die Finanzen der Stadt Leipzig ausgewirkt. Doch Haake sah in Löasers Abstimmungsverhalten einen Verstoß gegen das Führerprinzip und schloss ihn aus der Fraktion aus. Vgl. ebd.

57 Die Bekanntgabe seines Ausschlusses war in der Leipziger Abendpost vom 22. Februar 1934 zu lesen. Löser fühlte sich daraufhin gekränkt und enttäuscht, da vorher niemand mit ihm persönlich gesprochen hatte. Er wurde ab dem 30. September 1934 beurlaubt, bevor man ihn am 31. Dezember 1934 in den Ruhestand versetzte. Vgl. ebd., Bl. 89–93, 100.

58 Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 28.

Goerdeler am 5. Januar 1935 in sein neues Amt eingewiesen.<sup>59</sup> Somit hatte es Haake innerhalb weniger Jahre geschafft vom ehrenamtlichen Stadtverordneten zum berufsmäßigen 2. Bürgermeister und damit zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Leipzig aufzusteigen. Dabei zeichnete er sich vor allem durch seinen übertriebenen Ehrgeiz aus. Zeitgenossen beschrieben ihn als den »bösen Geist Goerdelers«<sup>60</sup>, der besonders als radikaler Antisemit in Erscheinung trat. So ist es nicht verwunderlich, dass während der Amtszeit Goerdelers fast alle antijüdischen Maßnahmen von Haake ausgingen.<sup>61</sup> Er hatte es sich zur Aufgabe gemacht, die jüdische Bevölkerung vom gesellschaftlichen Leben der Stadt auszuschließen und sie ihrer wirtschaftlichen Existenz zu berauben.<sup>62</sup> Schon kurz nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten rief Haake auf einer Massenkundgebung am 31. März 1933 dazu auf, am darauffolgenden Tag jüdische Geschäfte, Warenhäuser, Arztpraxen und Rechtsanwaltskanzleien zu boykottieren und ihre Inhaber zu schikanieren. Der sogenannte »Aprilboykott« sollte den »Beginn einer in den folgenden Jahren öffentlich exekutierten rassistisch-antisemitischen Gesellschaftspolitik des NS-Regimes« darstellen. Dabei war das ausgerufene Ziel die Erschaffung einer »rassereinen deutschen Volksgemeinschaft«.<sup>63</sup> So stellte Haake im Mai 1933 einen Dringlichkeitsantrag für die Errichtung eines »Amtes für Rassenkunde und Erbgesundheitspflege«. Die Einrichtung sollte »allmählich Auslesezschranken errichten, die sich ähnlich züchterisch auswirken wie die Auslesemaßnahmen der Natur«. Besonders der »Judenfrage« sollte dabei eine große Bedeutung eingeräumt werden.<sup>64</sup> Ein weiteres Anliegen der Leipziger NSDAP-Fraktion war die Umbenennung jüdischer Straßennamen. Seit März 1933 versuchte Haake jüdische Namen aus dem kulturellen Gedächtnis der Stadt Leipzig zu verdrängen. In der ersten Phase 1933 wurde die Rathenaustraße umbenannt.<sup>65</sup> Zwei Jahre später, im März

59 Vgl. ebd., Bl. 29–31., 40.

60 Vgl. Kühling, Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister (Anm. 4), S. 70.

61 Vgl. Gibas, Briel, Knöller, Held, »Arisierung« in Leipzig (Anm. 4), S. 17.

62 Vgl. Steffen Held, Die Leipziger Stadtverwaltung und die Deportation der Juden im NS-Staat, Leipzig 2008, S. 7; Kühling, Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister (Anm. 4), S. 70.

63 Nach den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 wurden in zahlreichen Städten und Gemeinden »wilde« Boykottaktionen von SA-, NSDAP- und Hitler-Jugend-Trupps durchgeführt. Daraufhin veröffentlichte der Völkische Beobachter am 31. März 1933 einen Aufruf, im ganzen Reich am 1. April 1933 ab 10.00 Uhr einen Tag des antijüdischen Boykotts zu veranstalten. Vgl. Gibas, Briel, Knöller, Held, »Arisierung« in Leipzig (Anm. 4), S. 8.

64 Vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 203 f.

65 Die Rathenaustraße wurde im März 1933 in Kapitän-Haun-Straße bzw. Haunstraße umbenannt. Außerdem sollte in der ersten Phase der Umbenennung auch die Philipp-Rosenthal-Straße einen anderen Straßennamen zugewiesen bekommen. Allerdings konnte die Umbenennung durch den Präsidenten des Leipziger Messamtes, Dr. Raimund Köhler (1878–?), und den 2. Bürgermeister, Dr. Ewald Löser, vorerst verhindert werden. Der Aufschub dauerte bis zur Frühjahrsmesse von 1936. Dann wurde die Philipp-Rosenthal-Straße in Kaiser-Maximilian-Straße umbenannt. Vgl. Held, Die Leipziger Stadtver-

und April 1935, wurden dann die Straßennamen von jüdischen Musikern, Dirigenten, Komponisten und anderen achtbaren Personen geändert.<sup>66</sup>

Auch wirtschaftliche Sanktionen nutzte die Stadtverwaltung unter der Führung von Haake, um bereits 1935 die jüdische Bevölkerung aus dem städtischen Leben auszugrenzen. Jüdische Unternehmer und beruflich Selbstständige wurden von öffentlichen Aufträgen ausgeschlossen. Die kommunal beaufsichtigten Geldinstitute hatten die Anweisung bekommen, keine Firmenkredite mehr an Juden zu vergeben. Des Weiteren bekamen jüdische Anwälte keine städtischen Rechtssachen mehr zugewiesen. Haake ging sogar so weit, dass er im August 1935 ein Verzeichnis mit allen jüdischen Ärzten und Zahnärzten in Leipzig veröffentlichte und die städtischen Beamten und Angestellten dazu aufforderte, die auf der Liste stehenden Ärzte zu meiden und nur noch nichtjüdische Ärzte zu konsultieren.<sup>67</sup> Auch die etablierte Leipziger Rauchwarenbranche fiel der nationalsozialistischen Ideologie zum Opfer. Über 100 Firmen wurden 1936 liquidiert oder »arisiert«.<sup>68</sup>

Haakes antisemitisches Handeln fand im November 1936 seinen vorläufigen Höhepunkt, als er in Abwesenheit des Oberbürgermeisters Goerdeler das Denkmal des »Vollblutjuden« Felix Mendelssohn Bartholdy vor dem Leipziger Gewandhaus abreißen ließ.

### Der Abriss des Felix-Mendelssohn-Denkmal und der Aufstieg Haakes zum kommissarischen Oberbürgermeister von Leipzig

Im Gegensatz zu den Bürgermeistern Schulze und Löser war der Oberbürgermeister Carl Friedrich Goerdeler 1935 noch nicht aus seinem Amt zu verdrängen. Als einziger parteiloser Oberbürgermeister einer Großstadt mit über 100 000 Einwohnern in Sachsen konnte er sich auch nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Amt behaupten. Er war ein ausgesprochen kompetenter Verwaltungsfachmann und

waltung (Anm. 62), S. 7 f.; Zu den neuen Straßennamen vgl. Gina Klank, Gernot Griebisch, Lexikon. Leipziger Straßennamen, Leipzig 1995, S. 167, 175.

66 Die folgenden Straßen wurden im März und April 1935 von der Stadtverwaltung umbenannt: Davidstraße in Schreckstraße, Jadassohnstraße in Methfesselstraße, Mendelssohnstraße in Anton-Bruckner-Straße, Moschelesstraße in Schichtstraße, Abrahamstraße in Robert-Naumann-Straße, Eitingonstraße in Ferdinand-Becker-Straße, Plautstraße in Brockdorff-Rantau-Straße, Simonstraße in Von-der-Pforten-Straße. Nach dem Ende des Krieges bekamen sie wieder ihre ursprünglichen Namen zugewiesen. Vgl. Held, Die Leipziger Stadtverwaltung (Anm. 62), S. 8 f.; Zur Geschichte der einzelnen Straßennamen vgl. Klank, Griebisch, Lexikon. Leipziger Straßennamen (Anm. 65).

67 Vgl. Held, Die Leipziger Stadtverwaltung (Anm. 62), S. 9.

68 Vgl. Anett Müller, 1933–1945. Leipzig im Nationalsozialismus, in: Peter Leonhardt, Volker Rodekamp (Hrsg.), Totalitär. Leipzig 1933–1945. Städtebau und Architektur im Nationalsozialismus (Thema M 10), Leipzig 2008, S. 6–16, hier S. 9.

wurde als Kommunalpolitiker und Verfechter konservativ-rechtsbürgerlicher Ansichten in Partei- und Regierungskreisen überaus geschätzt. Selbst Adolf Hitler (1889–1945)<sup>69</sup> würdigte seine Fachkompetenz und ernannte ihn am 5. November 1934 zum Reichspreiskommissar.<sup>70</sup> Nachdem allerdings nationalsozialistische Funktionsträger signalisierten, dass die Konzepte Goerdelers nicht mit den Vorstellungen einer nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik übereinstimmten, wurde er im Spätsommer 1935 nicht in seinem Amt als Preiskommissar bestätigt.<sup>71</sup> Goerdeler war der Auffassung, dass die Rüstung zugunsten der Versorgung der Bevölkerung zurückgefahren werden sollte. Außerdem sprach er sich gegen die am 16. März 1935 eingeführte Wehrpflicht aus, da die dort gebundenen Kräfte besser für die Stärkung der Binnenerzeugung eingesetzt werden sollten. Durch diese gegensätzlichen Ansichten deutete sich im Spätsommer 1935 erstmals ein Konflikt zwischen der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung Hitlers und den Auffassungen Goerdelers an. Allerdings genoss er auch weiterhin das Vertrauen von Teilen der Reichsregierung.<sup>72</sup> So erwog Hitler nach der Wiederberufung Goerdelers zum Oberbürgermeister von Leipzig am 22. Mai 1936, ihm zukünftig ein hohes Reichsamt zuzuteilen.

Die Wiederberufung und das Vertrauen von Hitler und dem Reichsminister des Innern, Wilhelm Frick (1877–1946)<sup>73</sup>, stärkten die Position Goerdelers gegenüber der Leipziger Stadtverwaltung und der Gauleitung von Sachsen erheblich.<sup>74</sup> Das Verhältnis zwischen Goerdeler und dem Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen, Martin Mutschmann (1879–1947)<sup>75</sup>, war seit 1933 durch einen Rechtsstreit um die Leipzi-

69 Adolf Hitler trat am 16. September 1919 in die »Deutsche Arbeiter Partei« ein, die spätere NSDAP. Den Vorsitz der NSDAP übernahm er am 29. Juli 1921. Zum Reichskanzler wurde Hitler am 30. Januar 1933 ernannt. Ab dem 12. August 1934 war Hitler Führer und Reichskanzler. Nach dem Einmarsch der Russen beging Hitler am 30. April 1945 in Berlin Selbstmord. Vgl. Erich Stockhorst, 5000 Köpfe. Wer war was im 3. Reich, Kiel <sup>2</sup>1985, S. 259.

70 Dieses Amt bekleidete Goerdeler bereits von 1931 bis 1932. Als Reichspreiskommissar hatte er die Aufgabe, die Preise aller Güter und Leistungen zu überwachen, zu genehmigen und »volkswirtschaftlich gerechtfertigte« Preise zu bilden. Zu Goerdelers Preiskommissariat von 1934 bis 1935 vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 221–235.

71 Goerdeler wurde im Spätsommer 1935 nicht offiziell aus dem Amt des Reichspreiskommissars verabschiedet. Die Entscheidung über eine Verlängerung blieb allerdings aus und Goerdeler verlor weitestgehend seine Kompetenzen, sodass er keinen Handlungsspielraum für seine wirtschaftspolitischen Vorstellungen mehr hatte und nicht in der Lage war, das Amt weiter auszuführen. Vgl. ebd., S. 233.

72 Vgl. ebd., S. 232 f.

73 Wilhelm Frick war von 1933 bis 1943 der Reichsminister des Innern. Nachdem ihn Hitler aus dem Amt entließ, wurde er am 24. August 1943 auf den Posten des Reichsprotectors von Böhmen und Mähren abgeschoben. Am 16. Oktober 1946 wurde Frick in Nürnberg hingerichtet. Vgl. Klee, Personenlexikon (Anm. 47), S. 166.

74 Vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 241.

75 Mutschmann war Gauleiter (seit 1924), Reichsstatthalter (seit 1933) und Ministerpräsident (seit 1935) von Sachsen. Diese Ämter behielt er bis zum Ende des Krieges. Er wurde 1945 verhaftet und am 14. Februar 1947 in Moskau hingerichtet. Vgl. Klee, Personenlexikon (Anm. 47), S. 426 f.



ger Energiewirtschaft schwer angeschlagen.<sup>76</sup> Auch sein Stellvertreter Haake, der die Mehrheit der nationalsozialistisch geprägten Leipziger Stadtverwaltung hinter sich wusste, versuchte immer wieder während der Abwesenheit Goerdelers eigenmächtig seine eigenen Ziele durchzusetzen. Solange Goerdeler als parteiloser Oberbürgermeister auf die Unterstützung von übergeordneten Reichsstellen zählen konnte, war seine Position innerhalb der Stadtverwaltung gesichert. Allerdings sollte sich das mit der Auseinandersetzung um das Felix-Mendelssohn-Denkmal ändern.

Am 8. Mai 1936 schrieb der Leiter des Amtes für Handwerk und Handel der NSDAP-Kreisleitung Leipzig, Eckert, an den Leiter des Kulturamtes der Leipziger Stadtverwaltung, August Hauptmann (1893–?)<sup>77</sup>, einen Brief mit folgendem Inhalt: »Auf Grund verschiedener Beschwerden bei uns fühle ich mich verpflichtet, Sie darauf hinzuweisen, daß das vor dem Gewandhaus aufgestellte Denkmal des Vollblutjungen Mendelssohn-Bartoldie (sic!) öffentliches Ärgernis erregt.

Die Leipziger Bevölkerung, die zum weitaus größten Teil gut nationalsozialistisch denkt, ist der Auffassung, daß dieser Jude in »Erz« besser in einem Museum aufzubewahren wäre. Ich bitte Sie als beauftragten Leiter des Kulturamtes beim Rat der Stadt Leipzig zu erwirken, daß dieses Denkmal entfernt wird.«<sup>78</sup>

Nachdem Hauptmann auf das erste Schreiben nicht reagiert hatte, erhöhte Eckert den Druck, indem er ihn »höflichst« darauf aufmerksam machte, dass weitere Parteidienststellen, insbesondere die Kreispropagandaleitung, eingeschaltet wurden. Infolgedessen kündigte Hauptmann eine genaue Untersuchung des Sachverhaltes an und versprach, mit Goerdeler Rücksprache zu halten.<sup>79</sup> So erfuhr der Oberbürgermeister

76 Seit dem Jahr 1933 versuchte Mutschmann Leipzigs Sonderstellung auf dem Gebiet der Energiewirtschaft unter seinen Einfluss zu bringen. Leipzig bildete mit seinem Elektrizitätswerk und der Energie AG als Dachgesellschaft den Mittelpunkt der nordwestsächsischen Energiewirtschaft. Mutschmann verfolgte das Ziel, die Sonderstellung Leipzigs durch einen von ihm eingesetzten Aufsichtsratsvorsitzenden in der Energie AG zu beseitigen. Daraufhin wollte er wohl eine ihm gefügige Zentralverwaltung in Dresden errichten lassen. Der Streit endete erst im Januar 1936. Goerdeler konnte sich gegenüber Mutschmann behaupten und setzte seinen Stadtkämmerer, Dr. Johannes Köhler, als Aufsichtsratsvorsitzenden der Energie AG ein. Somit stand die Energie AG auch weiterhin unter dem Einfluss von Goerdeler. Mutschmann war darüber so verärgert, dass er in der Folgezeit immer wieder versuchte, die Stellung Leipzigs zu schwächen. Vgl. Sabine Gillmann, Hans Mommsen (Hrsg.), *Politische Schriften und Briefe Carl Friedrich Goerdelers*. Band 1, München 2003, S. 493 f. Anm. 9; Beke Wilms, *Die europäischen und europapolitischen Vorstellungen Carl Friedrich Goerdelers für ein Deutschland nach dem Nationalsozialismus* (Rechtsgeschichtliche Studien 24), Hamburg 2008, S. 14.

77 Friedrich August Hauptmann trat 1925 in die NSDAP ein. Im Jahr 1934 wurde er der erste Kulturdezernent und Vorsteher des Kampfbundes für deutsche Kultur und der NS-Kulturgemeinde in Leipzig. Vgl. Yvonne Wasserloos, *Damatio memoriae. Die städtische Kulturpolitik und die Demontage des Mendelssohn-Denkmal in Leipzig*, in: Mecking, Wirsching, *Stadtverwaltung* (Anm. 1), S. 139–179, hier S. 146 Anm. 43.

78 Vgl. StadtAL, Kap. 26 A, *Denkmale, Heimatschutz* (1779–1950), Nr. 39, *Das Felix-Mendelssohn-Bartholdy-Denkmal*, Bl. 43.

79 Vgl. ebd., Bl. 44.

erst im Juni 1936 von der Forderung der Leipziger Kreisleitung. Goerdeler vertrat eine ablehnende Haltung gegenüber der von den Nationalsozialisten betriebenen »antisemitischen Hetze« gegen Mendelssohn. Schon im August 1934 kritisierte er im Beisein Hitlers den Umgang mit dem kulturellen Erbe.<sup>80</sup>

Am 19. Juni 1936 thematisierte Goerdeler das Problem in einer Sitzung mit den Ratsherren. In dieser Besprechung wurde ihm schnell bewusst, dass er mit seiner ablehnenden Haltung gegenüber einem Abriss des Mendelssohn-Denkmal allein gegen den Stadtrat stand. Besonders für Haake schien das Thema ein guter Anlass zu sein, um den Oberbürgermeister aus seinem Amt zu drängen. Allerdings gelang es Goerdeler während der Sitzung eine Entscheidung über das Mendelssohn-Denkmal zu vertagen.<sup>81</sup> Somit konnte er die Sommerpause dazu nutzen, um sich in den Regierungskreisen Verbündete zu suchen, die seine ablehnende Haltung gegenüber einer Beseitigung des Mendelssohn-Denkmal teilten.

Ausgerechnet im Reichspropagandaministerium fand er in der Person des NS-Beauftragten für jüdische Kulturfragen, Hinkel, die erhoffte Unterstützung. »Hinkel erklärte ihm, er könne auch im Namen von Goebbels und damit im Namen Hitlers sagen, daß das Denkmal stehen bleiben solle. Solche Bilderstürmerei würde nicht gewünscht.«<sup>82</sup> Es liegt jedoch die Vermutung nahe, dass dem Anliegen Goerdelers nur deshalb entsprochen wurde, um das Interesse des Auslandes nicht unnötig auf Leipzig zu lenken. Im August 1936 fanden in Berlin die XI. Olympischen Spiele statt und Deutschland stand zwei Wochen im Fokus der Weltöffentlichkeit. Darüber hinaus wurde in Leipzig von Ende August bis zum 3. September die Herbstmesse durchgeführt. Deshalb war damit zu rechnen, dass sich viel internationales Publikum in der Stadt aufhielt.<sup>83</sup>

Nachdem die Olympischen Spiele und die Leipziger Herbstmesse beendet waren, erhöhte sich der lokal-politische Druck auf Goerdeler wieder. Durch eine am 16. September 1936 erschienene Glosse in der Leipziger Tageszeitung wurde die Forderung nach dem Abriss des Mendelssohn-Denkmal an die Öffentlichkeit herangetragen. Unter dem Titel »Mal herhören! Um jüdische Musik und das Denkmal eines Juden« plädierte der Autor dafür, dass das Denkmal dem jüdischen Kulturbund zur Verfügung gestellt werden soll. »Bei uns aber, in der Öffentlichkeit, ist die Existenz des Denkmal eines Juden auf die Dauer eine Unmöglichkeit.«<sup>84</sup>

80 Vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 257 f.

81 Vgl. StadtAL, Kap. 26 A, Nr. 39, Bl. 46.

82 Vgl. Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 260.

83 Vgl. Wasserloos, *Damnatio memoriae* (Anm. 77), S. 164.

84 Glosse aus der Leipziger Tageszeitung vom 16. September 1936. Vgl. StadtAL, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Personalakte von Carl Friedrich Goerdeler, Bl. 258; StadtAL, Kap. 26 A, Nr. 39, Bl. 47.

Ines Reich vermutet, dass der Artikel von Haake lanciert worden war. Diese Mutmaßung wird vor allem dadurch bekräftigt, dass die Glosse einen Tag vor der Veröffentlichung der offiziellen Endfassung von Goerdelers Vier-Jahres-Plan-Denkschrift erschien. In der Denkschrift distanziert sich Goerdeler deutlich von der Regierungspolitik Hitlers. Da der Oberbürgermeister die Angewohnheit hatte, seine Gutachten vor der Fertigstellung mit leitenden Mitarbeitern der Stadtverwaltung zu besprechen, ist davon auszugehen, dass Haake der Inhalt der Denkschrift bekannt war.<sup>85</sup> Mit diesem Wissen hatte er nun gute Chancen, den Abriss des Mendelssohn-Denkmal einzuleiten. Denn durch die Kritik Goerdelers an der Politik Hitlers würde der Leipziger Oberbürgermeister den Rückhalt bei höchsten Partei- und Regierungskreisen verlieren.

Im Herbst 1936 versuchte Goerdeler mit allen Mitteln den Abriss des Mendelssohn-Denkmal zu verhindern. Durch seine permanente Präsenz in Leipzig sollte ihm sein Vorhaben auch bis November 1936 gelingen. Erst als Goerdeler vom 8. bis 13. November einer Einladung nach Skandinavien folgte, wo er vor der deutsch-finnischen Handelskammer in Helsinki einen Vortrag über Wirtschaft, Preise und Währung hielt, war für Haake die Gelegenheit zum eigenmächtigen Handeln gekommen.<sup>86</sup> Am Abend des 9. Novembers 1936 begann auf Anweisung Haakes der Abbruch des Mendelssohn-Denkmal.<sup>87</sup> Goerdeler erfuhr auf seiner Rückreise aus Finnland von der Schleifung. Nach seiner Rückkehr forderte er Haake dazu auf, zu seinem eigenmächtigen Vorgehen eine Erklärung abzugeben.<sup>88</sup> Er sollte sich entschuldigen und das Denkmal auf eigene Kosten wiederherrichten. Um seinen Forderungen einen gewissen Nachdruck zu verleihen, drohte er seinem Stellvertreter mit einem Disziplinarverfahren.<sup>89</sup> Diese Drohung schien Haake nicht weiter zu stören. Er hatte sich vor dem Abriss des Denkmal bei den Leipziger Ratsherren, Beigeordneten, dem Kreisleiter Walter Dönicke und dem Gauleiter und Reichsstatthalter Martin Mutschmann die Erlaubnis für die Aktion eingeholt. Da er wusste, dass Goerdeler auch bei den höheren Reichsstellen durch die Veröffentlichung seiner Vier-Jahres-Plan-Denkschrift kein Vertrauen mehr genoss, konnte er sich sicher sein, dass sein Handeln keine nachteiligen Konsequenzen zur Folge haben wird.<sup>90</sup> Diese Situation

85 Haake bestätigte in einem Schreiben an den Gauleiter und Reichstatthalter Mutschmann vom 4. Dezember 1936, dass er die Denkschrift gelesen habe und daraus »der gleiche pessimistische Geist spricht« wie aus den anderen Äußerungen Goerdelers zur Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches. Vgl. StadtAL, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 267; Reich, Carl Friedrich Goerdeler (Anm. 6), S. 261.

86 Vgl. StadtAL, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 257.

87 Vgl. Wasserloos, *Damnatio memoriae* (Anm. 77), S. 170.

88 Vgl. das Schreiben Goerdelers an Haake vom 14. November 1936. StadtAL, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 259.

89 Vgl. Wasserloos, *Damnatio memoriae* (Anm. 77), S. 171.

90 Vgl. StadtAL, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 260 f.

veranlasste den Oberbürgermeister am 25. November 1936 sein Rücktrittsgesuch einzureichen. Er bat darum, bereits am 1. April 1937, »möglichst aber schon früher«, in den Ruhestand versetzt zu werden.<sup>91</sup>

In einer nichtöffentlichen Sitzung des Leipziger Stadtrates vom 2. Dezember 1936 wurde über den Antrag Goerdelers auf Pensionierung beraten. Nachdem Haake die Ratsherren über das Rücktrittsgesuch des Oberbürgermeisters in Kenntnis gesetzt hatte, denunzierte er Goerdeler, indem er als Ursache seines Rücktritts eine »entgegengesetzte Weltanschauung des Herrn OBM Dr. Goerdeler zum Nationalsozialismus« angab. Nach einer Stunde Beratung wurde dem Antrag Goerdelers stattgegeben. Er wurde ab dem 1. Januar 1937 von seinem Amt beurlaubt und ab 1. April 1937 pensioniert.<sup>92</sup>

Durch den kurzfristigen Rücktritt gab es noch keinen neuen Kandidaten für den Oberbürgermeisterposten. Somit übernahm Haake als offizieller Stellvertreter das Oberbürgermeisteramt von Leipzig ab dem 1. Januar 1937 kommissarisch.

### **Rudolf Haakes erste Amtszeit als kommissarischer Oberbürgermeister von Leipzig**

Mit der kommissarischen Übernahme des Oberbürgermeisteramtes durch Rudolf Haake am 1. Januar 1937 änderte sich der Führungsstil innerhalb der Stadtverwaltung. Schon die erste Dienstanordnung Haakes vom 9. Januar 1937 beinhaltete die Forderung, dass alle Gefolgschaftsmitglieder durch Handschlag bei ihrem Vorgesetzten »Treue und Gehorsam dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes sowie gewissenhafte und uneigennützige Erfüllung ihrer Dienstobliegenheiten zu geloben« haben. Wer dieser Forderung nicht nachkam, wurde aus dem städtischen Dienst entlassen.<sup>93</sup> Auch das Beegnen von Gefolgschaftsmitgliedern innerhalb von städtischen Dienstgebäuden war durch eine Anordnung von Haake genau vorgegeben worden. So mussten alle Beamten, Angestellten und Arbeiter den Hitlergruß durchführen. Wer »dieser selbstverständlichen Pflicht« nicht nachkomme, hatte mit schwerwiegenden Konsequenzen zu rechnen.<sup>94</sup>

<sup>91</sup> Vgl. ebd., Bl. 263.

<sup>92</sup> Von den Ratsherren gab es niemanden, der Bedenken gegen den Rücktritt Goerdelers geäußert hat. Nachdem Haake den Gauleiter und Reichsstatthalter Mutschmann über das Rücktrittsgesuch Goerdelers in Kenntnis gesetzt hatte, wurde dem Antrag am 7. Januar 1937 durch die Partei- und Reichsstellen stattgegeben. Vgl. StadtAL, Kap. 10 G, Nr. 685, Bd. 1, Bl. 265, 267 f., 276.

<sup>93</sup> Vgl. dazu den Umlauf Nr. 1 von 1937. StadtAL, Kap. 6, Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950), Nr. 118, Bd. 9, Ratsumläufe (1935–1938), Bl. 100.

<sup>94</sup> Vgl. dazu den Umlauf Nr. 9 von 1937, ebd., Bl. 116; Vgl. auch die Handakten des Bürgermeisters Haake (1933 bis Ende Mai 1938), StadtAL, Kap. 6, Nr. 107, Bd. 1, Bl. 71.

Die neuen Vorgaben zu den Umgangsformen sind nur ein Beispiel für die zahlreichen Änderungen unter Haake. Deutlich spürbar wird sein Wirken vor allem durch eine verschärfte Judenpolitik, die er schon vor seinem eigentlichen Amtsantritt als kommissarischer Oberbürgermeister Leipzigs durchzusetzen wusste. So schrieb Haake kurze Zeit nach dem Rücktritt Goerdelers das Sächsische Ministerium für Volksbildung an und bat um die Zustimmung zur Einebnung des jüdischen Friedhofs im Johannistal. Nachdem das Ministerium sein Einverständnis gegeben hatte, teilte das städtische Grundstücksamt der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig Ende Februar 1937 mit, dass ihr Erbpachtvertrag zum 30. Juni 1937 gekündigt sei. Als Grund gab das Amt an, dass der Friedhof von Wildwuchs überwuchert und der Eingangsbereich mit Schutt bedeckt sei. Trotz eines juristischen Gutachtens, das den Erbpachtvertrag von 1814 als unkündbar anerkannte, konnte die jüdische Gemeinde nichts mehr an der Situation ändern. Mitte Juni 1937 begann sie mit der Umbettung der Grabstellen.<sup>95</sup>

Des Weiteren wurden unter Haake nationalsozialistische Prestigebauten vorangetrieben und umfangreiche Neu- und Umbauten veranlasst, um der permanenten Wohnungsnot in Leipzig entgegenzuwirken. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten hatte sich die Situation des Wohnungsmangels noch verschlimmert, da sich in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre große Teile der Rüstungsindustrie in und um Leipzig ansiedelten und die von auswärts benötigten Arbeitskräfte in die Stadt drängten. Folglich beschloss die Stadtverwaltung verstärkt den Ausbau von sogenannten »Volkswohnungen«.<sup>96</sup> Trotz der Sparmaßnahmen für die Verwendung von Stahl, Eisen, Holz und Zement durch die Verordnung des Vierjahresplanes<sup>97</sup> konnten im Jahr 1937 weitere 4057 neue Wohnungen fertiggestellt werden.<sup>98</sup> Außerdem versuchte die

<sup>95</sup> Vgl. Gibas, Briel, Knöller, Held, »Arisierung« in Leipzig (Anm. 4), S. 19.

<sup>96</sup> Vgl. Volker Rodekamp, Volkswohnungen, in: Leonhardt, Rodekamp (Hrsg.), Totalitär (Anm. 68), S. 55–57, hier S. 55.

<sup>97</sup> Am 9. September 1936 wurde der Vierjahresplan auf dem Nürnberger »Reichsparteitag der Ehre« von Hitler verkündet. Mit einer militärischen und wirtschaftlichen Aufrüstung wollte man sich von ausländischen Importen unabhängig machen. Hitler forderte, dass die Armee und Wirtschaft innerhalb von vier Jahren »einsatzfähig« und »kriegsfähig« sein müsse und die schnellstmögliche Selbstversorgung auf allen Gebieten, wo dies möglich sei, »ohne Rücksicht auf die Kosten« durchgeführt werden soll. Vgl. Heinz Dietmar Petzina, Der nationalsozialistische Vierjahresplan von 1936. Entstehung, Verlauf, Wirkung, Diss. (masch.), Mannheim 1965, S. 47 f.

<sup>98</sup> Allerdings deckte die Anzahl der neu erstellten Wohnungen bei weitem nicht den Bedarf der Wohnungssuchenden. So meldete das Stadtplanungsamt am Ende des Jahres 1937, dass es wegen der Wohnungsknappheit immer noch 420 wilde Siedlungen gäbe. Vgl. StadtAL, Kap. 6, Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950), Nr. 68, Bd. 3, Jahresbericht über die Verwaltung der Stadt Leipzig (1937/1938), Bl. 18.

Stadtverwaltung durch Ankäufe von Land und Rittergütern Möglichkeiten zu schaffen, um zukünftig neue Siedlungen, Klein- und Volkswohnungen bauen zu können.<sup>99</sup>

Ein weiteres bedeutendes Ereignis in Haakes Amtszeit war das Zusammenführen des Leipziger Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerks zu einem städtisch wirtschaftlichen Unternehmen unter der Bezeichnung »Stadtwerke«. Für den Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen, Mutschmann, war diese Zusammenführung ein Rückschlag. Leipzig bildete mit seinem Elektrizitätswerk und der Energie AG als Dachgesellschaft den Mittelpunkt der nordwestsächsischen Energiewirtschaft. Mutschmann verfolgte schon seit 1933 das Ziel, die Sonderstellung Leipzigs zu beseitigen und die Energie AG unter seinen Einfluss zu bringen.<sup>100</sup> Nach dem Rücktritt Goerdelers und dem Aufstieg des Nationalsozialisten Haake zum kommissarischen Oberbürgermeister von Leipzig könnte Mutschmann erneut geglaubt haben, zukünftig mehr Einfluss auf die Energiewirtschaft von Leipzig nehmen zu können. Allerdings war die Gründung der Stadtwerke ein weiteres Indiz dafür, dass auch Haake nicht bereit war, Mutschmann den Zugriff auf die Leipziger Energiewirtschaft zu gewähren, denn durch den Zusammenschluss wurde die Autonomie der Leipziger Energie- und Wasserwirtschaft gefestigt. Somit schien sich schon zu diesem Zeitpunkt das Verhältnis zwischen Haake und Mutschmann verschlechtert zu haben.<sup>101</sup>

Auf der Feier zur Einweisung des neuen Leipziger Oberbürgermeisters Walter Dönicke am 12. Oktober 1937 ließ es sich Haake nicht nehmen, weitere Verdienste seiner zurückliegenden kommissarischen Amtszeit als Oberhaupt der Stadt anzusprechen. So hob er u. a. hervor, dass die Stadt unter seiner Führung erstmals einen ausgeglichenen Haushaltsplan aufgestellt habe. Auch die Altstadtsanierung sei vorangetrieben und der Leipziger Flughafen weiter ausgebaut worden.<sup>102</sup>

<sup>99</sup> Im Jahr 1937 kaufte die Stadtverwaltung die Rittergüter Schönau und Gundorf, einen Teil des Ritterguts Möckern und das Ackermann'sche Gut in Portitz. Vgl. ebd., Bl. 16.

<sup>100</sup> Die Sonderstellung Leipzigs wurde dadurch definiert, dass der Oberbürgermeister den Aufsichtsratsvorsitzenden der Energie AG bestimmte. Mutschmann versuchte seit 1933 einen von ihm bestimmten Aufsichtsratsvorsitzenden einzusetzen, um die nordsächsische Energiewirtschaft unter seinen Einfluss zu bringen und eine Zentralverwaltung in Dresden zu schaffen. Vgl. Gillmann, Mommsen (Hrsg.), *Politische Schriften* (Anm. 76), S. 493 f. Anm. 9; StadtAL, Kap. 6, Nr. 68, Bd. 3, Bl. 4.

<sup>101</sup> Durch die Quellen ist überliefert, dass es kurz vor der Ernennung von Walter Dönicke zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig zum offenen Streit zwischen Haake und Mutschmann kam. Die Abneigung des Reichsstatthalters gegenüber Haake könnte ihren Ausgangspunkt in der Gründung der Stadtwerke haben.

<sup>102</sup> Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Personalakte von Walter Dönicke, Bl. 60–62.



## KURT WALTER DÖNICKE (1899–1945)

### Ausbildung und politisches Engagement bis zu seiner Berufung zum Oberbürgermeister von Leipzig

Walter Dönicke wurde am 27. Juli 1899 als Sohn des Werkmeisters Otto Dönicke (1866–1929) in Eisenach geboren. Bis zu seinem Austritt am 6. November 1936 gehörte er der evangelisch-lutherischen Kirche an. Seine Eltern zogen im Jahr 1902 nach Leipzig.<sup>103</sup> Dort besuchte Dönicke von 1906 bis 1913 die Bürgerschule und die städtische Gewerbeschule. Im Jahr 1914 begann er eine Lehre als Tischler.<sup>104</sup> Nach dreijähriger Tätigkeit als Volontär in einer Leipziger Tischlerei wurde er am 21. Juni 1917 zum Kriegsdienst eingezogen.<sup>105</sup> Nachdem er am 15. Januar 1919 aus dem Heeresdienst entlassen worden war, arbeitete er bis 1929 als Gehilfe in einer Leipziger Tischlerei.<sup>106</sup>

Dönicke trat am 20. Juli 1925 unter der Mitgliedsnummer 11133 in die NSDAP, Ortsgruppe Leipzig, ein. Kurz nach seinem Eintritt besuchte er die neu gegründete Rednerschule der NSDAP, um sich auf den politischen Kampf vorzubereiten. Auf Vorschlag des Parteigenossen Werner Studentkowski (1903–1951) wurde Dönicke am 6. Juli 1926 zum Ortsgruppenleiter von Leipzig gewählt und trat noch im gleichen Jahr in die SA ein.<sup>107</sup> In der Folgezeit konzentrierte er sich darauf, die östli-

103 Vgl. Gibas, Briel, Knöller, Held, »Arisierung« in Leipzig (Anm. 4), S. 17.

104 Vgl. BArchB, ehemals BDC, SA, 103, Bl. 313.

105 Am 21. Juni 1917 trat Dönicke in das 107. Infanterieregiment ein. Fast ein Jahr später, am 13. März 1918, kam er zur 3. Kompanie der 58. Infanteriedivision. In dieser Kompanie kämpfte er vom 29. Juni bis 5. August 1918 im Stellungskrieg in Flandern. Zwischenzeitlich wurde er, am 18. Juni 1918, wieder in das 107. Infanterieregiment zurückversetzt. In diesem Regiment nahm er vom 25. August bis 2. September 1918 an der Abwehrschlacht zwischen Scarpe und Somme teil. Außerdem kämpfte Dönicke vom 3. September bis 4. November vor der Siegfriedfront und war beteiligt an den Rückzugskämpfen vor der Antwerpen-Maas-Stellung zwischen dem 5. und 11. November 1918. Am 6. Dezember des gleichen Jahres wurde er wegen einer Krankheit ins Lazarett eingewiesen und kehrte etwa einen Monat später zu seiner Truppe zurück. Wegen Auszeichnung vor dem Feinde beförderte man Dönicke am 21. September 1918 zum Gefreiten. Des Weiteren wurde er am 31. Juli 1918 mit dem Eisernen Kreuz zweiter Klasse und am 21. September 1918 mit der Friedrich-August-Medaille in Bronze ausgezeichnet. Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 115.

106 Vgl. ebd., Bl. 8; BArchB, ehemals BDC, SA, 103, Bl. 314.

107 Dönicke war von 1926 bis 1927 SA-Führer in Leipzig. In dem Zeitraum zwischen dem 9. September 1936 und dem 8. September 1937 war er SA-Standartenführer der Gruppe Sachsen-Leipzig. Am 9. September 1937 wurde er zum SA-Oberführer der Gruppe Leipzig ernannt. Außerdem hatte er im NSKK (Nationalsozialistisches Kraftfahrerkorps) seit dem 30. Januar 1936 den Rang eines Standartenführers und war Mitglied in der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt, Eintritt am 14. Februar 1934), im Reichsbund der Deutschen Beamten (Eintritt am 1. Januar 1934), im NS-Fliegerkorps (Eintritt am 11. Oktober 1933), im Reichsluftschutzbund (Eintritt am 23. November 1937) und Kreisführer beim DRK (Eintritt am 26. Januar 1938). Vgl. ebd., Bl. 317; StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 6.

chen Stadtteile Leipzigs zu mobilisieren. Dieses Stadtgebiet wurde mehrheitlich von Industriearbeitern bewohnt. Dönicke versuchte durch zahlreiche Versammlungen in den Lokalen »Schloßkeller«, »Drei Lilien« und »Grüne Schänke« die Massen für die NSDAP zu begeistern.<sup>108</sup>

Am 1. April 1927 berief man Dönicke zum Kreisleiter in Leipzig.<sup>109</sup> Im Mai 1929 wurde er als einer der ersten nationalsozialistischen Abgeordneten in den Sächsischen Landtag gewählt.<sup>110</sup> Vom 6. November 1932 bis 1. Oktober 1933 war er Stadtverordneter und Führer der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion in Leipzig.<sup>111</sup> In diesem Zeitraum ernannte ihn der Reichskommissar für Sachsen, Manfred von Killinger, im Februar zum Staatskommissar zur besonderen Verwendung der sächsischen Regierung bei der Kreishauptmannschaft Leipzig. Fast ein halbes Jahr später wurde Dönicke zum Kreishauptmann der Stadt berufen. Dieses Amt behielt er bis zu seiner Ernennung zum Oberbürgermeister von Leipzig.<sup>112</sup>

### **Die Berufung von Walter Dönicke zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig**

Mit der Berufung Walter Dönickes am 12. Oktober 1937 wurde nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten erstmals ein NSDAP-Mitglied offiziell zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig ernannt.<sup>113</sup> Im Zuge seiner Ernennung spielte die seit 1935 eingeführte Deutsche Gemeindeordnung eine wichtige Rolle. Sie sah vor, dass die NSDAP, und somit die Gauleitung, einen erheblichen Einfluss auf die Berufung von leitenden Kommunalpolitikern nehmen konnte.

Die Neubesetzung einer Oberbürgermeisterstelle war durch folgende Verfahrensschritte gekennzeichnet. Als erstes schrieb man die Stelle öffentlich aus. Danach wählte der Parteibeauftragte aus den eingegangenen Bewerbungen nach einer Beratung mit den Ratsherren drei Kandidaten aus.<sup>114</sup> Bei Großstädten mit über 100 000 Ein-

108 Vgl. Klingemann, *Der Kampf um die Macht* (Anm. 13), S. 35 f., 39.

109 Vgl. BArchB, ehemals BDC, SA, 103, Bl. 316.

110 Dönicke war seit 1932 Vizepräsident und ab 1933 bis zu dessen Auflösung Präsident des Sächsischen Landtages. Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 2, 8, 21.

111 Vgl. BArchB, ehemals BDC, SA, 103, Bl. 316.

112 Am 1. Oktober 1933 wurde Dönicke zum Kreishauptmann der Stadt Leipzig ernannt. Mit dieser Ernennung waren die administrative Macht einer staatlichen Mittelbehörde und die politische Macht eines NSDAP-Kreisleiters auf seiner Person vereint. Vgl. Gibas, Briel, Knöller, Held, »Arisierung« in Leipzig (Anm. 4), S. 17; BArchB, ehemals BDC, SA, 103, Bl. 313.

113 Rudolf Haake, der nach dem Rücktritt Goerdelers das Oberbürgermeisteramt kommissarisch ausführte, übernahm in der Funktion des 2. Bürgermeisters und Stellvertreters des Oberbürgermeisters das vakante Amt nur in der Interimsphase. Er wurde nicht offiziell zum Oberbürgermeister von Leipzig ernannt.

114 In der Regel war der Kreisleiter der Parteibeauftragte. Er hatte die Aufgabe, die Interessen der NSDAP innerhalb der Kommunalverwaltung zu vertreten. Durch die Mitbestimmung bei Personalangelegen-



*Abb. 2: Walter Döncke (1899–1945)*

wohnern wurde seine Auswahl dem Reichsminister des Innern vorgeschlagen. Für die restlichen Städte hatte der Reichsstatthalter das Recht, die Auswahl eines geeigneten Kandidaten zu treffen. An dieser Stelle zeigt sich der große Einfluss des Gauleiters. Kein Parteibeauftragter konnte aus den eingegangenen Bewerbungen eine Auswahl treffen, ohne vorher die Entscheidung mit seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Gauleiter, abzustimmen. Da in Sachsen der Gauleiter auch gleichzeitig Reichsstatthalter und Ministerpräsident war, konnte er seine eigenen Personalwünsche ohne größere Probleme durchsetzen.<sup>115</sup>

Die Amtszeit eines Oberbürgermeisters war nach der Deutschen Gemeindeordnung auf zwölf Jahre festgelegt. Allerdings galt das erste Jahr als Probejahr und somit gab es die Möglichkeit, den Oberbürgermeister nach Ablauf dieser Zeitspanne wieder abzusetzen. Eine Voraussetzung, die bei der Wahl des richtigen Kandidaten beachtet

---

heiten konnte er Einfluss auf die Kommunalpolitik nehmen. Der Kreisleiter wurde vom Gauleiter ernannt und war somit ein Bindeglied zwischen der Kommunalverwaltung und Gauleitung des Landes. Vgl. Albert von Mutius, Kommunalverwaltung und Kommunalpolitik, in: Kurt G. A. Jeserich, Hans Pohl, Georg-Christoph von Unruh (Hrsg.), Deutsche Verwaltungsgeschichte, Band 4: Das Reich als Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1985, S. 1055–1098, hier S. 1078 f.

<sup>115</sup> Vgl. Dieter Rebentisch, Die politische Stellung der Oberbürgermeister im Dritten Reich, in: Klaus Schwabe (Hrsg.), Oberbürgermeister. Büdinger Forschungen zur Sozialgeschichte 1979 (Deutsche Führungsschichten in der Neuzeit 13), Boppard am Rhein 1981, S. 125–155, hier S. 141 f.

werden musste, war die entsprechende Ausbildung. Es wurde festgeschrieben, dass der Oberbürgermeister oder sein Stellvertreter die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben muss.<sup>116</sup> Jedoch ist es in der Zeit des Dritten Reiches immer wieder vorgekommen, dass das Innenministerium eine Ausnahmegegenehmigung erteilte, um der gewünschten Person, die nicht diese Befähigung besaß, das Amt übertragen zu können.<sup>117</sup>

Nach dem plötzlichen Rücktritt des Oberbürgermeisters Goerdeler und der kommissarischen Übernahme des Oberbürgermeisteramtes durch Haake wurde die vakante Stelle am 10. Februar 1937 öffentlich ausgeschrieben.<sup>118</sup> In einer Bekanntmachung vom 8. Februar 1937 teilte die Stadtverwaltung der Presse mit, welche beruflichen Qualifikationen erfüllt sein müssen, um sich für das Leipziger Oberbürgermeisteramt bewerben zu können. Neben der entsprechenden Ausbildung wurde verlangt, dass der Bewerber und seine Frau von arischer Abstammung sind und jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten haben. Die Bewerbungsfrist endete am 15. März 1937.<sup>119</sup>

Auf die öffentliche Ausschreibung meldeten sich 32 Bewerber. Darunter befanden sich 18 Personen, die alle vorgeschriebenen Voraussetzungen erfüllten.<sup>120</sup> Am 22. März schickte Haake die eingegangenen Bewerbungen dem Beauftragen der NSDAP für die Stadt Leipzig, Ministerialrat Erich Kunz (1897–1939). Es ist davon auszugehen, dass Kunz mit dem Gauleiter und Reichsstatthalter Mutschmann Rücksprache hielt, wer für die Oberbürgermeisterstelle geeignet wäre. Für Mutschmann war die Neubesetzung eine Möglichkeit, seinen Einfluss auf die Leipziger Kommunalpolitik zu vergrößern und gleichzeitig unliebsame Personen aus der Stadtverwaltung entfernen zu lassen. Dafür brauchte er allerdings einen Oberbürgermeister, der ihm treu ergeben war, sich in den Leipziger Verhältnissen auskannte und seine Anweisungen auch in der Stadtverwaltung durchsetzen konnte. Da sich unter den offiziellen Bewerbern kein Kandidat befand, der den Vorstellungen Mutschmanns entsprach, könnte bei dem Gespräch zwischen Mutschmann und Kunz schon die Idee entstanden sein, die vakante Oberbürgermeisterstelle durch den Leipziger Kreishauptmann Dönicke zu besetzen. Er war ein »alter Kämpfer« und bestens mit den Verhältnissen

116 Vgl. Horst Matzerath, *Oberbürgermeister im Dritten Reich. Auswertung einer quantitativen Analyse*, in: Barbara Becker-Jäckli, Werner Jung, Martin Rüther (Hrsg.), *Nationalsozialismus und Regionalgeschichte, Festschrift für Horst Matzerath* (Schriften des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln 8), Köln 2002, S. 98–127, hier S. 101.

117 Diese Ausnahmegegenehmigung wurde auch für Walter Dönicke erteilt, da weder Haake noch Dönicke die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst hatten. Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 143.

118 Vgl. Kühling, *Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister* (Anm. 4), S. 71.

119 Vgl. StadtAL, Kap. 6, *Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950)*, Nr. 2, Bd. 31, *Oberbürgermeister und die Beigeordneten (1937)*, Bl. 79.

120 Zu den Namen und Lebensdaten der Bewerber vgl. ebd., Bl. 94–103.

in Leipzig vertraut, da er von 1932 bis 1933 als Stadtverordneter im Leipziger Rathaus fungiert und später erst als Kreisleiter, dann als Kreishauptmann, die Interessen der Partei in der Stadt Leipzig vertreten hatte.<sup>121</sup> Trotz seiner geringen Qualifikation dürfte Dönicke auch für die Leipziger Stadtverwaltung ein Wunschkandidat gewesen sein. Er war den Stadträten vertraut und man arbeitete seit vielen Jahren zusammen. Auch Haake, der durch die kommissarische Amtsübernahme seine starke Position innerhalb der Stadtverwaltung weiter ausbauen konnte, dürfte ein großes Interesse gehabt haben, dass eine ihm bekannte Person in das Oberbürgermeisteramt berufen wird. Wahrscheinlich vermutete auch Mutschmann, dass Haake diesen Wunsch hatte. Infolgedessen kam es am 7. April 1937 bei einem Empfang im Berliner Rathaus zu einer folgenreichen Zusammenkunft zwischen dem kommissarischen Oberbürgermeister von Leipzig und dem Reichsstatthalter und Gauleiter von Sachsen. In einem Gespräch, bei dem auch der Sächsische Minister des Innern Fritsch zugegen war, äußerte Haake den Wunsch, dass der Leipziger Kreishauptmann Walter Dönicke der neue Oberbürgermeister von Leipzig werden soll. Mutschmann, der vermutlich mit diesem Vorschlag gerechnet hatte, stellte Haake daraufhin die Bedingung, dass er vorher den Stadtkämmerer Dr. Köhler entlassen muss.<sup>122</sup> Haake war von dieser Forderung wenig begeistert, allerdings beharrte Mutschmann auf seinem Standpunkt.<sup>123</sup>

Dieses Gespräch war der Ausgangspunkt des lang andauernden Streits zwischen Haake und Mutschmann. Doch vorerst war die Sache für Mutschmann erledigt. Er beauftragte nun den Ministerialrat Kunz, als weiteren Anwärter für die Oberbürgermeisterstelle den Leipziger Kreishauptmann Walter Dönicke in die Liste der Bewerber aufzunehmen. Dönicke war im Vorfeld nicht unter den Bewerbern gewesen. Nur durch den Willen Mutschmanns wurde er nachträglich für das Amt des Oberbürgermeisters von Leipzig nominiert.

Da sich Hitler persönlich für die Besetzung des Oberbürgermeisteramtes der Stadt Leipzig interessierte, schickte Kunz die Liste der Bewerber an den Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei, Hans Lammers (1879–1962)<sup>124</sup>. Er sollte den Führer über die möglichen Kandidaten in Kenntnis setzen. Doch vorher traf Lammers unter Einbeziehung des Reichsministers des Innern, Frick, eine Vorauswahl. Danach hatten der

<sup>121</sup> Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 8, 10.

<sup>122</sup> Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 462; Zum weiteren Verlauf des Gesprächs und den Hintergründen zur geforderten Entlassung des Stadtkämmerers Dr. Köhler siehe nächstes Kapitel »Die Auseinandersetzung zwischen Rudolf Haake und dem sächsischen Gauleiter und Reichsstatthalter Martin Mutschmann«.

<sup>123</sup> Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 462.

<sup>124</sup> Dr. Hans Lammers war Jurist und ab 1933 Staatssekretär und Chef der Reichskanzlei. Im Jahr 1937 wurde er zum Reichsminister ernannt. Nach dem Krieg verurteilte man ihn im Minister-Prozess am 11. April 1949 zu 20 Jahren Haft. Lammers wurde am 15. Dezember 1951 aus dem Gefängnis in Landsberg entlassen. Er starb am 4. Januar 1962 in Düsseldorf. Vgl. Klee, Personenlexikon (Anm. 47), S. 354.

Kreishauptmann Walter Dönicke und der Oberbürgermeister von Halle, Johannes Weidemann (1897–1954)<sup>125</sup>, die besten Aussichten, um Oberbürgermeister von Leipzig zu werden. Noch bevor Lammers seine Auswahl Hitler präsentierte, fragte er bei Mutschmann nach, welcher der zwei Kandidaten ihm als geeigneter erscheint oder ob er die Absicht habe, eine andere Persönlichkeit vorzuschlagen.<sup>126</sup> Natürlich setzte sich Mutschmann in seinem Antwortschreiben für die Berufung von Dönicke ein. Als Begründung für seine Wahl gab er an, dass Dönicke ein alter Parteigenosse wäre, »der neben seiner charakterlichen Veranlagung auch soviel politische Autorität besitzt, um sich von vornherein mit seiner Persönlichkeit durchzusetzen«. Des Weiteren habe er es als Kreishauptmann verstanden, »sich in die schwierigste Materie hineinzufinden und sie souverän zu beherrschen«.<sup>127</sup>

Nachdem Hitler von den möglichen Kandidaten erfuhr, äußerte er gegenüber Mutschmann einen »leisen Zweifel«, ob sein Wunschkandidat Dönicke »für diese Stelle das nötige Format besitze«. Seiner Meinung nach wäre der Oberbürgermeister von Halle, Weidemann, geeigneter für den Posten. Allerdings sprach sich Mutschmann gegen eine Berufung von Weidemann aus. Er wollte Dönicke als neuen Oberbürgermeister von Leipzig durchsetzen. So blieb er auch von den Äußerungen Hitlers unbeeindruckt und erwähnte gegenüber dem Staatssekretär im Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern, Hans Pfundtner (1881–1945), dass die Aussage »des Führers über Doenicke nach seiner Ansicht keine Ablehnung enthält«.<sup>128</sup>

Am 4. Juni 1937 wurde in einer Sitzung zwischen dem Beauftragten der NSDAP für die Stadt Leipzig, Kunz, und den Leipziger Ratsherren über die Besetzung der Oberbürgermeisterstelle beraten. Dem Vorschlag Mutschmanns folgend, wurde die Berufung des Kreishauptmanns Walter Dönicke formell bestätigt. Daraufhin schrieb Kunz dem Reichsminister des Innern Frick, dass er nur Dönicke für die Stelle des Oberbürgermeisters von Leipzig empfiehlt und von einem zweiten und dritten Vorschlag absieht. Außerdem stellte er den Antrag, die nach § 40 Satz 2 DGO zulässige Ausnahmewilligung für Dönicke zu erteilen.<sup>129</sup>

125 Johannes Weidemann war weitaus qualifizierter für die Oberbürgermeisterstelle als Dönicke. Er hatte Wirtschafts-, Staats- und Rechtswissenschaften an den Universitäten Marburg und Berlin studiert. Außerdem promovierte er über die städtische Finanzwirtschaft und hatte einen weiteren Dokortitel der Rechtswissenschaften vorzuweisen. Weidemann war 1931 in die NSDAP eingetreten (Mitgliedsnummer 593845) und wurde am 1. April 1933 in das Amt des Oberbürgermeisters von Halle berufen. Somit verfügte er auch über eine ausreichende Erfahrung innerhalb einer Stadtverwaltung. Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 131–133.

126 Vgl. dazu das Schreiben von Lammers an Mutschmann vom 7. Mai 1937. Ebd., Bl. 136.

127 Vgl. dazu das Schreiben von Mutschmann an Lammers vom 10. Mai 1937. Ebd., Bl. 137.

128 Vgl. dazu das Schreiben von Pfundtner an Lammers vom 12. Juli 1937. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 573, Bl. 30.

129 Im § 40 der Deutschen Gemeindeordnung war festgelegt, dass der Oberbürgermeister oder sein Stellvertreter die Befähigung zum Richteramt oder zum höheren Verwaltungsdienst haben müssen. Da



Am 22. September 1937 teilte der Reichsminister des Innern, Frick, dem Gauleiter und Reichsstatthalter, Mutschmann, mit, dass er mit der Berufung des Kreishauptmanns Walter Dönicke zum Oberbürgermeister von Leipzig einverstanden sei.<sup>130</sup> Auch Hitler hatte, »ohne Bedenken zu erheben«, von der Berufung Dönickes Kenntnis genommen.<sup>131</sup> Daraufhin setzte Haake am 6. Oktober 1937 Dönicke darüber in Kenntnis, dass er am 12. Oktober zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig ernannt wird.<sup>132</sup>

Entgegen der Ankündigung in der Leipziger Tageszeitung vom 8. Oktober 1937 nahm der Gauleiter und Reichsstatthalter Mutschmann die Einweisung von Dönicke nicht vor, sondern ließ sich durch seinen Sächsischen Minister des Innern, Fritsch, vertreten.<sup>133</sup> Die Ursache für das Nichterscheinen von Mutschmann liegt in dem kurz vorher angefangenen Streit mit Haake.<sup>134</sup> Da der bisherige kommissarische Oberbürgermeister darauf bestand, an der Einweisung von Dönicke teilzunehmen, blieb Mutschmann trotz seiner Anwesenheit in Leipzig der Veranstaltung im Neuen Rathaus fern. Er behielt es sich lediglich vor, am Abend des 12. Oktobers im Saal des Leipziger Zoos Dönicke aus seinem Amt als Kreisleiter zu verabschieden und den neuen Kreisleiter von Leipzig, Ernst Wettengel (1903–?), einzuweisen.<sup>135</sup>

### **Die Auseinandersetzung zwischen Rudolf Haake und dem sächsischen Gauleiter und Reichsstatthalter Martin Mutschmann**

Als Anfang des Jahres 1937 die Stelle des Oberbürgermeisters von Leipzig durch die Beurlaubung Goerdelers vakant wurde, bot sich erstmals für den Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen, Mutschmann, die Gelegenheit, durch Mitsprache bei der Wiederbesetzung seinen Einfluss auf die Kommunalpolitik von Leipzig zu vergrößern. Besonders unter dem Oberbürgermeister Goerdeler war sein Einfluss auf die Politik Leipzigs sehr gering, da dieser durch seine guten Beziehungen in die höchsten Ebenen der Reichsbehörden sehr selbstbewusst und autoritär gegenüber

---

weder Dönicke noch Haake die Voraussetzungen dafür erfüllten, beantragte Kunz bei dem Reichsminister des Innern eine Ausnahmegenehmigung, damit Dönicke die Stelle antreten durfte. Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 143.

130 Vgl. StadtAL, Kap. 6, Nr. 2, Bd. 31, Bl. 110.

131 Vgl. dazu das Schreiben von Lammers an Pfundtner vom 4. Oktober 1937. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 573, Bl. 76.

132 Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 14.

133 Vgl. ebd., Bl. 24, 31.

134 Der Streit zwischen Haake und Mutschmann wird in dem nächsten Kapitel »Die Auseinandersetzung zwischen Rudolf Haake und dem sächsischen Gauleiter und Reichsstatthalter Martin Mutschmann« erklärt.

135 Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 33.

Mutschmann auftreten konnte.<sup>136</sup> Auch als Haake nach dem Rücktritt Goerdelers das Amt des Oberbürgermeisters kommissarisch ausübte, änderte sich nichts an der Situation. Mutschmann musste feststellen, dass Haake großen Rückhalt innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung genoss. Somit konnte dieser sehr eigenmächtig agieren und traf oft Entscheidungen, ohne sie vorher mit Mutschmann abzusprechen.<sup>137</sup>

Der Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen musste demnach bei der Wahl des zukünftigen Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt von Leipzig einige Faktoren berücksichtigen. Er brauchte einen Bewerber, der ihm vertraut und treu ergeben war. Der Kandidat sollte von der Leipziger Stadtverwaltung allgemein anerkannt sein, damit er die Anweisungen Mutschmanns auch durchsetzen konnte. Die größte Herausforderung bestand aber darin, Haakes Position innerhalb der Stadtverwaltung zu schwächen. Der 2. Bürgermeister hatte viele Verbündete im Leipziger Rathaus, die seinen Einfluss auf politische Entscheidungen festigten. Sollte sich dieser Status nicht ändern, würde es einem neuen Oberbürgermeister schwer fallen, Mutschmanns Aufträge umzusetzen. Deshalb war Mutschmann gezwungen, strategisch geschickt vorzugehen, um seinen Einfluss auf die Berufung des Oberbürgermeisters von Leipzig zu seinem Vorteil nutzen zu können. Eine Gelegenheit für die Lösung seines Problems bot sich am 7. April 1937. Anlässlich eines Empfangs im Berliner Rathaus kam es zu einem Gespräch zwischen Mutschmann und Haake. Während der Besprechung fragte Mutschmann: »Wer soll den[n] in Leipzig Oberbürgermeister werden?« Haake antwortete darauf: »Nun, selbstverständlich der Pg. Dönicke.«<sup>138</sup>

Der weitere Verlauf des Gesprächs zwischen Mutschmann und Haake bekräftigt die Annahme, dass der Gauleiter und Reichsstatthalter wahrscheinlich schon im Vorfeld plante, Dönicke als Bewerber für das Oberbürgermeisteramt von Leipzig in Erwägung zu ziehen. Dönicke war ihm treu ergeben und als Kreishauptmann mit der Leipziger Stadtverwaltung eng verbunden. Als Haake seinen Wunsch äußerte, dass Dönicke der neue Oberbürgermeister werden soll, nutzte Mutschmann sogleich die Situation aus und stellte die Bedingung, als Gegenleistung den Stadtkämmerer von Leipzig, Dr. Johannes Köhler, zu entlassen. Er verfolgte u. a. damit das Ziel, die Position Haakes innerhalb der Stadtverwaltung zu schwächen und ihm einen engen

136 Vgl. das Kapitel »Der Abriss des Felix-Mendelssohn-Denkmal und der Aufstieg Haakes zum kommissarischen Oberbürgermeister von Leipzig«.

137 Ein Beispiel für Haakes eigenmächtiges Handeln dürfte die Zusammenführung des Leipziger Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerks zu einem städtischen wirtschaftlichen Unternehmen unter der Bezeichnung »Stadtwerke« gewesen sein. Dieser Zusammenschluss festigte die Autonomie der Leipziger Energie- und Wasserwirtschaft. Vgl. Gillmann, Mommsen (Hrsg.), *Politische Schriften* (Anm. 76), S. 493 f. Anm. 9; BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 378; StadtAL, Kap. 6, Nr. 68, Bd. 3, Bl. 4.

138 Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 462.

Vertrauten zu nehmen.<sup>139</sup> Trotz aller Versuche Haakes Köhler zu verteidigen, erwiderte Mutschmann bestimmend: »Der Kerl muss fort. Wenn ich Euch Dönicke als Oberbürgermeister gebe, dann muss ich den als Opfer haben.« Als Mutschmann den Unmut Haakes über diese Forderung bemerkte, sagte er abschließend zu ihm: »Sie sind auch so einer!«<sup>140</sup> Die Bemerkung Mutschmanns gegenüber Haake zeigt, dass schon zu dieser Zeit das Verhältnis zwischen den beiden Personen gestört war.

Nach dem Gespräch mit Haake nutzte Mutschmann seine guten Beziehungen zu den höheren Reichsstellen, um den Kreishauptmann Dönicke als neuen Oberbürgermeister von Leipzig durchzusetzen.<sup>141</sup> Mutschmann war nun in der Lage, seinen Einfluss in der Leipziger Stadtverwaltung geltend zu machen und einige unerwünschte Personen entfernen zu lassen. Da der Gauleiter und Reichsstatthalter seit dem Gespräch mit Haake am 7. April 1937 damit rechnen musste, dass sich der kommissarische Oberbürgermeister seinen Anweisungen widersetzen würde, richtete er seine Forderungen direkt an den designierten Oberbürgermeister Dönicke.

Noch bevor Dönicke in das Oberbürgermeisteramt eingeführt wurde, bekam er am 30. September 1937 um 22:00 Uhr im Auftrag des Gauleiters und Reichsstatthalters von Sachsen telefonisch mitgeteilt, dass er in seiner zukünftigen Eigenschaft als Oberbürgermeister und damit als Verwaltungsratsvorsitzender des Leipziger Messamtes ein Entlassungsschreiben für den Präsidenten des Messamtes Dr. Raimund Köhler (1878–?) verfassen sollte.<sup>142</sup> Dönicke wies während des Telefonats mehrmals darauf hin, dass er noch nicht Oberbürgermeister von Leipzig sei und somit rechtlich gar nicht in der Lage wäre, eine solche Kündigung auszusprechen. Infolgedessen wurde ihm ausdrücklich erklärt, dass Mutschmann für die Entlassung die volle Verantwortung übernehme. Da Köhler verreist war, händigte Dönicke das Kündigungsschreiben noch am gleichen Abend persönlich der Hausangestellten des Präsidenten aus.<sup>143</sup> Als Haake einen Tag später von Dönicke über die Entlassung des Präsidenten in Kenntnis gesetzt wurde, war er fest entschlossen dagegen vorzugehen. Haake dürfte über die Anweisung Mutschmanns sehr verärgert gewesen sein. Noch war er

139 Der Stadtkämmerer Dr. Johannes Köhler war gleichzeitig auch Aufsichtsratsvorsitzender der Energie AG, die Mutschmann unter seinen Einfluss bringen wollte. Mit der Wiederbesetzung des Oberbürgermeisteramtes von Leipzig 1937 sah Mutschmann nun die Möglichkeit, die unliebsame Person Köhler aus der Stadtverwaltung entfernen zu lassen. Vgl. Gillmann, Mommsen (Hrsg.), *Politische Schriften* (Anm. 76), S. 493 f. Anm. 9; Wilms, *Die europarechtlichen Vorstellungen* (Anm. 76), S. 14.

140 Zu dem Verlauf des Gesprächs zwischen Mutschmann und Haake vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 462.

141 Vgl. StadtAL, Kap. 6, Nr. 2, Bd. 31, Bl. 110.

142 Warum Mutschmann den Direktor des Leipziger Messamts Köhler entlassen wollte, ist aus den Quellen nicht nachzuvollziehen. Allerdings ist Köhler, nicht zu verwechseln mit der Person des Stadtkämmerers Köhler, schon 1933 dadurch aufgefallen, dass er sich gegen die Umbenennung der jüdischen Straßennamen aussprach. Vgl. Held, *Die Leipziger Stadtverwaltung* (Anm. 62), S. 7 f.

143 Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 378, 460.

kommissarischer Oberbürgermeister von Leipzig und wäre somit allein berechtigt gewesen, den Präsidenten des Messamtes zu entlassen. Umgehend suchte er seinen juristischen Mitarbeiter, Stadtrat Dr. Kurt Lisso (1892–1945), auf, um die Rechtslage zu klären. Daraufhin gingen sie gemeinsam zu Dönicke und rieten ihm, das Kündigungsschreiben wieder zurückzuziehen, da er rechtlich noch nicht befähigt sei, ein solches Schreiben auszuhändigen. Dönicke, der mit der Situation überfordert schien, sagte mit aufgeregter Stimme: »Alles wird hier auf meinem Buckel ausgetragen. Ich will, daß die Bombe nun endlich platzt. Ich habe doch von dem Reichsstatthalter schon weitere Aufträge. Ich soll Dich [Haake] beurlauben mit dem Ziel der Entlassung und ebenso den Stadtkämmerer Dr. Köhler. Der Reichsstatthalter hat Euch als Lumpen und Verräter bezeichnet.«<sup>144</sup>

Im weiteren Verlauf der Unterhaltung riet Dönicke zunächst seinem alten Parteigenossen Haake, dass er sich nach Berlin an das Propagandaministerium wenden solle, um die Angelegenheit zu melden. Allerdings bat Dönicke schon kurze Zeit später den kommissarischen Oberbürgermeister, doch von dieser Idee abzusehen, da die direkte Involvierung höherer Instanzen in Berlin eine offensichtliche Übergehung Mutschmanns bedeuten würde und Dönicke mögliche Konsequenzen fürchtete.<sup>145</sup>

Nachdem Haake den Stadtkämmerer Dr. Köhler über das Vorhaben Mutschmanns unterrichtet hatte, kam es am 4. Oktober 1937 zu einer weiteren Unterredung mit dem Kreishauptmann Dönicke. Während des Gesprächs drängten Haake und Köhler den Kreishauptmann dazu, etwas in der Sache zu unternehmen. Da Dönicke fast beiläufig erzählte, dass auch der Ratsherr Dr. Tempel entlassen werden soll, waren Haake und Köhler nun davon überzeugt, zum Schutz ihrer Ehre handeln zu müssen. Vergeblich versuchte Dönicke die Situation zu beruhigen, indem er sagte, dass sie sich auf ihn verlassen können. Er wisse schon, wie man sich in solchen Fällen zu verhalten habe.<sup>146</sup>

Im Anschluss an das Gespräch mit Dönicke informierten Haake und der Stadtkämmerer Köhler den Ratsherren-Ältesten Wolf, Dr. Tempel und Dr. Lisso über die Neuigkeiten. Sie beschlossen, sich in der Angelegenheit direkt an den Reichsminister des Innern, Frick, zu wenden und somit den Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen, Mutschmann, zu übergehen. Es wurde verabredet, Dönicke nicht über diese Maßnahme zu unterrichten, da es besser für ihn wäre, wenn er gegenüber Mutschmann sagen könne, er habe von der Benachrichtigung nichts gewusst. Daraufhin versuchte Haake den Reichsinnenminister in Berlin zu kontaktieren. Da Frick sich allerdings gerade im Urlaub befand, wurden Haake und Köhler am 7. Oktober zum

144 Diesen Auftrag sollte Dönicke nach seiner Einweisung zum Oberbürgermeister von Leipzig ausführen. Vgl. ebd., Bl. 450, 460–462.

145 Vgl. ebd., Bl. 450.

146 Vgl. ebd., Bl. 452.

Staatssekretär Dr. Wilhelm Stuckart (1902–1953) nach Berlin bestellt.<sup>147</sup> Noch bevor Haake nach Berlin reiste, um bei Stuckart Bericht zu erstatten, verfasste er am 6. Oktober einen Brief für den Chef der Reichskanzlei Dr. Lammers, in dem er den Ablauf der Ereignisse aufführte und ihn darum bat, Hitler über die Angelegenheit zu unterrichten.<sup>148</sup>

Am 7. Oktober reisten Haake und Köhler nach Berlin und schilderten Stuckart und dem Ministerialdirektor des Preußischen Innenministeriums, Dr. Friedrich Surén (1888–1969), den Ablauf der Ereignisse. Surén versprach den Reichsinnenminister Frick zu informieren.<sup>149</sup> Noch am gleichen Tag schickte Frick ein Telegramm an Mutschmann. Er forderte ihn darin auf, alle Maßnahmen gegen Haake und den Stadtkämmerer Dr. Köhler zu unterlassen, bis seine Entscheidung über die Angelegenheit vorläge. Weiterhin verlangte er von Mutschmann die Gründe der beabsichtigten Beurlaubung und des angestrebten Verfahrens gegen Haake und Köhler zu erfahren. Er wolle außerdem einen detaillierten Bericht über die Entlassungen des Präsidenten des Leipziger Messamtes, Dr. Köhler, sowie über die Beurlaubung des Ratsherren Dr. Tempel.<sup>150</sup>

Als Haake am nächsten Tag den Kreishauptmann telefonisch über seinen Besuch im Berliner Innenministerium in Kenntnis setzte, war Dönicke darüber sehr verärgert und sagte: »Also hinter meinem Rücken. Ich werde daraus meine Konsequenzen ziehen.«<sup>151</sup> Er dürfte vor allem die Reaktion Mutschmanns gefürchtet haben und sah in dem eigenmächtigen Handeln Haakes ein unkameradschaftliches Verhalten ihm gegenüber. Am gleichen Tag rief Mutschmann den Kreishauptmann an. Er war sehr aufgebracht über das Telegramm von Frick und verlangte, dass Haake und der Stadtkämmerer Dr. Köhler bei der Einweisung von Dönicke am 12. Oktober 1937 »keinesfalls zugegen sein« dürften. Ansonsten würde er selbst nicht kommen und von der Regierung in Dresden wäre auch keiner zugegen. Dönicke schlug Mutschmann vor, dass Haake an diesem Tag krank sein könnte und Dr. Lisso die Einweisung übernehmen sollte. Allerdings weigerte sich Haake diese »neue Ehrverletzung« von Mutschmann hinzunehmen. Er kontaktierte am 9. Oktober erneut den Staatssekretär Stuckart und bat um Klärung. Nachdem Stuckart vergeblich versuchte Hitler zu erreichen, unterrichtete er den Reichsminister des Innern, Frick, über die Vorfälle in Leipzig. Frick schickte daraufhin ein weiteres Telegramm mit folgendem Inhalt an Mutschmann: »Sie haben die Einweisung des Oberbürgermeister[s] von Leipzig am Dienstag, dem

---

147 Vgl. ebd.

148 Vgl. ebd., Bl. 460–462.

149 Vgl. ebd., Bl. 452.

150 Vgl. ebd., Bl. 464.

151 Vgl. ebd., Bl. 452.

12. Oktober, in Gegenwart des Bürgermeisters Haake ohne jede Apostrophierung vorzunehmen.«<sup>152</sup>

Mutschmann war außer sich, als er die Anweisung aus Berlin bekam. Er ließ Dönicke ausrichten, dass er nun erst recht nicht zur Einweisung nach Leipzig käme und sich durch den Sächsischen Minister des Innern, Fritsch, vertreten ließe.<sup>153</sup>

Durch die Berichterstattung der Leipziger Vorfälle in Berlin war die Autorität Mutschmanns wiederholt von Haake in Frage gestellt worden. Haake wusste, dass es zwischen Frick und Mutschmann immer wieder Kompetenzstreitigkeiten gegeben hatte, die er zu seinem Vorteil nutzen konnte. Nachdem er von seiner bevorstehenden Beurlaubung erfuhr, musste er auch damit rechnen entlassen zu werden. Da Mutschmann in Sachsen aufgrund seiner Ämterfülle fast diktatorisch herrschte, hatte Haake nur noch die Möglichkeit bei den höheren Reichsstellen um Hilfe zu bitten, um sein Amt als 2. Bürgermeister von Leipzig auch weiterhin ausüben zu können. Mutschmann musste die Anweisungen von Frick befolgen, da der Reichsminister des Innern bei Berufungen und Entlassungen von Beamten ein Mitspracherecht besaß.

Auch das Verhältnis zwischen Dönicke und Haake dürfte sich durch die Ereignisse im Vorfeld seiner Ernennung verschlechtert haben. Das eigenmächtige Handeln des 2. Bürgermeisters stellte auch für Dönicke ein Risiko dar. Er merkte, dass Haakes Einfluss auf die Ratsherren von Leipzig sehr groß war und er es deshalb in seiner bevorstehenden Amtszeit als Oberbürgermeister schwer haben würde, seine Politik gegen den Willen Haakes durchzusetzen. So erwähnte Dönicke in Anwesenheit von zwei Leipziger Ratsherren, dass »er sähe, daß alle anderen [Ratsherren] zu Haake ständen und dann wäre das Tischtuch nicht nur zwischen Haake und ihm, sondern zwischen ihm und allen anderen zerschnitten«.<sup>154</sup>

Am 12. Oktober 1937 fand die Einweisung Dönickes zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig statt. Nachdem Mutschmann der Veranstaltung fern blieb, übernahm der Sächsische Minister des Innern, Fritsch, die Einweisung.<sup>155</sup> Im Nachhinein beklagte sich Haake darüber, »daß weder der Innenminister noch der neue Oberbürgermeister« in ihren Reden ihm »auch nur ein Wort des Dankes gewidmet« hätten. Haake sah diese Nichterwähnung als eine Provokation von Mutschmann und Dönicke, die seine Verdienste als kommissarischer Oberbürgermeister von Leipzig in keiner Weise würdigen wollten.<sup>156</sup> Deshalb hob er in seiner Ansprache die eigene Arbeit als

<sup>152</sup> Vgl. ebd., Bl. 454.

<sup>153</sup> Vgl. ebd.

<sup>154</sup> Auszug aus einem Bericht von Haake über die Streitigkeiten im Vorfeld der Ernennung von Dönicke zum Oberbürgermeister von Leipzig. Vgl. ebd.

<sup>155</sup> Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 31.

<sup>156</sup> Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 456.



kommissarischer Oberbürgermeister umso mehr hervor und lobte nebenbei den bei Mutschmann in Ungnade gefallenem Stadtkämmerer Dr. Köhler.<sup>157</sup>

Einige Tage später sollte ein weiteres Ereignis Aufsehen erregen. Dieses Mal war es der neue Oberbürgermeister Dönicke, der Haake seine Zuständigkeiten als 2. Bürgermeister von Leipzig streitig machen wollte. Anlässlich einer Kundgebung am Völkerschlachtdenkmal am 17. Oktober 1937 sollten der Oberbürgermeister Dönicke und der Professor Dr. Richard Suchenwirth (1896–1965) Reden halten. Kurz vor der Veranstaltung war es nicht sicher, ob Dönicke wirklich kommen würde, da er kurzfristig durch den Besuch des Herzogs von Windsor in Leipzig verhindert schien. Normalerweise hätte in dieser Situation Haake als 2. Bürgermeister die Rede halten müssen. Allerdings beauftragte Dönicke den Stadtrat und Kulturreferenten Hauptmann auf der Kundgebung an seiner Stelle zu reden. Haake sah in dieser Entscheidung einen weiteren Angriff auf seine Person. Er glaubte, dass Dönicke ihn langsam der Öffentlichkeit vorenthalten wollte, um zu einem späteren Zeitpunkt seine Entlassung einfacher durchsetzen zu können. Für Dönicke war diese Maßnahme ein Weg, um sich gegenüber Haake zu behaupten. So bemerkte er gegenüber Suchenwirth: »[...] er wolle es in Zukunft überhaupt so halten, daß, wenn er am Erscheinen zu einer Veranstaltung verhindert sei, nicht der Bürgermeister, wie bisher üblich, sondern der jeweilige Referent ihn vertrete«.<sup>158</sup>

Da Haake vermutete, dass Mutschmann hinter dieser Entscheidung steckte, suchte er Dönicke einen Tag später auf, um ihn zur Rede zu stellen. Er fragte Dönicke, wer denn nun in Leipzig der Oberbürgermeister sei, Walter Dönicke oder Martin Mutschmann. Er hätte von ihm erwartet, dass er sich schon vor seiner Einweisung für seine alten Parteigenossen mit aller Kraft einsetze.<sup>159</sup>

Am 18. Oktober erhielt Haake vom Leipziger Kreisleiter Wettengel ein Schreiben. Darin wurde ihm mitgeteilt, dass er im Auftrag des Gauleiters Mutschmann mit sofortiger Wirkung bis auf weiteres von seinen Parteiämtern als Kreisamtsleiter für Gemeindepolitik und als Gauredner im Gau Sachsen beurlaubt sei. Außerdem wurde er dazu aufgefordert, sich in der Zeit seiner Beurlaubung von allen Parteiveranstaltungen fernzuhalten. Als Grund für die Maßnahme wurde »disziplineloses Verhalten gegenüber dem Gauleiter« angegeben.<sup>160</sup>

Schon im Vorfeld, am 14. Oktober, hatte es eine Unterredung zwischen dem Kreisleiter Wettengel und Haake gegeben. In diesem Gespräch legte der Kreisleiter Haake nahe, dass er sich freiwillig von seinen Parteiämtern beurlauben lassen soll, bis der Konflikt mit Mutschmann bereinigt wäre. Da Haake schon aus anderen Quellen

<sup>157</sup> Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 58–61.

<sup>158</sup> Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 378–380, 458.

<sup>159</sup> Vgl. ebd., Bl. 458.

<sup>160</sup> Vgl. ebd., Bl. 444.

erfahren hatte, dass der Gauleiter und Reichsstatthalter die Absicht habe, auch auf diesem Gebiet gegen ihn vorzugehen, bat er Wettengel um zwei Tage Bedenkzeit.<sup>161</sup> Allerdings ließ er diese Frist verstreichen, ohne dem Kreisleiter seine Entscheidung mitzuteilen. Es ist davon auszugehen, dass Haake nicht bereit war, sich freiwillig von seinen Parteiämtern beurlauben zu lassen. Er war ein überzeugter Nationalsozialist, der sich gerade durch seine Auftritte als Reichsredner bei Parteiveranstaltungen als wichtiges Mitglied der nationalsozialistischen Bewegung sah. Des Weiteren hätte eine freiwillige Beurlaubung nach außen wie ein Schuldeingeständnis gegenüber Mutschmann gewirkt.

Der Gauleiter und Reichsstatthalter dürfte in Haakes Beurlaubung eine wirksame Maßnahme gesehen haben, um dessen öffentliche Auftritte bei Parteiveranstaltungen und sein Ansehen weiter zu dezimieren. Jedoch war Haake nicht gewillt, die ständigen Provokationen von Mutschmann einfach hinzunehmen. Er plante den Gauleiter und Reichsstatthalter sowie Dönicke mit einem zurückliegenden Ereignis bloßstellen.

Im Vorfeld der Einweisung von Dönicke zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig wurde Haake angewiesen, an alte Parteigenossen, die sich »um den Aufbau der Bewegung in Leipzig besonders verdient gemacht haben«, Einladungen zu verschicken. Unter anderem schickte er am 6. Oktober 1937 auch eine Einladung an den SA-Obergruppenführer Dr. Heinrich Bennecke (1902–1972)<sup>162</sup>. Als Dönicke am darauf folgenden Tag von der Einladung an Bennecke erfuhr, veranlasste er, das Schreiben zurückzuholen. Ihm war aus früherer Zeit bekannt, dass Mutschmann den SA-Obergruppenführer nicht sehr schätzte. Da Dönicke unangenehme Zwischenfälle während seiner Einweisung verhindern wollte, wies er einen befreundeten Parteigenossen bei der Post an, sich der Sache anzunehmen. Als Haake am 8. Oktober über die Rückrufaktion von dem Direktor des Stadtverkehrsamtes Werner Dietze in Kenntnis gesetzt wurde, war er über die Situation sehr verärgert und wollte Bennecke einen weiteren Brief schreiben. Erst als Dietze erwähnte, dass es zwischen Mutschmann und Bennecke zu einer handgreiflichen Auseinandersetzung kommen könnte, ließ Haake von seinem Vorhaben ab.<sup>163</sup>

<sup>161</sup> Vgl. ebd., Bl. 456.

<sup>162</sup> Dr. Heinrich Hans Bennecke war seit 1922 Mitglied der NSDAP und der SA (nach der Neugründung der Partei trat er am 15. Mai 1925 erneut der NSDAP bei). Er übernahm vom Juli 1927 bis August 1929 die Führung der SA-Standarte IV in Leipzig. Von 1930 bis 1933 war er als Mitglied in der NSDAP-Fraktion im sächsischen Landtag vertreten. Vgl. Stockhorst, 5000 Köpfe (Anm. 69), S. 51; Klingemann, Der Kampf um die Macht (Anm. 13), S. 39; Peschel, Rudolf Haake (Anm. 3), S. 146 Anm. 60.

<sup>163</sup> Dass es zu einer körperlichen Auseinandersetzung zwischen Mutschmann und Bennecke kommen könnte, war eine Übertreibung von Dietze, um Haake von weiteren Schritten abzuhalten. Dietze ging sogar so weit zu sagen, dass Mutschmann den SA-Obergruppenführer ohrfeigen würde, wenn er auf der Einweisung von Dönicke auftauche. Zu den Ereignisabläufen um die Einladung von Bennecke wurden im November 1937 Protokolle von Dietze, Dönicke und Haake angefertigt. Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 520–522, 530–533.

Diesen Vorfall versuchte Haake nun zu seinem Vorteil zu nutzen, um Dönicke und Mutschmann erneut zu reizen und bloßzustellen. Am 18. Oktober verfasste er ein Schreiben an Bennecke, in dem er die Ereignisse um die Einladung beschrieb. Er gab u. a. an, dass »der Reichsstatthalter beabsichtigte, den Obergruppenführer Dr. Bennecke, wo er ihn auch immer treffen würde, zu ohrfeigen«.<sup>164</sup> Bennecke wunderte sich über Haakes Brief, da er der Meinung war, dass zwischen ihm und Mutschmann ein freundschaftliches Verhältnis bestehe. Er bat den sächsischen SA-Obergruppenführer Wilhelm Schepmann (1894–1970) um Aufklärung.<sup>165</sup> Nachdem Schepmann den Gauleiter und Reichsstatthalter über den Inhalt des Briefes von Haake in Kenntnis gesetzt hatte, ließ Mutschmann am 25. Oktober 1937 Haake als Beauftragten der NSDAP für den Kreis Leipzig mit Ausnahme der Stadt Leipzig abberufen.<sup>166</sup> Mutschmann, dem bis zu diesem Zeitpunkt wahrscheinlich nichts über die Geschehnisse um die Einladung an Bennecke bekannt war, sah in dem Schreiben eine erneute Disziplinlosigkeit Haakes und eine Verleumdung gegen seine Person. Denn entgegen der Annahme Haakes gab es tatsächlich keine Differenzen zwischen Mutschmann und Bennecke. Es stellte sich heraus, dass Dönickes Vermutung und Dietzes Aussage, es würde bei einem Zusammentreffen zwischen Mutschmann und Bennecke zu Handgreiflichkeiten kommen, nicht der Wahrheit entsprachen.<sup>167</sup> Somit befand sich Haake in einer prekären Situation. Auch wenn er auf Grundlage falscher Aussagen von Dietze das Schreiben an Bennecke verfasst hatte, überging er damit seine unmittelbaren Vorgesetzten Dönicke und Mutschmann und verbreitete Unwahrheiten. Er musste nun mit weiteren Maßnahmen gegen seine Person rechnen.

Am 26. Oktober 1937 beantragte der Gauleiter und Reichsstatthalter beim Gau-Gericht Sachsen, ein Parteigerichtsverfahren gegen Haake einzuleiten. Das Ziel dieses Verfahrens war der Ausschluss des 2. Bürgermeisters von Leipzig aus der NSDAP. Als Gründe gab Mutschmann an, »daß sich Haake in unverantwortlicher Weise disziplinos verhalten und der Wahrheit zuwider Verleumdungen ausgesprochen hat«.<sup>168</sup> Sechs Tage später wurde Haake über den Antrag Mutschmanns vom Gau-Gericht Sachsen informiert.<sup>169</sup> Nachdem im November alle betroffenen Personen außer Mutschmann vom Gericht zu der Angelegenheit befragt worden waren, schrieb Haake am 23. November dem Stellvertreter des Führers Rudolf Heß (1894–1987)<sup>170</sup> und bat ihn um

<sup>164</sup> Vgl. ebd., Bl. 504–506.

<sup>165</sup> Vgl. dazu das Schreiben von Bennecke an Schepmann vom 21. Oktober 1937. Ebd., Bl. 508.

<sup>166</sup> Der Kreisleiter Ernst Wettengel wurde gleichzeitig zum neuen Beauftragten der NSDAP für den Kreis Leipzig mit Ausnahme der Stadt Leipzig ernannt. Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 64.

<sup>167</sup> Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 530–532.

<sup>168</sup> Vgl. ebd., Bl. 502.

<sup>169</sup> Vgl. ebd., Bl. 514.

<sup>170</sup> Rudolf Heß war seit April 1933 der Stellvertreter des Führers. Er wurde 1941 von Hitler für verrückt erklärt, da er mit einem Jagdflugzeug in Großbritannien landete, um England als Verbündeten zu ge-

eine schnelle Lösung. Haake sah sich selbst als Opfer, der sich nur gegen die Provokationen von Mutschmann und Dönicke gewehrt hatte.<sup>171</sup>

Auch der Reichsminister des Innern, Frick, ließ gegenüber Heß verkünden, dass er in der »Sache Haake« ein einvernehmliches Ergebnis zwischen Staat und Partei erzielen möchte.<sup>172</sup> Das Verhältnis zwischen Frick und Mutschmann hatte sich durch die Ereignisse um Haake auffällig verschlechtert. Die ständige Einmischung von Frick ließ Mutschmann glauben, dass der »Fall Haake« jetzt in einen »Fall Frick – Mutschmann« ausgeartet sei.<sup>173</sup>

Am 4. Dezember 1937 unterrichtete der Reichsminister des Innern den Sonderbeauftragten des Stellvertreters des Führers, Gustav Robert Oexle (1889–1945), darüber, dass er Haake vorerst als 2. Bürgermeister im Amt lasse und die Untersuchung des Stellvertreters des Führers abwarten wolle.<sup>174</sup> Noch am gleichen Tag hatte Oexle eine Unterredung mit Haake. Durch die Belehrung des Sonderbeauftragten war Haake »teilweise« zu der Einsicht gekommen, »dass er die Pflicht gehabt hätte, sich zuerst an seinen Gauleiter zu wenden, statt, lediglich auf Gespräche mit dem Oberbürgermeister Döni[c]ke sich stützend, sofort an den Herrn Reichsminister heranzutreten, der seinerseits dann die verschiedenen »befehlerisch« gehaltenen Telegramme an den Reichsstatthalter Mutschmann richtete«. Des Weiteren hatte sich Haake dazu bereit erklärt, die Angelegenheit durch eine Aussprache mit Mutschmann »aus der Welt zu schaffen«.<sup>175</sup>

In der darauffolgenden Besprechung zwischen Mutschmann und Oexle am 8. Dezember 1937 war der Gauleiter und Reichsstatthalter nicht dazu bereit, die Angelegenheit durch ein Gespräch mit Haake zu klären. Er forderte die Durchführung des Parteigerichtsverfahrens. Sie vereinbarten, dass das Verfahren vom Obersten Parteigericht übernommen und beschleunigt durchgeführt werden müsse. Der Streitfall zwischen Mutschmann und Frick sollte auf Vorschlag von Oexle durch eine Unterredung vor dem Stellvertreter des Führers Heß beigelegt werden.<sup>176</sup>

Als Haake im Frühjahr 1938 mitgeteilt wurde, dass die Angelegenheit vom Obersten Parteigericht bearbeitet werde, schrieb er am 26. April 1938 einen Brief an den Obersten Parteirichter Walter Buch (1883–1949). Haake beklagte sich darüber, dass

---

winnen und die Absetzung Churchills zu erreichen. Im Jahr 1946 wurde Heß im Nürnberger Prozeß zu lebenslanger Haft verurteilt. Er nahm sich am 17. August 1987 im KZ Berlin-Spandau das Leben. Vgl. Klee, *Personenlexikon* (Anm. 47), S. 249.

171 Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 466.

172 Vgl. dazu das Schreiben von Frick an Heß vom 27. Oktober 1937. Ebd., Bl. 436.

173 Vgl. dazu das Schreiben des Sonderbeauftragten des Stellvertreters des Führers Gustav Robert Oexle an Heß vom 10. Dezember 1937. Ebd., Bl. 472.

174 Vgl. ebd., Bl. 470.

175 Vgl. ebd.

176 Vgl. ebd., Bl. 472–474.

er seit seiner Beurlaubung im Oktober 1937 keine Parteiveranstaltung mehr besuchen dürfe. Nur außerhalb Sachsens sei es ihm gestattet, auf Versammlungen zu sprechen. Außerdem wäre es ihm sehr unangenehm, wenn er bei Empfängen im Rathaus als Inhaber des Goldenen Ehrenabzeichens der NSDAP nicht in Uniform erscheinen darf.<sup>177</sup>

Trotz mehrfacher Nachfrage beim Obersten Parteigericht und beim Gau-Gericht Sachsen konnte Haake keine Beschleunigung der Angelegenheit erreichen.<sup>178</sup> Er war weiterhin den Provokationen von Mutschmann ausgeliefert. Am 2. Juni 1938 forderte der Gauleiter und Reichsstatthalter von Dönicke, dass Haake aus dem Aufsichtsrat der Messe- und Ausstellungs-AG auszuschließen sei.<sup>179</sup>

Das Oberste Parteigericht setzte Haake am 13. August darüber in Kenntnis, »dass seine Angelegenheit mit Rücksicht auf die Erkrankung des Gauleiters Pg. Mutschmann z. Zt. nicht bearbeitet werden kann«. <sup>180</sup> Da sich die Eröffnung der Verhandlung durch die fehlende Stellungnahme Mutschmanns hinauszögerte, drängte Haake das Oberste Parteigericht immer nachdrücklicher dazu, endlich eine Entscheidung in seiner Angelegenheit zu treffen: »[...] Entweder hat das Oberste Parteigericht etwas zu sagen oder es hat nichts zu sagen. Wenn es aber nichts zu sagen hat, dann soll und darf man keine falschen Hoffnungen wecken, dann schafft man eine ungeheure Rechtsunsicherheit; das kann sich einmal bitter rächen. Wenn sich etwa der Führer und der Stellvertreter des Führers auf den Standpunkt stellen, ob richtig oder falsch, ob anständig oder unanständig, ob gerade oder nicht gerade, was ein Gauleiter tut, das ist Recht, dann muß man das auch offen bekunden. Ich möchte nur bemerken, daß dies nicht die Meinung des Führers ist, denn wenn dies seine Meinung wäre, dann brauchte es überhaupt kein Oberstes Parteigericht zu geben. [...]«<sup>181</sup>

Am 11. Oktober 1938 wurde Dönicke nach Ablauf seines Probejahres wieder aus dem Amt des Oberbürgermeisters von Leipzig abberufen. Er war weder den Auseinandersetzungen im Spannungsfeld zwischen Haake und Mutschmann gewachsen, noch reichten letztlich seine verwaltungstechnischen Erfahrungen für die Leitung einer Großstadt wie Leipzig aus.<sup>182</sup> Haake übernahm somit als 2. Bürgermeister und Stellvertreter zum zweiten Mal die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters kommissarisch.<sup>183</sup> Er sah sich nun wieder in einer stärkeren Position, da der von Mutschmann

<sup>177</sup> Vgl. ebd., Bl. 364.

<sup>178</sup> Vgl. ebd., Bl. 370, 374, 384, 386, 390.

<sup>179</sup> Vgl. ebd., Bl. 390.

<sup>180</sup> Vgl. ebd., Bl. 392.

<sup>181</sup> Auszug aus dem Brief von Haake an das Oberste Parteigericht vom 26. September 1938. Vgl. ebd., Bl. 394.

<sup>182</sup> Zu den Umständen von Dönickes Abberufung siehe Kapitel »Die Abberufung Walter Dönickes«.

<sup>183</sup> Vgl. Kühling, Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister (Anm. 4), S. 70 f.

berufene Oberbürgermeister gerade einmal die einjährige Probezeit überstand, bevor er aus dem Amt ausschied.

Am 12. Oktober fand im Zuge der Abberufung Dönickes eine nichtöffentliche Beratung der Ratsherren, Beigeordneten und des Kreisleiters Wettengel statt. Als erstes sprach Haake kurz über die Vorgänge, die zum Ausscheiden des Oberbürgermeisters führten. Danach hielt der Kreisleiter Wettengel eine Ansprache, in der er nachdrücklich darauf aufmerksam machte, dass eine Ausschreibung der Oberbürgermeisterstelle solange ausbleiben soll, bis eine offizielle Pressemitteilung erschienen sei. Er forderte Parteidisziplin und verlangte, dass die Ausschreibung nicht ohne die Zustimmung Mutschmanns vorzeitig veröffentlicht werden dürfe.<sup>184</sup> Allerdings erschien schon am nächsten Tag eine Mitteilung von Haake über das ehrenvolle Ausscheiden von Dönicke in der Leipziger Tageszeitung, den Leipziger Neuesten Nachrichten und anderen Publikationen.<sup>185</sup> Haake rechtfertigte die Veröffentlichung mit der Begründung, »dass er den Artikel auf Veranlassung des Propagandaamtes Dresden geschrieben habe und dass das Propagandaamt die Veröffentlichung von sich aus veranlasst habe«.<sup>186</sup>

Trotz der Absprache mit dem Kreisleiter Wettengel hatte Haake erneut eigenmächtig gehandelt, ohne mit Wettengel oder Mutschmann Rücksprache zu halten. Aufgrund seiner neuen Stellung als kommissarischer Oberbürgermeister von Leipzig wurden keine weiteren Maßnahmen gegen Haake unternommen. Oexle konnte sogar bei Mutschmann erwirken, dass Haake im Zuge der 125-Jahr-Feier der Völkerschlacht bei Leipzig vom 16. bis 18. Oktober wieder Parteiveranstaltungen besuchen und seine Uniform tragen durfte. Allerdings war Mutschmann nicht gewillt, den Antrag des Parteigerichtsverfahrens zurückzunehmen.<sup>187</sup> Seine Einstellung wurde vor allem noch einmal dadurch bekräftigt, dass Haake während der Feierlichkeiten am 17. Oktober in der Funktion als Bürgermeister von Leipzig dem Generalfeldmarschall Hermann Göring (1893–1946) und Hitler ein Treutelegramm zuschickte, ohne sich vorher mit Mutschmann abgesprochen zu haben. Der Gauleiter und Reichsstatthalter wollte einen Tag später, am 18. Oktober, an den Führer ein Treutelegramm im Namen der Wehrmacht und des Reichssportführers senden. Als er erfuhr, dass Haake ein solches Schreiben bereits abgeschickt hatte, war er sehr aufgebracht und sagte zu Oexle: »Hier kenne ich keine Entschuldigung, ich habe mich wiederum durch das eigenmächtige Vorgehen des Haake blamiert, denn er hätte zum mindest die Pflicht gehabt, wenn nicht mir, so doch dem Kreisleiter vor dem Absenden dieser Telegramme Kennt-

184 Mutschmann wollte vor der öffentlichen Stellenausschreibung den weiteren Verlauf der Neubesetzung erst mit dem Stellvertreter des Führers Heß und eventuell auch mit Hitler selbst besprechen. Vgl. Stadt-AL., Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 152.

185 Vgl. ebd., Bl. 153.

186 Wiedergabe von Oexle über den Vorfall der Veröffentlichung von Haakes Artikel in verschiedenen Tageszeitungen. Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 412.

187 Vgl. dazu das Schreiben von Haake an das Oberste Parteigericht vom 18. Oktober 1938. Ebd., Bl. 398.



nis zu geben.«<sup>188</sup> Oexle versuchte daraufhin, Mutschmann zu beruhigen. Er bat ihn, Haake in seinem Amt als 2. Bürgermeister zu belassen, da er infolge seines Augenleidens, er schielte mit beiden Augen, außerhalb Sachsens keine neue Anstellung mehr finden würde. Mutschmann erwiderte, dass es dann eben das Beste wäre, »wenn Haake pensioniert werden könnte«.<sup>189</sup>

Am 27. Oktober 1938 wurde Mutschmann vom Obersten Parteigericht dazu aufgefordert, »möglichst umgehend eine genaue Schilderung der einzelnen dem Pg. Haake zur Last gelegten Verstöße« bis zum 3. Dezember 1938 einzureichen.<sup>190</sup> Warum Mutschmann in der Folge keine Aussagen zu Haake machte, ist nicht überliefert. Er bat am 6. Dezember das Oberste Parteigericht, ihm noch weitere acht Tage Fristverlängerung zu gewähren.<sup>191</sup> In einer Aktennotiz vom 17. Dezember wird erwähnt, dass der Geschäftsführer von Sachsen Müller zu der Überzeugung gekommen wäre, dass es nicht ausreichend belastendes Material gegen Haake gäbe. Nach seiner Überzeugung wäre es besser, Abstand von der angestrebten Durchführung eines Verfahrens zu nehmen. Jener Müller wolle noch einmal mit Mutschmann reden, um ihn zur Zurücknahme des Antrages zu bewegen. »Mit der Rücknahme des Antrages [gegen] Haake sei daher bis Anfang Januar 1939 zu rechnen.«<sup>192</sup>

Am 18. Januar 1939 verzichtete Mutschmann auf eine weitere Behandlung der Angelegenheit und zog seinen Antrag für die Einleitung eines Parteigerichtsverfahrens gegen Haake zurück.<sup>193</sup> Anfang Februar wurde Haake darüber in Kenntnis gesetzt.<sup>194</sup>

Der 2. Bürgermeister von Leipzig Haake konnte sich am Ende der Auseinandersetzung gegenüber Mutschmann behaupten. Er behielt nicht nur sein Amt in der Stadtverwaltung, sondern übernahm durch das Ausscheiden Dönickes erneut das Oberbürgermeisteramt von Leipzig kommissarisch. Mutschmann musste einsehen, dass es zu diesem Zeitpunkt und unter diesen Voraussetzungen nicht möglich war, gegen Haake effektive Maßnahmen einzuleiten, um ihm seine Position innerhalb der Stadtverwaltung streitig zu machen. Auch der unter dem Einfluss von Mutschmann stehende Oberbürgermeister Dönicke war mit der Aufgabe, Haake aus der Stadtverwaltung zu entfernen, gescheitert. Er musste schon vor seinem Amtsantritt als Oberbürgermeister von Leipzig feststellen, dass er mit dem Amt und vor allem mit den ständig neuen Aufträgen von Mutschmann überfordert war. So dürfte Mutschmann den Ausgang der Auseinandersetzung mit Haake als doppelte Niederlage empfunden

188 Vgl. ebd., Bl. 412.

189 Vgl. ebd., Bl. 414.

190 Vgl. ebd., Bl. 400.

191 Vgl. ebd., Bl. 408.

192 Vgl. ebd., Bl. 418.

193 Vgl. dazu das Schreiben des Gauleiters an das Oberste Parteigericht vom 18. Januar 1939. Ebd., Bl. 420.

194 Vgl. dazu das Schreiben des Obersten Parteigerichtes an Haake vom 8. Februar 1939. Ebd., Bl. 422.

haben. Einerseits wurde der von ihm durchgesetzte Oberbürgermeister Dönicke nach Ablauf des Probejahres wieder abberufen, andererseits wurden ihm durch Haake die Grenzen seiner »sächsischen Alleinherrschaft« aufgezeigt.

### **Das Wirken Walter Dönickes als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig**

Während seiner einjährigen Amtszeit als Oberbürgermeister von Leipzig war Dönicke vor allem durch seine mit Nachdruck betriebene Judenpolitik bekannt geworden. Die Stadtverwaltung verfolgte das Ziel, eine »Arisierung« von Immobilien und Wohnraum für kommunale Zwecke durchzuführen. Dabei stand als erstes das Leipziger Hotel Astoria im Fokus der Stadtverwaltung. Schon seit Mitte 1937 versuchte man einen Eigentümerwechsel für das wichtigste Hotel der Stadt Leipzig herbeizuführen. Grundstückseigentümer war der in Frankfurt am Main ansässige jüdische Unternehmer Karl Otto Cohn. Seit längerem wurde er durch die Leipziger Stadtverwaltung dazu gedrängt das Hotelgrundstück zu verkaufen. Im Vergleich zu anderen Großstädten hatte Leipzig einen Mangel an exquisiten Hotels zu verzeichnen. Dönicke hatte die Vorstellung, aus dem Astoria ein traditionelles Grandhotel zu machen. Ihm waren mehrere Fälle bekannt, bei denen auf Veranlassung von Partei- und Regierungsstellen Veranstaltungen abgesagt und in andere Städte verlegt wurden, da diese Stellen das Hotel Astoria aufgrund seiner Besitzverhältnisse als unzumutbar einstufen.<sup>195</sup> Als ein erster Versuch des Hotelkaufs durch die Stadtverwaltung scheiterte, lud Dönicke am 21. Juni 1938 Vertreter von Leipziger Wirtschaftsunternehmen und Banken in das Neue Rathaus ein. Durch die Nachdrücklichkeit des Oberbürgermeisters wurde das Kapital zum Erwerb des Hotels von den Banken und den Unternehmen bereitgestellt. Cohn war durch die Einschüchterungstaktik der Frankfurter Gestapo letztendlich dazu gezwungen worden, das Hotelgrundstück zu einem geringen Preis an das Konglomerat der Leipziger Banken und Unternehmen zu verkaufen. Ende Juli gab die Leipziger Kreishauptmannschaft ihre Zustimmung zum Grundstückskauf. Zukünftig sollten im Aufsichtsrat der Hotel Astoria GmbH der Leipziger Stadtkämmerer, der Stadtverordneten-Vorsteher und ein Ratsherr vertreten sein. Somit sicherte sich die Stadtverwaltung ihren Einfluss auf das Hotel Astoria.<sup>196</sup>

Auch auf anderen Gebieten wurde die kommunale Judenpolitik in Leipzig vorangetrieben. Seit Anfang des Jahres 1938 stellte das Leipziger Gewerbeamt den jü-

195 Steffen Held, Eigentum und Besitz von jüdischen Einrichtungen und Bürgern im Visier der Leipziger Stadtverwaltung, in: Monika Gibas (Hrsg.), »Arisierung« in Leipzig. Annäherung an ein lange verdrängtes Kapitel der Stadtgeschichte der Jahre 1933 bis 1945 (Geschichte – Kommunikation – Gesellschaft 4), Leipzig 2007, S. 35–50, hier S. 37; Held, Die Leipziger Stadtverwaltung (Anm. 62), S. 10.

196 Vgl. Held, Eigentum und Besitz von jüdischen Einrichtungen (Anm. 195), S. 35–50, hier S. 37–39.

dischen Händlern keine Wandergewerbescheine und Legitimationskarten mehr aus. Mietverträge von Juden für Wohn- und Gewerberäume in städtischen Immobilien wurden gekündigt. Eine weitere Maßnahme der Stadtverwaltung bestand darin, die Fürsorgeunterstützung für jüdische Bürger willkürlich zu kürzen.<sup>197</sup> Damit hatte es Dönicke in seiner Amtszeit geschafft, die Leipziger Juden weitestgehend ihrer Existenzgrundlage zu berauben.

Am 20. Dezember 1937 wurde der Stadt Leipzig vom Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen, Mutschmann, das Prädikat der »Reichsmessestadt« verliehen. Mit dieser neuen Bezeichnung wurde Leipzigs Stellung innerhalb des Dritten Reiches besonders hervorgehoben.<sup>198</sup> Kurze Zeit später, am 31. Dezember 1937, entließ Dönicke auf Anweisung von Mutschmann den Messamtspräsidenten Dr. Johannes Köhler unter Berufung auf das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.<sup>199</sup> Infolgedessen konnte der Oberbürgermeister das wichtige Amt des Präsidenten von einem eigenen Vertrauensmann besetzen lassen und gleichzeitig seinen Einfluss auf das Messamt geltend machen.

Auch die großen Bauprojekte Leipzigs wurden während der Amtszeit Dönickes weiter vorangetrieben. Im Vordergrund standen dabei der Neu- und Ausbau von Volkswohnungen und Kleinsiedlungen<sup>200</sup>, der Hafen- und Kanalbau, die Umgestaltung des Kriegerhaines auf dem Südfriedhof und die Ehrengrabanlage der NSDAP sowie der Prestigebau des Richard-Wagner-Nationaldenkmals.<sup>201</sup>

197 Vgl. Held, *Die Leipziger Stadtverwaltung* (Anm. 62), S. 10.

198 Vgl. Peter Leonhardt, *Bauten und Projekte für die »Reichsmessestadt« Leipzig*, in: Hartmut Zwahr, Thomas Topfstedt, Günter Bentele (Hrsg.), *Leipzigs Messen 1497–1997. Gestaltwandel – Umbrüche – Neubeginn*, Teilband 2: 1914–1997 (Geschichte und Politik in Sachsen 9/2), Köln, Weimar, Wien 1999, S. 563–579, hier S. 579.

199 Schon Ende September 1937 versuchten Dönicke und Mutschmann die Entlassung von Köhler durchzusetzen. Da Dönicke zu diesem Zeitpunkt noch nicht Oberbürgermeister der Stadt Leipzig war, konnte die Kündigung erst Ende Dezember 1937 durchgeführt werden. Vgl. Jochen Geyer, *Die selbstverwaltete Messe. Der Messestandort zwischen 1916 und 1945*, in: Zwahr, Topfstedt, Bentele, *Leipzigs Messen* (Anm. 198), S. 451–470, hier S. 469.

200 In Leipzig herrschte immer noch ein großer Wohnungsmangel. Im Jahr 1938 wurden 3519 Neubauwohnungen errichtet. Davon wurden 2168 durch öffentliche Hilfen gefördert. Außerdem versuchte die Leipziger Stadtverwaltung durch Grundstücksankäufe neue Möglichkeiten zu schaffen, um zukünftig den Neubau von Wohnungen zu ermöglichen. Trotzdem konnte das Problem der großen Nachfrage nach preiswerten kleinen Wohnungen in der Amtszeit von Dönicke nicht gelöst werden. Vgl. StadtAL, Kap. 6, Nr. 68, Bd. 4, Bl. 18, 23.

201 Anfang März 1934 wurde in Anwesenheit von Hitler die Grundsteinlegung des Richard-Wagner-Denkmals vollzogen. Was anfangs noch als ein überschaubares Bauprojekt geplant war, wurde durch die Änderungen Hitlers zu einem baulichen Staatsprojekt. Das Denkmal wurde zum Nationaldenkmal erhoben und sollte Ausdruck der neuen NS-Kulturpolitik sein. Seit 1941 ruhten die Arbeiten an den Frankfurter Wiesen, auf dem das Denkmal seinen Platz finden sollte. Das Projekt wurde nie fertig gestellt. Zwei Jahre nach Kriegsende löste die Stadt Leipzig die bestehenden Verträge mit dem Bildhauer und dem Steinlieferanten auf und lehnte eine Übernahme des fast fertig gestellten Denkmalreliefs ab. Die Reliefs befinden sich heute überwiegend im privaten Besitz. Zur Geschichte des Richard-Wagner-

## Die Abberufung Walter Dönickes

Seit dem Zeitpunkt, als der Reichsminister des Innern, Frick, am 22. September 1937 die Berufung des Kreishauptmanns Dönicke zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig bestätigte, befand sich der designierte Oberbürgermeister in einer misslichen Lage.<sup>202</sup> Mutschmann, der ihm zu seinem neuen Amt verhalf, sah Dönicke als seinen persönlichen Vertreter in der Leipziger Stadtverwaltung. Das führte dazu, dass Dönicke innerhalb der Stadtverwaltung keinen Rückhalt mehr fand. Er schien während seiner ganzen Amtszeit mit der Situation in Leipzig überfordert zu sein. Einerseits musste er die oft unbeliebten Anweisungen Mutschmanns ausführen, andererseits positionierte sich die Mehrzahl der Ratsherren um Haake gegen ihn.

Als am 10. Juni 1938 der Sächsische Minister des Innern, Fritsch, an den Staatsminister Lammers schrieb, kündigte er schon an, dass Dönicke als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig abberufen werden würde. Anlässlich eines Aufenthaltes von Hitler bei einer Wahlkundgebung in Leipzig soll sich Dönicke »äußerst ungeschickt« verhalten haben. Infolgedessen äußerte sich Hitler gegenüber Mutschmann dahingehend, dass er die Abberufung des Oberbürgermeisters wünsche.<sup>203</sup>

Nach dem Willen des Reichsstatthalters und Gauleiters von Sachsen sollte Dönicke zukünftig wieder als Kreishauptmann von Leipzig eingesetzt werden. Allerdings riet ihm Fritsch davon ab, da eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und Dönicke nicht mehr möglich war. Daraufhin wollte Mutschmann noch einmal mit Hitler Rücksprache halten.<sup>204</sup> Eine schwere Erkrankung hinderte ihn allerdings Anfang August 1938 daran. Trotzdem musste schnellstmöglich für Dönicke eine andere Tätigkeit gefunden werden, da er sonst nach dem Ablauf seines Probejahres als Oberbürgermeister von Leipzig ab dem 12. Oktober 1938 für weitere elf Jahre im Amt geblieben wäre. Infolgedessen bat Fritsch den Reichsminister Lammers um eine schnelle Lösung, die Dönicke aber nicht seine wirtschaftliche Lebensgrundlage nehmen sollte.<sup>205</sup> Hitler wollte unter allen Umständen die Abberufung Dönickes. Er erklärte sich dennoch damit einverstanden, dass dies in einer Form erfolgen solle, die Dönicke eine wirtschaftliche Basis ermögliche.<sup>206</sup>

Am 4. Oktober kam es zu einer Besprechung zwischen Haake, dem Stadtkämmerer Dr. Köhler, dem Ministerialdirektor des Preußischen Innenministeriums,

---

Denkmals vgl. Volker Rodekamp, Das Richard-Wagner-Denkmal, in: Leonhardt, Rodekamp (Hrsg.), *Totalitär* (Anm. 68), S. 36–39; Zu den baulichen Projekten der Stadt Leipzig in Dönickes Amtszeit vgl. StadtAL, Kap. 6, Nr. 68, Bd. 4, Bl. 18.

202 Vgl. StadtAL, Kap. 6, Nr. 2, Bd. 31, Bl. 110.

203 Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 156.

204 Vgl. ebd.

205 Vgl. dazu das Schreiben von Fritsch an Lammers vom 4. August 1938. Ebd., Bl. 158.

206 Vgl. ebd., Bl. 159.

Dr. Surén, dem Ministerialrat Kunz und dem Ministerialrat Wilhelm Loschelder (1900–1989). Sie berieten sich, in welcher Form Dönickes Abberufung erfolgen sollte. Kunz machte den Vorschlag, die Pensionierung Dönickes mit seinem schlechten Gesundheitszustand zu begründen. Allerdings sprach sich Haake dagegen aus, indem er die anwesenden Personen darauf aufmerksam machte, dass sein eigener Gesundheitszustand viel schlechter sei als der von Dönicke.<sup>207</sup> Er fürchtete vermutlich auch, dass er selbst zukünftig mit dieser Begründung pensioniert werden könnte. Auch Loschelder war gegen den Vorschlag von Kunz. Er glaubte, dass Dönicke damit die Möglichkeit genommen würde, eine neue Anstellung zu finden. Letztendlich einigte man sich darauf, dass bei der Abberufung der § 45 der Deutschen Gemeindeordnung anzuwenden sei. Demnach würde Dönicke nach dem Ablauf seiner einjährigen Probezeit von seinem Amt als Oberbürgermeister der Stadt Leipzig wieder abberufen und in den Wartestand versetzt. Er hätte somit fünf Jahre Anrecht auf Wartegeld, bevor er dann in den Ruhestand ginge. Die wirtschaftliche Grundlage wäre ihm nicht ganz entzogen.<sup>208</sup> Noch am gleichen Tag informierte der Reichsminister des Innern, Frick, den Reichsminister Lammers und Hitler über die von ihm ausgesprochene Zurücknahme der Berufung des Oberbürgermeisters Dönicke in Leipzig gemäß § 45 der Deutschen Gemeindeordnung.<sup>209</sup> Dönicke wurde die Urkunde über seine Abberufung am 8. Oktober durch den Kreishauptmann von Leipzig Curt Ludwig Ehrenreich von Burgsdorff (1886–1962) übergeben.<sup>210</sup> Am 11. Oktober schied er aus dem Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Leipzig aus.<sup>211</sup> Er erhielt noch bis zum 31. Januar 1939 seine bisherigen Bezüge und bekam danach ein Wartegeld.<sup>212</sup> Nach einer fünfjährigen Wartezeit wurde Dönicke am 31. Januar 1944 in den Ruhestand versetzt.<sup>213</sup>

Schon kurz nach seinem Ausscheiden aus dem Amt des Oberbürgermeisters von Leipzig übernahm Dönicke ab dem 1. November 1938 für sechs Monate eine Stelle bei der Braunkohle-Benzin-AG Ruhland, Werk Schwarzhäube in der Lausitz.<sup>214</sup> Seit dem 1. Mai 1939 war er in der Arado-Flugzeugwerken-GmbH in Babelsberg bei Potsdam tätig.<sup>215</sup>

207 Aus einem bezirksärztlichen Zeugnis für Beamte vom 9. Oktober 1934 geht hervor, dass Haakes linkes Auge erblindet und sein rechtes Auge getrübt war. Außerdem hatte er aus dem Jahre 1924 eine schwere Verletzung am Knie davongetragen, die seine Beweglichkeit beträchtlich einschränkte. Vgl. dazu StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 34.

208 Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 147.

209 Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 166; StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 149.

210 Vgl. ebd., Bl. 148.

211 Vgl. ebd., Bl. 170, 184.

212 Vgl. ebd., Bl. 150.

213 Vgl. ebd., Bl. 219.

214 Vgl. ebd., Bl. 170.

215 Vgl. ebd., Bl. 184.

Als im April 1945 die US-Armee in Leipzig einmarschierte, zog sich Dönicke als Mitglied des Kreisführungsstabes des Volkssturms mit anderen nationalsozialistischen Funktionsträgern in das Neue Rathaus zurück. Am 19. April 1945 beging Dönicke in einem der Turmzimmer Selbstmord.<sup>216</sup> Er hinterließ eine Frau und drei Kinder.<sup>217</sup>

### **Die zweite Amtszeit Rudolf Haakes als kommissarischer Oberbürgermeister der Stadt Leipzig**

Nachdem Dönicke am 11. Oktober 1938 aus dem Oberbürgermeisteramt von Leipzig ausschied, übernahm Haake zum zweiten Mal die Geschäfte des Oberbürgermeisters kommissarisch<sup>218</sup>. Zu diesem Zeitpunkt befand sich Haake noch im Streit mit dem Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen. Daher versuchte Mutschmann mit allen Mitteln zu verhindern, dass Haake erneut das Oberbürgermeisteramt kommissarisch ausführte. In einem Schreiben vom 13. Oktober äußerte der Sächsische Minister des Innern, Fritsch, gegenüber dem Reichsminister des Innern, Frick, seine Zweifel an der Fähigkeit Haakes, die Amtsgeschäfte der Stadt Leipzig zu übernehmen:

»Die Abberufung des Oberbürgermeisters Dönicke hat für die Stadt Leipzig eine wenig erfreuliche Lage geschaffen. In einer kürzlichen Vorsprache des Kreishauptmannes [Dr. Burgsdorff] hat dieser mir mitgeteilt, daß er nach dem Abgang Dönickes für die Verwaltung der Stadt die schwersten Befürchtungen habe. Dönicke sei immerhin noch in der Lage gewesen, die Stadt ordnungsgemäß zu führen. Diese Voraussetzung sei jedoch, nachdem der gesetzliche Vertreter, Bürgermeister Haake, die Stadt zu leiten habe, unter keinen Umständen mehr erfüllt. Nach seiner Meinung sei Haake nicht jene autoritäre Persönlichkeit, die den oftmals sehr autokratischen Gepflogenheiten gewisser Beigeordneter und höherer Beamter in der Stadt Leipzig mit Erfolg entgegentreten könne. Außerdem müsse man bedenken, daß Haake gesundheitlich durchaus nicht auf der Höhe sei.

Hierzu habe ich folgendes zu bemerken: Haake ist nach meiner Ansicht in der Ausführung seiner dienstlichen Obliegenheiten durch sein schweres Augenleiden

216 Vgl. Gibas, Briel, Knöller, Held, »Arisierung« in Leipzig (Anm. 4), S. 17; Dieter Kürschner, Sven Kürschner, Das Kriegsende in Leipzig und Nordwestsachsen, in: Dietmar Kunz (Hrsg.), Kriegsschauplatz Sachsen 1945. Daten, Fakten, Hintergründe, Altenburg 1995, S. 29–51, hier S. 40 f.

217 Dönicke war seit dem 28. März 1930 mit Charlotte (geb. Selig, am 14. August 1906) verheiratet. Sie hatten drei gemeinsame Kinder (Charlotte Ursula, geb. am 2. April 1933; Hildegard Gisela, geb. am 15. Juni 1935; Walter Klaus, geb. am 12. Oktober 1938). Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 3, 166; BArchB, ehemals BDC, SA, 103, Bl. 314.

218 Haake gab auf einer nichtöffentlichen Sitzung mit den Leipziger Ratsherren und Beigeordneten am 12. Oktober 1938 bekannt, dass er die Geschäfte des Oberbürgermeisters von Leipzig vertreten werde. Vgl. StadtAL, Kap. 10 D, Nr. 473, Bl. 152.



stark behindert. Haake besitzt, nebenbei bemerkt, nur mehr ein Achtel seiner Sehkraft. Es ist ohne weiteres verständlich, daß Haake bei allem guten Willen unter diesen Umständen die Stadt nicht so verwalten und einwandfrei leiten kann, wie es eine so große Verwaltung der Stadt Leipzig erfordert.

Ergänzend bemerke ich, daß ich Haake auch nicht für geeignet halte, in rein repräsentativer Hinsicht die Stadt nach außen vertreten zu können.«<sup>219</sup>

In einem weiteren Gespräch mit Frick bat Mutschmann darum, den Ministerialrat Kunz, einen engen Vertrauten von ihm, gemäß § 112 der Deutschen Gemeindeordnung<sup>220</sup> als kommissarischen Oberbürgermeister von Leipzig einzusetzen.<sup>221</sup> Mutschmann wollte dadurch seinen Einfluss auf die Leipziger Stadtverwaltung weiterhin aufrechterhalten. Mit Haake als kommissarischem Oberbürgermeister, gegen den Mutschmann zu dem Zeitpunkt noch ein Parteigerichtsverfahren anstrebte, wäre er nicht in der Lage, die Geschicke der Stadtverwaltung von Dresden aus zu lenken.

Frick sah allerdings keinen Anlass, den Ministerialrat Kunz als Kommissar nach Leipzig zu bestellen. Er war der Auffassung, dass Haake nach dem Rücktritt Goerdeler die Geschäfte des Oberbürgermeisters ohne »ernste Schwierigkeiten« wahrgenommen hätte und somit auch diesmal in der Lage sei, als kommissarischer Oberbürgermeister zu fungieren.<sup>222</sup> Durch die Unterstützung von Frick führte Haake als Vertreter des Oberbürgermeisters die Amtsgeschäfte der Stadt bis zur Berufung von Alfred Freyberg am 21. August 1939.<sup>223</sup>

Die zweite Amtszeit Haakes fällt in den unmittelbaren Vorabend des Zweiten Weltkrieges. Außer der Fortführung der allgemeinen städtischen Verwaltungsaufgaben standen somit kriegsvorbereitende Maßnahmen sowie die Umsetzung der nationalsozialistischen Ideologie, vor allem in der Judenfrage, im Vordergrund.

Im Bereich der städtebaulichen Maßnahmen wurden u. a. die Arbeiten am Richard-Wagner-Nationaldenkmal weiter vorangetrieben, die Ausbaggerung des Hafenbeckens beendet und mit dem Ausbau des Hafens in vollem Umfang begonnen.<sup>224</sup> Des Weiteren konnten 302 Wohnungen fertig gestellt werden.<sup>225</sup>

Eine Neuheit in der Amtszeit Haakes war die Gründung des Amtes für Wehrmachts-, Wehrwirtschaft- und Luftschutzangelegenheiten im April 1939. Im Hinblick

219 Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43-II / 572b, Bl. 169.

220 § 112 der Deutschen Gemeindeordnung: »Wenn und solange der geordnete Gang der Verwaltung der Gemeinde es erfordert und die Befugnisse der Aufsichtsbehörde nach §§ 109 bis 111 nicht ausreichen, kann die Aufsichtsbehörde einen Beauftragten bestellen, der alle oder einzelne Aufgaben der Gemeinde auf ihre Kosten wahrnimmt.« Vgl. ebd., Bl. 171.

221 Vgl. dazu das Schreiben von Frick an Lammers vom 1. November 1938. Ebd., Bl. 168.

222 Vgl. ebd.

223 Vgl. Kühling, Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister (Anm. 4), S. 70–72.

224 Vgl. StadtAL, Kap. 6, Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950), Nr. 68, Bd. 5, Jahresbericht über die Verwaltung der Stadt Leipzig (1939/1940), Bl. 30, 90.

225 Vgl. ebd., Bl. 90 f.

auf einen bevorstehenden Krieg war es nötig, gewisse Vorkehrungen zu treffen. In dem neu geschaffenen Amt wurden im Vorfeld Pläne für die Einquartierung der Wehrmacht, Polizei, Obdachlosen und Kriegsgefangenen erstellt. Außerdem mussten sich die Mitarbeiter mit der Frage der Lebensmittelverteilung beschäftigen, da das Ernährungsamt erst im Kriegsfall errichtet werden sollte. Auch der Bedarf an möglichen Kriegsdienststellen war zu sichern und Pferde und Wagen für Transporte waren zu organisieren.<sup>226</sup>

Mit der erneuten kommissarischen Übernahme des Oberbürgermeisteramtes durch Haake verschärfte sich die Judenpolitik in der Stadt. In städtischen Bücherhallen und Stadtbibliotheken wurden Schilder mit der Aufschrift »Juden unerwünscht« aufgestellt. Nach dem Novemberpogrom verbot die Stadtverwaltung den jüdischen Bürgern den Zutritt zu allen städtischen Büchereien und Museen. Den Beamten, Arbeitern und Angestellten der Stadtverwaltung sowie ihren Familien wurde nahe gelegt, keine jüdischen Geschäfte mehr aufzusuchen. Wer diese Anweisung nicht befolgte, hatte mit beruflichen Sanktionen bis zur fristlosen Entlassung zu rechnen.<sup>227</sup>

Seit dem Frühjahr 1938 versuchte die Leipziger Stadtverwaltung, Juden weiter aus der Wirtschaft auszugrenzen. Ende November waren nach Angaben der Industrie- und Handelskammer bereits 1600 jüdische Firmen an »deutschstämmige« Erwerber zwangsverkauft worden. Somit befanden sich nur noch 40 Industriebetriebe, 900 Großhandelsunternehmen und 450 Einzelhandelsgeschäfte in jüdischem Besitz.<sup>228</sup> Haake hatte das Ziel ausgerufen, dass ab dem 2. Januar 1939 kein Jude mehr im Einzelhandel tätig sein durfte.<sup>229</sup>

---

226 Vgl. ebd., Bl. 69.

227 Vgl. Held, Die Leipziger Stadtverwaltung (Anm. 62), S. 10 f.

228 Vgl. Gibas, Briel, Knöller, Held, »Arisierung« in Leipzig (Anm. 4), S. 20.

229 Vgl. StadtAL, Kap. 6, Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950), Nr. 68, Bd. 4, Jahresbericht über die Verwaltung der Stadt Leipzig (1938/1939), Bl. 24.

**DR. BRUNO ERICH ALFRED FREYBERG (1892–1945)****Ausbildung und politisches Engagement bis 1939**

Alfred Freyberg wurde am 12. Juli 1892 als Sohn des Bauern Wilhelm Freyberg (1859–1907) in Harsleben bei Halberstadt geboren.<sup>230</sup> Zunächst besuchte er die Dorfschule in Harsleben, danach das Realgymnasium in Halberstadt, wo er im Jahr 1912 seine Reifeprüfung ablegte. Kurz darauf studierte Freyberg Jura an den Universitäten von Genf, München, Königsberg und Halle. Mit dem Beginn des Krieges 1914 unterbrach er sein Studium und meldete sich freiwillig zum Heeresdienst. Nach mehreren Einsätzen an der Ost- und Westfront erkrankte er während der Kämpfe vor Verdun im Sommer 1917. Infolgedessen wurde Freyberg für den Frontdienst als untauglich erklärt und man versetzte ihn in die Ersatzabteilung des 39. Feldartillerie-Regiments nach Perleberg.<sup>231</sup> Durch einen längeren Urlaub konnte er am 2. März 1918 seine erste juristische Staatsprüfung in Naumburg ablegen. Noch im gleichen Jahr, am 18. Dezember, wurde er aus dem Heeresdienst entlassen.<sup>232</sup>

Seinen Berufsweg begann Freyberg am 2. Januar 1919 als Referendar beim Amtsgericht in Wernigerode. Später setzte er das Referendariat in Halberstadt fort,<sup>233</sup> bevor er es am 8. Juli 1921 beim Oberlandesgericht in Naumburg abschloss. Die große Staatsprüfung bestand er am 4. Februar 1922 in Berlin. Kurz darauf wurde Freyberg zum Gerichtsassessor ernannt. Um seine Kenntnisse im Steuerrecht zu erweitern, wechselte er in die Reichsfinanzverwaltung und fungierte seit dem 1. Februar 1923 als Regierungsassessor bei den Finanzämtern in Halberstadt, Magdeburg und Quedlinburg. Die Ernennung zum Regierungsrat erfolgte am 1. August 1924 in Quedlinburg.<sup>234</sup>

Außer einer kurzen Mitgliedschaft in der Harslebener Ortsgruppe Stahlhelm hatte sich Freyberg keiner politischen Gruppierung angeschlossen. Die ihm damals be-

230 Vgl. dazu die Ahnentafeln von Freyberg in BArchB, ehemals BDC, RS, B 0465, Bl. 2642.

231 Freyberg wurde in der Ersatzabteilung des 40. Feldartillerie-Regiments in Burg ausgebildet. Nach dem Abschluss seiner Ausbildung kam er zum 6. Feldartillerie-Regiment der Reserve und kämpfte an verschiedenen Fronten des Krieges. Er erhielt das Eiserne Kreuz II. Klasse und wurde am 3. März 1917 zum Leutnant der Reserve befördert. Vgl. BArchB, ehemals NS-Archiv des MfS, ZA VI 239, A. 15, Bl. 4.

232 Vgl. ebd.

233 Während seiner Beschäftigung in Halberstadt wohnte Freyberg in seinem Heimatort Harsleben. Dort gründete er 1920 eine Ortsgruppe des Stahlhelms. Als er 1922 aus Harsleben wegzog, ist er aus der Gruppe wieder ausgetreten und hat seine Mitgliedschaft an anderer Stelle nicht wieder erneuert. Freyberg ist zu dieser Zeit der Überzeugung gewesen, dass »der Stahlhelm nicht in der Lage sein würde, das Rettungswerk Deutschlands zu vollbringen«. Vgl. BArchB, ehemals NS-Archiv des MfS, ZA VI 239, A. 15, Bl. 5.

234 Vgl. ebd., Bl. 4.

Abb. 3: Alfred Freyberg (1892–1945)



kannten Parteien entsprachen nicht seinen Anschauungen. Erst der Hitlerputsch im November 1923 machte ihn auf die NSDAP aufmerksam.<sup>235</sup> Als das Verbot gegen die NSDAP wieder aufgehoben wurde, trat er am 27. Mai 1925 unter der Mitgliedsnummer 5880 in die Partei ein. Sogleich gründete er im Frühjahr 1925 in Quedlinburg eine Ortsgruppe und übernahm bis zum Herbst 1926 ihre Leitung.<sup>236</sup>

Am 30. September 1926 wurde Freyberg auf eigenen Wunsch aus der Reichsfinanzverwaltung entlassen. Bernd Ulbrich vermutet, dass Konflikte zwischen seiner aktiven NSDAP-Mitgliedschaft und seiner Tätigkeit als Staatsdiener das Ausscheiden maßgeblich mitbestimmt haben.<sup>237</sup> Nach einer kurzen Anstellung in einem Anwaltsbüro in Thale ließ er sich in Quedlinburg nieder und konzentrierte sich auf die Verteidigung von straffällig gewordenen Nationalsozialisten.<sup>238</sup> Von 1927 bis 1929 war er außerdem als Bezirksleiter von Quedlinburg, Wernigerode, Halberstadt und

<sup>235</sup> »Ich beschäftigte mich mit den völkischen Strömungen in Deutschland. Der sog. Hitlerputsch machte mich auf unseren Führer aufmerksam, von dem ich bis dahin nur wenig gehört hatte. Ich war, ohne Hitler zu kennen oder gehört zu haben, bald ganz in seinem Bann.« Auszug aus Freybergs Lebenslauf. Vgl. ebd., Bl. 22.

<sup>236</sup> Im Herbst 1925 dehnte Freyberg seine Tätigkeit auf die Umgebung von Quedlinburg aus. Er gründete u. a. die Ortsgruppen in Westerhausen, Dittfurt, Thale und Blankenburg. Vgl. BArchB, ehemals NS-Archiv des MfS, ZA VI 239, A. 15, Bl. 5.

<sup>237</sup> Vgl. Ulbrich, Nationalsozialismus und Antisemitismus (Anm. 4), S. 48.

<sup>238</sup> Vgl. Kühling, Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister (Anm. 4), S. 72.

Ballenstedt für die Partei tätig.<sup>239</sup> Neben seiner ausübenden Tätigkeit als Rechtsanwalt wurde Freyberg am 15. April 1929 zum Notar des Oberlandesgerichts in Naumburg, mit Amtssitz in Quedlinburg, ernannt. Noch im gleichen Jahr wurde er zusammen mit neun weiteren Parteigenossen nationalsozialistischer Stadtverordneter in Quedlinburg. Gleichzeitig übernahm er bis zum Jahr 1932 die Führung der nationalsozialistischen Stadtverordnetenfraktion.<sup>240</sup>

Durch einen Erlass des Preußischen Staatsministeriums vom 25. Juni 1930 wurde es preußischen Beamten verboten, Mitglied der NSDAP zu sein. Die Ursache dieses Verbotes lag in der Annahme, dass die NSDAP als Ziel den gewaltsamen Umsturz der damals bestehenden Staatsordnung anstrebte. Da der Erlass auch die preußischen Notare mit einbezog, befand sich Freyberg in einer prekären Situation.<sup>241</sup> Wenn er nicht aus der Partei der NSDAP austräte, könnte er nicht mehr als Notar arbeiten und müsste sein Mandat als Stadtverordneter niederlegen. Im Falle eines Austritts müsste er andererseits bei einer Machtübernahme der Nationalsozialisten mit rechtlichen Konsequenzen gegen sich rechnen. Freyberg wandte sich an den damaligen Gauleiter des Gaues Magdeburg-Anhalt, Wilhelm Loeper (1883–1935)<sup>242</sup>, und bat ihn um Rat. Dieser schrieb ihm am 29. Juli 1930 nach Rücksprache mit Hitler, dass er, wenn nicht anders möglich, nur zum Schein aus der Partei austreten solle, um weiterhin sein Mandat zu behalten.<sup>243</sup> Infolgedessen übergab Freyberg am 1. September 1930 dem damaligen NSDAP-Ortsgruppenleiter von Quedlinburg, Martin Schindler, seine Scheinaustrittserklärung. Jener Schindler schickte diese Erklärung nicht an die Gauleitung. Freyberg behielt auch weiterhin sein Partei-Mitgliedsbuch, zahlte Mitgliedsbeiträge und engagierte sich in der NSDAP und für seine Ortsgruppe.<sup>244</sup>

Nach seinem offiziellen Wiedereintritt in die Partei am 1. März 1932 beantragte Freyberg im Jahr 1934 bei der Reichsleitung, dass sein Austritt und sein Wiedereintritt aus den Akten gestrichen werden sollen, da er auf Anweisung von Hitler nur zum Schein ausgetreten sei. Dem Antrag wurde am 19. Februar 1934 von der Gauleitung Magdeburg-Anhalt entsprochen.<sup>245</sup>

Mit den Wahlen vom 24. April 1932 wurde die NSDAP stärkste Partei in Anhalt und stellte 15 von 36 Abgeordneten im Landtag.<sup>246</sup> Daraufhin bat der Gauleiter Loe-

239 Vgl. BArchB, ehemals NS-Archiv des MfS, ZA VI 239, A. 15, Bl. 22.

240 Vgl. ebd., Bl. 4 f.

241 Vgl. BArchB, ehemals NS-Archiv des MfS, R 3001 / 56320, Bl. 17.

242 Friedrich Wilhelm Loeper war seit 1928 Gauleiter von Magdeburg-Anhalt und ab 1933 der Reichsstatthalter von Braunschweig und Anhalt. Er verstarb am 23. Oktober 1935 in Dessau. Vgl. Klee, Personenlexikon (Anm. 47), S. 377.

243 Vgl. BArchB, ehemals BDC, PK, C 0297, Bl. 196.

244 Vgl. ebd., Bl. 182–190, 198.

245 Vgl. ebd., Bl. 180, 189.

246 Vgl. Ulbrich, Antisemitismus in Dessau (Anm. 4), S. 33.

per den noch als Rechtsanwalt arbeitenden Freyberg, das Amt des Ministerpräsidenten von Anhalt zu übernehmen.<sup>247</sup> Da die NSDAP noch keine absolute Mehrheit im anhaltischen Landtag besaß, koalierte sie mit der DNVP. Die neue NSDAP-geführte Regierungskoalition wählte im Juni 1932 den in Anhalt noch weitgehend unbekannten Alfred Freyberg zum ersten NSDAP-Ministerpräsidenten des Deutschen Reiches. Fast ein Jahr lang stand ihm zunächst Dr. Willy Knorr (1878–1937) als Vertreter der DNVP als Staatsminister zur Seite.<sup>248</sup> Am 3. April 1933 kam es zur Umbildung des anhaltischen Landtags. Auf der Grundlage der Gesetze »zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich« wurden Minister, Abgeordnete und höhere Staatsbeamte, die nicht der NSDAP oder der DNVP angehörten, »politisch ausgeschaltet«. Nach dieser »Säuberung« zählte der anhaltische Landtag insgesamt nur noch 26 Abgeordnete. Auf die NSDAP entfielen nunmehr 14 Sitze. Damit hatte sie die absolute Mehrheit erreicht und Freyberg konnte ab dem 13. April 1933 als alleiniger Staatsminister fungieren.<sup>249</sup> Noch im gleichen Jahr, am 20. Juli, trat er in die SS ein. Dort gelang es ihm in kürzester Zeit in hohe Positionen aufzusteigen. Der Höhepunkt seiner SS-Laufbahn war an seinem 50. Geburtstag die Ernennung zum Gruppenführer durch Adolf Hitler.<sup>250</sup>

In seiner Amtszeit als Staatsminister von Anhalt war Freyberg vor allem auf dem Gebiet der Stadtverwaltung, Kultur und Wirtschaft sehr erfolgreich gewesen.<sup>251</sup> Er war ein überzeugter und engagierter Nationalsozialist. Seine juristischen Fachkenntnisse und sein berufliches Engagement waren eingebettet in eine »tief verinnerlichte Weltanschauung aus völkischen, rassistischen, sozialdarwinistischen und christlich-protestantischen Elementen«.<sup>252</sup>

Schon in den ersten Jahren seiner Amtszeit als Staatsminister kam es zu Spannungen zwischen Freyberg und dem Gauleiter und Reichsstatthalter von Braunschweig und Anhalt, Wilhelm Loeper. Die gegensätzlichen Charaktere und das unterschiedliche intellektuelle Niveau waren der Auslöser dieser Differenzen. So charakterisierte

247 Vgl. BArchB, ehemals NS-Archiv des MfS, ZA VI 239, A. 15, Bl. 2.

248 Vgl. Ulbrich, Nationalsozialismus und Antisemitismus (Anm. 4), S. 49.

249 Vgl. Ulbrich, Antisemitismus in Dessau (Anm. 4), S. 35.

250 Am 20. Juli 1933 trat Freyberg unter der Mitgliedsnummer 113650 in die SS ein. Schon kurze Zeit später, am 22. November 1933, wurde er zum SS-Obersturmbannführer ernannt. Am 20. April 1934 war er SS-Standartenführer. Zum 1. Januar 1935 hatte er den Dienstgrad eines SS-Oberführers erlangt und war Rangführer des SS-Truppenteils I/59. Am 9. November 1936 wurde er zum SS-Brigadeführer ernannt und war Führer im SD-Hauptamt. Am 12. Juli 1942 wurde er von Hitler zum SS-Gruppenführer befördert. Er war nun Führer im Stab des Reichsführers der SS. Fast drei Monate später, am 15. Oktober 1942, war Freyberg als SS-Gruppenführer Führer beim Stab des SS-Oberabschnitts Elbe. Somit hatte es Freyberg innerhalb von neun Jahren geschafft, einen der höchsten Dienstgrade in der SS zu erlangen (über ihm stand nur noch der SS-Obergruppenführer, der SS-Oberstgruppenführer und der Reichsführer der SS). Vgl. BArchB, SS – Führerpersonalakten, 221, Bl. 981 f., 992–998.

251 Vgl. Kühling, Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister (Anm. 4), S. 72.

252 Vgl. Ulbrich, Nationalsozialismus und Antisemitismus (Anm. 4), S. 50.



Fritz Hesse (1881–1973)<sup>253</sup> in seinen Erinnerungen aus den Jahren 1925 bis 1950 die beiden Personen folgendermaßen: »Freyberg, der in der SS eine hohe Charge bekleidete, nahm stets die Hacken zusammen, wenn Loeper in seinem Amtszimmer erschien. Im Gegensatz zu Loeper, dessen brutaler Charakter sich später in seinen unmenschlichen Maßnahmen gegen die Dessauer Juden besonders offenbarte, war Freyberg gelegentlich auch rein menschlichen Erwägungen zugänglich. Man merkte ihm zuweilen seine inneren Hemmungen an, wenn er den Parteibefehlen gehorchen mußte.«<sup>254</sup>

Über die unbedingte Dominanz in parteipolitischen und ideologischen Fragen hinaus beanspruchte der grobschlächtige Loeper auch die Oberhoheit über politische Entscheidungen der Landesregierung. Der sehr selbstbewusste und autoritäre Staatsminister Freyberg wollte sich aber nicht von einem »Laien« in sein Hoheitsgebiet hineinreden lassen. Infolgedessen kam es zu Kompetenzstreitigkeiten, bei denen mehrfach die NSDAP-Stellen und Reichsbehörden eingeschaltet werden mussten.<sup>255</sup> Auch nach dem Tod von Loeper im Jahr 1935 war Freyberg sehr unzufrieden in seinem Amt als Staatsminister von Anhalt. Immer wieder geriet er mit den Reichsstatthaltern und staatlichen Behörden in Konflikt. In den Quellen lassen sich Hinweise finden, dass sich Freyberg seit dem Jahr 1935 um eine andere Stelle außerhalb des Gaues Sachsen-Anhalt bemühte.<sup>256</sup> Durch Vermittlung des Reichsministers des Innern, Frick, und die Unterstützung von Hitler und dem Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen, Mutschmann, bewarb sich Freyberg im April 1939 um die vakante Stelle des Oberbürgermeisters von Leipzig.<sup>257</sup> Nachdem das Auswahlverfahren abgeschlossen war, fiel die Entscheidung auf Freyberg, der am 21. August 1939 von Mutschmann in sein neues Amt als Oberbürgermeister von Leipzig eingeführt wurde.<sup>258</sup>

253 Fritz Hesse war von 1918 bis 1933 der Oberbürgermeister von Dessau. Vgl. Fritz Hesse, Aus den Jahren 1925 bis 1950. Erinnerungen an Dessau, 2. Band, Dessau <sup>3</sup>1995.

254 Vgl. ebd., S. 43.

255 Vgl. Ulbrich, Nationalsozialismus und Antisemitismus (Anm. 4), S. 49.

256 Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 204; BArchB, ehemals NS-Archiv des MfS, ZA VI 239, A. 15, Bl. 8, 15.

257 Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 179.

258 Vgl. StadtAL, Kap. 6, Nr. 105, Bl. 32; BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 204–208.

## Der Weg Freybergs in das Oberbürgermeisteramt von Leipzig

Noch während des Probejahres von Dönicke als Oberbürgermeister von Leipzig hatte Hitler gegenüber Mutschmann im Juni 1938 den Wunsch geäußert, dass Dönicke entlassen werden soll.<sup>259</sup> Mutschmann dürfte über die Entscheidung Hitlers nicht sehr erfreut gewesen sein, da er ohne Dönicke in der Leipziger Stadtverwaltung seinen Einfluss wieder verlieren und Haake die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters kommissarisch übernehmen würde. Für den Reichsminister des Innern, Frick, wiederum war die bevorstehende Abberufung eine Möglichkeit, nun einen eigenen Vertrauensmann als Oberbürgermeister von Leipzig einzusetzen. Im Zuge der Auseinandersetzung zwischen Haake und Mutschmann war auch er mit dem Gauleiter und Reichsstatthalter von Sachsen in einen Konflikt über Kompetenzen geraten.<sup>260</sup> Mit der Einsetzung einer von ihm bestimmten Person hätte er den Einfluss Mutschmanns auf die Kommunalpolitik Leipzigs erheblich einschränken können.

Noch bevor Dönicke von seiner Abberufung in Kenntnis gesetzt wurde, suchte das Reichsinnenministerium bereits angestrengt nach einem Nachfolger. Am 11. August 1938 ließ Frick dem Reichsminister Lammers mitteilen, dass er den Oberbürgermeister von Wittenberg, Theodor Habicht (1898–1944), für die freiwerdende Oberbürgermeisterstelle in Leipzig »sowohl hinsichtlich seiner Fähigkeiten, seines Charakters als auch seiner Verankerung in der Partei (Gold- Ehrenzeichen-Träger) für besonders geeignet« halte. Habicht war ein alter Parteifreund von Frick und somit ein idealer Kandidat, um in Leipzig die Leitung der Stadtverwaltung zu übernehmen.<sup>261</sup> Nachdem Hitler von dem Vorschlag Fricks Kenntnis genommen hatte, informierte er den Sächsischen Minister des Innern, Fritsch, über die mögliche Kandidatur von Habicht.<sup>262</sup> Allerdings lehnte Mutschmann eine Bewerbung Habichts ab, da er vermutlich fürchtete, seinen Einfluss auf die Leipziger Stadtverwaltung zu verlieren. Bei einem Gespräch mit Frick äußerte er den Wunsch, den Ministerialrat Kunz vorerst als kommissarischen Oberbürgermeister für die Stadt Leipzig einzusetzen.<sup>263</sup> Mit dieser Ernennung hätte er die kommissarische Übernahme des Oberbürgermeisteramtes durch Haake verhindert und wäre in der Lage gewesen, weiterhin seinen Einfluss in der Stadtverwaltung geltend zu machen. Frick sah für diese Maßnahme allerdings kei-

259 Anlässlich einer Wahlkundgebung in Leipzig musste Hitler feststellen, dass der Oberbürgermeister sich »äußerst ungeschickt« angestellt hatte. Vgl. dazu das Schreiben des Sächsischen Ministers des Innern, Fritsch, an den Staatsminister Lammers vom 10. Juni 1938. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 156.

260 Vgl. BArchB, ehemals BDC, OPG, D 0088, Bl. 472.

261 Vgl. dazu das Schreiben des Staatssekretärs Stuckart an den Reichsminister Dr. Lammers vom 11. August 1938. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 573, Bl. 107.

262 Vgl. dazu das Schreiben von Lammers an Fritsch vom 21. August 1938. Ebd., Bl. 108.

263 Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 167 f.

ne Veranlassung. Er war der Meinung, dass Haake schon in der Vergangenheit einmal die Amtsgeschäfte des Oberbürgermeisters kommissarisch geführt hatte und auch zu diesem Zeitpunkt die Aufgabe übernehmen könne. Des Weiteren befürchtete er, dass Mutschmann mit der Einsetzung von Kunz die mögliche Kandidatur von Habicht verhindern wollte, um später Kunz offiziell zum Oberbürgermeister von Leipzig berufen zu können.<sup>264</sup>

Da sich Mutschmann ausdrücklich gegen Habicht als möglichen Oberbürgermeister von Leipzig aussprach, wollte Lammers die Gründe für die Ablehnung in Erfahrung bringen.<sup>265</sup> Mutschmann ließ die Anfrage Lammers unbeantwortet, teilte ihm aber am 24. Dezember mit, dass die Oberbürgermeisterstelle in Leipzig ordnungsgemäß ausgeschrieben worden sei und es ihm bald möglich sein werde, Hitler persönlich entsprechende Vorschläge aus den eingegangenen Bewerbungen zu unterbreiten.<sup>266</sup> Mit der öffentlichen Ausschreibung war es Mutschmann doch noch gelungen, seinen Einfluss auf die Berufung des Oberbürgermeisters von Leipzig geltend zu machen. Jetzt war er derjenige, der Hitler eine eigene Auswahl an Bewerbern präsentieren konnte. Die Bewerbungsfrist für die Stelle des Oberbürgermeisters von Leipzig endete am 19. November 1938. Vorerst waren 27 Bewerbungen eingegangen.<sup>267</sup> Freyberg war zu diesem Zeitpunkt jedoch noch nicht unter den möglichen Kandidaten.

Der anhaltische Staatsminister Freyberg hatte am 15. März 1939 gegenüber dem Staatssekretär Stuckart zum Ausdruck gebracht, dass er bereit wäre, beim Aufbau von Böhmen und Mähren mitzuarbeiten. Er bat Stuckart darum, ihm einen Posten in Österreich anzubieten, der seiner damaligen Stellung gleichwertig sei.<sup>268</sup> Um seinem Wunsch den nötigen Nachdruck zu verleihen, schickte er auch ein Telegramm an den Reichsminister Lammers, der sich wiederum bei Frick um die anderweitige Verwendung Freybergs in Österreich einsetzte.<sup>269</sup> In einer Besprechung mit dem Reichsminister des Innern, Frick, und den Staatssekretären Stuckart und Pfundtner Ende März 1939 wurde Freyberg auf die vakante Oberbürgermeisterstelle in Leipzig aufmerksam gemacht. Kurze Zeit später war er bei Mutschmann vorstellig geworden, um mit ihm über seine mögliche Kandidatur zu sprechen. Der Gauleiter und Reichsstatthalter von

264 Vgl. dazu das Schreiben von Frick an Lammers vom 1. November 1938. Ebd.

265 Vgl. dazu das Schreiben von Lammers an Mutschmann vom 11. November 1938. Ebd., Bl. 173.

266 Vgl. ebd., Bl. 175.

267 Drei weitere Bewerber, u.a. auch Alfred Freyberg, reichten ihre Unterlagen nach. Zu den einzelnen Bewerbern vgl. StadtAL, Kap. 6, Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950), Nr. 2, Bd. 32, Oberbürgermeister und die Beigeordneten (1939), Bl. 36–41.

268 Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 203.

269 Freyberg hatte sich schon im März 1938 um seine anderweitige Verwendung beim Reichsinnenministerium und bei Lammers beworben. Aufgrund der ständigen Konflikte in Anhalt bat er darum, eine gleichwertige Stellung in Österreich zugewiesen zu bekommen. Allerdings wurde ihm von Frick mitgeteilt, dass zur damaligen Zeit kein gleichwertiger Posten in Österreich zur Verfügung stünde. Vgl. ebd., Bl. 187–191, 204.

Sachsen erklärte sich grundsätzlich mit der Bewerbung Freybergs einverstanden, wollte jedoch noch vorher die Zustimmung Hitlers einholen.<sup>270</sup> Mit der Unterstützung von Frick und Mutschmann reichte der anhaltische Staatsminister Anfang April seine Bewerbung für das Oberbürgermeisteramt von Leipzig nach.<sup>271</sup> Da das Reichsinnenministerium fest davon ausging, dass Freyberg zum neuen Oberbürgermeister berufen wird, lud ihn der Leipziger Kreisleiter Wettengel zu einer Beratung der Leipziger Ratsherren am 7. Juni in das Neue Rathaus ein. Im Rahmen dieser Sitzung sollte er den Ratsherren vorgestellt werden.<sup>272</sup>

Am 7. Juni 1939 ließ Hitler durch Lammers mitteilen, dass er mit der Berufung Freybergs zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig einverstanden sei.<sup>273</sup> Die Ernennungsurkunde wurde Freyberg am 16. August übermittelt. Fünf Tage später wies Mutschmann den neuen Oberbürgermeister im Festsaal des Leipziger Neuen Rathauses in sein Amt ein.<sup>274</sup> Mit der Einführung Freybergs in das Oberbürgermeisteramt wurde er als Staatsminister von Anhalt bis zum Ende des Jahres beurlaubt, bevor er am 29. Dezember aus dem Amt ausschied.<sup>275</sup>

Trotz der Spannungen zwischen Mutschmann und Frick konnten sie sich letztendlich auf einen gemeinsamen Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt einigen. Freyberg, der als ein ausgesprochen kompetenter Verwaltungsfachmann galt, hatte alle Voraussetzungen, um die bedeutende Stadt Leipzig auf den bevorstehenden Krieg vorzubereiten.

### **Rudolf Haakes Versetzung in den Ruhestand**

Mit der Ernennung Alfred Freybergs zum Oberbürgermeister der Stadt Leipzig änderte sich die Situation des 2. Bürgermeisters Haake innerhalb der Stadtverwaltung grundlegend. Es ist davon auszugehen, dass Mutschmann den neuen Oberbürgermeister über das oft eigenmächtige Handeln Haakes unterrichtet hatte. Deshalb dürfte Freyberg von Anfang an das Ziel verfolgt haben, Haakes Position innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung zu schwächen, indem er seine Kompetenzen eingrenzte.

Bis zum Amtsantritt von Freyberg waren der Stadtrat Dr. Lisso und Haake die Hauptverantwortlichen für die antijüdische Kommunalpolitik Leipzigs. Als eine der ersten Amtshandlungen holte sich der neue Oberbürgermeister den Rechtsrat Johan-

<sup>270</sup> Vgl. ebd., Bl. 179.

<sup>271</sup> Vgl. ebd., Bl. 185.

<sup>272</sup> Vgl. StadtAL, Kap. 6, Nr. 2, Bd. 32, Bl. 54; BArchB, ehemals NS-Archiv des MfS, ZA VI 239, A. 15, Bl. 16.

<sup>273</sup> Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 572b, Bl. 205.

<sup>274</sup> Vgl. StadtAL, Kap. 6, Nr. 2, Bd. 32, Bl. 62–64; StadtAL, Kap. 6, Nr. 105, Bl. 32.

<sup>275</sup> Vgl. BArchB, Oberste Organe, NSDAP Allgemeines, R 43–II / 1311, Bl. 18.

nes Wagner als persönlichen Referenten an seine Seite und übertrug ihm die Zuständigkeit der kommunalen Judenpolitik.<sup>276</sup> Außerdem legte er fest, dass in seiner Abwesenheit Wagner und nicht Haake zur Vorbereitung von Besprechungen anzurufen sei.<sup>277</sup>

Auch wenn Haake gewisse Zuständigkeiten abgeben musste, war er anfänglich für Freyberg noch unentbehrlich. Nach dem Ausbruch des Krieges wurden viele Beamte und Angestellte der Stadtverwaltung zum Wehrdienst eingezogen. Deshalb herrschte in der Leipziger Verwaltung ein akuter Mangel an Arbeitskräften. In dieser Situation konnte es sich der neue Oberbürgermeister nicht erlauben, dass ein sehr ehrgeiziger und fleißiger Beamter aus seinem Amt entlassen wird. Haake wiederum befand sich in einer sehr misslichen Lage. Durch die Auseinandersetzung mit Mutschmann musste er jederzeit mit neuen Angriffen auf seine Person rechnen. Des Weiteren hatte er nun einen Oberbürgermeister als unmittelbaren Vorgesetzten, der sowohl von Mutschmann als auch vom Reichsminister des Innern, Frick, und von Hitler unterstützt wurde. Somit war ein Rebellen oder Taktieren gegen Freyberg nahezu ausgeschlossen. Auch intellektuell und fachlich dürfte Freyberg dem 2. Bürgermeister von Leipzig weit überlegen gewesen sein.

Der Reichsminister des Innern, Frick, der durch sein Amt auch der Generalbevollmächtigte für die Reichsverwaltung war, hatte kurz nach dem Beginn des Krieges, am 11. Oktober 1939, eine Verordnung erlassen. Sie beinhaltete, dass die Amtszeit der Zeitbeamten in den Gemeinden und Gemeindeverbänden, die nach dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung abläuft, automatisch bis zum Ende des Krieges verlängert wird.<sup>278</sup> Die Amtszeit Haakes als 2. Bürgermeister von Leipzig lief am 4. Januar 1941 aus. Da er aufgrund des schlechten Verhältnisses mit Mutschmann davon ausgehen musste, dass nach dem Krieg sein Antrag auf Wiederberufung keine Unterstützung finden würde, versuchte er schon im Juli 1941 eine Verlängerung seiner Amtszeit zu erwirken. Zu diesem Zeitpunkt war er für die Stadtverwaltung noch unabkömmlich. Somit dürfte er geglaubt haben, dass sein Wunsch nach einer zweiten Amtszeit als 2. Bürgermeister von Freyberg durchgesetzt werden würde. Anfänglich setzte sich der Oberbürgermeister auch für Haake ein. In einem Schreiben vom 16. Juli 1941 bat er den Leipziger Beauftragten der NSDAP darum, die vorzeitige Wiederberufung des 2. Bürgermeisters von Leipzig zu befürworten.<sup>279</sup> Allerdings wurde ihm kurze Zeit

<sup>276</sup> Bis zum Jahr 1940 blieb Wagner für die kommunale Judenpolitik in Leipzig verantwortlich. Danach übernahm Botho Furch (1905–?) diese Aufgabe. Vgl. Held, *Die Leipziger Stadtverwaltung* (Anm. 62), S. 14.

<sup>277</sup> Vgl. StadtAL, Kap. 6, Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950), Nr. 119, Bd. 10, Ratsumläufe (1939–1941), Bl. 59, 77.

<sup>278</sup> Vgl. Abschrift aus dem Reichsgesetzblatt I Nr. 201 / 1939, S. 2019 vom 11. Oktober 1939. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 125, 128.

<sup>279</sup> Vgl. ebd., Bl. 130.

später mitgeteilt, dass der Gauleiter Mutschmann nicht bereit war, Haakes Wunsch zu entsprechen.<sup>280</sup> Daraufhin teilte Haake dem Sächsischen Minister des Innern, Fritsch, mit, dass er einen Posten in den Ostgebieten anstrebe. Von Mutschmann wurden diese Bestrebungen Haakes unterstützt, da er nun endlich die Möglichkeit sah, ihn aus der Leipziger Stadtverwaltung zu entfernen.<sup>281</sup> Ob Haake wirklich die Absicht hatte, aus Leipzig wegzugehen, ist zu bezweifeln. Er wusste, dass Freyberg ihn brauchte, um die Aufgaben in der Stadtverwaltung bewältigen zu können. Mit der Ankündigung, eine Stelle in den Ostgebieten wahrnehmen zu wollen, dürfte er nur das Ziel verfolgt haben, dass Freyberg sich noch intensiver für seine vorzeitige Wiederberufung als 2. Bürgermeister von Leipzig einsetzte. Tatsächlich sprach sich Freyberg zunächst gegen den Weggang Haakes aus, da er angesichts des Mangels an Personal die Bewältigung der Verwaltungsaufgaben gefährdet sah.<sup>282</sup> Allerdings sollte sich seine Einstellung zu seinem Stellvertreter kurze Zeit später schlagartig ändern.

Mit dem Amtsantritt Freybergs erkannten die Ratsherren, dass der neue Oberbürgermeister sein Amt sehr konsequent und autoritär ausübte. Somit hatten sie auch erstmalig die Gelegenheit, sich gegen den ehrgeizigen Haake zu positionieren. Infolgedessen warf der Stadtkämmerer Dr. Lisso<sup>283</sup> dem 2. Bürgermeister von Leipzig Ende 1941 vor, dass er durch seine Rednertätigkeit zu oft abwesend wäre, um sein Hauptamt ordentlich ausführen zu können. Haake war über die Vorwürfe Lissos sehr verärgert und bat Freyberg um eine Klärung dieser Anschuldigungen.<sup>284</sup> Der Oberbürgermeister wies ihn darauf hin, dass er seine ehrenamtliche Rednertätigkeit für die Partei grundsätzlich unterstütze. Trotzdem dürfe sie nicht dazu führen, dass er seine Aufgaben innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung vernachlässige.<sup>285</sup> In der darauf folgenden Zeit war das Verhältnis zwischen Freyberg und Haake sehr angespannt. Allerdings sind keine Hinweise in den Quellen zu finden, die Aufschluss über die Gründe geben würden. Nur ein Schreiben von Fritsch an Freyberg vom 4. September 1942 gibt Auskunft darüber, dass die Zusammenarbeit zwischen Freyberg und Haake »erhebliche Mängel aufweist« und er sich deshalb bemüht, Haake eine Stelle im Ostgebiet zu vermitteln.<sup>286</sup>

280 Vgl. dazu das Schreiben des Leipziger NSDAP-Beauftragten an Freyberg vom 18. September 1941. Ebd., Bl. 131.

281 Vgl. dazu das Schreiben von Fritsch an Freyberg vom 27. September 1941. Ebd., Bl. 132.

282 Vgl. dazu das Schreiben von Freyberg an Fritsch vom 2. Oktober 1941. Ebd., Bl. 133.

283 Nachdem Köhler am 31. August 1940 aus dem Amt des Stadtkämmerers von Leipzig offiziell entlassen worden war, ernannte Freyberg den Stadtrat Dr. Lisso zum neuen Stadtkämmerer. Vgl. StadtAL, Kap. 10 K, Nr. 1355, Personalakte von Johannes Köhler, Bl. 131.

284 Am 8. Dezember 1941 wurden die Vorwürfe gegenüber Haake geäußert. Vgl. dazu das Schreiben von Haake an Freyberg vom 15. Dezember 1941. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 137–139.

285 Vgl. dazu das Schreiben von Freyberg an Haake vom 29. Dezember 1941. Ebd., Bl. 142.

286 Vgl. dazu das Schreiben von Fritsch an Freyberg vom 4. September 1942. Ebd., Bl. 151.



Anfang Oktober 1942 beschwerte sich Haake beim Oberbürgermeister über die mangelnde Kommunikation, die das Verhältnis zwischen ihnen immer mehr belaste. Haake fühlte sich bei vielen wichtigen Fragen übergangen, da Freyberg es nicht für nötig hielt, ihn bei bedeutenden Entscheidungen mit einzubeziehen.<sup>287</sup> In einem Antwortschreiben nahm Freyberg Stellung zu den Vorwürfen von Haake. Er teilte ihm mit, dass er ihm bestimmte Angelegenheiten absichtlich vorenthielt, da er seit einer Unterredung mit Mutschmann kein Vertrauen mehr zu Haake habe. Gerade in seiner Abwesenheit müsse er befürchten, dass Haake Maßnahmen anordnet, die nicht im Sinne des Oberbürgermeisters wären. Abschließend ließ er seinen Stellvertreter noch wissen: »[...] Im übrigen entspricht der anmaßende Ton und die Überheblichkeit, die Bürgermeister Haake an den Tag legt, der Schilderung, die ich bereits dem Gauleiter in früheren Berichten gegeben habe. Die Ausführungen Bürgermeisters Haake sind wiederum ein Beweis mehr, daß eine Zusammenarbeit zwischen mir und Bürgermeister Haake nicht möglich ist.«<sup>288</sup>

Freyberg schickte seine Stellungnahme auch an das Sächsische Innenministerium. Infolgedessen wurde Haake am 6. November 1942 von Fritsch »bis auf weiteres von seinem Ämtern beurlaubt«. Er forderte ihn auf, seine Dienstgeschäfte ordentlich zu übergeben und sich einer weiteren Ausübung einer amtlichen Tätigkeit zu enthalten. Als Grund für diese Maßnahme gab er gegenüber Haake an: »Wie aus Ihrem mir vorliegenden Schreiben an den Oberbürgermeister der Stadt Leipzig vom 9. Oktober 1942 sowie aus der Niederschrift über eine Aussprache vom 22. Oktober 1942, an der der Oberbürgermeister, der Stadtkämmerer, die Stadträte Hauptmann, Teutsch und Henke und der Kreisleiter außer Ihnen teilgenommen haben, hervorgeht und wie bei Ihrer Vorsprache bei mir am 30. Oktober 1942 bestätigt wurde, ist eine ordnungsgemäße Zusammenarbeit zwischen dem Oberbürgermeister und Ihnen als Bürgermeister nicht mehr gewährleistet.

Im Interesse der Aufrechterhaltung einer geordneten Verwaltungsführung nach nationalsozialistischen Führungsgrundsätzen werden Sie deshalb hiermit gemäß § 6 des Deutschen Beamtengesetzes vom 26. Januar 1937 (Reichsgestzbl. I S.39, 186) bis auf weiteres beurlaubt.«<sup>289</sup>

Haakes anmaßendes Verhalten und die Angst vor zukünftigen eigenständigen Handlungen veranlassten Freyberg weitere Schritte gegen ihn einzuleiten, um letztendlich auch seine endgültige Entlassung zu erwirken. Am 15. Dezember 1942 teilte der Oberbürgermeister dem Sächsischen Minister des Innern, Fritsch, mit, dass gegen Bürgermeister Haake Anzeige erhoben werde, da »schwere Verstöße in der

287 Vgl. dazu das Schreiben von Haake an Freyberg vom 9. Oktober 1942. Ebd., Bl. 152 f.

288 Vgl. dazu die Stellungnahme von Freyberg zu den Vorwürfen von Haake am 20. Oktober 1942. Ebd., Bl. 154–156.

289 Ebd., Bl. 157 f.

Sache Gundorf von ihm ausgegangen sind.<sup>290</sup> Gundorf war ein Herrenhaus in der Gemeinde Böhlitz-Ehrenberg. Haake hatte Anfang 1941 den Plan verfolgt, das untere Geschoss des Hauses für sich und seine Familie ausbauen zu lassen. Allerdings hatte er ohne baupolizeiliche Genehmigung und ohne Genehmigung des Arbeitsamtes mit dem Umbau begonnen und dadurch anderen dringlichen Bauaufgaben Arbeitskräfte und Material entzogen. Diesen Verstoß nutzte Freyberg, um gegen den beurlaubten 2. Bürgermeister von Leipzig ein Untersuchungsverfahren wegen »Zuwerhandlung gegen den Vier-Jahres-Plan« einzuleiten.<sup>291</sup> Daraufhin verfasste Haake eine Beschwerdeschrift mit dem Titel »Die wahren Hintergründe, die Oberbürgermeister Freyberg veranlaßten, die Beurlaubung des Bürgermeisters Haake zu erwirken.«<sup>292</sup> Da die Schrift nicht überliefert ist, kann man nur vermuten, dass Haake den Oberbürgermeister mit schweren Anschuldigungen konfrontierte. Die Vorwürfe dürften Freyberg kurze Zeit später dazu bewegt haben, am 3. März 1943 Haakes Versetzung in den Ruhestand zu beantragen. Mutschmann und Frick befürworteten den Antrag des Oberbürgermeisters am 1. April 1943.<sup>293</sup>

Bis zum Amtsantritt Freybergs war Haake eine der einflussreichsten Personen in der Leipziger Stadtverwaltung. Als 2. Bürgermeister überdauerte er zwei Oberbürgermeister und war mitverantwortlich für ihren Rücktritt bzw. ihre Abberufung. Unter Freyberg konnte sich Haake jedoch nicht in seinem Amt halten. Er musste feststellen, dass seine starke Position in der Leipziger Stadtverwaltung schrittweise abnahm und somit auch sein Einfluss auf die Kommunalpolitik geringer wurde. Am Ende seiner Laufbahn als 2. Bürgermeister von Leipzig hatte Haake aufgrund seines eigenmächtigen Handelns das Vertrauen aller ihm übergeordneten Instanzen verloren. Selbst der Reichsminister des Innern, Frick, der Haake unter dem Oberbürgermeister Dönicke noch unterstützt hatte, kam dem Antrag Freybergs ohne Proteste nach und versetzte Haake in den Ruhestand. Auch die Ratsherren von Leipzig wandten sich allmählich von ihm ab und scharten sich um den neuen Oberbürgermeister Freyberg. Somit

290 Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Beiheft 1, Verfahren gegen Bürgermeister Haake, Bl. 2.

291 Haake hatte die Arbeiten am Haus nicht als Umbauten, sondern als Instandsetzungsarbeiten deklariert. Somit brauchte er keine baupolizeiliche Genehmigung einholen. Auch bei der Genehmigung des Arbeitsamtes hatte er angegeben, dass es sich nur um sehr geringfügige Arbeiten handeln würde. Da alle Bauarbeiten unter 5000 RM vom Arbeitsamt nicht genehmigt werden mussten, konnte er durch das Angeben falscher Tatsachen mit den Umbauten beginnen. Durch den Krieg verzögerten sich die Ermittlungen, da die Untersuchungsakten durch Bombenangriffe vernichtet worden waren und somit erst wieder neu aus dem Hauptstaatsarchiv Dresden angefordert werden mussten. Nur ein Registereintrag gibt darüber Auskunft, dass Anfang 1945 Anklage gegen Haake erhoben wurde. Allerdings wurde das Verfahren aufgrund der Kriegsumstände wieder eingestellt. Zum Verlauf der ganzen Hintergründe vgl. StA D, Staatsanwaltschaft beim Landgericht Dresden, Nr. 2507, Bl. 96–105; StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Beiheft 1; Vgl. auch Peschel, Rudolf Haake (Anm. 3), S. 149 f.

292 Die Beschwerdeschrift Haakes ist nicht überliefert. Vgl. ebd., Bl. 167.

293 Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 172–178.

ging die Karriere von Haake in Leipzig ohne große Aufregung im Frühjahr 1943 zu Ende.

Nach dem Ausscheiden aus der Leipziger Stadtverwaltung zog Haake mit seiner Familie zurück in sein Elternhaus nach Kelbra und nahm ab dem 17. Januar 1944 eine Stelle als »Leiter des Hauptarbeitsgebietes Schulung und Erziehung bei der Bezirksleitung Litauen des Arbeitsbereiches Ostens der NSDAP« an.<sup>294</sup>

Am Ende des Krieges übernahm Haake in seinem Heimatort die Leitung des Volkssturms. Am 12. April 1945 versuchte er die Besetzung Kelbras durch die alliierten Truppen zu verhindern. Dabei kam er durch einen Schusswechsel mit amerikanischen Soldaten zu Tode.<sup>295</sup> Rudolf Haake hinterließ seine Frau und sieben Kinder.<sup>296</sup>

### Das Wirken des Oberbürgermeisters Freyberg während der Kriegsjahre

Die Amtszeit des Oberbürgermeisters Freyberg war geprägt durch die Umstände des Zweiten Weltkrieges. Schon kurz nach dem Beginn der ersten Kriegshandlung gegen Polen am 1. September 1939 musste die Leipziger Stadtverwaltung einen rapiden Mangel an Personal verzeichnen. Das städtische Personalamt meldete am Ende des Jahres 1939, dass aufgrund des Kriegsbeginns 417 Beamte, 333 Angestellte und 1056 Arbeiter der Stadtverwaltung zum Kriegsdienst einberufen wurden. Infolgedessen musste Freyberg die Dezernate umstrukturieren, um den laufenden Betrieb aufrecht erhalten zu können. Dafür wurden 191 Ruheständler, 818 Angestellte und eine größere Anzahl von Arbeitern wieder bzw. neu eingestellt.<sup>297</sup>

Des Weiteren baute Freyberg während seiner Amtszeit u. a. die Kriegsämter auf und versuchte die Wohnungsnot in Leipzig zu mindern. Allerdings war es durch die Belastungen des Krieges und den damit einhergehenden Mangel an Nahrung, Bau-

<sup>294</sup> Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 197.

<sup>295</sup> Während des Schusswechsels mit den Amerikanern wurde ein amerikanischer Offizier getötet. Daraufhin verfolgten amerikanische Soldaten den Leiter des Volkssturms, Haake, in die Stadtverwaltung von Kelbra. Dort schloss sich Haake in eine Amtsstube ein. Die amerikanischen Soldaten töteten ihn mit mehreren Schüssen durch die geschlossene Tür. Haake war der einzige Bürger Kelbras, der bei der Besetzung ums Leben kam. Vgl. Antje Abicht, Wahl und Ernennung der Leipziger Oberbürgermeister in den 1930er-Jahren, Magisterarbeit, Ms. (masch.), Leipzig 2009, S. 81 Anm. 358.

<sup>296</sup> Rudolf Haake heiratete am 26. September 1931 Lydia Gertrud (geb. Dreiling, \*17. Mai 1907). Er hatte mit ihr sieben Kinder (Wolfgang Haake, geb. am 4. August 1934 / Erhard Haake, geb. am 1. Februar 1935 / Rüdiger Haake, geb. am 23. Juni 1936 / Gerhild Haake, geb. am 10. Juni 1938 / Günther Haake, geb. am 19. Mai 1941 / Helmut Haake, geb. am 16. November 1942 / Sieglind Haake, geb. am 30. Januar 1945). Vgl. StadtAL, Kap. 10 H, Nr. 1362, Bl. 2, 206; BArchB, ehemals BDC, PK, D 0261, Bl. 2034.

<sup>297</sup> Vgl. dazu den Jahresbericht des Personalamtes vom 29. Dezember 1939. StadtAL, Kap. 6, Nr. 68, Bd. 5, Bl. 4.

materialien, Kohle und Treibstoff sehr schwierig für ihn, den Bedarf der Leipziger Bevölkerung sicher zu stellen.<sup>298</sup>

Durch seine ausgesprochen antisemitische Haltung war er mit verantwortlich für das Verbot jüdischer Handwerksbetriebe und die Schließung der jüdischen Einzelhandelsverkaufsstellen. Außerdem ließ er ab 1942 die jüdische Bevölkerung aus der Stadt deportieren.<sup>299</sup> Dabei nahm die Leipziger Stadtverwaltung eine zentrale Rolle ein. Die sogenannte »Judenstelle« hatte erst systematisch den Wohnraum für Juden eingegrenzt, um sie dann später abtransportieren zu lassen. Nach der Deportation bereicherte sich die Stadt an den zurückgelassenen jüdischen Besitztümern.<sup>300</sup>

### Der Freitod des Leipziger Oberbürgermeisters Alfred Freyberg

In den ersten Monaten des Jahres 1945 wurde Leipzig nur noch von einer Notverwaltung geführt.<sup>301</sup> Längst dürfte dem Oberbürgermeister Freyberg bewusst gewesen sein, dass die Stadt gegen die näher kommenden amerikanischen Truppen nicht gehalten werden konnte. Am 13. April 1945 war zum ersten Mal der Lärm amerikanischer Geschütze in Leipzig wahrzunehmen. Einen Tag später hielt Freyberg über den Stadtfunk eine Ansprache an die Leipziger Bevölkerung. Er rief dazu auf, Ruhe zu bewahren und weiterhin den täglichen Pflichten nachzugehen. Außerdem sollte die Bevölkerung sparsam mit den ihr zugeteilten Lebensmitteln umgehen. Freyberg versicherte den Leipzigern, die Stadt nicht zu verlassen.<sup>302</sup> Noch am selben Tag verteilte eine Widerstandsgruppe etwa 3000 Handzettel und rief dazu auf, die Stadt nicht gegen die Besetzung amerikanischer Truppen zu verteidigen. Kurze Zeit später, am 16. April, verfasste sie einen offenen Brief an den Oberbürgermeister, in dem sie ihn aufforderte, Leipzig kampfflos zu übergeben.

Der Angriff amerikanischer Truppen auf Leipzig begann in der Nacht zum 17. April. Zum letzten Mal tönten die Sirenen in der Stadt, um den bevorstehenden Einmarsch der Amerikaner anzukündigen. In der darauffolgenden Nacht wurde Leipzig durch heftiges Artilleriefeuer beschossen. Danach erfolgte die Einnahme der Stadt. Amerikanische Truppen besetzten erst den Westen und Süden Leipzigs. Dabei stießen sie nur auf geringen Widerstand. Am 19. April wurden nur noch der Leipziger

298 Vgl. Kühling, Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister (Anm. 4), S. 72.

299 Vgl. ebd.

300 Vgl. Gibas, Briel, Knöller, Held, »Arisierung« in Leipzig (Anm. 4), S. 28; Held, Eigentum und Besitz von jüdischen Einrichtungen (Anm. 195), S. 35–50, hier S. 4; Ders., Die Leipziger Stadtverwaltung (Anm. 62), S. 20–22; StadtAL, Kap. 6, Rat der Stadt, Oberbürgermeister, Beigeordnete (1803–1950), Nr. 68, Bd. 9, Jahresbericht über die Verwaltung der Stadt Leipzig (1942/1943), Bl. 28.

301 Vgl. Kühling, Mundus, Leipzigs regierende Bürgermeister (Anm. 4), S. 72.

302 Vgl. Kürschner, Kürschner, Das Kriegsende in Leipzig (Anm. 216), S. 37.



Abb. 4: Leiche Walter Dönickes im Neuen Rathaus

Norden, einige Wohngebiete im Süden, das Neue Rathaus und das Völkerschlachtdenkmal von deutschen Soldaten bzw. Volkssturmmännern gehalten. Etwa 150 Männer, darunter auch Walter Dönicke, verteidigten das Neue Rathaus gegen die amerikanischen Soldaten. Erst als man einen Feuerwehroffizier als Vermittler in das Rathaus schickte, wurde es übergeben. Beim Inspizieren des Gebäudes fanden die Soldaten in den Turmzimmern u. a. den ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Walter Dönicke, tot auf. Er hatte sich selbst das Leben genommen. Im Dienstzimmer des Oberbürgermeisters wurden Freyberg, der Stadtkämmerer Dr. Lisso und ihre Familien tot aufgefunden.<sup>303</sup> Sie hatten durch die Einnahme von Gift Selbstmord begangen.<sup>304</sup>

## Fazit

Mit dem Freitod Alfred Freybergs am 18. April 1945 endete die Periode der nationalsozialistischen Oberbürgermeister von Leipzig. Über acht Jahre hinweg prägten Rudolf Haake, Walter Dönicke und Alfred Freyberg an der Spitze der Leipziger Verwaltung die Kommunalpolitik der Stadt.

Unter den drei nationalsozialistischen Oberbürgermeistern Leipzigs nahm Haake eine Sonderstellung ein. Er wurde zu keinem Zeitpunkt offiziell zum Oberbürgermeister der Stadt berufen, sondern übernahm das Amt zweimal kommissarisch. Haake

<sup>303</sup> Freyberg war seit dem 11. Juli 1920 mit Magdalena (geb. Schwanneke, \*16. Februar 1896) verheiratet. Gemeinsam mit ihr hatte er zwei Kinder (Wilhelm Friedrich, geb. am 23. September 1923 in Quedlinburg, gest. wahrscheinlich am 25. Juli 1944 bei Saryj Bychow; Barbara, geb. am 2. September 1925 in Quedlinburg, gest. am 18. April 1945 in Leipzig). Vgl. BArchB, SS – Führerpersonalakten, 221, Bl. 1012–1016; BArchB, ehemals BDC, PK, C 0297, Bl. 204; BArchB, ehemals BDC, RS, B 0465, Bl. 2650.

<sup>304</sup> Vgl. Kürschner, Kürschner, Das Kriegsende in Leipzig (Anm. 216), S. 37–41.

zeichnete sich vor allem dadurch aus, dass er sehr ehrgeizig und zielstrebig war. Sein früher Eintritt in die NSDAP im Jahr 1922 und seine Auftritte als nationalsozialistischer Reichsredner ermöglichten ihm eine politische Karriere innerhalb der Leipziger Stadtverwaltung. Er war ein überzeugter Antisemit und hatte einen sehr streitbaren Charakter, was er seine Gegner durch Beleidigungen auch immer wieder spüren ließ. Durch die veränderten politischen Rahmenbedingungen und die damit verbundene zunehmende Stärke der nationalsozialistischen Fraktion in der Leipziger Stadtverordnetenversammlung war es ihm innerhalb von fünf Jahren gelungen, erst den 3. Bürgermeister, danach den 2. Bürgermeister von Leipzig zu verdrängen und selbst die Ämter nacheinander zu übernehmen. Von 1935 bis zu seiner Versetzung in den Ruhestand im Jahr 1943 fungierte er als 2. Bürgermeister und Stellvertreter des Oberbürgermeisters. In diesem Zeitraum verstand er es immer wieder, geschickt die rivalisierenden Instanzen gegeneinander auszuspielen, um daraus seinen eigenen Vorteil zu ziehen. Allerdings blieb es ihm aufgrund von persönlichen Verfehlungen, von Machtkämpfen mit dem sächsischen Reichsstatthalter und Gauleiter, seiner geringen Bildung und seines äußerlichen Erscheinungsbildes bzw. Gesundheitszustandes – er schielte auf beiden Augen und hatte ein schweres Knieleiden – verwehrt, sowohl politisch als auch innerhalb der Partei noch höhere anvisierte Ämter zu bekleiden. Im Gegensatz zu Dönicke und Freyberg war Haake zu keinem Zeitpunkt Mitglied der SA oder SS, da er vermutlich wegen seiner körperlichen Behinderungen nicht dem Idealbild eines Nationalsozialisten entsprach. Nur durch seine engagierte Parteitätigkeit als Reichsredner konnte er sich innerhalb der NSDAP profilieren. Sein übertriebener Ehrgeiz und das daraus resultierende Auflehnen gegen höhergestellte Instanzen führten 1943 letztendlich zu seiner Versetzung in den Ruhestand. Nach seinem Ausscheiden aus der Leipziger Stadtverwaltung nahm er nur noch unbedeutende Funktionen innerhalb des Dritten Reiches wahr. Als Konsequenz seiner ideologischen Überzeugung wurde er in den letzten Tagen des Krieges als Leiter des Volkssturms von Kelbra getötet.

In der Riege der nationalsozialistischen Oberbürgermeister von Leipzig besaß Walter Dönicke die geringste fachliche Kompetenz für die Ausübung des Amtes. Als gelernter Tischler und Kreishauptmann von Leipzig waren seine Erfahrungen in der Leitung einer großen Stadtverwaltung vergleichsweise gering. Allerdings waren sein früher Eintritt in die NSDAP im Jahr 1925 und besonders seine Loyalität gegenüber dem sächsischen Gauleiter und Reichsstatthalter Gründe dafür, weshalb er auch gegen Vorbehalte Hitlers in das Oberbürgermeisteramt berufen wurde. Noch vor dem Beginn seiner Amtszeit hatte er unter der Auseinandersetzung zwischen Mutschmann und Haake zu leiden. Als »Marionette« des Gauleiters und Reichsstatthalters musste er dessen Anweisungen innerhalb der Stadtverwaltung umsetzen. Dadurch war das Verhältnis zu den Leipziger Ratsherren, insbesondere zu Haake, von Anfang an getrübt. Nach nur einem Jahr als Oberbürgermeister von Leipzig wurde Dönicke auf



Anweisung Hitlers wieder abgesetzt. Ihm fehlte das nötige Durchsetzungsvermögen, um sich gegen die Widerstände innerhalb der Stadtverwaltung behaupten zu können. Als Schattenmann Mutschmanns schien er während seiner gesamten Amtszeit mit den an ihn gestellten Aufgaben überfordert zu sein. Nach seinem Ausscheiden aus der Leipziger Stadtverwaltung ging Dönicke in die Wirtschaft, bevor er als Mitglied des Kreisführungsstabes des Leipziger Volkssturms im Turmzimmer des Neuen Rathauses am 19. April 1945 Selbstmord beging.

Der letzte nationalsozialistische Oberbürgermeister von Leipzig besaß gleichzeitig auch die größte Kompetenz, um als Leiter der Stadtverwaltung zu fungieren. Alfred Freyberg hatte einen juristischen Hochschulabschluss, war mehrere Jahre in der Reichsfinanzverwaltung als Regierungsassessor und Regierungsrat beschäftigt und übte eine Zeit lang den Beruf eines Rechtsanwalts und Notars aus. Durch seine mehrjährige Erfahrung als Stadtverordneter von Quedlinburg und Ministerpräsident von Anhalt brachte er die besten Voraussetzungen mit, um das Oberbürgermeisteramt der Reichsmessestadt zu übernehmen und Leipzig auf den bevorstehenden Krieg einzustellen. Des Weiteren war er seit 1925 Mitglied der NSDAP und hatte zum Zeitpunkt seiner Einweisung in dieses Amt, am 21. August 1939, den Rang eines SS-Brigadeführers inne.

In den Jahren seiner Amtszeit trat Freyberg sehr selbstbewusst und autoritär auf. Er duldete keine Widerstände gegen seine Person und genoss großen Rückhalt innerhalb der höheren Reichs- und Parteibehörden. Freyberg schaffte es in kürzester Zeit, die Leipziger Stadtverwaltung umzustrukturieren, um den Anforderungen des Krieges gerecht werden zu können. Allerdings konnte er seine Pläne durch den ständigen Mangel an Arbeitskräften und Material sowie die Zerstörung Leipzigs durch alliierte Fliegerangriffe nicht verwirklichen. Als letzter nationalsozialistischer Oberbürgermeister der Stadt Leipzig nahm sich Freyberg kurz vor dem Einmarsch alliierter Truppen im Neuen Rathaus das Leben.

# Zwischen Identitätsstiftung und Emigration – Der zionistische Turn- und Sportverein Bar Kochba Leipzig (1919–1939)\*

*Lore Liebscher*

## Einleitung

Obwohl der Turn- und Sportverein Bar Kochba Leipzig gemessen an seiner Mitgliederzahl eine der größten jüdischen Organisationen Leipzigs war, ist über seine Geschichte bisher relativ wenig bekannt. Der vorliegende Beitrag soll einen Einblick in die Vereinsgeschichte geben und dabei untersuchen, welche Ursachen dazu führten, dass sich Bar Kochba zu einem der größten jüdischen Vereine der Stadt entwickelte, und worin das stetige Wachstum des Vereins vor allem in den ersten Jahren des Nationalsozialismus begründet liegt. Als zionistischer Verein gehörte es zu den Grundanliegen des Bar Kochba Leipzig, den Aufbau eines jüdischen Staates in Palästina zu unterstützen und die Auswanderung dorthin zu forcieren. Es soll deshalb auch der Frage nachgegangen werden, wie sich dieses Engagement im Nationalsozialismus im Vergleich zur Weimarer Republik veränderte und wie sich die Diskriminierung und Verfolgung im Nationalsozialismus auf die Identität stiftende Rolle des Vereins für seine Mitglieder auswirkte.

## 1. Die jüdische Sportbewegung Makkabi

Bar Kochba Leipzig war Teil einer großen zionistischen Turn- und Sportbewegung, deren Anfänge am Ende des 19. Jahrhunderts liegen. In dieser Zeit entstanden die ersten explizit jüdischen Turnvereine in enger Verbindung zur zionistischen Bewegung.<sup>1</sup> Sie hatten ihren geistigen Ursprung in der Auseinandersetzung mit den wach-

---

\* Der vorliegende Beitrag ist eine überarbeitete Version meiner Diplomarbeit im Studiengang Museologie an der HTWK Leipzig aus dem Jahr 2010.

1 Zionistische Bewegung: moderne jüdische Nationalbewegung, die Ende des 19. Jahrhunderts in Mittel- und Osteuropa aufkam. Sie schuf durch die kulturelle Wiederbelebung des Judentums, seiner politischen Organisation und durch die massive Immigration und Ansiedlung jüdischer Menschen in Palästina eine wichtige Voraussetzung für die Gründung des Staates Israel im Jahr 1948. Die Entstehung des modernen Zionismus war eng mit den Ideen des jüdischen Schriftstellers und Politikers Theodor Herzl verbunden. Unter dem Eindruck des gegen Ende des 19. Jahrhunderts in Ost- und Mitteleuropa aufkommenden modernen, rassistisch geprägten Antisemitismus formulierte dieser zum ersten Mal die

senden antisemitischen Tendenzen der Zeit, die seit den 1880er-Jahren auch in den deutschen Turnvereinen immer mehr Anklang fanden. Schon zum Ende des 19. Jahrhunderts nahmen einige »völkische« deutsche Turnvereine einen sogenannten Arierparagraphen<sup>2</sup> in ihre Satzungen auf. Dies hatte zur Folge, dass jüdischen Menschen die Mitgliedschaft forthin verwehrt blieb.<sup>3</sup>

Die entstehende jüdische Turnbewegung setzte sich zum Ziel, das Klischee jüdischer Schwäche und einseitiger Intellektualität zu korrigieren. Im Gründungsauftrag des Bar Kochba Berlin, dem ersten zionistisch geprägten Turnverein im deutschsprachigen Raum aus dem Jahr 1897, war zu lesen: »Die einseitige Ausbildung des Geistes, die unsere Nervosität und Anspannung hervorgerufen hat, bekämpfen wir!«<sup>4</sup> Trotzdem die Vereinsgründer überzeugte Zionisten waren, gab es auf der Gründungsversammlung Diskussionen bezüglich der Satzung, ob der neue Verein nun neutral-jüdisch oder zionistisch ausgerichtet sein sollte. Schließlich einigte man sich auf einen Kompromiss, der mit dem Begriff Nationaljudentum umschrieben wurde. In der Satzung wurde dieser Begriff wie folgt definiert: »Unter national-jüdischer Gesinnung verstehen wir die Auffassung, daß die Juden eine auf gemeinsamer Abstammung und Geschichte, keineswegs nur auf religiöser Überzeugung beruhende Gemeinschaft darstellen, welche mit charakteristischer geistiger sowie seelischer Eigenart begabt ein starkes Bewußtsein der Zusammengehörigkeit bis auf den heutigen Tag bewahrt hat. Die Stärkung dieses nationalen Bewußtseins betrachten wir neben der Pflege des Turnens als unsere vornehmste Aufgabe.«<sup>5</sup>

Aus taktischen Gründen blieben in der Satzung die politischen Ziele des Zionismus ausgespart, da diese, besonders unter der deutsch-jüdischen Bevölkerung, äußerst umstritten waren. Die meisten begriffen Deutschland als ihre Heimat, die Forderung nach der Errichtung eines jüdischen Staates hielten sie für politisch gefährlich. Ein offenes Bekenntnis zum Zionismus, so fürchteten die Gründer von Bar Kochba Berlin, hätte viele von einem Vereinseintritt zurückgehalten.<sup>6</sup>

Um 1900 prägte Max Nordau, jüdischer Arzt, Schriftsteller und Mitbegründer der Zionistischen Weltorganisation<sup>7</sup>, den Begriff des »Muskeljudentums« und rekurrierte im gleichnamigen Artikel in der Jüdischen Turnerzeitung im Juni 1900 auf jüdische

Auffassung, dass sich die Jüd/innen als Nation konstituieren müssten. Vgl. Shlomo Avineri, Zionismus, in: Neues Lexikon des Judentums, Gütersloh 2000, S. 889.

2 Arierparagraph: rassistische und antisemitische Bestimmungen einer Organisation, die nur »Arier« als vollberechtigte Mitglieder oder als Staatsbürger/innen zuließen.

3 Vgl. Eric Friedler, Makkabi chai Makkabi lebt, Wien 1998, S. 14.

4 Ebd., S. 7.

5 Ebd., S. 15 f.

6 Vgl. ebd., S. 16.

7 Zionistische Weltorganisation: gegründet 1897 auf dem 1. Zionistenkongress in Basel mit dem Ziel, für die Rückkehr der Jüd/innen in ihre alte Heimat Israel zu arbeiten.

Stärke und Tapferkeit: »Knüpfen wir wieder an unsere älteste Überlieferung an: werden wir wieder tiefbrüstige, strammgliedrige, kühnblickende Männer.«<sup>8</sup> Dementsprechend folgte auch die Namenswahl jüdischer Turn- und Sportvereine, die innerhalb weniger Jahre in fast allen Großstädten Europas entstanden, dem Bild vom kraftvollen, wehrhaften Judentum. Der Name Makkabi nahm Bezug auf Jehuda Makkabi, der 165 v. Chr. einen erfolgreichen Aufstand der Juden gegen die Seleukiden<sup>9</sup> führte. In Deutschland nannten sich die meisten Vereine nach dem Berliner Vorbild Bar Kochba. Unter ihm erhoben sich die Juden im Aufstand 132–135 n. Chr. gegen ihre römischen Unterdrücker. Außerdem war Hakoah, hebräisch Kraft, als Vereinsname beliebt.<sup>10</sup>

Auf dem ersten Sportfest der Jüdischen Turnerschaft<sup>11</sup> nach dem Ersten Weltkrieg im August 1919 in München wurde die Neukonstituierung des deutschen Kreises der Jüdischen Turnerschaft unter dem Namen Deutscher Makkabi-Kreis beschlossen. Die Namenswahl deutete eine noch stärkere Hinwendung in Richtung Palästina an. Auch wurde in der Satzung nicht mehr nur ein national-jüdisches Bekenntnis, sondern auch national-jüdische Betätigung gefordert, d. h. eine aktive Mitarbeit am Wiederaufbau des jüdischen Landes. Hebräisch wurde zur verbindlichen Sprache in allen Makkabi-Vereinen erklärt, alle Kommandos und Anweisungen mussten von nun an in dieser Sprache erfolgen. Darüber hinaus sollten in speziellen Kursen allen Mitgliedern Grundkenntnisse in hebräischer Sprache und jüdischer Geschichte vermittelt werden,<sup>12</sup> eine Aufgabe, der sich besonders die Jugendgruppen der zionistischen Sportvereine mit dem Namen Makkabi Hazair<sup>13</sup> annahmen. Neben der Erziehung zum Zionismus war die Berufsumschulung und -umschichtung eines der wichtigsten Anliegen des Makkabi Hazair. Da in handwerklichen und landwirtschaftlichen Berufen in Palästina ein Mangel herrschte, sollten junge jüdische Menschen vom Erlernen solcher Berufe überzeugt werden. Die Vorbereitung der Auswanderung nach Palästina vor allem der jüngeren Mitglieder wurde ab den späten 1920er-Jahren intensiv gefördert.<sup>14</sup> Im Sinne der zionistischen Idee organisierten sich die Makkabi-Vereine weltweit ab 1921 im Makkabi-Weltverband.

8 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 7.

9 Seleukiden: Herrscherdynastie in hellenistischer Zeit.

10 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 27.

11 Jüdische Turnerschaft: gegründet 1903 als Dachverband der jüdischen Turnvereine.

12 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 31 f.

13 Makkabi Hazair, hebräisch: der junge Makkabi.

14 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 56.

## 2. Der Sportbund Schild beim Reichsbund jüdischer Frontsoldaten

Neben den zionistisch ausgerichteten Turn- und Sportvereinen entwickelte sich nach dem Ersten Weltkrieg die »zweite tragende Säule des jüdischen Sports«<sup>15</sup>, der Sportbund Schild beim Reichsbund jüdischer Frontsoldaten (RjF)<sup>16</sup>.

Um den antisemitischen Hetzkampagnen nach dem Krieg zu begegnen, schlossen sich ehemalige jüdische Soldaten zum Reichsbund jüdischer Frontsoldaten zusammen.<sup>17</sup> Dieser als Pendant zum Stahlhelm<sup>18</sup> gegründete Bund bezweckte, das ehrende Gedenken an die jüdischen Frontkämpfer im Ersten Weltkrieg zu erhalten. Alle Angriffe, die auf eine Herabsetzung ihres vaterländischen Verhaltens im Kriege gerichtet waren, galt es zu bekämpfen. Außerdem betreute der RjF jüdische Kriegsgespielen, förderte die Arbeits- und Wehrerziehung sowie die sportliche Ertüchtigung. 1923 rief die Bundesleitung des RjF ihre Landesverbände auf, örtliche Sportgruppen einzurichten, die sich ab 1924 bildeten und alle den Namen Schild trugen. Dieser Name stand als ein Symbol für soldatische Haltung und die Abwehrbereitschaft gegenüber Verächtern und Antisemiten. Die Eintragung als Turn- und Sportverein Schild in das Amtsregister erfolgte 1925.<sup>19</sup>

Von diesem assoziierten Verein erhoffte sich der RjF eine Art Nachwuchsbewegung, da er in seiner Satzung den Mitgliederkreis auf jüdische Frontsoldaten begrenzt hatte. Ähnlich wie bei Makkabi sollte beim Sportbund des RjF das Klischee vom »krummen Juden« widerlegt werden. Jedoch sah man den Sport nicht, wie die zionistischen Vereine, als Mittel zur nationalen Erhebung, sondern vielmehr stand die Abwehr antisemitischer Klischees im Mittelpunkt der Selbstdefinition.<sup>20</sup> Auch ging es dem RjF darum, junge jüdische Männer durch körperliche Ertüchtigung zu würdigen Repräsentanten des deutschen Vaterlandes zu erziehen. Gerade in den Sportvereinen sollte das soldatische Ideal und die patriotische Gesinnung an die nachfolgende Generation weitergegeben werden. Politisch waren die Mitglieder des RjF eher im rechten Lager zu verorten. Mit einer deutsch-national und bürgerlich geprägten Haltung standen sie dem Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens nahe. Die Tatsache, dass in den ebenso geprägten nichtjüdischen deutschen Kreisen der Antisemitismus immer mehr wuchs, stellte die deutsch-national empfindende jüdische

15 Hajo Bernett, *Der jüdische Sport im nationalsozialistischen Deutschland*, Schorndorf 1978, S. 49.

16 Im Gegensatz zur Makkabi-Bewegung tritt der Sportbund des RjF nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr in Erscheinung.

17 Vgl. Friedler, *Makkabi* (Anm. 3), S. 33.

18 Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten: Organisation, die unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg entstand und das Wirken aller Kriegsteilnehmer würdigen sollte. Jüdischen Frontkämpfern wurde die Mitgliedschaft verweigert. Weltanschaulich war der Stahlhelm stark an der Kaiserzeit orientiert.

19 Vgl. Bernett, *Der jüdische Sport* (Anm. 15), S. 49 f.

20 Vgl. Friedler, *Makkabi* (Anm. 3), S. 35.

Bevölkerung vor ein Dilemma. Denn gerade da, wo sie sich ideologisch zu Hause fühlten, wurde die politische Stoßrichtung immer mehr mit antisemitischen Vorurteilen verbunden.<sup>21</sup>

### 3. Der »Sportklub Bar Kochba Leipzig« (1920–1924)

In Leipzig existierte bereits seit 1919 ein jüdischer Turnverein mit dem Namen Bar Kochba, der jedoch nicht im Vereinsregister des Leipziger Amtsgerichtes eingetragen wurde. Die Namenswahl lässt darauf schließen, dass sich besagter Leipziger Turnverein in der Tradition zionistisch ausgerichteter Sportvereine sah. Aus diesem Turnverein gingen die beiden im Folgenden beschriebenen Vereine »Sportklub Bar Kochba Leipzig« und »Jüdischer Turn- und Sportverein Bar Kochba Leipzig«<sup>22</sup> hervor.

Am 19. August 1920 gründeten etwa 50 Personen im Italienischen Garten in Leipzig den Verein »Sportklub Bar Kochba Leipzig«. Im Gründungsprotokoll wurde zunächst die Abtrennung vom »Turnverein Bar Kochba Leipzig« beschlossen.<sup>23</sup> Begründet wurde sie damit, dass eine Zugehörigkeit zum Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine (VMBV) angestrebt wurde. In diesem Verband vereinigten sich die mitteldeutschen Rasensportvereine. 1900 in Leipzig gegründet, umfasste er in etwa die heutigen Bundesländer Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Der VMBV veranstaltete »Fußballwettspiele« und »Leichtathletische Wettkämpfe« nach den Regeln des Deutschen Fußballbundes (DFB) und der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik (DSB).<sup>24</sup> Um sich am Ligabetrieb des Gaus Nordwestsachsen beteiligen zu können, war eine Mitgliedschaft im VMBV unumgänglich. Laut Paragraph 1 seiner Satzung hielt sich der Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine frei von jeder Politik und Religion.<sup>25</sup> Im Gründungsprotokoll des »Sportklubs Bar Kochba Leipzig« war bezüglich der Abtrennung vom Turnverein zu lesen, dass eine Zugehörigkeit zum VMBV in Verbindung mit dem »Turnverein« nicht erreichbar wäre, da bei diesem Politik und Religion im Vordergrund standen.<sup>26</sup> Das Vereinsziel des neu gegründeten »Sportklubs Bar Kochba Leipzig« wurde demnach entsprechend neutral formuliert. Im Mittelpunkt stand »die Erziehung der Jugend sowie die Hebung der Volksgesundheit durch

---

<sup>21</sup> Vgl. ebd., S. 36.

<sup>22</sup> Die Vereinsnamen werden der besseren Verständlichkeit wegen im Folgenden in Anführungszeichen gesetzt.

<sup>23</sup> Vgl. Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig (im Folgenden StA-L), 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 2.

<sup>24</sup> Vgl. Satzungen des Verbandes Mitteldeutscher Ballspielvereine e.V., Leipzig 1921, S. 34.

<sup>25</sup> Vgl. ebd., S. 1.

<sup>26</sup> Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 2.





*Abb. 1: Fußballmannschaft des Sportklubs Bar Kochba Leipzig, Meister der 3. Klasse 1920/21 (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig/Sportmuseum; Paukert, Kurt: 30 Jahre Gau Nordwestsachsen, Leipzig 1927, S. 254).*

Pflege und Förderung aller Leibesübungen.«<sup>27</sup> Politische oder religiöse Ziele wurden laut Satzung nicht verfolgt, wohl um die angestrebte Integration in den VMBV nicht zu gefährden. (*Abb. 1*)

Unmittelbar nach der Gründung zählte der Verein etwa 60 Mitglieder, im November gleichen Jahres bereits 300.<sup>28</sup> Die Eintragung des »Sportklubs Bar Kochba Leipzig« beim Amtsgericht erfolgte am 12. März 1921 unter Nr. 850 des Vereinsregisters. Der Vorstand setzte sich zusammen aus dem ersten Vorsitzenden Adolf Rotter, Kaufmann, dem zweiten Vorsitzenden Dr. Ludwig Lehrfreund, Rechtsanwalt, und dem ersten Schriftführer Leopold Gerson, ebenfalls Kaufmann.<sup>29</sup>

Die vom Verein angebotenen Sportarten waren vorerst Fußball, Leichtathletik, Netz- und Stockball. Die Geschäftsstelle befand sich im Stadtzentrum am Brühl 45. Der Briefkopf aus dem Jahr 1921 bestätigt die Mitgliedschaft im Verband Mitteldeutscher Ballspielvereine.<sup>30</sup> Da dem Verein in der Anfangszeit kein eigener Sportplatz zur Verfügung stand, wurde zunächst mit Pachtvertrag auf dem Platz der Spielvereinigung Leipzig in der Demmeringstraße im Stadtteil Lindenau trainiert. Jedoch machte

<sup>27</sup> StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, ohne Blattangabe.

<sup>28</sup> Vgl. Kurt Paukert: 30 Jahre Gau Nordwestsachsen, Leipzig 1927, S. 253.

<sup>29</sup> Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 4.

<sup>30</sup> Vgl. ebd.



Abb. 2: Entwurfszeichnung der Sportplatzanlage in Leipzig-Eutritzsch des Architekten W. Haller (Stadtarchiv Leipzig, Festschrift zur Weihe des Sportparkes Bar-Kochba Leipzig, Leipzig 1922, S. 112).

der stetige Zuwachs an Mitgliedern bald eine eigene Sportanlage erforderlich. Am 27. Februar 1921 wurden 30 500 m<sup>2</sup> Gelände zwischen Dübener Landstraße und Delitzscher Straße in Leipzig-Eutritzsch gekauft und zum Sportpark Bar Kochba ausgebaut.<sup>31</sup> Die Planung übernahm der deutsch-jüdische Architekt Wilhelm Haller, der unter anderem auch für das 1927 erbaute Friedhofsgebäude des Neuen Israelitischen Friedhofs und für den Umbau des Jüdischen Jugendhauses in der Elsterstraße 7 in den Jahren 1930 und 1931 verantwortlich zeichnete.<sup>32</sup> Von Juni 1922 bis November 1924 war Haller zweiter Vorsitzender des »Sportklubs Bar Kochba Leipzig«.<sup>33</sup> (Abb. 2)

Ein Großteil des Baus der Sportanlage wurde durch Eigenleistungen der Mitglieder erbracht. Die Anlage bestand zunächst aus einem großen Fußballfeld mit Asche-laufbahn, Dämmen und einem kleinen Feld, später kamen noch Tennisfelder hinzu. Im Herbst 1922 wurde sie fertig gestellt und am 29. Oktober 1922 mit einem Pokalspiel gegen Hakoah Zürich eingeweiht. (Abb. 3)

Der Verein verfügte zu diesem Zeitpunkt schon über rege nationale und internationale Kontakte zu anderen jüdischen Sportvereinen, u. a. in Zürich, Berlin, Dresden

31 Vgl. Paukert, 30 Jahre (Anm. 28), S. 253.

32 Vgl. Adolf Diamant, Chronik der Juden in Leipzig, Chemnitz, Leipzig 1993, S. 316. Vgl. Kapitel 5 dieses Beitrags.

33 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, ohne Blattangabe.

Abb. 3: Einladung zur Platzweihe (Stadtarchiv Leipzig: »Festschrift zur Weihe des Sportparkes Bar-Kochba Leipzig«, Leipzig 1922, S. 105).



und Nürnberg.<sup>34</sup> Mit der Schaffung einer eigenen Platzanlage ging auch die Hoffnung auf einen noch größeren Mitgliederzuwachs einher. Als Haupttätigkeit wurde die »größtmögliche Einwirkung auf die einzelnen Mitglieder [...] in sportlicher als auch sittlicher Hinsicht« betrachtet. Auch sollten durch eine »größtmögliche öffentliche und private Propaganda« geeignete Erziehungspersonen gefunden werden und dabei auch »geistig orientierte Kreise wie Lehrer und Anwälte« für die Vereinsbestrebungen gewonnen werden.<sup>35</sup> Ebenso wollte man der Jugendpflege einen überragenden Platz im Verein einräumen. Dabei sollten weder die sportliche noch die ideelle Seite vergessen werden. Vereinsgeist, so hieß es in der Festschrift zur Weihe des Sportparkes Bar-Kochba Leipzig, könne nur durch Konzentration und Zentralisation entstehen. Diese Voraussetzung sei nun durch die neue Platzanlage erfüllt.<sup>36</sup> Gekrönt wurde die Platzweihe mit einem Ball am 12. November 1922 in den Sälen des Leipziger Zoos mit Tombola, Kabarett, diversen Orchestern und kaltem Buffet. Karten im Vorverkauf konnten unter anderem im Kaufhaus am Brühl und im Kaufhaus Ury am Königsplatz erworben werden.<sup>37</sup>

Der Verein gab sich, trotzdem der Name Bar Kochba auf eine Verankerung in der zionistischen Sportbewegung hindeutet, einen bewusst neutralen politischen An-

<sup>34</sup> Vgl. Paukert, 30 Jahre (Anm. 28), S. 254.

<sup>35</sup> Festschrift zur Weihe des Sportparkes Bar-Kochba Leipzig, Leipzig 1922, S. 110.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., S. 123.

<sup>37</sup> Vgl. ebd., S. 120.

streich. Das für zionistische Sportvereine typische Ziel der »Pflege des Turnens und anderer Leibesübungen als Mittel zur Hebung des jüdischen Stammes im Sinne der nationaljüdischen Idee«<sup>38</sup> war weder in der Vereinssatzung verankert, noch wurde es öffentlich in den Reden zur Platzweihe propagiert. Der bereits oben erwähnte Wunsch der Teilnahme am sächsischen Ligabetrieb und die daran geknüpfte Zugehörigkeit zum VMBV können hierfür als ursächlich angesehen werden.

Mit dem Vereinsvorsitzenden Dr. Ludwig Lehrfreund war ein aktiver Zionist in das Führungsgremium des Vereins gewählt worden. Bezeichnenderweise hatte dieser sich bei der oben erwähnten Abtrennung vom »Turnverein« gegen die Separation stark gemacht. Sein Vorschlag einer Zusammenarbeit dahingehend, dass jedes Vorstandsmitglied des »Sportklubs« gleichzeitig auch Vorstandsmitglied des »Turnvereins« sein sollte, wurde von der Mehrheit der Vereinsmitglieder abgelehnt.<sup>39</sup> Bereits hier zeigte sich das Engagement Lehrfreunds für den Zusammenhalt innerhalb der Leipziger jüdischen Gemeinde. Lehrfreund, der den Verein fast durchgängig von dessen Gründung bis zur Auflösung begleitete und aktiv mitgestaltete, machte sich auch außerordentlich für die Belange ostjüdischer Menschen stark, deren Anteil in Leipzig besonders hoch war.<sup>40</sup> In der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus kämpfte er kontinuierlich um das allgemeine und gleiche Wahlrecht für den Gemeinderat der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig.<sup>41</sup>

38 Vgl. die Einleitung dieses Beitrags.

39 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 2.

40 Eine erste Einwanderungswelle jüdischer Menschen aus Osteuropa nach Leipzig erfolgte bereits Ende des 19. Jahrhunderts als Resultat der antijüdischen Pogrome in Russland und anderen Teilen Osteuropas. Ein weiterer starker Zustrom vollzog sich unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg. Als Opfer zaristischer Verfolgung fanden die Immigrant/innen einerseits Sympathie und Hilfe bei der deutsch-jüdischen Bevölkerung, wurden andererseits aber auch als fremde, ausländische Menschen wahrgenommen. Da die Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig im Gegensatz zu den großen jüdischen Gemeinden in Berlin und Frankfurt am Main von Anfang an als liberale Gemeinde gegründet worden war, gab es Schwierigkeiten bei der Integration der zumeist stark orthodox geprägten ostjüdischen Immigrant/innen. Sie fanden in der Leipziger Gemeinde keine Tradition vor, an der sie sich orientieren konnten. Verschiedene Gruppen brachten unterschiedliche religiöse Überlieferungen mit, die stark voneinander abwichen. Dies führte zu einer großen Heterogenität innerhalb der Leipziger Gemeinde. Diese suchte ihren liberalen Status unter allen Umständen zu halten. Mit der bewussten Anlehnung jüdischen Lebens an die christlich geprägte deutsche Kultur war die Hoffnung verbunden, dem Antisemitismus erfolgreich Paroli bieten zu können. Dieses Ringen um den Erhalt des religiösen Liberalismus, besonders in der Auseinandersetzung mit Zugewanderten aus Osteuropa, hatte deren Ausschluss von bestimmten Rechten zur Folge. Dies äußerte sich vor allem im Wahlrecht. Der Kampf um das gleiche Wahlrecht bei den Wahlen zur Gemeindevertretung führte zu permanenten innerjüdischen Auseinandersetzungen, die in der Weimarer Republik teilweise erbitterte Formen annahmen. Vgl. Solveig Höppner, Manfred Jahn, Jüdische Vereine und Organisationen in Chemnitz, Dresden und Leipzig 1918 bis 1933 – Ein Überblick. Dresden 1997, S. 9.

41 Zum Engagement Lehrfreunds für das allgemeine und gleiche Gemeindewahlrecht: u.a. Leipziger Jüdische Wochenschau, 20.2.1931, S. 3; StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 86, Überwachungsbericht der Mitgliederversammlung am 20.11.1935.



Nach zweijährigem Bestehen verfügte der »Sportklub Bar Kochba Leipzig« bereits über 900 Mitglieder und war somit einer der größten Vereine des Verbands Mitteldeutscher Ballspielvereine.<sup>42</sup>

#### 4. »Der Jüdische Turn- und Sportverein Bar Kochba Leipzig« (1920–1924)

Ebenfalls aus dem 1919 gegründeten »Jüdischen Turnverein Bar Kochba« ging der am 20. Mai 1920 ins Leben gerufene »Jüdische Turn- und Sportverein Bar Kochba Leipzig« hervor. Die Eintragung beim Leipziger Amtsgericht erfolgte am 21. Februar 1921 unter der Nr. 842 des Vereinsregisters. Als erster Vorsitzender wurde Carl Reinsch, Kaufmann, wohnhaft in der Nordstraße 42, benannt.<sup>43</sup> Das Vereinsziel lautete gemäß Paragraph 2 der Satzung: »Der Jüdische Turn- und Sportverein Bar-Kochba bezweckt die Pflege des Turnens und anderer Leibesübungen als Mittel zur Hebung des jüdischen Stammes im Sinne der nationaljüdischen Idee. Unter Nationaljudentum verstehen wir das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit aller Juden auf Grund gemeinsamer Abstammung und Geschichte sowie den Willen, die jüdische Stammesgemeinschaft auf dieser Grundlage zu erhalten.«<sup>44</sup> Das Vereinsziel war also deutlich anders als beim »Sportklub Bar Kochba Leipzig« definiert und hob im Gegensatz zu diesem durchaus auf national-jüdische Zugehörigkeit ab. Auch war eine Anlehnung an die Satzung des Bar Kochba Berlin deutlich zu spüren.<sup>45</sup> In Heft 2 der Vereinsmitteilungen des »Jüdischen Turn- und Sportvereins Bar Kochba« wurde die Verantwortlichkeit jüdischer Turnvereine wie folgt hergeleitet: »Ein jüdischer Turnverein hat wahrlich eine große, lohnende Aufgabe. Das harte Geschick unseres Volkes, Jahrtausende hindurch als Minorität unter vergewaltigenden Majoritäten zu leben, hat es mit sich gebracht, dass wir auf Kosten des Körpers den Geist schärfen, um der brutalen Gewalt eine überlegene Abwehr des Geistes entgegenzustellen. [...] Nun, da unser Volk wieder Anspruch auf normal-gesundes Volksleben erhebt, da wir im Lande der Väter unsere Verjüngung erhoffen, erschallt von allen Seiten ein »Zurück zum Körper« und in allen Ländern, wo Juden wohnen, Erez Israel wie Diaspora, kommt bei uns die körperliche Arbeit wieder zu Ehren, werden überall Turn- und Sportvereine gegründet. Zusammen mit der körperlichen Arbeit zur Gesundung des jüdischen Körpers beizutragen ist die grosse dankbare Aufgabe der jüdischen Turnvereine.«<sup>46</sup>

42 Festschrift zur Weihe des Sportparkes Bar-Kochba Leipzig (Anm. 35), S. 110.

43 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 939, Bl. 1.

44 StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 939, Bl. 7.

45 Vgl. Kapitel 1 dieses Beitrags.

46 S. Stampfer, Selbstverständlichkeiten, in: Blätter des Jüdischen Turn u. Sportvereins Bar Kochba e. V. Leipzig (1921) 2, S. 15 f.

Die national-jüdische Einstellung und die körperliche Ertüchtigung im Sinne des von Max Nordau propagierten »Muskelfudentums«<sup>47</sup> wurden hier noch einmal bestätigt. Trotzdem, so hieß es im Text weiter, sollte der Geist nicht völlig außer Acht gelassen, sondern vielmehr ein Ausgleich zwischen geistiger und körperlicher Tätigkeit geschaffen werden.<sup>48</sup>

Sportliche Betätigung bot der Verein zunächst auf den Gebieten Turnen, Boxen, Leichtathletik, Schwimmen und Tennis, wobei die drei ersten Disziplinen in der Turnhalle Torgauer Straße 15 in Volkmarsdorf betrieben wurden. Das Schwimmtraining fand im Stadtbad in der Eutritzscher Straße im Zentrum-Nord statt. Tennis wurde auf dem Sportplatz »Mückenschlösschen« im Rosental gespielt. Als Geschäftsstelle wurde die Nikolaistraße 6 angegeben.<sup>49</sup> Das erste Heft der Vereinsmitteilungen mit dem Titel »Blätter des jüdischen Turn- u. Sportvereins Bar-Kochba e.V. Leipzig« erschien am 1. Januar 1921<sup>50</sup>, das zweite und zugleich letzte Heft im August selben Jahres.

### **5. Fusion und gemeinsame Arbeit der beiden Leipziger Bar Kochba Vereine (1924–1933)**

Die beiden bisher getrennt agierenden Leipziger Bar Kochba Vereine, der »Sportklub Bar Kochba Leipzig« und der »Jüdische Turn- und Sportverein Bar Kochba Leipzig«, fusionierten 1924. In der gemeinsamen Mitgliederversammlung am 27. Mai 1924 wurde beschlossen, dass der »Sportklub Bar-Kochba Leipzig« als kompletter Verein die Mitgliedschaft im »Jüdischen Turn- und Sportverein Bar-Kochba Leipzig« erwarb. Die Mitglieder des »Sportklubs Bar Kochba« erwarben gleichzeitig die Einzelmitgliedschaft im »Jüdischen Turn- und Sportverein Bar Kochba«.<sup>51</sup>

Der gemeinsamen Versammlung wohnten 92 Mitglieder des Turn- und Sportvereins und 94 Mitglieder des Sportklubs bei. In einer nach den beiden Vereinen getrennten Abstimmung wurde die Fusion mit jeweils mehr als drei Viertel aller Stimmen angenommen. Laut Protokoll geschah die Fusion »lediglich zum Zwecke gemeinsamer Sportausübung«.<sup>52</sup> Der bisherige »Sportklub Bar Kochba e.V.« wurde nun in »Fußballabteilung Bar Kochba e.V.« umbenannt und blieb weiter als eigener Verein unter der Nr. 850 im Vereinsregister des Amtsgerichts Leipzig eingetragen. Das bisher auf

---

47 Vgl. Kapitel 1 dieses Beitrags.

48 Vgl. Stampfer: Selbstverständlichkeiten (Anm. 46), S. 16.

49 Blätter des Jüdischen Turn u. Sportvereins Bar-Kochba e. V. Leipzig (1921) 2, S. 1.

50 Vgl. Paukert, 30 Jahre (Anm. 28), S. 253.

51 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 939, Bl. 24.

52 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 26.



den Namen »Sportklub Bar Kochba« im Grundbuch eingetragene Sportplatzgrundstück in Leipzig-Eutritzsch, so wurde im Protokoll festgelegt, blieb weiterhin Eigentum der »Fußballabteilung Bar Kochba«.<sup>53</sup> Forthin fungierte der »Jüdische Turn- und Sportverein Bar-Kochba« als Hauptverein. Die »Fußballabteilung Bar Kochba e.V.« war von nun an Mitglied dieses Hauptvereins.

Als gemeinsame Vereinsfarben wurden Blau und Weiß festgelegt.<sup>54</sup> Die Trikots der Sportler/innen des Bar Kochba Leipzig<sup>55</sup> waren dementsprechend weiß mit blauen Querstreifen. Auf der linken Brust war in einem Kreis der Davidstern angebracht.<sup>56</sup> Das Trikot konnte im Leipziger Kaufhaus Ury erworben werden.<sup>57</sup>

Trotz der Fusion behielten beide Teilvereine ihre unterschiedlichen Satzungen bei. Dass das Selbstverständnis des Gesamtvereins zukünftig ein nationaljüdisches bzw. zionistisches war, zeigen die Satzung des Hauptvereins<sup>58</sup> und die Vereinsarbeit sowie der Inhalt von Vorträgen auf den Vereinsversammlungen.

Bar Kochba Leipzig bereicherte das sportliche Leben der Stadt enorm. Kaum eine Woche verging, in der nicht über Boxwettkämpfe, Fußballspiele, Leichtathletikveranstaltungen oder andere Aktivitäten berichtet wurde, an denen die Sportler/innen des Bar Kochba Leipzig teilnahmen oder die von Bar Kochba selbst organisiert worden waren. (*Abb. 4*)

Im wöchentlich erscheinenden Gemeindeblatt der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig sowie in der Leipziger Jüdischen Wochenschau gab es fortlaufend Anzeigen und Artikel über die Aktivitäten des Vereins. So wurde unter anderem über Fußball-, Schwimm- und Schachwettkämpfe berichtet sowie über Tischtennis und Boxsport informiert.<sup>59</sup> Die sportliche Beteiligung innerhalb verschiedener lokaler und regionaler Ligen schien dabei genauso selbstverständlich wie die Wettkämpfe gegen andere jüdische Sportvereine aus Deutschland und den angrenzenden Staaten. Jede Abteilung trainierte zweimal pro Woche und trug an Sonn- und Feiertagen mit ihren Mannschaften Wettkämpfe aus, die von den allgemeinen Sportverbänden,

53 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 939, Bl. 36.

54 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 26.

55 Da der Name des Vereins im Laufe seiner Geschichte permanenten Änderungen unterlag, wird im Folgenden allgemein die Bezeichnung Bar Kochba Leipzig gewählt. Wenn es sich ausdrücklich nur um eine bestimmte Sektion des Vereines handelt, wird dies konkret benannt, z. B. Fußballabteilung des Bar Kochba oder Boxabteilung des Bar Kochba.

56 Vgl. Paukert, 30 Jahre (Anm. 28), S. 253.

57 Vgl. Barbara Kowalzik, Wir waren eure Nachbarn. Die Juden im Leipziger Waldstraßenviertel, Leipzig 1996, S. 98.

58 Vgl. Kapitel 4 dieses Beitrags.

59 Vgl. Gemeindeblatt der israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig (im Folgenden GIRGL), 1925–1933; Leipziger jüdische Wochenschau, 1928–1933.



Abb. 4: Urkunde eines Schwimmfestes, veranstaltet von Bar Kochba Leipzig (Stadtgeschichtliches Museum Leipzig/Sportmuseum, Inv-Nr.: U 2204).

denen die einzelnen Abteilungen angehörten, ausgeschrieben wurden.<sup>60</sup> Bar Kochba Leipzig war im Deutschen Fußballbund, bei der Deutschen Sportbehörde, dem Deutschen Schwimmverband, dem Deutschen Tischtennisverband und dem Deutschen Reichsverband der Amateurboxer ebenso Mitglied wie im Makkabi-Weltverband.<sup>61</sup> Nationale und internationale Reisen zu verschiedenen Sportwettkämpfen waren bei den Mitgliedern des Bar Kochba Leipzig beliebt und wurden häufig praktiziert. So beteiligten sie sich regelmäßig an den Leichtathletikmeisterschaften des Deutschen Makkabi-Kreises, die seit 1924 einmal im Jahr veranstaltet wurden. In den Jahren 1932 und 1935 fanden diese Meisterschaften auf dem Bar-Kochba-Sportplatz in Leipzig statt. Die Leichtathletikmeisterschaften des Deutschen Makkabi-Kreises am 11. September 1932 wurden von über 1500 Zuschauer/innen besucht.<sup>62</sup>

International maßen sich die Mitglieder des Bar Kochba Leipzig bei den großen Wettkämpfen des Makkabi-Weltverbandes. Unter anderem beteiligten sie sich an einem Makkabi-Sportfest in Antwerpen vom 4. Juli bis 7. Juli 1931, an das sich ein

60 Vgl. Jüdisches Jahrbuch für Sachsen und Adreßbuch der Gemeindebehörden, Organisationen und Vereine 1931/32, Ausgabe Leipzig, Berlin 1931 (Reprint: Berlin 1994), S. 138.

61 Vgl. ebd.

62 Vgl. Leipziger jüdische Wochenschau Nr. 30 vom 16.11.1932, S. 3.

einwöchiges Feriencamp an der belgischen Küste anschloss.<sup>63</sup> 1932 fand unter Beteiligung der Leipziger Bar-Kochba-Sportler/innen die erste Makkabiade<sup>64</sup> in Tel Aviv statt. Zahlreiche Erfolge auf regionaler und internationaler Ebene stärkten das Selbstbewusstsein der Vereinsmitglieder. Nach zehnjährigem Bestehen hatte sich der Bar Kochba Leipzig nach eigenen Angaben »eine sehr ehrenvolle Stellung in der Sportwelt erobert«.<sup>65</sup> Aus einer Veröffentlichung der allgemeinen Sportbehörde über die Wettkampfsaison 1930 ging hervor, dass Bar Kochba Leipzig nach der Zahl der errungenen Siege unter mehr als 60 Leichtathletikvereinen des Gaues Nordwestsachsen an dritter Stelle stand. Auch die Tischtennis-, Box- und Schachabteilungen des Bar Kochba gehörten zu den besten Leipzigs.<sup>66</sup> »Die zahlreichen Siege« zeugten nach eigener Auffassung jedoch nicht nur von einer erfolgreichen Arbeit auf dem Gebiet der körperlichen Ertüchtigung der jüdischen Jugend, sondern wirkten in doppelter Hinsicht: »Sie hoben das Selbstbewußtsein der jüdischen Jugend, der in einer Zeit antisemitischer Hochflut innere Stärkung nottut, und sie zerstörten in weiten am Sport interessierten Kreisen das Märchen von der jüdischen Unterlegenheit.«<sup>67</sup>

Trotzdem von einer vollständigen Integration der jüdischen Sportvereine in das Sportwesen der Weimarer Republik gesprochen werden kann, bestätigt das vorangegangene Zitat steigende antisemitische Tendenzen zum Ende der Weimarer Republik. So beklagte auch Adolf Felsenstein, Leiter der Bar-Kochba-Schwimmabteilung, auf einer Versammlung des Vereins, die im November 1930 stattfand, dass jüdische Sportvereine oftmals »nicht als gleichwertig geachtet werden« und gegen die »feindlichen Strömungen der Zeit« angekämpft werden müsse.<sup>68</sup>

Der Bar-Kochba-Vorsitzende Dr. Ludwig Lehrfreund konstatierte diesbezüglich in einer Rede anlässlich der in Leipzig stattfindenden Leichtathletikmeisterschaften des Deutschen Makkabi-Kreises im September 1932: »Der Makkabi marschiert! Er vereinigt einen immer größer werdenden Teil der jüdischen Jugend im Zeichen der körperlichen und geistigen Erneuerung unseres Volkes. Er stählt sie gegen eine schwächliche Assimilation im Inneren und gegen die haßerfüllten Angriffe eines blindwütigen Antisemitismus von außen.«<sup>69</sup> Die bereits oben zitierte doppelt stärkende Wirkung des jüdischen Sports nach innen und außen wurde hier noch einmal bestätigt.

Innere Stärke und geistige Erneuerung sollten auch die zionistischen Schulungen, die der Makkabi-Weltverband in seiner Satzung für die einzelnen Vereine vor-

63 Vgl. Leipziger jüdische Wochenschau Nr. 7 vom 14.12.1930, S. 6.

64 Makkabiade: Internationale jüdische Sportveranstaltung, ähnlich den Olympischen Spielen konzipiert.

65 Jüdisches Jahrbuch für Sachsen (Anm. 60), S. 138.

66 Vgl. ebd.

67 Ebd., S. 139.

68 Vgl. Leipziger jüdische Wochenschau Nr. 7 vom 14.12.1930, S. 6.

69 Leipziger jüdische Wochenschau Nr. 30 vom 16.11.1932, S. 3.

schrrieb, hervorrufen.<sup>70</sup> Entsprechend seiner Zugehörigkeit zum MWV widmete sich Bar Kochba neben dem Sport auch geistigen jüdischen Interessen. »In Vorträgen, Kursen, Heimabenden, in Zusammenkünften mit Bar Kochbanern anderer Städte und anderer Länder, im Zusammenwirken mit anderen jüdischen Organisationen werden jüdische Probleme erörtert und jüdische Aufgaben gefördert.«<sup>71</sup> Als zionistisch ausgerichteter Sportverein war die Verbindung zur Zionistischen Vereinigung Leipzig<sup>72</sup> besonders stark. Gemeinsam wurden Bildungsveranstaltungen organisiert, die besonders jüdische Geschichte, hebräische Sprache und Palästinakunde zum Inhalt hatten.

Die Zusammenarbeit beschränkte sich jedoch nicht nur auf zionistisch orientierte Vereine. Wie die meisten jüdischen Jugendvereine Leipzigs war auch Bar Kochba dem Jüdischen Jugendring angeschlossen. Er wurde im Februar 1928 als Dachverband aller jüdischen Jugendorganisationen, unabhängig von ihrer weltanschaulichen Ausrichtung, in Leipzig gegründet. Die angeschlossenen Vereine waren orthodox, liberal, deutsch-national oder zionistisch. So vereinten sich unter dem Dach des Jüdischen Jugendrings neben Bar Kochba unter anderem der liberal orientierte Jung-jüdische Wanderbund, die orthodoxe Esra-Jugend und die deutsch-nationale Studentengruppe des Leipziger Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens.<sup>73</sup> Die Hauptarbeitsfelder des Jugendrings lagen auf den Gebieten Sport, Sozialarbeit und Kulturarbeit. An den einmal wöchentlich stattfindenden sportlichen Treffen nahmen Jugendliche von fast allen jüdischen Jugendvereinen teil. Im Winter konnten sich die Mitglieder des Jugendrings kostenlos an den Bar-Kochba-Trainingsabenden beteiligen.<sup>74</sup> Zentrales Ziel des Jugendrings war es, ein eigenes Heim für die jüdische Jugend der Stadt zur Verfügung zu stellen, da sich die jungen Menschen häufig nur in engen, privaten Räumen treffen konnten. Seit 1929 gab es vorläufig ein Jüdisches Jugendheim in der Universitätsstraße 22–24.<sup>75</sup> Dort befand sich von nun an auch das Büro des Bar Kochba Leipzig. Wöchentlich fanden dort zwei Heimabende des Vereins statt, an denen sich etwa 40 bis 50 Mitglieder beteiligten. Die Heimabende behandelten »allgemein-jüdische, jüdisch-historische, sporttechnische und allgemeine

---

70 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 44.

71 Jüdisches Jahrbuch für Sachsen (Anm. 60), S. 139.

72 Zionistische Vereinigung Leipzig: 1912 gegründete Leipziger Ortsgruppe der Zionistischen Vereinigung für Deutschland. Vgl. Diamant, Chronik (Anm. 32); zum Zionismus in Leipzig: Vgl. Francis Nicosia, Der Zionismus in Leipzig im Dritten Reich, in: Judaica Lipsiensia, hrsg. von der Ephraim-Carlebach-Stiftung, Leipzig 1994, S. 167–178.

73 Vgl. Diamant, Chronik (Anm. 32), S. 315.

74 Vgl. Jüdisches Jahrbuch für Sachsen (Anm. 60), S. 99.

75 Vgl. Diamant, Chronik (Anm. 32), S. 316.

Themen«<sup>76</sup>. Ergänzt wurden die Abende durch literarische und musikalische Vorträge.<sup>77</sup>

Um den Bedürfnissen der jüdischen Jugend noch gerechter zu werden, beauftragte die Jüdische Gemeinde Leipzig den Architekten Wilhelm Haller<sup>78</sup> mit dem Umbau eines Gebäudes in der Elsterstraße 7, das am 22. April 1932 eingeweiht wurde. Im Erdgeschoss befand sich ein großer Saal für Veranstaltungen sowie ein Konferenzzimmer. Auch Werkstätten, Baderäume und eine koschere Küche standen den Jugendlichen, die das Haus selbst verwalteten, zur Verfügung. Das Jugendheim in der Elsterstraße 7 wurde für Bar Kochba bis zur Plünderung und Zerstörung des Hauses im November 1938 zum Vereinssitz.<sup>79</sup> Zahlreiche Vereinsversammlungen, Tagungen und Bildungsabende des Bar Kochba fanden von nun an im Jugendhaus statt.

Wie viele andere deutsche Makkabi-Vereine intensivierte auch Bar Kochba Leipzig im Laufe der Zeit seine Kulturarbeit. Reger Beteiligung erfreuten sich die Winterfeste, Chanukkafeiern<sup>80</sup> und andere Festivitäten des Bar Kochba mit umfangreichem Kulturprogramm. Höhepunkte waren auch die Laienaufführungen der vereinseigenen Theatergruppe. So wurde zum Beispiel im Dezember 1931 das vom Vereinsmitglied Salo Kunin selbst geschriebene und inszenierte Stück »Juda Makkabi« im Rahmen des Bar-Kochba-Channuka-Balls im Centraltheater uraufgeführt. Begleitet wurde es vom renommierten Leipziger jüdischen Gesangsverein »Hasamir«. Mit »Gardez la dame« kam 1933 eine Kriminalburleske, ebenfalls geschrieben von Salo Kunin, anlässlich des Kostümfests der Schachabteilung zur Aufführung.<sup>81</sup>

Die überaus erfolgreiche Entwicklung des Bar Kochba Leipzig auf sportlichem und kulturellem Gebiet stand exemplarisch für zahlreiche deutsche Makkabi-Vereine in der Zeit der Weimarer Republik. Der Deutsche Makkabi-Kreis wuchs bis 1933 auf 25 Vereine an, denen insgesamt 8 000 Frauen und Männer angehörten.<sup>82</sup> Ebenso wie die Schild-Vereine beim Reichsbund jüdischer Frontsoldaten bildeten auch die Makkabi-Vereine nur einen kleinen Ausschnitt des gesamten deutschen Sportwesens. Gleichwohl es intensive Bemühungen gab, noch mehr jüdische Sportler/innen für die Makkabi-Vereine zu werben und damit auch die eigenen politischen Ziele zu verbreiten, ging vielen jüdischen Menschen die Verknüpfung sportlicher Inhalte mit politischen Forderungen zu weit. Über 20 000 Jüd/innen gingen ihren sportlichen

76 Der Makkabi (1929) 3, S. 14.

77 Vgl. ebd.

78 Vgl. Kapitel 3 dieses Beitrags.

79 Vgl. Diamant, Chronik (Anm. 32), S. 316.

80 Channukafest: acht Tage dauerndes, jährlich gefeiertes jüdisches Fest.

81 Vgl. Kowalzik, Nachbarn (Anm. 57), S. 102–103.

82 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 39.

Interessen gemeinsam mit nicht-jüdischen Menschen nach.<sup>83</sup> Die Integration der jüdischen Sportvereine in das deutsche Sportwesen sowie die Mitgliedschaft jüdischer Sportler/innen in den paritätischen Vereinen fand 1933 ein jähes Ende.

## 6. Der Ausschluss aus dem deutschen Sportwesen 1933

Mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten 1933 begannen die Entrechtung und der sukzessive Ausschluss der jüdischen Bevölkerung aus der Gesellschaft, der letztendlich in der fast vollständigen Vernichtung des europäischen Judentums mündete. Wie bereits erwähnt, hatte der Antisemitismus schon zum Ende der Weimarer Republik massiv zugenommen. Im Nationalsozialismus wurde er zur Staatsdoktrin und schrittweise gesetzlich legitimiert. Hinzu kam eine diskriminierende, antisemitische Alltagspraxis.

Wie in allen Lebensbereichen wurden auch im Sport, und dort besonders schnell, diskriminierende Maßnahmen gegenüber der jüdischen Bevölkerung beschlossen und umgesetzt. Bereits im April 1933 nahm als erstes die Deutsche Turnerschaft einen »Arierparagraphen« in ihre Satzung auf, andere Sportverbände wie der Deutsche Schachverband und der Deutsche Reichsverband für Amateurboxer folgten rasch. Von Seiten der Nationalsozialisten war die Einführung eines »Arierparagraphen« zu diesem Zeitpunkt noch keineswegs gefordert. Die »Arisierung« der Sportverbände geschah freiwillig in vorauseilendem Gehorsam. Einige befürchteten wohl ein Verbot durch die Nazis und wollten diesem so zuvorkommen, andere setzten mit der »Arisierung« nur um, woran sie schon lange geglaubt hatten.<sup>84</sup>

Obwohl schon am Ende der Weimarer Republik ein virulenter Antisemitismus zu Tage getreten war, stellte der radikale Ausschluss aus dem deutschen Sportwesen für die jüdischen Sportler/innen eine unerwartete Härte dar. Etwa 20 000 jüdische Menschen durften nicht mehr in paritätischen Vereinen Sport treiben und verloren einen wesentlichen Bestandteil ihres sozialen Lebens. Die bestehenden jüdischen Vereine wurden von Verbänden und folglich auch vom Ligabetrieb, an dem sie über Jahre hinweg beteiligt waren, ausgeschlossen.<sup>85</sup> Die Sächsische Turnerschaft, einschließlich Turnerfußball, verfügte, dass ab 15. Mai 1933 keine Mitglieder »jüdischen Blutes« mehr in den Vereinen sein durften. Der Vollzug war bis zum 20. Mai zu melden. Vereinsführer, die dieser Bestimmung nicht nachkamen, sollten sofort ihres Amtes enthoben werden.<sup>86</sup>

---

<sup>83</sup> Vgl. ebd.

<sup>84</sup> Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 66–69.

<sup>85</sup> Vgl. ebd.

<sup>86</sup> Vgl. Chronik Leipziger Fußballverband – Stand: 10.2.2009, Online-Ressource, Adresse: <http://www.leipziger-fussballverband.de/cms2/index.php?index.php?page=323>; Aufruf am 15.1.2010.



Unter den Sportler/innen des Bar Kochba Leipzig schien zunächst Unsicherheit im Umgang mit der neuen politischen Lage und ihren Auswirkungen auf den Sport zu herrschen. Ängsten vor dem generellen Verbot sportlicher Betätigung sollte durch eine Veranstaltung entgegengetreten werden, die der Vereinsvorsitzende des Bar Kochba, Dr. Ludwig Lehrfreund, beim Polizeipräsidium Leipzig für den 1. Juli 1933 im Goldenen Saal des Centraltheaters anmeldete. Geplant war ein Referat zum Thema »Jüdischer Sport im neuen Staat«. Die Versammlung sollte der Verbreitung des Sportgedankens innerhalb der Jüdischen Gemeinde dienen und insbesondere der Meinung entgegenreten, dass der jüdischen Jugend eine sportliche Tätigkeit nun verwehrt sei.<sup>87</sup> Die Veranstaltung wurde per Brief aufgrund der »Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutze von Volk und Staat vom 28.2.1933« polizeilich verboten.<sup>88</sup> Auf telefonische Rückfrage teilte der Sportreferent der NSDAP für den Kreis Leipzig, Fritz Otto, am 23. Juni 1933 mit, dass der Verein seinen Sportbetrieb noch fortsetzen dürfe. Eine Regelung der jüdischen Sportvereine würde noch erfolgen.<sup>89</sup>

Die sportliche Betätigung jüdischer Vereine sollte trotz immer schwierigerer Bedingungen noch bis 1938 möglich sein. In Leipzig waren in der Zeit des Nationalsozialismus mit Bar Kochba, Schild und dem Tennis-Club Leipzig Rot-Weiß drei jüdische Sportvereine aktiv. Bis 1933 gab es in Leipzig auch einen Jüdischen Arbeiter-Turn- und Sportverein, der Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes war. Er wurde im Zuge der Auflösung der organisierten Arbeitersportbewegung, mit der die Nationalsozialisten unmittelbar nach dem Reichstagsbrand am 28. Februar 1933 begonnen hatten, verboten.<sup>90</sup> Auch Bar Kochba wurde diesbezüglich einer Prüfung unterzogen. Als marxistisch sei der Verein nicht bekannt, eine gesetzliche Handhabe, den Verein zu verbieten oder aufzulösen, bestand laut Aussage des Polizeipräsidiiums Leipzig, Abteilung IV, zunächst noch nicht.<sup>91</sup>

Ab Juli 1933 wurden alle Treffen jüdischer Vereine von der örtlichen Polizei überwacht. Ab 1934 musste jede jüdische Veranstaltung mindestens 48 Stunden vorher bei der Polizei angemeldet werden.<sup>92</sup> Ob der Anlass ein politischer oder ein rein kultureller war, spielte dabei keine Rolle. Auch der Gebrauch der hebräischen Sprache in öffentlichen Versammlungen und Vorträgen wurde durch die Gestapo verboten, da die Überwachung dadurch erschwert bzw. unmöglich gemacht wurde.<sup>93</sup> Ausgenommen

87 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 15.

88 Vgl. ebd., Bl. 16.

89 Vgl. ebd., ohne Blattangabe.

90 Vgl. Höppner, Jahn, Jüdische Vereine (Anm. 40), S. 41.

91 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, ohne Blattangabe.

92 Vgl. Kowalzik, Nachbarn (Anm. 57), S. 150.

93 Vgl. Juliane Wetzel, Auswanderung aus Deutschland, in: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Die Juden in Deutschland 1933–1945, München 1988, S. 413–497, hier S. 426.

davon waren lediglich geschlossene Veranstaltungen wie Übungsabende und Sprachkurse, die die Ausreise nach Palästina vorbereiten sollten.<sup>94</sup>

Auch in den Akten zu Bar Kochba Leipzig finden sich regelmäßig Überwachungsprotokolle. Sie vermerken zunächst Ort, Beginn und Ende der Veranstaltung sowie die Namen der Redner und die Anzahl der anwesenden Personen. Im Anschluss wird meist genau der Inhalt der Veranstaltung dargelegt und ob das Hebräischverbot eingehalten wurde. Zum Schluss wird häufig die Stimmung auf der Veranstaltung beschrieben. Bemerkungen erfolgen auch über die Wortwahl der Redner, z. B. ob die Worte »unser Deutschland« oder »unser Reich« ausgesprochen wurden und ob die nationalsozialistische Regierung kritisiert wurde. Die Überwachungsberichte enden meist mit dem Vermerk, dass die Veranstaltung ohne jede Störung verlief und ein Eingreifen nicht vonnöten war.<sup>95</sup>

Im November 1934 wurde dem Vereinsvorsitzenden, Dr. Ludwig Lehrfreund, per Verfügung mitgeteilt, dass jüdischen Vereinen künftig das öffentliche Tragen einheitlicher Kleidung verboten sei. Sportliche sowie volkssportliche Betätigung fielen nicht unter das Verbot, sofern ihnen jeder demonstrative Charakter fehlte. Geschlossenes Marschieren war nicht mehr zulässig.<sup>96</sup>

Trotz der sich mehrenden Einschränkungen waren die Mitglieder des Bar Kochba Leipzig zumindest 1934 noch optimistisch gestimmt und hofften auf eine Regelung der Regierung, den jüdischen Sport betreffend, und damit auf die Berechtigung, mit anderen Turn- und Sportvereinen wieder in Wettkampf treten zu können.<sup>97</sup>

## **7. Bar Kochba und Schild – Konflikte und Kooperation**

Der Ausschluss aus dem deutschen Sportwesen führte zu einem enormen Mitgliederzuwachs in den bereits bestehenden jüdischen Sportvereinen und zu zahlreichen Neugründungen. Bereits im Mai 1933 hatte die Bundesleitung des Reichsbundes Jüdischer Frontsoldaten (RjF) alle Ortsgruppen dazu aufgefordert, Schild-Sportvereine<sup>98</sup> zu gründen und gesinnungsnahe jüdische Sportvereine und Sportler/innen, die aus den nun »arischen« Vereinen ausgeschlossen worden waren, in den Sportbund des RjF zu integrieren.<sup>99</sup> In Leipzig gründete sich erst 1934 eine Ortsgruppe des Schild. Dies war, nach Angaben der Leipziger RjF-Führung, erst nach der Überwindung er-

---

<sup>94</sup> Vgl. Nicosia, *Der Zionismus* (Anm. 72), S. 172.

<sup>95</sup> Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947; PP-V, 4402, Überwachungsprotokolle von Vereinssitzungen und Veranstaltungen.

<sup>96</sup> Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 42.

<sup>97</sup> Vgl. ebd., Bl. 31.

<sup>98</sup> Vgl. Kapitel 2 dieses Beitrags.

<sup>99</sup> Vgl. Barnett, *Der jüdische Sport* (Anm. 15), S. 50.

heblicher Schwierigkeiten, die von Seiten des Sportreferenten der NSDAP für den Kreis Leipzig, Fritz Otto, gemacht worden waren, möglich.<sup>100</sup>

Der deutsche Makkabi-Kreis und der Sportbund Schild sahen durch das Betätigungsverbot in den nunmehr »arisierten« Vereinen und dem darauf folgenden Mitgliederansturm zunächst die Chance, ihre konträren politischen Ziele<sup>101</sup> innerhalb der deutsch-jüdischen Gemeinschaft zu stärken, und betrieben Werbung um die potentiellen Neumitglieder.<sup>102</sup> Durchaus optimistisch gestimmte Aufrufe sind in der Jüdischen Rundschau und im Makkabi, dem Organ des Deutschen Makkabi-Kreises, zu lesen. Der immense Anstieg der Mitgliederzahlen, so der Tenor, könne das Vereinsleben bereichern und leistungsstarke Talente zuführen sowie der Jugendarbeit neue Impulse verleihen. Ende 1933 bestanden in Deutschland 30 Makkabi-Vereine und 90 Sportgruppen des Schild.<sup>103</sup>

Auch für die jüdischen Sportvereine Leipzigs sind steigende Mitgliederzahlen zu konstatieren. Die Polizeiakten über Bar Kochba Leipzig vom März 1933 geben Auskunft über ca. 500 Mitglieder.<sup>104</sup> Im Gemeindeblatt vom 9. März 1934 ist bereits von 600 bis 800 Vereinsangehörigen<sup>105</sup> die Rede, im August 1935 von 1 200<sup>106</sup> und im November gleichen Jahres sogar von 1 600 Mitgliedern<sup>107</sup>

Schild Leipzig verfügte im September 1934, einen Monat nach seiner Gründung, bereits über etwa 300 Mitglieder.<sup>108</sup> Im März 1936 gab der Verein etwa 500 Mitglieder an.<sup>109</sup> Die ausgesprochene Mitgliederstärke des Bar Kochba gegenüber Schild kann einerseits auf sein verhältnismäßig langes Bestehen und seine kontinuierliche Arbeit zurückgeführt werden, andererseits aber auch auf den von Bar Kochba propagierten zionistischen Ansatz. Die Überzeugung der Zusammengehörigkeit aller Jüd/innen, egal aus welchem Land sie stammten, dürfte die zahlreich in Leipzig lebenden Menschen mit ostjüdischem Hintergrund eher angesprochen haben, als das deutsch-nationale Bekenntnis des Schild. Eine besondere Rolle nahm dabei auch der langjährige Vereinsvorsitzende Dr. Ludwig Lehrfreund ein. Selbst in Krakau geboren,<sup>110</sup> kämpfte er, wie bereits erwähnt, jahrelang um das freie und gleiche Gemeindewahlrecht für alle Leipziger Jüd/innen und betonte auf zahlreichen Veranstaltungen des Bar Kochba Leipzig, dass alle jüdischen Menschen gleich seien und es für ihn keine Rolle spiele,

100 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4534, Bl. 11.

101 Vgl. Kapitel 2 dieses Beitrags.

102 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 66–69.

103 Vgl. ebd., S. 74.

104 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 25.

105 IRGL, 9.3.1934, S. 5.

106 GIRGL, 16.8.1935, S. 1.

107 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 87.

108 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4534, ohne Blattangabe.

109 Vgl. Ebd., Bl. 54.

110 Vgl. Diamant, Chronik (Anm. 32), S. 482.

ob jemand aus Russland oder Deutschland käme. Auch mahnte er immer wieder die Einheit und den Zusammenhalt der Gemeinde an.<sup>111</sup>

Wie weit die beiden deutsch-jüdischen Sportverbände Deutscher Makkabi-Kreis und Sportbund Schild des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten vorerst auf politischer Ebene auseinander lagen, verdeutlicht ein Schreiben des Vorsitzenden des RjF, Leo Löwenstein, an Adolf Hitler vom 6. Mai 1933. Darin machte Löwenstein den Vorschlag, alle jüdischen Sport- und Jugendorganisationen aufzulösen und in einem neuen Verband unter der Leitung des RjF zusammenzufassen. Die jüdische Jugend müsse, so Löwenstein, »genau wie die übrige deutsche Jugend im Sinne des heutigen Staates erzogen werden«.<sup>112</sup> Zur selben Zeit hatte Löwenstein im RjF auch das »Führerprinzip« eingeführt. Personen, die leitende Funktionen einnehmen sollten, wurden nun nicht mehr gewählt, sondern von Löwenstein ernannt. Die autoritäre Umstrukturierung war eine Angleichung an den herrschenden nationalsozialistischen Zeitgeist. Um den deutsch-nationalen Juden doch noch einen Platz in der nationalsozialistischen Gesellschaft zu sichern, verwiesen die Vertreter des RjF unermüdlich auf ihre Loyalität gegenüber dem deutschen Vaterland. Dahinter stand die Hoffnung, das antisemitische Propagandabild der Nationalsozialisten vom »rassisch minderwertigen« und »vaterlandslosen« Juden doch noch zu überwinden. Die Nationalsozialisten hatten jedoch keinerlei Interesse am Aufgehen des RjF im nationalsozialistischen Staat.<sup>113</sup> Die deutschnationale Einstellung des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten und seiner korrespondierenden Organisationen wurde von den Nationalsozialisten verachtet. Zionistische Vereine wurden ihnen gegenüber häufig sogar begünstigt, da sie die Auswanderung der jüdischen Bevölkerung forcierten und diese im Interesse der Nationalsozialisten lag.<sup>114</sup>

Die Annäherungsversuche des RjF gegenüber den Nationalsozialisten lösten bei Makkabi Empörung aus. Als Anfang 1934 der Inhalt der Briefe Löwensteins an offizielle staatliche Stellen beim Deutschen Makkabi-Kreis bekannt wurde, eskalierte die Situation. Die Auseinandersetzungen wurden nun nicht mehr nur in den jeweiligen Verbandszeitungen geführt, sondern lösten teilweise sogar Gewalttätigkeiten bei Sportveranstaltungen zwischen Schild- und Makkabi-Vereinen aus.<sup>115</sup>

Auch in Leipzig war an eine Zusammenarbeit beider Vereine zunächst nicht zu denken. Der Leipziger Schild-Verein wuchs nach seiner Gründung innerhalb eines Monats auf 300 Mitglieder an und stellte fünf Fußball- und zwei Handballmann-

111 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947; PP-V, 4402, Überwachungsberichte.

112 Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 71.

113 Vgl. ebd.

114 Vgl. Nicosia, Der Zionismus (Anm. 72), S. 169.

115 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 71 f.

schaften.<sup>116</sup> Die Stadt Leipzig hatte zunächst den Spielbetrieb auf der sogenannten »Sauweide« in der Wundtstraße im Leipziger Süden gestattet, allerdings wurde diese Genehmigung Anfang September 1934 wieder entzogen.<sup>117</sup> Schild war nun auf der Suche nach einem neuen Sportplatz. NSDAP-Sportreferent Fritz Otto empfahl daraufhin eine Vereinigung mit Bar Kochba Leipzig. Dieser Vorschlag stieß auf heftigen Unmut, wie ein Schreiben des Ortsgruppenvorsitzenden des Leipziger RjF, Dr. Alfred Jacoby, an das Sächsische Ministerium des Inneren belegt. Die konträre politische Ausrichtung beider Vereine wurde hier noch einmal in aller Deutlichkeit formuliert: »Zu wiederholten Malen wurde uns angetragen, uns mit dem »Bar Kochba«-Leipzig zu vereinigen. Dazu ist zu bemerken, dass der Sportbund des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten die deutsch-jüdischen Sportler umfasst, während der Bar Kochba dem deutschen Makkabi-Kreis angehört, dessen nationaljüdische Einstellung auch dem Ministerium bekannt sein dürfte. Ohne jede Feindseligkeit dem Makkabi gegenüber muss vom Standpunkt des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten betont werden, dass wir es für unsere Pflicht halten, die jüdische Jugend in Deutschland im »deutschen« und jüdischen Sinne zu erziehen, da wir keine jüdische Nation, sondern nur eine jüdische Religion kennen und für uns Deutschland Heimat und Vaterland ist, wofür wir Älteren als Frontsoldaten gekämpft und gelitten haben. Es kann unmöglich im Interesse der sächsischen Regierung liegen, uns diese Möglichkeit zu nehmen und auf diese Weise 300 jüngere und junge Menschen um ihre Sportbetätigung zu bringen.«<sup>118</sup>

Die Aktenlage lässt die Schlussfolgerung zu, dass die Erschwerung des Schild-Sportbetriebes in Leipzig vor allem der persönlichen antisemitischen Einstellung des Leipziger NSDAP-Sportreferenten Otto geschuldet war. War doch die Behinderung jüdischer Sportvereine von Seiten der Reichssportführung keinesfalls so gefordert. Die »Richtlinien für den Sportbetrieb von Juden und Nichtariern« vom 18. Juli 1934, herausgegeben vom Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten, besagten, dass die Bildung jüdischer Sportvereine zulässig sei, wenn nicht ein polizeiliches Verbot wegen Staatsfeindlichkeit bestünde. Auch die Benutzung öffentlicher und privater Übungsstätten war durchaus erlaubt, sofern diese nicht von Vereinen des Nationalsozialistischen Reichsbundes für Leibesübungen<sup>119</sup> benötigt wurden. Weitere Erschwerungen, insbesondere auch örtliche Zwangszusammenschlüsse seien zu vermeiden.<sup>120</sup> Hier wird deutlich, dass nach den offiziellen Richtlinien weder der von Otto geforder-

116 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4534, ohne Blattangabe.

117 Vgl. ebd.

118 Vgl. ebd.

119 Nationalsozialistischer Reichsbund für Leibesübungen: Dachorganisation des deutschen Sports im Nationalsozialismus.

120 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4534, Kopie der »Richtlinien für den Sportbetrieb von Juden und sonstigen Nichtariern«.

te Zusammenschluss mit Bar Kochba noch der Entzug des Sportplatzes verlangt waren. Es zeigt sich daran einmal mehr, wie örtliche Behörden und übereifrige Einzelpersonen versuchten, etwaige Handlungsspielräume auszunutzen, um der jüdischen Bevölkerung das Leben zu erschweren.

Ende September 1934 wurde Schild ein Sportplatz in der Theklaer Straße zur Pacht zugewiesen.<sup>121</sup>

Die Zersplitterung des jüdischen Sports war in den Augen der Nationalsozialisten ein Nachteil. Sie strebten nach einem einzigen Verhandlungspartner, der Befehle annahm und schnell umsetzte. Daher hatte der Reichssportführer Hans von Tschammer und Osten in seinen »Richtlinien für den Sportbetrieb von Juden und Nichtariern« auch die Gründung eines gemeinsamen Ausschusses jüdischer Sportverbände angeordnet, dem sich sämtliche jüdischen Turn- und Sportvereine anzuschließen hatten.<sup>122</sup> Die beiden jüdischen Sportverbände Deutschlands, Deutscher Makkabikreis e.V. und der Sportbund des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten gründeten daraufhin im September 1934 den Reichsausschuss jüdischer Sportverbände. Dieser war paritätisch besetzt, drei Mitglieder gehörten dem RjF an, drei dem Deutschen Makkabikreis. Trotzdem der Reichsausschuss jüdischer Sportverbände eine Zwangsvereinigung und ein Instrument nationalsozialistischer Judenpolitik war, hatte er dahingehend eine positive Auswirkung, dass die Kooperation auf höchster Ebene zu einer Schlichtung der heftigsten ideologischen Konflikte zwischen Makkabi und Schild führte. Wettkämpfe zwischen beiden Gruppierungen wurden wieder durchführbar, was für die jüdischen Sportler/innen von enormer Bedeutung war, hatten die Möglichkeiten, die eigenen sportlichen Leistungen im Wettbewerb zu vergleichen, seit 1933 doch erheblich abgenommen.<sup>123</sup>

Die starre Haltung des RjF gegenüber dem Makkabi bzw. gegenüber der zionistischen Bewegung wurde jedoch erst durch den Erlass der Nürnberger Rassengesetze im September 1935 nachhaltig erschüttert. Der Glaube an eine deutsch-jüdische Symbiose schwand zunehmend. Die Notwendigkeit der Auswanderung wurde nun auch von Seiten des RjF nicht mehr bestritten.<sup>124</sup> Auch Tausende von deutsch-national empfindenden Jüd/innen verließen ihre Heimat, um sich und ihre Familien in Sicherheit zu bringen.<sup>125</sup>

Im Laufe der Jahre rückten, erzwungen durch die sich immer mehr verschärfenden politischen Bedingungen, doch die gemeinsamen Interessen in den Vordergrund.

121 Vgl. Diamant, *Chronik* (Anm. 32), S. 314.

122 Vgl. Friedler, *Makkabi* (Anm. 3), S. 73.

123 Vgl. ebd.

124 Vgl. Bennett, *Der jüdische Sport* (Anm. 15), S. 100 f.

125 Vgl. Friedler, *Makkabi* (Anm. 3), S. 80.



## 8. Die alltägliche Diskriminierung – Übergriffe, Denunziationen und Verbote

Für jüdische Sportvereine war es im nationalsozialistischen Deutschland selbst mit höchstem Einsatz außerordentlich schwierig, einen geregelten Sportbetrieb aufrechtzuerhalten. Öffentliche Wettkämpfe wurden teilweise verboten oder durch immer neue Auflagen behindert. Auch wenn die Behörden die Veranstaltungen erlaubt hatten, führten Proteste lokaler Gestapo- und SA-Gruppen oder antisemitisch eingestellter Einzelpersonen doch noch dazu, dass Sportveranstaltungen verboten wurden oder abgebrochen werden mussten.<sup>126</sup>

So wurde am 17. September 1933 der Leipziger Bar-Kochba-Platz während der Leichtathletikmeisterschaften des Deutschen Makkabi-Kreises von der Polizei geräumt. Die Veranstaltung sollte eigentlich bereits am 10. September 1933 im Berliner Grunewald-Stadion stattfinden. Dort erschien jedoch auf Veranlassung der SA die Gestapo und verbot kurzerhand die Meisterschaften, woraufhin hunderte Athleten aus ganz Deutschland wieder abreisen mussten. Für die Veranstaltung in Leipzig berichteten Augenzeugen von Übergriffen der Polizei, die die Teilnehmenden in »wüster Weise« vom Sportplatz verjagte.<sup>127</sup> Die nationalsozialistische Leipziger Tageszeitung vom 18. September 1933 beschrieb und bewertete die Geschehnisse unter dem Titel »Gipfel jüdischer Frechheit« folgendermaßen: »Wie groß die Berechtigung des Vorgehens gegen die Juden und wie bedauerlich es ist, daß noch nicht schärfer durchgegriffen wurde«, habe sich beim Sportfest des Bar Kochba am letzten Sonntag gezeigt. Es sei »eine unglaubliche jüdische Unverschämtheit«, das Sportfest gerade an dem Tag auszurichten, an dem in Leipzig die Vorrunde um den Ehrenwanderpreis, gestiftet vom sächsischen Reichsstatthalter Mutschmann<sup>128</sup>, ausgetragen wurde. Außerdem wurde Bar Kochba Steuerbetrug vorgeworfen, da die Veranstaltung nicht angemeldet gewesen sei und die 40 Pfennig Eintritt so am Staat vorbei geführt worden wären. Beklagt wurde auch das späte Eintreffen der Polizei, die erst nach zwei Stunden kam und »den Platz von den erstaunten Krummnasen räumte«. Bedauerlicherweise sei keine SA zur Stelle gewesen, »um den Platz gleich handgreiflich für sich in Besitz zu nehmen«.<sup>129</sup>

Doch schon bald war die SA, wenn auch in anderem Kontext, zur Stelle: Eine für den 29. November 1933 beabsichtigte Sportveranstaltung im Bar-Kochba-Sportpark wurde vom Polizeipräsidium mit der Begründung des am selben Tag in Leipzig stattfindenden SA-Brigadetreffens verboten.<sup>130</sup> Auch im Oktober 1934 wurden geplante

<sup>126</sup> Vgl. ebd., S. 74.

<sup>127</sup> Vgl. Bernett, *Der jüdische Sport* (Anm. 15), S. 86.

<sup>128</sup> Martin Mutschmann: ab 1933 Reichsstatthalter in Sachsen und ab 1935 sächsischer Ministerpräsident.

<sup>129</sup> Vgl. Leipziger Tageszeitung vom 18.9.1933, S. 13.

<sup>130</sup> Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 22.

Fußball- und Handballwettkämpfe des Bar Kochba Leipzig aufgrund eines SA-Brigadetreffens verboten. Der Vereinsvorsitzende Dr. Ludwig Lehrfreund äußerte, sicher aus Angst vor Übergriffen der SA-Horden, gegenüber der Polizei Verständnis für das Verbot.<sup>131</sup>

Trotzdem der Sportbetrieb jüdischer Vereine 1933 von offizieller Seite noch nicht einheitlich geregelt war, wurden jüdischen Sportler/innen in zahlreichen deutschen Städten die Trainingsmöglichkeiten entzogen.<sup>132</sup> Dass der Bar-Kochba-Sportplatz nicht gepachtet, sondern Eigentum des Vereins war, erwies sich prinzipiell als großer Vorteil. Trotzdem versuchten die Nazis, den Sportplatz schon einmal Ende 1933 für sich in Anspruch zu nehmen.<sup>133</sup> Daraufhin erfolgte im Januar 1934 unter dem Titel »Notruf der jüdischen Jugend Leipzigs!« ein Aufruf im Gemeindeblatt. Darin wird von der Lebensnotwendigkeit des Platzes gesprochen, aufgrund der Tatsache, dass die jüdische Jugend von allen anderen Turn- und Sportvereinen ausgeschlossen worden war. Er sei für viele jüdische Menschen »die einzige Stätte ihrer Erholung«.<sup>134</sup> Ein Bankinstitut hatte einen seit Jahren gewährten Kredit plötzlich aufgekündigt. Es wurde nun um Spenden auf ein Sonderkonto gebeten, um den fälligen Betrag abzudecken. Der Aufruf wurde von den Vereinen des Jüdischen Jugendrings Leipzig unterzeichnet.<sup>135</sup> Am 15. März 1934 wurde anlässlich des fünfzehnjährigen Bestehens des Bar Kochba ein Stiftungsfest ausgerichtet, dessen Erlös dem Erhalt des Platzes zukam. Eine rege Beteiligung an der Rettungsaktion für den Sportplatz, auch von Leipziger Jüd/innen, die dem Verein bis dahin nicht nahe gestanden hatten, belegte die Wichtigkeit und Notwendigkeit der Arbeit des Bar Kochba. Der Sportplatz konnte vorerst gerettet werden.<sup>136</sup>

Im März 1934 wandte sich ein Beauftragter des Sächsischen Schachbundes an das Sächsische Ministerium des Inneren, um sich über eine dreizeilige Notiz in der Märzausgabe der Deutschen Schachzeitung zu beschweren. Bar Kochba Leipzig hatte dort ein Turnier um die Jüdische Schachmeisterschaft in Deutschland ausgeschrieben.<sup>137</sup> Der namentlich nicht genannte Schreiber betrachtete die Annonce wörtlich »als eine H E R A U S F O R D E R U N G, die sich dem Bergner-Film<sup>138</sup> würdig anschließt«. Er behauptete weiter, man nähme gerade Leipzig als Austragungsort, weil Sachsen

---

131 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 39.

132 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 74.

133 Vgl. Diamant, Chronik (Anm. 32), S. 313.

134 Vgl. GIRGL, 19.1.1934, S. 3.

135 Vgl. ebd.

136 Vgl. GIRGL, 9.3.1934, S. 5 und 23.3.1934, S. 6.

137 Vgl. Deutsche Schachzeitung, März 1934, S. 69.

138 Gemeint ist hier der Film »Katharina die Große«, in dem die deutsch-jüdische Schauspielerin Elisabeth Bergner die Hauptrolle spielte. Er erschien 1934 in den deutschen Kinos. Die SA rief zum Boykott des Films auf und störte in verschiedenen Kinos die Aufführung.

der einzige deutsche Landesverband sei, der die »Vollarisierung« durchgeführt habe und »im engsten Einvernehmen mit Partei und Regierung hinsichtlich des Schachwesens arbeitet. Wenn man die Meisterschaften um den Titel Meisterschaft der Bar Kochba ausschreibt, kann man auch beweisen, dass den Juden [gemeint ist: Juden] in Deutschland auch die Pflege ihrer eigenen Angelegenheiten gestattet ist.« Der Schreiber forderte, dass eine jüdische Schachmeisterschaft in Deutschland unmöglich sein sollte, wie auch die Notiz in einer deutschen Schachzeitung und schrieb weiter: »Es wäre zu prüfen, wie sich das Judentum im Ausland zu einer Nationalsozialistischen Meisterschaft in irgend einem Lande stellen würde.«<sup>139</sup> Das Polizeipräsidium Leipzig antwortete diesbezüglich, dass nach Rücksprache mit dem Obmann der Bar Kochba Schachabteilung geklärt wurde, dass es sich nur um ein Turnier der einzelnen deutschen Bar-Kochba-Vereine handelte, an dem nur nicht »arische« Mitglieder teilnehmen könnten. Das Turnier würde nun in Berlin ausgetragen werden. Das Leipziger Polizeipräsidium betrachtete die Angelegenheit deshalb als erledigt.<sup>140</sup>

Am 15. September 1935 hatte das jüdische Schulfest der Jüdischen Volkshochschule und der Höheren Israelitischen Schule Leipzigs auf dem Bar-Kochba-Sportplatz stattgefunden.<sup>141</sup> Als Reaktion darauf erreichte das Leipziger Polizeipräsidium am 20. September 1935 eine Eingabe des Ortsgruppenleiters Schultze der Leipziger NSDAP-Ortsgruppe Norden A. Hierin wird die Polizei aufgefordert, »gegen die Juden des Sportvereins »Bar Kochba« vorzugehen. Diese würden durch lautes Spektakel bei ihren Veranstaltungen die Menschen in den umliegenden Kleingärten belästigen. Die Lautsprecher würden nicht nur zur Ansage der Wettkämpfe verwendet, sondern »der Jude spielt dazu Schlager und das Unglaublichste, deutsche Märsche. [...] Dass die ganze Judenbande mit zahllosen Kraftfahrzeugen und Strassenbahn-Sonderwagen anrückte, sei festgestellt.«<sup>142</sup> Im Interesse von Ruhe und Ordnung müsse dieser Zustand dringend geändert werden. In einem persönlichen Gespräch wurde daraufhin dem Schriftführer des Bar Kochba, Viktor Kort, von Seiten der Polizei mitgeteilt, dass der Verein in Zukunft für Ruhe und Ordnung während der Veranstaltungen zu sorgen habe und Lautsprecher nur noch zur Bekanntgabe von Sportergebnissen genutzt werden dürften.<sup>143</sup>

Ein für den 22. März 1936 geplantes Pokalturnier des Bar Kochba wurde verboten, trainiert werden durfte nach Rückfrage des Vereinsvorsitzenden trotzdem. Die polizeiliche Kontrolle bestätigte den Trainingsbetrieb. Während der Wahlvorbereitun-

139 Vgl. StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 27.

140 Ebd., Bl. 28.

141 Vgl. GIRGL, 6.9.1935, S. 5; ausführlich zum Leipziger jüdischen Schulwerk Barbara Kowalzik, Lehrerbuch. Die Lehrer und Lehrerinnen des Leipziger jüdischen Schulwerks 1912–1942, vorgestellt in Biogrammen (Leipziger Kalender, Sonderband 1/2006), Leipzig 2006.

142 StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 75–76.

143 Vgl. ebd., Bl. 80.

gen zur Reichstagswahl am 29. März 1936 hatte die sächsische Gestapo zwischen 19. und 29. März alle jüdischen Veranstaltungen verboten.<sup>144</sup>

Die aufgeführten Beispiele sind wenige von vielen. Sie können nur ansatzweise verdeutlichen, welchen Schikanen und Erschwernissen die Sportler/innen des Bar Kochba ausgesetzt waren. Anhand der Zitate kann die Feindseligkeit gegenüber der jüdischen Bevölkerung und die alltägliche Diskriminierung zumindest erahnt werden. Nicht zuletzt wird dadurch deutlich, dass der nationalsozialistische Staat von einer Bevölkerung getragen wurde, die willfährig und häufig unaufgefordert dessen Restriktionen und Gesetze aufnahm und teilweise in noch verschärfterer Form als gefordert umsetzte. Es ist anzunehmen, dass diesen Menschen keinerlei Nachteile entstanden wären, hätten sie die oben geschilderten Vorkommnisse nicht gemeldet. Ein tief verankerter Antisemitismus machte ihnen die Denunziation zu einem Bedürfnis.

## 9. Sportliche Aktivität in Deutschland und auf internationalem Terrain

Trotz der im vorangegangenen Kapitel beschriebenen Probleme entfaltete Bar Kochba Leipzig vor allem im Jahr 1935 eine überaus aktive Arbeit. Der Bar-Kochba-Sportplatz wurde um Tennisplätze erweitert, welche ab Juni 1935 zur Verfügung standen.<sup>145</sup> Auch wurden weiterhin sportliche Vergleiche gegen jüdische Mannschaften innerhalb Deutschlands, aber auch auf internationalem Terrain durchgeführt.

Zur zweiten Makkabiade<sup>146</sup>, die im April 1935 in Tel Aviv stattfand, fuhren 25 Mitglieder des Leipziger Bar-Kochba-Vereins. Sie wurden am 26. März von über 1000 begeisterten Menschen auf dem Leipziger Hauptbahnhof verabschiedet.<sup>147</sup>

Die erste Makkabiade hatte bereits 1932 in Tel Aviv stattgefunden. Für den Makkabi-Weltverband war die Durchführung dieses Sportereignisses die beste und überzeugendste Werbung für die eigenen Ideen. Zahlreiche junge Menschen schlossen sich unter dem Eindruck dieser öffentlichen Demonstration jüdischer Stärke den Makkabi-Vereinen an. Die Tatsache, dass sich zukünftig regelmäßig jüdische Sportler/innen aus aller Welt in Palästina zur Makkabiade versammeln sollten, gab dem Gedanken der Gründung eines jüdischen Staates im britischen Mandatsgebiet<sup>148</sup> zu-

---

144 Vgl. Helmut Eschwege, *Geschichte der Juden im Territorium der ehemaligen DDR*, Band 2, o. O., [1991], S. 770.

145 Vgl. GIRGL, 14.6.1935, S. 5.

146 Wie Anm. 64.

147 Vgl. GIRGL, 29.3.1935, S. 5.

148 Das Gebiet von Palästina stand von 1920–1948 unter dem Mandat von Großbritannien. In Zusammenarbeit mit einer jüdischen Vertretung, der Jewish Agency, sollte dort eine nationale Heimstätte des jüdischen Volkes errichtet werden. Der heutige Staat Israel besteht aus etwa 18 % der Fläche des ehemaligen britischen Mandatsgebietes.

sätzlich Auftrieb.<sup>149</sup> Viele jüdische Menschen, die die erste Makkabiade besucht hatten, entschlossen sich aus spontaner Begeisterung zur Auswanderung nach Palästina. Ein Effekt, der sich bei der zweiten Makkabiade 1935 noch verstärkte, war diese Reise nach Palästina für deutsch-jüdische Sportler/innen doch eine der wenigen verbliebenen Möglichkeiten, das Land zu verlassen. Die nationalsozialistische Sportführung hatte die Ausreise ausnahmsweise genehmigt, was auf die Lockerungen der Restriktionen gegenüber der jüdischen Bevölkerung im Vorfeld der Olympischen Spiele 1936 zurückzuführen ist, waren die Nationalsozialisten doch bemüht, international kein negatives Aufsehen zu erregen.<sup>150</sup>

Ob Mitglieder des Bar Kochba Leipzig diese Gelegenheit nutzten, um in Palästina ein neues Leben zu beginnen, konnte nicht ermittelt werden. Bekannt ist, dass die Leipziger Makkabim<sup>151</sup> nach ihrer Rückkehr bei einem Begrüßungsabend im Theatersaal des Krystallpalastes von ihren Erlebnissen berichteten.<sup>152</sup> Außerdem fand am 17. Mai 1935 eine Veranstaltung des Bar Kochba im Großen Saal des Künstlerhauses am Nikischplatz statt, bei der der Vereinsvorsitzende Dr. Ludwig Lehrfreund, der selbst in Palästina gewesen war, einen Lichtbildervortrag hielt. Er sprach dabei über die Fortschritte im Siedlungswesen, im Sport, in der Industrialisierung des Landes und der Politik. Die geplante Vorführung eines Filmes über die Makkabiade am selben Abend war im Vorfeld verboten worden.<sup>153</sup>

Ein weiteres sportliches Großereignis fand am 28. August 1935 auf dem Leipziger Bar-Kochba-Sportplatz statt. Anlässlich der dort auszutragenden leichtathletischen Meisterschaften des Deutschen Makkabi-Kreises reisten jüdische Sportler/innen aus fast allen Teilen Deutschlands an.<sup>154</sup> Sie maßen hier ihre Fähigkeiten in leichtathletischen Disziplinen, namentlich 100 m und 800 m Lauf, Staffellauf, Stabhochsprung, Hochsprung, Kugelstoßen, Diskuswerfen, Weitsprung, Speerwerfen sowie Drei- und Fünfkampf. Über den sportlichen Wettkampf hinaus sollte die Veranstaltung den Zusammenhalt der im Makkabi vereinten Sportler/innen nach innen stärken und nach außen sichtbar machen.<sup>155</sup> Sich der eigenen Stärke zu vergewissern, ein gemeinsames Selbstbewusstsein aufzubauen und aufrechtzuerhalten, wurde für jüdische Menschen in einer von radikaler Feindseligkeit geprägten Umwelt immer wichtiger.

Im Juli 1935 waren im »völkischen Interesse« in Leipzig die Hallen- und Freibäder für jüdische Menschen gesperrt worden. »Für Hunde und Juden verboten« verkündeten Schilder, die an den Einrichtungen angebracht waren. Schon im August 1935

149 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 61.

150 Vgl. ebd.

151 Makkabim: Plural von Makkabi, Bezeichnung für die Mitglieder des Makkabi-Weltverbandes.

152 Vgl. GIRGL, 26.4.1935, S. 5.

153 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 52.

154 Vgl. GIRGL, 16.8.1935, S. 1.

155 Vgl. Diamant, Chronik (Anm. 32), S. 318.

wurden die Leipziger Jüd/innen von allen kulturellen Veranstaltungen faktisch ausgeschlossen, obwohl ihnen offiziell erst eine Anordnung Heydrichs vom November 1938 den Zutritt zu Theatern, Kinos, Konzerten und Vorträgen verbot.<sup>156</sup> Die jüdische Jugend traf die Isolation und die Anfeindungen durch ihre Umwelt besonders hart. Aktive Freizeitgestaltung war fast nur noch im Rahmen ihres Sportvereins oder anderer jüdischer Vereine möglich. Der Halt und das Selbstvertrauen, die sie innerhalb ihres Sportvereins spürten, wurden immer wichtiger. Zum Zeitpunkt der Makkabi-Leichtathletik-Meisterschaften hatte Bar Kochba Leipzig über 1200 Mitglieder.<sup>157</sup> Diese hohen Mitgliederzahlen, so war im August 1935 im jüdischen Gemeindeblatt zu lesen, zeigten, »daß der weitaus größte Teil der jüdischen Jugend den Weg zum Judentum [...] und zum Aufbau der jüdischen Gemeinschaft gefunden«<sup>158</sup> hatte. Diejenigen, die Bar Kochba aufgrund seiner zionistischen Einstellung früher angefeindet hätten, müssten nun anerkennen, dass es gerade das zionistische Ideal sei, das dem größten Teil der Jugend Halt und Zuversicht gäbe.<sup>159</sup> Diese Feststellung verdeutlicht den Wandel innerhalb der jüdischen Gemeinschaft gegenüber dem Zionismus. Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass die nunmehr größere Akzeptanz des Zionismus unweigerlich auch durch die fatalen politischen Bedingungen herbeigeführt wurde.

Anlässlich der leichtathletischen Makkabi-Meisterschaften 1935 fand eine Abendfeier in der Jüdischen Gemeindesynagoge in der Gottschedstraße statt, an der etwa 350 Personen teilnahmen. Schon dort konstatierte der Berliner Rabbiner Dr. Prinz, dass die Zeiten sehr hart geworden seien und die Tätigkeit der Juden in Deutschland am Ende sei. Besonderes Augenmerk solle man auf die Jugend richten, »damit sie innerlich und moralisch nicht untergehe«.<sup>160</sup> Man solle nun alle Kraft in die Rettung der jüdischen Menschen stecken. Es sei ein Glück, so Dr. Prinz weiter, »dass drüben das Land warte.«<sup>161</sup> Trotz der in diesen Worten schon deutlich zu spürenden Resignation wurde der Sportbetrieb mit unvermindertem Elan weiter organisiert und durchgeführt. So fand zum Beispiel im Dezember 1935 die erste Jüdische Schachmeisterschaft von Deutschland im Jüdischen Jugendhaus in Leipzig statt, an der sich die besten jüdischen Schachspieler/innen Deutschlands beteiligten.<sup>162</sup> Wie oben bereits beschrieben, war dieses Ereignis 1934 durch die Denunziation eines Beauftragten des sächsischen Schachwesens vereitelt worden.

---

<sup>156</sup> Vgl. ebd., S. 528.

<sup>157</sup> Vgl. GIRGL, 16.8.1935, S. 1.

<sup>158</sup> Ebd.

<sup>159</sup> Vgl. ebd.

<sup>160</sup> Ebd.

<sup>161</sup> Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 71.

<sup>162</sup> Vgl. GIRGL, 3.1.1936, S. 3–4.



Im Vorfeld der Olympiade von 1936 war es in den Jahren von 1934 bis 1936 zu Lockerungen gegenüber jüdischen Sportvereinen, aber auch der jüdischen Bevölkerung allgemein gekommen. Die deutsche Reichsregierung wollte damit der Kritik aus dem Ausland möglichst wenig Angriffsfläche bieten. Hierbei trat eine Diskrepanz zwischen offiziellen Richtlinien und lokaler Alltagspraxis zu Tage, die in diesem und dem vorangegangenen Kapitel deutlich wurde. So wurde auf lokaler Ebene der Spielbetrieb sehr wohl behindert, auf internationaler Ebene bzw. bei größeren Sportereignissen, die unter Umständen internationales Interesse auf sich zogen, ließ man die jüdischen Sportvereine gewähren.

### 10. Verstärkte Emigrationsvorbereitung

Der Aufbau einer jüdischen Heimstätte in Palästina und die Förderung der Auswanderung dorthin waren von jeher erklärte Ziele zionistischer Vereine. Jedoch wurden sie von den deutschen Zionist/innen vor 1933 vor allem als eine Option für die jüngere Generation und für die von Diskriminierung und Verfolgung geplagten osteuropäischen Jüd/innen angesehen.<sup>163</sup> Nach 1933 wurde die Auswanderung bzw. Flucht für alle jüdischen Menschen in Deutschland zur bitteren Notwendigkeit.

Indem die Zionist/innen und folglich auch die zionistisch orientierten Sportvereine des Deutschen Makkabi-Kreises ihre Auswanderungsbestrebungen nach der Machtübernahme konsequenterweise noch verstärkten, sahen die Nazis in der Zeit vor dem Beschluss der »Endlösung« in ihnen ein willkommenes Instrument für ihr Ziel, Deutschland »judenrein« zu machen. Zionistischen Vereinen wurde die Arbeit häufig im Gegensatz zu denen, die sich als deutschnational-jüdisch oder liberal verstanden, vereinfacht. Die Vorbereitung und Umsetzung der Auswanderung durch die deutschen zionistischen Vereine zwischen 1933 und 1940 wurde teilweise sogar von den zuständigen Staats- und Parteistellen des Deutschen Reiches unterstützt oder zumindest wenig behindert. Trotzdem war der NS-Staat gegen die Errichtung eines jüdischen Staates in Palästina, da jede jüdische Organisation als hundertprozentiger Gegner angesehen wurde.<sup>164</sup>

Die Arbeit des Bar Kochba Leipzig auf dem Gebiet der Auswanderungsvorbereitung im Nationalsozialismus ist durch zahlreiche Veranstaltungen, häufig in Kooperation mit der Leipziger Ortsgruppe der Zionistischen Vereinigung für Deutschland (ZVfD) belegt.<sup>165</sup> Die zionistischen Vereine waren im Nationalsozialismus in Leipzig

<sup>163</sup> Vgl. Nicosia, *Der Zionismus* (Anm. 72), S. 169.

<sup>164</sup> Vgl. ebd.

<sup>165</sup> Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 30 u. a. Überwachungsberichte.

von allen jüdischen Organisationen am aktivsten.<sup>166</sup> Leipzig hatte mit 1367 Mitgliedern nach Berlin die zweitgrößte Ortsgruppe der ZVfD.<sup>167</sup> Auf zahlreichen gemeinsamen Veranstaltungen der ZVfD und des Bar Kochba Leipzig wurde zur Auswanderung nach Palästina geraten und den Menschen die Wahl einer landwirtschaftlichen bzw. handwerklichen Ausbildung oder Umschulung nahegelegt. Neben der Arbeit auf ideeller Ebene in Form von Vorträgen und Veranstaltungen, die das Leben in Palästina darstellten und den Auswanderungsgedanken stärken sollten, leistete Bar Kochba auch praktische Vorbereitungsarbeit. So wurden beispielsweise Sanitätskurse durchgeführt, da es noch nicht in allen Teilen Palästinas, die für eine Ansiedlung in Frage kamen, medizinisches Personal gab.<sup>168</sup> Weiterhin bot Bar Kochba Leipzig seinen Mitgliedern Hebräisch-Sprachkurse für Anfänger/innen und Fortgeschrittene an.<sup>169</sup> Auch gab es in Leipzig eine Lehrwerkstatt zur Umschulung jüdischer Menschen, die sich zur Auswanderung entschlossen hatten, sowie zur Ausbildung von Jugendlichen. Angelernt wurde dort auf den Gebieten Feinmechanik, Schlosserei, Tischlerei und Gärtnerei.<sup>170</sup>

Auf dem Gebiet der Umschulung und der »Jugend-Alijah«, das heißt der Auswanderung jugendlicher Mitglieder nach Palästina, leistete die Jugendbewegung der Makkabi-Sportvereine, der Makkabi Hazair<sup>171</sup>, vor allem in den Jahren 1933 bis 1939 erhebliche Arbeit. Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten wurde er zu einer der größten und aktivsten jüdischen Jugendorganisationen in Deutschland. Bereits 1933 unterstellte der neutrale Verband der Jüdischen Jugendvereine seine Gruppen, in denen etwa 12000 Kinder und Jugendliche aktiv waren, dem Makkabi Hazair. Ein Jahr später schloss sich der Jüdische Pfadfinderbund, dessen Ausrichtung ebenfalls zionistisch war, mit seinen 2000 Mitgliedern an.<sup>172</sup> Die Jugendorganisation des Makkabi-Weltverbands entwickelte sich im Nationalsozialismus zu einer der effektivsten Rettungsorganisationen für junge jüdische Menschen in Deutschland.<sup>173</sup>

Auch in Leipzig hatten sich die jungen Mitglieder des Bar Kochba im Makkabi Hazair vereinigt, der sich wiederum mit dem Jüdischen Pfadfinderbund Leipzig zusammenschloss. In ihren regelmäßigen Zusammenkünften beschäftigten sich die jungen Menschen zur Vorbereitung ihrer Auswanderung mit jüdischer Geschichte, Palästinakunde und der hebräischen Sprache. Die Arbeit des Leipziger Makabbi Hazair war ausgesprochen erfolgreich. Bereits 1934 waren sämtliche ehemaligen Leiter der

166 Vgl. Eschwege, *Geschichte der Juden* (Anm. 144), S. 767.

167 Vgl. Nicosia, *Der Zionismus* (Anm. 72), S. 171.

168 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 52.

169 Vgl. GIRGL, 24.5.1935, S. 5.

170 Vgl. Eschwege, *Geschichte der Juden* (Anm. 144), S. 771.

171 Vgl. Kapitel 1 dieses Beitrags.

172 Vgl. Friedler, *Makkabi* (Anm. 3), S. 54.

173 Vgl. ebd., S. 57.

Leipziger Gruppe und ein großer Teil der Jugendlichen, die zuvor bei Bar Kochba trainiert hatten, nach Israel ausgewandert, um dort als Chaluzim<sup>174</sup> zu leben und den Aufbau des Landes zu unterstützen.<sup>175</sup> Die noch verbliebenen Mitglieder des Leipziger Makabbi Hazair sammelten unter anderem im November 1935 Spenden für die Auswanderungsarbeit. Sie suchten dabei die Gemeindemitglieder persönlich auf und baten um Unterstützung für ihr ehrenamtliches Engagement. Die Arbeit wuchs tagtäglich. Innerhalb weniger Monate wurden 1935 durch den Leipziger Makabbi Hazair 1000 Menschen zur Hachscharah, also zur Umschulung gebracht, etwa 200 konnte zur Auswanderung nach Palästina verholpen werden.<sup>176</sup>

Die Zunahme der Erkenntnis, dass Flucht die einzig realistische Möglichkeit der Rettung war, wird auch an den Sitzungsprotokollen des Bar Kochba immer offener. Wurde schon in den Jahren der Weimarer Republik, bedingt durch die zionistische Ausrichtung des Vereins, versucht, die Auswanderung nach Palästina vor allem bei jungen Menschen zu bewerben und zu unterstützen, lässt sich im Laufe der Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft ein kontinuierlicher Wandel dahingehend feststellen, dass die Flucht aus Deutschland bald als einziger Rettungsanker für alle deutschen Jüd/innen begriffen wurde. Auf einer Vereinssitzung des Bar Kochba im Dezember 1936 konstatierte der Vorsitzende Dr. Ludwig Lehrfreund diesbezüglich, dass die Stellung des Judentums in Deutschland nicht mehr zu halten sei und nunmehr die gesamte »Judenschaft« ein jüdisches Reich in Palästina errichten solle.<sup>177</sup> Auch die Ziele sportlicher Aktivität hatten notwendigerweise einen bitteren Wandel erfahren: »Sinn und Zweck des jüdischen Sports«, so Lehrfreund, sei es nun, »dass man physischer Gewalt wieder physische Gewalt entgegensetzen könne.«<sup>178</sup>

Von 1933 bis 1938 emigrierten 11 500 Mitglieder der Makkabi-Sportvereine aus Deutschland. Etwa die Hälfte dieser Auswanderer ging nach Palästina. Dieser hohe Prozentsatz bestätigte den Erfolg der zionistischen Schulungen der Makkabi-Vereine. Denn im Allgemeinen war Palästina als Zufluchtsland bei den Jüd/innen, denen es gelang, Deutschland zu verlassen, nicht sehr beliebt. Nur ein Viertel der 160 000 aus Deutschland emigrierten jüdischen Menschen entschied sich für einen Neuanfang dort.<sup>179</sup> Für Leipzig liegen, was die Auswanderung nach Palästina betrifft, keine genauen Zahlen vor. Von 1933 bis September 1935 dürften es etwa 800 Menschen gewesen sein, die nach Palästina emigrierten, was etwa der Hälfte der insgesamt Ausgewanderten entsprochen haben dürfte.<sup>180</sup> Daraus lässt sich ableiten, dass Palästina

174 Chaluzim: israelische Pioniere.

175 Vgl. GIRGL, 9.3.1934, S. 5.

176 Vgl. GIRGL, 1.11.1935, S. 7.

177 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 139.

178 Ebd.

179 Vgl. Friedler, Makkabi (Anm. 3), S. 79 f.

180 Vgl. Nicosia, Der Zionismus (Anm. 72), S. 176.

als Auswanderungsland bei den Leipziger Jüd/innen im Durchschnitt wesentlich beliebter war als in anderen deutschen Städten. Emigrierten doch von hier 50 % der Gesamtausgewanderten nach Palästina, wobei reichsweit nur ein Viertel der jüdischen Migrant/innen Palästina als neue Heimat wählten. Die »Association of Immigrants from Leipzig in Israel« gibt an, dass zwischen 3000 und 3500 Menschen nach Palästina entkamen, was in etwa 25 % der Leipziger Jüd/innen entsprach.<sup>181</sup> Die Stärke der zionistischen Bewegung und die darin eingebettete kontinuierliche Auswanderungsvorbereitung des Bar Kochba Leipzig dürften hierfür eine entscheidende Rolle gespielt haben.

## 11. Auf dem Weg zur Auflösung

Noch in den Jahren 1937 und 1938 gelang es Bar Kochba Leipzig und vielen anderen jüdischen Sportvereinen Wettkämpfe zu organisieren und durchzuführen. Die verbliebenen Turn- und Sportvereine gehörten zu den wenigen Orten, an denen sich jüdische Menschen noch versammeln und gemeinsam aktiv werden konnten.<sup>182</sup>

Die Bedingungen gestalteten sich dabei immer schwieriger, da gerade nach der trügerischen Ruhe des Olympiajahres 1936 die Behörden vielerorts wieder intensiv begannen, ihre Ermessensspielräume zu nutzen und die Arbeit der jüdischen Sportvereine zu behindern. Verbote häuften sich.<sup>183</sup>

Am 14. Mai 1937 wurden die Vereinsvorsitzenden der jüdischen Sportvereine Leipzigs, der Prokurist Leo Sachs für Schild Leipzig, der Rechtsanwalt Dr. Ludwig Lehrfreund, Jüdischer Turn- und Sportverein Bar Kochba, und der Arzt Dr. Willy Michaelis vom Tennisclub Leipzig Rot-Weiß in die Staatspolizeistelle Leipzig bestellt. Dort wurde ihnen mitgeteilt, dass das regelmäßige Training der Vereine und alle weiteren Veranstaltungen bis auf weiteres verboten seien. Es dürfe »lediglich die sportliche Betätigung der einzelnen Juden stattfinden«.<sup>184</sup> Es ist davon auszugehen, dass dieses Verbot wieder aufgehoben wurde, da auch in der Zeit nach dem Mai 1937 bis Anfang Oktober 1938 regelmäßig Spiele gegen den örtlichen Schild-Verein, aber auch gegen andere Vereine wie Schild Chemnitz oder Bar Kochba Dresden stattfanden.<sup>185</sup> Am 27. Juni 1937 trug Bar Kochba Leipzig Handball-, Fußball- und Leichtathletikwettkämpfe unter Beteiligung des palästinensischen Handballmeisters Petach Tikwah

<sup>181</sup> Vgl. ebd.

<sup>182</sup> Vgl. Hajo Bennett, Die jüdische Turn- und Sportbewegung als Ausdruck der Selbstfindung und Selbstbehauptung des deutschen Judentums, in: Die Juden im nationalsozialistischen Deutschland 1933–1945, Tübingen 1986, S.223–229, hier S. 223.

<sup>183</sup> Vgl. Bennett, Der jüdische Sport (Anm. 15), S. 89.

<sup>184</sup> Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4402, Bl. 147.

<sup>185</sup> Vgl. GIRGL, Jahrgang 1937–38.

aus. Der Verein befand sich auf Europareise, um Wettkämpfe gegen Makkabi-Vereine in Rumänien, Polen, Litauen, Deutschland und Frankreich auszutragen.<sup>186</sup>

Bereits im September 1937 kündigte der Vereinsvorsitzende Dr. Ludwig Lehrfreund beim Amtsgericht Veränderungen bezüglich des »Jüdischen Sportvereins Bar Kochba e.V. Leipzig« (Vereinsregister Nr. 842) und »Fußballabteilung Bar Kochba e.V.« (Vereinsregister Nr. 850) an. Er bat daher um Aufschub zur Neuanmeldung des Vorstandes bis Ende Januar.<sup>187</sup> Die Vereinsarbeit war auch aufgrund der Flucht zahlreicher Vereinsmitglieder immer schwieriger geworden. Es ist anzunehmen, dass deshalb bereits auf der Generalversammlung am 19. Januar 1938 »im Interesse der Vereinheitlichung des jüdischen Sportbetriebes in Leipzig«<sup>188</sup> die Auflösung des »Jüdischen Sportvereins Bar-Kochba Leipzig e.V.« beschlossen wurde. Lehrfreund meldete die Vereinsauflösung im April 1938 beim Leipziger Amtsgericht. Aktive und passive Mitglieder waren nun nicht mehr vorhanden. Gleichwohl existierte der Verein »Fußballabteilung Bar Kochba e.V.« (Vereinsregister Nr. 850) weiter.<sup>189</sup> Das restliche Vereinsvermögen des aufgelösten Sportvereins wurde auf den Verein »Fußballabteilung Bar Kochba e.V.« übertragen.<sup>190</sup> Dieser wurde nun umbenannt in »Jüdischer Sportverein Bar Kochba Leipzig e.V.«<sup>191</sup> Ursache für dieses Vorgehen könnte sein, dass der Sportplatz Eigentum der Fußballabteilung war. Vermutlich war es aus diesem Grund einfacher, den Sportverein aufzulösen und die Fußballabteilung umzubenennen, als umgekehrt.

Der Verein bestand nun aus den folgenden Abteilungen: Fußball, Handball, Leichtathletik, Schwimmen, Boxen, Tennis, Schach, Tischtennis und Kegeln. Eine Satzungsänderung legte fest, dass jedes Vereinsmitglied auch der Zionistischen Vereinigung Leipzig angehören musste. Dr. Ludwig Lehrfreund blieb erster Vorsitzender des Vereins.<sup>192</sup>

## 12. Die Auflösung des Vereins und die »Arisierung« des Sportplatzes

Von den Novemberpogromen 1938 war auch das Jüdische Jugendhaus in der Ludendorffstraße 7<sup>193</sup> betroffen, in dem sich unter anderem die Geschäftsstelle des Bar Kochba befand. Das Haus wurde von der Gestapo durchsucht, Fensterscheiben und Türen zertrümmert, Möbel umgestürzt und zerschlagen, Schränke durchwühlt.

186 Vgl. GIRGL, 18.6.1937, S. 4.

187 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 939, Bl. 64.

188 Ebd., Bl. 67.

189 Wie in Kapitel 5 dieses Beitrags bereits beschrieben, bestand Bar Kochba Leipzig aus zwei eingetragenen Vereinen.

190 Vgl. ebd., Bl. 66.

191 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 50.

192 Vgl. ebd., Bl. 56.

193 Die Nationalsozialisten hatten die Elsterstraße in Ludendorffstraße umbenannt.

Der Hausmeister wurde angewiesen, keine Jüd/innen ins Haus zu lassen. SS-Männer transportierten Möbel und Kleidungsstücke ab. Dabei wurde unter anderem Schriftmaterial des Jüdischen Pfadfinderbundes und anderer Vereine für den Sicherheitsdienst<sup>194</sup> beschlagnahmt.<sup>195</sup> Es ist davon auszugehen, dass auch das Vereinsarchiv des Bar Kochba Leipzig Opfer dieses Ereignisses wurde.

In den Morgenstunden des 10. November 1938 setzte in ganz Deutschland eine Verhaftungswelle ein. In Leipzig begannen die Verhaftungsaktionen um 7.00 Uhr und dauerten noch bis zum 15. November an. Die Leipziger Gestapo bediente sich dabei ihrer »Judenkartei«, der Mitgliederlisten jüdischer Vereine und des Verzeichnisses jüdischer Gewerbebetriebe.<sup>196</sup> Dr. Ludwig Lehrfreund, langjähriger Vereinsvorsitzender des Bar Kochba Leipzig, wurde unmittelbar nach dem Novemberpogrom vor seiner Verhaftung gewarnt und floh über Belgien und Holland zu seinem Bruder Siegmund, der gerade geschäftlich in London weilte. Bis 1941 arbeitete Lehrfreund als Rechtsanwalt in London und wanderte dann mit seiner Familie, die nachgeholt werden konnte, nach Palästina aus.<sup>197</sup> Bis zu seinem Tod 1954 arbeitete er dort als Rechtsanwalt. Auch in Israel engagierte er sich weiter in der zionistischen Bewegung.<sup>198</sup>

Mit dem Novemberpogrom 1938 endeten auch die letzten Aktivitäten des jüdischen Sports in Leipzig bzw. in ganz Deutschland. »Nach dem 9. November war Sport Nebensache im Kampf ums nackte Überleben«<sup>199</sup>, so Paul Yogi Mayer, ehemaliger Jugenddezernent des Reichsbundes jüdischer Frontsoldaten. Alle jüdischen Organisationen, mit Ausnahme der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland<sup>200</sup>, wurden Anfang 1939 verboten.<sup>201</sup> Mit der »Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben« war die endgültige Entrechtung der jüdischen Bevölkerung beschlossen. Die »Zwangsarisierung« bzw. die Liquidation jüdischen Vermögens erreichte ihren Höhepunkt.<sup>202</sup>

194 Sicherheitsdienst (SD): Geheimdienst der NSDAP, wohingegen die Gestapo die »Geheime Staatspolizei« war. Beide arbeiteten aber so eng zusammen, dass eine Unterscheidung praktisch nicht möglich war.

195 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 4481, Bl. 4.

196 Vgl. Steffen Held, Der Novemberpogrom in Leipzig und die Massenverhaftung Leipziger Juden 1938/39, in: *Judaica Lipsiensia* (Anm. 72), S. 194–206, hier S. 202.

197 Vgl. Kowalzik, *Nachbarn* (Anm. 57), S. 182.

198 Vgl. Diamant, *Chronik* (Anm. 32), S. 482.

199 Bernett, *Der jüdische Sport* (Anm. 15), S. 117.

200 Reichsvereinigung der Juden in Deutschland: letzte selbstständige Interessenvertretung der deutschen Juden, die im Februar 1939 aus dem Reichsverband der Juden in Deutschland hervorging. Im Juli 1939 machten die Nationalsozialisten aus dem bisher freiwilligen Zusammenschluss eine Zwangsvereinigung. Jüdische Organisationen und Einzelgemeinden verloren ihre Selbstständigkeit und unterstanden ab jetzt der Reichsvereinigung. Ihre Leitung wurde von den Nationalsozialisten ernannt und war direkt der Gestapo unterworfen.

201 Vgl. Friedler, *Makkabi* (Anm. 3), S. 83.

202 Vgl. Held, *Der Novemberpogrom* (Anm. 196), S. 200.



Am 29. März 1939 fand im Sozialamt Humboldtstraße 13 – das Jüdische Jugendheim war seit dem Novemberpogrom 1938 verschlossen – die letzte Generalversammlung des »Jüdischen Sportvereins Bar Kochba Leipzig e. V.« statt. Im Vorfeld hatten sich die beiden einzigen noch in Deutschland verbliebenen Vorstandsmitglieder Dr. Karl Kost und Leopold Gerson in einer dreimonatigen Verhandlung mit der Stadt Leipzig über den Verkauf des Bar-Kochba-Sportplatzes geeinigt. Der Regierungspräsident der Stadt hatte die Veräußerung des Grundstücks an die Stadt Leipzig per Verfügung aufgegeben. Der Verkaufspreis lag weit unter dem Einheitswert.<sup>203</sup> Den Akten des Leipziger Grundstückamtes ist zu entnehmen, dass die Stadt Leipzig die Sportplatzanlage mit allen Bauwerken und samt allem Zubehör übernahm. Das Grundstück ging mit der Beurkundung des Kaufvertrages am 26. April 1939 an die Stadt Leipzig über. Die Genehmigung des Kaufgeschäfts nach § 8 der Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens vom 3. Dezember 1938 wurde unter der Voraussetzung erteilt, dass die vorhandene Sportplatzanlage voll erhalten bleibt.<sup>204</sup> Der Erlös des Platzverkaufes sollte die Tilgung alter Schulden ermöglichen, der verbliebene Überschuss der Auswanderung von Mitgliedern zugute kommen. Neben der Organisation des Platzverkaufes hatte der Vorstand bereits Mitgliedern des Bar Kochba zur beschleunigten Hachschara<sup>205</sup> und Auswanderung verholfen. Dies geschah in enger Zusammenarbeit mit dem Leipziger und Berliner Palästina-Amt<sup>206</sup>. Einigen der Anwesenden stand die Ausreise nach Palästina unmittelbar bevor. Dr. Kost spornte diese Menschen an, »sich in Erez Israel der Tradition des Makkabi würdig zu weisen als wackere und aufrechte Juden«.<sup>207</sup>

Die Vorstandswahl fiel einstimmig auf Dr. Karl Israel Kost, Leopold Israel Gerson, Wilhelm Israel Nemann und Josef Israel Rotter. Der neu gewählte Vorstand wurde mit der Auflösung des Vereins beauftragt. Einstimmig wurde beschlossen, das verbliebene Restvermögen des Vereins »der Auswanderungsabteilung der Leipziger Israelitischen Religionsgemeinde zu übergeben zur besonderen Verwendung für die Auswanderung Leipziger Juden insbesondere Leipziger Makkabim«.<sup>208</sup> In seinem Schlusswort wies Dr. Kost noch einmal auf die erfolgreiche zwanzigjährige Arbeit des Leipziger Bar Kochba hin und gelobte, dass sich Leipziger Makkabim an allen Enden der Welt der stolzen jüdischen Tradition würdig erweisen würden.<sup>209</sup>

203 Vgl. StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 165.

204 Vgl. Stadtarchiv Leipzig, Kap. 24 Nr. 3.902, Bl. 141.

205 Hachschara: hebr. Vorbereitung, Tauglichmachung; systematische Vorbereitung zur Auswanderung nach Palästina.

206 Palästina-Amt: organisierte über Spenden die Umschulung bzw. Ausbildung und Ausreise mittelloser Jüd/innen nach Palästina.

207 StA-L, 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 165.

208 Ebd., Bl. 166.

209 Vgl. ebd.

»Um 9.40 Uhr wurde die letzte Mitgliederversammlung des Jüdischen Sportvereins Bar Kochba Leipzig e.V. mit dem Absingen der Hatikwah<sup>210</sup> beschlossen.«<sup>211</sup>

### **Zusammenfassung**

Der jüdische Turn- und Sportverein Bar Kochba Leipzig sah sich, als Mitglied des Deutschen Makkabi-Kreises, in der Tradition zionistischer Sportvereine. Die Vereinsarbeit bezog sich demnach nicht nur auf die Stärkung seiner Mitglieder durch körperliche Betätigung, sondern beinhaltete auch ein politisch-religiöses Bekenntnis, nämlich den Glauben an die Zusammengehörigkeit aller Jüd/innen als eine Nation und daraus folgend die Förderung und Mitarbeit an der Errichtung einer Heimstätte des jüdischen Volkes in Palästina. Bar Kochba Leipzig offerierte damit, neben sportlicher Aktivität, auch ein Angebot hinsichtlich jüdischer Identität. Dementsprechend wurden schon in der Weimarer Republik Aktivitäten zur Auswanderungsvorbereitung nach Palästina geboten, wobei die Emigration zunächst vor allem als Chance für die jüngeren Vereinsmitglieder angesehen wurde. Bereits in den letzten Jahren der Weimarer Republik waren die Vereinsmitglieder mit steigenden antisemitischen Tendenzen konfrontiert. Das zionistische Bekenntnis des Vereins erfuhr bereits hier eine Stärkung, sah man doch in diesen Zeiten ganz konkreter Diskriminierung die Erfordernis eines jüdischen Staates und die Emigration dorthin umso mehr bestätigt.

Als im Nationalsozialismus Antisemitismus zur Staatsdoktrin erhoben wurde, wurde die Auswanderung bzw. Flucht aus Deutschland für jüdische Menschen von einer Option zur bitteren Notwendigkeit. Diese Erkenntnis führte nach und nach zu einer viel stärkeren Akzeptanz des Zionismus in weiten Kreisen der jüdischen Bevölkerung. Dies dürfte einer der Gründe dafür sein, dass Bar Kochba Leipzig noch bis Ende 1935 ein stetiges Mitgliederwachstum verzeichnete, trotzdem die verstärkte Auswanderung der jüdischen Bevölkerung aus Deutschland bereits 1933 begonnen<sup>212</sup> hatte. Noch mehr ins Gewicht fallen dürfte die Tatsache, dass es nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten zu einem enormen Anstieg der Mitgliederzahlen in allen jüdischen (Sport-)Vereinen Deutschlands kam, da diese massenhaft jüdische Sportler/innen integrieren mussten, die aus den nun »arischen« deutschen Vereinen ausgeschlossen worden waren.

Dieser Mitgliederzustrom vollzog sich in direkter Konkurrenz zu den sich als deutsch-national verstehenden Schild-Vereinen des Sportbundes beim Reichsbund jüdischer Frontsoldaten. In Leipzig ging der zionistische Sportverein im Kampf um

---

210 Hatikwah: hebr. die Hoffnung; Hymne der zionistischen Bewegung und des Staates Israel.

211 StA-L., 20031 Polizeipräsidium Leipzig, PP-V, 947, Bl. 166.

212 Vgl. Wetzel, Auswanderung (Anm. 93), S. 417.

die Neumitglieder als Gewinner hervor. Bar Kochba bestand im Vergleich zum erst 1934 gegründeten Leipziger Schild-Verein schon mehrere Jahre und hatte bereits kontinuierliche Arbeit auf sportlichem Gebiet und hinsichtlich der Förderung des Zionismus geleistet. Der zionistische Ansatz des Bar Kochba Leipzig, dass alle Jüd/innen eine Nation seien und ein gemeinsames Land in Palästina errichten sollten, dürfte bei vielen Menschen mit ostjüdischem Hintergrund, die in Leipzig einen hohen Prozentsatz der jüdischen Gemeinde ausmachten, auf wesentlich mehr Verständnis gestoßen sein als das zunächst noch deutsch-nationale Bekenntnis des Schild. Ebenso dürften so aktive und integrative Persönlichkeiten wie der langjährige Vorsitzende des Bar Kochba, Dr. Ludwig Lehrfreund, zur Popularität des Vereins gerade bei den zahlreichen ostjüdischen Menschen beigetragen haben, da er sich permanent für die Belange und die Gleichberechtigung der aus Osteuropa zugewanderten jüdischen Bevölkerung einsetzte.

Der vergleichsweise hohe Anteil Leipziger Jüd/innen, die als Zufluchtsland Palästina wählten, kann als Bestätigung der erfolgreichen Arbeit der zionistischen Bewegung Leipzigs und somit auch des Bar Kochba Leipzig und seiner Jugendbewegung Makkabi Hazair gewertet werden. Der Verein konnte einigen seiner Mitglieder zur Flucht verhelfen und rettete sie so vor der Vernichtung.

Nicht zuletzt bot Bar Kochba Leipzig unter den sich immer schwieriger gestaltenden Lebensbedingungen im Nationalsozialismus eine der wenigen, wenn nicht die einzige Möglichkeit einer aktiven Freizeitgestaltung für jüdische Menschen, was den Zulauf zusätzlich verstärkt haben dürfte. Parallel dazu nahm der Verein eine enorm wichtige Rolle als Quell jüdischen Selbstbewusstseins und jüdischer Selbstbehauptung in einer von Diskriminierung und offener Feindlichkeit geprägten Umwelt ein.

---

## PERSONALIA

---

### Ein Werk der Regional- und Landesgeschichte: Karl Czok zum 85. Geburtstag

*Manfred Unger*

In die Wiege gelegt war dem Jubilar ein Lebenslauf, der ihn bis zur Professur und zum Mitglied einer Akademie führen sollte, gewiss nicht. Am 12. März 1926 in Görlitz geboren, in einer Arbeiterfamilie aufgewachsen, absolvierte er nach der Volksschule die Lehre eines Maschinenschlossers, gefolgt 1942 von der Einberufung zum Reichsarbeitsdienst und bald darauf zur Wehrmacht als Soldat der Marine, wobei er im März 1945 verwundet wurde. Sein Vater kam aus dem Krieg nicht zurück. Heimgekehrt arbeitete Karl Czok ab 1946 als Graveur, bis er 1948 zur Vorstudienanstalt in Görlitz gelangte und 1950 das Abitur an der Leipziger Arbeiter- und Bauern-Fakultät ablegte. Danach galt sein Studium an der Universität im Hauptfach der Geschichte mit den Nebenfächern Germanistik und Philosophie, abgeschlossen durch das Staatsexamen 1954, woraufhin er Assistent am Institut für Deutsche Geschichte wurde. Karl Czok promovierte 1957 mit einer Arbeit über Städtebünde und Zunftkämpfe während des 14. und 15. Jahrhunderts unter besonderer Beachtung der Oberlausitz. Daraufhin Oberassistent, hat man ihn 1959 mit der Leitung der Abteilung Landesgeschichte des Instituts betraut. Sich zu habilitieren vermochte er 1963 mit einer umfassenden Untersuchung zu städtischen Volksbewegungen im deutschen Spätmittelalter. Es folgten 1964 die Dozentur und 1966 die Professur mit Lehrauftrag für Regionalgeschichte, schließlich 1971 die – von ihm ungewollte – ordentliche Professur für Geschichte der örtlichen Arbeiterbewegung, als die landesgeschichtliche Abteilung aufgelöst und in die neue Sektion Geschichte integriert war.

In den vielen Jahren seiner Wirksamkeit handelte Karl Czok stets nach dem alten universitären Bildungsideal, dem Humboldt'schen Grundsatz der Einheit von Lehre und Forschung. Das hat Studenten in großer Zahl angesprochen. Abgesehen von Abschlussarbeiten fand das seinen Niederschlag in 39 von ihm betreuten Dissertationen sowie in 12 Habilitationsschriften seiner Schüler. Die eigene, 2001 in der Festschrift zu seinem 75. Geburtstag veröffentlichte Bibliographie verzeichnet bis dahin 24 Monographien und sieben Titel als Herausgeber. Zu nennen sind ebenso 133 Aufsätze in

Zeitschriften und Sammelwerken wie weit über einhundert Rezensionen und Annotationen, zusammen eine überaus eindrucksvolle Bilanz des Gelehrten.

Gerade an die Spitze der landesgeschichtlichen Abteilung gestellt, erwarb sich der Jubilar um 1960 ein besonderes Verdienst, indem er die damals neuartige Fachspezifik »Regionalgeschichte« einführte, gleichsam als eine unbelastete neue Raumbezogenheit, da der »Landesgeschichte« seit der 1952 vorausgegangenen Auflösung der Länder in der DDR und der Bildung von Bezirken kaum mehr Bedeutung zugemessen wurde. Er sah dabei das Regionale sowohl in der Geschichte der Städte, Bezirke, Kreise und Dörfer, als auch in den Territorien und Landschaften, und dies nicht ohne den Kontext des nationalen oder gesamtstaatlichen Geschehens. In diesem Rahmen betonte er durchaus, der Geschichte der historischen Länder und damit der Landesgeschichte den gebührenden Platz zuzuweisen, sie sogar im Zentrum zu sehen. 1965 erschien der erste Band des von Karl Czok begründeten »Jahrbuchs für Regionalgeschichte«, das unter seiner Redaktion bis 1996 auf 20 Bände gewachsen ist.<sup>1</sup> Die neue Sicht beschäftigte auch Tagungen dieser Thematik, die vielfältige Anregungen für inzwischen weithin entstandene Periodika und Schriftenreihen boten. Zwei frühe internationale Konferenzen zur Regionalgeschichte fanden auf seine Initiative im tschechischen Plzeň (1962) und in Olomouc (1963) statt.<sup>2</sup> Inzwischen als Vertreter der DDR in die »Commission internationale pour l'histoire des Villes« des Internationalen Historikerverbands aufgenommen, folgte seine korrespondierende Mitgliedschaft des Österreichischen Arbeitskreises für Stadtgeschichte. Erwähnt sei die Mitwirkung an zahlreichen Konferenzen, u. a. in Wien, Prag, Münster sowie Kopenhagen.

Bemerkenswert zum Terminus »Region« scheint, dass über drei Jahrzehnte nach jener Einführung 1994 in den »Blättern für deutsche Landesgeschichte« Studien erschienen, die sich dem Gebrauch von Bezeichnungen wie Provinz, Landschaft, Territorium und dabei ebenso der »Region« widmeten und dies in Frankreich, Italien und Spanien.<sup>3</sup> So wird in Frankreich in der Geschichtsschreibung der Departements »Regionalgeschichte« benutzt. Für die historischen Territorien, wie beispielsweise die Normandie oder Burgund, galt »Landesgeschichte«. So auch in Spanien für die Ge-

1 Karl Czok, Zur Entwicklung der Regionalgeschichtsforschung in der DDR, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 1 (1965), S. 9–24.

2 Ders., Internationale Konferenzen für Regionalgeschichte, in: ebd., S. 185–188.

3 Ernst Hinrichs, Provinzen, Landschaften, Regionen in der modernen französischen Geschichtswissenschaft. Ein Essay, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 134 (1994), S. 1–12; Karl-Egon Lönne, Regional- und Landesgeschichtsschreibung in Italien, in: ebd., S. 13–29; Odilo Engels, Die Landesgeschichte in Spanien, in: ebd., S. 31–48; vgl. auch Herwig Ebner, Schwerpunkte der österreichischen Landesgeschichtsforschung nach 1945, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 12 (1985), S. 7–48; Winfried Müller, Landes- u. Regionalgeschichte in Sachsen 1945–1989. Ein Beitrag zur Geschichte der Geschichtswissenschaften in der DDR, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte 144 (2008), S. 87–186.

schichte etwa von Kastilien, Asturien oder dem Baskenland. Nicht anders zeigt sich dabei die Verfahrensweise in der italienischen Historiographie.

Die Historische Kommission der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig nahm den Jubilar 1966 als Mitglied und stellvertretenden Leiter der Kommission auf. 1977 erfuhr er die Zuwahl in die Akademie als ihr ordentliches Mitglied.<sup>4</sup> In der Reihe der Sitzungsberichte der Philologisch-historischen-Klasse ist Karl Czok mit Vorträgen mehrmals vertreten. Zwei Klassiker der Leipziger Geschichtswissenschaft, Karl Lamprecht und Rudolf Kötzschke, haben ihn besonders beschäftigt.

Lamprecht war nach mehreren Stationen 1891 dem Ruf an die »Arbeitsuniversität« Leipzig gefolgt. Hier sollte er 35 Jahre, bis zu seinem Tod 1915, in denkbar weitgespannter Weise tätig sein. Karl Czok stellt heraus, dass durch ihn das Fach Geschichte eine durchgehende Erneuerung erfuhr. Dass er die Kulturgeschichte im Sinne des Ganzen mit Wirtschafts- und Sozialgeschichte, den geistigen und künstlerischen Erscheinungen als die »geschichtliche Fundamentalwissenschaft« einführte, den bis dahin gültigen Primat der Politik- und Herrschergeschichte zur Seite rückte, Kausalität und Entwicklung in den geschichtlichen Prozessen sah, löste unter namhaften Historikern den Methodenstreit aus. Der Anführer in diesem Streit, von Below, ging bis zu der Position, man müsse gegen den Kollegen »die Axt gebrauchen«. Es gab aber auch Stimmen, die in Lamprecht den »bedeutendsten bürgerlichen Geschichtsschreiber der deutschen Gegenwart« sahen, wie sich Mehring über ihn äußerte. Schon in seinem Werk »Deutsches Wirtschaftsleben im Mittelalter. Untersuchungen über die materielle Kultur des platten Landes« (1885/86) hatte sich sein Geschichtsbild abgezeichnet, das in seiner ab 1891 erscheinenden zwölfbändigen »Deutschen Geschichte« zum Ausdruck kam.

Dem Gelehrten gelang es, neue Organisationsstrukturen aufzubauen. Das war 1896 die Gründung der Sächsischen Kommission für Geschichte und 1906 die Errichtung des Seminars für Landesgeschichte und Siedlungskunde mit der Berufung Kötzschkes an dessen Spitze. Es war das erste Institut dieser Art an einer deutschen Universität. 1909 ließ Lamprecht sein Institut für Kultur- und Universalgeschichte entstehen, das alsbald zur größten Arbeitsstätte für das Fach in Deutschland wurde und Studenten in zunehmender Zahl, auch aus dem Ausland, anzog. Ein außeruniversitäres Institut sollte es sein, das direkt dem Kultusministerium in Dresden unterstand. Genannt sei auch die Erweiterung des Seminarsbetriebs während des Studi-

4 Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Jahrbuch 1987–1988, Berlin 1990, S. 25; Lothar Mertens, Lexikon der DDR-Historiker. Biographien und Bibliographien zu den Geschichtswissenschaftlern aus der Deutschen Demokratischen Republik, München 2006, S. 165.



ums. Karl Czok schließt seinen Sitzungsbericht in der Akademie mit einer kritischen, in die Zeitverhältnisse gestellten Würdigung.<sup>5</sup>

Des Jubilars Akademie-Sitzungsbericht über die Traditionen sächsischer Landesgeschichte ist eng mit dem Namen Rudolf Kötzschke verbunden, der über drei Jahrzehnte, bis zur Emeritierung 1935 und noch einmal von 1945 bis 1949, vorwiegend mit der historischen Landeskunde und der Siedlungsgeschichte befasst war.

Karl Czok vermochte damals (1983) von einer großen Belebung der Regionalgeschichte mit Detailuntersuchungen in hoher Zahl zu sprechen. Seine Ausführungen sind ein Gang durch die Jahrhunderte, in denen die deutschen Landesstaaten die Entwicklung wesentlich mitbestimmten, sehr im Unterschied zu Frankreich oder England, wo dem Königtum früh die Zentralisierung gelang. Er stellt Sachsen in den Mittelpunkt von der Entstehung des meißnischen Territoriums an, und das im Vergleich zur preußischen Geschichte, die damals intensiv diskutiert wurde.

Einbezogen sind hier die Siedlungsprozesse mit dem Landesausbau des 11. bis 13. Jahrhunderts, der Entstehung von Burgen, Kirchen und Klöstern wie den ersten Städten, begonnen mit dem Prototyp Leipzig um 1165, den Gründungen von Chemnitz, Zwickau und Freiberg. Er betont die Leistungen der Bauern mit dem engmaschigen Netz ihrer Dörfer und der Bildung von Dorfgemeinden, dazu die zweite Welle der Städtegründungen vom späten Mittelalter an. Auf eine Städtedichte von 62 kam Sachsen um 1550 samt den reichen Bergbaustädten im oberen Erzgebirge mit ihren Grubenbetrieben und Bergfabriken. Fraglos war Sachsen damit zu einem der Zentren des europäischen Frühkapitalismus geworden.

Die Fortsetzung erfuhr dies in der Vielfalt von Manufakturen, die ihren Höhepunkt am Ende des 18. Jahrhunderts erreichte. Durch den Wiener Kongress von 1815 verlor Sachsen zwar 58 Prozent seines Territoriums mit nahezu der Hälfte seiner Bewohner, dennoch war das Kerngebiet erhalten geblieben, in dem noch vor der Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert die Industrielle Revolution einsetzte; Maschinenbau, Textilindustrie, Polygraphie gehörten zu den bestimmenden Branchen. Nicht nur die Städte bildeten Industriestandorte, auch viele Dörfer hatten bald mindestens eine Fabrik aufzuweisen. Sachsen entwickelte sich zu einem der dichtestbevölkerten Länder, zu einer europäischen Wirtschaftsregion. In diesem Zusammenhang beschäftigten Czok auch die neuen sozialgeschichtlichen Entwicklungen: die Herausbildung einer Arbeiterklasse und damit die Arbeiterbewegung wie die wachsende Bedeutung des gewerblichen Kleinbürgertums und die Konstituierung des Unternehmertums, einer Bourgeoisie. Und zu Recht unterstreicht er, dass Sachsen in der Zeit nach 1945 das

---

5 Karl Czok, Karl Lamprechts Wirken an der Universität Leipzig, in: Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-historische Klasse 124 (1984) 6, S. 1–27.

industriereichste Territorium der sowjetischen Besatzungszone und damit die ökonomisch wichtigste Säule der DDR war.<sup>6</sup>

Mehrere Arbeiten des Jubilars galten der Stadtgeschichte.<sup>7</sup> Als erstes erwähnt sei »Das alte Leipzig«, eine ausführliche Darstellung von den ältesten Siedlungsspuren bis zu Leipzigs Weg in die moderne Großstadt. Abgesehen von archäologischen Funden, die auf eine jungsteinzeitliche Siedlung schließen lassen, erscheint im 6. Jahrhundert die westslawische Einwanderung. Die vom Merseburger Bischof Thietmar verfasste Chronik nennt zum Jahr 1015 die von König Heinrich I. errichtete Burg, die zur frühstädtischen Keimzelle wurde. Der in die Jahre um 1165 zu datierende Stadtbrief Markgraf Ottos von Meißen fixiert die Gründung der Stadtgemeinde als Prototyp des meißnisch-sächsischen Städtewesens. Eingehend befasst sich der Autor mit dem mittelalterlichen Leipzig, dem Bürgeraufstand von 1215/16, den Jahrmärkten (Messen), den frühkapitalistischen Veränderungen und der Reformation. Eigene Kapitel gelten den Dörfern der Umgebung wie der Gründung der Universität und ihrer Entwicklung bis ins 18. Jahrhundert, dem Manufakturzeitalter sowie der sozialen Schichtung und den Bürgerbauten, der Kultur und Kunst des Barock. Der Abschluss ist überschrieben mit »Das Ende des alten Leipzig, Revolutionen und ihre Auswirkungen«. Bemerkenswert ist die Ausstattung des Buches mit zahlreichen historischen Bildern.

Erwähnt sei die Studie über die in der Forschung vernachlässigten Vorstädte. Vergleichend befasst er sich dabei unter anderen mit Köln, Basel, Freiberg, Chemnitz, Altenburg, insbesondere aber mit Leipzig. Er sieht sie als Übergangszonen von Stadt zu Land, als Konzentrationspunkte von Gewerbe bis hin zur späteren Industrie, als Standorte von Mühlen, Gärten, Hospitälern, eigenen Kirchen wie Klöstern. Entstanden sind sie gleichsam parallel zur Rechtsstadt. Außerhalb der Stadtmauer, vor den Toren und selber nicht ummauert, sind die Leipziger Vorstädte schon vor 1300 nachweisbar, wie das für Grimmaische, Ranstädter und die Petrivorstadt gilt, auch für Naundörfchen und Gerbervorstadt. Alle Leipziger Mühlen befanden sich in den Vorstädten wie beide Hospitäler. Patrizische Bürger hatten dort Land- und Häuserbesitz, selbst die Augustiner-Chorherren besaßen dort Land, und das Kloster der Georgennonnen hatte da seinen Sitz. Mitte des 16. Jahrhunderts gab es 573 Innenstadthäuser und 475 in den Vorstädten. Die Grimmaische Vorstadt war mit 160 Häusern sogar größer als das entsprechende Stadtviertel mit nur 152. Die vorwiegend dort lebten

<sup>6</sup> Karl Czok, Über Traditionen sächsischer Landesgeschichte, in: ebd. 123 (1983) 4, S. 3–42.

<sup>7</sup> Vgl. auch Helmut Bräuer, Karl Czok und die Stadtgeschichtsschreibung. Zum 85. Geburtstag von Prof. Dr. Karl Czok am 12. März 2011, in: Sächsische Heimatblätter (2011) 1 (im Druck).

waren Tagelöhner, auch Bauern, deren Erzeugnisse auf den städtischen Markt ausgerichtet waren, dazu die Stadttarmut.<sup>8</sup>

Ein nicht weniger lesenswertes Büchlein voller historischer Abbildungen hat der Jubilar 1992 publiziert: »Die Nikolaikirche Leipzig«. Das älteste Gotteshaus in der Stadt war sie nicht. Darin war ihr die Jakobskirche zuvorgekommen, die – an der via regia gelegen – wahrscheinlich als Kirche der Pilger zu dem Apostelgrab in Santiago de Compostella errichtet worden war. Im 16. Jahrhundert wurde sie wegen Baufälligkeit abgebrochen. Der in seinem Westwerk romanische Großbau der Nikolaikirche dürfte um die Mitte des 12. Jahrhunderts, in den Anfang der Regierungszeit Markgraf Ottos, zu datieren sein. Nach der ersten Kaufmannssiedlung am Brühl zu Füßen der Burg entstand hier eine zweite mit einem neuen, größeren Hauptmarkt zur Grimmischen Straße hin. Der Verfasser verfolgt die Baugeschichte und befasst sich mit der kunstvollen Ausstattung im Innern.

Schon mit der Disputation auf der Pleißenburg 1519 begannen die Auseinandersetzungen um die Lehre Luthers. Erst 1539, mit dem Tod Herzog Georgs, öffnete sich der Weg Leipzigs in die Reformation. Der Autor nennt namhafte Geistliche, darunter Johannes Pfeffinger, den ersten Superintendenten. Er sieht die Nikolaischule, an der auch der junge Leibniz Schüler war, als eine Geburtsstätte der Frühaufklärung. Die folgenden Kapitel gelten dem »Marktplatz Europas« und seiner Kirche, der »Bürgerkirche« im bürgerlichen Zeitalter sowie unter den »Zwängen von Staat und Stadt«. Die Publikation schließt mit dem Abschnitt »Nikolaikirche – offen für alle«, der die Geschichte der Friedensgebete fixiert bis hin zu den wachsenden Demonstrationen aus der Kirche heraus um den Ring in den entscheidenden Wochen des Herbstes 1989.<sup>9</sup>

Besonders hingewiesen sei auf das Buch »Die Stadt. Ihre Stellung in der deutschen Geschichte«, das den Autor in die Reihe namhafter Historiker dieser Thematik wie Edith Ennen, Walter Schlesinger und Hans Planitz rückt. Die drei Teile des Bandes umspannen den Zeitraum vom Städtewesen der Römer am Rhein bis in die Mitte des 20. Jahrhunderts. Es geht u. a. um »Die freie Stadtkommune«, »Kämpfende Stadt und innerstädtische Kämpfe« des Hochmittelalters, den »Sog der industriellen Revolution« und die »Städtische Sozialstruktur des 19. Jahrhunderts«. »Vergroßstädterung« lautet eine Kapitelüberschrift, und das Buch schließt mit »Städtebau und Stadtplanung«. Was Karl Czok dazu veranlasste, gibt das Vorwort zu erkennen, das sich auf die international immer schneller wachsende Verstädterung bezieht.<sup>10</sup>

8 Karl Czok, Vorstädte. Zu ihrer Entstehung, Wirtschaft und Sozialentwicklung in der älteren deutschen Stadtgeschichte, in: Sitzungsberichte der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Philologisch-historische Klasse 121 (1979) 1, S. 1–28.

9 Karl Czok, Die Nikolaikirche Leipzig, Leipzig 1992.

10 Karl Czok, Die Stadt. Ihre Stellung in der deutschen Geschichte, Leipzig 1969.

Zu Bestsellern wurden des Jubilars Bücher über August den Starken. Sie gelten den vier Jahrzehnten der Regierungszeit des sächsischen Kurfürsten und polnischen Königs. Mit Varianten des Themas und Neuauflagen sind dies sieben Bände, darunter Lizenzausgaben, wie sie in München und Stuttgart erschienen. Hervorgehoben seien »August der Starke und Kursachsen« (1987), »Am Hofe Augusts des Starken« (1989) und »August der Starke und seine Zeit« (1997). Der Verfasser sieht den Gegenstand des Ganzen sowohl in der sächsisch-polnischen Union 1697–1733 wie im Zeichen europäischer Politik. Er befasst sich darin mit der Wirtschaft in Sachsen, schildert die Umgebung des Kurfürsten-Königs, verbindet Politik- mit Sozialgeschichte bis hin zum »Elend der Namenlosen«. Es geht um die Repräsentation wie die Festkultur am Hofe und die unter August in Dresden geschaffenen Bauwerke.

Kurfürst war Friedrich August I. seit 1694. Nach dem Tode des polnischen Königs Johann Sobieski sah er wirtschaftliche, politische wie militärische Vorteile für beide Seiten in einer sächsisch-polnischen Union und dies trotz fehlender Landverbindung beider Teile. Seine Pläne reichten bis zu den abenteuerlichen Vorstellungen der Begründung einer europäischen Großmacht, und es gab sogar die Hoffnung für den Übergang der Kaiserwürde auf die Wettiner. So trat er 1697 als Bewerber für die Sobieski-Nachfolge auf. Durch die Union mit Litauen hatte Polen 1569 seine größte Ausdehnung erfahren und 1572 die für die Magnaten vorteilhafte freie Königswahl eingeführt. Meist gelangten dadurch ausländische Fürsten auf den Thron der Rzeczpospolita, so 1587 die schwedischen Wasa. Angesichts dessen, was Sachsen einzubringen vermochte, fiel es der dominierenden Gruppierung des zerstrittenen polnischen Adels nicht schwer, sich für den Wettiner zu entscheiden, der eigens zu diesem Zweck zum Katholizismus konvertierte, wenngleich mit der Garantie für die evangelische Konfession in Sachsen. Aus Anlass der Krönung überreichten die sächsischen Stände ein hohes Geldpräsent. Die Geldbeschaffung für Augusts Vorhaben in Polen trat ganz in den Vordergrund. Er verkaufte oder verpfändete kurfürstlichen Besitz in 20 Fällen. Immer neue Summen waren nach Polen zu transferieren und für das Militär zu beschaffen. Denn leichtfertig trat August 1700 an der Seite Zar Peters des Großen in den Nordischen Krieg gegen Karl XII. ein, in dem es um die Vorherrschaft im Ostseeraum ging. Der in Altranstädt 1706 erzielte Frieden hatte durch die sächsisch-polnische Niederlage die Besetzung Sachsens durch schwedische Truppen zur Folge und Augusts Verzicht auf den polnischen Thron, den er jedoch drei Jahre darauf zurück gewann. Auf Jahre befand sich das Land in einer tiefen Krise. Im Unterschied zu dem Hauptgewinner Russland war Sachsen trotz seiner menschlichen wie monetären Opfer leer ausgegangen.<sup>11</sup>

11 Karl Czok, *August der Starke und Kursachsen*, München 1987; weitere Buchtitel der Thematik vgl. Bibliographie Karl Czok (wie Anm. 12).

Czok befasst sich in den Arbeiten zu August mit der Wirtschaft Sachsens, mit Bauern und Adel wie mit dem Herrschaftssystem jener Zeit. Um nur einiges herauszugreifen, sei erwähnt, dass der Naturreichtum des Erzgebirges voran stand mit Silber, Eisen, Zinn und Kupfer. Zwischen 1680 und 1730 holten die Bergleute im Jahresdurchschnitt allein 4-5 Tonnen Silber aus dem Boden. Unter den schweren Bedingungen untertage arbeiteten damals über 9 000 Bergleute, die Hälfte im Freiburger Revier, wobei das Montanwesen des Landes über eine Elite von Fachleuten verfügte. In Augusts Regierungszeit entstanden in Sachsen zu den seit dem 16. Jahrhundert schon vorhandenen weitere 30 zentralisierte Manufakturen der Textil-, auch der Waffenproduktion. Und nicht zuletzt gehörte die Erfindung des Porzellans dazu. 1739 gab es allein im Umkreis von Zittau 6 000 Webstühle. Überhaupt stand die Handwerksproduktion Sachsens auf einem hohen Niveau; so arbeiteten 1770 in Leipzig fast 300 Meister. Verwiesen sei ebenso auf die weitere internationale Entwicklung der Leipziger Messen.

Gerade das Buch über die Hofhaltung Augusts des Starken, zu der um die 460 Personen gehörten, befasst sich mit der Behördenstruktur bis hin zum Staatshaushalt. Der Hochadel dominierte auf der obersten Ebene, was nicht ausschloss, dass Kanzler und Geheimsekretär wegen Unterschlagung ihrer Ämter enthoben und eingesperrt werden konnten. Vom alten Geheimen Rat her als der Regierungszentrale mit ihrem Dutzend Geheimer Räte ist die sogenannte Große Kommission in Dresden abgehandelt, auch die Einsetzung eines Statthalters für Kursachsen unter den Bedingungen der Union, die Bildung des Geheimen Kabinetts 1706 und seinem Arbeitsreglement von 1712, ferner das Oberkonsistorium als der zentralen Kircheninstanz. Was hier zudem beschäftigt, ist die naheliegende Frage nach einem sächsischen Absolutismus. Czok kommt zu dem Ergebnis, dass trotz der Versuche Augusts in dieser Richtung die Position der Landstände mit ihrem Mitspracherecht bei den Staatsausgaben unangetastet blieb und Sachsen eine absolutistische Herrschaftsform erspart blieb.<sup>12</sup>

Dem Jubilar sei zu seinem Ehrentag Dank gesagt für die große akademische Lebensleistung und für viele weitere Jahre alles denkbar Gute gewünscht.

---

12 Renate Pohlers, Helmut Bräuer, Bibliographie Karl Czok, in: Die Stadt als Kommunikationsraum. Beiträge zur Stadtgeschichte vom Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert. Festschrift für Karl Czok zum 75. Geburtstag, im Auftrag der Karl-Lamprecht-Gesellschaft Leipzig e.V. hrsg. v. Helmut Bräuer, Elke Schlenkrich, Leipzig 2001, S. 841–863.

# REZENSIONEN

## **Via regia. 800 Jahre Bewegung und Begegnung**

*Hrsg. von Roland Enke und Bettina Probst*

## **Menschen unterwegs. Die via regia und ihre Akteure**

*Hrsg. von Winfried Müller und Sven Steinberg*

3. Sächsische Landesausstellung. Katalog und Essayband im Schubert, Sandstein Verlag, Dresden 2011, 636 Seiten mit 600 farbigen Abbildungen, Ladenpreis: 35 Euro, ISBN 978-3-942422-40-6

Habent sua fata viae. Am Ende des 18. Jahrhunderts verkehrten zwischen den Messestädten Frankfurt am Main und Leipzig drei verschiedene Postlinien: Zum einen handelte es sich um die »Fahrende Post«, die z. B. montags und freitags früh von Frankfurt abfuhr und für ihre 40 Meilen (300km) lange Fahrt fünfeinhalb Tage benötigte. Daneben gab es die »Reitende Post« und die »Extra Post«, die, da sie einen kürzeren Weg zwischen der Ausgangsstation Frankfurt und Eisenach wählten, die Strecke immerhin in vier Tagen zurückzulegen vermochten. Schon gut ein Jahrhundert zuvor, 1690, hatte das Kurfürstlich-Sächsisches Ober-Postamt zu Leipzig auf der Strecke nach Frankfurt am Main eine »geschwinde fahrende Post« eingerichtet, die zweimal wöchentlich verkehrte und dabei sechs Personen und Gepäck befördern konnte. Wiederum 140 Jahre später (1830) bot ein Taschenfahrplan mit genauen Zeiten an den einzelnen Stationen der Strecke den Reisenden Auskunft, ergänzt durch eine beigelegte Postroutenkarte. Dies alles galt für die Strecke Frankfurt am Main–Leipzig, die zu den wichtigsten Straßen Deutschlands zählte und schon seit dem Mittelalter als »des Reiches Straße« bekannt war – als Teil einer weiterführenden West-Ost-Verbindung, der via regia, die über Leipzig nach Görlitz bis ins schlesische Breslau und weiter in die polnische Königsstadt Krakau führte.<sup>1</sup>

Görlitz, geographisch in etwa in der Mitte der via regia gelegen, als Ort für die 3. Sächsische Landesausstellung zu erwähnen, hatte zweifellos gute Gründe, war die Entstehung der oberlausitzischen Stadt doch in prägender Weise mit der 1252 erstmals urkundlich erwähnten »strata regia« verbunden (Im hessischen Steinau an der Straße haben sich sogar Reste der spätmittelalterlichen Straßenpflasterung erhalten!), erlebte die einst bedeutende Handelsstadt wie kaum eine andere, die Region eingeschlossen, Aufschwung und Niedergang der via regia. 1989 schien die Stadt mit ihrer Bausubstanz von internationalem Rang als architektonisches Kleinod dem Untergang geweiht. Sie heute wiedererstanden zu erleben ist eine wahre Freude, bei allen wirtschaftlichen Problemen in einer strukturschwachen Region im Dreiländereck Sachsen – Polen – Tschechien. »800 Jahre Bewegung und Begegnung« – dieser Untertitel der Ausstellung im museumstechnisch vorbildlich restaurierten Kaisertrutz von Görlitz, einer Wehrbastion des ausgehenden Mittelalters, deutet programmatisch an, worum es den Veranstaltern geht: Bei räumlicher Konzentration

<sup>1</sup> Vgl. zum Abschnitt Frankfurt am Main–Leipzig Ludwig Steinfeld, Chronik einer Straße. Die alte Straße von Frankfurt nach Leipzig. Geschichte – Ereignisse – Reiseberichte, Horb am Neckar 1989. Der Autor hat hier bereits einen Kernbereich der via regia in seiner Multifunktionalität als »Lebensraum« mit allen relevanten Aspekten untersucht und zugleich Reiseberichte aus 1000 Jahren beigelegt.



auf die Kernzone der *via regia* (Erfurt-Leipzig-Görlitz-Breslau) und die Kernzeit (Spätmittelalter und Frühe Neuzeit) soll aus der Perspektive der »Akteure«, also der Menschen unterschiedlicher sozialer Gruppen- und Schichtenzugehörigkeit die Multifunktionalität der Straße als politischer, wirtschaftlicher und kultureller Raum in seinen vielfältigen Wechselbeziehungen hinterfragt werden. Bei aller (vermeintlichen) Sperrigkeit des Themas geht diese Rechnung, dies sei vorweggenommen, insgesamt auf.

Ausstellungen sind stets auch Anlass, den aktuellen Forschungsstand zu resümieren und weiteren Untersuchungen Impulse zu verleihen. Mit Blick auf die 3. Sächsische Landesausstellung bedeutet dies in concreto, dass die Projektleiter, unterstützt durch einen mit namhaften Fachwissenschaftlern besetzten wissenschaftlichen Beirat, einen Katalog vorgelegt haben, der – analog zur Exposition – in fünf Themenblöcken die faszinierende Vielfalt des Untersuchungsgegenstandes beleuchtet und die 450 Exponate aus zahlreichen Museen (allein 27 Objekte kommen aus dem Nationalmuseum Breslau) präsentiert und erläutert. Am Anfang steht dabei – gleich einem Haus – das Fundament: »Die *via regia* und die Anfänge der Stadt Görlitz« werden im Untergeschoss des Kaisertrutes anhand von zahlreichen archäologischen Fundstücken und Urkunden gezeigt, wobei die Rolle der »Transitregion« Oberlausitz deutlich hervortritt. Beeindruckende Zeugnisse der geschichtlichen Entwicklung der Landschaft kann der Besucher betrachten, darunter einen sog. »Taschengott« aus dem 10./11. Jahrhundert als Zeugnis heidnischen Götterglaubens in einer Region, die erst allmählich kolonisiert und christianisiert wurde, oder eine Beinfessel als Beleg für den Handel mit Sklaven in slawisch besiedelten Gebieten östlich der Elbe. Hinzu kommen Dokumente der Rechtsprechung und -entwicklung sowie wertvolle Urkunden, etwa jene der Gründung des Lausitzer Sechsstädtebundes von 1346 oder eine Schenkungsurkunde König Heinrichs IV. von 1071 mit der Ersterwähnung der »villa Goreliz«, worin unschwer das spätere, 1303 (und nicht, wie irrtümlich auf S. 48 behauptet, 1309) mit dem Magdeburger Stadtrecht privilegierte Görlitz zu erkennen ist. Ebenerdig werden die Straße, ihr Verlauf und die an ihr liegenden Städte dokumentiert, und zwar multimedial mittels Filmen und Touch-Screen-Präsentation. Dem schließt sich im ersten Geschoss das Thema »Markt« an, sozusagen das Herzstück der Exposition. Wie funktionierte der Handel damals oder mit welchen Währungen zahlte man, was wurde wie wohin bewegt und umgeschlagen, welche Privilegierungen kamen hier zum Tragen? Diese Fragen stehen im Fokus. Im Katalog reflektiert Susanne Schötz über »Leipzig im Schnittpunkt von *via regia* und *via imperii*« und beleuchtet dabei Bedeutung und Akteure des Messehandels seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts, wobei die dezidierte Ausrichtung auf den Handel mit Mittel- und Osteuropa sowie dessen Auswirkungen in den Mittelpunkt rücken. Auch bei den unter diesem Thema vereinten Ausstellungsobjekten spielt Leipzig selbstredend eine zentrale Rolle als die Messestadt neben Frankfurt am Main.

Der Markt ließ sich nur mit »Menschen« realisieren, folgerichtig ist letzteren das zweite Obergeschoss im Kaisertrutz vorbehalten. Winfried Müller verweist auf die Straße als sozialen Raum, was nachfolgend exemplarisch an den unterschiedlichen Akteuren aufgezeigt wird, die auf dem »System Straße« unterwegs waren, bei vielfältigen Wechselbeziehungen. Die Spanne reicht dabei von (Leipziger) Kauflenten – etwa Christian Gottlob Frege, Philipp Erasmus Reich oder Maximilian Speck von Sternburg – über Soldaten, Pilger, Künstler, Studenten und Exulanten bis hin zu Arbeitsmigranten, Vaganten und Bettlern. Es geht um Fragen nach der Art und Weise des Reisens, den Motiven, die die Menschen zum Handeln, zum Bewegen und zum Aufbruch veranlassten. Eine interessante Spurensuche anhand von insgesamt 18 Kurzbiographien – von bekannten Persönlichkeiten wie August dem Starken und Napoleon (dessen Sattel und Reitstiefel in der Exposition zu sehen sind) bis hin zu weitgehend unbekannten, jedoch nicht minder be-

deutenden Personen, etwa dem Breslauer Arzt und Humanisten Johannes Crato von Krafftheim (1519–1585).

In der obersten Etage des Kaisertrutzes schließlich geht es um Ideen, zumal über die via regia nicht allein Waren unterschiedlicher Art transportiert wurden, sondern sich zugleich auch geistige Vorstellungen verbreiteten – reformatorisches Gedankengut, wissenschaftliche Erkenntnisse oder neue künstlerische Stilrichtungen, wie Jan Harrasimowicz im Katalog am Beispiel der Oberlausitz im kulturellen Spannungsfeld zwischen Sachsen und Schlesien zur Zeit der lutherischen und katholischen Konfessionalisierung plastisch veranschaulicht. Ein fruchtbarer Kulturaustausch also, den auch ein Aufschwung des Reisens im 18. Jahrhundert begleitete, bis der Eisenbahnbau seit den 1840er-Jahren grundlegende Veränderungen bewirkte und die via regia in ihrer jahrhundertealten Bedeutung schrumpfen ließ.

Vertieft werden die im Ausstellungskatalog skizzierten zentralen Themenblöcke der Exposition in dem unbedingt zu empfehlenden Essayband, der bereits auf der Leipziger Buchmesse im März 2011 präsentiert wurde und dessen 25 Beiträge – mit Zusammenfassungen jeweils in englischer, polnischer und tschechischer Sprache – die Ergebnisse einer wissenschaftlichen Tagung im Vorfeld der 3. Sächsischen Landesausstellung wiedergeben. Einleitend umreißen dabei Winfried Müller und Swen Steinberg die vier systematischen Perspektiven, unter denen das Thema »Menschen unterwegs. Die via regia und ihre Akteure« beleuchtet wird. Konkret geht es um »Handel und Wandel«, also die Personen, die den Austausch von Gütern organisierten. Eine zweite Betrachtungsebene stellen »Kunst und Kommunikation« dar, wobei mit Blick auf den Kulturtransfer individualperspektivische Zugänge zu Leben und Werk der Akteure gesucht werden. Dem schließt sich unter dem Fokus »Auf der Straße« eine Hinterfragung der Rolle von Unterschichten und Randgruppen an, bevor abschließend Zwang und Freiwilligkeit plastisch die beiden Extreme ins Blickfeld rücken, die Menschen dazu brachten, auf der via regia unterwegs zu sein (etwa Pilger oder Exulanten).

Unter stadtgeschichtlicher (Leipziger) Perspektive verdient Swen Steinbergs Analyse der Leipziger Kaufleute Aufmerksamkeit, zumal der Autor einen »gruppenspezifischen Blick« auf die wirtschaftlichen Akteure der via regia wagt und hinterfragt, was den Leipziger Kaufmann auszeichnete und was seinen wirtschaftlichen Erfolg generierte. Eine zentrale Rolle spielen dabei auch die Motive für den Zuzug auswärtiger Kaufleute in die Messestadt: Immerhin zogen z. B. zwischen 1470 und 1650 allein aus der Handelsmetropole Nürnberg mehr als 90 Kaufleute, zumeist Fern- und Großhändler aus namhaften Familien, nach Leipzig, wobei sich der Aufenthalt am neuen Wirkungsort für das wirtschaftliche Fortkommen als vorteilhaft erwies. Deutlich wird, dass Vielfalt der Aktivitäten und Erfolg den europäischen Handelsplatz Leipzig ausmachten, wobei Leipziger Kaufleute frühzeitig in Netzwerken agierten, was exemplarisch an dem aus einer Nürnberger Kaufmannsfamilie stammenden Heinrich Scherl (1475–1548) verdeutlicht wird, dessen überliefertes und mittlerweile ediertes Testament beredtes Zeugnis für bürgerlichen Wohlstand ablegt.<sup>2</sup> Allerdings wird, so Steinberg in seinem Resümee, auch deutlich, dass neben dem zentralen Faktor Migration eine hohe Fluktuation den Leipziger Kaufmann auszeichnete, zumal die meisten »großen« Familiennamen kaum länger als 100 Jahre existierten, in dieser Zeit freilich häufig in etablierte Kaufmanns- und Ratsherrengeschlechter einheirateten und sich in ihren wirtschaftlichen Aktivitäten auf ein breites Sortiment von Handelswaren ausrichteten. Ob es sich dabei insgesamt um ein Alleinstellungsmerkmal für Leipziger Kaufleute handelte, müssen vergleichende Untersuchungen wohl noch aufzeigen.

2 Manfred Straube, »Hab und Güter, die mir der allmächtige Gott gnädiglich bescheret hat ...«: das Testament des Leipziger Kaufmanns Heinrich Scherl (1475–1548), Leipzig 2006.

Die inhaltliche Breite der einzelnen Beiträge erlaubt es leider nicht detailliert auf sämtliche im Band angesprochenen Themen einzugehen, doch zeugen alle von gründlicher Literatur- und Quellenkenntnis und erweitern unser Wissen über die Akteure auf der *via regia* in hohem Maße. Dies ist nicht wenig. Ein hilfreiches Literatur-, Personen- und Ortsregister beschließen den Band. Einige kleinere Errata fallen im Ausstellungskatalog kaum ins Gewicht (Schreibweise des Namens Görlitz in der Ersterwähnung 1071, Verleihung des Magdeburger Stadtrechts 1303 (S. 44) bzw. 1309 (S. 1309) oder die Verleihung des Salzmarktes durch Karl IV. – nicht Karl I. – 1347).

Thomas Krzenek (Leipzig)

### Erleuchtung der Welt. Sachsen und der Beginn der modernen Wissenschaften

Hrsg. von Detlef Döring und Cecilie Hollberg

Sandstein Verlag, Dresden 2009, 383 S., ca. 300 farbige Abbildungen,  
früherer Ladenpreis: 25 € (mit Katalogband im Schubert 50 €), ISBN 978-3-940319-60-9

Im Jahr 2009 lud im Leipziger Alten Rathaus die Ausstellung »Erleuchtung der Welt. Sachsen und der Beginn der modernen Wissenschaften« dazu ein, sich aus Anlaß des Gründungsjubiläums der Alma mater Lipsiensis mit einer wichtigen Epoche in deren 600-jährigen Geschichte zu befassen. Konnte noch 1995 ein »Lexikon der Aufklärung« im Münchner Beck-Verlag erscheinen, das auf das Stichwort Leipzig verzichtete, so dürfte derartige Ignoranz nach dem Jubiläumsjahr auch dank der hochkarätigen Ausstellung unmöglich geworden sein. Begleitet wurde sie von einem Katalog sowie einem Essayband, der – um das Resümee vorwegzunehmen – nicht nur lesenswert, sondern angesichts der opulenten Ausstattung auch sein Geld wert ist.

Der Band umfaßt vierzig Texte von vierunddreißig Autoren, auf die im einzelnen einzugehen hier nicht möglich ist. Die Einteilung folgt im wesentlichen der Gliederung der Ausstellung; die Essays vertiefen die einzelnen Themen oder fügen neue Aspekte hinzu.

(I) Eine erste, kleinere Gruppe ist im Inhaltsverzeichnis unter der Rubrik *Grundlagen und Vorgeschichte der Aufklärung* zusammengefaßt, eine etwas irreführende Benennung, da sich diese Beiträge inhaltlich nicht auf die Aufklärung beziehen. Erhellend sind die sechs Texte auf andere Weise; sie beleuchten die Frühzeit der Leipziger Universität und ihr Umfeld: die Gründung der Alma mater 1409, die Einführung der Reformation, das Leipziger bzw. das mitteldeutsche Bildungswesen vom Spätmittelalter bis zum Ende des Dreißigjährigen Krieges. Zwei Beiträge befassen sich mit Scholastik und Humanismus als den geistigen Grundlagen des frühen Universitätsbetriebs und mit der Vermittlung von mathematischen und naturwissenschaftlichen Kenntnissen bis 1550.

(II) Nach einem einleitenden Überblick zu Politik und Gesellschaft im sächsischen Kurfürstentum ist das Gros der Essays der *Aufklärung in Sachsen* gewidmet und in drei Gruppen untergliedert: (1) »Träger der Aufklärung«, (2) »Wissenschaftliche Disziplinen im Kontext der Aufklärung« und (3) »Formen der Bildung und der Wissenschaften außerhalb von Universitäten und Schulen«.

(1) Im Blick auf die Träger der Aufklärung beschäftigen sich drei Autoren mit den Institutionen der Wissensvermittlung – dem niederen Schulwesen, dem Gelehrtenschulwesen sowie den mitteleutschen Universitäten – und betten so die Leipziger Alma mater in schulische Strukturen und Bildungslandschaft ein. Die anderen Essays widmen sich bestimmten Leipziger Einrichtungen und speziellen sozialen Gruppen, die Wissen generierten und verbreiteten: Sozietäten, Verlagswesen, Bibliotheken, Naturalien- und Kunstsammlungen, gelehrten Adligen (hier ist das Forschungsdefizit aufgrund der einseitigen DDR-Historiographie besonders groß) und gelehrten Frauen (die sich ihr Wissen privat erarbeiten mußten). Man mag ein wenig bedauern, daß im Blick auf den zentralen Gegenstand, die Universität, kein Beitrag darunter ist, der sich mit den Trägern des Lehrbetriebs, also den ordentlichen und außerordentlichen Professoren sowie der großen Schar der Privatdozenten, beschäftigt. Das hätte nicht nur einen Blick auf die sozialen Bedingungen der Wissensvermittlung erlaubt, sondern auch die Möglichkeit geboten, überlieferte Urteile zu prüfen: Waren viele der ordentlichen Professoren wirklich so »stationär«, d. h. stehengeblieben, wie Goethe in »Dichtung und Wahrheit« behauptete? Gaben die ganz oder weitgehend auf Vorlesungshonorare angewiesenen außerordentlichen Professoren und Privatdozenten die frischen Impulse, lasen sie zuerst über neue Publikationen, Themen und Forschungsfelder?

(2) Mit den wissenschaftlichen Disziplinen befassen sich siebzehn Essays; sie bilden den größten Komplex. Das ist dem Schwerpunkt der Ausstellung und der in der Einleitung des Bandes formulierten Intention geschuldet: Man will langlebige Forschungsurteile, die Universitäten seien im 18. Jahrhundert in unproduktiver Wissensreproduktion erstarrt und in ihrer Bedeutung hinter die wissenschaftlich innovativeren Akademien zurückgefallen, korrigieren und differenzieren und am Beispiel Leipzigs zeigen, daß an den Universitäten »sehr wohl modernes Wissen Aufnahme und auch Förderung« erfuhr. Der Leser erhält einen guten Überblick über Transformation, Ausdifferenzierung und Neuentstehung von Fächern. So war die Universität Leipzig beispielsweise die Wiege der Arabistik, die sich aus ihrer dienenden Funktion für die Theologie löste und zu einer eigenen Philologie verselbstständigte, und auch auf dem Feld von Kunstgeschichte und Klassischer Archäologie ging man hier entscheidende Schritte. Geradezu eine Modeerscheinung waren Experimente mit dem »Electrisiren« als neuem Zweig der Physik, und Leipziger Professoren waren unter den ersten, die die Funken fliegen ließen. Der Essay von Oliver Hochadel zeigt anschaulich, wie Wissenschaft den Hörsaal verließ und zur galant präsentierten Unterhaltung wurde, bis sogar Schausteller in ihrer Bude vor dem Stadttor dem staunenden Publikum physikalische Kunststücke vorführten.

Verwunderlich ist die Einordnung des Beitrags über das »Leipziger literarische Leben« (Klaus Manger) unter die wissenschaftlichen Disziplinen, denn es geht nicht etwa um die Poetik als überkommene Lehre von der Dichtkunst, wie sie Gottsched als prominentester Vertreter unterrichtete, während im benachbarten Halle die Ästhetik als moderne Disziplin ihren Anfang nahm. Statt dessen werden bekannte Publizisten und Schriftsteller, beginnend mit dem 1640 verstorbenen Barocklyriker Paul Fleming, abhandelt. Das hätte besser in die Rubrik der außeruniversitären Bildungsformen gepaßt, so wie umgekehrt der Essay über die »Universität Leipzig als Stätte musikalischer Ausbildung« (Helmut Loos) zu den wissenschaftlichen Disziplinen gehört hätte, da er der Frage nachgeht, inwieweit Musiktheorie im Lehrkanon der Philosophischen Fakultät vertreten war.

(3) Den Band beschließen einige Essays über außeruniversitäre Formen der Bildung und Wissenschaften: Forschungs- und Bildungsreisen, die 1764 gegründete Kunstakademie, studentische Collegia musica, Musikausbildung an der Universität (wie gesagt inkonsequent zugeordnet) und Theaterwesen. Der letzte Beitrag macht auf »Wissenschaft und Gelehrtheit außerhalb der Universität« (Detlev Döring) aufmerksam und rückt u. a. Privatgelehrte wie Jacob Leupold

in den Blick, der das technische Wissen seiner Zeit sammelte und in einem mehrbändigen, unvollendet gebliebenen Werk, dem »Theatrum machinarum«, publizierte. Leupold war kein Physikprofessor, sondern renommierter Mechanicus mit Werkstatt am Matthäikirchhof. Ihm ging es um mehr als gelehrte »Curiosität«; die Mechanik, so forderte er, sollte Nutzen stiften, und das war ein zentrales Motto der Aufklärung. Inhaltliche Überschneidungen mit früheren Beiträgen machen deutlich, daß hier die Essays über Bibliotheken, Verlagswesen, Kunst- und Naturaliensammlungen, die den »Trägern der Aufklärung« zugeordnet sind, ebenso gut oder besser hätten platziert werden wären. Gerade diese Einrichtungen zeigen, wie sehr die gebildete Bürgerschaft der Handelsstadt Anteil am neuen Wissen der Zeit und an den aufklärerischen Bildungsbestrebungen nahm. Für die Leipziger Einwohner des 18. Jahrhunderts waren Handel und Universität die identitätsstiftenden Merkmale; auf beides war man stolz. »Leipzig pranget mit seiner Academie und Handelschafft wie ein kostbarer Ring mit seinen Edelgesteinen«, so formulierte es 1728 der Ratsbibliothekar Anton Weiz.

Der Band macht diesen Stolz verständlich. Mag auch die Systematik der Gliederung ein wenig unstimmig sein, dem Lesevergnügen tut das keinen Abbruch. Die Autoren waren angehalten, nicht für den engen Kreis von Fachleuten, sondern in allgemein verständlicher Form für die interessierte Öffentlichkeit zu schreiben und den Inhalt der Fußnoten auf Quellennachweise zu beschränken. Man wird jeden Beitrag mit Gewinn lesen können, auch wenn die Verfasser hin und wieder einiges an Vorwissen bei den Lesern voraussetzen.

Die Publikation ist großzügig mit Farabbildungen ausgestattet, das Layout ansprechend und leserfreundlich, die buchbinderische Verarbeitung solide, der Einband flexibel, aber durch eine Englische Broschur veredelt. Unter den vielen Publikationen, die zum Universitätsjubiläum erschienen sind, dürften nur wenige dem Leser und Käufer so viel für vergleichsweise wenig Geld bieten.

*Katrin Löffler (Leipzig)*

## Aufstieg und Niedergang der Buchstadt Leipzig

von Thomas Keiderling

ISBN: 978-3-86729-098-2

fadengeheftete Klappenbroschur

15 x 23 cm

208 Seiten, 80 schwarz-weiße Abbildungen

24,80 €

1. Auflage 2012



Buchstadt Leipzig – welch schillernder Begriff, glücklich erfunden und gefeiert, anerkannt in der Welt, oszillierend in der jüngeren Geschichte, politisch genutzt, schöngeredet, totgesagt, mit Herzblut verteidigt. Das Buch von Thomas Keiderling ist inspiriert von dieser immer wieder aufkeimenden Frage nach der Buchstadt und möchte anhand einer historischen Analyse Klarheit schaffen.

Ein erstmals kritischer Rundgang durch die über 500 Jahre währende Leipziger Buchgeschichte fördert dabei Bekanntes, aber auch völlig neue Fakten, Zäsuren und Zusammenhänge zu Tage. Viele glauben, die Buchstadt Leipzig sei in erster Linie durch den erfolgreichen Verlagsbuchhandel und Buchdruck konstituiert worden. Aber das kann der Autor nach einer gründlichen Recherche ausschließen. »Buchstadt« muss etwas anderes, muss mehr meinen – aber was? Warum und wodurch kam die Stadt zu diesem Titel, wann hatte er seine Berechtigung, und wie steht es um die Buchstadt Leipzig heute? Im vorliegenden Band werden die einzelnen »Lebensphasen« der Buchstadt Leipzig näher charakterisiert. Die Darstellung mündet in 15 Thesen zu Aufstieg und Niedergang der Buchstadt und zur Zentralität des Leipziger Platzes, die zur Diskussion einladen.

Aus dem Inhalt:

Frühe Vorgeschichte: Anfänge des Buchgewerbes in Leipzig ca. 1480–1618

Aufstieg zur führenden Verlags-, Druck- und Buchmessestadt 1618–ca. 1800

Die Geburt der Buchstadt – Der Leipziger Platz formiert sich ca. 1800–1871

Die Herrschaft des Buches – Leipzig auf dem Höhepunkt 1871–1914 (1916)

Die erste Phase des Niedergangs: Krisen, Depressionen, Krieg 1914–1943/45

Die zweite Phase des Niedergangs: Radikale Änderungen der Rahmenbedingungen 1943/45–1995

Was ist geblieben?

Thesen zur Buchstadt Leipzig



### Schule in Leipzig. Aspekte einer achthundertjährigen Geschichte

Hrsg. von Detlef Döring und Jonas Flöter

(Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig, 2), Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011, 383 S., Ladenpreis: 49 Euro, ISBN 978-3-86583-550-5

In der Reihe »Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Leipzig« erscheint nun der zweite Band »Schule in Leipzig. Aspekte einer achthundertjährigen Geschichte«. Der Tagungsband versammelt die Beiträge der wissenschaftlichen Tagung »Tag der Stadtgeschichte 2010«. Veranstaltet wurde die Tagung von der Stadt Leipzig sowie der Universität, der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, dem Schulmuseum sowie dem Leipziger Geschichtsverein e.V.

Die Schulgeschichte scheint in der aktuellen Leipziger Stadtgeschichtsforschung wenig beachtet. Allenfalls kleinere Einzeldarstellungen sind in jüngerer Vergangenheit entstanden. Eine moderne Gesamtdarstellung fehlt, trotz der verdienstvollen Vorarbeiten des 19. Jahrhunderts.<sup>1</sup> Der vorliegende Band wird nicht eine monographische Gesamtdarstellung ersetzen können, die Herausgeber verfolgen auch nicht diesen Anspruch, sondern möchten den derzeitigen Forschungsstand und die laufenden Vorhaben bündeln. Der Sammelband ist chronologisch aufgebaut und es lassen sich Aufsätze mit Überblickscharakter wie »Leipzigs Platz in der Geschichte der Pädagogik der Frühen Neuzeit« von Detlef Döring ebenso finden wie spezielle Darstellungen, z. B. »Das Jüdische Schulwerk in Leipzig 1912 bis 1942« von Barbara Kowalzik.

Eröffnet wird der Band durch Detlef Döring mit seinem bereits erwähnten Aufsatz zur Rezeption des Schulwesens im Aufklärungszeitalter, in welchem er auch die Stadt Leipzig verortet. Er wirft die Frage auf, welche Rolle die Universität und die mit ihr verbundenen Persönlichkeiten für die Schulgeschichte und das Erziehungswesen hatte. Professor Döring ist Historiker und Theologe und leitet bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig die Arbeitsgruppe »Edition des Briefwechsels von Johann Christoph Gottsched«.

Der Historiker und Archivar Gerald Kolditz vermittelt in seinem Artikel einen Überblick über Bestände im Staatsarchiv Leipzig, die für die Erforschung der Leipziger Schulgeschichte relevant sind. Er weist darauf hin, dass die schulgeschichtlichen Quellen im Staatsarchiv Leipzig vor und nach 1945 reich und zuweilen auch dicht überliefert sind, und stellt ausgewählte Quellenkorpora vor. Für die Erforschung der Schulgeschichte des 19. Jahrhunderts sind vor allem die Bestände der Kreishauptmannschaft und des Konsistoriums Leipzig zu nennen.

Enno Bünz, Professor für Sächsische Landesgeschichte an der Universität Leipzig, beschäftigt sich in seinem Aufsatz mit den Anfängen des Leipziger Schulwesens und stellt die Frage nach der ältesten Schule im heutigen Sachsen. An einen komprimierten Überblick über den aktuellen Forschungsstand schließen sich Ausführungen zu den Anfängen des Bildungswesens wie der Entwicklung geistlicher Strukturen im mittelalterlichen Leipzig an. Im Mittelpunkt der Argumentation Bünz' stehen die Frühphase der Leipziger Thomasschule und die vergleichende Analyse semantischer und struktureller Probleme der mittelalterlichen Schulgeschichte. Als gesichert kann demnach vor allem die Ersterwähnung der Thomasschule und eines Schulmeisters im Jahr 1254 angesehen werden.

Der Leipziger Magistrand Sebastian E. Richter setzt sich in seinem Aufsatz mit der Entwicklung eines spezifischen Schulhumanismus in den obersächsischen Bergstädten am Anfang des

1 An dieser Stelle sei auf die umfassende Schulgeschichte von Otto Kaemmel (1909) verwiesen, die in allen relevanten Beiträgen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts von den Referenten rezipiert wurde.

16. Jahrhunderts auseinander. Dabei stellt er Verknüpfungen zu den beiden Gelehrtenschulen in Leipzig, Thomas- und Nikolaischule, her. Richter versucht anhand von einzelnen Personen nachzuweisen, dass es Verbindungen zwischen den Schullehrern Leipzigs mit dem Schullhumanismus der erzgebirgischen Bergstädte gibt. Nach seiner Aussage fand die humanistische Gelehrsamkeit weniger an der Universität statt, sondern vor allem an den Lateinschulen von Leipzig und den Bergstädten des Erzgebirges.

Die Historikerin Theresa Schmotz geht in ihrem Beitrag auf die Leipziger Hauslehrer in der Frühen Neuzeit näher ein. Sie verortet dabei die Hauslehrer in der Leipziger Bildungslandschaft und versucht überblicksartig die Situation der Hauslehrerschaft am Leipziger Beispiel darzustellen.

Mit der Differenzierung des Leipziger Schulwesens um 1800 im sozialgeschichtlichen Kontext beschäftigt sich Thomas Töpfer, Historiker und wissenschaftlicher Assistent am Historischen Seminar der Universität Leipzig. Er betrachtet im Zeitraum zwischen 1792 und 1804 die Erweiterungen und Neustrukturierungen des Leipziger Schulwesens um Einrichtungen in städtischer Trägerschaft, dabei besonders die Ratsfreischule. Er zeigt Entwicklungslinien der Schulgründung und des spezifischen Lehrprofils auf. Ebenso versucht er anhand der Frequenzentwicklung bzw. der Sozialstruktur den Stellenwert der Ratsfreischule für die Stadt zu beleuchten.

Der Leipziger Historiker und Pädagoge Jonas Flöter bietet mit seinem Aufsatz eine Sicht auf das höhere Leipziger Schulwesen im 19. Jahrhundert. Er betrachtet die Entwicklung des neuhumanistischen Bildungsprinzips an den Gelehrtenschulen und fügt diesen Ausführungen eine Diskussion zur staatlichen Schul- und Reformpolitik im Kontext der Modernisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts an.

Hans-Martin Moderow, Historiker und nunmehr Fachreferent an der Thüringer Universitäts- und Landesbibliothek Jena, skizziert die »Grundlinien der Geschichte des Leipziger Volksschulwesens im 19. Jahrhundert«. Er beginnt seine Ausführungen chronologisch mit einer Darstellung der Verhältnisse um 1800 und setzt sich besonders mit den sächsischen Volksschulgesetzen von 1835 und 1873 als Zäsuren auseinander.

Die Direktorin des Stadtarchiv Leipzigs, Beate Berger, widmet sich in ihrem Aufsatz der Geschichte und archivalischen Überlieferung des Leipziger Lehrervereins und geht dabei umfassend auf die Vereinsgeschichte ein. Sie greift u.a. Aspekte wie Ausschüsse und Vereinigungen des Lehrervereins, das Vereinshaus in der Kramerstraße 4 und 6, die Comenius-Bücherei, das Institut für experimentelle Pädagogik und Psychologie, die Leipziger Lehrerzeitung und das Ende des Leipziger Lehrervereins sowie des Leipziger Lehrerinnenvereins auf.

Thematisch eng damit verbunden sind die Ausführungen von Andreas Pehnke zum Institut für experimentelle Pädagogik und Psychologie. Pehnke, Lehrstuhlinhaber für Allgemeine Pädagogik an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, stellt Konzept, Arbeiten und Geschichte des 1906 durch den Leipziger Lehrerverein gegründeten Instituts vor und ordnet diese in den reformpädagogischen Kontext ein.

Elke Urban, Pädagogin und Leiterin des Schulmuseums Leipzigs, nimmt sich des Themas der Grundschulbildung und Lesenlernen an und vergleicht Fibeln der letzten einhundert Jahre. Ihren Ausführungen liegt die These zugrunde, dass Fibeln Ausdruck der Bildungs- und Erziehungspolitik sind. Sie veranschaulicht anhand unterschiedlicher Fragestellungen (Wertevermittlung, staatsbürgerliche Erziehung, Militarisierung, Geschlechterrollen u.a.) die verschiedenenartigen Indoktrinierungsversuche vom Kaiserreich bis zur späten DDR-Zeit.

Olaf Hillert, Archivar und Bestandsreferent im Stadtarchiv Leipzig, beschäftigt sich in seinen Ausführungen mit dem katholischen Volksschulwesen im Zeitraum von 1720 bis 1938. Er geht dabei zunächst auf die Entwicklungslinien katholischer Präsenz in Leipzig nach der

Reformation ein und weist auf die Ausgangssituation des Schulwesens in Leipzig hin. Aus dieser Vorgeschichte heraus stellt er die Entwicklung der katholischen Volksschule dar. Er sieht dabei Zäsuren in den Jahren 1720 (Anstellung des ersten katholischen Lehrers), 1816 (Umgestaltung des katholischen Schulsystems), 1835 (Gesetz zum Elementar-Volksschulwesens), 1873 (»Gesetz zum Volksschulwesen«) sowie dem Zeitraum zwischen 1921 und 1938, dem Ende des katholischen Schulwesens in Leipzig.

Die Philosophin und Kulturwissenschaftlerin Barbara Kowalzik – eine ausgewiesene Kennerin der Jüdischen Geschichte Leipzigs – beschäftigt sich in ihrem Beitrag mit dem Jüdischen Schulwerk (1912–1942). Sie gibt einen Abriss über die historische Entwicklung des Schulwerks, beginnend mit der Gründung und der Zäsur des Unterrichtsbeginns 1912, gefolgt vom Zeitraum 1922–1933 mit der Umsetzung der neuen Schulgesetzgebung in Sachsen sowie dem Ende des Jüdischen Schulwerks in der Zeit des Nationalsozialismus.

Der letzte Artikel des Bandes stammt von Susanne Schötz, Professorin für Wirtschafts- und Sozialgeschichte an der TU Dresden, die sich mit dem Allgemeinen Deutschen Frauenverein (ADF) im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts und dessen Ringen um die Öffnung der Universitäten für Frauen befasst. Schötz geht in ihrem Beitrag auf die bürgerliche Geschlechterrolle der Frau ein und betont, dass die Öffnung der Universitäten für Frauen ein Grundanliegen des ADF war.

Ein Autorenverzeichnis, ein umfangreiches Personenregister und ein Abbildungsnachweis vervollständigen den trotz der thematischen und methodischen Heterogenität gut lesbaren Sammelband.

*Corinna Meinel (Leipzig)*

*Alexander Sembdner*

### **Stadt und Universität Leipzig im späten Mittelalter**

(Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte, Reihe B, Band 17)

Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2010, Ladenpreis: 32 Euro,

ISBN 378-3-374-02833-7

Im Zuge der Vorbereitungen für das Leipziger Universitätsjubiläum sowie die parallel dazu herauszugebende fünfbandige Universitätsgeschichte entstanden zahlreiche studentische Qualifikationsarbeiten zu Themen der Leipziger Universitätsgeschichte. Dazu zählt die vorliegende, von Alexander Sembdner als Magisterarbeit vorgelegte Studie über »Stadt und Universität Leipzig im späten Mittelalter«. Dies ist ein klassisches Feld der universitäts- wie stadtgeschichtlichen Forschung, nämlich die Einordnung der Universität an ihrem Standort. Waren die frühen Forschungen, etwa Gustav Wustmanns, vor allem von der Darstellung der Konflikte zwischen Universität und Stadt beherrscht, so zeigen jüngere Arbeiten, etwa die von Siegfried Hoyer und Henning Steinführer, deutlicher die kooperativen Aspekte und erweitern die Betrachtung um das in der Leipziger Stadtgeschichtsforschung bislang wenig beachtete Feld der Sozialgeschichte. Alexander Sembdner stellt die Forschungsgeschichte zum Themenfeld ausführlich vor. Für die eigene Untersuchung wählt er eine an den Termini der Soziologie orientierte Gliederung und wendet

sozialwissenschaftliche Methoden an. Dabei zieht der Autor jedoch vielfach wenig beachtete Quellen, wie etwa die Serie der Leipziger Jahreshauptrechnungen, heran. Verwunderlich ist lediglich, dass keine Quellen aus dem Leipziger Universitätsarchiv angeführt werden, obgleich der »Liber actorum et tractatum inter Senatam et Universitatem« als verloren gelten muss (vgl. S. 19, Anm. 43). Semdner geht in seinen Hauptkapiteln Schritt für Schritt von der Makro- über die Meso- zur Mikroebene der Beziehungen zwischen Stadt und Universität Leipzig vor. Dabei wird zunächst (auf der Makroebene) die Universität in der spätmittelalterlichen Stadt verortet und damit etwa studentisches Wohnen und Konsum. Hier wird anhand typischer Beispiele der Alltag aufgezeigt. Dazu gehört auch die »universitäre Delinquenz«, die mit Hilfe eines Modells zur mentalen Integration plastisch erläutert wird. Allerdings, so stellt der Autor fest, kam es zwischen Stadt und Universität nie zu einer dauerhaften Ausgrenzung. Mit Hilfe einer spieltheoretischen Erklärung wird verdeutlicht, dass »universitäre Delinquenz« insbesondere von kurzzeitig anwesenden Studenten ohne Aussicht auf einen akademischen Abschluss ausging.

Auf der Mesebene arbeitet der Autor mit verschiedenen Gruppenzuweisungen, etwa der »Meißnischen Nation«, den Leipziger Studenten und schließlich Gruppen wie der der ratsfähigen Familien Leipzigs. Diese werden quantifiziert und allgemeine Trends etwa der Immatrikulationsfrequenz festgehalten. Gestützt wird dies durch Grafiken im Anhang. Dabei kommt der Autor zu dem Schluss, dass die Studenten aus Leipziger Ratsfamilien einen höheren Abschluss an »ihrer« Universität anstrebten. Man hatte die Universität also als Möglichkeit des Prestigegewins erkannt und angenommen. Standen in der bisherigen Forschung vor allem die Juristen im Vordergrund, so kann Alexander Semdner herausarbeiten, dass es Apotheker und Mediziner waren, die zuerst über die Universität Eingang in den Rat fanden. Auch die Geschenkpraxis des Rates und der Universität wird als Ausdruck der »Kommunikation« in den Blick genommen. Es bleibt angesichts des sozialwissenschaftlichen Zugangs nicht aus, dass viele Einleitungen sehr theorielastig sind. Viele interessante Details findet man in den Anmerkungen und sähe sie doch für eine bessere Plastizität lieber im Haupttext. Insbesondere die sehr zahlreichen Nachrichten aus den Jahreshauptrechnungen hätten eine thematische Zusammenstellung und Analyse verdient.

Die Problematik der Gliederung nach soziologischen Termini wird schließlich im Kapitel zur Mikroebene deutlich. Hier scheinen viele Aspekte nochmals auf, etwa die der städtischen Bediensteten mit Universitätsabschluss und der Geschenkpraxis. Ungeachtet dessen werden hier aber erstaunliche sozialgeschichtliche Ergebnisse vorgelegt. So wird die besondere Stellung des Ordinarius der Juristenfakultät herausgearbeitet, der nicht selten als Syndikus des Rates fungierte. Ferner verdeutlicht eine Netzwerkanalyse, wo sich Rat und Universität besonders nahe standen. So bildeten sich Gelehrtenfamilien und Promotionsnetzwerke heraus, die deutlich zeigen, welch enge Symbiose Stadt und Universität eingegangen waren. Es sind besonders die Ratsfamilien, die dabei zum Zuge kamen: jeder vierte Student aus einer ratsfähigen Familie erlangte einen Universitätsabschluss. So ist die Arbeit stark auf den Rat fokussiert, da hierfür die meisten Quellen und Vorarbeiten vorliegen. Gleichwohl zeigt die im Anhang abgedruckte Liste von 206 Leipzigern, die an der Universität Leipzig studiert hatten, welches Potential der Arbeit innewohnt. Gleiches gilt für die umfänglichen Grafiken. Eine derart umfangreiche Magisterarbeit ist nicht selbstverständlich. So bleibt der Eindruck von einer breit angelegten Arbeit, die sich den wichtigsten Facetten des Verhältnisses Stadt-Universität widmet und offenbart, welche Forschungen im Bereich der Sozialgeschichte noch notwendig sind.

*Siegfried Hoyer***Kleine Geschichte der Leipziger Studentenschaft 1409–1989**

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2010, 311 Seiten, Ladenpreis: 24 Euro,  
ISBN 978-3-86583-480-5

Der Titel »Kleine Geschichte der Leipziger Studentenschaft 1409–1989« lässt erahnen, dass der Leser – Historiker wie interessierter Laie gleichermaßen – in erster Linie mit den Grundlinien des behandelten Themas in einem Zeitraum von fast 600 Jahren vertraut gemacht werden soll. Dies muss, wie man vielleicht vermuten dürfte, keineswegs bedeuteten, dass lediglich ausgewählte Aspekte in die Darstellung dieses elementaren Bestandteils der Universitätsgeschichte einfließen. Siegfried Hoyer, emeritierter Historiker an der Universität Leipzig, unterstreicht vielmehr in der Einleitung seine Absicht, den »Student in seiner Totalität« (S. 9) erfassen zu wollen, wobei Fragen des Studienalltags und –prozesses, eingebettet in den jeweiligen historischen und politischen Kontext, in ihrer Kontinuität und in ihren Brüchen die flüssig geschriebene und sehr gut lesbare Darstellung prägen. Die Ausgangslage muss dabei, mit Blick auf quellenmäßige Überlieferung, bisherige Gesamtdarstellungen (v. a. ältere Literatur mit ausdrücklichem Verweis auf Wilhelm Bruchmüller) sowie Untersuchungen zu speziellen Fragen als sehr differenziert, z. T. unbefriedigend bezeichnet werden, auch wenn die im Zuge des 600-jährigen Jubiläums der Alma Mater Lipsiensis erschienene fünfbändige »Geschichte der Universität Leipzig« hier manche Defizite und Desiderata zu schließen vermochte. Zudem hat sich der Vf. seit seiner Dissertation (»Der Auszug der deutschen Studenten aus Prag und die Gründung der Universität Leipzig«, 1960) fast sein gesamtes wissenschaftliches Leben – in Sonderheit in den beiden zurückliegenden Dezennien – mit relevanten Einzelfragen zur Geschichte der Leipziger Studentenschaft, vor allem im 19. und 20. Jahrhundert, befasst und damit faktisch die Grundlagen für seine nunmehr vorliegende Gesamtdarstellung gelegt.

In einem Längsschnitt behandelt Hoyer die Geschichte der Leipziger Studentenschaft in insgesamt neun Sachkapiteln, die schon aufgrund ihres quantitativen Umfangs eine unterschiedliche Gewichtung besitzen: Neben dem Kapitel über das erste Jahrhundert der Universität (30 Seiten), demjenigen über die Weimarer Republik (32 Seiten) sowie dem ähnlich starken über die Zeitspanne 1945–1989 (37 Seiten) ist es vor allem der sieben Jahrzehnte – Restauration und Wilhelminisches Reich – umfassende Zeitraum 1848–1918, der mit insgesamt 74 Seiten herausragt. Sowohl das erstgenannte wie auch das zuletzt erwähnte Kapitel sind jeweils in Unterabschnitte gegliedert, was deren Bedeutung für die Geschichte der Leipziger Studentenschaft eindrucksvoll unterstreicht. Schaut man auf die geographische Karte der Universitätslandschaft im Heiligen Römischen Reich im späten Mittelalter fällt auf, dass sich ein mehrere hundert Kilometer breiter, lockerer Streifen von Westen, beginnend in Löwen (1425) und Basel (1460) im Südwesten, sichelförmig nördlich der Alpen über Rostock (1419) im Norden und Prag (1348) im Süden nach Osten bzw. Ostmitteleuropa erstreckte – von Kulm (1386) südostwärts bis Fünfkirchen (1367). 15 Hohe Schulen – bei weitem nicht alle Gründungen erwiesen sich freilich als dauerhafter Erfolg – umfasste dieser Streifen, nahezu in der Mitte lag Leipzig, das bekanntermaßen seine Gründung der Sezession der Magister und Scholaren der landfremden, also nichtböhmischen, *naciones* an der Prager Universität im Gefolge des Kuttenberger Dekrets vom 18. Januar 1409 in entscheidendem Maße verdankt. Die inneruniversitären Kontroversen an der Carolina, die Vermischung von Pfründenkämpfen, philosophisch-theologischem Richtungsstreit sowie national-emanzipatorischen Forderungen der aufstrebenden intellektuellen Führungsschicht der einheimischen Tschechen manifestierten sich u. a. in der

Parteinahme Hussens und anderer Reformer für den englischen Magister John Wyclif, wobei sich – trotz mancher Verschwommenheit in Einzelfragen – seit den 1380er-Jahren die nominalistische Haltung mit den drei deutschen Universitätsnationen an der Carolina verknüpfte, während der ausgeprägte Realismus Wyclifs unter den böhmischen Magisters Anhang fand – also genau umgekehrt als bei Hoyer, der die Magister der drei nichtböhmischen *naciones* den Realisten zuordnet, während er in gleichem Atemzug für Hus, Pálec und andere tschechische Magister eine Übernahme der nominalistischen Philosophie des englischen Reformators konstatiert (S. 13).<sup>1</sup> Gerade für das erste Jahrhundert müssen zudem ergänzend, mit Blick auf die vom Autor dargelegten Aspekte (u. a. zur studentischen Frequenz, zum Studienalltag oder zu sozialen Aspekten), gewichtige aktuelle Forschungsergebnisse ergänzt werden, die jüngst in die neue Gesamtdarstellung der Geschichte der Leipziger Universität Eingang gefunden haben.<sup>2</sup> Ähnliches gilt für die wertvollen Untersuchungen von Stewing (*Schedulae actuum*)<sup>3</sup> und Kusche (Magisterkollegien).<sup>4</sup> Zahlreiche z. T. kontrovers diskutierte Fragen können vom Vf., wie bei der dichten Themen- und Materialfülle auch nicht anders zu erwarten, zudem nur gestreift werden, andererseits bleibt immer auch Platz für Geschichten am Rande. Menschlich anrührend hier etwa der Fall des blinden Andreas Beck aus Lützen, der 1621 dank seines beeindruckenden Wissens und Fleißes den Magistergrad erwarb.

Das Kapitel, das die Zeitspanne zwischen 1648 und 1730 umfasst, ist in seiner Überschrift insofern zu korrigieren, dass es nicht um die Ära zwischen dem Ende des 30-jährigen Krieges und dem **Früh**humanismus (als geistige Strömung gehört dieser in das 15. Jahrhundert!) geht, sondern vielmehr der **Neu**humanismus als Wiedererweckung der (literatur-) humanistischen Bewegung seit den 1730er-Jahren gemeint ist. Das schmale Kapitel steht mit elf Seiten im Verhältnis zu der doch recht umfangreichen Literatur (siehe Anmerkungen auf S. 290) zudem in einem gewissen Ungleichgewicht, erfährt der Leser hier doch vergleichsweise wenig über Lebenshaltungskosten, Nebenverdienstmöglichkeiten, Stipendien oder Formen studentischer Geselligkeit. Hier bietet das sich anschließende Kapitel über den Zeitraum 1730–1815 mehr Aussagen, was zweifellos auch dem Forschungsstand geschuldet ist, wobei u. a. Reflexionen und persönliche Erinnerungen von Zeitgenossen Einblicke in den Studentenalltag sowie Lern- und Wohnmöglichkeiten gewähren. Der Vf. zeigt hier auch auf, in welchem Umfang, unter welchen konkreten Bedingungen und mit welchen Auswirkungen ausländische Studenten die Universität Leipzig frequentierten. Die Einflüsse der europäischen Geschichte auf das Burschenschaftswesens in seinen einzelnen Entwicklungsetappen (Kap. 6) werden klar skizziert, der lange Weg zur »Massenuniversität« (Kap. 7) in seinem Auf und Ab von Restauration und Fortschritt beleuchtet, die Grundstrukturen des Verbindungslebens hinterfragt, die Rolle der Corps in ihrem elitären Selbstverständnis verdeutlicht, Aussagen zur sozialstatistischen Schichtung der Studenten wiederholt und komparativ analysiert, das Novum von Frauen als vollbe-

1 Vgl. Peter Hilsch, Johannes Hus. Prediger Gottes und Ketzer, Regensburg 1999, S. 51 f. sowie František Šmahel, Die Hussitische Revolution, Bd. 2, S. 788 ff. (Schriften/Monumenta Germaniae Historica, Bd. 43). Hannover 2002.

2 Grundlegend hierzu jetzt Enno Bünz, Gründung und Entfaltung. Die spätmittelalterliche Universität Leipzig 1409–1539, in: Geschichte der Universität Leipzig 1409–2009, Bd. 1, Leipzig 2009, S. 21–325.

3 Frank-Joachim Stewing, Vier studentische Belegzettel aus der Frühzeit der Leipziger Artistenfakultät, in: NASG 80 (2009), S. 67–103.

4 Beate Kusche, »Ego collegiatus« – Die Magisterkollegien an der Universität Leipzig von 1409 bis zur Einführung der Reformation 1539. Eine struktur- und personengeschichtliche Untersuchung (Beiträge zur Leipziger Universitäts- und Wissenschaftsgeschichte A6). Leipzig 2009.



rechtigte Student(inn)en seit dem Wintersemester 1906/07 – mit anfänglich diskriminierenden Einschränkungen – hervorgehoben, die Folgen der Reichsgründung von 1871 und deren Auswirkungen auf das Verbindungs- und Vereinsleben geschildert, der Blutzoll, den die Universität mit fast 1 400 toten Studenten und Lehrkräften im Ersten Weltkrieg zahlen musste, benannt.

Die drei abschließenden Kapitel sind der Weimarer Republik, der NS-Zeit (die Zeit des Zweiten Weltkriegs macht hier allerdings, nicht zuletzt aufgrund bisher fehlender Forschungen, lediglich zwei Seiten aus!) sowie der Zeitspanne 1945–1989 gewidmet, wobei das Ende 1989 etwas abrupt erscheint. Zudem stellt sich die Frage, ob es nicht doch sog. Ego-Dokumente, also Selbstzeugnisse, zur DDR-Zeit gibt, die Studienbedingungen und -alltag in concreto reflektieren, zumal die Schwerpunkte im letzten Kapitel eindeutig in der Zeit vor 1970 liegen.<sup>5</sup> Wie spielte sich das Leben in FDJ- und Seminargruppen ab, welche Freiräume/Nischen gab es, wie gestaltete sich das Stipendienwesen, welche Rolle spielten ausländische Forschungsstudenten, wie gestaltete sich die staatliche Überwachung und welche repressiven Maßnahmen wurden (nicht allein durch die Staatssicherheit) gegen Studenten ergriffen, die sich geltenden Normen widersetzen – dies sind nur einige Fragen bzw. Themenkomplexe, die hier nicht angesprochen werden. Dennoch darf, summa summarum, die mit wenigen, aber aussagekräftigen Bildern ausgestattete Darstellung insgesamt als sehr gelungen gelten, hat der Autor doch eine große Stoffmenge souverän angeeignet, diese strukturiert und in eine spannend zu lesende Überblicksdarstellung eingebunden, die zugleich deutlich macht, wo Desiderata noch immer bestehen, welche hoffentlich, sofern die Quellen dies gestatten, schrittweise geschlossen werden können, so dass man dereinst einmal eine »Große« Geschichte der Leipziger Studentenschaft verfassen kann.

*Thomas Krzenek (Leipzig)*

### **Leipziger Almanach 2009/2010. Informationen – Kalendarien – Aufsätze**

*Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, Stadtarchiv Leipzig (Hrsg.)*

Leipziger Universitätsverlag 2010, 305 S., Ladenpreis: 24 €, ISBN 978-3-86583-498-0

Der »Leipziger Almanach« tritt als Jahrbuch des Stadtarchivs Leipzig konzeptionell und inhaltlich die Nachfolge des bisherigen »Leipziger Kalenders« an. Leider findet der Leser dazu in Ermangelung eines aufklärenden Vorwortes zur auch optisch in neuem Gewand erscheinenden Publikation keine Erläuterungen des Herausgebers, zumal seit 1994 (»Räume voll Leipzig«) zum dritten Mal Name und Erscheinungsbild dieser stadthistorischen Reihe geändert wurden. So bleibt auch offen, ob künftig wieder Jahresbände oder wie zum Auftakt weiterhin Doppelbände für zwei Jahre erscheinen sollen. Neben der neuen Umschlaggestaltung und dem höheren Preis (zuvor 19 € bei z. T. größerer Seitenzahl) finden sich die aus dem »Leipziger Kalender« bekannten Rubriken mit den Künstlerporträts, die im Zusammenhang mit deren Ausstellungen

<sup>5</sup> Andeutungsweise kommt dies, wenn auch unter anderen Intentionen, zur Sprache in Hartmut Zwahr, *Die erfrorenen Flügel der Schwalbe. DDR und »Prager Frühling« – Tagebuch einer Krise 1968 bis 1970*, Bonn 2007.

im Stadtarchiv stehen (jetzt mit Farabbildungen), gefolgt von der »Kleinen Chronik der Stadt Leipzig« und den Jahres- und Gedenktagen von 2009 bis 2011. Die Zusammenstellung der wichtigsten Daten dieser Rubriken hat wie in den Vorjahren Beate Berger übernommen. Darauf folgen elf Fachbeiträge zu stadtgeschichtlichen Themen, deren zeitlicher Horizont vom Mittelalter bis in die Gegenwart reicht.

Heinz Weithaas geht in seinem Aufsatz über das alte Schloss, die Pleißenburg und das Nonnenkloster in Leipzig vor allem deren Standortfrage an Hand alter Chroniken, Beschreibungen und Stadtansichten nach. Dem Wandel in Reformations- und Kriegszeiten sowie älteren bildlichen Darstellungen der Stadt sind jeweils eigene Abschnitte gewidmet.

Georg Meyer-Thurow erinnert an Johann Gottfried »Seumes vergessenen Widerstand gegen die französische Fremdherrschaft nach 1805«, der nicht nur in Wort und Schrift, sondern auch in konkretem Handeln Ausdruck gefunden habe. Dabei geht der Autor insbesondere auf Zusammensetzung, Ziele und Aktionen der »deutschen Verbindung« in Leipzig ein, der auch Seume angehörte. Allerdings bleibt Meyer-Thurow meist direkte Belege für Seumes Aktivitäten schuldig [weil es diese offensichtlich nicht gibt] und interpretiert aus Sicht des Rezensenten in seinen letzten beiden Abschnitten Einschätzungen und Fakten zur deutschen Geschichte zwischen 1806 und 1815 etwas zu pauschal und großzügig. Ein bisher weniger bekanntes Kapitel zur »Geschichte der Leipziger Polizei(en)« stellt Clemens Heitmann auf 16 Druckseiten dar. Sein Beitrag basiert auf der selbst durchgeführten Erschließung und Auswertung der umfangreichen Archivalien des Stadtpolizeiamtes im Stadtarchiv Leipzig und bietet eine Fülle neuer Fakten, Hintergründe und Einschätzungen zur polizeilichen Arbeit im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Heitmann zeigt sowohl die facettenreichen Aufgaben der einzelnen Polizeisparten wie Wohlfahrts-, Bau-, Gesundheits- und Sicherheitspolizei als auch deren strukturelle und personelle Entwicklung auf. Quantitativ bilden die 1920er- und 1930er-Jahre im Beitrag einen Schwerpunkt, bei dem der Autor unter anderem exemplarisch den Werdegang eines Leipziger Polizisten an Hand seiner Personalakte nachvollzieht. Claus Uhlrich stellt im folgenden Beitrag die Kriegerdenkmale Leipzigs »zwischen Heldenkult und Friedensmahnung« aus dem Zeitraum 1870 bis 1945 in Wort und Bild vor. Einige Wertungen und historische Einbettungen in die Nationalgeschichte sind jedoch weder zeitgemäß noch sachlich zutreffend und erinnern den Rezensenten sehr an den Duktus der DDR-Schulgeschichtsbücher. So wird auf Seite 147 Kaiser Wilhelm II. pauschal »als Interessenvertreter des deutschen Großkapitals« bezeichnet und zudem werden ihm unzutreffender Weise die obendrein noch falsch zitierten Worte des damaligen Außenstaatssekretärs Bernhard von Bülow »Deutschland braucht seinen Platz an der Sonne!« in den Mund gelegt. Es folgen Aufsätze zum »Akademischen Gesangsverein Arion im Kreis der Leipziger Musikvereine des 19. und frühen 20. Jahrhunderts« (Stephan Greiner) und zur Bodenreform im Kreis Leipzig (Mathias Kaiser). Greiner setzt in seinem umfangreichen Aufsatz dem bislang weniger bekannten Gesangsverein »Arion« ein Denkmal. Er stützt sich dabei aber überwiegend auf gedruckte Quellen, obwohl im Staatsarchiv Leipzig dazu einschlägige Archivalien wie die Vereinsregisterakte zugänglich sind. Der Artikel zur Bodenreform in Leipzig ist, übrigens ebenso wie die Beiträge von Meyer-Thurow und Greiner, bereits an anderer Stelle erschienen, hier jedoch in einer kürzeren Fassung als im Jahrbuch 2009 »Stadtgeschichte« des Leipziger Geschichtsvereins. Bemerkenswert ist seine Feststellung, dass die Bodenreform im Stadtkreis Leipzig in der Praxis weder nach den Vorstellungen der Landesverwaltung Sachsen und der Leipziger Stadtverwaltung [die wiederholt verwendete Bezeichnung »Stadtoberen« scheint für diese Zeit eher unpassend] noch der Sowjetischen Militäradministration durchgeführt wurde (S. 186–188). Im Anschluss berichtet Andreas Pehnke über die »Geradlinigkeit der Leipziger Neulehrerin Ursula Pomper«, die wegen ihrer antimilitaristischen und nicht systemkonfor-

men politischen Einstellung 1952 in Leipzig mit einem Berufsverbot belegt wurde. Allerdings ging es 1952 noch nicht um die Bildung der Nationalen Volksarmee (NVA) (S. 209), sondern um deren Vorläufer Kasernierte Volkspolizei (KVP). Ein instruktiver Beitrag über die Sammelstiftung der Stadt Leipzig nach dem Zweiten Weltkrieg (Robert Schwarz) und ein Aufsatz von Thomas R. Müller über »Glasnost auch in der Psychiatrie« in Leipzig zwischen 1989 und 1993 tragen ebenfalls zur inhaltlichen Breite der Publikation bei und bieten ganz spezielle Einblicke in DDR-Randbereiche bzw. in die Zeit tiefgreifender gesellschaftlicher Umbrüche um 1990. Ein weiterer Beitrag des Leipziger Almanachs widmet sich dem Thema »Volkslied und Gegenwart« (Reinhard Szeskus). Der Leipziger Musikwissenschaftler hält ein leidenschaftliches Plädoyer für die Pflege unseres Volksliedgutes und fordert insbesondere wieder dessen stärkere Verankerung in der musischen Schul- und Vorschulerziehung als mentales Gegengewicht zu der scheinbar alles beherrschenden Rock- und Popkultur unserer Tage. Ähnlich engagiert und überzeugend informiert und mahnt Birk Engmann in seinem als Denkschrift apostrophierten Beitrag »Gedächtnisverlust – Wie unser Bauerbe zerstört wird«. Dabei macht der Autor deutlich, dass durch Zersiedelung auf der einen und Abriss von alten, häufig genug erhaltenswerten und Stadtbild prägenden Bauwerken (»das große Häusersterben«) auf der anderen Seite, durch fragwürdige Verkehrsprojekte und »Rückbau« ganzer Wohnquartiere Urbanität und Identität verlorengehen – und dies nicht nur in Leipzig. Diese beiden letzten Aufsätze im Leipziger Almanach hätten unbedingt ein noch breiteres Podium verdient, um mehr Gehör und Widerhall (oder wenigstens Nachdenken) gegen den immer mehr um sich greifenden Kulturverfall bzw. eine verflachende und zunehmend verfremdende »Event(un)kultur« zu finden. Mit ihren aktuellen Bezügen, ihrem Appell an den gesunden Menschenverstand und für die Bewahrung und Pflege unseres kulturellen Erbes schlagen die Autoren eine Brücke von der Gegenwart in die Zukunft – zwei Aufsätze, die man in einer vorrangig als Jahrbuch der Stadtgeschichte angelegten Publikation so nicht erwartet hätte.

Den letzten Teil der Publikation füllen wie auch beim »Leipziger Kalender« eine Übersicht über neue Literatur zur Stadtgeschichte, erstellt von der Bibliothekarin des Stadtarchivs Leipzig, Birgit Ohlhof, sowie die Jahresberichte des Stadtarchivs (2007 und 2008) mit Angaben zu den Arbeitsergebnissen in den archivfachlichen Kernbereichen wie Benutzung und Anfragenbearbeitung, Erschließung, Behördenberatung und Archivgutübernahmen, Bestanderhaltungsmaßnahmen und Öffentlichkeitsarbeit. Dass dieser Teil (55 Druckseiten) zusammen mit dem rund 100 Seiten umfassenden Abschnitt von Chronik, Jahres- und Gedenktagen allerdings die Hälfte des Gesamtumfangs des »Leipziger Almanachs« ausmacht, erscheint dem Rezensenten im Hinblick auf die angepeilte Zielgruppe, also vor allem die an der Stadtgeschichte interessierten Bürger, doch zu umfangreich im Verhältnis zu den Fachbeiträgen.

*Gerald Kolditz (Leipzig)*

**Friedrich Gottlob Leonhardi: Leipzig um 1800. Kommentierte und mit einem Register  
versehene Neuausgabe der »Geschichte und Beschreibung  
der Kreis- und Handelsstadt Leipzig« (1799)**

*Hrsg. von Klaus Sohl*

Lehmanns, Leipzig 2010, 464 S., 60 Abb. und eine Karte, Hardcover, Schutzumschlag,  
Ladenpreis: 39,90 €, ISBN 978-3-942473-03-3

Der Wert einer kompakten Stadtbeschreibung wie der 1799 erschienenen des Leipziger Ökonomieprofessors Friedrich Gottlob Leonhardi ist offenkundig; jeder historisch Interessierte ist dankbar für eine solche Momentaufnahme der städtischen Topographie, Verwaltung, Wirtschaft, Kultur usw. Antiquarisch ist dieses Buch nicht erhältlich, und um so mehr kann man sich daher über die Neuausgabe freuen, die Klaus Sohl im Lehmanns-Verlag herausgegeben hat. Sohl hat überdies hinzugefügt, was ein damaliger Rezensent vermisste, der anmerkte, es sei zu wünschen, dass der Verfasser der »bessern Brauchbarkeit halber« dem Buch ein Register angehängt hätte, wie es bei »Werken dieser Art« niemals fehlen sollte (Allgemeine Deutsche Bibliothek, 1800, 55. Band, 1. Stück). Der heutige Leser kann sich dank eines Registers der Orts- und Personennamen leicht orientieren, und darüber hinaus ist der Band kommentiert.

Was hat Leonhardi zu bieten? Der Autor beginnt mit der topographischen Beschreibung der Stadt und Vorstädte, wobei er mehr oder weniger umfangreiche Informationen zu Baugeschichte, Besitzern und derzeitiger Nutzung der Gebäude vermittelt. Der Leser erfährt beispielsweise, dass man in der (Großen) Funkenburg gern Gose trinkt und dass auf dem Naschmarkt früher Obst zu kaufen war, nunmehr Fleisch und während der Messen Oberlausitzer Strickstrümpfe verkauft werden. Erst wenige Jahre vor Erscheinen des Bandes waren sämtliche Häuser nummeriert worden, und diese Nummern finden sich auch auf dem beigegebenen Plan, sodass sich die Lage der beschriebenen Gebäude leicht ermitteln lässt.

Als nächstes folgen zwei Kapitel zur Einwohnerschaft und ihrem Broterwerb, und Kapitel fünf bis acht beinhalten Auskünfte zu Gerichtsverfassung und Policey (Stadtwahe, Straßenreinigung, Wasserversorgung, Brandschutz etc.), zu den gottesdienstlichen Verhältnissen samt einer historischen Einleitung, zu Steuereinnahmen und Landeskollegien (Oberhofgericht, Oberpostamt, Bücherkommission etc.). Neuntes und zehntes Kapitel sind den Unterrichtsangelegenheiten gewidmet; Leonhardi beschreibt die Struktur und das Personal der Universität, die mit ihr verbundenen wissenschaftlichen Sozietäten, die städtischen Schulen, die Taubstummenschule und einige private Lehranstalten. Ein oft gerühmter Vorzug Leipzigs bestand in den Bibliotheken und teilweise hochkarätigen Naturalien- und Gemäldesammlungen, die der Autor im elften Kapitel schildert. Soziale Einrichtungen stellt er im darauffolgenden Kapitel vor, darunter das »Arbeitshaus für Freywillige«, in dem hilfsbedürftige Personen, auch Kinder, ihren Lebensunterhalt mit Spinnarbeiten verdienen konnten. Die Kinder erhielten außerdem Unterricht in Religion und »ändern nützlichen Wissenschaften«. Leonhardi spricht es nicht aus, aber das Interessante an dieser 1792 gegründeten Anstalt ist der Wandel, der sich mit ihr andeutet: von der »milden Stiftung«, die in frommen, aus dem Mittelalter stammenden Traditionen wurzelt, zur nützlichen Versorgungseinrichtung, die auf eigene Aktivität setzt und die Begünstigten nicht zu Almosenempfängern macht. Die beiden letzten Kapitel sind den geselligen Zusammenkünften, den Annehmlichkeiten und Vergnügungen von Leipzig und seiner Umgebung gewidmet und beschreiben knapp die Ortschaften, die zum Leipziger Kreis gehörten.

Die Neuausgabe besitzt nicht denselben Umfang wie das Original. Ausdrücklich gekürzt wurde u. a. um die umfangreiche Einleitung zur Geschichte Leipzigs sowie Passagen zum Münz-

und Steuerwesen, die speziellen historischen Interessen vorbehalten und durchaus verzichtbar sind. Mit dem komplett gestrichenen 14. Kapitel sind aber leider nicht nur Postkurse und Briefsteuern weggefallen, was zu verschmerzen ist, sondern auch einige praktische Hinweise für Fremde, die heutzutage zu jedem Reiseführer gehören: eine Aufzählung empfehlenswerter Leipziger Gasthöfe, Preisangaben für Sänften, falls sich jemand »herumtragen lassen will«, Einkaufstipps (Seidenwaren, Uhren, Rauchwaren, Hüte etc.), Badegelegenheiten und Ärzte für den Notfall. Nicht alle Auslassungen sind kenntlich gemacht; so fehlen die Seiten 257 bis 263 des Originals, auf denen Leonhardi Zahlen zu Trauungen, Geburten und Todesfällen von 1617 bis 1759 auflistet und sich Gedanken über die hohe Sterblichkeit in Leipzig und die demographische Entwicklung macht.

Das Muster für Leonhardis Stadtbeschreibung war die Beschreibung der königlichen Residenzstädte Berlin und Potsdam, die der Berliner Aufklärer Friedrich Nicolai 1786 in neubearbeiteter Auflage publiziert hatte. Mit diesem Vorbild verband sich ein aufklärerischer Anspruch: Die Darstellung folgt einer klaren Disposition, der Autor legt seine Quellen offen und geht kritisch mit ihnen um, und er verzichtet auf die unterhaltsamen Mord- und Wundergeschichten, die früheren Chroniken beigegeben waren. Die Historikerin Heidrun Homburg ist in einer kleinen Studie zu dem Ergebnis gekommen, dass Leonhardis Buch dennoch hinter den Standards, die Nicolai gesetzt hatte, zurückblieb. So fallen erst im Vergleich manche Auslassungen ins Auge, zum Beispiel die knappe Behandlung der nichtlutherischen Einwohner, d. h. der Juden, Reformierten und Italiener, denen nur wenige Zeilen gewidmet sind. Politisch heikle Themen, so Homburg, blieben bei Leonhardi ausgespart, vielmehr singe er eher ein Loblied auf das weise städtische und landesherrliche Regiment. Sein Bild von Leipzig bleibe eigentümlich statisch, wohingegen Nicolai ein anschauliches Bild der Kräfte Berlins zeichne, die die Entwicklung der Stadt vorangetrieben hätten. Die wesentliche Ursache sieht Homburg in Leonhardis Einbindung in den »engen Leipziger Kosmos«. Für eine quellenkritische Einschätzung seines Werkes sollte der Leser also Heidrun Homburgs zweiteiligen Aufsatz heranziehen; publiziert wurde er in: Stadtgeschichte. Mitteilungen des Leipziger Geschichtsvereins 2000, Nr. 3 und Nr. 4. Klaus Sohl weist zwar in seinem Nachwort darauf hin, aber angesichts der Tatsache, dass die Mitteilungen damals nicht über den Buchhandel zu beziehen waren, hätte man sich im Interesse der Leser ein ausführlicheres Referat von Homburgs Ergebnissen gewünscht.

Erfreulich wäre, wenn die schöne, typographisch und buchbinderisch solide gestaltete Neuausgabe eine weiterführende Beschäftigung mit Leonhardi und dem Genre der Stadtbeschreibung anregen würde. So könnte beispielsweise der Vergleich mit dem Unternehmen eines Vorgängers, Johann Gottlob Schulz' Beschreibung der Stadt Leipzig (1784), für die Untersuchung von Quellenwert und Intention solcher Werke aufschlussreich sein. Hingegen zeigt ein wenige Jahre später publiziertes Büchlein die Entwicklung zum Reiseführer: Ein praktisch denkender, anonym bleibender Autor verfasste einen handlichen Auszug aus Leonhardis Werk und älteren Texten, quasi ein Taschenbuch, das 1806 unter dem Titel Neue Beschreibung von Leipzig mit einem Vorwort von Leonhardi erschien.

*Katrin Löffler (Leipzig)*

*Alexander Lange*

**Meuten – Broadway-Cliquen – Junge Garde.  
Leipziger Jugendgruppen im Dritten Reich**

(= Geschichte und Politik in Sachsen, Bd 27). Böhlau, Köln/Weimar/Wien 2010,  
371 S., Ladenpreis: 44,90 Euro, ISBN 978-3-412-20594-2

Mit der oppositionellen Haltung Leipziger Jugendlicher während der NS-Zeit und ihrem Zusammenschluss in Meuten beschäftigten sich bisher nur wenige Arbeiten westdeutscher Historiker. In der DDR-Zeit blieb das Thema angesichts der Präferenz des kommunistischen Widerstandes unbeachtet. Häufig offiziell angeregte Erlebnisberichte über diesen prägten die Überlieferung. Das konnte »schnell das Bild von Opposition und Widerstand verzerren, da vergleichende Nachrichten über andere Gruppen fehlten« (S. 31).

Lange untersucht in einer 2009 abgeschlossenen Dissertation alle Jugendgruppen während des Dritten Reiches einschließlich der Meuten. Seine Arbeit besitzt eine solide Quellenbasis. Neben umfangreichen Archivmaterialien wurden private Nachlässe herangezogen, ebenso zahlreiche Interviews mit Zeitzeugen.

Im ersten Kapitel werden die in der Stadt bestehenden Jugendgruppen am Ende der Weimarer Republik vorgestellt. Das zweite Kapitel behandelt das Ende der demokratischen Jugend durch Verbot und Druck des NS-Staates nach 1933. Interessant ist die These, dass die kommunistische Widerstandsgruppe zwischen 1933 und 1935 am Japanologischen Institut der Universität unter der Leitung von Gerhard Mehnert im Kern aus Angehörigen der Bündischen Jugend bestanden haben soll (S. 128/129). Allerdings müsste das durch eine Analyse aller Teilnehmer erhärtet werden, die infolge der Quellenlage (zur Zeit?) wohl nicht möglich ist. Die zutreffend beschriebene Sonderrolle der polnischen Pfadfinder als ausländische Jugendliche hätte einen Blick auf die damals starke Gruppe von Polen in Leipzig mit eigener Schule, mehreren Vereinen u. a. vertragen.

Das dritte Kapitel ist den Meuten als Form jugendlicher Opposition gewidmet. L. listet alle bekannt gewordenen Gruppen im Stadtgebiet und dessen Umgebung auf. Ihre Mitglieder nannten sich selbst häufig »Bündische Jugend« und wurden teilweise auch von der Hitlerjugend (HJ) so bezeichnet. Es bestand zwar keine Kontinuität zu den Gruppen der Bündischen Jugend vor 1933, aber ein ähnliches Anliegen – die unbedingte Wahrung der persönlichen Eigenheit. Aus einigen Stadtteilen, die vom gehobenen Bürgertum bewohnt wurden, sind keine Treffpunkte überliefert, aber aus deren Randzonen. Nach vorsichtigen Schätzungen gehörten etwa 1 500 Jugendliche zu Meuten, 400 von ihnen wurden aktenkundig. Lange entwickelt aus deren Berufen, soweit sie bekannt wurden, die These, dass sie vor allem aus der Arbeiterschaft kamen, teilweise vor 1933 sozialistischen Jugendorganisationen angehörten oder ein Elternhaus dieser Prägung hatten. Das unterscheidet die Leipziger Meuten von den bürgerlich zusammengesetzten Edelweißpiraten in westdeutschen Städten. Eine Statistik des HJ-Einflusses an Schulen 1936 (S. 69) stützt diese These, da Mitglieder der NS-Jugendorganisation an den Berufsschulen mit 34 % am geringsten vertreten waren. Als Ursachen dafür sollten neben politischen und sozialen Gründen auch persönliche Motive, jugendlicher Oppositionsgeist, der Drang nach individueller Gestaltung der Freizeit u. ä. in Betracht gezogen werden.

Ein vierter Abschnitt über sozialistische Jugendgruppen nach 1936 behandelt die Nutzung legaler Sport- und Freizeitorganisationen als Tarnung, um außerhalb der HJ organisierte Jugendarbeit fortsetzen zu können. An den Beispielen wird deutlich, wie die in der DDR erschienenen Berichte gewichtet waren. Getarnte Gruppen ehemaliger Mitglieder der sozialdemokratischen



Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ) werden auf knapp ½ Seite erwähnt, während die Tätigkeit der von früheren Angehörigen der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) und dem Kommunistischen Jugendverband (KJV) gebildeten KDF-Gruppe epische Breite (29 S.) gewinnt. Jugendliche, die Lange nicht als »links-sozialistisch« einstuft, scheinen solche Tarnungen nicht benutzt zu haben.

Der fünfte Abschnitt wendet sich der Jugend im Kriege zu. Noch vor dessen Ausbruch war im März 1939 der HJ-Dienst für alle deutschen Jungen und Mädchen per Gesetz zur Pflicht geworden. L. schildert ausführlich, dass HJ und NS-Staat nicht in der Lage waren, die Dienstpflicht real durchzusetzen. Das im März 1940 erlassene Jugendschutzgesetz unterband zwar nicht die freie Bewegung der Jungen und Mädchen in der Öffentlichkeit (so S. 279), engte aber die Teilnahme an Vergnügungen, auch den Besuch von Gaststätten enorm ein, so dass Frust und Widerspruch entstanden. Nach einer Pause 1939/40 bildeten sich erneut Meuten. Sie waren im Grunde gleiche Zusammenschlüsse wie die 1939 von den NS-Sicherheitsorganen zerschlagenen Vorgänger, nun aber von Jugendlichen, die infolge ihres Alters keine Beziehungen mehr zur organisierten Arbeiterjugend hatten. Großen Einfluss gewannen unter ihnen wie auch bei anderen oppositionellen jugendlichen Formen der amerikanischen »Lebensweise« (Jazz, Swing) und symbolträchtige Termini (Broadway), die eine lässige Gegenposition zum Drill und der vormilitärischen Praxis in der HJ demonstrierten.

Nach dem Beginn der Luftangriffe auf Leipzig (Herbst 1943) und der frühen Einberufung der jungen Männer zum Wehrdienst schrumpften diese Oppositionsgruppen und verschwanden mit dem Näherkommen der Front völlig.

Eine Bemerkung erfordert die von L. für die politische Organisation verwendete Milieuthese des Soziologen Rainer M. Lepsius. Politisch linke Parteien ordnet dieser dem *sozialistischen* Milieu zu; L. spricht allerdings von *linkssozialistisch*. Gibt es seiner Meinung nach auch *rechtssozialistische* Gruppierungen? Einheitlich war bei den linken Parteien in der Weimarer Republik lediglich die soziale Herkunft eines großen Teiles ihrer Mitglieder. In allen anderen politischen Fragen, auch den Methoden der Auseinandersetzung mit dem Gegner, standen sie sich konträr, ja feindlich gegenüber. Sie verband weder eine Gesinnungsgemeinschaft noch überformte das Milieu ihre Konflikte. Deshalb ist die Kategorie eines sozialistischen Milieus von Lepsius für die Zeit nach 1918 unbrauchbar.

Lange hat ein interessantes und informatives Buch vorgelegt, das eine Lücke in unseren Kenntnissen über den Widerstand in der NS-Zeit schließt. Es sollte auch anregen, nach weiteren Zeitzeugen und Unterlagen zu suchen. Außerdem ist, das wird bei den entsprechenden Passagen in Langes Arbeit deutlich, eine gründliche Erforschung der Gegenseite, der Staatsjugend in der NS-Zeit, mit allen Facetten erforderlich, um die Situation der Jungen und Mädchen insgesamt plastischer darstellen zu können.

*Siegfried Hoyer (Leipzig)*

## Industriearchitektur in Sachsen. Erhalten durch neue Nutzung

Hrsg. von Bernd Sikora, dem Deutschen Werkbund Sachsen e.V. und dem Institut für Industriearchäologie, Wissenschafts- und Technikgeschichte der TU Bergakademie Freiberg

Edition Leipzig, Leipzig 2010, 144 S., Ladenpreis: 29,90 Euro, ISBN 978-3-361-00654-6

Industriekultur und Industriearchitektur erfreuen sich in letzter Zeit größerer Aufmerksamkeit: im vergangenen August ist mit den Fagus-Werken im niedersächsischen Alfeld ein technisches Baudenkmal der klassischen Moderne zum Weltkulturerbe erklärt worden. Auch in Sachsen scheint die Industriekultur ihr Nischendasein zu verlieren. Sie soll einen Schwerpunkt im künftigen Landesmuseum für Archäologie und Geschichte bilden und Thema der nächsten Landesausstellung werden. Die Denkmalpflege richtet ihr Augenmerk schon seit längerem auf Industriebauten und technische Denkmale, im Osten ideologisch bedingt bereits seit den 1950er-Jahren, im Westen verstärkt ca. 20 Jahre später. Die höhere Sensibilität für das Thema in der jüngeren Vergangenheit lässt sich wohl auch auf das Verschwinden zahlreicher klassischer Industriezweige im Rahmen der Globalisierung zurückführen. Etwa von der für die erste Phase der Industrialisierung so bedeutenden Textilfabrikation, gerade auch in Sachsen und in Leipzig, ist in der Gegenwart so gut wie nichts mehr vorhanden. In Ostdeutschland mag verstärkend der Transformationsprozess von der Plan- zur Marktwirtschaft hinzutreten, der in manchen Bereichen und Landstrichen zu einer regelrechten Deindustrialisierung führte. Durch zahlreiche Abbrüche leer stehender und ungenutzter Fabrikgebäude ist die Anzahl von Zeugnissen der Industriekultur in Sachsen in den letzten 20 Jahren auf reichlich 6000 gesunken, von denen nicht ganz die Hälfte von akutem Einsturz bedroht sind. So ist die Meinertsche Spinnerei in Lugau von 1812 wohl kaum noch zu retten, die als ein Beispiel früher sächsischer Industriearchitektur auf eben jene impulsgebende Rolle von technisierter Textilfertigung verweist. Ähnliches lässt sich für Leipzig mit Blick etwa auf die Reste des Grafischen Viertels oder verfallende Fabriken im Westen der Stadt feststellen. Vielleicht die einzige Chance zum Erhalt von Industriedenkmalen bietet vielfach ihre Umnutzung, mit der sich gleichzeitig Entwicklungspotentiale für die jeweilige Stadt eröffnen lassen. Die Baumwollspinnerei in Plagwitz, die Konsumzentrale in der Industriestraße oder das in der Nähe dazu gelegene Stelzenhaus können als gelungene Leipziger Beispiele gelten, die über die Stadt hinaus Beachtung finden. Insofern sind auf dem Schutzumschlag des hier anzuzeigenden Buches nicht ohne Grund die Buntgarnwerke an der Weißen Elster abgebildet, die wohl nicht nur das größte erhaltene Industriedenkmal Deutschlands sind, sondern auch eines der beeindruckendsten. Was könnte besser für die *Industriearchitektur in Sachsen* stehen – und für ihr *Erhalten durch neue Nutzung*?

Das Buch ist in vier Teile gegliedert, in den ersten drei werden Objekte aus den Regionen Dresden, Leipzig und Chemnitz vorgestellt; anschließend bietet der Freiburger Technikhistoriker Helmuth Albrecht einen Abriss über die *Kulturgeschichte der Industriearchitektur in Sachsen*. Jeder der drei ersten Teile beginnt mit einem sehr kurzen Überblick der Industrialisierungs- und Industriearchitekturgeschichte der Region; im Fall von Leipzig und Chemnitz wird dabei auch das Umland berücksichtigt, der Beitrag zur Landeshauptstadt beschränkt sich ganz auf diese, obwohl die gesamte sächsische Oberlausitz hinzugezählt wird. Es fragt sich, ob dort tatsächlich weniger zu erwähnen wäre als zu den Kreisen Nordsachsen und Leipzig. Daran schließt sich in jedem Bildkapitel die Vorstellung von etwa einem Dutzend ausgewählter Objekte mit der jeweiligen Betriebsgeschichte und Informationen zur Umnutzung. Zumindest dabei werden überall auch Beispiele aus dem jeweils weiteren Umland gezeigt.

Es sind in diesem Teil des Bandes vor allem die großformatigen Abbildungen, die einen Eindruck von der Vielfalt sächsischer Industriearchitektur aus zwei Jahrhunderten vermitteln. Darüber hinaus werden – buchgestalterisch vielleicht ein wenig zu melodramatisch auf schwarzem Grund – einige herausragende Fabrikgebäude gezeigt, für die noch »rettende Konzepte« ausstehen, sowie eine Reihe von »verlorenen Denkmalen«. Bei der Zusammenfassung der Betriebsgeschichten wäre etwas weniger public relation wohl mehr gewesen, überhaupt schwingt dort zuweilen ein Zungenschlag mit, der eher an touristisches Stadtmarketing erinnert als an einen Denkmalführer. Sätze wie derjenige über die Gläserne Manufaktur veranschaulichen diesen Tonfall: »Ihr Schöpfer ist der englische Stararchitekt Norman Foster« (S. 11) – als ob Architekturinteressierten der Name des Briten nichts sagen würde. Nicht zuletzt darin zeigt sich, dass der Bildteil einerseits und der kulturhistorische Essay am Ende des Buches andererseits lediglich zusammengefügt sind, aber nicht wirklich eine Einheit bilden. Im übrigen liest sich der letzte Teil erfreulich nüchtern und sachbezogen. Er bietet einen ersten Einstieg in die Thematik und wartet mit durchaus interessanten Einzelheiten auf, wie etwa dem Umstand, dass mit der sogenannten Weisbachschen Fabrik in Plauen von 1767 noch ein Fabrikgebäude existiert, das das älteste in Sachsen ist. Nichtsdestoweniger hätte man sich etwa zur Baugeschichte während der DDR und zum Transformationsprozess seit 1989 etwas mehr gewünscht. Freilich fehlen zu dieser Zeitspanne vielfach noch Einzelstudien.

An verschiedenen Stellen wird die Ausdruckslosigkeit und Verwechselbarkeit der zahllosen Gewerbegebiete beklagt, die auf der grünen Wiese errichtet wurden. Die Auswahl eines solchen Stückes moderner Industriearchitektur hätte zweifelsohne den Kontrast zum Aufwand und Einfallreichtum der Vergangenheit noch hervorgehoben.

Das Literaturverzeichnis ist knapp und bietet hauptsächlich Titel zur Architekturgeschichte und Denkmalpflege. Einige Darstellungen mehr zur Wirtschafts- und Industrialisierungsgeschichte Sachsens hätten den Rahmen des Bandes sicherlich nicht gesprengt. Immerhin zählt Sachsens Industrialisierung zu den besser erforschten. Insbesondere in den letzten Jahren ist eine ganze Reihe von Untersuchungen erschienen (etwa Hubert Kiesewetters vergleichende Untersuchung aus dem Jahr 2007, die auf seine Habilitationsschrift zurückgeht, oder der zweite Band von Rudolf Forbergers detailreicher Arbeit, die als eine Summe seiner Beschäftigung mit der Industriellen Revolution in Sachsen gelten kann). Was Leipzig betrifft, so ist erst unlängst auf dem 4. Tag der Stadtgeschichte deutlich geworden, dass vor allem eine Geschichte der Industrialisierung in der Stadt noch fehlt.

Trotz dieser Einwände bleibt ein erfreulicher Gesamteindruck: Hier wird einem breiten Publikum geradezu wortwörtlich das reichhaltige kulturelle Erbe sächsischer Industriegeschichte vor Augen geführt. Die Abbildungen der Fabrikgebäude und technischen Baudenkmale, sowohl der umgenutzten als auch der vom Verfall bedrohten, verdeutlichen, wie viele und vielfältig beredete nichtschriftliche Quellen der jüngeren, scheinbar so schriftlastigen Vergangenheit noch vorhanden sind, erhalten werden und zumindest stärkere Beachtung verdienen sollten.

*Sebastian E. Richter (Leipzig)*

*Thomas Höpel*

»Die Kunst dem Volke«. Städtische Kulturpolitik in Leipzig und Lyon 1945–1989

Leipziger Universitätsverlag, Leipzig 2011, 407 S., Ladenpreis: 32 €, ISBN 978-3-86583-493-5

Mit seiner umfassenden Studie zur städtischen Kulturpolitik in Leipzig und Lyon von 1945–1989 schließt Thomas Höpel an seiner im Jahr 2007 veröffentlichte Habilitationsschrift zur städtischen Kulturpolitik in Frankreich und Deutschland in der Zwischenkriegszeit an. Wie der Autor im Vorwort vermerkt, hat er auf diese Weise einen besonders geschärften Blick auf Brüche und Kontinuitäten nach 1945 gewonnen (S. 11). Bereits auf dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die aktuelle Forschung des Autors, die den Kreis der Fallstudien um weitere europäische Großstädte erweitert, eine lohnenswerte Ergänzung zu der hier behandelnden Thematik erwarten lässt. Dadurch soll ersichtlich werden, ob es sich in der hier zu besprechenden Studie um allgemeine europäische, oder spezifisch französische bzw. ostdeutsche Entwicklungen handelt. Thomas Höpel kündigt die Richtung der Ergebnisse mit seiner Schlussbemerkung auf gewisser Weise jedoch bereits an. Er stellt fest, dass unabhängig vom politischen Regime das kulturelle Feld im 20. Jahrhundert stark zunehmend öffentlich reguliert wird (S. 390).

Auf die Frage, warum zum Vergleich Lyon und Leipzig herangezogen werden, antwortet Thomas Höpel neben beziehungsgeschichtlichen, strukturellen und städtestrategischen Begründungen (S. 13) elegant im Rahmen der Darstellung des Forschungsstandes. Er weist darauf hin, dass neben bisher verbreiteten DDR-Vergleichskonstellationen – NS-Diktatur, Ostblock, deutsch-deutscher Systemvergleich – eben Frankreich hinsichtlich einiger Aspekte größere Ähnlichkeiten mit der DDR aufweist, als etwa Westdeutschland (S. 15–20). Einige angeführte Parallelitäten, wie etwa ein zunehmender Staatsinterventionismus, unterstreichen jedoch, dass Frankreich mit seiner zentralistischen Demokratie besondere Merkmale aufweist und dieses nicht außer Acht gelassen werden sollte, wenn hier gezeigt werden soll, wie weit die kulturpolitischen Entwicklungen in West- und Osteuropa aufgrund des Systemkonfliktes auseinanderliefen (S. 14). Die Dar- und Gegenüberstellung der kulturpolitischen Traditionen und Besonderheiten in Frankreich und Ostdeutschland bzw. in Lyon und Leipzig hätte aus der Sicht der Rezensentin als Beschreibung der Ausgangslage ausführlicher ausfallen können.

Ins Zentrum seiner Studie zu den städtischen kulturpolitischen Entwicklungen in Lyon und Leipzig rückt Thomas Höpel also den staatlichen Einfluss. Es wird gefragt, welchen Spielraum die für die Gestaltung der Kulturpolitik verantwortlichen Akteure in Leipzig und Lyon hatten. In diesem Zusammenhang wird die Instrumentalisierung der Kulturpolitik als Integrations- und Herrschaftspolitik auf städtischer Ebene betrachtet.

Nachdem der erste Teil der Arbeit sich den wichtigsten Instrumenten und Akteuren der städtischen Kulturpolitik widmet, beschäftigt sich der umfangreichste Teil der Arbeit mit drei voneinander unterscheidbaren Konjunkturphasen der städtischen Kulturpolitik in Lyon und Leipzig von 1945 bis 1989. Im dritten Teil werden bereits angesprochene thematische Felder nochmals genauer betrachtet. Es geht hier erstens um die interurbanen und transnationalen Vernetzungen der Städte, zweitens um den Einfluss zentralstaatlicher Kulturpolitikinitiativen auf die städtische Kulturpolitik, drittens um die Kulturpolitik als Integrationspolitik und viertens um die image- und standortpolitischen Aspekte der Kultur.

Thomas Höpels Studie fundiert auf einer beeindruckenden Archiv- und Quellenarbeit. Die Aufstellung der benutzten Archive sowie Zeitungen, Zeitschriften und veröffentlichten Quellen, Publizistik, Berichten und Statistiken ist im Anhang beigelegt. Der Autor arbeitet sich gründlich

durch den mehr als vier Dekaden umfassenden Untersuchungszeitraum. Er bietet dem Leser dabei detailreiche Passagen, die meistens bereits eine Synthese aus der entsprechenden Quellenanalyse darstellen und das Aufnahmevermögen nicht überfordern. Der Leser kommt dadurch jedoch mit der Sprache der Originalquellen kaum in Berührung. Das lässt etwas atmosphärische Authentizität vermissen, doch diese ist nicht Gegenstand der Untersuchung und würde eventuell bei ungekonnter Dosierung ins Kabarettistische abgleiten. Eine besondere Stärke von Thomas Höpels Leserführung sind die präzise verfassten Fazitkapitel. Hilfreich sind auch die statistischen Angaben, die in Form von Schaubildern die beschriebenen kulturpolitischen Entwicklungen illustrieren. Aus drucktechnischem Grund sind einige wenige Darstellungen nur schwer zu erschließen (etwa Schaubild 2 oder 4, S. 57 und S. 68), was aber im begleitenden Text kompensiert wird.

Wie der Autor feststellt, offenbart die Untersuchung der städtischen Kulturpolitik in Lyon und Leipzig deutlich die Unterschiede hinsichtlich der Möglichkeiten staatlichen Handelns und Zugriffs in zentralistischen Demokratien und Diktaturen. Während in der DDR vieles zentral verordnet wurde, musste der französische Staat seine kulturpolitischen Interessen verhandeln und den Städten Anreize bieten. Die Rolle der Stadt, des Staates und der beteiligten Künstler bei diesem Wechselspiel illustriert hervorragend das Beispiel der Theaterentwicklung in Lyon in den 1970er- und 1980er-Jahren, wo die Stadt bewusst bei ihren Konzepten auf die staatliche Dezentralisierungspolitik zurückgriff und dadurch trotz des eines oder anderen Missgeschicks integrations-, standorts- und imagepolitische Erfolge feiern konnte (s. S. 249–260). Im Falle von Leipzig deckt Thomas Höpel die »Disfunktionalität zentralstaatlicher Kulturpolitik auf lokaler Ebene« ebenso anhand eines Beispiels aus dem Theaterbereich auf. Hier zeichnete sich bereits in den 1960er-Jahren ein Konflikt ab zwischen den kulturpolitischen Zielen der SED und der Bereitschaft, dafür die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen. (s. III. Teil, Kap. 2.2, S. 323–329). Obwohl in Leipzig der Staat auf die Struktur und Besetzung der städtischen Kulturverwaltung direkten Einfluss nahm, betont der Autor, dass die Gestaltung der städtischen Kulturpolitik trotzdem stark von lokalen Gegebenheiten abhängig war, die Wünsche und Erwartungen der Bevölkerung berücksichtigte und an die lokalen Traditionen anknüpfte (S. 385).

Auch beim Thema der Städtepartnerschaften und transnationalen Vernetzungen werden grundsätzliche Unterschiede zwischen Lyon und Leipzig aufgedeckt. Es zeigt sich ein unterschiedliches Verständnis von Internationalisierung. In Leipzig dient der internationale kulturelle Austausch hauptsächlich den außenpolitischen Zielen der DDR, transnationale Beziehungen werden dementsprechend instrumentalisiert. Lyon dagegen ist an kulturpolitischem Erfahrungsaustausch interessiert und beteiligt sich an internationalen Vereinigungen, um dort direkt städtische Anliegen gegenüber dem Staat zu verfechten (III. Teil, 1. Kap.). Darüber hinaus engagierte Lyon sich in dem Städtenetzwerk Eurocities und setzte sich mit der Rolle der Städte in einem geeinten Europa auseinander.

Thomas Höpels Studie zeigt, dass der Rhythmus der Konjunkturen der städtischen Kulturpolitik in den Vergleichsstädten sehr unterschiedlich ist. Während in Leipzig gleich nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine Demokratisierung des Kulturzugangs und Öffnung der Hochkultureinrichtungen für breitere Publikumsschichten gesetzt wurde, kann man in Lyon erst ab Mitte der 60er-Jahre von einer ambitionierten städtischen Kulturpolitik sprechen, die sowohl eine Integration nach innen, als auch Ausstrahlung nach außen erzielen sollte.

Im zweiten Teil der Arbeit wird über mehrere Stationen nachgezeichnet, wie Lyon in vier Phasen von einer stagnierenden liberalen Kulturpolitik über bewusste Standortanalyse einzelner Kulturbereiche und Erweiterung des Kulturbegriffs zu einer Dynamisierung der städtischen Kulturpolitik kam und schließlich national wie international als Kulturmetropole überzeugen

konnte. Tragende Stichwörter sind dabei eine Infrastrukturentwicklung, Demokratisierung des Kulturzugangs, Förderung der künstlerischen Innovation und eine in die Breite wirkende Kulturlandschaft. Noch detaillierter analysiert Höpel die kulturpolitischen Verschiebungen in Leipzig, wo im Rahmen von mehrfachen Kulturkampagnen auf eine stark ideologisierte kulturelle Massenarbeit gesetzt wurde. Nach dem Motto »Kultur für alle – Kultur durch alle« wurde die Volkskunstbewegung politisiert. Die Hochkulturbetriebe sollten sich der arbeitenden Bevölkerung öffnen und sich ästhetisch nach dem sozialistischen Realismus richten. Die kulturelle Arbeit sollte aber auch in den Wohngebieten, Betrieben und Arbeitskollektiven stattfinden, damit ein neuer »sozialistischer Mensch« heranwachsen und ein grundlegender Wertewandel in der Leipziger Bevölkerung vollzogen werden kann, wie z.B. der »Bitterfelder Weg« es vorsah. Das Interesse der Bevölkerung erwies sich aber als nachhaltig gering und die Ziele wurden weitgehend verfehlt. Während rhetorisch an den anfänglichen Vorgaben festgehalten wurde, fand schließlich in Wirklichkeit eine Verschiebung statt und die Kulturpolitik nahm immer mehr Züge einer weniger politisierten Freizeitgestaltung an, die durchaus Elemente westlicher Jugendkultur aufwies.

Aus der Studie wird deutlich, wie groß insbesondere in Lyon die Bedeutung einzelner zentraler Persönlichkeiten, etwa der Bürgermeister und der Kulturbeigeordneten, für die kulturpolitische Entwicklung war. Auch Sozialwissenschaftler werden in die Herausarbeitung der Konzeptionen mit einbezogen. Im Falle von Leipzig heißt es, dass seit 1964 alle Stadträte für Kultur promovierte Kulturwissenschaftler waren, was ein Zeichen der Aufwertung von deren Funktion sei (s. S. 54), aber auch einer bewussten, ideologisch abgestimmten Qualifizierung von Kulturfunktionären (s. S. 148, 322). Die herausgearbeiteten langfristigen Kulturentwicklungspläne erwiesen sich allerdings als »machtlöse Versuche,« die interessanterweise nach 1989 dann unter neuen gesellschaftspolitischen Umständen doch in die Tat umgesetzt wurden (S. 54 f.). Thomas Höpel vermerkt, dass die Pläne von der damaligen Realität stark abgehoben wirkten, bezieht jedoch keine Stellung zur Qualität dieser Pläne im Verhältnis zu dem tatsächlichen Realisierungszeitpunkt. In seinem Schlusswort merkt er dann an, dass das »Kulturkombinat Leipzig« nach 1989 nur partiell liberalisiert wurde und die »Strukturen einer alles überwölbenden und kontrollierenden städtischen Kulturverwaltung weitgehend erhalten« blieben (S. 389).

Thomas Höpels gründliche Studie umfasst sehr unterschiedliche Facetten der städtischen Kulturpolitik in Leipzig und Lyon und bietet damit ein spannendes Lesematerial für ein breites Publikum. Wer geschichtliches Interesse für kulturpolitische Prozesse in einzelnen Kulturbereichen auf dem kulturpolitischen Spannungsfeld zwischen Staat und Stadt und unter unterschiedlichen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, für kulturpolitische Konzeptionen und Erfahrungen bei deren Umsetzung, für Perspektive des transnationalen Agierens der Städte hat oder auf der Suche nach Berichten über Tradition und Ausführung der kulturpolitischen Image- und Standortpolitik ist, bekommt mit dieser Studie ein umfangreiches Material an die Hand. Die überzeugende und hilfreiche Gliederung und die entsprechenden inhaltlichen Wiederholungen erlauben auch das Lesen ausgewählter Teile.

Vor dem Hintergrund haushaltspolitischer Herausforderungen und der damit einhergehenden aktuellen Diskussion in der Leipziger Stadtverwaltung über gravierende Strukturveränderungen im Kulturbereich empfiehlt sich die besprochene Studie als hilfreiche Lektüre auch je dem kulturpolitischen Entscheidungsträger.

*Heli Meisterson (Leipzig)*



## Autorenverzeichnis

Robert Giesel M.A.

Freiberuflicher Historiker, Redakteur und Lektor in Leipzig

Dr. Cornelia Caroline Köhler

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Projekt Edition des Briefwechsels  
von Johann Christoph Gottsched, Sächsische Akademie der Wissenschaften  
zu Leipzig

Lehrbeauftragte an der Universität Leipzig

Dr. Beate Kusche

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Historischen Seminar der Universität Leipzig

Sebastian Kusche M.A.

Projektkoordinator wissenschaftliche Stadtgeschichte Leipzigs

Dipl.-Museologin Lore Liebscher

Museologin, Museum Burg Mylau

Dr. des. Sebastian Nickel

Leiter der Musikbibliothek im Zentrum für Kirchenmusik  
der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland, Erfurt

Dr. Rüdiger Otto

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Projekt Edition des Briefwechsels  
von Johann Christoph Gottsched, Sächsische Akademie der Wissenschaften  
zu Leipzig

Dr. Dietulf Sander

Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Museum der bildenden Künste Leipzig  
(1972–2011)

Prof. Dr. Manfred Unger

Mitglied der Historischen Kommission bei der Sächsischen Akademie  
der Wissenschaften zu Leipzig, Beerheide